

Sicherheit 2020

Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Jacques Robert

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee

ETHzürich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation

Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Zürich und Birmensdorf.

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen des Center for Security Studies und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:

www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrundeliegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): <https://forsbase.unil.ch>

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies, ETH Zürich

© 2020 ETH Zürich

Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css.info@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Layout: Miriam Dahinden-Ganzoni

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden AutorInnen dar.

ISBN 978-3-905696-72-1

ISSN 1424-5698

Sicherheit 2020

**Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische
Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Jacques Robert

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies, ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	11
Sintesi	13
Executive Summary	15
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2020»	17
Résumé de l'étude «Sécurité 2020»	29
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2020»	41
Summary of the Survey “Security 2020”	53
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2019	63
1.1 Globale Rivalität zwischen Grossmächten – anhaltende Krisen an Europas Peripherie – politische Fragmentierung in Europa	63
1.2 Aussenpolitik: Frieden und Sicherheit – Welthandelskrise und Brexit – Verhandlungen Schweiz-EU	65
1.3 Verteidigungspolitik: Weiterentwicklung der Armee – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze	68
1.4 Innere Sicherheit: Terrorismus und Radikalisierung – Migration und Schengen – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeeinsätze	71
2 Untersuchungsdesign	75
3 Datenbasis	77
4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	85
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	85
4.2 Kriminalitätsfurcht	88
4.3 Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum	91

4.4	Zukunftseinschätzung der Schweiz	94
4.5	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	96
5	Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden	99
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	101
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus	107
6	Die Neutralität	113
6.1	Die Schweizer Neutralität	114
6.2	Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	120
6.3	Neutralitätsfunktionen	123
6.4	Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?	129
6.5	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	132
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	139
7.1	Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz	139
7.2	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	143
7.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	149
7.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	152
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	155
7.6	Betonung nationaler Autonomie	157
7.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend von 1993 bis 2020	163

8 Das Verhältnis Armee und Gesellschaft	169
8.1 Notwendigkeit der Armee	169
8.2 Gründe für die Notwendigkeit der Armee	172
8.3 Gründe für die Nicht-Notwendigkeit der Armee	179
8.4 Ausrüstung und Ausbildung der Armee	182
8.5 Gesellschaftliche Rolle der Armee	185
8.6 Wehr- und Rekrutierungsform	188
8.7 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee	193
8.8 Verteidigungsausgaben	195
9 Sicherheitspolitisches Interesse und Abstimmungsabsicht	203
9.1 Sicherheitspolitisches Interesse	203
9.2 Abstimmungsabsicht und weitere Einflüsse	207
10 Verteidigungspolitisches Wissen der Schweizer*innen	209
10.1 Gedankliche Auseinandersetzung mit der Schweizer Armee	209
10.2 Kenntnis Weiterentwicklung der Armee (WEA)	210
10.3 Kenntnisstand Verteidigungsbudget	212
10.4 Kenntnisstand über sicherheitspolitische Akteure	213
10.5 Offene Frage: Verteidigungsminister*in der Schweiz	216
10.6 Index verteidigungspolitisches Wissen	218
10.7 Interessensindex	219
11 Vereinbarkeit ehrenamtliche Tätigkeit und Berufsleben	223
11.1 Vereinbarkeit Berufsleben und Ehrenamt / Miliztätigkeit	224
11.2 Vereinbarkeit Militärdienst mit Berufsleben	227
11.3 Gesellschaftliche Bewertung einer militärischen Milizkarriere («Weitermachen»)	231

Literaturhinweise	237
Verwendete Literatur	237
Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungreihe «Sicherheit 2020»	247
Anhang I Methode	253
I Die Qualität der Variablen	253
II Korrelationen und Koeffizienten	253
III Cronbachs Alpha	255
IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test	255
V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests	256
VI Clusteranalyse	256
VII Faktorenanalyse	257
VIII Einfache und multivariate Regressionsanalyse	258
Anhang II Typologien	259
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	259
Anhang III Erhebung 2020	265
I Tabellen Häufigkeiten der Gründe für und gegen die Notwendigkeit der Armee	265
II Sicherheit 2020 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen	269

Vorwort

Die Studie «Sicherheit 2020» ist die 22. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Anhand der jährlich durchgeführten repräsentativen Telefonbefragungen können Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und sichtbar gemacht werden. Die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies der ETH Zürich hoffen damit als Herausgeber*innen, den langfristigen Interessen von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu dienen. Traditionell beginnt auch die diesjährige Ausgabe mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in Deutsch, Französisch, Italienisch sowie Englisch und der «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2019». Anschliessend werden die im Januar 2020 erhobenen Daten analysiert und im Einzelnen ausgewiesen. Die Befragung wurde somit vor dem Ausbruch der COVID-19 Epidemie in der Schweiz und Europa und dem publik werden der Crypto-Affäre durchgeführt. Bei der Interpretation der Studie sollte dieser Sachverhalt durch die/den Leser*in berücksichtigt werden. Die Studie enthält ca. 70% wiederkehrende Fragen, welche jedes Jahr erhoben werden. In gewohnter Weise werden auch noch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitisch relevanten Themen gestellt. 2020 liegt der Fokus auf dem verteidigungspolitischen Wissensstand der Schweizer*innen, den Gründen für die wahrgenommene Notwendigkeit und Nicht-Notwendigkeit der Armee, der Vereinbarkeit von Miliz und Beruf sowie dem Nutzen der Milizfahrung für Beruf und Alltag.

Die Autoren und die Herausgeberschaft danken Miriam Dahinden-Ganzoni für die Erstellung des Layouts und Rosa Guggenheim für die Anfertigung der Grafiken. Sie bedanken sich bei Ernestina Soares Imoberdorf für die französische, beim Zentralen Sprachdienst Italienisch des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) für die italienische und bei Andrew Clarke für die englische Übersetzung. Der Dank für das Korrekturlesen des Manuskripts geht an Robin Helbling. Ausserdem wird Jeremy Guggenheim für die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten für die Chronologie gedankt.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie (MILAK)
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies (CSS),
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeine Bemerkung: Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und dem 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

Sicherheitsempfinden und Wahrnehmung der Schweiz und der Welt: Im Allgemeinen fühlen sich Schweizer*innen im Januar 2020 sehr sicher. Die Kriminalitätsfurcht bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert gering. Im öffentlichen Raum fühlen sich vier von fünf Schweizer*innen sicher. Befragte beurteilen die Zukunft der Schweiz nach wie vor optimistisch. Eine Mehrheit der Schweizer*innen bewertet die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistisch.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Der Polizei wird auch 2020 das höchste Vertrauen entgegengebracht. Die Gerichte belegen den zweiten Platz, gefolgt vom Bundesrat und der Schweizer Wirtschaft. Das Eidgenössische Parlament und die Armee erlangen durchschnittliche Werte auf dem Vertrauensindex. Wie bereits im Vorjahr belegen die Medien und die politischen Parteien die letzten Plätze. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Vertrauen in die Medien, in die politischen Parteien wie auch jenes in die Polizei statistisch signifikant gesunken. Aufgrund dieser Vertrauenseinbussen ist auch das Gesamtvertrauen 2020 signifikant gesunken.

Neutralität: Das Prinzip der Schweizer Neutralität wird fast einstimmig von der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt. Auch wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringen würde, würde die Schweizer Bevölkerung an dieser festhalten wollen. Die Zustimmung zu dieser Ansicht ist gleichbleibend wie im Vorjahr und zeigt, dass Schweizer*innen der Neutralität nach wie vor einen hohen Stellenwert beimessen.

Autonomie und Öffnungsbereitschaft: Die geringe Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen setzt sich auch 2020 fort. Die Zustimmung nach wirtschaftlicher und politischer Autonomie ist ungebrochen hoch. Während weiche Kooperationsformen ohne institutionelle Bindungen bei einer Mehrheit Unterstützung finden, werden Kooperationsformen, welche eine institutionelle Einbindung in internationale Organisationen mit sich bringen würden, deutlich abgelehnt. So findet sowohl eine Annäherung als auch

ein Beitritt zur EU oder der Nato nur bei einer kleinen Minderheit Zuspruch. Die Guten Dienste der Schweiz werden grossmehrheitlich begrüsst.

Vereinbarkeit Ehrenamt / Milizdienst / militärische Milizkarriere mit Berufsleben oder Ausbildung: Die Vereinbarkeit eines Ehrenamtes oder eines allgemeinen Milizdienstes mit dem Berufs- und Privatleben wird positiv und als machbar betrachtet. Dies gilt sowohl für Dienstleistungen im Rahmen des Militärdienstes als auch bei einem Engagement als Milizkader. Gleichzeitig wird allerdings hervorgehoben, dass eine milizmilitärische Kaderausbildung nur bei einem koordinierten Zusammenwirken von Wirtschaft und Armee möglich sei. Weiter beurteilen Schweizer*innen die gesellschaftliche Bewertung des «Weitermachens» in der Schweizer Armee nach wie vor als relativ hoch, obwohl eine milizmilitärische Karriere nur bei einem Drittel der Schweizer*innen ein hohes Ansehen in der Gesellschaft geniesst.

Wissensstand der Schweizer*innen über Verteidigungspolitik: 47% der Schweizer*innen haben schon einmal etwas von der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* «gehört, gesehen oder gelesen». 45% können spontan und ohne Hilfestellung Frau Bundesrätin Viola Amherd als Verteidigungsministerin nennen und 30% kennen das aktuelle Verteidigungsbudget von CHF 5 Milliarden.

Einstellungen zur Schweizer Armee: Eine klare Mehrheit der Schweizer*innen befürwortet 2020 die Notwendigkeit der Schweizer Armee. Die Bevölkerung ist mit der Leistung der Armee zufrieden. Die Zustimmung zum Milizsystem als Wehr- und Rekrutierungsform ist zwar signifikant gesunken, wird aber immer noch von einer Mehrheit gefordert.

Hauptgründe für und gegen die Notwendigkeit der Schweizer Armee: Als häufigste Gründe für die Notwendigkeit der Schweizer Armee werden die «Sicherheit des Landes gegen aussen» und die «Sicherheit im Land» genannt. Personen, welche die Armee für nicht notwendig halten, heben dagegen am meisten ihre «Zweifel an der Effektivität» der Armee hervor.

Condensé

Commentaire d'ordre général : les données de l'étude «Sécurité 2020» ont été collectées entre le 6 et le 24 janvier 2020. Ainsi, on peut exclure les effets possibles de l'évolution de la pandémie COVID-19 en Suisse et en Europe et la discussion publique et médiatique de l'affaire Crypto sur les données actuelles, des événements qui n'ont aucune influence sur cette enquête.

Sentiment de sécurité et perception de la Suisse et du monde : en général, les Suisses et les Suisesses se sentent très en sécurité en 2020. La crainte de la criminalité reste faible par rapport à l'année précédente. Quatre Suisses* sur cinq se sentent en sécurité dans les espaces publics. Les personnes interrogées envisagent encore l'avenir avec optimisme. A l'heure actuelle, une majorité de la population suisse est pessimiste quant à l'évolution future de la situation politique mondiale.

Confiance dans les autorités et les institutions : en 2020, la police jouit du niveau de confiance le plus élevé. Les tribunaux arrivent en deuxième position, suivis du Conseil fédéral et de l'économie suisse. Le Parlement fédéral et l'armée obtiennent des valeurs moyennes sur l'indice de confiance tandis que les médias et les partis politiques, à l'image de l'année précédente, occupent les derniers rangs. Par rapport à l'année dernière, la confiance dans les médias et les partis politiques a affiché une diminution statistiquement significative. En raison de cette perte de confiance, la confiance globale a également baissé de manière significative en 2020.

Neutralité : le principe de la neutralité suisse est presque unanimement soutenu par la majorité de l'électorat suisse. Même si la neutralité de la Suisse n'apportait plus aucun avantage, la population suisse voudrait continuer à la conserver. Par rapport à l'année précédente, l'adhésion à ce point de vue n'a pas changé et montre que le peuple suisse attache une grande importance à la neutralité.

Autonomie et volonté d'ouverture : en 2020, la faible volonté d'ouverture des Suisses et des Suisesses se poursuit et l'approbation de l'économie politique et économique reste élevée. Tandis que les formes douces de coopération sans liens institutionnels sont soutenues par une majorité, les formes de coopération qui impliqueraient une intégration institutionnelle dans les organisations internationales sont clairement rejetées. Ainsi, tant un rapprochement qu'une adhésion à l'UE ne sont accueillis que par une petite minorité. La majorité des personnes interrogées saluent les bons offices de la Suisse.

Compatibilité du travail volontaire / du service de milice / de la carrière de militien militaire avec la vie professionnelle ou la formation: la compatibilité du travail volontaire ou du service général de milice avec la vie professionnelle et privée est considérée comme positive et réalisable. Cela s'applique aussi bien aux services rendus dans le cadre du service militaire qu'à l'engagement en tant qu'officier de milice. Mais en même temps, il est souligné que la formation des cadres de milice n'est possible que si l'économie et l'armée travaillent ensemble de manière coordonnée. En outre, les citoyens suisses continuent de juger relativement élevée la valeur sociale du fait de «l'avancement» dans l'armée suisse, même si une carrière dans la milice n'est tenue en haute estime que par un tiers des citoyens suisses.

État des connaissances des Suisseuses et des Suisses en matière de politique de défense: 47% des Suisseuses et des Suisses ont déjà «entendu, vu ou lu» des informations sur le *développement de l'armée (DEVA)*. 45% peuvent spontanément et sans aide nommer Madame la Conseillère fédérale Viola Amherd comme ministre de la défense et 30% connaissent le budget actuel de la défense, soit 5 milliards de francs suisses.

Attitudes à l'égard de l'armée suisse: en 2020, une nette majorité de la population suisse soutient la nécessité de l'armée suisse et est satisfaite des performances de l'armée. Bien que l'approbation du système de milice en tant que forme de service militaire et de recrutement ait considérablement diminué, il est toujours soutenu par une majorité.

Principales raisons pour et contre la nécessité de l'armée suisse: les raisons les plus courantes pour la nécessité de l'armée suisse sont «la sécurité du pays vers l'extérieur» et «la sécurité dans les pays». En revanche, les personnes qui ne considèrent pas l'armée comme nécessaire soulignent le plus souvent leurs «doutes sur l'efficacité» de l'armée.

Sintesi

Osservazioni generali: i dati per lo studio «Sicurezza 2020» sono stati rilevati tra il 6 e il 24 gennaio 2020. Per questo motivo sui dati attuali possono essere esclusi eventuali effetti della diffusione della pandemia di CO-VID-19 in Svizzera e in Europa come pure della discussione pubblica e mediatica in merito al caso Crypto, vale a dire che tali eventi non hanno avuto alcuna influenza sul presente sondaggio.

Senso di sicurezza e percezione della Svizzera e del mondo: in generale le cittadine e i cittadini svizzeri nel gennaio 2020 dichiarano di sentirsi molto sicuri. Rispetto all'anno precedente la paura della criminalità rimane ridotta. Negli spazi pubblici si sentono al sicuro quattro intervistati su cinque. Le persone interpellate continuano a guardare con ottimismo al futuro della Svizzera. Attualmente una maggioranza dell'elettorato svizzero valuta in modo pessimistico lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: la polizia riscontra anche nel 2020 il grado di fiducia più elevato. I tribunali occupano il secondo posto in classifica, seguiti dal Consiglio federale e dall'economia svizzera. Il Parlamento federale e l'esercito si aggiudicano valori intermedi nell'indice della fiducia. Come è già stato il caso nel 2019, i media e i partiti politici occupano invece gli ultimi posti. Rispetto all'anno precedente la fiducia nei media, nei partiti politici e anche nella polizia ha subito un calo statisticamente significativo. A causa di tale calo nel 2020 anche la fiducia complessiva è diminuita in modo significativo.

Neutralità: il principio della neutralità svizzera gode di un consenso pressoché unanime presso l'elettorato svizzero. Anche se la neutralità non dovesse più portare vantaggi alla Svizzera le cittadine e i cittadini desidererebbero comunque mantenerla. Tale opinione è condivisa tanto quanto lo scorso anno e dimostra che la popolazione svizzera attribuisce una grande importanza alla neutralità.

Autonomia e disponibilità all'apertura: anche nel 2020 permane la ridotta disponibilità all'apertura dell'elettorato svizzero. L'autonomia economica e politica del Paese continua a riscuotere un ampio consenso. Mentre la maggioranza degli intervistati si esprime a favore delle forme blande di cooperazione senza vincoli istituzionali, una netta minoranza sostiene le forme di cooperazione che implicherebbero un'integrazione istituzionale in organizzazioni internazionali. Solo una minoranza è favorevole a un avvicinamento o a un'adesione all'UE o alla NATO. I buoni uffici della Svizzera riscuotono l'approvazione di una larga maggioranza della popolazione.

Conciliabilità tra volontariato / servizio di milizia / carriera militare di milizia e professione o formazione: le persone interpellate considerano positiva e realizzabile la conciliabilità tra un servizio volontario o un servizio di milizia generale e la vita professionale e privata. Ciò vale sia per le prestazioni nel quadro di un servizio militare sia per l'impegno quale quadro di milizia. Nel contempo tuttavia evidenziano che l'istruzione militare dei quadri di milizia è possibile solo se economia ed esercito collaborano in maniera coordinata. Inoltre le cittadine e i cittadini svizzeri ritengono che la società consideri l'avanzamento nell'Esercito svizzero in maniera relativamente positiva, anche se solo un terzo della popolazione ritiene che la carriera militare di milizia goda di grande considerazione nella società.

Conoscenze delle cittadine e dei cittadini svizzeri in merito alla politica di difesa: il 47% dell'elettorato svizzero ha già «sentito, visto o letto» qualcosa riguardo all'*ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)*. Il 45% sa nominare spontaneamente e senza aiuti quale ministro della difesa la consigliera federale Viola Amherd, mentre il 30% sa che l'attuale budget per la difesa ammonta a 5 miliardi di franchi.

Atteggiamento nei confronti dell'Esercito svizzero: una netta maggioranza delle persone interpellate nel 2020 dichiara di ritenere necessario l'Esercito svizzero. La popolazione è soddisfatta delle prestazioni dell'esercito. Sebbene l'approvazione del sistema di milizia quale forma di difesa e di reclutamento sia diminuita in modo significativo, tale sistema è ancora accolto dalla maggioranza.

Motivi principali pro e contro la necessità dell'Esercito svizzero: i motivi nominati con più frequenza a favore della necessità dell'Esercito svizzero sono la «sicurezza del Paese verso l'esterno» e la «sicurezza all'interno del Paese». Le persone che non ritengono necessario l'esercito invece evidenziano soprattutto i loro «dubbi riguardo all'effettività» dell'esercito.

Executive Summary

General Remark: The data of the study “Security 2020” were collected between 6 and 24 January 2020. Thus, possible effects on the current data owing to the outbreak of the COVID-19 pandemic in Switzerland and Europe as well as the public and media discussion of the crypto affair can be ruled out. These events have no influence on this survey.

Sense of Security and Perception of Switzerland and the World: The Swiss generally feel very secure in January 2020. The fear of crime remains as low as in the previous year. Four out of five Swiss women feel safe in public places. Respondents continue to be optimistic about the future of Switzerland. At present, a majority of Swiss citizens are pessimistic about the future development of the global political situation.

Trust in Authorities and Institutions: The police continues to enjoy the highest level of trust in 2020. The courts occupy second place, followed by the Federal Council and the Swiss economy. The Federal Parliament and the Armed Forces achieve average values on the trust index. As in the previous year, the media and political parties occupy the last places. Compared with the previous year, trust in the media, in political parties and in the police has fallen significantly in statistical terms. As a result of this loss of trust, overall trust in 2020 has also fallen significantly.

Neutrality: The principle of Swiss neutrality is supported almost unanimously by the Swiss electorate. Even if Switzerland’s neutrality no longer brought any advantages, the Swiss population would want to adhere to it. Support for this view is the same as last year and shows that the Swiss still attach great importance to neutrality.

Autonomy and Willingness to Open Up: The low willingness of Swiss citizens to open up continues in 2020. Support for economic and political autonomy remains high. While soft forms of cooperation without institutional ties are supported by a majority, forms of cooperation that would entail institutional integration in international organizations are clearly rejected. Establishing closer ties with or joining institutions such as the EU or NATO are hence only popular with a small minority. Switzerland’s good offices are supported by a large majority.

Compatibility of Voluntary Work / Militia Service / Militia Career with Professional Life or Education: The compatibility of voluntary work or general militia service with professional and private life is regarded as positive and feasible. This applies both to services within the framework of regular military service as well as to commitments to a militia cadre. At the same time, however, it is emphasized that militia cadre training is only possible if the economy and the military work together in a coordinated manner. Furthermore, the Swiss still regard the social value of “carrying on” in the Swiss Armed Forces as relatively high, even though a career in the militia is only held in high esteem by one third of Swiss nationals.

Swiss Citizens' Level of Knowledge about Defense Policy: 47% of Swiss citizens have “heard, seen or read” something about the *Armed Forces Development (AFD)*. 45% can spontaneously and without assistance cite Federal Councilor Viola Amherd as Minister of Defense and 30% know that the current defense budget is CHF 5 billion.

Attitudes towards the Swiss Armed Forces: A clear majority of the Swiss population supports the necessity of the Swiss Armed Forces in 2020. The population is satisfied with the performance of the armed forces. Although approval of the militia system as a form of defense and recruitment has fallen significantly, it is still supported by a majority.

Main Reasons For and Against the Necessity of the Swiss Armed Forces: The most common reasons cited for the necessity of the Swiss Armed Forces are “security of the country against the external threats” and “security within the country”. Those who do not consider the military to be necessary, on the other hand, most often emphasize their “doubts about the effectiveness” of the armed forces.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2020»

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien «Sicherheit» der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Security Studies der ETH Zürich dienen der Trennermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen verwendeten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2020 liegt der Fokus auf dem verteidigungspolitischen Wissensstand der Schweizer*innen, den Gründen für die wahrgenommene Notwendigkeit und Nicht-Notwendigkeit der Armee, der Vereinbarkeit von Miliz und Beruf sowie dem Nutzen der Milizerfahrung für Beruf und Alltag. Die diesjährige Datenerhebung fand zwischen dem 06. und dem 24. Januar 2020 statt. Dabei wurden durch das Meinungsforschungsinstitut LINK insgesamt 1227 Stimmbürger*innen der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) telefonisch befragt.

Die Daten wurden vor der Coronavirus-Pandemie (COVID-19) und der Crypto-Affäre in der Schweiz erhoben. Diese zwei Ereignisse hatten somit keinen Einfluss auf das Antwortverhalten. Allerdings könnte das Antwortverhalten der 1227 Befragten durch folgende Ereignisse beeinflusst worden sein:

- Am 31. Dezember 2019 wurde die Referendumsfrist für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bekannt gegeben. Daraufhin lancierte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), Greenpeace und verschiedenen Friedensorganisationen am 08. Januar 2020 offiziell das Referendum.
- Anhaltende Diskussionen über den endgültigen Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) am 31. Januar 2020 (Brexit).
- Der Amtsantritt von Korpskommandant Thomas Süssli als Chef der Armee am 01. Januar 2020.
- Der subsidiäre WEF-Einsatz der Schweizer Armee zu Gunsten der zivilen Behörden des Kantons Graubünden in Davos.
- Der Start der Rekrutenschulen am 13. Januar 2020.

Die in den Klammern angegebenen ± Prozentpunkte (Pp) weisen die Differenz zur Januarerhebung des Vorjahres 2019 aus. Der mögliche Stichprobenfehler liegt bei der Befragung 2020 bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ±2.9 Pp. Dies bedeutet, dass ein von uns gemessener Wert von 50% für X mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit (Schweizer Stimmbevölkerung) gehört und dass die Streuung von X zwischen 47.1% und 52.9% liegt. Wenn nicht anders erwähnt, entsprechen die in Klammern ausgewiesenen prozentualen Häufigkeitsveränderungen zum Vorjahr nicht einem signifikanten Meinungswandel. Veränderungen zum Vorjahr, welche statistisch signifikant sind, werden explizit im Text erwähnt. Im Allgemeinen werden die Einstellungen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller 1227 Befragten. Die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» werden ebenfalls als gültige Antworten gezählt.

Trends und Tendenzen

1. Allgemeines Sicherheitsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: Die Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz bleibt 2020 im Mittel bei 3.0 (+0.1) unverändert. 86% (±0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen beurteilen die Zukunft der Schweiz optimistisch. 9% (+1 Pp) sind «sehr» optimistisch und 77% (-1 Pp) «eher» optimistisch eingestellt. Insgesamt beurteilen 13% (±0 Pp) der befragten Schweizer*innen die Zukunft der Schweiz pessimistisch, davon sind 12% (±0 Pp) «eher» und 1% (±0 Pp) «sehr» pessimistisch eingestellt. Somit befindet sich der Zukunftsoptimismus der Schweizer*innen auch 2020 auf hohem Niveau.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Die Entwicklung der weltpolitischen Lage wird gleich eingeschätzt wie 2019.¹ Gesamthaft beurteilen 72% (-1 Prozentpunkt) der Befragten die Entwicklung als pessimistisch, davon 62% (-5 Pp) als «eher» und 10% (+4 Pp) als «sehr» pessimistisch. Nur 2017 wurde die weltpolitische Lage in gleichem Masse so pessimistisch eingeschätzt wie 2020. Rund ein Viertel (27%, +1 Pp) steht der Entwicklung der weltpolitischen Lage optimistisch gegenüber. Dabei wird die aktuelle Lage von 1% (±0 Pp) der Befragten als «sehr» und von 26% (+1 Pp) als «eher» optimistisch beurteilt.

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden bleibt im Mittel bei 3.3 (±0.0) gegenüber 2019 unverändert hoch. Damit verharret es im langjährigen Vergleich auf sehr hohem Niveau. Abermals geben 95% (±0 Prozentpunkte) der

Schweizer*innen an, sich im Allgemeinen sicher zu fühlen. Dabei fühlen sich 37% (+3 Pp) «sehr» und 58% (-3 Pp) «eher» sicher. Lediglich 5% (± 0 Pp) fühlen sich im Allgemeinen unsicher. 5% (± 0 Pp) der Befragten geben an, sich «eher» und 0% (± 0 Pp) «ganz» unsicher zu fühlen.

Kriminalitätsfurcht: Auch 2020 bleibt die Kriminalitätsfurcht unverändert gering. Erneut geben 90% (± 0 Prozentpunkte) an, sich sicher zu fühlen, wenn sie nachts alleine zu Fuss in ihrer Wohngegend unterwegs sind. 47% (+3 Pp) fühlen sich «sehr» und 43% (-3 Pp) «eher» sicher. 9% (± 0 Pp) geben an, sich «eher» (7%, -1 Pp) oder «ganz» unsicher (2%, +1 Pp) zu fühlen. 1% (± 0 Pp) der Befragten äusserte, dass sie nach Einbruch der Dunkelheit nie alleine unterwegs seien.

Subjektives Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum: Gegenüber 2019 bleibt das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ebenfalls unverändert. 84% (+1 Prozentpunkt) der Befragten fühlen sich im öffentlichen Raum sicher. 23% (+1 Pp) fühlen sich «sehr» und 61% (-1 Pp) «eher» sicher. 15% (-1 Pp) der Befragten fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher (davon 13%, [-2 Pp] «eher» und 2%, [+1 Pp] «sehr» unsicher). Der Anteil an Personen, die angeben nie an öffentlichen Orten zu sein, an welchen viele Menschen sind, liegt seit 2016 konstant bei 1% (± 0 Pp).

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Das Gesamtvertrauen in die acht regelmässig erfragten Behörden und Institutionen bleibt auch im Jahr 2020 auf einem hohen Niveau (2020: 6.7, -0.1 im Vergleich zu 2019; Ø 2007–2020: 6.4, +0.3).² Erstmals seit 2009 konnte in diesem Jahr jedoch keine Institution signifikant an Vertrauen gewinnen. Dies deutet möglicherweise darauf hin, dass mit den hohen Vertrauenswerten eine Obergrenze für die einzelnen Institutionen erreicht worden ist. Die Rangliste wird nach wie vor von der Polizei (7.9, -0.1) angeführt, gefolgt von den Gerichten (7.4, ± 0.0). Wie bereits in den Vorjahren geniesst der Bundesrat auch 2020 (7.1, ± 0.0) das drittgrösste Vertrauen. Die Schweizer Wirtschaft (6.9, -0.1) belegt den vierten Platz. Anschliessend folgen das Eidgenössische Parlament (6.8, +0.1) und die Armee (6.7, +0.1). Die politischen Parteien (5.4, -0.2) und die Medien (5.4, -0.4) belegen wie in den Vorjahren, mit deutlichem Abstand zu den anderen Institutionen, die beiden letzten Plätze. Verglichen mit dem langjährigen Durchschnitt weisen das Eidgenössische Parlament (+0.5) und der Bundesrat (+0.4) aktuell ein besonders hohes Vertrauen auf. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Medien deutlich und signifikant an Vertrauen eingebüsst, während die politischen Parteien und die Polizei einen leichten, aber signifikanten Rückgang verzeichnen. Aufgrund des statistisch signifikanten Rückgangs des Vertrauens bei diesen drei Institutionen ist 2020 das Gesamtvertrauen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls signifikant gesunken.

2. Neutralität

Neutralität: Die Neutralitätsbefürwortung ist erneut auf einem Allzeithoch und statistisch gegenüber dem Vorjahr unverändert. Fast einstimmig (96%, ±0 Prozentpunkte) sprechen sich die Befragten für die Beibehaltung der Neutralität aus. Die Stimmbevölkerung ist hinsichtlich der «differenziellen Neutralität», welche eine klare Stellungnahme bei politischen Konflikten im Ausland fordert und Neutralität bei militärischen Konflikten verlangt, hingegen gespalten. Aktuell liegt die Zustimmung bei 48% (-1 Pp). Dies entspricht dem tiefsten je gemessenen Wert. Auch bei der «de-facto Aufgabe der Neutralität» – der Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen – wird 2020 mit 14% (-1 Pp) der tiefste Wert seit Erhebungsbeginn gemessen.

Neutralitätsfunktionen: Die Neutralitätsfunktionen werden gleich wie im letzten Jahr beurteilt. Die Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten kann, liegt unverändert hoch bei 95% (+1 Prozentpunkt). Außerdem messen Schweizer*innen der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität eine hohe Bedeutung zu. Für 86% (+1 Pp) der Befragten ist die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden. Mit 67% (+3 Pp) wird die Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen werde, gleich stark wie im Vorjahr bewertet. Für 60% (+2 Pp) der Befragten trägt die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei. Seit 2017 sind sich Schweizer*innen uneins, ob die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann (51%, +2 Pp). 24% (+1 Pp) der Befragten glauben, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis für die Schweiz mehr Schutz bieten würde als die Neutralität.

Kritische Beurteilung der Neutralität: Die Meinung, dass es aufgrund der Neutralität negative Konsequenzen geben könnte, ist in der Schweizer Stimmbevölkerung wenig verbreitet. Aktuell stimmen 36% (±0 Prozentpunkte) der Befragten der Sichtweise zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Nationen die Neutralität verunmöglicht. Die Ansicht, dass die Neutralität ein Hindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sei, wird von 34% (-2 Pp) geteilt. Gegenüber dem Vorjahr bleiben beide Werte statistisch unverändert. Auch die Zustimmung zur «Neutralität als ein Wert an sich» hat sich in diesem Jahr nicht signifikant verändert. Nur 17% (+3 Pp) der Schweizer*innen teilen die Ansicht, dass die Schweiz die Neutralität aufgeben sollte, sobald diese keine Vorteile für die Schweiz mit sich bringt.

3. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: Die sich seit 2011 abzeichnende EU-Skepsis der Schweizer Stimmbevölkerung setzt sich auch in diesem Jahr fort. Im langjährigen Vergleich sind die Zustimmungswerte einer EU-Annäherung und eines EU-Beitritts unterdurchschnittlich tief. Dagegen geniesst die pragmatische Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU weiterhin eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. 81% (-1 Prozentpunkt) der Befragten unterstützen die Aussage, dass die Schweiz der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken sollte. Eine politische Annäherung an die EU wird gleichbleibend von 34% (-1 Pp) der Befragten befürwortet. Im Vergleich zum Vorjahr fordern signifikant weniger Schweizer*innen (13%, -2 Pp) einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU.

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Auch 2020 unterstützt die Mehrheit der Stimmbevölkerung das internationale und humanitäre Engagement ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen der Schweiz deutlich. 74% (-4 Prozentpunkte) der Befragten stehen hinter der Aussage, dass die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktiver Rolle spielen sollte. Die vermehrte Vermittlung bei Konflikten wird gleichbleibend von 72% (± 0 Pp) der Befragten gefordert. Ebenso gibt es keine signifikante Veränderung bei der Ansicht, dass die Schweiz mehr Entwicklungshilfe leisten sollte. Aktuell sind 63% (-2 Pp) der Schweizer*innen dieser Auffassung.

Schweizer Beteiligung bei der Uno: Seit dem Uno-Beitritt der Schweiz 2002 zeigt sich die Einstellung gegenüber der Uno als positiv und mehrheitlich stabil. Dabei wird eine aktive Beteiligung der Schweiz für die Anliegen der Uno von 60% (+1 Prozentpunkt) der Schweizer*innen unterstützt. Für einen Sitz der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat sprechen sich aktuell 58% (-3 Pp) der Befragten aus. Beide Werte entsprechen dem langjährigen Mittel.

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen: 2020 werden sicherheitspolitische Kooperationen mit der Nato von Schweizer*innen gleich wie im Vorjahr beurteilt. Signifikant tiefer ist 2020 jedoch die Bereitschaft, die Uno mit eigenen Friedenstruppen zu unterstützen. Geordnet nach dem Zustimmungsgrad liegt der Wunsch, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, dennoch seit Jahren an der Spitze der erfragten sicherheitspolitischen Kooperationsformen. Aktuell liegt die Zustimmung bei 55% (-5 Prozentpunkte). Eine Annäherung an die Nato wird von einer Minderheit von 36% (+1 Pp) befürwortet. 20% (+2 Pp) der Befragten können sich einen Beitritt der Schweiz zur Nato vorstellen.

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: Schweizer*innen unterstützen die Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Autonomie signifikant stärker als im Vorjahr. 77% (+3 Prozentpunkte) stimmen dieser Auffassung zu. Die militärische Autonomie, ergo, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen solle, wird von 44% (-2 Pp) der Befragten befürwortet. Ebenso bleibt die Einstellung gegenüber der absoluten Autonomie gleich: Eine Minderheit von 35% (+1 Pp) stimmt der Aussage zu, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten solle.

4. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit der Armee: Die positive Einstellung der Schweizer*innen gegenüber dem Militär setzt sich auch 2020 fort. 77% (-2 Prozentpunkte) erachten die Armee als notwendig. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung sind die 18–29-Jährigen gegenüber der Notwendigkeit der Armee skeptischer eingestellt. Dieser Befund zeigt sich auch 2020. 63% (-3 Pp) der 18–29-Jährigen teilen die Auffassung, dass die Schweizer Armee notwendig sei. Dennoch liegt die Einstellung der 18–29-Jährigen weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt von 59%. Wie bereits im Jahr 2009 wurde in der Studie «Sicherheit 2020» mit einer offenen Frage nach den Gründen der Notwendigkeit und Nicht-Notwendigkeit der Schweizer Armee gefragt. Die untenstehenden Grafiken fassen die meistgenannten Gründe für und gegen die Notwendigkeit der Schweizer Armee zusammen.

Gründe für die Notwendigkeit: Weshalb die Schweizer Armee für notwendig erachtet wird, begründen die Befragten 2020 am häufigsten mit der «Sicherheit des Landes gegen aussen» (44% von jenen, welche die Armee als notwendig erachten) und der «Sicherheit im Land» (43%). Weiter werden von gut jedem/r fünften Befürworter*in der Notwendigkeit der Armee die «allgemeine Notwendigkeit» (21%), die «allgemeine Sicherheit und Bedrohung» (21%), die «latenten Aufgaben» (19%), welche die Armee wahrnimmt, und die «Aussenpolitik» (19%) als Gründe genannt. Wurde 2009 die «Sicherheit im Land» (2009: 43%) noch am häufigsten genannt, hat das Argument der «Sicherheit des Landes gegen aussen» (2009: 35%) signifikant zugenommen (+ 9 Prozentpunkte) und übernimmt 2020 den Spitzensplatz. Damit wird, zumindest unmittelbar vor dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie, die Notwendigkeit der Armee stärker durch äussere Gefahren als durch inländische Bedürfnisse legitimiert. Weiter signifikant zugenommen hat die Begründung der Notwendigkeit der Armee durch die «Aussenpolitik» (+5 Pp) sowie durch die «latenten Aufgaben» (+4 Pp).

Gründe gegen die Notwendigkeit: Mit «Zweifel an der Effektivität» (44% von jenen, welche die Armee als nicht notwendig erachten) der Schweizer Armee begründen die

Befragten 2020 am häufigsten, warum sie die Schweizer Armee für nicht notwendig halten. An zweiter Stelle folgen Gründe, welche «gegen die aktuelle Armee» (37%) sprechen. Rund ein Drittel der Armeegegner*innen sieht die Notwendigkeit einer Armee aufgrund der aktuell günstigen «Sicherheits- und Bedrohungslage» (33%) als nicht gegeben oder ist ganz «allgemein gegen eine Armee» (30%) eingestellt. 15% der Armeekritiker*innen erachten eine Armee aufgrund der Schweizer «Neutralität und Unabhängigkeit» für nicht notwendig. 2020 nennen Armeekritiker*innen deutlich mehr Gründe für die Nicht-Notwendigkeit der Armee als noch 2009. Die Argumente, welche unspezifisch und «allgemein gegen die Armee» gerichtet sind (+11 Prozentpunkte) sowie die Begründung der Nicht-Notwendigkeit durch die «Neutralität und Unabhängigkeit» der Schweiz (+8 Pp), haben signifikant zugenommen.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Seit 1976 wird die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee mit den drei Antwortvorgaben gemessen, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird. Die gesellschaftliche Rolle der Armee bleibt auch 2020 unverändert. Für 46% (+3 Prozentpunkte) der Schweizer*innen spielt das Militär auch 2020 «eine zentrale Rolle». 40% (−1 Pp) der Befragten erachten das Militär als «ein notwendiges Übel». Der Abschaffung der Armee stimmen im Januar 2020 13% (−2 Pp) der Befragten zu.

Milizarmee versus Berufsarmee: Seit 2013 präferiert eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. 2020 befürworten signifikant weniger Schweizer*innen (54%, −6 Prozentpunkte) die Milizarmee. Folglich sprechen sich signifikant mehr Befragte für eine Berufsarmee aus (40%, +4 Pp). Nichtsdestotrotz wird die Milizarmee nach wie vor von einer knappen Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Bei der Kohorte der Wehrpflichtigen (18–29-Jährige) hat sich die Zustimmung zur Berufsarmee gegenüber dem Vorjahr statistisch betrachtet nicht verändert (48%, +6 Pp). Seit 2013 spricht sich nur noch eine Minderheit der 18–29-Jährigen für eine Berufsarmee aus. Vor 2013 war diese Ansicht bei den Jungen noch mehrheitsfähig.

Abschaffung der Wehrpflicht: Im Januar 2020 befürworten 38% (+1 Prozentpunkt) der Befragten die Abschaffung der Wehrpflicht. Somit bleibt 2020 die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert. Im Mehrjahresvergleich ist dies ein unterdurchschnittlicher Wert. Die Schweizer Stimmbevölkerung steht seit 2013 wieder deutlicher hinter der Wehrpflicht als Rekrutierungsform.

Zufriedenheit mit der Leistung der Armee: Seit 2011 wird die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee auf einer Skala von 1 bis 10 erfragt, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet. Während die Zufriedenheit zwischen 2011 und 2013 im Vergleich tiefer ausfiel, stieg sie ab 2014 kontinuierlich an, wobei die Zufrieden-

heit mit der Leistung der Armee 2018 in Folge der Einführung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* wieder sank. 2020 liegt die durchschnittliche Zufriedenheit bei 6,5 ($\pm 0,0$) und erreicht damit wieder die Höchstwerte der Jahre 2016, 2017 und 2019.

Verteidigungsausgaben: Die Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben haben sich zum Vorjahr statistisch signifikant verändert. Der Anteil derer, welche die Verteidigungsausgaben als «gerade richtig» bemessen, liegt unverändert bei 49% (+1 Prozentpunkt). 37% (+2 Pp) teilen die Auffassung, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgebe. Signifikant weniger Schweizer*innen (9%, -4 Pp) finden, dass die Schweiz «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgebe.

Wissensstand der Schweizer*innen über Verteidigungspolitik: Der verteidigungspolitische Wissensstand der Schweizer*innen wurde mit vier Fragen gemessen und zeigt folgendes: 47% der Befragten geben an, von der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* «gehört, gesehen oder gelesen» zu haben. 30% der Befragten kennen die aktuellen Verteidigungsausgaben von CHF 5 Mrd. 23% (gewichtete Daten) unterschätzen (CHF 1 Mrd., 3 Mrd.) und 39% (gewichtete Daten) überschätzen die Verteidigungsausgaben und geben CHF 7 Mrd., 9 Mrd. oder 11 Mrd. als Antwort. Mit einer weiteren Fragebatterie wurde der Kenntnisstand von sechs Institutionen gemessen. Dabei mussten Befragte angeben, ob die jeweilige Organisation einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag hat. Jeweils eine Mehrheit beantwortet diese Frage korrekt für den Zoll (92%), für den Zivilschutz (86%) und für den Zivildienst (65%). Minderheiten betrachten hingegen das Rote Kreuz (45%), die Rega (39%) und die Securitas (33%) ebenfalls als Organisationen mit einem offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag, was nicht korrekt ist. Mittels einer offenen Frage wurde nach dem/der aktuelle/n Verteidigungsminister*in gefragt: 45% der Befragten geben spontan und ohne Hilfestellung Frau Bundesrätin Viola Amherd als korrekte Antwort, 12% geben eine falsche Antwort und 43% der Schweizer*innen konnten hierzu keine Angaben machen.

5. Vereinbarkeit ehrenamtliche Tätigkeit und Berufsleben / Ausbildung

Vereinbarkeit Ehrenamt / Milizdienst mit Berufsleben oder Ausbildung: Es gibt Schweizer*innen, die neben ihrem Beruf oder ihrer Ausbildung noch ein Ehrenamt ausüben, einen zivilen oder militärischen Dienst leisten oder sich in einem Vereinsvorstand engagieren. Von Interesse war, wie gut sich, aus Sicht der Befragten, diese Tätigkeiten mit dem Berufsleben oder einer Ausbildung vereinbaren lassen. 90% der Befragten geben an, dass ein Amt in einem Verein «sehr gut» oder «eher gut» neben einer Berufstätigkeit erfüllt werden kann. Ebenfalls ein hoher Anteil von 87% sieht diese Vereinbarkeit mit

dem Berufsleben und einem Engagement bei der Feuerwehr. Kompatibel mit dem Beruf oder der Ausbildung wird auch ein Einsatz im Zivilschutz (85%) und im Zivildienst (82%) erachtet. Der Armeedienst ist für 71% der Befragten gut mit dem Berufsleben vereinbar. Die Verträglichkeit des Arbeitslebens oder der Ausbildung mit einem politischen Amt wird am tiefsten bewertet. 66% der Schweizer*innen geben an, dass dies gut unter einen Hut gebracht werden kann.

Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben: Bereits 2012 und 2013 wurde die Einstellung der Schweizer*innen zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben erfragt. Der Vergleich zwischen der Erhebung 2013 und 2020 zeigt, dass auch sieben Jahre später die positive Wahrnehmung der Vereinbarkeit zwischen dem Militärdienst und dem Berufsleben vorhanden ist. Gleichzeitig werden aber auch gewisse Schwierigkeiten gesehen. 60% (-2 Prozentpunkte gegenüber 2013) der Befragten stimmen der Auffassung zu, dass im Allgemeinen eine Person, die Militärdienst leistet, auf die Unterstützung des Arbeitgebers zählen kann. 56% (-4 Pp) der Befragten finden, dass die durch den Militärdienst verursachte Mehrfachbelastung bewältigt werden könne, ohne dass dadurch die Berufskarriere Schaden nimmt. Signifikant mehr Schweizer*innen sind der Meinung, dass die Abwesenheit am Arbeitsplatz der Hauptgrund sei, weshalb der Militärdienst hinderlich für die berufliche Karriere sei. Eine Minderheit von 44% (+3 Pp) stimmt dieser Aussage zu. Wie bereits 2013 ist auch 2020 jede/r dritte Schweizer*in der Ansicht, dass Arbeitnehmer*innen nicht mit dem Verständnis des Arbeitgebers rechnen können, wenn sie infolge des Militärdienstes ihre Leistung nicht erbringen können (34%, +1 Pp). 42% nehmen dies gegenteilig wahr (-3 Pp). Ebenso unverändert gegenüber 2013 ist die Einstellung, dass die militärbedingten zeitlichen Abwesenheiten von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert werden. Rund ein Drittel der Schweizer*innen (29%, -5 Pp) sieht darin ein Problem. Für 46% (+1 Pp) stellt dies hingegen kein Problem dar.

Vereinbarkeit militärische Milizkarriere und Berufsleben: Wie bereits im Jahr 2012 bleibt für Schweizer*innen auch im Jahr 2020 eine militärische Milizkarriere unterstützungswürdig und ist mit dem Arbeitsleben vereinbar. Die Attraktivität einer militärischen Milizkarriere steht und fällt mit den Rahmenbedingungen. Signifikant mehr Schweizer*innen stimmen 2020 der Aussage zu, dass das Militär und die Wirtschaft zusammenspannen müssen, um das «Weitermachen» im Militär wieder attraktiv zu machen (72%, +6 Prozentpunkte gegenüber 2012). 65% (+2 Pp) der Befragten finden denn auch, dass Arbeitnehmer*innen, welche eine militärische Milizkarriere anstreben, von ihrem Arbeitgeber darin unterstützt und bestärkt werden sollten. Eine Minderheit von 46% (+2 Pp) stimmt der Aussage «Weil man nicht weiß, ob das «Weitermachen» im Militär im Beruf Vorteile bringt, ist es nicht attraktiv weiterzumachen» zu. Die Aussage

«Wer im Militär weitermacht, erhöht seine Chancen in der Berufswelt» wird lediglich von 38% (+1 Pp) der Befragten geteilt. 30% (± 0 Pp) der Befragten verbinden heute noch mit dem «Weitermachen» ein hohes Ansehen in der Gesellschaft. 26% (+2 Pp) der Befragten unterstützen die Aussage, dass aufgrund der militärischen Milizkarriere mit Nachteilen im Berufsleben oder auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sei. Rund ein Fünftel der Befragten (22%, -1 Pp) ist der Ansicht, dass die Mehrfachbelastung, bedingt durch eine militärische Milizkarriere, dazu führt, dass die Chancen auf eine berufliche Karriere erheblich sinken. Signifikant weniger Schweizer*innen sind 2020 der Überzeugung, dass eine militärische Milizkarriere zu geringeren Leistungen am Arbeitsplatz führe (15%, -3 Pp).

Fazit

Schweizer*innen fühlen sich 2020 im Allgemeinen sehr sicher. Die Kriminalitätsfurcht bleibt gering und die Schweizer Bevölkerung fühlt sich im öffentlichen Raum sicher. Der Zukunftsoptimismus für die Schweiz verharrt auf hohem Niveau. Hingegen wird die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage als pessimistisch eingeschätzt. Das allgemeine Vertrauen in Schweizer Behörden und Institutionen ist überdurchschnittlich hoch, aber gegenüber 2019 signifikant gesunken.

An der Neutralität hält die Schweizer Stimmbevölkerung auch 2020 fast einstimmig fest. Für Schweizer*innen ist die Neutralität «ein Wert an sich» und sollte auch nicht abgeschafft werden, wenn sie keinen Nutzen mehr mit sich bringen würde. Aussenpolitisch sind Schweizer*innen wenigöffnungsbereit. Sie wünschen sich eine autonome Schweiz, die nur wirtschaftlich mit der EU kooperiert. Während Annäherungen oder Beitritte zu internationalen Institutionen (EU, Nato) deutlich abgelehnt werden, wird die weiche Kooperation (in Form von Guten Diensten, Konferenzen, Konfliktvermittlung, Entwicklungshilfe) deutlich befürwortet.

Schweizer*innen sind auch 2020 gegenüber der Schweizer Armee positiv eingestellt. Fast vier von fünf Befragten erachten die Schweizer Armee als notwendig. Die überdurchschnittliche Zustimmung zur Notwendigkeit begründet sich darin, dass die Schweizer Armee für «Sicherheit gegen aussen» und für «Sicherheit im Land» sorgt. Schweizer*innen, welche die Armee als nicht notwendig betrachten, hegen «Zweifel an der Effektivität» des Militärs und sind «gegen die aktuelle Armee».

Die Befragten bewerten die Vereinbarkeit eines Ehrenamtes oder Milizdienstes mit dem Berufs- und Privatleben positiv. Schweizer*innen betrachten die Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben mehrheitlich ebenfalls als möglich. Dies gilt sowohl für reguläre Dienstleistungen im Rahmen des Militärdienstes wie auch bei einem Engagement als Milizkader. Gleichzeitig wird allerdings hervorgehoben, dass dies nur bei einem koordinierten Zusammenwirken von Wirtschaft und Armee möglich sei.

Synthese: Die konstanten Werte der öffentlichen Meinung zur Schweizer Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der letzten Jahre zeigen, dass die Bevölkerung einmal mehr zufrieden mit dem «Sonderfall Schweiz» ist. In der Schweiz fühlt man sich sicher, setzt grosses Vertrauen in die Institutionen und blickt der Zukunft der Schweiz zuversichtlich entgegen. Die Mehrheit der Befragten schätzt die Vereinbarkeit zwischen einem Ehrenamt oder einem Dienst für die Gesellschaft als gut ein. Schweizer*innen stehen der Armee positiv gegenüber und auch im Jahr 2020 bleibt für Stimmbürger*innen eine militärische Milizkarriere unterstützungswürdig und ist mit dem Arbeitsleben vereinbar. Die Kenntnis in sicherheitspolitischen Fragen ist gut. In der Aussenpolitik präferieren Schweizer*innen eine neutrale, politisch autonome und nur in wirtschaftlichen Belangen mit anderen Staaten kooperierende Schweiz. Aufgrund des hohen Stellenwerts der Neutralität werden souveränitätsmindernde Kooperationen mit der EU und der Nato abgelehnt.

Résumé de l'étude «Sécurité 2020»

Base de données

Les études annuelles «Sécurité» menées par l'Académie militaire (ACAMIL) à l'EPFL de Zurich en collaboration avec le Center for Security Studies, EPFL Zurich permettent d'établir les tendances de l'opinion suisse en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. Elles se basent sur des sondages annuels, représentatifs de la population suisse ayant le droit de vote.

Outre les questions posées régulièrement ou utilisées à intervalles irréguliers, le sondage comprend chaque année des questions portant sur les thèmes actuels de la politique de sécurité. En 2020, l'accent sera mis sur le niveau de connaissance de la politique de défense des Suisses et des Suisse, les raisons de la perception de la nécessité et de la non-nécessité de l'armée, la compatibilité entre milice et profession et les avantages de l'expérience de la milice pour la vie professionnelle et quotidienne.

Le sondage de cette année s'est déroulé du 6 janvier au 24 janvier 2020. L'Institut de sondages d'opinion LINK a interrogé par téléphone 1227 électeurs et électrices des trois grandes régions linguistiques de la Suisse (Suisse alémanique, Suisse romande et Tessin). Les données ont été recueillies avant la pandémie de coronavirus (COVID-19) et l'affaire Crypto en Suisse. Ces deux événements n'ont donc eu aucune influence sur le comportement de réponse. Toutefois, le comportement des 1227 personnes interrogées a pu être influencé par les événements suivants :

- Le 31 décembre 2019, la date limite du référendum pour l'acquisition de nouveaux avions de chasse a été annoncée. Après cela, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA), le Parti social-démocrate suisse (SPS), Greenpeace et diverses organisations de paix ont donc officiellement lancé le référendum le 8 janvier 2020.
- Discussions en cours sur le retrait définitif du Royaume-Uni de l'Union européenne (UE) le 31 janvier 2020 (Brexit).
- L'entrée en fonction du commandant de corps Thomas Süssli comme chef de l'armée le 1er janvier 2020.
- L'engagement subsidiaire de l'armée suisse à l'occasion du Forum économique mondial (WEF) en faveur des autorités civiles du canton des Grisons, à Davos.
- Le début des écoles de recrues le 13 janvier 2020.

Les ± points de pourcentage (pp) qui figurent entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé effectué en janvier 2019. Dans le sondage de 2020, l'erreur d'échantillonnage potentielle avec un degré de certitude de 95% est, dans le pire des cas, de ±2.9 (pp). Cela signifie qu'une valeur mesurée de 50% pour X appartient avec une probabilité de 95% à une population cible (la population suisse ayant le droit de vote) et que la fréquence X se situe entre 47.1% et 52.9%. Sauf mention contraire, les pourcentages de modification de fréquence qui figurent entre parenthèses ne correspondent pas à un changement d'opinion significatif par rapport à l'année précédente. Tout changement statistiquement représentatif par rapport à l'année dernière est explicitement mentionné dans le texte. En général, les opinions sont recueillies sur une échelle de 1 à 4 («très», «plutôt», «plutôt pas», «pas du tout»). Les chiffres indiqués se réfèrent à la totalité des 1227 personnes interrogées. Les réponses classées «ne sait pas» et «pas de réponse» sont aussi valides.

Courants et tendances

1. Sentiment général de sécurité et confiance dans les institutions

Estimation de l'avenir proche de la Suisse: en 2020, l'estimation à l'égard de l'avenir proche de la Suisse se maintient en moyenne à 3.0 (+ 0.1). 86% (±0 points de pourcentage) des Suissesses et des Suisses se déclarent optimistes quant à l'avenir de la Suisse. 9% (+1 pp) se déclarent «très» optimistes et 77% (-1 pp) «plutôt» optimistes. Au total, 13% (±0 pp) des personnes interrogées ont une vision pessimiste de l'avenir de la Suisse dont 12% (±0 pp) «plutôt» et 1% (±0 pp) «très» pessimistes. Ainsi, en 2020, l'optimisme face à l'avenir demeure aussi élevé.

Estimation de la situation politique mondiale: l'évolution de la situation politique mondiale est évaluée de la même manière qu'en 2019.¹ En tout, 72% (-1 point de pourcentage) des personnes interrogées évaluent l'évolution de façon pessimiste, dont 62% (-5 pp) comme «plutôt» et 10% (+4 pp) «très» pessimiste. Ce n'est qu'en 2017 que la situation politique mondiale a été évaluée de manière aussi pessimiste qu'en 2020. Environ un quart des personnes (27%, +1 pp) sont optimistes quant à l'évolution de la situation

1 Dans le sondage de 2015, pour évaluer la situation politique mondiale, la question «Comment, selon vous, la situation politique mondiale va-t-elle évoluer au cours des cinq prochaines années?» a été formulée avec l'échelle de réponses «très optimiste», «plutôt optimiste», «plutôt pessimiste» et «très pessimiste». Cette question remplace depuis lors la question: «Croyez-vous que dans les cinq prochaines années la situation politique mondiale sera meilleure et plus détendue, plutôt plus sombre et plus tendue, ou qu'elle restera inchangée?» Voilà pourquoi la nouvelle question avec les quatre échelles de réponses figure dans le tableau ci-dessus depuis 2014.

politique mondiale. La situation actuelle est considérée comme «très» optimiste par 1% (± 0 pp) des répondants et «plutôt» optimiste par 26% (+1 pp).

Sentiment général de sécurité: le sentiment général de sécurité reste inchangé, avec une moyenne de 3,3 ($\pm 0,0$) par rapport à 2019. Il reste donc à un niveau très élevé par comparaison sur plusieurs années. Encore une fois, 95% (± 0 point de pourcentage) des Suisseuses et des Suisses disent se sentir en général en sécurité, dont 37% (+3 pp) «très» et 58% (-3 pp) «plutôt» en sécurité. Seulement 5% (± 0 pp) ne se sentent pas d'une manière générale en sécurité. 5% (± 0 pp) des sondés déclarent se sentir «plutôt» en insécurité et 0% (± 0 pp) «complètement» en insécurité.

La crainte de la criminalité: la crainte de la criminalité reste faible aussi en 2020. Encore une fois, 90% (± 0 point de pourcentage) des sondés disent se sentir en sécurité lorsqu'ils se promènent seuls la nuit dans leur quartier, dont 47% (+3 pp) «très» et 43% (-3 pp) «plutôt» en sécurité. 9% (± 0 pp) déclarent se sentir «plutôt» (7%, -1 pp) ou «complètement» en insécurité (2%, +1 pp). 1% ($\pm 0\%$) des enquêtés ont déclaré ne jamais se déplacer seuls à la nuit tombée.

Sentiment subjectif de sécurité dans des espaces publics: par rapport à 2019, le sentiment subjectif de sécurité dans des espaces publics reste également inchangé. 84% (+1 point de pourcentage) des répondants se sentent en sécurité dans des espaces publics. 23% (+1 pp) se sentent «très» et 61% (-1 pp) «plutôt» en sécurité. 15% (-1 pp) des sondés disent se sentir en insécurité dans des espaces publics (dont 13%, [-2 pp] «plutôt» et 2%, [+1 pp] «très» en insécurité). La proportion des personnes qui déclarent ne jamais aller dans des espaces publics avec beaucoup de gens reste constante à 1% (± 0 pp) depuis 2016.

Confiance dans les autorités et les institutions: la confiance globale accordée aux huit autorités et institutions régulièrement évaluées reste à un niveau élevé aussi en 2020 (2020: 6,7, -0,1 par rapport à 2019 ; Ø 2007–2020: 6,4, +0,3).² Pour la première fois depuis 2009, aucune institution n'a pu gagner une confiance significative cette année. Cela peut indiquer que les niveaux de confiance élevés ont atteint une limite supérieure pour les différentes institutions. La police (7,9, -0,1) occupe la première place, suivie des tribunaux (7,4, $\pm 0,0$). À l'image des années précédentes, le Conseil fédéral jouit aussi en 2020 du troisième niveau de confiance le plus élevé (7,1, $\pm 0,0$). L'économie suisse (6,9, -0,1) occupe la quatrième place, devant le Parlement fédéral (6,8, +0,1) et l'Armée (6,7,

2 Les valeurs correspondent à chaque fois à la valeur moyenne des réponses valides, qui ont été mesurées à l'aide d'une échelle de 1 à 10 (1 = «aucune confiance», 10 = «entière confiance»).

+0.1). À l'image des années précédentes, les partis politiques (5.4, -0.2) et les médias (5.4, -0.4) occupent les deux dernières places avec un écart significatif par rapport aux autres institutions. Si on compare à la moyenne à long terme, le Parlement fédéral (+0.5) et le Conseil fédéral (+0.4) affichent actuellement un niveau de confiance particulièrement élevé. Par rapport à l'année précédente, les médias ont subi une perte de confiance évidente et importante tandis que les partis politiques et la police ont subi un léger recul, néanmoins significatif. En raison de la baisse statistiquement significative de la confiance dans ces trois institutions, la confiance globale en 2020 a également baissé de manière significative par rapport à l'année précédente.

2. Neutralité

Neutralité: l'approbation de la neutralité est à nouveau à un niveau record et statistiquement inchangé par rapport à l'année précédente. (96%, +1 point de pourcentage) des sondés se prononcent presque à l'unanimité pour le maintien de la neutralité. Néanmoins, l'électoralat est plutôt divisé en ce qui concerne la «neutralité différentielle», laquelle exige une position claire par rapport aux conflits politiques à l'étranger et la neutralité dans des conflits militaires. Actuellement, le taux d'approbation est de 48% (-1 pp), ce qui correspond à la valeur plus basse jamais mesurée. Aussi au niveau de «l'abandon de-facto de la neutralité» – la revendication de prendre clairement position non seulement dans des conflits politiques, mais également dans des conflits militaires – la valeur s'élève en 2020 à 14% (-1 pp) et atteint la valeur la plus basse mesurée depuis le début de cette étude.

Fonctions de la neutralité: les fonctions de neutralité sont jugées de la même manière que l'année dernière. L'opinion que la Suisse, grâce à la neutralité, peut assumer un rôle de médiation dans des conflits et fournir de bons offices sur le plan international reste inchangée à 95% (+1 point de pourcentage). Par ailleurs, les Suissesses et les Suisses attribuent une grande valeur à la neutralité en tant que composante de l'identité suisse. Pour 86% (+1 pp) des sondés, la neutralité est «indissociablement liée à notre conception de l'État». 67% (+3 pp) sont d'avis que la Suisse, grâce à sa neutralité, ne sera pas impliquée dans des conflits internationaux – une proportion comparable à celle de l'année précédente. L'idée que la neutralité armée de la Suisse contribue à assurer la sécurité et la stabilité en Europe est soutenue par 60% (+2 pp). Depuis 2017, les Suissesses et les Suisses sont en désaccord par rapport à l'idée qu'aujourd'hui on ne peut plus défendre la neutralité de façon crédible en employant des moyens militaires (51%, +2 pp). 24% (+1 pp) des personnes interrogées croient qu'une alliance défensive européenne offrirait à la Suisse plus de sécurité que la neutralité.

Appréciation critique de la neutralité: l'opinion selon laquelle la neutralité pourrait avoir des conséquences négatives n'est pas très répandue auprès de l'électorat suisse. Actuellement, 36% (± 0 point de pourcentage) des personnes interrogées partagent le point de vue que la coopération politique et économique étroite avec d'autres nations rend impossible la neutralité. 34% (-2 pp) considèrent que la neutralité entrave la coopération économique avec d'autres pays européens. Par rapport à l'année précédente, ces deux valeurs restent statistiquement inchangées. Le taux de ceux qui pensent que «la neutralité est une valeur en soi» n'a pas non plus changé de manière significative cette année. Seuls 17% (+3 pp) des Suisse et Suisses sont d'avis que la Suisse devrait abandonner la neutralité dès que celle-ci n'apporterait plus d'avantages.

3. Politique extérieure et politique de sécurité

Relations avec l'UE: l'euroscéticisme que les électeurs suisses affichent depuis 2011 se confirme aussi cette année. Les taux d'approbation à un rapprochement et à une adhésion à l'UE sont inférieurs à la moyenne mesurée sur plusieurs années. Par contre, l'idée pragmatique d'une adhésion exclusivement économique continue de jouir d'un niveau d'acceptation élevé au sein de la population. 81% (-1 point de pourcentage) des personnes interrogées sont d'avis que la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais qu'elle devrait renforcer sa coopération économique avec l'UE. Le taux des personnes qui se prononcent en faveur d'un rapprochement politique reste constant à 34% (-1 pp). Par rapport à l'année dernière, nettement moins de Suisse et Suisses (13%, -2 pp) soutiennent une adhésion inconditionnelle à l'UE.

Coopération internationale sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté: en 2020, une majorité de l'électorat continue à être nettement en faveur d'un engagement humanitaire international sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté de la Suisse. 74% (-4 points de pourcentage) des personnes interrogées estiment que la Suisse devrait jouer un rôle plus actif dans des conférences internationales. Le taux de ceux qui trouvent que leur pays devrait s'investir davantage comme intermédiaire dans des conflits reste constant à 72% (± 0 pp). De même, il n'y a pas de changement significatif dans l'opinion selon laquelle la Suisse devrait fournir davantage d'aide au développement. Actuellement, 63% (-2 pp) des Suisse et Suisses partagent cet avis.

Participation suisse au sein de l'ONU: l'attitude majoritairement positive vis-à-vis de l'ONU reste stable depuis l'adhésion de la Suisse en 2002. 60% (+1 point de pourcentage) des Suisse et Suisses soutiennent une participation active de la Suisse dans

le cadre de l'ONU, tandis que 58% (-3 pp) des sondés sont favorables à un siège de la Suisse au conseil de sécurité de l'ONU. Ces deux valeurs correspondent à la moyenne mesurée sur plusieurs années.

Volonté d'ouverture à des alliances en matière de politique de sécurité et des troupes de maintien de la paix: en 2020, la coopération en matière de politique de sécurité avec l'OTAN est évaluée par les Suisseuses et les Suisses de la même façon que l'année précédente. Cependant, la volonté de soutenir l'ONU avec ses propres forces de maintien de la paix est nettement plus faible en 2020. Classée par rapport au degré d'approbation, la revendication selon laquelle la Suisse, dans le cadre de l'ONU, devrait mettre à disposition des forces pour le maintien de la paix, se place depuis des années à la tête des formes de coopération de politique de sécurité souhaitées et est actuellement soutenue par 55% (-5 points de pourcentage) des personnes interrogées. Une minorité de 36% (+1 pp) soutiennent un rapprochement à l'OTAN tandis que 20% (+2 pp) des répondants pourraient se figurer une adhésion de la Suisse à l'OTAN.

Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité: la revendication d'une autonomie économique et politique soutenue par 77% (+3 points de pourcentage) est significativement plus élevée que l'année précédente. Le pourcentage de ceux qui se prononcent en faveur d'une autonomie militaire et qui pensent que la Suisse doit seulement compter sur sa propre défense nationale s'élève à 44% (-2 pp). Les valeurs de l'opinion concernant l'autonomie absolue ne changent pas non plus: une minorité de 35% (+1 pp) s'accordent à penser que la Suisse ne devrait conclure aucun accord ou alliance avec d'autres États.

4. Politique de sécurité

Nécessité de l'armée: l'attitude positive des Suisseuses et des Suisses à l'égard de l'armée suisse se maintient aussi en 2020. 77% (-2 points de pourcentage) considèrent que l'armée est nécessaire. Contrairement à la population totale, les 18–29 ans, qui représentent la cohorte des conscrits, ont une attitude plus sceptique par rapport à la nécessité de l'armée. Ce constat est aussi évident en 2020. 63% (-3 pp) des 18–29 ans sont d'avis que l'armée suisse est nécessaire. Néanmoins, le point de vue des 18–29 ans reste supérieur à la moyenne de 59% mesurée sur plusieurs années. Comme déjà en 2009, l'étude «Sécurité 2020» a posé une question ouverte sur les raisons pour lesquelles l'armée suisse est nécessaire et non nécessaire. Les tableaux ci-dessous résument les raisons les plus fréquemment citées pour et contre la nécessité de l'armée suisse.

Raisons de la nécessité: en 2020, les personnes interrogées citent le plus souvent comme raisons pour la nécessité de l'armée suisse la «sécurité du pays vers l'extérieure» (44% de ceux qui considèrent que l'armée est nécessaire) et la «sécurité dans le pays» (43%). En outre, un adepte sur cinq de la nécessité de l'armée cite comme raisons «la nécessité en générale» (21%), «la sécurité et menaces en générale» (21%), «les tâches latentes» (19%), que l'armée effectue, et «la politique étrangère» (19%). Tandis qu'en 2009 la «sécurité dans le pays» était la raison la plus souvent mentionnée (2009 : 43%), l'argument pour la «sécurité du pays vers l'extérieure» (2009 : 35%) a augmenté de manière significative (+9 points de pourcentage) et prend la première place en 2020. Ainsi, au moins immédiatement avant le début de la pandémie de coronavirus, la nécessité de l'armée se justifie davantage par des dangers extérieurs que par des besoins intérieurs. La justification de la nécessité de l'armée par la «politique étrangère» (+5 points de pourcentage) et les «tâches la-tentes» (+4 pp) a significativement augmenté.

Raisons contre la nécessité de l'armée: avec des «doutes sur l'efficacité» de l'armée suisse en 2020 (44% de ceux qui ne considèrent pas l'armée comme nécessaire), les personnes interrogées justifient le plus souvent pourquoi elles ne considèrent pas l'armée suisse comme nécessaire. En deuxième position viennent les raisons qui parlent «contre l'armée actuelle» (37%). Environ un tiers de ceux qui se prononcent contre l'armée ne voient pas la nécessité d'une armée en raison de la faible «situation de sécurité et de menace» actuelle (33%) ou sont «contre l'armée en général» (30%). 15% des critiques de l'armée ne considèrent pas qu'une armée soit nécessaire en raison de «la neutralité et indépendance» de la Suisse. En 2020, les critiques de l'armée donnent beaucoup plus de raisons pour la non-nécessité de l'armée qu'en 2009, avec une augmentation significative du nombre d'arguments non spécifiques et «contre l'armée en général» (+11 points de pourcentage) et la justification de la non-nécessité par la «neutralité et l'indépendance» de la Suisse (+8 pp).

Rôle sociétal de l'armée: le rôle sociétal de l'armée suisse est mesuré, depuis 1976, par le biais de trois réponses possibles : l'institution militaire est une partie centrale de la société; l'institution militaire est un mal nécessaire ; l'institution militaire est une institution qui mérite d'être abolie. En 2020, le rôle sociétal de l'armée reste aussi inchangé. Pour 46% (+3 points de pourcentage) des Suisses et des Suisse l'armée joue aussi en 2020 un rôle central, tandis que 40% (-1 pp) la considèrent un mal nécessaire. En janvier 2020, 13% (-2 pp) des sondés se prononcent en faveur de l'abolition de l'armée.

Armée de milice versus armée professionnelle: depuis 2003, une nette majorité de l'électorat suisse préfère l'armée de milice à une armée professionnelle. En 2020, nettement moins de Suisses et de Suisse (54%, -6 points de pourcentage) se prononcent en

faveur de l'armée de milice. Par conséquent, il y a nettement plus de sondés (40%, +4 pp) qui se prononcent en faveur d'une armée professionnelle. Néanmoins, l'armée de milice est toujours plébiscitée par une étroite majorité de la population. Parmi la cohorte des conscrits (18–29 ans), l'approbation de l'armée professionnelle n'a statistiquement pas changé par rapport à l'année précédente (48%, +6 pp). Depuis 2013, seule une minorité des 18–29 ans se prononcent en faveur d'une armée professionnelle alors qu'avant 2013 ce point de vue était encore susceptible d'obtenir la majorité chez les jeunes.

Abrogation de l'obligation de servir : en janvier 2020, 38% (+1 point de pourcentage) des sondés se déclarent en faveur de l'abrogation de l'obligation de servir. Ainsi, en 2020, l'attitude à l'égard de la suppression de l'obligation de servir reste statistiquement inchangée par rapport à l'année précédente. Dans une comparaison sur plusieurs années, cette valeur est inférieure à la moyenne. Depuis 2013, les électeurs suisses sont à nouveau plus favorables à l'obligation de servir comme forme de recrutement.

Satisfaction par rapport aux prestations de l'armée : depuis 2011, on mesure la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée sur une échelle allant de 1 à 10, où 1 correspond à «pas du tout satisfait» et 10 à «très satisfait». Alors que le taux de satisfaction était comparativement plus faible entre 2011 et 2013, il a augmenté de façon continue à partir de 2014, bien que la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée en 2018 ait de nouveau diminué à la suite de la mise en œuvre du *développement de l'armée (DEVA)* en 2018. Le niveau de satisfaction moyen en 2020 est de 6,5 ($\pm 0,0$) et atteint ainsi à nouveau les valeurs maximales des années 2016, 2017 et 2019.

Dépenses de l'armée : les attitudes à l'égard des dépenses de défense ont significativement changé en termes statistiques par rapport à l'année précédente. Le pourcentage de ceux qui considèrent que les dépenses en matière de défense sont «raisonnablement» reste inchangé à 49% (+1 point de pourcentage). 37% (+2 pp) sont d'avis que la Suisse dépense «beaucoup trop / trop» d'argent pour sa défense. Il y a significativement moins de Suissesses et de Suisses (9%, -4 pp) qui trouvent que la Suisse dépense «trop peu / beaucoup trop peu» d'argent en matière de défense.

Le niveau de connaissance des Suissesses et des Suisses en matière de politique de défense : le niveau de connaissance des Suissesses et des Suisses en matière de politique de défense a été mesuré à l'aide de quatre questions et montre ce qui suit : 47% des personnes interrogées disent avoir «entendu, vu ou lu» des informations sur le *développement de l'armée (DEVA)*. 30% sont au courant de la valeur des dépenses, soit 5 milliards de francs suisses. 23% (données pondérées) sous-estiment cette valeur (1 milliard, 3 milliards de

francs suisses) tandis que 39% (données pondérées) surestiment les dépenses en matière de défense et donnent comme réponse 7 milliards, 9 milliards ou 11 milliards. Le niveau de connaissance de six institutions a été mesuré à l'aide d'une autre série de questions et les personnes interrogées devaient indiquer si l'organisation en question avait un mandat officiel en matière de politique de sécurité. À chaque fois, une majorité donne une réponse correcte pour la douane (92%), pour la protection civile (86%) et pour le service civil (65%). Par contre, des minorités considèrent également la Croix-Rouge (45%), la Rega (39%) et Securitas (33%) comme des organisations ayant un mandat officiel de politique de sécurité, ce qui est incorrect. Pour l'actuelle ministre de la défense, on a posé une question ouverte: 45% peuvent spontanément et sans aide nommer Madame la Conseillère fédérale Viola Amherd comme ministre de la défense, 12% donnent une réponse incorrecte et 43% des Suisseuses et des Suisses n'ont pu donner aucune indication à ce sujet.

5. Compatibilité du travail volontaire et de la vie professionnelle / formation

Compatibilité du travail volontaire / service de milice avec la vie professionnelle ou la formation: il y a des Suisseuses et des Suisses qui, outre leur profession ou formation, exercent encore une fonction bénévole, effectuent un service civil ou militaire ou s'engagent comme dirigeants d'associations. Il est intéressant de voir dans quelle mesure, du point de vue des personnes interrogées, ces activités peuvent être conciliées avec la vie professionnelle ou la formation. 90% des répondants déclarent qu'une fonction dans une association peut être «très bien» ou «plutôt bien» remplie parallèlement à une activité professionnelle. Une forte proportion (87%) estime également compatible la vie professionnelle et un engagement volontaire chez les pompiers. Un engagement dans la protection civile (85%) et dans le service civil (82%) sont aussi considérés comme compatibles avec la profession ou la formation. 71% des personnes interrogées sont d'avis qu'on peut parfaitement concilier service militaire et vie professionnelle. La compatibilité de la vie professionnelle ou de la formation avec une fonction politique est la moins bien notée, avec 66% des Suisseuses et des Suisses considérant qu'il est possible de concilier ces deux aspects.

Compatibilité du service militaire avec la vie professionnelle: déjà en 2012 et 2013 on s'était enquise de l'attitude des Suisseuses et des Suisses par rapport à la conciliation du service militaire et de la vie professionnelle. La comparaison entre le sondage de 2013 et de 2020 montre que, aussi sept ans plus tard, la perception positive de la compatibilité entre le service militaire et la vie professionnelle subsiste. Mais en même temps, on constate certaines difficultés. 60% (-2 points de pourcentage par rapport à 2013) des personnes interrogées partagent l'opinion qu'en général une personne qui accomplit le

service militaire, peut compter sur le soutien de son employeur. 56% (-4 pp) des sondés trouvent que la charge multiple causée par le service militaire peut être surmontée sans nuire à la carrière professionnelle. Les Suisseuses et Suisses sont significativement plus nombreux à penser que l'absence au travail est la raison principale pour laquelle le service militaire constitue un obstacle à une carrière professionnelle. Une minorité de 44% (+3 pp) partagent cet avis. À l'image de 2013, un Suisse/Suisse sur trois estime en 2020 que les salarié-e-s ne peuvent pas compter sur la compréhension de l'employeur s'ils sont dans l'incapacité d'exercer leurs fonctions en raison du service militaire (34%, +1 pp). 42% sont 'avis contraire (-3 pp). L'attitude selon laquelle les absences pour service militaire ne sont plus acceptées par les employeurs est également inchangée par rapport à 2013. Environ un tiers des Suisseuses et Suisses (29%, -5 pp) y voit un problème. En revanche, pour 46% (+1 pp) cela ne pose pas de problème.

Compatibilité entre carrière militaire de milice et vie professionnelle: aussi en 2020, comme c'était d'ailleurs le cas en 2012, les Suisseuses et les Suisses considèrent que la carrière militaire de milice doit être encouragée et qu'elle est compatible avec la vie professionnelle. L'attrait d'une carrière militaire de milice dépend des conditions-cadre. En 2020, un nombre significativement plus important de Suisseuses et Suisses (72%, +6 points de pourcentage par rapport à 2012) sont d'accord avec la déclaration selon laquelle l'armée et l'économie doivent travailler ensemble pour rendre à nouveau attrayant «l'avenir» de l'armée. 65% (+2 pp) des répondants trouvent aussi que les employé-e-s qui aspirent à une carrière militaire de milice devraient être soutenus et encouragés par leurs employeurs. Une minorité de 46% (+2 pp) soutient l'affirmation «Comme on ne sait pas si faire un service d'avancement militaire apporte des avantages dans la vie professionnelle, il n'est pas intéressant de faire un service d'avancement militaire». L'affirmation «Celui qui fait un service d'avancement militaire augmente ses chances dans le monde du travail» est seulement plébiscitée par 38% (+1 pp) des personnes interrogées. 30% (± 0 pp) des personnes interrogées associent encore le fait du service d'avancement militaire à un haut prestige dans la société. 26% (+2 pp) soutiennent l'affirmation selon laquelle, à cause de la carrière militaire de milice, il faut s'attendre à des désavantages dans la vie professionnelle ou sur le marché du travail. Environ un cinquième des personnes interrogées (22%, -1 pp) sont d'avis que la charge multiple d'une carrière militaire de milice entraîne une réduction significative des chances d'une carrière professionnelle. En 2020, les Suisseuses et les Suisses sont nettement moins nombreux à être convaincus qu'une carrière militaire de milice contribuera à une baisse des performances professionnelles (15%, -3 pp).

Bilan

En 2020, les Suisseuses et les Suisses se sentent en général très en sécurité. La crainte de la criminalité reste faible et la population suisse se sent en sécurité dans les espaces publics. L'optimisme à l'égard de l'avenir en Suisse reste à un niveau élevé, en revanche, l'évolution future de la situation politique mondiale est jugée de façon pessimiste. La confiance générale dans les autorités suisses et les institutions est supérieure à la moyenne, mais a significativement baissé par rapport à 2019.

En 2020, la neutralité est aussi soutenue presque à l'unanimité par l'électorat suisse. Pour les Suisseuses et les Suisses, la neutralité est «une valeur en soi» et ne devrait pas être abolie, même si elle n'apportait plus aucun avantage. En ce qui concerne la politique extérieure, les Suisseuses et les Suisses sont moins ouverts. Ils souhaitent que la Suisse reste autonome et qu'elle coopère seulement économiquement avec l'UE. Les rapprochements ou les adhésions à des institutions internationales (UE, OTAN) sont clairement rejettés alors que la coopération douce (sous forme de bons offices, conférences, médiation, aide au développement) est nettement préconisée.

En ce qui concerne l'armée, les Suisseuses et les Suisses ont aussi en 2020 une attitude positive à l'égard de l'armée suisse. Presque quatre répondants sur cinq estiment que l'armée suisse est nécessaire. L'approbation supérieure à la moyenne de la nécessité de l'armée se base sur le fait que l'armée suisse assure la «sécurité du pays vers l'extérieur» et la «sécurité dans le pays». Les Suisseuses et les Suisses qui considèrent que l'armée suisse n'est pas nécessaire, ont des «doutes sur l'efficacité» du système militaire et sont «contre l'armée actuelle».

Les personnes interrogées évaluent positivement la compatibilité du travail volontaire ou du service de milice avec la vie professionnelle et privée. La majorité des Suisseuses et Suisses considèrent également que la compatibilité du service militaire et de la vie professionnelle est possible. Cela s'applique aussi bien aux services réguliers pendant le service militaire qu'à un engagement en tant que cadre de milice. En même temps, on souligne toutefois que cela n'est possible qu'avec la coopération coordonnée des entreprises et des forces armées.

Synthèse: Les valeurs constantes des dernières années concernant l'opinion publique sur la politique étrangère, de sécurité et de défense de la Suisse montrent que la population est à nouveau satisfaite du «cas particulier de la Suisse». Les Suisses se sentent en sécurité dans leur pays, ont une grande confiance dans les institutions et envisagent l'avenir de la Suisse avec assurance. La majorité des personnes interrogées jugent favorablement la compatibilité entre le travail bénévole ou le service à la société. Les Suisseuses et les Suisses ont une attitude positive envers l'armée et aussi en 2020, une carrière dans la milice militaire vaut toujours la peine d'être soutenue par les électeurs et est compatible avec la vie professionnelle. La connaissance des questions de politique de sécurité est bonne. En termes de politique étrangère, les Suisseuses et les Suisses préfèrent une Suisse neutre et politiquement autonome qui ne coopère avec d'autres pays qu'en matière économique. En raison de la grande valeur de la neutralité, les coopérations avec l'UE et l'OTAN, qui réduiraient la souveraineté, sont rejetées.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2020»

Obiettivi e base di dati

Gli studi annuali «Sicurezza» svolti dall'Accademia militare (ACMIL) presso il PF di Zurigo in collaborazione con il Center for Security Studies del PF di Zurigo servono a rilevare le tendenze d'opinione in materia di politica estera, di sicurezza e di difesa in Svizzera. Si basano su sondaggi rappresentativi svolti a ritmo annuale presso l'elettorato svizzero. Dopo un nucleo di domande sempre utilizzate o riutilizzate a intervalli irregolari, ogni anno vengono poste anche domande in merito ai temi in quel momento attuali, concernenti la politica di sicurezza. Nel 2020 una speciale attenzione è stata posta sulle conoscenze delle cittadine e dei cittadini svizzeri in merito alla politica di difesa, sui motivi favorevoli e contrari alla necessità dell'esercito, sulla conciliabilità tra servizio di milizia e professione così come sul beneficio dell'esperienza di milizia per la professione e la vita quotidiana. Il rilevamento dei dati di quest'anno è stato effettuato mediante interviste telefoniche da parte dell'Istituto di sondaggio delle opinioni LINK dal 6 al 24 gennaio 2020 complessivamente presso 1227 cittadine e cittadini delle tre maggiori regioni linguistiche del Paese (Svizzera tedesca, Svizzera romanda e Ticino).

I dati sono stati rilevati prima della pandemia di coronavirus (COVID-19) e del caso Crypto in Svizzera. Questi due eventi non hanno dunque avuto alcun influsso sulle risposte dei partecipanti al sondaggio. Nondimeno le 1227 persone intervistate potrebbero essere state influenzate nelle risposte fornite dai seguenti eventi:

- la comunicazione del termine di referendum per l'acquisto di nuovi aerei da combattimento il 31 dicembre 2019 e il conseguente lancio ufficiale del referendum l'8 gennaio 2020 da parte del Gruppo per una Svizzera senza esercito (GSsE) insieme al Partito Socialista Svizzero (PS), a Greenpeace e a diverse organizzazioni pacifiste;
- il costante dibattito sull'uscita definitiva della Gran Bretagna dall'Unione europea (UE) il 31 gennaio 2020 (Brexit);
- l'entrata in servizio del comandante di corpo Thomas Süssli in qualità di capo dell'esercito il 1º gennaio 2020;
- l'impiego sussidiario WEF dell'Esercito svizzero a favore delle autorità civili del Canton dei Grigioni a Davos;
- l'inizio delle scuole reclute il 13 gennaio 2020.

I punti percentuali (pp) ± riportati tra parentesi indicano la differenza rispetto al rilevamento effettuato nel gennaio del 2019. Nel sondaggio del 2020 la quota di possibilità d'errore nella campionatura con un grado di sicurezza del 95% nel peggior dei casi è di ±2,9 pp. Ciò significa che un valore da noi misurato del 50% per X appartiene con una probabilità del 95% al campione di base (elettorato svizzero), nel quale la dispersione dei valori di X si situa tra il 47,1% e il 52,9%. Se non diversamente specificato, le differenze percentuali rispetto all'anno precedente indicate tra parentesi non rappresentano un cambiamento di opinione significativo. Le variazioni rispetto all'anno precedente significative a livello statistico vengono menzionate esplicitamente nel testo. In generale i pareri sono rilevati sulla base di una scala da 1 a 4 («molto», «piuttosto», «poco», «per niente»). Le cifre indicate concernono l'insieme dei 1227 intervistati. Anche le categorie di risposta «non so» e «nessuna risposta» sono considerate valide e pertanto conteggiate.

Tendenze

1. Sicurezza generale e fiducia nelle istituzioni

Valutazione del futuro prossimo della Svizzera: la valutazione del futuro prossimo della Svizzera nel 2020 rimane invariata attestandosi in media a 3,0 (+0,1). L'86% (±0 punti percentuali) delle cittadine e dei cittadini svizzeri guardano con ottimismo al futuro del Paese: il 9% (+1 pp) si dichiara «molto» ottimista e il 77% (-1 pp) «piuttosto» ottimista. Complessivamente il 13% (±0 pp) degli intervistati considera il futuro della Svizzera in modo pessimistico: il 12% (±0 pp) sono «piuttosto» e l'1% (±0 pp) «molto» pessimisti. Nel 2020 permane quindi l'alto livello di ottimismo dell'elettorato svizzero in vista del futuro.

Valutazione della situazione politica mondiale: lo sviluppo della situazione politica mondiale viene valutato in modo invariato rispetto al 2019.¹ In complesso il 72% (-1 punto percentuale) delle persone interpellate considera lo sviluppo in modo pessimistico: il 62% (-5 pp) è «piuttosto» e il 10% (+4 pp) «molto» pessimista. Solo nel 2017 la situazione politica mondiale è stata valutata con tanto pessimismo quanto nel 2020. Circa un quarto (27%, +1 pp) guarda con ottimismo allo sviluppo della situazione politica mondiale. Nei confronti della situazione attuale l'1% (±0 pp) degli intervistati si dichiara «molto» e il 26% (+1 pp) «piuttosto» ottimista.

Senso di sicurezza generalizzato: rispetto al 2019 il valore medio relativo al senso di sicurezza generalizzato rimane invariato attestandosi a 3,3 (±0,0). Nel confronto pluriennale continua dunque ad attestarsi a un livello molto elevato. Il 95% (±0 punti percen-

tuali) dell'elettorato svizzero dichiara anche nel 2020 di sentirsi sicuro in generale. Il 37% (+3 pp) si sente «molto» e il 58% (-3 pp) «piuttosto» sicuro. Solo il 5% (± 0 pp) si sente in generale insicuro. Il 5% (± 0 pp) degli intervistati dichiara di sentirsi «piuttosto» e lo 0% (± 0 pp) «molto» insicuro.

Paura della criminalità: anche nel 2020 la paura della criminalità rimane ridotta. Come nel 2019 il 90% (± 0 punti percentuali) degli intervistati dichiara di sentirsi sicuro quando cammina da solo di notte nel suo quartiere: il 47% (+3 pp) dichiara di sentirsi «molto» e il 43% (-3 pp) «piuttosto» sicuro. Il 9% (± 0 pp) rivela di sentirsi «piuttosto» (7%, -1 pp) o «molto» insicuro (2% +1 pp). L'1% (± 0 pp) degli intervistati dichiara di non camminare mai da solo al buio.

Senso di sicurezza soggettivo negli spazi pubblici: anche il senso di sicurezza soggettivo negli spazi pubblici rimane invariato rispetto al 2019. L'84% (+1 punto percentuale) delle persone interpellate si sente sicuro negli spazi pubblici: il 23% (+1 pp) si sente «molto» e il 61% (-1 pp) «piuttosto» sicuro. Il 15% (-1 pp) degli intervistati dichiara di sentirsi insicuro negli spazi pubblici: di questi il 13% (-2 pp) «piuttosto» e il 2% (+1 pp) «molto» insicuro. La quota di persone che dichiara di non andare mai in luoghi pubblici in cui vi sono numerose persone si attesta dal 2016 costantemente all'1% (± 0 pp).

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: la fiducia complessiva nelle otto autorità e istituzioni regolarmente oggetto dell'intervista si attesta a un livello elevato anche nel 2020 (6,7, -0,1 rispetto al 2019; Ø 2007–2020: 6,4, +0,3).² Per la prima volta dal 2009 tuttavia quest'anno nessuna istituzione ha incrementato sensibilmente la fiducia nei propri confronti. Ciò potrebbe indicare che gli elevati valori di fiducia sono giunti alla soglia massima per le singole istituzioni. La classifica per quanto concerne il grado di fiducia è guidata anche nel 2020 dalla polizia (7,9, -0,1), seguita dai tribunali (7,4, $\pm 0,0$). Al terzo posto si situa anche quest'anno il Consiglio federale (7,1, $\pm 0,0$). L'economia svizzera occupa il quarto posto (6,9, -0,1). Seguono poi il Parlamento (6,8, +0,1) e l'esercito (6,7, +0,1). Come negli anni precedenti, i partiti politici (5,4, -0,2) e i media (5,4, -0,4) si situano in coda alla classifica con un chiaro distacco dalle altre istituzioni. Rispetto alla media pluriennale il Parlamento (+0,5) e il Consiglio federale (+0,4) attualmente riscuotono un grado di fiducia particolarmente elevato. Rispetto al 2019 la fiducia nei confronti dei media ha subito un calo netto e significativo, mentre quella nei confronti dei partiti politici e della polizia ha registrato una diminuzione leggera, ma significativa. A causa

2 I valori corrispondono sempre alla media arrotondata delle risposte valide, rilevate in base a una scala da 1 a 10 (1 = «nessuna fiducia», 10 = « piena fiducia»).

del calo rilevante a livello statistico della fiducia in queste tre istituzioni, rispetto all'anno precedente nel 2020 è diminuita in modo significativo anche la fiducia complessiva.

2. Neutralità

Neutralità: il consenso per la neutralità si riconferma ai massimi livelli storici, rimanendo invariato rispetto all'anno precedente sul piano statistico. Quasi all'unanimità (96%, ±0 punti percentuali) gli intervistati si dichiarano d'accordo con il mantenimento della neutralità. L'elettorato svizzero tuttavia ha opinioni contrastanti riguardo alla «neutralità differenziale», che esige una chiara posizione in caso di conflitti politici all'estero e neutralità in caso di conflitti militari. Attualmente tale consenso si attesta al 48% (-1 pp), il valore più basso mai registrato. Anche per quanto concerne l'approvazione per una fattiva rinuncia alla neutralità, ovvero l'auspicio di prendere fermamente posizione non solo in caso di conflitti politici, ma anche in caso di conflitti militari, nel 2020 con il 14% (-1 pp) si registra il valore più basso dall'inizio della rilevazione.

Funzioni della neutralità: le funzioni della neutralità ottengono le stesse valutazioni dell'anno scorso. L'opinione secondo cui, grazie alla neutralità, la Svizzera possa fungere da intermediaria nei conflitti e fornire buoni servizi a livello internazionale, rimane invariata ed ampiamente condivisa dal 95% (+1 punto percentuale) delle persone interpellate. Inoltre le cittadine e i cittadini svizzeri considerano molto importante la neutralità in quanto parte dell'identità svizzera. Per l'86% (+1 pp) degli intervistati la neutralità è indissolubilmente collegata alla propria idea di Stato. L'opinione secondo cui grazie alla neutralità la Svizzera non viene coinvolta in conflitti internazionali ottiene gli stessi consensi dell'anno precedente (67%, +3 pp). Il 60% (+2 pp) dell'elettorato ritiene che la neutralità armata della Svizzera contribuisca alla sicurezza e alla stabilità in Europa. Dal 2017 le cittadine e i cittadini svizzeri non sono più concordi in merito al fatto che oggi non è più plausibile proteggere militarmente la neutralità (51%, +2 pp). Il 24% (+1 pp) degli intervistati è dell'opinione che un'alleanza difensiva europea possa fornire una protezione maggiore alla Svizzera rispetto alla neutralità.

Giudizio critico della neutralità: l'opinione secondo cui potrebbero verificarsi conseguenze negative a causa della neutralità è poco diffusa tra l'elettorato svizzero. Nel 2020, il 36% (±0 punti percentuali) degli intervistati concorda con l'opinione secondo cui la stretta interdipendenza politica ed economia con altre nazioni renda impossibile la neutralità. Che la neutralità rappresenti un ostacolo alla cooperazione economica con altri Stati europei è un pensiero condiviso dal 34% (-2 pp) delle persone interpellate. Da un punto di vista statistico entrambi i valori rimangono invariati rispetto al 2019. Quest'an-

no nemmeno il grado di approvazione della «neutralità in quanto valore intrinseco» ha subito una variazione significativa. Solo il 17% (+3 pp) delle cittadine e dei cittadini svizzeri condivide l'opinione secondo cui la Svizzera debba rinunciare alla neutralità dal momento in cui questa non porti vantaggi per il Paese.

3. Politica estera e politica di sicurezza

Rapporti con l'UE: anche quest'anno permane lo scetticismo dell'elettorato svizzero nei confronti dell'UE, manifestato a partire dal 2011. Nel confronto pluriennale la quota di consensi relativa a un avvicinamento e a un'adesione all'UE è inferiore alla media. Al contrario, la visione pragmatica di un avvicinamento esclusivamente economico all'UE continua a riscontrare un ampio consenso da parte della popolazione. L'81% (-1 punto percentuale) degli intervistati sostiene che la Svizzera non debba aderire all'UE, ma rafforzare la collaborazione economica con la stessa. Un avvicinamento politico all'UE trova approvazione presso il 34% (-1 pp) degli intervistati. Rispetto al 2019 una quota significativamente minore di intervistati (13%, -2 pp) auspica un'adesione all'UE senza riserve.

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che riducono la sovranità: anche nel 2020 la maggioranza dell'elettorato svizzero sostiene ampiamente l'impegno umanitario e internazionale della Svizzera senza vincoli istituzionali che riducano la sovranità. Il 74% (-4 punti percentuali) degli intervistati ritiene che la Svizzera debba assumere un ruolo più attivo nell'ambito di conferenze internazionali. Un maggiore impegno nelle negoziazioni in caso di conflitti continua a essere auspicato dal 72% (± 0 pp) delle persone interpellate. Nemmeno per quanto riguarda l'opinione secondo cui la Svizzera debba prestare maggiori aiuti allo sviluppo vi sono cambiamenti significativi rispetto allo scorso anno: attualmente tale opinione viene condivisa dal 63% (-2 pp) delle cittadine e dei cittadini svizzeri.

Partecipazione svizzera all'ONU: dall'adesione all'ONU nel 2002 l'atteggiamento nei suoi confronti è positivo e in prevalenza stabile. Una partecipazione attiva della Svizzera alle questioni dell'ONU viene approvata dal 60% (+1 punto percentuale) della popolazione. Il 58% (-3 pp) degli intervistati si dichiara attualmente favorevole a un eventuale seggio della Svizzera nel Consiglio di sicurezza dell'ONU. Entrambi i valori rientrano nella media pluriennale.

Disponibilità per alleanze in materia di politica di sicurezza e truppe di pace: nel 2020 le cittadine e i cittadini svizzeri considerano la cooperazione in materia di politica di sicurezza con la NATO in modo invariato rispetto al 2019. Per contro quest'anno è

diminuita in modo significativo la disponibilità a sostenere l'ONU con truppe di pace proprie. Stilando una classifica secondo il grado di approvazione, l'auspicio che la Svizzera metta delle truppe di pace a disposizione dell'ONU si situa comunque da anni al primo posto tra le forme di cooperazione in materia di politica di sicurezza oggetto dell'intervista. Attualmente tale consenso si attesta al 55% (-5 punti percentuali). La possibilità di un avvicinamento alla NATO riscontra una bassa quota di consensi, pari al 36% (+1 pp). Il 20% (+2 pp) delle persone interpellate approverebbe l'adesione della Svizzera alla NATO.

Autonomia nazionale generale e autonomia nazionale in materia di politica di sicurezza: le cittadine e i cittadini svizzeri desiderano l'autonomia economica e politica in modo significativamente maggiore rispetto all'anno precedente. Nel 2020, infatti, il 77% (+3 punti percentuali) è favorevole a tali principi. L'autonomia militare, vale a dire che la Svizzera dovrebbe fare affidamento solamente sulla propria difesa nazionale, è appoggiata dal 44% (-2 pp) degli intervistati. Anche l'atteggiamento nei confronti dell'autonomia assoluta è rimasto invariato: una minoranza del 35% (+1 pp) ritiene che la Svizzera dovrebbe evitare alleanze di qualsiasi tipo con altri Stati.

4. Politica di difesa

Necessità dell'esercito: l'atteggiamento positivo della popolazione nei confronti dell'esercito si conferma anche nel 2020. Il 77% (-2 punti percentuali) delle persone intervistate considera necessario l'esercito. Gli intervistati di età compresa tra i 18 e i 29 anni hanno un atteggiamento più scettico nei confronti della necessità dell'esercito rispetto all'insieme della popolazione. Tale risultato si osserva anche nel 2020: l'Esercito svizzero è ritenuto necessario dal 63% (-3 pp) degli intervistati di età compresa tra i 18 e i 29 anni, un valore che continua nondimeno a rimanere superiore alla media pluriennale del 59%. Come nell'intervista svolta nel 2009 nello studio «Sicurezza 2020» è stata posta una domanda aperta riguardo ai motivi per i quali l'Esercito svizzero è considerato necessario o meno. I grafici sottostanti riassumono i motivi maggiormente nominati a favore o contro la necessità dell'Esercito svizzero.

Motivi favorevoli alla necessità: il motivo secondo cui l'Esercito svizzero è reputato necessario che è stato nominato con più frequenza dagli intervistati nel 2020 è la «sicurezza del Paese verso l'esterno» (44% delle persone che considerano necessario l'esercito) e la «sicurezza all'interno del Paese» (43%). Inoltre un buon quinto delle persone favorevoli alla necessità dell'esercito giustifica la propria opinione nominando la «necessità in generale» (21%), la «sicurezza e minaccia in generale» (21%), i «compiti latenti» che spettano all'esercito (19%) e la «politica estera» (19%). Se nel 2009 il motivo più citato

era ancora la «sicurezza all'interno del Paese» (2009: 43%), nel 2020 l'argomento della «sicurezza del Paese verso l'esterno» (2009: 35%) è stato nominato con frequenza significativamente maggiore (+ 9 punti percentuali) posizionandosi al primo posto in classifica. Per la popolazione, quindi, se non altro appena prima della diffusione della pandemia di coronavirus, la necessità dell'esercito è maggiormente giustificata dai pericoli esterni che dalle esigenze entro i confini nazionali. Sono aumentate inoltre significativamente le persone interpellate che ritengono necessario l'esercito per ragioni di «politica estera» (+5 pp) e «compiti latenti» (+4 pp).

Motivi contrari alla necessità: i «dubbi riguardo all'effettività» (44% delle persone che non considerano necessario l'esercito) sono il motivo nominato con più frequenza dagli intervistati nel 2020 a giustificazione del fatto che non ritengono necessario l'Esercito svizzero. Al secondo posto seguono motivi «contrari all'attuale esercito» (37%). Circa un terzo delle persone contrarie all'esercito non lo considera necessario data l'attuale «situazione di sicurezza e di minaccia» favorevole (33%) oppure è «contrario all'esercito in generale» (30%). Il 15% degli intervistati critici nei confronti dell'esercito non lo ritiene necessario per via della «neutralità e indipendenza» svizzera. Nel 2020 le cittadine e i cittadini critici nei confronti dell'esercito nominano nettamente più motivi per cui l'esercito non sarebbe necessario rispetto al 2009. Sono aumentati in modo significativo gli argomenti non specifici, «contrari all'esercito in generale» (+11 punti percentuali), nonché i motivi legati alla «neutralità e indipendenza» svizzera (+8 pp).

Ruolo sociale dell'esercito: dal 1976 viene rilevata l'opinione della popolazione riguardo al ruolo sociale dell'Esercito svizzero con le tre opzioni di risposta secondo cui l'esercito sarebbe un elemento fondamentale, un male necessario o un'istituzione da abolire. Anche nel 2020 i risultati sul ruolo sociale dell'esercito rimangono invariati. Per il 46% (+3 punti percentuali) delle cittadine e dei cittadini svizzeri la sfera militare riveste un ruolo centrale anche nel 2020. Il 40% (-1 pp) invece considera l'esercito un male necessario. Il 13% (-2 pp) delle persone interpellate nel gennaio 2020 infine è favorevole all'abolizione dell'esercito.

L'esercito di milizia rispetto a un esercito di professionisti: dal 2013 una netta maggioranza dell'elettorato svizzero predilige l'esercito di milizia rispetto a un esercito di professionisti. Nel 2020 tuttavia il consenso per l'esercito di milizia è diminuito in modo significativo (54%, -6 punti percentuali). Di conseguenza una quota significativamente maggiore di intervistati approva un esercito di professionisti (40%, +4 pp). Ciononostante l'esercito di milizia gode ancora del sostegno di un'esigua maggioranza della popolazione. Da un punto di vista statistico il consenso delle persone soggette all'obbligo di prestare

servizio militare (di età compresa tra i 18 e i 29 anni) per un esercito di professionisti è rimasto invariato rispetto all'anno precedente (48%, +6 pp). Dal 2013 solo una minoranza degli intervistati di età compresa tra i 18 e i 29 anni sostiene un esercito di professionisti, mentre prima del 2013 tale opzione riscontrava ancora l'approvazione della maggioranza dei giovani.

Abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare: nel gennaio del 2020 il 38% (+1 punto percentuale) delle persone interpellate sostiene l'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare. Le opinioni riguardo all'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare rimangono dunque invariate a livello statistico rispetto all'anno scorso. Nel confronto pluriennale tale valore è inferiore alla media. L'elettorato svizzero dal 2013 è tornato a sostenere maggiormente la forma di reclutamento dell'obbligo militare.

Soddisfazione per le prestazioni dell'esercito: dal 2011 la soddisfazione per le prestazioni dell'esercito viene rilevata su una scala da 1 a 10, in cui 1 significa «molto insoddisfatto» e 10 «molto soddisfatto». Mentre il livello di soddisfazione tra il 2011 e il 2013 nel confronto pluriennale era basso, dal 2014 è salito costantemente, anche se nel 2018 è diminuito di nuovo in seguito all'introduzione dell'*ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)*. Nel 2020 il livello medio di soddisfazione si attesta a 6,5 (±0,0) raggiungendo così nuovamente i valori massimi degli anni 2016, 2017 e 2019.

Spese per la difesa: rispetto all'anno scorso le opinioni riguardo alle spese per la difesa sono variate in maniera significativa sul piano statistico. La quota di persone che ritiene che le spese per la difesa siano proporzionate rimane invariata attestandosi al 49% (+1 punto percentuale). Il 37% (+2 pp) condivide l'opinione secondo cui la Svizzera spenda «decisamente troppo / troppo» per la difesa. Un numero significativamente minore di cittadine e cittadini (9%, -4 pp) ritiene che la Svizzera spenda «troppo poco / decisamente troppo poco» per la difesa.

Conoscenze delle cittadine e dei cittadini svizzeri in merito alla politica di difesa: le quattro domande poste per rilevare le conoscenze della popolazione nell'ambito della politica di difesa mostrano i seguenti risultati: il 47% degli intervistati ha già «sentito, visto o letto» qualcosa riguardo all'*ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)*. Il 30% sa che le attuali spese per la difesa ammontano a 5 miliardi di franchi; il 23% (dati ponderati) le sottovaluta (1 mia CHF, 3 mia CHF) e il 39% (dati ponderati) le sopravvaluta indicando come risposta 7, 9 o 11 mia CHF. Mediante un'ulteriore serie di domande sono state rilevate le conoscenze in merito a sei istituzioni. Alle persone interpellate è stato chiesto di indicare se le organizzazioni in questione abbiano un mandato ufficiale in materia di politica di

sicurezza. La maggioranza risponde correttamente per quanto concerne le dogane (92%), la protezione civile (86%) e il servizio civile (65%). La minoranza degli intervistati crede invece che la Croce Rossa (45%), la Rega (39%) e la Securitas (33%) siano organizzazioni con un mandato ufficiale in materia di politica di sicurezza, il che è errato. È stata posta anche una domanda aperta su chi sia l'attuale ministro della difesa: il 45% delle persone intervistate ha indicato correttamente in maniera spontanea e senza aiuti la consigliera federale Viola Amherd, il 12% ha dato una risposta errata e il 43% delle cittadine e dei cittadini svizzeri non ha saputo indicare un nome.

5. Conciliabilità tra volontariato e professione / formazione

Conciliabilità tra servizio volontario / servizio di milizia e professione o formazione: alcune cittadine e alcuni cittadini svizzeri oltre alla loro professione o formazione ricoprono una carica onorifica, prestano un servizio in ambito civile o militare oppure sono membri di comitati di associazioni. Ai fini del presente studio era dunque interessante indagare, dal punto di vista delle persone interpellate, se tali attività fossero conciliabili con la vita professionale o con una formazione. Il 90% degli intervistati ritiene che una carica in un'associazione possa essere conciliata «molto bene» o «piuttosto bene» con un'attività professionale. Un'altra quota elevata dell'87% attribuisce la stessa buona conciliabilità con la vita professionale a un impegno nei pompieri. Anche gli impieghi nella protezione civile (85%) e nel servizio civile (82%) sono reputati compatibili con la professione o la formazione. Il servizio nell'esercito e la vita professionale sono ben conciliabili secondo il 71% degli intervistati. La conciliabilità tra vita lavorativa o formazione e una carica politica è quella che fa sorgere i maggiori dubbi: il doppio impegno è conciliabile secondo il 66% delle cittadine e dei cittadini svizzeri.

Conciliabilità tra servizio militare e vita professionale: l'opinione dell'elettorato svizzero riguardo alla conciliabilità tra servizio militare e vita professionale è stata rilevata già nel 2012 e nel 2013. Il confronto tra le inchieste eseguite per lo studio del 2013 e quello del 2020 mostra che anche sette anni dopo permane l'atteggiamento positivo nei confronti della conciliabilità tra servizio militare e vita professionale. Nel contempo tuttavia le persone interpellate riconoscono alcune difficoltà. Il 60% (-2 punti percentuali rispetto al 2013) delle persone interpellate condivide l'opinione secondo cui in generale una persona che presta servizio militare può contare sul sostegno del datore di lavoro. Il 56% (-4 pp) degli intervistati ritiene che sia possibile gestire l'onere supplementare dovuto al servizio militare senza che ne sia pregiudicata la carriera professionale. Una quota significativamente maggiore di cittadine e cittadini svizzeri ritiene che l'assenza dal posto di lavoro sia la ragione principale per cui il servizio militare rappresenta un ostacolo per la carriera

professionale; tale opinione è condivisa da una minoranza del 44% (+3 pp). Come nel 2013 anche nel 2020 una persona intervistata su tre condivide l'opinione secondo cui i lavoratori e le lavoratrici non possono contare sulla comprensione del datore di lavoro se non riescono a fornire le proprie prestazioni a causa del servizio militare (34%, +1 pp). Il 42% è del parere contrario (-3 pp). Altrettanto invariata rispetto al 2013 è l'opinione secondo cui il datore di lavoro non accetta più le assenze temporali dovute al servizio militare: circa un terzo dell'elettorato svizzero (29%, -5 pp) lo considera un problema; per il 46% (+1 pp) per contro non si tratta di un problema.

Conciliabilità tra carriera militare di milizia e vita professionale: come nel 2012 anche nel 2020 le cittadine e i cittadini svizzeri considerano la carriera militare di milizia degna di sostegno e conciliabile con la vita lavorativa. L'attrattività di una carriera militare di milizia dipende dalle condizioni quadro. Nel 2020 una quota significativamente più elevata di persone interpellate sostiene che l'esercito e l'economia debbano unirsi per rendere nuovamente più attrattivo l'«avanzamento» nell'esercito (72%, +6 punti percentuali rispetto al 2012). Il 65% (+2 pp) degli intervistati è anche convinto che il datore di lavoro dovrebbe sostenere e incoraggiare i lavoratori e le lavoratrici che aspirano a una carriera militare di milizia. Una minoranza del 46% (+2 pp) concorda sul fatto che «l'avanzamento militare non è attrattivo perché non si sa se porterà vantaggi in ambito professionale». L'opinione secondo cui chi avanza nell'esercito aumenta le sue possibilità nel mondo del lavoro è condivisa solamente dal 38% (+1 pp) degli intervistati. Il 30% (±0 pp) delle cittadine e dei cittadini svizzeri crede che l'«avanzamento» goda ancor oggi di una grande considerazione nella società. Il 26% (+2 pp) delle persone interpellate ritiene che la carriera militare di milizia comporti svantaggi per la vita professionale o sul mercato del lavoro. Secondo circa un quinto degli intervistati (22%, -1 pp) l'onere supplementare di una carriera militare di milizia riduce drasticamente le possibilità di fare carriera in ambito professionale. La convinzione che una carriera militare di milizia implichi prestazioni minori sul posto di lavoro (15%, -3 pp) è condivisa nel 2020 da una quota significativamente minore di cittadine e cittadini svizzeri.

Conclusione

In generale nel 2020 le cittadine e i cittadini svizzeri si sentono molto sicuri. La paura della criminalità continua a essere ridotta e la popolazione svizzera si sente sicura negli spazi pubblici. L'ottimismo in vista del futuro della Svizzera si attesta costantemente a un livello elevato. Al contrario, lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale è valutato in modo pessimistico. La fiducia generale nelle autorità e nelle istituzioni svizzere si attesta nel complesso a livelli superiori alla media, ma ha subito una diminuzione significativa rispetto al 2019.

La neutralità gode anche nel 2020 di un consenso pressoché unanime presso l'elettorato svizzero. Per le cittadine e i cittadini svizzeri la neutralità è un «valore intrinseco» e non dovrebbe essere abolita nemmeno qualora non dovesse più portare alcun vantaggio. A livello di politica estera permane la ridotta disponibilità all'apertura. La popolazione auspica l'autonomia nazionale e una cooperazione esclusivamente economica con l'UE. Mentre avvicinamenti o adesioni a istituzioni internazionali (UE, NATO) vengono rifiutati in modo deciso, una netta maggioranza è favorevole a una cooperazione in forma blanda (buoni uffici, mediazione nei conflitti, aiuto allo sviluppo).

Le cittadine e i cittadini svizzeri hanno un atteggiamento positivo nei confronti dell'esercito anche nel 2020. Quasi quattro intervistati su cinque considerano l'Esercito svizzero necessario. I valori superiori alla media del consenso a favore della necessità dell'esercito sono giustificati dal fatto che l'Esercito svizzero garantisce la «sicurezza verso l'esterno» e la «sicurezza all'interno del Paese». Le cittadine e i cittadini svizzeri che non ritengono necessario l'esercito sollevano «dubbi riguardo alla sua effettività» oppure sono «contrari all'attuale esercito».

Le persone interpellate valutano positivamente la conciliabilità tra un volontariato o un servizio di milizia e la vita professionale e privata. Inoltre la maggioranza sostiene che è possibile conciliare il servizio militare con la vita professionale, sia per quanto riguarda le prestazioni ordinarie nel quadro del servizio militare sia nel caso di un impegno quale quadro di milizia. Nel contempo tuttavia gli intervistati evidenziano che la conciliabilità è possibile solo se l'economia e l'esercito collaborano in maniera coordinata.

Sintesi: i valori costanti dell'opinione pubblica riguardo alla politica estera, di sicurezza e di difesa svizzere rilevati negli ultimi anni indicano che la popolazione continua a essere soddisfatta della Svizzera in quanto «caso particolare». In Svizzera la popolazione si sente sicura, nutre una grande fiducia nei confronti delle istituzioni e guarda con ottimismo al futuro del Paese. La maggioranza degli intervistati reputa buona la conciliabilità con un volontariato o un servizio per la società. Le cittadine e i cittadini svizzeri hanno un atteggiamento positivo nei confronti dell'esercito e anche nel 2020 per l'elettorato svizzero una carriera militare di milizia continua a essere degna di sostegno e conciliabile con la vita lavorativa. Le conoscenze in materia di politica di sicurezza sono buone. Sul piano della politica estera le cittadine e i cittadini svizzeri prediligono un Paese neutrale e politicamente autonomo che coopera con altri Stati esclusivamente a livello economico. Dato che viene attribuito grande valore alla neutralità, solo una minoranza dell'elettorato svizzero sostiene forme di cooperazione con l'UE e la NATO che riducono la sovranità.

Summary of the Survey “Security 2020”

Goals and Database

The annual “Security” survey, jointly conducted by the Military Academy (MILAC) at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich) and the *Center for Security Studies* of ETH Zurich, serves to determine trends in the formation of opinion on foreign, security and defense policy in Switzerland. It is based on representative surveys of the Swiss electorate, carried out on an annual basis. Apart from core questions always included or asked at irregular intervals, questions about current issues of security policy are annually included as well. In 2020 the focus is on the level of defense policy knowledge among Swiss citizens, the reasons for the perceived necessity and non-necessity of the armed forces, the compatibility of militia service and professional life, as well as the benefits of militia experience for professional and everyday life.

This year’s collection of data took place between 6 and 24 January 2020. A total of 1227 Swiss people from the three main language regions of Switzerland (the German-speaking and French-speaking regions of Switzerland as well as the Italian-speaking region of Ticino) were interviewed by telephone by the opinion research institute LINK.

The data were collected before the coronavirus pandemic (COVID-19) and the crypto-affair in Switzerland. These two events therefore had no influence on the response behavior. However, the response behavior of the 1227 respondents may have been influenced by the following events:

- On 31 December 2019, the referendum deadline for the procurement of new combat aircraft was announced. As a result, the Group for a Switzerland without an armed forces (GSoA) together with the Social Democratic Party of Switzerland (SPS), Greenpeace and various peace organizations officially launched a referendum on 8 January 2020.
- Ongoing discussions on the UK’s final withdrawal from the European Union (EU) on 31 January 2020 (Brexit).
- The inauguration of Lieutenant General Thomas Süssli as Chief of the Swiss Armed Forces on first of January 2020.
- The subsidiary WEF mission of the Swiss Armed Forces for the benefit of the civilian authorities of the Canton of Graubünden in Davos.
- The start of recruit schools on 13 January 2020.

The percentage points (pp) in brackets indicate the difference between the present survey and that of January 2019. The possible sampling error for the 2020 survey is ± 2.9 pp in the worst case, with a confidence level of 95%. In other words, there is a probability of 95% that a value of x that we measured as 50% belongs to the population (Swiss electorate) and that the dispersion of X is between 47.1% and 52.9%. If not otherwise mentioned, the percental frequency changes relative to the previous year (indicated in brackets) do not constitute significant changes in opinion. Changes from the previous year that are statistically significant are explicitly mentioned in the text. Generally, attitudes are surveyed by means of a 4-level scale ("very", "quite", "rather not", "not at all"). The figures indicated refer to the aggregate of all 1227 persons surveyed. The answer categories "do not know" and "no answer" are considered as valid answers as well.

Trends and Tendencies

1. General Sense of Security and Trust in Institutions

Evaluation of Switzerland's near Future: In 2020 the average assessment of Switzerland's near future remains unchanged at 3.0 (+0.1). 86% (± 0 percentage points) of Swiss citizens are optimistic about the future of Switzerland. 9% (+1 pp) are "very" optimistic and 77% (-1 pp) "quite" optimistic. Overall, 13% (± 0 pp) of the Swiss surveyed are pessimistic about the future of Switzerland, with 12% (± 0 pp) being "rather" and 1% (± 0 pp) "very" pessimistic. Hence, the optimism of the Swiss with respect to the future remains high in 2020.

Assessment of the Geopolitical Situation: The development of the geopolitical situation is estimated to be the same as in 2019.¹ 72% (-1 percentage point) of the respondents assess the development as pessimistic, of which 62% (-5 pp) are "rather" and 10% (+4 pp) "very" pessimistic. Only in 2017 was the global political situation perceived so pessimistically as in 2020. Around a quarter (27%, +1 pp) are optimistic about the development of the global political situation, with 1% (± 0 pp) of respondents being "very" and 26% (+1 pp) "quite" optimistic.

1 In the 2015 survey, the question concerning the assessment of the world political situation was presented with the wording "How do you see the development of the world political situation in the next five years?" and with the answer dimensions "very optimistic", "quite optimistic", "rather pessimistic" and "very pessimistic". Since then, this question has replaced the previous question "Do you think that the world political situation will get better and have fewer tensions or get bleaker and have greater tensions in the next five years? Or will it remain more or less as it is today?". The new question has therefore been cited since 2014 with the four answer dimensions in the chart Si/372/20.

General Sense of Security: The general sense of security on average remains high at 3.3 (± 0.0) compared to 2019. It has thus remained at a high level over many years. Once again, 95% (± 0 percentage points) of Swiss people state that they generally feel secure. Of these, 37% (+3 pp) feel "very" and 58% (-3 pp) "quite" safe. Only 5% (± 0 Pp) generally feel insecure. 5% (± 0 Pp) of those questioned say they feel "rather" and 0% (± 0 Pp) "totally" insecure.

Fear of Crime: The fear of crime remains low again in 2020. Once again, 90% (± 0 percentage points) stated that they feel safe when walking through their area of residence alone after dark. 47% (+3 pp) feel "very" and 43% (-3 pp) "quite" safe. 9% (± 0 pp) say they feel "rather" (7%, -1 pp) or "very" unsafe (2%, +1 pp). 1% (± 0 pp) of those surveyed said that they never walk alone after dark.

Subjective Sense of Security in Public Areas: Compared to 2019, the subjective sense of security in public areas remains unchanged. 84% (+1 percentage point) of the respondents feel safe in public areas. 23% (+1 pp) feel "very" and 61% (-1 pp) "quite" safe. 15% (-1 pp) of the respondents feel unsafe in public space (thereof 13%, [-2 pp] "rather" and 2%, [+1 pp] "very" unsafe). The proportion of people who say they never go to public places where there are many people has remained constant at 1% (± 0 pp) since 2016.

Trust in Authorities and Institutions: Overall trust in the eight authorities and institutions regularly surveyed remains at a high level in 2020 (2020: 6.7, -0.1 compared to 2019; Ø 2007–2020: 6.4, +0.3).² For the first time since 2009, however, no institution was able to gain significantly in trust this year. This might indicate that the high levels of trust in the individual institutions have reached an upper limit. The ranking is still led by the police (7.9, -0.1), followed by the courts (7.4, ±0.0). As in previous years, the Federal Council continues to enjoy the third highest level of trust in 2020 (7.1, ±0.0). The Swiss economy (6.9, -0.1) occupies fourth place. It is followed by the Federal Parliament (6.8, +0.1) and the armed forces (6.7, +0.1). As in previous years, the political parties (5.4, -0.2) and the media (5.4, -0.4) occupy the last two positions in the ranking, well behind the other institutions. Compared with the long-term average, the Federal Parliament (+0.5) and the Federal Council (+0.4) currently show a particularly high level of trust. Compared with the previous year, the media have suffered a clear and significant loss of trust, while the political parties and the police have recorded a slight but significant decline too. Due to the statistically significant decline in trust in these three institutions, overall trust in 2020 also fell significantly compared to the previous year.

2 The values correspond in each case to the rounded means of the valid answers, which were collected using a scale from 1 to 10 (1 = "no trust", 10 = "full confidence").

2. Neutrality

Neutrality: Support for neutrality is again at an all-time high and statistically unchanged compared to the previous year. Almost unanimously (96%, ±0 percentage points), respondents are in favor of maintaining neutrality. However, the voters are divided on the issue of “differential neutrality”, which requires a clear statement in the event of political conflicts abroad and demands neutrality in military conflicts. The current approval rate is 48% (–1 pp). This is the lowest level ever measured. Even the “de-facto abandonment of neutrality” – the demand to take a clear stand not only in political but also in military conflicts – is the lowest value measured since the start of the survey, with 14% in 2020 (–1 pp).

Functions of Neutrality: The functions of neutrality enjoy similar levels of support as last year. The view that Switzerland can play a positive role in conflict resolution and international mediation due to its neutral status remains high at 95% (+1 percentage point). In addition, Swiss citizens attach great importance to neutrality as an element of Swiss identity. For 86% (+1 pp) of respondents, neutrality is inseparably linked to the concept of the state. At 67% (+3 pp), the view that Switzerland is not drawn into international conflicts thanks to its neutrality is rated as highly as in the previous year. For 60% (+2 pp) of respondents, Switzerland’s armed neutrality contributes to security and stability in Europe. Since 2017, Swiss citizens have been divided on whether neutrality can be credibly protected militarily today (51%, +2 pp). 24% (+1 pp) of respondents believe that a European defense alliance would offer Switzerland more protection than neutrality.

Critical Assessment of Neutrality: The opinion that there could be negative consequences due to neutrality is not widespread among the Swiss electorate. Currently 36% (±0 percentage points) of respondents agree with the view that close political and economic ties with other nations are incompatible with neutrality. The view that neutrality is an obstacle to economic cooperation with other European states is shared by 34% (–2 pp). Compared to the previous year, both values remain statistically unchanged. The approval of “neutrality as a value in itself” has also not changed significantly this year. Only 17% (+3 pp) of the Swiss share the view that Switzerland should abandon neutrality the moment it no longer brings any advantages for Switzerland.

3. Foreign and Security Policy

Relations with the EU: The Swiss electorate’s skepticism about the EU, which has been apparent since 2011, continues this year. In a long-term comparison, the approval rates for closer ties with or joining the EU are below average. By contrast, the pragmatic view of building stronger ties with the EU in economic matters continues to enjoy a high

level of acceptance among the population. 81% (–1 percentage point) of those questioned support the statement that Switzerland should not join the EU, but should strengthen economic cooperation with the EU. Closer political ties with the EU is supported by 34% (–1 pp) of those questioned. Compared with the previous year, significantly fewer Swiss citizens (13%, –2 pp) call for unconditional accession to the EU.

International Cooperation without Institutional Ties that Diminish Sovereignty: Again in 2020, the majority of the electorate continues to clearly support Switzerland's international and humanitarian commitments without institutional ties that would diminish its sovereignty. 74% (–4 percentage points) of those surveyed support the statement that Switzerland should play a more active role at international conferences. The call for increased mediation in conflicts remains constant at 72% (±0 pp) of respondents. Similarly, there is no significant change in the view that Switzerland should provide more development aid. Currently, 63% (–2 pp) of Swiss citizens are of this opinion.

Swiss Participation in the UN: Since Switzerland joined the UN in 2002, its attitude towards the UN has been positive and mostly stable. Switzerland's active involvement in UN matters is supported by 60% (+1 percentage point) of Swiss citizens. Currently, 58% (–3 pp) of respondents are in favor of Switzerland having a seat on the UN Security Council. Both figures correspond to the long-term average.

Readiness to Open Up to Security Alliances and Peacekeeping Troops: In 2020, Swiss support cooperation in security matters with NATO to the same degree as in the previous year. Significantly lower in 2020, however, is the willingness to support the UN with its own peacekeeping troops. As for the degree of support, the wish that Switzerland should provide peacekeeping troops to the UN has nevertheless been at the top of the list in terms of favored forms of cooperation in security matters for years. Current support stands at 55% (–5 percentage points). A minority of 36% (+1 pp) is in favor of closer ties with NATO. 20% (+2 pp) of those surveyed can imagine Switzerland joining NATO.

National Autonomy Generally and in Security-Related Matters: The Swiss support the demand for economic and political autonomy significantly more strongly than in the previous year. 77% (+3 percentage points) are of this opinion. Military autonomy, i.e. that Switzerland should only rely on its own national defense, is supported by 44% (–2 pp) of respondents. The attitude towards absolute autonomy also remains the same: a minority of 35% (+1 pp) agrees with the statement that Switzerland should keep out of alliances and unions of any kind with other states.

4. Defense Policy

Necessity of Swiss Armed Forces: The positive attitude of the Swiss towards the military continues in 2020. 77% (-2 percentage points) consider the armed forces to be necessary. In contrast to the population as a whole, the 18–29 year-olds, who make up the cohort of conscripts, are more skeptical about the necessity of the armed forces. This finding is also evident in 2020. 63% (-3 pp) of 18–29 year-olds share the view that the Swiss Armed Forces are necessary. Nevertheless, the attitude of 18–29 year-olds remains above the long-term average of 59%. As in 2009, the study “Security 2020” included an open question about the reasons why the Swiss Armed Forces are necessary or not necessary. The charts below summarize the most frequently cited reasons for and against the necessity of the Swiss Armed Forces.

Reasons For Necessity: In 2020, the most frequently cited reasons by respondents for why they consider the Swiss Armed Forces to be necessary include “security against external threats” (44% of those who consider the armed forces necessary) and “security within the country” (43%). In addition, one in five of those who support the necessity of the military cite “general necessity” (21%), “general security and threat” (21%), “latent tasks” (19%) which the army performs and “foreign policy” (19%) as reasons. While “security within the country” (2009: 43%) was still the most frequently cited reason in 2009, the argument of “security of the country against external threats” (2009: 35%) has increased significantly (+ 9 percentage points), taking the top position in 2020. This means that, at least immediately before the outbreak of the coronavirus pandemic, the need for the army is legitimized more for reasons of external threats than domestic needs. Justifying the necessity of the armed forces for reasons of “foreign policy” (+5 pp) and “latent tasks” (+4 pp) has also increased significantly.

Reasons Against Necessity: Respondents most frequently justify why they do not consider the Swiss Armed Forces to be necessary with “doubts about the effectiveness” (44% of those who do not regard the armed forces as necessary) in 2020. In second place come reasons directed “against the current military” (37%). Around a third of those who oppose the armed forces see no need for an armed forces due to the currently low-level “security and threat situation” (33%) or are “generally against an army” (30%). 15% of the army critics do not consider an army necessary due to Swiss “neutrality and independence”. In 2020, military critics give significantly more reasons for not needing an armed forces than in 2009. The arguments which are unspecific and “generally against the army” (+11 percentage points) as well as the justification for not needing military due to Switzerland’s “neutrality and independence” (+8 pp) have increased significantly.

Societal Role of the Swiss Armed Forces: Since 1976 the societal role of the Swiss Armed Forces has been measured on the basis of three multiple-choice answers as to whether the military is regarded as a central part of society, a necessary evil or an institution worthy of abolition. The social role of the Swiss Armed Forces remains unchanged in 2020. For 46% (+3 percentage points) of the Swiss population, the military continues to play a central role in 2020. 40% (-1 pp) of those surveyed consider the military to be a necessary evil. In January 2020, 13% (-2 pp) of those surveyed support abolishing the armed forces.

Militia Versus Professional Armed Forces: Since 2013 a clear majority of the Swiss electorate has preferred the militia to professional armed forces. In 2020, significantly fewer Swiss citizens (54%, -6 percentage points) support the militia. Consequently, significantly more respondents are in favor of professional armed forces (40%, +4 pp). Nevertheless, the militia armed forces is still favored by a narrow majority of the population. Among the cohort of conscripts (18–29 year-olds), support for a professional armed forces has remained statistically unchanged compared to the previous year (48%, +6 pp). Since 2013, only a minority of 18–29 year-olds have been in favor of a professional military. Before 2013 this view was still acceptable to a majority of young people.

Abolition of Compulsory Military Service: In January 2020, 38% (+1 percentage point) of respondents favor abolishing compulsory military service. The attitude towards abolishing conscription remains statistically unchanged from the previous year. This is a below-average figure in a comparison spanning several years. Since 2013, Swiss voters again stand more firmly behind the principle of compulsory military service as a form of recruitment.

Satisfaction with the Performance of the Swiss Armed Forces: Satisfaction with the performance of the armed forces has been measured on a scale of 1 to 10 since 2011, whereby 1 means "not satisfied at all" and 10 "very satisfied". While satisfaction was comparatively lower between 2011 and 2013, it rose continuously from 2014 onwards, with satisfaction with the performance of the armed forces decreasing again in 2018 following the introduction of the Armed Forces Development (AFD) reform program. In 2020 the average level of satisfaction is 6.5 (± 0.0) and thus again reaches the peak values of 2016, 2017 and 2019.

Defense Expenditures: Attitudes towards defense expenditures have changed significantly from the previous year in statistical terms. The proportion of those who consider defense expenditures to be "just right" remains unchanged at 49% (+1 percentage point). 37% (+2 pp) share the view that Switzerland spends "much too much / too much" money on its defense. Significantly fewer Swiss people (9%, -4 pp) think that Switzerland spends "too little / much too little" money on defense.

Knowledge Level of the Swiss Population with Regard to Defense Policy: The level of knowledge of the Swiss population concerning defense policy was measured with four questions and shows the following: 47% of those questioned stated that they had “heard, seen or read” about the Armed Forces Development (AFD) reform program. 30% of the respondents are aware of the current defense expenditures of CHF 5 billion. 23% (weighted data) underestimate (CHF 1 billion, 3 billion) and 39% (weighted data) overestimate the defense expenditures and give CHF 7 billion, 9 billion or 11 billion as an answer. Another questionnaire battery was used to measure the level of knowledge about six institutions. Respondents had to indicate whether or not the respective organization had an official security policy mandate. In each case, a majority answered this question correctly for customs (92%), for civil protection service (86%) and for civilian service (65%). Minorities, on the other hand, consider the Red Cross (45%), Rega (39%) and Securitas (33%) to be organizations with an official security policy mandate, which is not correct. An open-ended question was used to find out who the current Minister of Defense is: 45% of those questioned spontaneously and without assistance gave Federal Councilor Viola Amherd as the correct answer, 12% gave an incorrect answer and 43% of the Swiss were unable to provide any information on this.

5. Compatibility of Voluntary Work / Militia Service with Professional Life or Education

Compatibility of Voluntary Work / Militia Service with Professional Life or Education: There are Swiss citizens who, in addition to their profession or education, hold a voluntary office, perform civil or military service or are active on an association board. Of interest was to find out how well these activities can be reconciled with professional life or education from the point of view of the interviewees. 90% of the respondents stated that an office in an association could be fulfilled “very well” or “rather well” alongside employment. A similarly high proportion of 87% perceive compatibility between employment and a commitment in a fire department. Professional life or education is also felt to be compatible with deployment in civil protection service (85%) and civilian service (82%). For 71% of those surveyed, military service is very compatible with professional life. The compatibility of working life or education with political office is rated lowest. 66% of Swiss people indicate that these activities can be reconciled well.

Compatibility of Military Service and Professional Life: The attitudes of the Swiss population towards the compatibility of military service and professional life were already asked about in 2012 and 2013. A comparison between the 2013 and 2020 surveys shows that seven years later there is still a positive perception concerning the compatibility of military service and professional life. At the same time, however, certain difficulties are also evident. 60% (-2 percentage points compared to 2013) of the interviewees agree with the view that, in general, a person doing military service can count on the support of the employer. 56% (-4 pp) of the respondents think that the extra burden caused by military service can be over-come without damaging their professional career. Significantly more Swiss people believe that absence from work is the main reason why military service is a hindrance to a professional career. A minority of 44% (+3 pp) agrees with this statement. In 2020, as in 2013, one in three Swiss nationals believe that employees cannot count on the employer's understanding if they are unable to perform as a result of military service (34%, +1 pp). 42% perceive the opposite (-3 pp). Also unchanged compared to 2013 is the attitude that military-related time absences are no longer accepted by employers. Around a third of the Swiss (29%, -5 pp) see this as a problem. For 46% (+1 pp), on the other hand, this is not a problem.

Compatibility of a Career in the Militia with Professional Life: As in 2012, a career in the militia continues to be considered worthy of support by the Swiss in 2020 and is seen as compatible with professional life. The attractiveness of a career in the militia entirely depends on the general conditions. Significantly more Swiss people in 2020 agree with the statement that the military and the economy must work together in order to make a "carrying on" of activity in the military attractive again (72%, +6 percentage points compared to 2012). 65% (+2 pp) of those surveyed also think that employees who want a career in the military should be supported and encouraged by their employer. A minority of 46% (+2 pp) agrees with the statement that "because one does not know whether pursuing a military career brings advantages to one's job, it is not attractive to continue". Only 38% (+1 pp) of respondents agree with the statement that "those who continue their military career increase their chances in professional life". 30% (± 0 pp) of those surveyed still associate "carrying on" with a high standing in society. 26% (+2 pp) of those questioned support the statement that due to a career in the militia, disadvantages in professional life or on the job market are to be expected. About one fifth of the interviewees (22%, -1 pp) are of the opinion that the extra burden caused by a career in the militia leads to a considerable reduction in the chances of a professional career. Significantly fewer Swiss people in 2020 are convinced that a career in the militia will lead to lower job performance (15%, -3 pp).

Conclusion

Swiss people generally feel very secure in 2020. Fear of crime remains low and the Swiss population feels safe in public places. Optimism about the future of Switzerland remains at a high level. In contrast, there is a pessimistic attitude towards the future development of the global political situation.

General trust in Swiss authorities and institutions is above average, but has fallen significantly compared with 2019.

The Swiss electorate almost unanimously supports its neutrality in 2020. For the Swiss, neutrality is “a value in itself” and should not be abolished, even if it no longer brings any benefits. In terms of foreign policy, the Swiss are not very prepared to open up. They want an autonomous Switzerland that only cooperates economically with the EU. While closer ties with or joining international institutions (EU, NATO) are clearly rejected, soft cooperation (in the form of good offices, conferences, conflict mediation, development aid) is clearly advocated.

Swiss nationals are also positively disposed towards the Swiss Armed Forces in 2020. Almost four out of five respondents consider the Swiss Armed Forces necessary. The above-average approval of its necessity is based on the fact that the Swiss Armed Forces provide “security against external threats” and “security within the country”. Swiss citizens who do not consider the army to be necessary have “doubts about the effectiveness” of the military and are “against the current military”.

The interviewees rate the compatibility of voluntary work or militia service with their professional and private lives positively. A majority of the Swiss also consider military service compatible with professional life. This applies to both regular military service as well as to a commitment to a militia cadre. At the same time, however, it is emphasized that this is only possible with the coordinated cooperation of economy and the armed forces.

Synthesis: The constant values concerning public opinion on Swiss foreign, security and defense policy in recent years show that the population is once again satisfied with the “special case of Switzerland”. In Switzerland people feel secure, place great trust in the institutions and look ahead to the future of Switzerland with confidence. The majority of those surveyed view the compatibility of voluntary work or service to society in positive terms. Swiss people have a positive attitude towards the armed forces and, even in 2020, a career in the militia is still viewed as worthy of support and as compatible with professional life by voters. Knowledge of security policy issues is good. In foreign policy, the Swiss prefer a neutral, politically autonomous Switzerland that only cooperates with other countries in economic matters. Due to the high value of neutrality, sovereignty-diminishing cooperation with the EU and NATO is rejected.

1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2019

Das Interesse der Schweizer*innen an sicherheitspolitischen Themen – dem Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, der internationalen Kooperationsbereitschaft sowie der Neutralitätsauffassungen – kann kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Da sich dieser Zusammenhang bereits in früheren Jahren gezeigt hat, wird der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis eine «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2019» vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäß selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf einer Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das Center for Security Studies (CSS) der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich (ETH Zürich) auf der Basis der Medienmitteilungen des Bundes (Daten in Klammern), der Chronologie der Vorjahre sowie weiterer Materialien erstellt.

1.1 Globale Rivalität zwischen Grossmächten – anhaltende Krisen an Europas Peripherie – politische Fragmentierung in Europa

Im Berichtsjahr 2019 traten die geopolitischen Rivalitäten zwischen den Grossmächten deutlicher hervor, während die internationalen Institutionen einer regelbasierten Ordnung weiter geschwächt wurden. Auf der globalen Ebene dominierte der eskalierende Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Volksrepublik China die politische Agenda. Im November 2019 entspannte sich die Situation vorübergehend, als die USA und China eine begrenzte Einigung im Handelsstreit und die Rücknahme von Strafzöllen ankündigten. Auch die Beziehungen zwischen den USA und Russland hatten sich Anfang des Jahres verschlechtert, als beide Seiten erklärten, den Intermediate Range Nuclear Forces Vertrag (INF-Vertrag) über das Verbot von nuklearen Mittelstreckenraketen zu kündigen. Nach einer weiteren Verschärfung der US-amerikanischen Sanktionen kündigte der Iran im Mai 2019 die Wiederaufnahme der Uran-Anreicherung an. Nicht nur das nukleare Nichtverbreitungsregime wurde 2019 geschwächt, auch das Pariser Klimaabkommen erhielt durch den offiziell bei den Vereinten Nationen (Uno) eingereichten Rückzug der USA einen Dämpfer.

Im Süden und Osten Europas waren die Entwicklungen wie bereits in den Vorjahren von anhaltenden Krisen geprägt. Zwar hatten sich Anfang des Jahres rund 3000 Kämpfer*innen des Islamischen Staates (IS) in der letzten IS-Hochburg Baghus der

kurdisch-arabischen Miliz ergeben. Schon bald allerdings eskalierten die Kämpfe im Nordwesten Syriens erneut, als die Türkei grossräumig in den Grenzregionen intervenierte. Kurz zuvor hatte der US-amerikanische Präsident Donald Trump den Abzug der amerikanischen Truppen aus Syrien über Twitter angekündigt. Im Oktober 2019 meldeten die USA die Tötung von Abu Bakr al-Baghdadi, dem Gründer und Führer der Terrormiliz «Islamischer Staat» in Syrien. Auch im Gazastreifen, in Jemen, im Irak und in Libyen kam es zu erneuten Gewalteskalationen. Bei einem iranischen Drohnenangriff auf die Aramco-Förderanlagen wurde kurzzeitig rund die Hälfte der saudischen Exportkapazität lahmgelegt, womit der Iran seine strategische Handlungsfähigkeit in der Region trotz Druck durch die USA unter Beweis stellte. Auch im beinahe vergessenen Konflikt in der Ostukraine starben 2019 fast täglich Soldaten*innen und Zivilist*innen. In der Ukraine veränderte sich die politische Ausgangslage durch den überraschenden Sieg von Wolodymyr Selenskyi in der Präsidentenwahl. Als erste Amtshandlung löste der neue Präsident das Parlament auf und kündigte Neuwahlen an. Am Jahresende stiegen nach einem zwischen ihm und dem russischen Präsidenten Vladimir Putin in Paris ausgetauschten Gefangenenaustausch die Hoffnungen auf einen baldigen Waffenstillstand in der Ostukraine.

In Europa wiederum dominierten die innen- und europapolitischen Entwicklungen die politischen Agenden. Während in Frankreich die Protestbewegung der «Gelbwesten» im Frühjahr abflaute, verlor in Wien der österreichische Kanzler Sebastian Kurz im Kontext der sogenannten Ibiza-Video-Affäre eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Kurze Zeit später folgte der Rücktritt von Theresa May als Vorsitzende der Conservative Party und als Premierministerin des Vereinigten Königreiches. In der Folge ernannte die Queen Boris Johnson zum neuen britischen Premierminister und stimmte seinem Antrag zu, das Parlament in eine vierwöchige Zwangspause zu schicken. Am Jahresende gewann Boris Johnson die Parlamentswahlen mit einer soliden Mehrheit und kurz darauf nahm das britische Unterhaus das Abkommen des Austritts Grossbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) an. Bereits im August hatte Lega-Chef Matteo Salvini in Italien die Regierungskoalition mit den Cinque Stelle platzen lassen. Während sich die Bundesregierung um Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin bemühte, den Eindruck von Handlungsfähigkeit zu vermitteln, konnte sich das Europäische Parlament erst nach langem Ringen auf Ursula von der Leyen als neue Präsidentin der Europäischen Kommission verständigen.

1.2 Aussenpolitik: Frieden und Sicherheit – Welthandelskrise und Brexit – Verhandlungen Schweiz-EU

Die aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf drei Schwerpunkte: Frieden und Sicherheit, Welthandel und Brexit sowie die Verhandlungen zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Im «Aussenpolitischen Bericht 2018» legte der Bundesrat gleich zu Beginn des Jahres Rechenschaft über die wichtigsten aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz im Vorjahr ab (30.01.2019). Im Kontext einer verschärften geopolitischen Konkurrenz gewann die Rolle der Schweiz als Vermittlerin und Brückenbauerin wieder an Bedeutung, während in der Europapolitik die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen nur schleppend vorwärtskamen. In einem speziellen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik des Vorjahres behandelte die Landesregierung zudem die internationale Handelskrise, die durch protektionistische Massnahmen zwischen Handelsgrossmächten, die Schwächung internationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie den anstehenden Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) gekennzeichnet war (16.01.2019).

Da die «Aussenpolitische Strategie 2016–2019» zu einem Ende kommen würde, hatte Bundesrat Ignazio Cassis im Herbst 2018 die Arbeitsgruppe «Aussenpolitische Vision Schweiz 2028» (AVIS28) eingesetzt, welche die künftigen Herausforderungen der Aussenpolitik der Schweiz analysieren sollte. Mitte 2019 präsentierte die aus Diplomat*innen des Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengesetzte Arbeitsgruppe eine Sechs-Punkte-Vision, die Impulse für die Ausarbeitung der «Aussenpolitischen Strategie des Bundesrates 2020–2023» geben sollte (02.07.2019). Die Arbeitsgruppe schlug vor, alle nationalen Akteure verstärkt in die Aussenpolitik einzubinden, die Innen- und Aussenpolitik besser zu verschränken, beim Engagement für eine friedlichere und stabilere Welt vermehrt auf «Soft Power» zu setzen, die neuen Technologien als ein Themenfeld der Aussenpolitik zu etablieren und als Nichtmitglied partnerschaftliche Beziehungen zur EU zu pflegen.

Im Kontext der Konkurrenz zwischen den Grossmächten (USA, Russland, China) und anhaltenden regionalen Krisen in Europas Umfeld standen die Aktivitäten der Schweiz für Frieden und Sicherheit weiterhin im Fokus der Aufmerksamkeit. Bereits früh im Berichtsjahr bekräftigte die Schweiz ihr Engagement zugunsten des Genfer Friedensprozesses der Uno für eine politische Lösung des Syrienkonfliktes (14.03.2019). Angesichts der Eskalation der Kampfhandlungen in der Provinz Idlib appellierte das EDA an alle Konfliktparteien, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren und auf eine Einstellung

der Kampfhandlungen hinzuwirken (08.05.2019). Im Spätherbst verurteilte der Bundesrat die militärische Intervention der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig und forderte eine sofortige Deeskalation der Kampfhandlungen (16.10.2019). In diesem Zusammenhang empfing Bundesrat Ignazio Cassis den Uno-Sondergesandten für Syrien und besprach mögliche Wege einer politischen Lösung der Konflikte (21.10.2019).

Im Februar hatte Bundesrat Ignazio Cassis anlässlich eines Treffens mit dem US-amerikanischen Aussenminister Michael Pompeo in Washington ein mögliches Schutzmachtmandat der Schweiz zugunsten der USA zur Sprache gebracht. In der Folge fragte die US-amerikanische Regierung das EDA offiziell an, das Schutzmachtmandat in Venezuela zu übernehmen. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Schweiz und den USA wurde kurze Zeit später in Bern unterzeichnet (05.04.2019). Zur Jahresmitte ernannte der Uno-Generalsekretär António Guterres den Schweizer Botschafter in Maputo, Mirko Manzoni, zu seinem persönlichen Gesandten für Mosambik (08.07.2019). Nur wenig später nahm Bundesrat Ignazio Cassis an der Zeremonie zur Unterzeichnung des Friedensabkommens in Mosambik teil, zu dem die Schweiz massgeblich beigetragen hatte (08.08.2019). Im Dezember trafen sich im Rahmen der «Guten Dienste der Schweiz» der amerikanische und der russische Generalstabschef zu einem bilateralen Treffen in Bern (18.12.2019).

Auch ihr Engagement im humanitären Bereich führte die Schweiz fort. Für die Bewältigung der Rohingya-Flüchtlingskrise in Bangladesch stellte sie Anfang des Jahres weitere CHF 10 Mio. zur Verfügung und entsandte Expert*innen des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) zur Unterstützung der Hilfsbemühungen vor Ort (15.02.2019). An der dritten Syrienkonferenz der EU und der Uno in Brüssel bekraftigte die Schweiz ihr humanitäres Engagement im Rahmen des Syrienkonfliktes, in dem sie für 2019 CHF 61 Mio. für die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in Syrien und den Nachbarländern zur Verfügung stellte (14.03.2019). Angesichts der Flüchtlingskrise in Griechenland transportierte die Humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) gegen Jahresende wintertaugliche Familienzelte und weiteres Material auf die Insel Lesbos (29.10.2019). Noch etwas später stellte sie in der Ostukraine zwei Grossanlagen für Trinkwasserproduktion zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung (07.12.2019).

Für viele innenpolitische Diskussionen sorgten wie bereits im Vorjahr die Themen der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten und die Rüstungsexporte. Zur Jahresmitte entschied der Bundesrat, die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» zur Ablehnung zu empfehlen (14.06.2019). Ein weltweites Verbot von Investitionen in die Rüstungsindustrie sei kaum mit vernünftigen Mitteln umzusetzen und darüber hinaus schädlich für den Schweizer Finanzplatz und den Schweizer Industriestandort. Im selben Monat verbot das EDA der Pilatus AG Dienstleistungen in

Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (26.06.2019), was in gewissen politischen und wirtschaftlichen Kreisen auf Widerstand stiess. Angesichts der Kritik betonte das EDA, dass der Entscheid das Ergebnis eines rechtlichen Verfahrens auf der Basis des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen sei. Am Jahresende kommunizierte der Bundesrat seinen Entscheid, auch die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» zur Ablehnung zu empfehlen (20.12.2019). Zwar könne er das Kernanliegen der Initiant*innen nachvollziehen, aber die Initiative gehe im Hinblick auf die Bewilligungspraxis vergleichbarer Staaten zu weit; daher beauftrage er das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Mit Blick auf die Umsetzung der Nordkorea-Sanktionen folgte der Bundesrat einem Entscheid der Uno, der gewisse Ausnahmen zum Exportverbot ermöglichen sollte (06.11.2019). Im Kontext der internationalen Handelskrise sah sich die Schweizer Wirtschaft zunehmend mit sekundären Sanktionen der USA konfrontiert, die Verstösse gegen die Einhaltung der US-Exportkontrollen auch bei nichtamerikanischen Unternehmen ahnden.

Angesichts des absehbaren und bevorstehenden Brexit kündigte der Bundesrat bereits am Jahresanfang an, dass die Schweiz die möglichst vollständige Weiterführung der geltenden gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich anstrebe. In einem ersten Schritt unterzeichneten Bern und London ein bilaterales Handelsabkommen (11.02.2019). Schon bald darauf beschäftigte sich der Bundesrat mit den bilateralen Beziehungen im Migrationsbereich (22.03.2019) und verabschiedete ein befristetes Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt (17.04.2019). Auch im Bereich der Zusammenarbeit in der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung wollen die beiden Staaten ihre Beziehungen vertiefen (15.05.2019). Am Ende des Jahres schliesslich verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum Abkommen, das die bestehenden Rechte der Bürger*innen der Schweiz und des Vereinigten Königreiches auch nach dem Brexit sichert (06.12.2019).

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erwiesen sich auch in diesem Berichtsjahr als schwieriges politisches Pflaster. Im Dezember 2018 hatte sich der Bundesrat zu keiner klaren Position mit Blick auf das vorliegende Verhandlungsergebnis zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU durchringen können. Als vorläufiger Ausweg aus dem Dilemma zwischen «ja und nein» beschloss der Bundesrat im Januar 2019, innenpolitische Konsultationen zum vorliegenden Text durchzuführen. An den Von-Wattenwyl-Gesprächen traf sich eine Delegation des Bundesrates mit den Partei- und Fraktionsspitzen der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP.Die Liberalen), der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Schweizerischen Volkspartei (SVP; 15.02.2019). Schrittweise kristallisierte

sich heraus, dass die Kantone, die CVP, die FDP.Die Liberalen und die SP ein Rahmenabkommen wollten und unterstützten, hingegen Vorbehalte gegen den vorliegenden Vertragsentwurf hegten. Sehr viel negativer sahen die SVP und die Sozialpartner*innen den vorliegenden Text.

Zur Jahresmitte genehmigte der Bundesrat den Bericht über die Konsultationen zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Er bekräftigte seine grundsätzlich positive Einschätzung des Entwurfs des institutionellen Abkommens, verlangte aber Klärungen zu drei Punkten: Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie (07.06.2019). Gleichzeitig verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft zur Volksinitiative der SVP «Für eine massvolle Zuwanderung», in der er sein Nein gegen die sogenannte Begrenzungsinitiative deutlich machte (07.06.2019). Der Verzicht auf die Personenfreizügigkeit mit der EU würde Arbeitsplätze gefährden und mit dem Wegfall der «Bilateralen I» das Ende des bilateralen Wegs zwischen der Schweiz und der EU einläuten. Zwar begrüsste die EU das klare Bekenntnis des Bundesrates zur Personenfreizügigkeit (20.06.2019). Gleichzeitig war die EU-Kommission nicht zufrieden mit der erneut vertagten Entscheidung und liess die Anerkennung der Schweizer Börse Swiss Exchange (SIX) auslaufen. Daraufhin verbot der Bundesrat den Handel von Schweizer Aktien an Börsen der EU-Mitgliedsstaaten. Einmal mehr verschob sich angesichts der Wahlen in der Schweiz und der ausstehenden Abstimmung zur Begrenzungsinitiative sowie des absehbaren Wechsels an der Spitze der EU-Kommission eine abschliessende Klärung der offenen Fragen auf das Folgejahr.

1.3 Verteidigungspolitik: Weiterentwicklung der Armee – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze

Die thematischen Schwerpunkte im Bereich der Verteidigungspolitik veränderten sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Insgesamt konzentrierten sich die Umsetzungsarbeiten weiterhin auf das bereits 2017 beschlossene Reformprojekt unter dem Namen *Weiterentwicklung der Armee (WEA)*. Mitte Jahr überwies der Bundesrat gemäss neuem Militärge setz einen Bericht zur Umsetzung der *WEA* an die eidgenössischen Räte (07.06.2019). Darin hielt er fest, dass die 2018 begonnene und fünf Jahre dauernde Umsetzung der *WEA* insgesamt wie geplant verlaufe und die Zielsetzungen hinsichtlich Kaderausbildung, regionaler Verankerung und höherer Bereitschaft bereits erreicht worden seien. Große Herausforderungen würden dagegen weiterhin in den Bereichen Ausrüstung und Personalbestände bestehen. Gegen Jahresende aktualisierte der Bundesrat eine Reihe von Verordnungen zur Militärdienstplicht (16.10.2019), zur Unterstützung ziviler und ausserdienstlicher Tätigkeiten mit militärischen Mitteln, zur vordienstlichen Ausbildung,

zu den Strukturen der Armee sowie zur ausserdienstlichen Tätigkeit in den militärischen Gesellschaften und Dachverbänden (20.11.2019), die alle auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten sollten.

In Zusammenhang mit den personellen Unterbeständen nahm der Bundesrat das Resultat der Vernehmlassung des Zivildienstgesetzes zur Kenntnis und verabschiedete eine entsprechende Botschaft an das Parlament. Darin hielt er acht Massnahmen fest, mit denen die Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst substantiell gesenkt und dadurch gleichzeitig der Personalbestand der Armee gestärkt werden soll (20.02.2019). Dank einer Anpassung der Anforderungsprofile und einer differenzierten Tauglichkeit konnte die Anzahl Militärdiensttauglicher bereits in früheren Jahren wieder erhöht werden. Im März wurde festgestellt, dass sich dieser Trend auch 2018 fortgesetzt hatte. So erhöhte sich die Militärdiensttauglichkeit gegenüber 2017 um 1.1 Prozentpunkte, während diejenige für den Zivilschutz um 1.1 Prozentpunkte sank (29.03.2019).

Ebenfalls Anfang des Jahres verabschiedete der Bundesrat die Armeebotschaft 2019, die sich auf die Schliessung der Lücken im Bereich der Ausrüstung konzentrierte (20.02.2019). Die Landesregierung beantragte Verpflichtungskredite in der Höhe von rund CHF 2 Mia. zur Verbesserung der Mittel der Aufklärung, zur Modernisierung der Logistik der Armee sowie für die Erneuerung des Armeematerials. Im Herbst wurde die Armeebotschaft ohne Gegenstimmen im Ständerat und von einer klaren Mehrheit im Nationalrat angenommen (27.09.2019). Bereits im März hatte der Bundesrat das Vorgehen bei der Entflechtung des weiterhin für die Armee tätigen Bereichs der «RüstungsUnternehmen-AktienGesellschaft» (RUAG) genehmigt (15.03.2019). Die RUAG soll als Beteiligungsgesellschaft mit zwei Subholdings – MRO Schweiz und RUAG International – weitergeführt werden, wobei letztere zu einem Aerospace-Technologiekonzern weiterentwickelt und mittelfristig vollständig privatisiert werden soll. Im Juni designierte der Bundesrat Monica Duca Widmer zur Verwaltungsratspräsidentin der neuen Beteiligungsgesellschaft (14.06.2019) und im August erteilte er dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) das Mandat, diese bis Ende Oktober zu gründen (28.08.2019).

Wie im Vorjahr dominierten die rüstungspolitischen Themen die politische Agenda im Bereich der Verteidigungspolitik. Im Fokus stand dabei das Projekt *Schutz des Schweizer Luftraums (Air2030)*, welches die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen, eines neuen Luftverteidigungs- und Luftraumüberwachungssystems umfasst. Während im Januar fünf Offerten für ein neues Kampfflugzeug (25.01.2019), im Februar drei Offerten für ein neues Luftraumüberwachungssystem (11.02.2019) sowie im März drei Offerten für ein System zur bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite (22.03.2019) in Bern eintrafen, musste auf der politischen Ebene ein Neustart eingeleitet werden. Dies, weil das vom Bundesrat im Vorjahr gewählte Vorgehen in Form eines Planungsbeschlusses auch von einem Teil der bürgerlichen Parteien abgelehnt worden war (25.09.2018). Der Neustart wurde

insofern erleichtert, als mit dem Amtsantritt von Bundesrätin Viola Amherd als Verteidigungsministerin die VBS-Departementsspitze personell und parteipolitisch neu besetzt wurde. Anfang April informierte die neue Departementsvorsteherin den Bundesrat zudem darüber, dass der Chef der Armee, Korpskommandant Philippe Rebord, aus gesundheitlichen Gründen per 31.12.2019 vorzeitig zurücktreten werde (05.04.2019). Im September ernannte der Bundesrat Divisionär Thomas Süssli auf den 1. Januar 2020 zum neuen Chef der Armee unter gleichzeitiger Beförderung zum Korpskommandanten (04.09.2019).

Im Februar orientierte Bundesrätin Viola Amherd den Bundesrat über ihre Absichten zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung des Projektes *Air2030* (13.02.2019). Bevor sie der Landesregierung einen konkreten Vorschlag vorlegen werde, wolle sie sich ein umfassendes Bild vom Vorhaben machen. In der Folge holte sie drei zusätzliche Expertenberichte ein, die Anfang Mai vorgestellt wurden: Der Bericht über die Bedrohungslage war VBS-intern unter der Federführung der Chefin Sicherheitspolitik VBS, Päivi Pulli, erarbeitet worden und bestätigte, dass sich beim Bedarf an neuen Mitteln für den Schutz des Luftraumes keine markanten Veränderungen ergeben hätten (02.05.2019). Der externe Experte Kurt Grüter hielt im zweiten Bericht fest, dass Offset gegen das Prinzip des Freihandels verstossen und damit lediglich begrenzt zur Stärkung der sicherheitsrelevanten Technologiebasis eingesetzt werden solle (30.04.2019). Im dritten Bericht bestätigte Claude Nicollier, dass die Qualität des in den Vorjahren erarbeiteten Expertenberichts zum Thema ausserordentlich hoch sei (02.05.2019).

Auf dieser Basis beschloss der Bundesrat das weitere Vorgehen für das Programm *Air2030* (15.05.2019). Er beauftragte das VBS, bis spätestens Anfang September 2019 den Entwurf eines Planungsbeschlusses zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge zu unterbreiten; das neue System zur bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite solle hingegen gemäss dem üblichen Verfahren beschafft werden. Das Finanzvolumen für die neuen Kampfflugzeuge wurde auf CHF 6 Mia. festgelegt. Im Frühsommer verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zu einem Planungsbeschluss über die Beschaffung der Kampfflugzeuge, gemäss der die Bevölkerung in einer Grundsatzabstimmung über die Beschaffung entscheiden könne (26.06.2019). Ende des Jahres stimmte das Parlament dem Kauf neuer Kampfflugzeuge zu, im Ständerat ohne Gegenstimme und im Nationalrat mit einer klaren Mehrheit, wobei der Anteil der Offset-Geschäfte auf 60% festgelegt wurde (19.12.2019).

Parallel zum Entscheid über das Programm *Air2030* fällte der Bundesrat einen Richtungsentscheid über die Modernisierung der Bodentruppen. Dem Entscheid zugrunde lag der Bericht «Zukunft der Bodentruppen», der drei Optionen für die langfristige Ausrichtung der Bodentruppen skizzierte (16.05.2019). Auf Antrag des VBS entschied der Bundesrat, die zweite Option zu verfolgen, der zufolge die Armee stärker auf ein hybrides Konfliktbild in urbanen Räumen ausgerichtet werden soll. Mit Blick auf die Ausrüstung

bedeutet dies eine stärkere Ausrichtung auf mobile, modular einsetzbare sowie einheitlicher ausgerüstete Einsatzverbände. Damit lagen erstmals Berichte vor, welche die langfristige Entwicklung des gesamten Systems der Armee am Boden und in der Luft skizzieren.

Die militärischen Friedensförderungsbeiträge der Schweiz konzentrierten sich auch 2019 auf die Beiträge der Swisscoy zur multinationalen Kosovo Force (KFOR). Hatte das Parlament im vorhergehenden Jahr einen mittelfristigen Abbau des Engagements angemahnt, so sprach sich der Bundesrat gegen das Ende des Berichtszeitraums für eine Verlängerung samt einer Erhöhung des Personalbestandes von 165 auf 195 Angehörige des Schweizer Kontingentes aus (27.11.2019). Er begründete die Aufstockung mit dem Hinweis auf die weiterhin instabile Lage vor Ort und hob hervor, dass die Schweizer Armee aus dem Einsatz nützliche Lehren ziehe und Stabilität in der Region auch im Interesse der Schweiz sei. Bereits einige Tage zuvor hatte der Bundesrat ein Abkommen zwischen der Schweiz und der Uno über die Ausbildungszusammenarbeit im Rahmen der internationalen Friedensförderung genehmigt, womit der Rahmen für eine vertiefte Zusammenarbeit geschaffen wurde (27.11.2019). Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung sich die militärischen Friedensförderungsbeiträge der Schweiz im Dialog zwischen der neuen Departementsspitze und dem im Herbst 2019 neu gewählten Parlament in den kommenden Jahren entwickeln werden.

Im Bereich der Cyber-Verteidigung stärkte der Bundesrat die militärische Cyber-Abwehr, in dem er die Zuständigkeiten für die Wahrung der militärischen Sicherheit im Cyber-Raum in einer neuen Verordnung regelte (01.03.2019). Bereits im Januar hatte der Cyber-Defence Campus des VBS seinen Betrieb aufgenommen. Es geht dabei um eine Stärkung der Früherkennung in diesem strategisch wichtigen Bereich und um die Entwicklung von Handlungsstrategien (21.02.2020). Im Frühsommer beschloss der Bundesrat die Beteiligung der Schweiz am «Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence» in Tallinn, Estland, das sich auf die Forschungs- und Ausbildungszusammenarbeit im Bereich Cyber-Abwehr und Cyber-Sicherheit konzentriert (22.05.2019). In der zweiten Jahreshälfte stärkte das VBS seine Cyber-Defence-Partnerschaften mit der ETH Lausanne (05.09.2019) und mit der ETH Zürich (07.11.2019) und lancierte das neue Berufsbild «Cyber Security Specialists mit Eidgenössischem Fachausweis» (11.11.2019).

1.4 Innere Sicherheit: Terrorismus und Radikalisierung – Migration und Schengen – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeeinsätze

Der Bundesrat verabschiedete im Mai den Bericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) zur Beurteilung der Bedrohungslage (03.05.2019). Im Vergleich mit dem 2016 publizierten «Sicherheitspolitischen Bericht 2016» hätten die Bedrohungen teilweise stark an Konturen gewonnen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stünden nach wie vor die

erhöhte terroristische Bedrohung durch dschihadistische Akteure, der aggressive Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel sowie regionale Spannungen mit globalen Konsequenzen. In seinem Lagebericht zur «Sicherheit Schweiz 2019» vertiefte der NDB die Bedrohungsanalyse und charakterisierte das sicherheitspolitische Umfeld als immer fragmentierter und komplexer (24.05.2019). Die wachsenden Rivalitäten zwischen den Grossmächten (USA, Russland, China) würden immer deutlicher sichtbar, wobei die USA stark auf wirtschaftlichen Druck setzen würden, während Russland verstärkt auf Informationskampagnen und China auf wirtschaftlich motivierte Spionage zurückgreifen würden. Im Kontext der vielen bewaffneten Konflikte im Mittleren Osten und in Nordafrika bleibe der dschihadistische Terrorismus eine ernst zu nehmende und nicht zu vernachlässigende Herausforderung.

Im Rahmen der Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus unterstützte der Bund die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans von Kantonen, Gemeinden und Städten weiterhin mit einem Impulsprogramm (29.03.2019). Mit Blick auf den Umgang mit terroristischen Gefährder*innen verabschiedete der Bundesrat zusätzliche polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Neu vorgesehen sind eine Meldepflicht, ein Rayonverbot oder Hausarrest. Auch hinsichtlich des Umgangs mit radikalierten Reisenden definierte der Bundesrat die Ziele der Schweiz. Die Sicherheit der Schweiz und der Schutz der Bevölkerung seien in gewissen Fällen über Individualinteressen zu stellen. Zwar verweigere die Schweiz die Einreise von erwachsenen terroristisch motivierten Reisenden nicht, führe aber auch keine aktive Rückführung durch (08.03.2019). Gemäss den vom NDB publizierten Zahlen verzeichnete der Bund im Mai 2019 66 Risikopersonen und 92 dschihadistisch motivierte Reisende. Insgesamt stiegen die im Dschihad-Monitoring behandelten Fälle von 606 im November 2018 auf 624 im Mai 2019 an (24.05.2019). Im Spätherbst wurden im Kontext der Sicherheitsverbundsübung (SVU 19) die bestehenden Strukturen und Prozesse der Schweiz im Falle einer langanhaltenden terroristischen Bedrohung getestet (13.11.2019). Gegenüber der SVU 14 (Strommangellage und Influenzapandemie) wurden dabei wichtige Fortschritte erzielt.

Dem Bericht über die Aktivitäten der schweizerischen Migrationsaussenpolitik 2018 zufolge war das Jahr 2018 von einem deutlichen Rückgang der irregulären Migration nach Europa geprägt gewesen. Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz ist so tief ausgefallen wie seit 2008 nicht mehr. Dies habe auch mit der strategischen Verknüpfung der schweizerischen Interessen im Migrationsbereich mit der internationalen Zusammenarbeit zu tun (29.05.2019). Gemäss der Asylstatistik aus dem dritten Quartal 2019 setzte sich der 2018 registrierte Trend auch 2019 fort. In den ersten neun Monaten wurden insgesamt 6.7 Prozentpunkte (Pp) weniger Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr registriert (22.10.2019). Bereits anfangs März waren die beschleunigten Asylverfahren in Kraft gesetzt worden und das Staatssekretariat für Migration (SEM) hatte begonnen, sich vorrangig auf die

rasche Behandlung von Asylgesuchen aus Ländern, die eine tiefe Schutzquote aufwiesen, zu konzentrieren (01.03.2019). Anfang April verfügte die Schweiz über Abkommen im Rückführbereich mit 62 Staaten (09.04.2029); die letzten zwei waren mit Äthiopien (16.01.2019) und mit Bangladesch (09.04.2019) abgeschlossen worden.

Die Schweiz verstärkte im Bereich der Sicherheit und der Migration auch die Zusammenarbeit mit den Staaten des Schengen-Raums. Im Zentrum stand dabei die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems (SIS; 13.02.2019). Neu wurde die Auszeichnung von Terrorismusverdächtigen im SIS zur Pflicht. Zudem wurde die präventive Kontrolle der Einreise in den Schengen-Raum verbessert. Dies sollte durch eine verbesserte Integration der zahlreichen Informationssysteme der Polizei und der Migrationsbehörden ermöglicht werden, so dass künftig alle Systeme über eine einzige Anfrage angesteuert werden könnten. Im Spätherbst schickte der Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Interoperabilität der Informationstechnik (IT)-Systeme in die Vernehmlassung (09.10.2019). Dass sich die Polizeiarbeit im digitalen Zeitalter insgesamt grundlegend verändert, hatte im Frühjahr bereits das Bundesamt für Polizei (fedpol) in seinem Jahresbericht festgestellt (25.04.2019). Die Kriminalität und das Internet seien untrennbar miteinander verbunden und eine Kooperation zwischen Menschen und IT-Systemen sei essentiell, um Kriminellen im digitalen Raum auf die Spur zu kommen.

Auch im Bereich der Cyber-Sicherheit vertieften und beschleunigten der Bund und die Kantone die Aktivitäten des öffentlichen Sektors. Ende Januar legte der Bundesrat die Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich Cyber-Risiken fest und rief einen Cyber-Ausschuss aus den Vorstehenden des Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD), des VBS und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ins Leben. Wirtschaft, Hochschulen und Kantone erhielten Einsatz im Steuerungsausschuss der «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken» (NCS) (30.01.2019). Im März fand die siebte «Cyber-Landsgemeinde» des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) statt, an der Vertreter*innen von Bund, Kantonen und der Wirtschaft die Herausforderungen im Bereich der Cyber-Sicherheit diskutierten (20.03.2019). Im Mai verabschiedete der Bundesrat den Umsetzungsplan zur «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken 2018 – 2022» und fällte weitere Entscheide zum Aufbau des Kompetenzzentrums für Cyber-Sicherheit im EFD (15.05.2019). Im Juni informierte EFD-Vorsteher Bundesrat Ueli Maurer den Bundesrat über die Ernennung von Florian Schütz zum Delegierten des Bundes für Cyber-Sicherheit (14.06.2019). Ende des Jahres verabschiedete der Bundesrat den Bericht «Varianten für Meldepflichten von kritischen Infrastrukturen bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen» (13.12.2019). Er will bis Ende 2020 einen Grundzentscheid über die Einführung von Meldepflichten fällen.

Wie seit vielen Jahren leistete die Armee auch 2019 subsidiäre Beiträge zur Unterstützung von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der subsidiäre Sicherungseinsatz zugunsten

des World Economic Forums (WEF) 2019 in Davos verlief reibungslos, wofür die zivilen Behörden einmal mehr ihren Dank aussprachen (25.01.2019). Am Jahresende präsentierte der Sicherheitsverbund der Schweiz (SVS) den Bericht «Erste Bestandesaufnahme zu den Sicherheitskräften in der Schweiz» (12.12.2019). Die Studie zeigt, dass 70% des Sicherheitspersonals im öffentlichen und 30% im privaten Sektor tätig sind. Insgesamt hat die Zahl der Sicherheitskräfte (ohne Armee) doppelt so stark zugenommen (2011–2016: +11.5 Prozentpunkte) als die Wohnbevölkerung gewachsen ist (2011–2016: +5.8 Pp). Dabei zeigt sich im privaten Sektor eine schnellere Zunahme der Sicherheitskräfte (2011–2016: +20,5 Pp) als im öffentlichen Sektor (2011–2016: +8 Pp). Diese Entwicklung liesse sich auf das Bevölkerungswachstum, die Notwendigkeit zu einer 24-Stunden-Präsenz im urbanen Raum sowie die Zunahme von Grossveranstaltungen zurückführen.

2 Untersuchungsdesign¹

In Zusammenarbeit zwischen der Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich wird seit 1991 in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» durchgeführt.

Das Ziel dieser Erhebung ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und auf die verschiedenen Auffassungen der Neutralität,
- die Einstellung zum Militär im Allgemeinen und zur Schweizer Armee im Speziellen.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jedes Jahr auch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2020 sind dies:

- Gründe für die Notwendigkeit und die Nicht-Notwendigkeit der Schweizer Armee,
- Verteidigungspolitischer Wissensstand der Schweizer Stimmbevölkerung,
- Vereinbarkeit von Milizamt und Beruf,
- Vereinbarkeit des Militärdienstes mit dem Beruf und dem Alltag sowie Stellenwert einer milizmilitärischen Kadertätigkeit in der Gesellschaft.

Neben der Analyse einzelner Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert die Studie «Sicherheit» auch auf die Frage, inwiefern die Einstellungen zu diesen drei Themen mit den Lebensbedingungen und der politischen Orientierung zusammenhängen. Dabei wird angenommen, dass die soziodemografischen Merkmale die Lebensumstände prägen. Zu den hier analysierten soziodemografischen Merkmalen gehören das Geschlecht², die regionale Zugehörigkeit³,

1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

2 Es wird nach dem biologischen Geschlecht «Mann» und «Frau» unterschieden, das gefühlte oder wahrgenommene Geschlecht wurde nicht abgefragt (vgl. Frage S3, Anhang III).

3 Es wird nach Wohnort in einer der drei Sprachregionen Deutschschweiz (D-CH), Westschweiz (F-CH) und Tessin unterschieden. Die Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahl zu den fünf Werbemedienforschungs-Regionen (WEMF-Regionen).

das Alter⁴, das Bildungsniveau⁵ und das persönliche Netto-Einkommen⁶. Die politische Einstellung wird mit einer selbstdeklarierten Einstufung auf einer Links-Rechts-Achse mithilfe einer 11er-Skala⁷ erhoben.

Da die Interviews in der Deutschschweiz prinzipiell auf Mundart (Schweizerdeutsch) durchgeführt werden, wurden die Formulierungen im Fragebogen bewusst an die schweizerdeutsche Umgangssprache angepasst und helvetische Formulierungen verwendet (siehe Anhang III). Dadurch wird einerseits die Durchführung der Befragung auf Schweizerdeutsch erleichtert und andererseits wird verhindert, dass Interviewer*innen beim Vorlesen schweizerdeutsche Formulierungen wählen, die nicht dem Erhebungsinstrument entsprechen. Zwischen dem 5. und 11. November 2019 wurden die 2020 neu eingeführten Fragen in einem Pretest in der Deutschschweiz auf die Verständlichkeit ihrer Formulierungen getestet. Hierfür führte die Dozentur Militärsoziologie vor Beginn der Feldphase eine Interviewer*innen-Schulung beim Befragungsinstitut LINK durch. Ebenso führte die Dozentur Militärsoziologie für die Haupterhebung (06. bis 24. Januar 2020) eine Interviewer*innen-Schulung durch. Für die Erhebung in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin wurden die Schulungsunterlagen durch die Dozentur Militärsoziologie übersetzt und die Interviewer*innen durch die jeweilige LINK-Laborleitung entsprechend ausgebildet.

- 4 Beim Alter wird nach drei Kategorien unterschieden: 18–29-Jährige, 30–59-Jährige und ab 60-Jährige (vgl. Frage S2, Anhang III).
- 5 Das Bildungsniveau wird anhand der Kategorisierung der Strukturerhebung 2019 (ehemalige Volkszählung) des Bundesamtes für Statistik (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020a) erhoben. Dabei wird die Bildung in dreizehn verschiedene Kategorien eingeteilt. Personen, welche die obligatorische Schule oder maximal eine einjährige Vorlehre absolviert haben, haben ein «tiefes Bildungsniveau». Befragte, die eine berufliche Grundausbildung (Lehre) oder maximal eine Gymnasiale Maturität (bzw. Berufsmaturität) absolviert haben, werden zum «mittleren Bildungsniveau» gezählt. Befragte, die eine höhere Fachschule, eine Fachhochschule oder eine Universität besucht haben, weisen ein «hohes Bildungsniveau» aus. Details hierzu können in Anhang III bei der Frage Q29 des Fragebogens der Studie «Sicherheit 2019» nachgelesen werden.
- 6 Das Einkommen wird anhand des monatlichen persönlichen Netto-Einkommens (vgl. Frage Q31, Anhang III) gemessen. Das Einkommen wurde anhand einer offenen Frage erhoben. Der Einkommens-Median in der Bevölkerung zeigt, dass die Hälfte der in der Schweiz wohnhaften Personen ein Äquivalenzeinkommen von weniger als CHF 49'905 pro Jahr aufweist. Das Äquivalenzeinkommen von CHF 49'905 wird durch zwölf (Anzahl Monate) geteilt. Dies ergibt das persönliche monatliche Nettoeinkommen von CHF 4158.75 (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020b). Das Medianeinkommen der 2020er Stichprobe liegt bei CHF 4400. Dabei erstreckt sich das «tiefe Einkommen» von CHF 0 bis 3149 (70% vom Median) und das «mittlere Einkommen» von CHF 3150 bis 6674. Zur Kategorie «hohes Einkommen» werden Schweizer*innen gezählt, welche über CHF 6675 als monatliches persönliches Netto-Einkommen angeben.
- 7 Wer auf einer Skala politischer Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angibt, wird in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Zur Mitte werden jene gezählt, die sich mit einem Wert von 5 einstufen und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10 (vgl. Frage Q29, Anhang III).

3 Datenbasis¹

Für die Studie «Sicherheit 2020» wurden insgesamt 1227 Schweizer Stimmbürger*innen der drei Landesteile Deutschschweiz, Westschweiz und Tessin mittels einer repräsentativen telefonischen Umfrage interviewt. Die Interviews wurden zwischen dem 6. und dem 24. Januar 2020 durch das Befragungsinstitut LINK durchgeführt. Dabei wurde das CATI-Verfahren (Computer Assisted Telephone Interview) angewendet.

Anhand der Random-Quota-Methode (Alter, Geschlecht, Region) erfolgte die Stichprobenauswahl. Für die Befragung werden seit 2016 ausschliesslich Personen des LINK CATI-Pools² kontaktiert. Da die Daten die Repräsentativität der Stichprobe gewährleisten, sind sie ungewichtet. Die Brutto-Ausschöpfungsquote der aktuellen Datenerhebung liegt bei 21.7%. Im Schnitt dauerte ein Interview 32.7 Minuten. Um dem veränderten Nutzungsverhalten der Gesellschaft im Kommunikationsbereich gerecht zu werden, wurden neben Festnetznummern auch Mobiltelefonnummern verwendet. 2020 wurden insgesamt 39.5% der Interviews über Mobiletelefone geführt. Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der interviewten Personen nach Geschlecht, Alter und Region. In der letzten Tabellenspalte ist zum Vergleich die aktuellste Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BfS) aufgeführt.³ Die Stichprobe ist repräsentativ, da sich die Verteilung in der Stichprobe und derjenigen der Stimmbevölkerung deckt.

*Tabelle 3.1**Quotenplan 2020 – Schweizer Stimmbevölkerung*

Merkmal	Absolute Anzahl Interviews	Anzahl Interviews in %	BFS 2018 in %
Geschlecht			
Männer	588	48	48
Frauen	639	52	52
Alter			
18–29 Jahre	209	17	17
30–59 Jahre	591	48	49
60+ Jahre	427	35	34
Region			
D-CH	906	74	74
F-CH	270	22	22
Tessin	51	4	4
Total	1227	100	100

Da sich die Studie auch auf die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemografischen Merkmalen fokussiert, wird hier zusätzlich zum Alter, zum Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich Bildungsgrad und politischer Einstellung beschrieben (siehe Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2

Der Bildungsgrad und die politische Einstellung der Befragten seit 1999 bis 2020 (nur gültige Antworten / ohne keine Angabe)

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MW*	SD**
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	21%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	58%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	61%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	24%	25%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	13%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	38%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
2012	8%	56%	36%	29%	37%	34%	5.20	1.64
2013	9%	56%	35%	28%	35%	37%	5.25	1.84
2014	9%	52%	39%	27%	37%	36%	5.24	1.82
2015	7%	56%	37%	31%	34%	35%	5.15	1.81
2016	8%	53%	39%	29%	32%	39%	5.31	1.82
2017	7%	53%	40%	28%	34%	38%	5.24	1.77
2018	6%	50%	44%	27%	35%	38%	5.27	1.66
2019	6%	51%	43%	29%	32%	39%	5.27	1.85
2020	6%	48%	46%	34%	29%	37%	5.09	1.95
Durchschnitt	12%	56%	32%	29%	37%	34%	5.17	1.80

* Mittelwert (basierend auf ursprünglicher Datenskalierung der politischen Einstellung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts»)

** Standardabweichung

Der Bildungsgrad hat sich gegenüber dem Vorjahr nur minimal verändert. 2020 haben 6% (± 0 Prozentpunkte) der Befragten ein tiefes, 48% (-3 Pp) ein mittleres und 46% ($+3$ Pp) ein hohes Bildungsniveau. Eine Analyse der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), basierend auf der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) zeigt, dass sich in den letzten zwanzig Jahren (1996–2016) der Bildungsstand der Schweizer*innen verändert hat. Immer mehr Schweizer*innen haben einen hohen tertiären Bildungsabschluss. Im Gegenzug gibt es weniger Schweizer*innen mit einer tiefen oder mittleren Bildung (Wolter 2017). Gemäss der aktuellsten SAKE-Publikation haben 21% der Schweizer*innen ein tiefes, 46% ein mittleres und 34% ein hohes Bildungsniveau (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020d). Dieser Trend zeigt sich auch in

den Daten der Studienreihe «Sicherheit». Während das tiefe und mittlere Bildungsniveau der Schweizer*innen kontinuierlich zurückgegangen ist, ist der Anteil der Personen mit einer hohen Bildung gestiegen.

Im Vergleich zu 2019 hat sich die politische Einstellung signifikant verändert: 34% (+5 Pp) der Befragten zählen sich zum politisch linken Lager, 29% (-3 Pp) zur politischen Mitte und 37% (-2 Pp) stufen sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums ein. Die politische Einstellung verteilt sich 2020 im langjährigen Mittel verstärkt auf die linke Seite des politischen Spektrums (+5 Pp). Der Anteil jener, welche sich zur politischen Mitte zählen, ist aktuell 8 Prozentpunkte tiefer und die rechte Seite des politischen Spektrums liegt aktuell 3 Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Die klassische Selbstpositionierung von Wähler*innen anhand einer Links-Rechts-Skala zu ermitteln ist eine weit verbreitete Methode, um die politische Einstellung der Befragten zu messen (Bauer et al. 2017). Sowohl bei der Auswertung der *Selects*-Daten (Lutz 2016) und den VOX-Analysen von gfs.bern (gfs.bern 2016) wird die Skala schweizweit angewandt, obwohl es durchaus auch kritische Meinungen dazu gibt. So wird die Möglichkeit, sich in der Mitte zuzuordnen, beispielsweise als kritisch betrachtet, da sie auch viele Unentschlossene anziehen dürfte (Geser 2008). Zudem ist auch unklar, ob die Selbsteinschätzung auf der Skala wirklich unabhängig von der politischen Einstellung ist (Bauer et al. 2017). Nichtsdestotrotz verfügt die Skala über eine hohe Zuverlässigkeit und Übereinstimmung der Ergebnisse (Geser 2008). Die Resultate der Studienreihe «Sicherheit» (siehe Tabelle 3.2) überschneiden sich grundsätzlich mit denen des gfs.bern vom Jahr 2016 (VOX-Analyse für das Jahr 2016: links: 27%, Mitte: 37%, rechts: 36%)⁴. Dieser Befund stützt die Validität der erhobenen Daten.

In Anhang III sind die Häufigkeitsverteilungen der 2020 gestellten Fragen und deren Antworten aufgeführt. Bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt der mögliche Stichprobenfehler im ungünstigsten Fall $\pm 2.9\%$. Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrössen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($\alpha=5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die Veränderungen in Prozentpunkten geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung an.

In der untenstehenden Tabelle 3.3 werden alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2020 aufgeführt, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird. Neben dem Publikationstitel werden das Erscheinungsjahr und die Stichprobe (Anzahl der befragten Stimmbürger*innen, N), der zeitliche Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut ausgewiesen.

Tabelle 3.3

Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2020

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeitraum	Institut
1976	Meyer (1976). <i>Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung.</i>	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986). <i>Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz.</i>	1786	06.–10.1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990). <i>Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung.</i>	1061	12.1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung».</i>	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991). <i>Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung.</i>	1005	17.11.1990–28.02.1991	Explora
1992	Haltiner & Bertossa (1993). <i>Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen.</i>	1003	16.11.1992–08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994). <i>Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1003	04.–06.1993	Isopublic
1994	Haltiner (1994). <i>Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung.</i>	827	1994	Isopublic
1995	Haltiner (1995). <i>Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	795	21.02.–21.03.1995	IHA
1995/II	Haltiner et al. (1996). <i>Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	801	05.–07.1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996). <i>Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	821	22.02.–16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997). <i>Sicherheit '97.</i>	1014	24.02.–11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998). <i>Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1000	24.02.–15.03.1998	Isopublic
1999	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1201	01.–02.1999	IPSO
1999/II	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1009	08.1999	Demoscope
2000	Haltiner et al. (2000). <i>Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1202	01.–02.2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001). <i>Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1235	01.–02.2001	Isopublic

2002	Haltiner et al. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1201	02.2002	Demoscope
2003	Haltiner et al. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1202	11.01.–05.02.2003	GfS, Bern
2003/II	Haltiner et al. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1002	07.04.–14.04.2003	Demoscope
2004	Haltiner et al. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	07.01.–09.02.2004	Isopublic
2004/II	Haltiner et al. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	803	22.03.–28.03.2004	Demoscope
2005	Haltiner et al. (2005). Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	17.01.–04.02.2005	Demoscope
2006	Haltiner et al. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	16.01.–06.02.2005	LINK
2006/II	Haltiner et al. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	826	23.10.–01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007). Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	15.01.–10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008). Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	14.01.–02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircsev Tresch et al. (2009). Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	07.01.–28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircsev Tresch et al. (2010). Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	12.01.–11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircsev Tresch et al. (2011). Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1209	17.01.–04.02.2011	Demoscope
2012	Szvircsev Tresch et al. (2012). Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	12.01.–06.02.2012	Isopublic
2013	Szvircsev Tresch et al. (2013). Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	09.01.–19.01.2013, 23.01.–12.02.2013	Isopublic
2014	Szvircsev Tresch et al. (2014). Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1200	06.01.–24.01.2014	Isopublic
2015	Szvircsev Tresch et al. (2015). Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.	1239	06.01.–11.02.2015	Léger

2016	Szvircsev Tresch et al. (2016). <i>Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1211	04.01.–23.01.2016	LINK
2017	Szvircsev Tresch et al. (2017). <i>Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1209	04.01.–23.01.2017	LINK
2018	Szvircsev Tresch et al. (2018). <i>Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1209	04.01.–30.01.2018	LINK
2019	Szvircsev Tresch et al. (2019). <i>Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1213	07.01.–26.01.2019	LINK
2020	Szvircsev Tresch et al. (2020). <i>Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.</i>	1227	06.01.–24.01.2020	LINK

4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt¹

Die jährlich wiederkehrenden Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden und der Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz und der Welt werden mit fünf verschiedenen Items erhoben. Seit 1991 wird das Sicherheitsgefühl mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden gemessen. Seit 2016 wird diese Frage zusätzlich durch die Einschätzung zur Kriminalitätsfurcht und mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum komplettiert. Die Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz wird mit der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schweiz (Zukunftserwartung), und die Wahrnehmung der Zukunft der Welt wird mit der subjektiven Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage gemessen.

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Das allgemeine Sicherheitsempfinden beschreibt die unspezifische Wahrnehmung, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebenssituation wichtig ist, als ungefährdet betrachten.² Befragte können seit 1991 ihr allgemeines und persönliches Sicherheitsgefühl auf der vierstufigen Skala «sehr» oder «eher» sicher, sowie «eher» oder «ganz» unsicher angeben.

In den Studien «Sicherheit 1991» (Buri et al. 1991, 5), «Sicherheit 1999» (Haltiner et al. 1999, 48) und «Sicherheit 2011» (Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–87) wurde im Anschluss an die Frage des allgemeinen subjektiven Sicherheitsempfindens gefragt, woran die Befragten spontan bei der Nennung des Begriffs «Sicherheit» denken. Ein direkter Vergleich zwischen den drei Erhebungen ist nicht möglich, da die 1991, 1999 und 2011 erhobenen offenen Nennungen keinen einheitlichen Kategorien zugeordnet wurden. Die Auswertung der offenen Frage der Studie «Sicherheit 2011» zeigt, dass Befragte sehr unterschiedliche Aspekte unter dem Begriff «Sicherheit» assoziierten. Dabei lassen sich die genannten Aspekte in drei übergeordnete Kategorien zusammenfassen: *erstens* in Sicherheit vor Bedrohungen, *zweitens* in Sicherheit durch Institutionen, Technologien und Strategien, sowie *drittens* in

- 1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.
- 2 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei Haltiner et al. (2004, 71–75).

Sicherheit als Gefühlszustand. Bei den Bedrohungen wurde die physische Sicherheit am häufigsten und die ökonomische Sicherheit am zweithäufigsten genannt, bei der Sicherheit durch Institutionen vor allem die Polizei. Die Antworten variierten teilweise nach soziodemografischen Merkmalen (Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–87). Diese Resultate entsprechen der anfangs aufgestellten These, wonach wir uns dann sicher fühlen, wenn wir die für unser Leben zentralen Aspekte als nicht bedroht wahrnehmen.

Im Sicherheitsmonitor 2018 des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV) wurde ebenfalls eine offene Frage zum Begriff «Sicherheit» mit dem Wortlaut «Können Sie in wenigen Worten beschreiben, was Sicherheit für Sie bedeutet?» gestellt. Auch hier zeigt die Auswertung, dass Befragte unterschiedliche Sicherheits-Begriffe assoziieren (SVV Sicherheitsmonitor 2018, 23f.). Die erneute Auswertung der Nennungen und deren Einteilung in die Oberkategorien objektive Sicherheit (empirisch messbare Sicherheit in Form der polizeilichen Kriminalstatistik, das sogenannte Hellfeld³) und subjektive Sicherheit (Sicherheit als Gefühl, das sogenannte Dunkelfeld⁴) zeigt, dass vor allem die subjektive Sicherheit genannt wird. Aus Sicht der Befragten ist Sicherheit also in erster Linie ein Gefühl. Die objektive Sicherheit wird weniger oft erwähnt und spielt daher eher eine untergeordnete Rolle (Ferst 2019a, 27). Dies und der Befund, dass es 2018 zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und der Kriminalitätsrate in der Schweiz, gemessen an der polizeilichen Kriminalstatistik, keinen statistisch signifikanten Zusammenhang gibt, deuten darauf hin, dass in der Schweiz die subjektiv empfundene und die objektiv messbare Bedrohung unabhängig voneinander sind (Ferst, 2019b). Diese Erkenntnis bestätigt den Befund, dass das subjektive Sicherheitsgefühl nicht zwingend die objektive Gefährdungslage widerspiegelt (Lange 2006, 323; Baier 2019, 6).

Zwischen 1991 und 2020 liegt das durchschnittliche allgemeine Sicherheitsempfinden bei 86%. Im Vorjahresvergleich verharrt das allgemeine Sicherheitsempfinden aktuell statistisch unverändert auf sehr hohem Niveau. Im Mittel bleibt das allgemeine Sicherheitsempfinden gegenüber 2019 unverändert bei einem Wert von 3.3 (± 0.0). Wie bereits in den Jahren 2018 und 2019 geben auch 2020 95% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen an, sich im Allgemeinen sicher zu fühlen (siehe Abbildung 4.1). Dabei geben 37% (+3 Pp) der Befragten an, sich «sehr» und 58% (-3 Pp) sich «eher» sicher zu fühlen. Der Anteil, der insgesamt angibt, sich unsicher zu fühlen, liegt unverändert bei 5% (± 0 Pp). Davon fühlen sich 5% (± 0 Pp) «eher» und 0% (± 0 Pp) «ganz» unsicher. Das durchschnittliche allgemeine Unsicherheitsgefühl zwischen 1991 und 2020 liegt bei 14%.

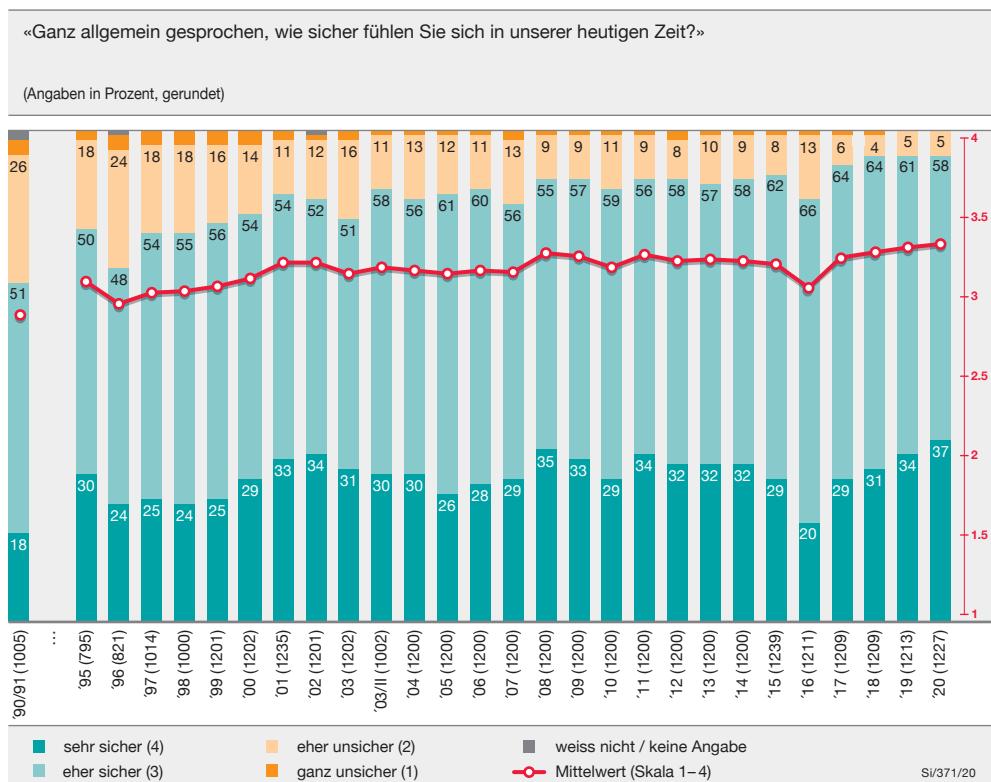
Über die Jahre betrachtet ist das allgemeine Sicherheitsempfinden relativ stabil geblieben. Während sich Schweizer*innen in den Neunzigerjahren im Schnitt weniger sicher

3 Der Begriff Hellfeld wird in Abschnitt 4.2 detailliert erklärt.

4 Der Begriff Dunkelfeld wird in Abschnitt 4.2 detailliert erklärt.

fühlten, zeigt sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts, dass das allgemeine Sicherheitsempfinden leicht ansteigt.

*Abbildung 4.1
Allgemeines Sicherheitsempfinden*



Nicht nur objektive Gefahren und Bedrohungen haben einen Einfluss auf das allgemeine Sicherheitsempfinden, sondern auch soziale Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen, welche die persönlich empfundene Verletzlichkeit (Vulnerabilität) wiederspiegeln. Zu den sozialen Faktoren, welche die persönlich empfundene Vulnerabilität beeinflussen, zählt auch die politische Einstellung. In diesem Kontext ist Jonathan Bennetts Befund wesentlich. Bennett kommt zum Schluss, dass Sicherheit nicht nur eine Empfindung, sondern ein Wert an sich ist, welchem je nach politischer Einstellung eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Für politisch rechts eingestellte Personen ist «Sicherheit» ein wichtiger Wert an sich. Politisch links eingestellten Personen ist der Wert «Sicherheit» weniger wichtig. Da politisch rechts eingestellten Personen der Wert

«Sicherheit» wichtiger ist, nehmen sie diesen bedrohter wahr und fühlen sich unsicherer als politisch links eingestellte Personen (Bennett 2005, 228).

Soziodemografische Einflüsse: Männer geben signifikant öfters als Frauen an, sich im Allgemeinen «sehr» sicher zu fühlen (Männer: 44%, Frauen: 30%; CC=0.15). Nimmt man jedoch auch die Antwortkategorie «eher» sicher hinzu, so fühlen sich Männer und Frauen etwa gleich sicher (Männer: 96%, Frauen: 94%). In der diesjährigen Studie sind keine statistisch relevanten Unterschiede zwischen den drei Sprachregionen, dem Alter, der politischen Einstellung, dem Einkommen und der Bildung feststellbar.

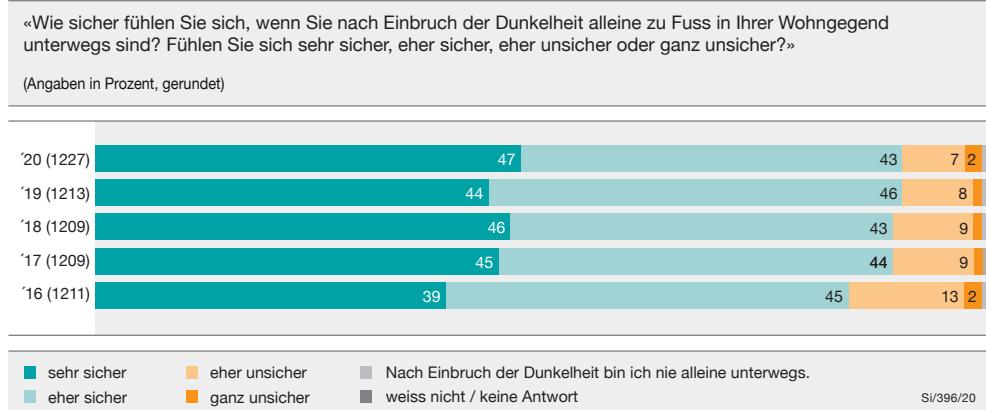
4.2 Kriminalitätsfurcht

Seit 2016 wird das allgemeine Sicherheitsempfinden um die Frage nach der Angst vor Kriminalität erweitert. Während das allgemeine subjektive Sicherheitsgefühl sowohl mittelbare als auch unmittelbare Gefährdungen der eigenen Person misst, bezieht sich die Kriminalitätsfurcht hingegen nur auf mittelbare Gefährdungen der eigenen Person (Lange 2006, 322). In diesem Zusammenhang hat sich der Standardindikator der Kriminalitätsfurcht mit der Frage «Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie abends allein in Ihrer Nachbarschaft unterwegs sind?» in der kriminologischen Forschung entsprechend etabliert (Lange et al. 2009, 238).

Der Standardindikator der Kriminalitätsfurcht ist umstritten, da er vor allem diffuse Ängste, wie die «Angst vor dem Alleinsein» und die «Angst vor der Dunkelheit» misst (Kury et al. 2004, 144), ohne dabei das Wort Kriminalitätsfurcht im Wortlaut explizit zu nennen (Häfele 2013, 101). Studien zeigen, dass bei geschlossenen Fragen die Verbrechensfurcht (Kriminalitätsfurcht) in der Regel erheblich überschätzt wird. Aufgrund dessen sind Kriminalitätsfurcht-Studien mit Vorsicht zu geniessen (Kury et al. 2004, 145). Trotz der inhaltlichen und konzeptionellen Einschränkungen wird der Kriminalitätsfurcht-Standard-Indikator in Studien oft verwendet. Beispielsweise wurde in der Schweiz zwischen 1996 und 2015 in elf verschiedenen kantonalen und städtischen Umfragen die Kriminalitätsfurcht mit unterschiedlichen Frageformulierungen des Kriminalitätsfurcht-Standard-Indikators erhoben. Durch die inhaltliche Analyse der verschiedenen Frageformulierungen wurde für die Studienreihe «Sicherheit» eine leicht angepasste Frage «Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?» eingeführt. Die inhaltliche Ergänzung «zu Fuss» führt dazu, dass das Sicherheitsgefühl nicht durch Fortbewegungen mittels Fahrrad, öffentlichem Verkehr oder Auto beeinflusst wird (Ferst 2016, 33–36).

Aktuell bleibt die Kriminalitätsfurcht statistisch gegenüber dem Vorjahr unverändert gering (siehe Abbildung 4.2). 90% (± 0 Pp) geben an, sich sicher zu fühlen, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in ihrer Wohngegend unterwegs sind. 47% (+3 Pp) geben an, sich «sehr» und 43% (-3 Pp) sich «eher» sicher zu fühlen. 9% (± 0 Pp) der Befragten geben an, sich unsicher zu fühlen, davon geben 7% (-1 Pp) an, sich «eher» und 2% (+1 Pp) sich «ganz» unsicher zu fühlen. Der Anteil an Befragten, welche nach Einbruch der Dunkelheit nie alleine unterwegs sind, liegt seit 2016 konstant und unverändert bei 1% (± 0 Pp). Damit wird der Vorjahrestrend auch 2020 bestätigt: Die Kriminalitätsfurcht bleibt gering, da sich nur 9% der Schweizer*innen konkret vor Kriminalität fürchten.

*Abbildung 4.2
Kriminalitätsfurcht*



Soziodemografische Einflüsse: Sowohl das allgemeine Sicherheitsempfinden als auch die Kriminalitätsfurcht werden durch soziale Faktoren beeinflusst. Frauen fürchten sich überdurchschnittlich und signifikant stärker vor Kriminalität als Männer (Frauen: 15%, Männer: 2%; CC=0.32). Personen mit tiefem Einkommen haben stärker vor Kriminalität Angst als Personen mit mittlerem und hohem Einkommen (tief: 15%, mittel: 7%, hoch: 3%; $\gamma=0.26$).⁵ Schweizer*innen mit tiefem Bildungsniveau fürchten sich ebenfalls signifikant stärker vor Kriminalität als Befragte mit mittlerer und hoher Bildung (tief: 22%, mittel: 11%, hoch: 5%; $\gamma=0.22$). Ab 60-Jährige haben am meisten Angst vor Kriminalität

⁵ In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

(ab 60-Jährige: 13%, 30–59-Jährige: 6%, 18–29-Jährige: 9%; $\gamma=0.17$). Berücksichtigt man das Alter und die Bildung einer Person in einer linearen Regression, wird auch die politische Einstellung und die gefühlte Wohngegend signifikant. Je weiter rechts jemand ist, desto unsicherer fühlt er sich, und Personen, die das Gefühl haben, dass sie eher städtisch wohnen, fühlen sich ein bisschen unsicherer ($\text{adjusted } r^2 = 0.14$). Der Umstand, dass sich Frauen und ältere Personen mehr vor Kriminalität fürchten, wird in der kriminologischen Forschung unter dem Begriff «Kriminalitätsfurcht-Paradox» diskutiert. Obwohl Frauen und ältere Personen statistisch gesehen seltener Opfer einer Straftat werden, geben sie häufiger an, sich vor Kriminalität zu fürchten. Die Erklärung dafür liegt in einem bei Frauen und älteren Personen stärker ausgeprägten Vermeideverhalten. Junge Männer fühlen sich gemäss den meisten Studienergebnissen am sichersten, obwohl sie statistisch gesehen häufiger Opfer einer Straftat werden. Dieser Umstand wird bei Männern mit Gewöhnungsprozessen in Verbindung gebracht. Männer haben weniger Angst, weil sie sich an die alltägliche Gewalt gewöhnt haben oder die Angst verdrängen (Schwind 2013, 433). Da sich Frauen und ältere Befragte trotz geringerer Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden (Viktimalisierungs-Wahrscheinlichkeit), unsicherer fühlen, bestätigen die aktuellen Daten der Studie «Sicherheit 2020» das «Kriminalitätsfurcht-Paradox». Es ist allerdings durchaus rational, dass Frauen und ältere Personen durch Vermeideverhalten bestimmter Situationen ihre Viktimaliserungs-Wahrscheinlichkeit verringern (Ziegleder et al. 2011, 27). Zudem haben Untersuchungen gezeigt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Gefährdungslage voneinander unabhängig sind (Lange 2006, 323; Ferst 2019b; Baier 2019). Das heisst, dass eine Person grosse Furcht vor Kriminalität haben kann, obwohl sie objektiv nicht bedroht ist. Und umgekehrt kann eine Person keine Furcht vor Kriminalität verspüren, obwohl sie objektiv bedroht ist.

Die objektive Kriminalität (Hellfeld der Kriminalität) kann durch die polizeiliche Kriminalstatistik nicht vollumfänglich dargestellt werden. Die Aussagekraft des Hellfelds ist dahingehend eingeschränkt, weil der Polizei nicht alle begangenen Straftaten gemeldet werden. Die polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Anzeigestatistik, die jeweils nur Delikte registriert, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden bzw. Delikte, die die Polizei im Rahmen ihrer Tätigkeit aufdeckt (Baier 2019, 9). In der Literatur werden nicht gemeldete Straftaten auch als Dunkelfeld oder als Dunkelziffer («latente» Kriminalität) bezeichnet. Die Forschung zur Kriminalitätsfurcht gehört zur Dunkelfeldforschung. Indes gibt es zwischen dem Hellfeld und dem Dunkelfeld keine feste Relation, da das Verhältnis je nach Delikt unterschiedlich ausfällt (Schwind 2013, 39). Somit ist das Hellfeld der Kriminalität nur ein Ausschnitt der realen Kriminalität und daher alleingemommen nicht genug aussagekräftig (Eifler & Pollich 2014, 32). Somit kommt der wahrgenommenen (subjektiven) Einschätzung eine hohe Bedeutung zu (Lange 2006, 323; Ferst 2016, 69). Der Begriff «Kriminalitätsfurcht-Paradox» ist ungünstig, da die objektive und subjektive

Gefahrenlage unterschiedlich eingeschätzt wird. Infolgedessen sollte in diesem Zusammenhang der Begriff «Kriminalitätsfurcht-Diskrepanz» verwendet werden, da die Kriminalitätsfurcht schlussendlich Ausdruck der unterschiedlichen Einschätzungen der objektiven und subjektiven Bedrohungssituationen darstellt (Ferst 2016, 69).

Weitere signifikante Unterschiede: Auch dieses Jahr zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden ($\gamma=0.66$): Wer sich allgemein sicher fühlt, fürchtet sich auch weniger vor Kriminalität und umgekehrt.

4.3 Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum

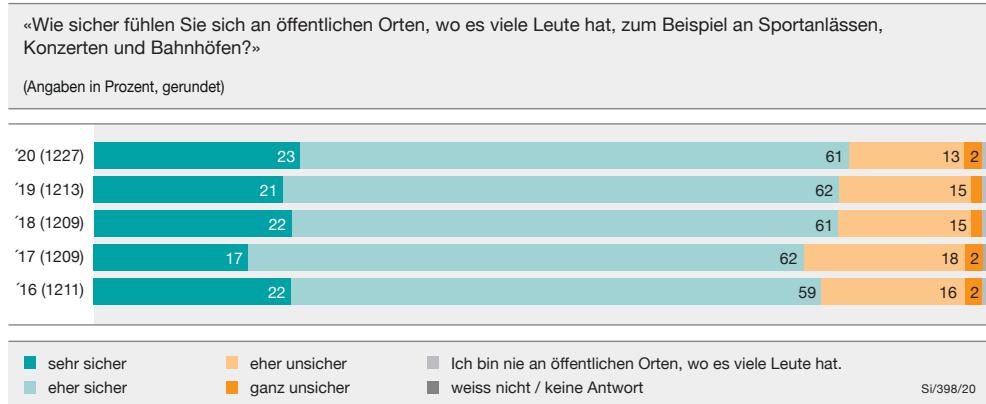
Seit 2014 sind dschihadistisch motivierte terroristische Anschläge in Europa zur Realität geworden (Neue Zürcher Zeitung 2018a). Während in Europa 2014 zwei und 2015 fünf terroristische Anschläge verübt wurden, wurden 2016 zehn Anschläge verzeichnet. 2017 zeichnete sich ein Rückgang ab: Es wurden noch sieben verübte Anschläge registriert (Spiegel Online 2017). Seit 2016 wird regelmässig das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum aufgrund der fünf 2015 verübten terroristischen Anschläge in Europa erhoben. Den Befragten dürften bei der Datenerhebung der Studie «Sicherheit 2017» im Januar 2017 sowohl die terroristischen Anschläge vom 22. März 2016 am Brüsseler Flughafen und in der Brüsseler Innenstadt als auch der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 aufgrund ihrer räumlichen und zeitlichen Nähe zur Schweiz präsent gewesen sein. Das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum sank 2017 (79%, -2 Pp) gegenüber 2016 (81%) leicht, aber statistisch signifikant. Das im Jahr 2018 wieder leicht, aber statistisch signifikant gestiegene Sicherheitsempfinden (83%, +2 Pp) kann auf die gesunkene Anzahl Anschläge, die grösser gewordenen zeitlichen und räumlichen Distanzen zur Schweiz, und auf einen «Gewöhnungseffekt» (Welt 2018), dass terroristische Anschläge auch in Europa Realität sind, zurückgeführt werden (Ferst & Szvircsev Tresch 2018, 3ff.). Im Jahr 2018 wurden in Europa insgesamt drei terroristische Anschläge verübt. Dabei fanden alle drei Anschläge in Frankreich statt, nämlich in den Städten Cargassonne (28. März 2018), Paris (12. Mai 2018) und in Strassburg (11. Dezember 2018) (Neue Zürcher Zeitung 2018b). Der Rückgang terroristischer Anschläge in Europa und der damit verbundene «Gewöhnungseffekt» (Welt 2018) können unter Umständen erklären, dass das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum 2019 nicht gesunken ist. Dies, obwohl der Anschlag vom 11. Dezember 2018 in Strassburg eine räumliche und zeitliche Nähe zur Schweiz und zum Erhebungszeitraum der Studie «Sicherheit 2019» im Januar 2019 aufweist (Szvircsev Tresch et al. 2019, 89). Auch im Jahr 2019 waren terroristische Anschläge in Europa rückläufig. So wurden in Frankreich am 24. Mai 2019 in

Lyon (Reuters, 2019) und am 03. Oktober 2019 in Paris (Kormann, 2019) insgesamt zwei terroristische Anschläge in Europa verübt. Unter Umständen haben die rückläufigen terroristischen Anschläge in Europa und der damit verbundene «Gewöhnungseffekt» (Welt 2018) dazu geführt, dass sich auch 2020 das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum nicht verändert hat. Anhand der Daten kann dies allerdings nicht überprüft werden.

Gegenüber 2019 bleibt das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum unverändert hoch (siehe Abbildung 4.3). Aktuell fühlen sich 84% (+1 Pp) der Schweizer*innen im öffentlichen Raum sicher. 23% (+2 Pp) fühlen sich «sehr» und 61% (-1 Pp) «eher» sicher. Insgesamt geben 15% (-1 Pp) der Befragten an, sich im öffentlichen Raum unsicher zu fühlen (13%, -2 Pp «eher» und 2%, +1 Pp «sehr» unsicher). Seit 2016 liegt der Anteil an Personen, die angeben nie an öffentlichen Orten zu sein, an welchen viele Menschen sind, konstant bei 1% (±0 Pp).

Abbildung 4.3

Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum



Soziodemografische Einflüsse: Das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum wird wie auch das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Kriminalitätsfurcht nicht nur durch objektive Gefahren und Bedrohungen, sondern auch durch soziodemografische Faktoren beeinflusst.

Ab 60-Jährige (77%) fühlen sich im öffentlichen Raum signifikant unsicherer als 30–59-jährige (86%) und 18–29-jährige Schweizer*innen (88%; $\gamma=-0.23$). Personen mit hoher Bildung fühlen sich im öffentlichen Raum signifikant sicherer als Befragte mit mittlerer und tiefer Bildung (tief: 81%, mittel: 80%, hoch: 87%; $\gamma=0.18$). Im öffentlichen Raum ist das subjektive Sicherempfinden der Männer überdurchschnittlich und signifikant grösser als jenes der Frauen (Männer: 88%, Frauen: 78%; CC=0.17). Schweizer*innen mit tiefem Einkommen geben signifikant häufiger an, sich im öffentlichen Raum unsicherer

zu fühlen als Befragte der mittleren und hohen Einkommensklasse (tief: 81%, mittel: 86%, hoch: 90%; $\gamma=0.16$). Politisch links eingestellte Schweizer*innen haben im öffentlichen Raum ein signifikant grösseres Sicherheitsgefühl als politisch rechts Eingestellte (links: 86%, Mitte: 86%, rechts: 80%; $\gamma=0.14$). Schweizer*innen, die angeben «eher städtisch» zu leben, fühlen sich signifikant sicherer im öffentlichen Raum als Schweizer*innen, die angeben «eher ländlich» zu leben (eher ländlich: 82%, eher städtisch: 89%; CC=0.14). Befragte, die einer Stadt leben, geben signifikant häufiger an, sich sicherer als Bewohner*innen ländlicher Regionen zu fühlen (Stadt: 87%, Agglomeration: 83%, Land: 81%; CC=0.10).⁶ Interessant ist, dass dieser Effekt in einer Regression verschwindet, wenn man nach der gefühlten Wohngegend fragt (adjusted $r^2=0.08$). Wenn man zwar in einer Stadt wohnt, aber das Gefühl hat, man wohne ländlich, dann fühlt man sich an öffentlichen Orten mit vielen Leuten unsicherer. Deutschschweizer*innen haben ein grösseres Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum als Westschweizer*innen (D-CH: 85%, F-CH: 79%, Tessin: 80%; CC=0.10).

Weitere signifikante Unterschiede: Auch dieses Jahr zeigen sich zwischen den drei Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden starke und signifikante Korrelationen. Schweizer*innen, die sich im öffentlichen Raum sicher fühlen, zeigen auch eine signifikant weniger stark ausgeprägte Kriminalitätsfurcht ($\gamma=-0.53$). Etwas stärker ist die Korrelation zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und dem subjektiven Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ausgeprägt ($\gamma=0.60$). Wer ein hohes allgemeines Sicherheitsempfinden hat, der fühlt sich auch im öffentlichen Raum sicher. Da im Grunde genommen die drei Fragen das Sicherheitsgefühl in unterschiedlichen Situationen messen, erstaunt der starke und statistisch signifikante Zusammenhang zwischen den drei Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden nicht: Schweizer*innen, die sich nur im geringen Masse vor Kriminalität fürchten, fühlen sich sowohl im öffentlichen Raum als auch im Allgemeinen sicher.

6 Nach den Vorgaben des Bundesamtes für Statistik (Bfs) wurden die Wohnorte der Befragten nach «Räumen mit städtischem Charakter» basierend auf dem aktuellsten Bevölkerungstand (31.12.2017) in drei Kategorien eingeteilt: «Stadt» (Agglomerationsgemeinde Kernstadt und Agglomerationsgemeinde Hauptkern: 52%), «Agglomeration» (Agglomerationskerngemeinde, Agglomerationsgürtelgemeinde und mehrfach orientierte Gemeinde: 29%) und «Land» (Kergemeinde ausserhalb Agglomerationen und ländliche Gemeinden ohne städtischen Charakter: 19%; Schweizerische Eidgenossenschaft 2018). Gemäss den Daten der Studie «Sicherheit 2020» wohnen 46% der Befragten in einer «Stadt», 31% in der «Agglomeration» und 23% auf dem «Land». Die Verteilungen des Bfs und diejenige der Studie «Sicherheit 2020» sind statistisch betrachtet deckungsgleich.

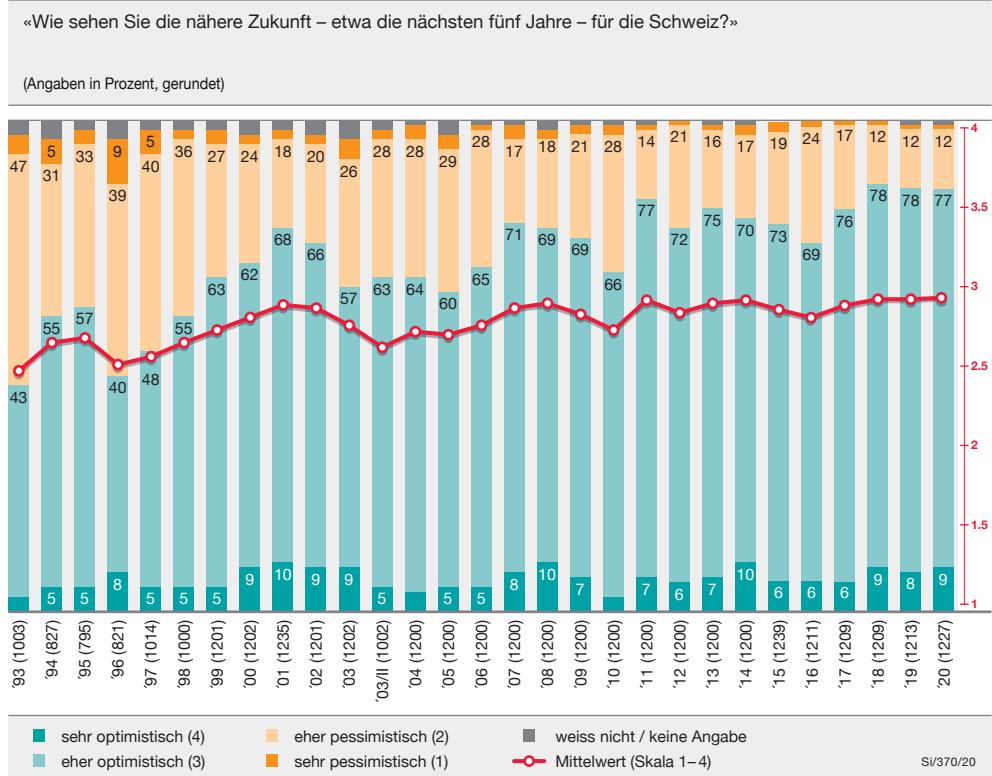
4.4 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Der seit 2018 anhaltend grosse Zukunftsoptimismus für die Schweiz setzt sich auch 2020 fort und bleibt im Mittel bei 3.0 (± 0.1) statistisch unverändert. Die Auswertung der offenen Frage zur Zukunftseinschätzung der Schweiz im Rahmen der letztjährigen Studie «Sicherheit 2019» zeigte, dass Befragte als Hauptgründe für ihren Schweiz-Optimismus die «gute Wirtschaftslage», das «grosse Vertrauen in Institutionen und Demokratie» und die «gute Sicherheitslage» angaben (Szvircsev Tresch et al. 2019, 94ff.).

Aktuell blicken 86% (± 0 Pp, siehe Abbildung 4.4) der Schweizer*innen der näheren Zukunft der Schweiz optimistisch entgegen. Dabei haben sich der Anteil «sehr» (9%, +1 Pp) als auch der Anteil «eher» optimistisch (77%, -1 Pp) statistisch nicht verändert. Insgesamt bewerten 13% (± 0 Pp) der Schweizer*innen die Zukunft der Schweiz pessimistisch, davon 12% (± 0 Pp) «eher» und 1% (± 0 Pp) «sehr» pessimistisch. 2019 begründete sich der Schweiz-Pessimismus durch die «Angst vor der Zunahme wirtschaftlicher Probleme», durch die «Migrationsproblematik» und dem «geringen Vertrauen in die Politik». Dies ergab die Auswertung der offenen Frage zu den Gründen der pessimistischen Zukunftseinschätzung für die Schweiz (Szvircsev Tresch et al. 2019, 98ff.). Da die Zukunftseinschätzung aktuell ähnlich wie im Vorjahr ausfällt, kann vermutet werden, dass die Gründe dieselben sein dürften. In wie weit es sich aber exakt um dieselben Gründe der 2019er Erhebung handelt, kann anhand der Daten nicht überprüft werden.

Im Langzeitrend zeigt sich, dass Befragte die Zukunft der Schweiz in den Jahren 2011, 2014, 2018, 2019 und 2020 im Mittel besonders optimistisch eingeschätzten. Zwischen 1996 und 2000 stieg der Zukunftsoptimismus kontinuierlich an, bis er 2001 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Danach ging der Zukunftsoptimismus leicht zurück, begann Mitte der Nuller-Jahre wieder anzusteigen und übertraf 2008 den Höchstwert aus dem Jahr 2001. 2009 und 2010 wurde erneut ein Rückgang registriert, der zeitlich mit dem Höhepunkt der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenfällt. Der 2016 signifikant gesunkene Zukunftsoptimismus reiht sich zeitlich in die russische Annexionierung der Krim, die Flüchtlingskrise und die erhöhte Terrorismusgefahr in Europa ein. 2017 stieg der Zukunftsoptimismus für die Schweiz wieder signifikant an und verharrt seit 2018 auf hohem Niveau. Im Allgemeinen ist feststellbar, dass die Zukunftseinschätzung in den Neunzigerjahren weniger optimistisch war als im 21. Jahrhundert. Über den ganzen Erhebungszeitraum zeigen sich bei der Entwicklung des Zukunftsoptimismus Ähnlichkeiten mit der Entwicklung des allgemeinen Sicherheitsempfindens. Das allgemeine Sicherheitsempfinden ist aber im Vergleich zur Zukunftseinschätzung weniger volatil und stabiler. Aktuell liegt der Wert des Zukunftsoptimismus für die Schweiz von 86% deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 72%.

*Abbildung 4.4
Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz*



Soziodemografische Einflüsse: Während sich 2019 signifikante Unterschiede beim Alter, beim Einkommen und dem Geschlecht zeigten, hat 2020 nur das Geschlecht einen leichten Einfluss auf die Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz. Männer sehen die Zukunft der Schweiz signifikant und überdurchschnittlich optimistischer als Frauen (Männer: 87%, Frauen: 85%; CC=0.13).

Weitere signifikante Unterschiede: Im Vergleich zum Vorjahr bleibt der Zusammenhang zwischen der Zukunftserwartung und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden etwas weniger stark bestehen ($\gamma=0.51$). Auch 2020 gilt jedoch: Wer an eine positive Entwicklung der Schweiz glaubt, fühlt sich tendenziell sicherer und umgekehrt. Zudem zeigt sich, dass Schweizer*innen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch bewerten, sich im öffentlichen Raum sicherer fühlen ($\gamma=0.41$) und weniger Angst vor Kriminalität haben ($\gamma=-0.36$).

4.5 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Schweizer*innen schätzen die weltpolitische Lage gleich kritisch wie im Vorjahr ein. 2019 begründete sich der Weltpessimismus in erste Linie durch die «Machtpolitik der Grossmächte USA, China und Russland», in «politischen Instabilitäten» und im «aufkommenen Nationalismus und Rechtspopulismus», wie die Auswertung der offenen Frage in der Studie «Sicherheit 2019» zeigte (Szvircsev Tresch et al. 2019, 169ff.). Der Anteil, der die weltpolitische Lage insgesamt als pessimistisch einschätzt, liegt statistisch unverändert bei 72% (–1 Pp; siehe Abbildung 4.5).⁷ Der aktuelle Wert liegt über dem jährlichen Durchschnitt (2015–2020) von 69%. Insgesamt geben 10% (+4 Pp) der Schweizer*innen an, die Entwicklung der weltpolitischen Lage als «sehr» und 62% (–5 Pp) als «eher» pessimistisch zu beurteilen. Rund ein Viertel der Befragten (27%, +1 Pp) beurteilt die weltpolitische Lage optimistisch, davon 1% (±0 Pp) «sehr» und 26% (+1 Pp) «eher» optimistisch. Der 2020 erreichte Wert liegt unter dem jährlichen Durchschnitt (2015–2020: 30%). Gemäss der Auswertung der offenen Frage begründete sich der Weltoptimismus 2019 durch «gemeinsames Handeln auf der internationalen Ebene», «dem Vertrauen in politische Führungskräfte» und der «Hoffnung auf baldige Regierungswchsel» (Szvircsev Tresch et al. 2019, 177ff.). Da auch die Entwicklung der weltpolitischen Lage aktuell gleich wie im Vorjahr eingeschätzt wird, wird vermutet, dass dies auf dieselben oder ähnliche Gründe wie 2019 zurück zu führen sein dürfte. Da hierzu 2020 keine offene Frage gestellt wurde, können Verschiebungen bei den Hauptgründen aber nicht ausgeschlossen werden.

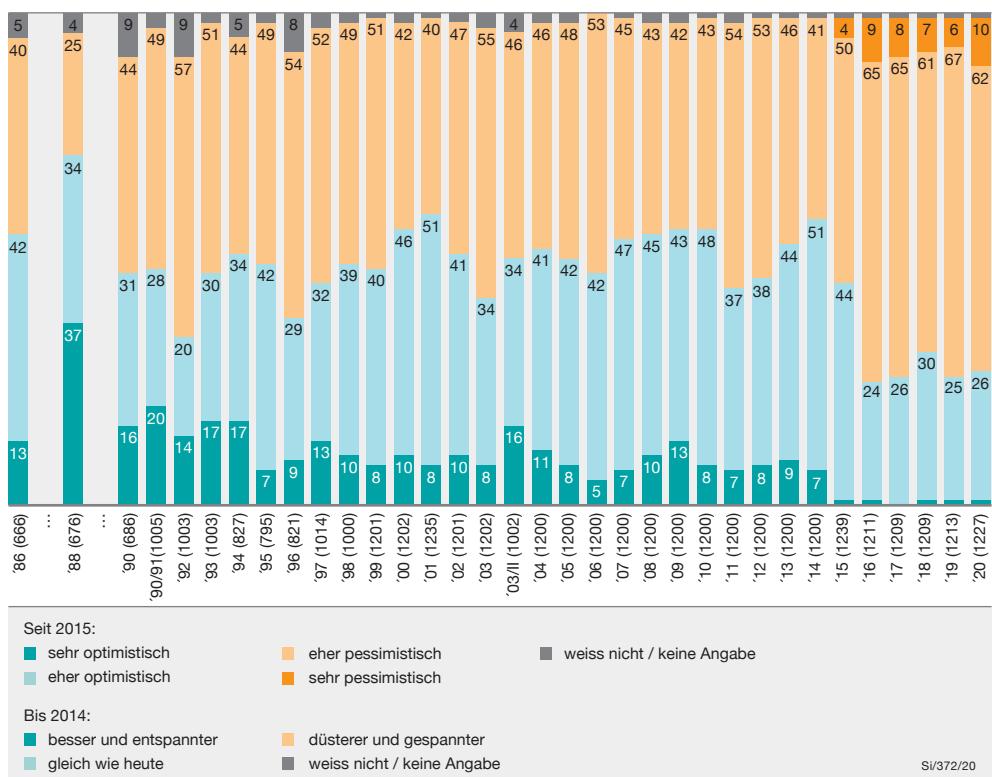
Abbildung 4.5

Subjekte Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage

«Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?»

Seit 2015: «Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren: sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage zeigt sich nur beim Geschlecht eine unterschiedliche Bewertung. Männer schätzen die Entwicklung der weltpolitischen Lage signifikant optimistischer ein als Frauen (Männer: 32%; Frauen: 23%; CC=0.10).

Weitere signifikante Unterschiede: Etwas stärker als im Vorjahr korreliert auch 2020 der nationale Optimismus mit der Einschätzung der weltpolitischen Lage ($\gamma=0.51$). Schweizer*innen, die die Entwicklung der weltpolitischen Lage optimistischer betrachten, bewerten auch die Zukunft der Schweiz optimistischer. Wer sich im Allgemeinen

($\gamma=0.32$) und im öffentlichen Raum sicher fühlt ($\gamma=0.21$) und sich nicht vor Kriminalität fürchtet ($\gamma=0.14$), der bewertet die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage optimistischer.

Fazit: Das allgemeine Sicherheitsempfinden der Schweizer*innen bleibt mit 95% unverändert und sehr hoch. Die Kriminalitätsfurcht ist gering, denn lediglich 9% der Schweizer*innen geben an, sich vor Kriminalität konkret zu fürchten. Das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und hoch. Nach wie vor fühlen sich vier von fünf Schweizer*innen im öffentlichen Raum sicher. Die Mehrheit der Schweizer*innen beurteilt die nähere Zukunft der Schweiz optimistisch. Sieben von zehn Schweizer*innen beurteilen die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage 2020 pessimistisch.

5 Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden¹

Vertrauen ist ein vielschichtiges Konzept. Was meinen wir, wenn wir einer Person sagen, dass wir ihr Vertrauen? Das Magazin (Das Magazin 2018) geht dieser Frage in einem Essay nach und stellt fest, dass ohne Vertrauen das moderne Leben nicht funktionieren kann. Jeden Tag verlassen wir uns darauf, dass sich die anderen Verkehrsteilnehmer*innen an die Regeln halten, der Zug pünktlich fährt und die behandelnden Ärzt*innen ihr Bestes geben. Vertrauen gibt uns eine gewisse Planungs- und Handlungssicherheit und ermöglicht uns, dass wir uns auf unsere Mitmenschen verlassen können. Grund dafür ist, dass wir bis zu einem gewissen Grad abschätzen können, wie unsere Mitmenschen handeln werden. Gemäss Luhmann dient das Vertrauen «einer Reduktion der Komplexität» (Luhmann 1968, 20). Vertrauen ist also gewissermassen eine Heuristik, die uns vereinfacht, Entscheidungen zu fällen, sobald wir in etwas oder eine Person Vertrauen gefasst haben. Wir verlassen uns auf unser Vertrauen, weil es sehr kostenintensiv wäre, wenn wir in jeder Alltagssituation gänzlich neu beurteilen müssten, wie sich andere wohl verhalten würden. Luhmann (Luhmann 1968) bezeichnet das Vertrauen aber als eine «riskante Vorleistung», da man nie wissen könnte, wie Andere reagieren und handeln werden. Ohne diese riskante Vorleistung wäre der menschliche Alltag sehr mühsam und beschwerlich. Vertrauen ist daher auch mit den Begriffen Sicherheit und Stabilität verbunden.

Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018c) ergründete im Herbst 2018 verschiedene Aspekte des Vertrauens und lieferte eine mit diversen Beispielen gespickte Übersicht zu dieser Thematik. Zuerst wurde die Frage gestellt, wie Vertrauen überhaupt entstehen kann. So wurde beispielsweise die Geschichte eines gesellschaftlich geächteten israelischen Militärdienstverweigerers, der einem Fotojournalisten Vertrauen schenkte und bei dessen Fotoserie erkennbar mitmachte, erzählt. Oder auch die Geschichte einer Journalistin, die sich das Vertrauen einer rechtsradikalen Widerstandsbewegung erarbeitete – und so Teil eines Jugendcamps sein konnte –, welche ansonsten sehr misstrauisch gegenüber Fremden ist (Neue Zürcher Zeitung 2018d). In beiden Fällen brauchten die Journalist*innen Zeit und wiederkehrende Interaktionen, um das Vertrauen ihrer Zielpersonen zu erlangen. Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018e) erzählt außerdem das Beispiel eines Schweizer Kampfjetpiloten, der das Vertrauen in seine Fähig-

1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

keiten nur langsam zurückgewinnen konnte, nachdem er mit einem Kampfflieger der Schweizer Luftwaffe abgestürzt war. Und wie er den Dienst zwei Jahre später quittierte, obwohl er mittlerweile wieder regelmässig flog. Grund für die Quittierung des Dienstes war der Flugzeugabsturz eines guten Freundes, welcher dabei ums Leben kam.

Vertrauen kann jedoch nicht nur in Einzelpersonen haben, sondern auch in Gruppen von Menschen, Organisationen und Institutionen. Beispielsweise in staatliche Organisationen, wie Regierungen, Parlamente, Parteien, in die Landeswährung oder in das Rechtssystem. Staatliche Institutionen basieren inhärent auf Beständigkeit und Vertrauen, was eine gewisse Handlungs- und Planungssicherheit gewährleistet. Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018f) schreibt dazu in einem Erfahrungsbericht aus Venezuela, wie die Hyperinflation das Vertrauen in die staatlichen Institutionen untergräbt und Venezolaner*innen sich dafür scheinbar gegenseitig wieder verstärkt vertrauen. Diese Beispiele zeigen, wie wertvoll Vertrauen in staatliche Institutionen ist und wie nachhaltig die Schädigung dessen sein kann. Im internationalen Vergleich zeigen sich dabei teils grosse Unterschiede zwischen dem allgemeinen Vertrauen in Menschen (Neue Zürcher Zeitung 2018g).

Dabei wird das Vertrauen durch verschiedene Faktoren beeinflusst. So sind in vielen Ländern die Korruption, mafiose Strukturen, schlecht funktionierende Justizsysteme und Bürgerkriege die Hauptgründe für das fehlende Vertrauen in staatliche Institutionen. Ein Grund für fehlendes Vertrauen kann auch ein fehlerhaftes Kommunikationsverhalten sein. Da den meisten Stimmbürger*innen die Zeit fehlt, sich grundlegend über Organisationen zu informieren, müssen sie sich auf deren Kommunikation verlassen. Die Theorie des öffentlichen Vertrauens argumentiert hier, dass eine kompetente, transparente und moralisch korrekte Kommunikation vertrauensfördernd wirken kann, das Gegenteil jedoch vertrauenshemmend ist (Bentele 1994).

Eine andere Sicht auf das Vertrauen in politische Institutionen besagt hingegen, dass das Vertrauen in Behörden und Institutionen nicht unabdingbar sei. Jede öffentliche Institution brauche stattdessen eine sorgfältige und aufmerksame Kontrolle von aussen. Das konsequente Einhalten von Gesetzen und die effiziente Erfüllung der Aufgaben bilden den besten Weg, um eine funktionierende Gesellschaft zu ermöglichen. Uneingeschränktes Vertrauen der Bürger*innen sei in dieser Hinsicht nicht förderlich (Budnik 2018). Man kann daher von einem ambivalenten Verhältnis zwischen Vertrauen und funktionierenden Institutionen ausgehen. Gerade in demokratischen Staaten beruht der Erfolg von Institutionen auf der Möglichkeit, sein Misstrauen zu äussern und unabhängige Untersuchungen einzufordern (Decker et al. 2019, 12)

Gleichwohl kann dies als Indikator für eine gut funktionierende und stabile Gesellschaft gewertet werden, wenn Bürger*innen ein hohes Vertrauen in Behörden und Institutionen

haben. Das Vertrauen in eine staatliche Institution, bzw. in eine Behörde, kann einerseits die Zufriedenheit, bzw. die Unzufriedenheit, mit der Leistung ausdrücken, andererseits die Akzeptanz und Legitimation dieser Institution für die Gesellschaft insgesamt aufzeigen. In der Regel werden kurzfristige Vertrauensschwankungen mit der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der erbrachten Leistungen in Zusammenhang gebracht. Längerfristige Veränderungen stehen dagegen mit der Legitimation der jeweiligen Behörde oder Institution in Zusammenhang. Während kurzfristige Vertrauensschwankungen zu einem gewissen Grad normal sind, deutet ein langfristig beobachteter Vertrauensverlust in eine staatliche Institution auf eine Legitimationskrise hin.

Als erstes wird in diesem Kapitel auf das spezifische Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in neun ausgewählte Institutionen und Behörden eingegangen. Danach wird das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheitsgefühl bzw. Zukunftsoptimismus analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen und Behörden wird seit 1995 regelmässig erhoben.² Zu den abgefragten Institutionen und Behörden gehören die Armee, der Bundesrat, das Eidgenössische Parlament, die Gerichte, die Medien, die politischen Parteien, die Polizei und die Schweizer Wirtschaft. Seit 2018 wird zusätzlich auch das Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die Wissenschaft erhoben. Das Vertrauen wird anhand einer Skala von 1 bis 10 erhoben, wobei 1 «überhaupt kein Vertrauen» und 10 «volles Vertrauen» bedeutet. In Tabelle 5.1 sind die gerundeten Mittelwerte in absteigender Rangfolge dargestellt. Beim Institutionen-Vertrauensindex wird die Wissenschaft nicht berücksichtigt.

Das Vertrauen in die regelmässig untersuchten Institutionen fällt im Jahr 2020 sehr hoch aus. Mit einem Wert von 6.7 (–0.1 im Vergleich zu 2019) schliesst auch das Jahr 2020 an die Serie der vergangenen Jahre an, welche sich durch ihr überdurchschnittlich hohes Vertrauen auszeichnen ($\bar{\varnothing}$ 2007–2020: 6.4, +0.3). Sämtliche befragte Institutionen und Behörden geniessen im Vergleich zum langjährigen Durschnitt ein höheres Vertrauen. Dies kann als Zeichen der hohen Legitimität, Stabilität und Zufriedenheit der zentralen politischen Institutionen in der Schweiz interpretiert werden.

*Tabelle 5.1**Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 2007 bis 2020**Institutionen-Vertrauensindex (VI): gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10**(1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)*

	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	SD 19/20	Δ	Δ	Ø	Δ
														VI 07-20	07-20/20				
Polizei	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	7.5	7.7	7.9	7.9	7.9	8.0	7.9	1.6	-0.1*	1.2	7.6	0.3
Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.6	7.7	1.6	+0.1	1.0	7.6	0.1
Gerichte allgemein	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	7.0	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	1.8	±0.0	0.7	7.1	0.3
Bundesrat	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	6.7	7.0	7.0	7.1	7.0	7.1	7.1	1.7	±0.0	0.4	6.7	0.4
CH-Wirtschaft	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.9	6.8	6.8	6.8	6.9	7.0	6.9	6.9	1.7	-0.1	0.2	6.7	0.2
Eidg. Parlament	6.1	6.3	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.4	6.7	6.8	1.7	+0.1	0.1	6.3	0.5
Armee	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	6.4	6.5	6.7	6.8	6.6	6.6	6.7	2.1	+0.1	0.0	6.4	0.3
Politische Parteien	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	5.4	5.3	5.3	5.5	5.4	5.6	5.4	1.8	-0.2*	-1.3	5.3	0.1
Medien	5.0	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	5.2	5.3	5.1	5.5	5.7	5.8	5.4	1.9	-0.4*	-1.3	5.2	0.2
VI	6.3	6.3	6.0	6.1	6.0	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	6.7	1.8	-0.1*	-	6.4	0.3

* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit

SD Standardabweichung

VI Institutionen-Vertrauensindex³ (Mittelwert des Vertrauens in alle Institutionen, ohne das Vertrauen in die Wissenschaft)

Δ Differenz

Ø Durchschnitt

In diesem Jahr verzeichnetet jedoch zum ersten Mal seit 2009 keine Institution einen signifikanten Vertrauengewinn. Während die meisten Institutionen stabile Werte aufweisen, ist das Vertrauen in die Medien (5.4, -0.4) signifikant und deutlich, und das Vertrauen in die politischen Parteien (5.4, -0.2) und in die Polizei (7.9, -0.1) leicht aber statistisch signifikant gesunken. Es scheint, dass mit den Höchstwerten der vergangenen Jahre eine Obergrenze des Vertrauens erreicht worden ist, die für die einzelnen Institutionen nicht so leicht zu durchbrechen ist. Dies könnte Ausdruck des bereits erwähnten ambivalenten Verhältnisses zwischen Vertrauen und Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen sein. Die Gesellschaft kann nicht uneingeschränktes und «blides» Vertrauen äussern, sondern ist auf ein gesundes Mass an Kontrolle und Aufsicht der Behörden angewiesen.

Worauf der festgestellte Vertrauensrückgang in die Polizei, die politischen Parteien und insbesondere in die Medien zurückzuführen ist, kann hier nicht geklärt werden. Festzuhalten ist, dass es sich bei allen drei Institutionen – trotz des Rückgangs – nach wie vor um hohe Werte handelt, wie der Vergleich der Daten im Längsschnitt zeigt.

Die Rangfolge gemessen am jeweiligen Vertrauens-Mittelwert in die Institutionen bleibt 2020 nahezu unverändert, ausser dass die Medien neu vor den politischen Parteien den letzten Platz des Indexes belegen. Das höchste Vertrauen der politischen Institutionen und Behörden geniesst nach wie vor die Polizei (7.9, -1), gefolgt von den Gerich-

ten (7.4, ±0.0). Anschliessend platzieren sich der Bundesrat (7.1, ±0.0), die Schweizer Wirtschaft (6.9, -1) und das Eidgenössische Parlament (6.8, +1) nahe beieinander. Mit 6.7 (+0.1) Punkten entspricht das Vertrauen in die Armee genau dem Durchschnitt des Institutionen-Vertrauensindex (6.7). Deutlich tiefer ist das Vertrauen in die Medien (5.4, -0.4) und in die politischen Parteien (5.4, -0.2), welche sich seit langem jeweils die letzten Plätze teilen. Im Vergleich zum Vorjahr ist auch das Gesamt-Vertrauen (-0.1) statistisch signifikant gesunken.

Bereits zum dritten Jahr in Folge wird das Vertrauen in die Wissenschaft erhoben. Für den Fortbestand einer Gesellschaft ist die Wissenschaft essentiell, da durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse Innovationen in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen generiert werden können. Im Idealfall stehen Wissenschaftler*innen als Expert*innen zur Verfügung und vertreten eine von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen unabhängige Position. Inwiefern sprechen Schweizer*innen der Wissenschaft diese Rolle zu?

Mit einem Wert von 7.7 (+0.1) erreicht die Wissenschaft einen ausgesprochen hohen Vertrauenswert. Der Wert entspricht denjenigen der beiden Vorjahre, was von einer stabilen und vertrauensvollen Haltung in der Bevölkerung zeugt. Der zweite Platz auf der Vertrauensrangliste – hinter der Polizei und vor den Gerichten – kann als Ausdruck davon betrachtet werden, dass die Wissenschaft nach wie vor als unabhängige, seriöse gesellschaftliche Institution wahrgenommen wird. Da keine Definition vorgegeben wurde, kann hier nicht bestimmt werden, inwieweit die befragten Schweizer*innen beim allgemeinen Begriff «Wissenschaft» eher an Natur- oder Sozial- und Geisteswissenschaften gedacht haben.⁴ Das Institut für «Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich» hat 2019 in Zusammenarbeit mit dem Institut für «Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster» eine Studie zum Vertrauen in die Wissenschaft publiziert. Auch im Rahmen dieser Studie wurde den Befragten keine Wissenschafts-Definition vorgegeben (WissensCHAftsbarometer Schweiz 2019). Gemäss dieser Studie vertrauen 56% der Bevölkerung der Wissenschaft im Allgemeinen, während 37% unentschlossen sind. Lediglich 6% der Befragten misstrauen der Wissenschaft (WissensCHAftsbarometer Schweiz 2019, 20).⁵ Die aufgeführten Befunde

⁴ Verschiedene Studien zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft je nach Thema stark variiert. In Deutschland geniesst beispielsweise die «Forschung zu erneuerbaren Energien» (53%) deutlich mehr Anerkennung als diejenige zur «Gentechnik» (17%) (Wissenschaft im Dialog/TNS Emnid 2016). Das Vertrauen in die Wissenschaft unterscheidet sich auch in Abhängigkeit von der Forschungsorganisation, wobei Wissenschaftler*innen an Universitäten (56%) mehr Vertrauen entgegengebracht wird als Wissenschaftler*innen aus der Industrie und Wirtschaft (30%) (Wissenschaft im Dialog/Kantar Emnid 2019).

⁵ Die Daten des WissensCHAftsbarometer 2019 wurden zwischen dem 17. Juni 2019 und dem 20. Juli 2019 mittels Computer Assisted Telephone Interviewing (CATI-)Methode telefonisch erhoben. Die Stichprobe umfasst N=1050 und die Grundgesamtheit ist die sprachassimilierte Wohnbevölkerung der Schweiz (Deutsch/Französisch/Italienisch) ab 15 Jahren in Privathaushalten.

legen nahe, dass die Wissenschaft im Allgemeinen in der Schweizer Wohn- und Stimmbevölkerung grosses Ansehen geniesst.

Betrachtet man zudem in Tabelle 5.1 die Kolonne mit der Standardabweichung (SD) zeigt sich, dass das Vertrauen in die Armee am stärksten polarisiert, während bezüglich des Vertrauens in die Polizei und in die Wissenschaft am meisten Einigkeit herrscht. Diese Befunde stimmen mit den Resultaten aus den vergangenen Jahren überein.

Es ist anzunehmen, dass eigene Erfahrungen das Vertrauen in Behörden und öffentliche Institutionen beeinflussen. So könnte das Vertrauen höher ausfallen, wenn man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation als stärker legitimiert betrachtet (vgl. Luhmann 1968). Die wahrgenommene Legitimation einer Institution kann je nach Geschlecht, Sprachregion, Alter, politischer Einstellung, Bildungsgrad und Einkommen variieren. Tabelle 5.2 veranschaulicht die Korrelationen zwischen dem Vertrauen in Institutionen und Behörden und den soziodemografischen Merkmalen.

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen im Jahr 2020

2020

Zusammenhangsmass/ Koeffizient	Polizei	Gerichte	Bundesrat	CH-Wirtschaft	Eidg. Parlament	Armee	Politische Parteien	Medien	Wissenschaft
Weiblich	CC			–					
Deutschschweiz	CC	+				+			
Je älter	γ	–			–	+			
Je höher gebildet	γ	+				–			+
Je politisch rechter	γ	+		+		+++			
Je höher das Einkommen	γ								
In der Stadt wohnend	CC							+	
Als städtisch empfundener Wohnort	CC							+	

+ und – schwache, positive oder negative Korrelation: $|y|$ oder $|CC|=0.1 - <0.2$

++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: $|y|$ oder $|CC|=0.2 - <0.3$

+++ und --- mittlere, positive oder negative Korrelation: $|y|$ oder $|CC|=0.3 - 0.4$

Soziodemografische Einflüsse: Das Vertrauen in die Polizei ist unabhängig vom soziodemografischen Hintergrund einer Person sehr hoch. Allerdings sprechen Personen aus dem rechten politischen Lager der Polizei vergleichsweise am meisten Vertrauen aus (links:

7.68, Mitte: 7.90, rechts: 7.99; $\gamma=0.11$)⁶. Dieser Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung und dem Vertrauen in die Polizei ist im langjährigen Vergleich sehr konstant. Im aktuellen Jahr zeigt sich beim Vertrauen in die Polizei zudem ein Alterseffekt, wobei es sich hier nicht um einen linearen Zusammenhang handelt. Die Personen aus der jüngsten Altersgruppe vertrauen der Polizei weniger als 30–59-Jährige und Personen ab 60-Jahren (18–29-Jährige: 7.47, 30–59-Jährige: 7.95, ab 60-Jährige: 7.90; CC=0.22).

Das Vertrauen in die Wissenschaft wird am stärksten durch das Bildungsniveau einer Person beeinflusst. Mit steigender Bildung steigt auch das Vertrauen in die Wissenschaft (tief: 7.12, mittel: 7.48, hoch: 7.89; $\gamma=0.23$). Dieser Einfluss zeigt sich seit 2018, als das Vertrauen in die Wissenschaft das erste Mal in der Studienreihe «Sicherheit» erhoben wurde. Unabhängig vom Bildungshintergrund einer Person hat auch die Wohnumgebung⁷ einen Einfluss auf das Vertrauen in die Wissenschaft. Personen in städtischen Wohnregionen vertrauen der Wissenschaft stärker als Personen in der Agglomeration oder auf dem Land (Land: 7.39, Agglomeration: 7.51, Stadt: 7.86; CC=0.17).

Das Vertrauen in die Gerichte unterscheidet sich regelmässig aufgrund der Bildung und des Alters einer Person. Personen mit einer hohen Bildung vertrauen den Gerichten am stärksten (tief: 7.00, mittel: 7.21, hoch: 7.56; $\gamma=0.14$). Personen ab 60 Jahren vertrauen den Gerichten dagegen weniger stark (18–29-Jährige: 7.58, 30–59-Jährige: 7.50, ab 60-Jährige: 7.05; $\gamma=-0.16$). Darüber hinaus zeigt sich in diesem Jahr, dass das Vertrauen in die Gerichte in der Westschweiz tiefer liegt als in den anderen Regionen (D-CH: 7.46, F-CH: 7.01, Tessin: 7.39; CC=0.15).

Beim Vertrauen in den Bundesrat besteht grosser Konsens zwischen den einzelnen soziodemografischen Gruppen. Auch der langjährige Effekt, dass Personen mit zunehmender Bildung dem Bundesrat mehr vertrauen, zeigt sich in diesem Jahr nicht.

Der Schweizer Wirtschaft wird am meisten vertraut, je politisch rechter eine Person ausgerichtet ist (links: 6.51, Mitte: 6.98, rechts: 7.13; $\gamma=0.18$). Zudem hat das Geschlecht einen Einfluss auf das Vertrauen in die Wirtschaft, wobei Frauen angeben, dass sie der

6 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

7 Nach den Vorgaben des Bundesamtes für Statistik (Bfs) wurden die Wohnorte der Befragten nach «Räumen mit städtischem Charakter» basierend auf dem aktuellsten Bevölkerungstand (31.12.2017) in drei Kategorien eingeteilt: «Stadt» (Agglomerationsgemeinde Kernstadt und Agglomerationsgemeinde Hauptkern: 52%), «Agglomeration» (Agglomerationskerngemeinde, Agglomerationsgürtelgemeinde und mehrfach orientierte Gemeinde: 29%) und «Land» (Kergemeinde ausserhalb Agglomerationen und ländliche Gemeinden ohne städtischen Charakter: 19%; Schweizerische Eidgenossenschaft 2018). Gemäss den Daten der Studie «Sicherheit 2020» geben 46% der Befragten an, in der «Stadt», 31% in der «Agglomeration» und 23% auf dem «Land» zu leben. Die Verteilungen des Bfs und diejenige der Studie «Sicherheit 2020» sind statistisch betrachtet deckungsgleich.

Wirtschaft weniger vertrauen als Männer (Frauen: 6.71, Männer: 7.04; CC=0.14). Diese Unterschiede bei der politischen Orientierung und beim Geschlecht hinsichtlich des Vertrauens in die Wirtschaft zeigten sich wiederholt in den vergangenen Jahren.

In das Eidgenössische Parlament in Bern haben insbesondere junge Schweizer*innen ein hohes Vertrauen (18–29-Jährige: 7.00, 30–59-Jährige: 6.75, ab 60-Jährige: 6.64; $\gamma=0.10$).

Das Vertrauen in die Armee wird massgebend durch die politische Orientierung einer Person bestimmt. Je weiter rechts sich jemand positioniert, desto eher vertraut man der Armee (links: 5.81, Mitte: 6.87, rechts: 7.25; $\gamma=0.33$). Dieser starke Einfluss der politischen Orientierung auf das Vertrauen in die Armee erweist sich über die gesamte Messreihe hinweg als sehr stabil. Ebenfalls äusserst konstant ist der Einfluss der Bildung auf das in die Armee entgegengeschobene Vertrauen. Mit steigender Bildung sinkt das Vertrauensausmass einer Person in die Armee (tief: 6.97, mittel: 6.78, hoch: 6.47; $\gamma=-0.11$). Der Einfluss des Alters auf das Vertrauen in die Armee hat sich im langjährigen Vergleich deutlich verringert. Zwar zeigt sich nach wie vor, dass mit steigendem Alter das Vertrauen in die Armee zunimmt (18–29-Jährige: 6.30, 30–59-Jährige: 6.63, ab 60-Jährige: 6.86; $\gamma=0.10$), allerdings verschwinden diese Unterschiede im Gegensatz zu früher, wenn man die politische Orientierung einer Person berücksichtigt.

Während beim Vertrauen in die politischen Parteien im langjährigen Schnitt keine Unterschiede aufgrund der soziodemografischen Zugehörigkeit zu erkennen sind, haben in diesem Jahr Befragte in der Deutschschweiz ein leicht höheres Vertrauen als die anderen Sprachregionen (D-CH: 5.52, F-CH: 5.05, Tessin: 5.31; CC=0.15).

Das Vertrauen in die Medien unterscheidet sich in Abhängigkeit davon, ob eine Person angibt «eher städtisch» oder «eher ländlich» zu wohnen. In «eher ländlich» empfundenen Wohngegenden wird den Medien weniger stark vertraut («eher ländlich»: 5.18, «eher städtisch»: 5.76; CC=0.15). Ansonsten zeigen sich bezüglich des Vertrauens in die Medien nur geringe Einflüsse beim Alter und der politischen Orientierung. Je älter und je weiter links eine Person ist, desto stärker ist das Vertrauen in die Medien. Doch gerade bei Personen ab 60 Jahren und Personen des politisch linken Spektrums ist das Vertrauen in die Medien im Vergleich zum Vorjahr besonders deutlich gesunken.

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus

In hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften wie der Schweiz ist Vertrauen eine wichtige sicherheitsstiftende Funktion. In dem Masse, in welchem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich dabei

als ein Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtigmachen» werden. Es kann angenommen werden, dass ein Zusammenhang zwischen einer optimistischen Zukunftserwartung für die Schweiz bzw. dem Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in Institutionen besteht. Somit stellt sich die Frage, wie eng das Vertrauen in Institutionen und das Sicherheitsgefühl bzw. die Zuversicht für die Schweiz miteinander verknüpft sind.

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten der signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die erfassten Institutionen und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden, bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz dargestellt. Ein positiver Wert bedeutet, dass Befragte, die einer Institution vertrauen, sich sicherer fühlen bzw. optimistischer in die Zukunft der Schweiz blicken. Aktuell weisen die Korrelationsmasse aller Institutionen und Behörden auf positive Zusammenhänge hin.

Tabelle 5.3

Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. nationalem Optimismus 2020

	Allgemeines Sicherheitsgefühl γ 2020	Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz γ 2020
Polizei	0.26	0.29
Gerichte allgemein	0.30	0.32
Bundesrat	0.32	0.42
Schweizer Wirtschaft	0.25	0.38
Eidg. Parlament	0.26	0.39
Armee	0.11	0.15
Politische Parteien	0.23	0.31
Medien	0.18	0.23
Wissenschaft	0.26	0.26

Das allgemeine Sicherheitsempfinden steht regelmässig in deutlichem Zusammenhang mit dem Vertrauen in die öffentlichen Institutionen. Wer den öffentlichen Institutionen mehr vertraut, fühlt sich im Allgemeinen sicherer, bzw. wer sich im Allgemeinen sicherer fühlt, vertraut auch stärker den Institutionen.

Im Jahr 2020 steht das Vertrauen in den Bundesrat und in die Gerichte am stärksten in Beziehung zum allgemeinen Sicherheitsgefühl. Wer zudem ein hohes Vertrauen in die Polizei hat, fühlt sich ebenfalls im Allgemeinen sicherer. Ebenso fühlen sich Schweizer*innen, die dem Eidgenössischem Parlament, der Wissenschaft oder der Schweizer Wirtschaft stärker vertrauen, sicherer. Weniger ausgeprägt ist hingegen der Zusammenhang zwischen allgemeinem Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Medien sowie dem Vertrauen in die Armee. Letzterer Zusammenhang ist am schwächsten ausgeprägt.

Das Vertrauen in die Behörden und Institutionen steht insbesondere auch in Zusammenhang damit, wie eine Person die nähere Zukunft der Schweiz einschätzt. Dies gilt besonders ausgeprägt für das Vertrauen in den Bundesrat, in die Schweizer Wirtschaft sowie ins Eidgenössische Parlament, bei dem ein stärkeres Vertrauen mit einer positiveren Einschätzung der Zukunft einhergeht. Diese Aussage gilt allgemein für die übrigen hier untersuchten gesellschaftlichen Institutionen. Der Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Armee und Optimismus bezüglich der Zukunft der Schweiz ist jedoch vergleichsweise schwach ausgeprägt.

Diese Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden sowie dem Zukunftsoptimismus bleiben auch in einer multiplen Regression unter Kontrolle der soziodemografischen Merkmale Alter, politische Einstellung, Geschlecht, Sprachregion, Bildungsniveau und Einkommen bestehen.

Fazit: Das Vertrauen in die zentralen Institutionen der Gesellschaft ist in der Schweiz nach wie vor hoch. Allerdings wurde in diesem Jahr das erste Mal seit 2009 für keine der neun Institutionen ein Vertrauenszuwachs verzeichnet. Dies lässt möglicherweise darauf schliessen, dass mit dem aktuell hohen Vertrauensniveau eine Obergrenze für die einzelnen Institutionen erreicht sein könnte. Nach wie vor sprechen Stimmbürger*innen der Polizei, der Wissenschaft und den Gerichten am meisten Vertrauen aus. Auch dem Bundesrat wird überdurchschnittlich stark vertraut, während die Schweizer Wirtschaft, das Eidgenössische Parlament und die Armee in der Mitte der Vertrauensrangliste liegen. Am wenigsten wird den politischen Parteien und den Medien vertraut. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Vertrauen in die Medien, in die politischen Parteien als auch jenes in die Polizei statistisch signifikant gesunken. Aufgrund dieser Vertrauens-Rückgänge hat auch das Gesamt-Vertrauen 2020 signifikant abgenommen. Obwohl gewisse Unterschiede beim Vertrauen in die Institutionen aufgrund soziodemografischer Merkmale bestehen, sind keine bedeutenden Gräben in der Gesellschaft festzustellen. Vielmehr zeigt sich, dass die öffentlichen Institutionen in der Schweiz zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl und zu einer optimistischen Zukunftsaussicht beitragen.

Die Trendstudie: «CS Sorgenbarometer 2019»

Seit 1977 untersucht der «Credit Suisse Sorgenbarometer» jedes Jahr die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung. Für den «Sorgenbarometer 2019» wurden 2495 Stimmberechtigte über verschiedene Kanäle (Mixed-Mode-Ansatz) befragt: 500 Personen Face-to-Face, 534 aus dem gfs-Panel und 1461 durch freie Online-Rekrutierung über Social Media. Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 10. Juli 2019 und dem 05. August 2019 in der ganzen Schweiz. Die Daten wurden nach soziodemografischen (Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) und methodischen Kriterien gewichtet.

Die Sorgenwahrnehmung der Schweizer*innen sowie die Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Schweiz gehören zu den Kernthemen des «CS Sorgenbarometers». Dazu gehört auch die Messung des Vertrauens in die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Medien. Die befragten Stimmbürger*innen können ihr Vertrauen auf einer Skala von 1 («kein Vertrauen») bis 7 («grosses Vertrauen») angeben.

Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2019» deuten auf einen regelrechten «Vertrauenschwund» hin, mit markanten Vertrauensverlusten gegenüber dem Vorjahr bei nahezu allen abgefragten Akteuren. Einzig die Polizei hat leicht dazugewonnen und geniesst neu am meisten Vertrauen. 72% (+2 Pp) der Befragten geben an, der Polizei zu vertrauen (Antwortoptionen 5–7 auf der Skala). Als nächstes folgt das Bundesgericht mit 66% (−4 Pp) Vertrauensanteilen sowie die Schweizer Nationalbank (SNB) mit 58% (−5 Pp). Sowohl der Bundesrat (−11 Pp) als auch die Armee (−13 Pp) geniessen das Vertrauen von jeweils 50% der Befragten. In das Parlament wir mit 44% (Ständerat, −14 Pp) und 40% (Nationalrat, −16 Pp) vertraut. Die Akteure der Wirtschaft belegen mit 39% (Arbeitnehmerverbände, −20 Pp), 34% (Banken, −18 Pp) und 21% (Arbeitgeberverbände, −23 Pp) die Positionen in der unteren Mitte. Bei den Medien differenziert sich das Vertrauen deutlich. So erlangen Radio und Fernsehen mit 46% (−4 Pp) respektive 44% (−1 Pp) vergleichsweise hohe Werte, während den Gratiszeitungen lediglich 16% (−17 Pp) ihr Vertrauen aussprechen. Ähnlich tief ist mit 17% (−22 Pp) das Vertrauen in die politischen Parteien. Insgesamt zeigt sich, dass staatlichen Behörden (Polizei, Bundesgericht) am stärksten vertraut wird, gefolgt von der Politik (Bundesrat, Parlament) und der Armee – mit etwas Abstand – von der Wirtschaft und den Medien. Die politischen Parteien belegen den letzten Rang.

gfs.bern (2019a). Credit Suisse Sorgenbarometer 2019. *Altersvorsorge weiterhin Top-Sorge, Vertrauen in Institutionen ist deutlich gesunken*. Bern, Dezember 2019.

«European Social Survey 2018» – Runde 9

Der European Social Survey» (ESS) ist eine europaweit durchgeführte Meinungsumfrage zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themen. Die 9. Befragungsrounde fand in der Schweiz vom 01. September 2018 bis zum 11. Februar 2019 statt. Die Daten wurden mittels Computer Assisted Personal Interview (CAPI-)Verfahren erhoben und beziehen sich auf die gesamte Bevölkerung der Schweiz ab dem 15. Lebensjahr. In der folgenden Auswertung sind jedoch nur die in der Schweiz stimm- und wahlberechtigten Personen berücksichtigt (N=1183).

Der ESS erhebt das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen auf einer Skala von 0 («überhaupt kein Vertrauen») bis 10 («volles Vertrauen»). An erster Stelle steht die Polizei mit einem Wert von 7.3, gefolgt von der Justiz (6.7) und dem Parlament (6.3). Das Vertrauen in Politiker*innen (5.3) und in die politischen Parteien (5.2) ist deutlich tiefer. Außerdem wurde anhand einer 10er-Skala die Zufriedenheit (1 = «völlig unzufrieden», 10 = «vollkommen zufrieden») mit dem Bundesrat sowie die Zufriedenheit mit der Schweizer Wirtschaft gemessen. Mit 7.3 zeigen sich Schweizer*innen sehr zufrieden mit der Schweizer Wirtschaft. Der Bundesrat erreicht 6.6 Punkte. Im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 2016 sind die Werte sehr stabil geblieben. Einzig die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz ist um 0.4 Punkte gestiegen.

European Social Survey (2018). Runde 9. *Daten für die Schweiz*. 29.01.2020. https://www.europeansocial-survey.org/data/country_index.html

Die VOTO-Studien

Seit 1977 werden jeweils direkt nach jeder eidgenössischen Volksabstimmung die Motive der Stimmbürger*innen für die Annahme oder Ablehnung der einzelnen politischen Abstimmungsvorlagen durch bevölkerungsrepräsentative Befragungen erhoben. Neben den Motiven wird auch das Vertrauen in ausgewählte Institutionen gemessen. Diese Wahl- und Abstimmungsnachbefragungen waren in der Vergangenheit als Vox-Analysen bekannt. Seit 2016 wird dieses Projekt unter dem Namen VOTO geführt und veröffentlicht. Es werden jeweils knapp 1500 Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz telefonisch befragt. Für die hier dargestellte Übersicht wurden die Daten zu den zwei Abstimmungsterminen ausgewertet, die 2019 stattgefunden haben. Dies sind die Abstimmungen vom 10. Februar 2019 (N=1517) und 19. Mai 2019 (N=1519). Anhand der Daten der beiden Befragungen wurden hierfür die durchschnittlichen Vertrauenswerte für jede Institution berechnet.

Dabei können Befragte ihr Vertrauen auf einer Skala von 0 («überhaupt nicht vertrauen») bis 10 («vollständig vertrauen») angeben. Mit einem Wert von 7.0 auf dieser Skala erzielt der Bundesrat das meiste Vertrauen. Das Vertrauen in die Wirtschaft und in das Parlament wird jeweils mit 6.6 bewertet. Die politischen Parteien erreichen ein Vertrauen von 5.3, während die Medien mit einem Wert von 5.0 den letzten Platz belegen. Im Vergleich zu den Messungen im Jahr 2018 zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen beim Vertrauen.

Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 19. Mai 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Bernhard, L., Lauener, L. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Der «CS Sorgenbarometer 2019», der European Social Survey 2018, die beiden VOTO-Studien 2019 und die Studie «Sicherheit 2020» im Vergleich

Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» zeigen, dass das Gesamtvertrauen in alle erfragten Behörden und Institutionen nach wie vor hoch ist. Die Polizei und die Justiz (Gerichte) rangieren an oberster Stelle, gefolgt vom Bundesrat und von der Schweizer Wirtschaft. Das Eidgenössische Parlament und die Armee besetzen die Mittpositionen. Die letzten beiden Plätzen teilen sich die politischen Parteien und die Medien.

Diese Rangordnung des Vertrauensindexes der Studie «Sicherheit 2020» findet sich in ähnlicher Art und Weise auch im «CS Sorgenbarometer 2019». Bei beiden Erhebungen besetzen die Polizei und die Gerichte jeweils die oberen Vertrauenspositionen und die Medien als auch die politischen Parteien liegen am unteren Ende des Vertrauens-Indexes. In beiden Studien geniesst der Bundesrat ein leicht überdurchschnittliches Vertrauen, während das Parlament und die Armee durchschnittliche Werte verzeichnen. Als grösseren Unterschied zwischen den Studien zeigt sich, dass im «CS Sorgenbarometer 2019» den einzelnen Wirtschaftsakteuren ein vergleichsweise geringes Vertrauen entgegengebracht wird, während in der Studie «Sicherheit 2020» die Wirtschaft ein leicht überdurchschnittliches Vertrauen erzielt. Im Gegensatz zu den Befunden aus dem «CS Sorgenbarometer 2019» zeigt sich in der Studie «Sicherheit 2020» kein genereller Vertrauensverlust bei den abgefragten Institutionen. Allerdings hat auch keine Institution gegenüber dem Vorjahr an Vertrauen zugelegt.

Die Daten des «European Social Surveys 2018» sind ebenfalls konsistent mit den Befunden der Studie «Sicherheit 2020». Auch hier belegen die Polizei und die Justiz mit Abstand die ersten beiden Vertrauensplätze. Das Parlament liegt nahe am Gesamt-Mittelwert, während die Politiker*innen und die politischen Parteien deutlich darunterliegen. Gefragt nach der Zufriedenheit mit dem Bundesrat und mit der Wirtschaft zeigt sich im «European Social Survey 2018» hingegen, dass die Zufriedenheit mit der Wirtschaft höher ist als die Zufriedenheit mit dem Bundesrat.

Die VOTO-Studien zeigen ebenfalls ein ähnliches Bild wie die Studie «Sicherheit 2020» bezüglich des Vertrauens in Schweizer Institutionen. Der Bundesrat geniesst das höchste Vertrauen der abgefragten Institutionen, gefolgt von der Schweizer Wirtschaft und dem Eidgenössischen Parlament. Die letzten Plätze belegen die politischen Parteien und die Medien.

Abweichungen zwischen den hier beschriebenen vier Erhebungen können unter anderem auf die unterschiedliche Erhebungsart und Zeitpunkte, die Erhebungsskalen und/oder auf die Anzahl erhobener Institutionen zurückgeführt werden. Generell zeigt sich in den vier verschiedenen Befragungen eine relativ konsistente Rangordnung des Vertrauens für die zentralen Institutionen der Schweiz.

6 Neutralität¹

Die Neutralität ist ein zentraler Bestandteil der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Aus einer neorealistischen Sichtweise ist die Neutralität eines Kleinstaates ein rationales Mittel, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten (Jesse 2006). Im Liberalismus werden hingegen die Wichtigkeit von innerstaatlichen Akteuren und die Wohlstandsmaximierung als Ziele der Staaten angesehen (Schimmelfennig 2015) – die Neutralität hat aus dieser Perspektive eine weniger klar definierte Bedeutung. Wie die Resultate des nächsten Kapitels zeigen, ist die Einstellung der Schweizer*innen zur Aussenpolitik von einer gewissen Widersprüchlichkeit geprägt: Einerseits will man den internationalen Handel verstärken und die daraus resultierenden Wohlstandsgewinne einfahren. Gleichzeitig ist der Wunsch nach politischer Autonomie stark ausgeprägt und verunmöglicht internationale Kooperation mit gewissen internationalen Organisationen (vgl. Kapitel 7).

Aus diesen Gründen ist die Neutralität ein Kernthema der Studienreihe «Sicherheit». Die Zustimmung zum Prinzip der Neutralität hat einen Einfluss auf die Befürwortung von möglichen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsformen der Schweiz. In Abhängigkeit davon, wie weit der Neutralitätsbegriff gefasst wird, ändert sich die Einstellung darüber, was das ideale Mass an politischer Öffnung für die Schweiz ist. So kommt ein Beitritt zur Europäischen Union (EU) oder zum Nordatlantikpakt (Nato) beispielsweise eher für Personen in Frage, welche der Neutralität einen geringeren Wert beimesse. Wer hingegen eine umfassendere Neutralität fordert, wird politische Zusammenschlüsse oder Bündnisse mit dem Ausland stärker ablehnen (siehe Abbildung 6.1).

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Schweizer Neutralität erläutert. Anschliessend wird die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip, zur spezifischen Ausgestaltungsform der differenziellen Neutralität (militärisch neutral bleiben und Wirtschaftssanktionen mittragen) sowie der de-facto-Aufgabe der Neutralität (bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen) beschrieben. Der dritte Abschnitt befasst sich mit der Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber den verschiedenen Funktionen (Solidaritäts- und Identitätsfunktion und sicherheitspolitische Funktion), welche die Neutralität innehaben kann. Anschliessend wird behandelt, inwieweit die Neutralität die politischen Entscheide der Eidgenossenschaft beeinflusst und ob sie nicht eher als ein Wert an sich

1 Die Neutralität wurde während der Schreibphase der Studie «Sicherheit 2020» vermehrt in den Medien erwähnt. Durch die sogenannte Crypto-Affäre rückte das Verständnis und die Auslegung der Schweizer Neutralität verstärkt in den Fokus. Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

wahrgenommen wird oder ob die Neutralität als ein Hindernis der Schweizer Aussenpolitik gesehen wird. Im letzten Teil dieses Kapitels werden Befragte in die vier Gruppen (Cluster) «Neutralitätsdissonante», «Neutralitätspragmatiker», «Neutralitätstraditionalisten» und «Neutralitätkritiker» eingeteilt. Die vier Cluster bringen typische Haltungen gegenüber der Neutralität der Schweizer*innen zum Ausdruck.

6.1 Die Schweizer Neutralität

Die Neutralität der Schweiz definiert sich über ihren Rechtsstatus, welcher die militärische Nicht-Beteiligung an bewaffneten Konflikten zwischen Drittstaaten beinhaltet. Dieser Verzicht kann immerwährend oder zeitlich begrenzt sein (Schweizerische Eidgenossenschaft 2009, 25). Der Kerngedanke der Neutralität bezieht sich somit auf die Haltung der Schweiz gegenüber militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten (Goetschel 2007). Die schweizerische Neutralität zeichnet sich durch drei Merkmale aus: *Sie ist selbstgewählt, immerwährend (mit der Option des freien Verzichtes) und bewaffnet* (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 2).

Die Schöpfer der Bundesverfassung von 1848 betrachteten die Neutralität als ein Instrument zur Wahrung der Unabhängigkeit, weshalb sie nicht in den Zweckartikel der Bundesverfassung aufgenommen wurde. Vielmehr sind der Bundesrat und die Bundesversammlung dafür zuständig, dass die Neutralität von der Schweiz international eingehalten und respektiert wird (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, II). Bei der Anerkennung der Schweizer Neutralität durch den Wiener Kongress 1815 wurde die Neutralität auch als Dienst an der Völkergemeinschaft begriffen. Die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz sollten auch zur Stabilisierung Europas beitragen. Damit hat die Neutralität, neben der innenpolitisch relevanten Funktion als kritisches Element für die Ausgestaltung der nationalen Sicherheitspolitik im internationalen Rahmen, auch eine friedens- und sicherheitspolitische Funktion für Europa (Fanzun & Lehmann 2000).

Die Haager Übereinkommen von 1907 regeln bis heute die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates, wobei deren Anwendung in Bezug auf die zunehmend häufiger vorkommenden innerstaatlichen Konflikte nicht bedacht wurde (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, II). Das wichtigste Recht eines neutralen Staates ist die Unverletzbarkeit des eigenen souveränen Territoriums. Die Pflichten eines neutralen Staates sind vielfältig. Die Teilnahme an bewaffneten Konflikten zwischen Drittstaaten ist ebenso verboten wie die Unterstützung von kriegsführenden Parteien mit Waffen und Truppen oder die Mitgliedschaft in einer militärischen Allianz wie der Nato. Zudem müssen neutrale Staaten in der Lage sein, ihr Territorium militärisch selbst zu verteidigen (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, II). Das Festhalten an der Schweizer Neutralität bedingt entsprechend eine langfristig kohärente Politik zur Vermeidung jeglicher Entschlüsse, welche die Rechte

und Pflichten der Haager Übereinkommen verletzen würden (Schwok 2014). Konkret bedeutet dies einerseits die Nichtbeteiligung der Schweiz an internationalen Organisationen mit sicherheitspolitischen Aufgaben, bei denen eine Beistandsverpflichtung besteht und andererseits ein Verzicht der Schweiz, sich an diskriminierenden Sanktionen gegenüber einer einzelnen Partei zu beteiligen (Schwok 2014). Der Nordatlantikvertrag sieht so eine Beistandsverpflichtung vor. Gemäss Artikel 5 verpflichten sich die Parteien der Nato im Falle eines Angriffes auf ein Nato Mitglied «unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt [...]» (Nato 1949, Art. 5) zu treffen, um der angegriffenen Nation Beistand zu leisten.

Das Neutralitätsrecht findet allerdings für Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen (Uno) und der EU keine Anwendung. Jeder neutrale Staat entscheidet eigenständig und souverän, ob er sich an Wirtschaftssanktionen beteiligt oder nicht (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 12–13). Rechtliche Massnahmen, welche der Sicherheitsrat der Uno im Namen der internationalen Gemeinschaft für die Wiederherstellung des Friedens gefasst hat, dürfen mitgetragen werden, ohne dass dadurch das Neutralitätsrecht verletzt wird (Vereinte Nationen 1945). Liegt jedoch, wie im Falle des Irak-Konfliktes 2003 keine Uno-Resolution vor, mit welcher der Uno-Sicherheitsrat ein militärisches Eingreifen autorisiert, muss die Schweiz die oben beschriebenen Rechte und Pflichten wahrnehmen, die sich aus ihrem Status als neutraler Staat ergeben und darf weder politisch noch militärisch aktiv werden (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 9). Durch die geografische Nähe und die wirtschaftlichen Interdependenzen² ist es für die Schweiz allerdings kaum mehr möglich, wirtschaftliche Sanktionen der EU nicht mitzutragen. Goetschel (2007, 86) sieht daher die (wirtschafts-) politische Relevanz der Neutralität auf dem Rückzug (siehe auch Schweizerische Eidgenossenschaft 2016a).

Da die Neutralität zu gewissen Teilen vom weltpolitischen Kontext abhängig ist, haben sich deren Auslegung und Interpretationen über die Jahre hinweg verändert. Dies, obwohl die Neutralität ein völkerrechtlich verankertes Konzept ist, dessen Handhabung von Fall zu Fall im Ermessen der politischen Handlungsträger liegt (Goetschel 2007). 1920 trat die Schweiz dem Völkerbund bei und war fortan berechtigt, die dort vereinbarten Wirtschaftssanktionen mitzutragen. Damit wurde erstmals ein differenzielles Neutralitätsverständnis (Möglichkeit zur Einsetzung von Friedenstruppen sowie der Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber sanktionsierten Staaten) in der Schweiz angewandt. Nach den erfolglosen Sanktionen des Völkerbunds gegenüber Italien wechselte 1938 die Schweiz wieder von der differenziellen zur absoluten/integralen Auslegung der Neutralität (weder militärische noch wirtschaftliche Sanktionen gegenüber anderen Staaten).

2 Gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Akteur*innen bei ihrer Aufgabenerfüllung.

ten) zurück. Das integrale/absolute Verständnis der Neutralität, welches während beiden Weltkriegen angewandt wurde, verwehrte jegliche militärische Beteiligung der Schweiz an zwischenstaatlichen Konflikten sowie an wirtschaftlichen Sanktionen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges veränderte sich das Neutralitätsverständnis erneut. Die Entsendung von militärischen Beobachter*innen zur Überprüfung der Einhaltung der Waffenstillstandslinie (Demarkationslinie) zwischen Nord- und Südkorea führte dazu, dass seit 1953 ein aktives Neutralitätsverständnis angewandt wird. Dieses ermöglichte es der Schweiz aktiv an Friedenssicherungsmissionen teilzunehmen und mit anderen Staaten militärisch zu kooperieren (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 12f.).

Die Auflösung der bipolaren Weltordnung 1989 veränderte die Bedrohungslage abermals und die Schweiz passte ihr Neutralitätsverständnis ein weiteres Mal an. Im Zuge der Zunahme innerstaatlicher Konflikte und terroristischer Angriffe, aber auch durch die steigende wirtschaftliche Verflechtung (Interdependenz), baute die Schweiz ihre internationale Kooperation in der Aussen- und Sicherheitspolitik konsequent aus (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 15). So beschloss der Bundesrat während des ersten Golfkrieges 1990/1991 den autonomen Nachvollzug der Wirtschaftssanktionen der Uno. Damit wurde die Neutralität wieder auf eine «differenzielle Art und Weise» interpretiert, welche die Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen und an nichtmilitärischen internationalen Organisationen grundsätzlich erlaubt (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 18) – allerdings ohne den Begriff «differenziell» explizit zu benutzen.

Die Schweizer Neutralitätspolitik verunmöglicht allerdings die Mitwirkung oder eine Mitgliedschaft der Schweiz in internationalen Organisationen, wie der Uno, nicht. Im Januar 2002 sprachen sich im Rahmen der Studie «Sicherheit 2002» 58% der Schweizer*innen für einen Uno-Beitritt der Schweiz aus (Haltiner et al. 2002, 93; im Abschnitt 7.4 wird detailliert auf die Einstellungen gegenüber der Uno eingegangen). Am 3. März 2002 befürworteten 54.6% der Schweizer Stimmbevölkerung die Volksinitiative zum Schweizer Beitritt zur Uno (Schweizerische Eidgenossenschaft 2009, 33; gfs.bern 2002). Mit dem Uno-Beitritt verpflichtete sich die Schweiz, die wirtschaftlichen Sanktionen der Uno mitzutragen und deren militärische Sanktionen zumindest nicht zu behindern (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004).

Ist ein Beitritt der Schweiz zur EU oder zur Nato mit der Schweizer Neutralitätspolitik vereinbar? Diese Debatte beschäftigte Schweizer*innen in der Vergangenheit immer wieder. Grundsätzlich wäre ein EU-Beitritt der Schweiz mit dem Neutralitätsrecht insofern vereinbar, solange die EU keine für alle Mitglieder bindende gegenseitige militärische Beistandspflicht einführen würde (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 13). Beispielsweise sind Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden neutrale EU-Mitgliedsstaaten. Die fünf Genannten kooperieren mit der Nato, ohne dabei dem Bündnis beigetreten zu sein. Während die beiden skandinavischen Länder Finnland und

Schweden die Bezeichnung «neutral» durch den Begriff «Bündnisfreiheit» ersetzt haben, halten Österreich, Irland und Malta an der klassischen Neutralität fest (Lottaz 2019). Aufgrund der Klausel der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht im Falle eines Konflikts ist ein Nato-Beitritt der Schweiz nicht mit dem Kerngedanken der Neutralität vereinbar. Die gegenseitige militärische Beistandspflicht ist somit das kritische Element, welches über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu verschiedenen internationalen und supranationalen Organisationen (EU und Nato) entscheidet. Sowohl das absolute/integrale als auch das differenzielle Neutralitätsverständnis verbieten diese Art der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht. Die Neutralität hat damit auch das Potenzial, den Beitritt der Schweiz zur EU direkt oder indirekt zu verunmöglichen (Morris & White 2011). Der Rückgang an klassischen zwischenstaatlichen Konflikten und die zeitgleiche Zunahme an nichtmilitärischen Bedrohungen stellen das Festhalten an der klassischen Neutralitätspolitik aber in Frage (Goetschel 2007). Tabelle 6.1 zeigt die Entwicklung der Interpretation der Schweizer Neutralität auf.

*Tabelle 6.1
Neutralitätsverständnisse und deren Implikationen für die Schweizer Politik*

Neutralitätsverständnis	Definition und Anwendung	Aussenpolitische Bedeutung
Absolute/integrale Neutralität 1815–1920 und 1938–1953	Die Schweiz bleibt sowohl bei wirtschaftlichen Sanktionen wie auch bei militärischen Massnahmen neutral.	Die Schweiz ist komplett neutral und unterlässt jegliche Teilnahme an Konflikten, Sanktionen oder Friedenssicherungsmissionen.
Differenzielle Neutralität 1920–1938 und 1990–heute*	Die Schweiz beteiligt sich zwar an wirtschaftlichen Sanktionen, aber nicht an militärischen Massnahmen. (Wobei Entschlüsse des Uno Sicherheitsrates gemäss Kapitel XII der Charta nicht mit Kriegen gleichgesetzt sind und demnach prinzipiell zulässig wären.)	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten, kann jedoch unbewaffnete oder zum Selbstschutz bewaffnete Friedenstruppen entsenden und sich an wirtschaftlichen Sanktionen beteiligen.
Aktive Neutralität 1953–1989	Die Schweiz beteiligt sich nicht an wirtschaftlichen Sanktionen aber an friedensfördernden Massnahmen. Durch eine aktive und solidarische Aussenpolitik hat die Schweiz die Möglichkeit, auf diplomatischer Ebene an verschiedenen friedensfördernden Missionen teilzunehmen.	Die Schweiz verzichtet weiterhin auf eine militärische Beteiligung an Konflikten. Sie kann jedoch Staaten, welche beispielsweise die Genfer Konventionen verletzen öffentlich tadeln und Verhandlungen zur Friedensförderung implementieren.

Die betreffend die Teilnahme an Wirtschaftssanktionen und dem Beitritt zu internationalen Organisationen flexible und gleichzeitig betreffend die Nicht-Teilnahme an militärischen Massnahmen strikte Auslegung der Neutralität führten zu einem vielschichtigen Verständnis der Neutralität innerhalb der Schweizer Bevölkerung, dessen Verlauf im Folgenden näher betrachtet wird.

Hinter dem semantischen Begriff «Schweizer Neutralität» vereinigen sich viele verschiedene Auffassungen sowie unterschiedliche Verständnisse über deren Funktionen. In

der Studienreihe «Sicherheit» werden zehn Dimensionen der Neutralität unterschieden und das Neutralitätsverständnis anhand dieser Messdimensionen mit zwölf verschiedenen Items erhoben (siehe Tabelle 6.2).

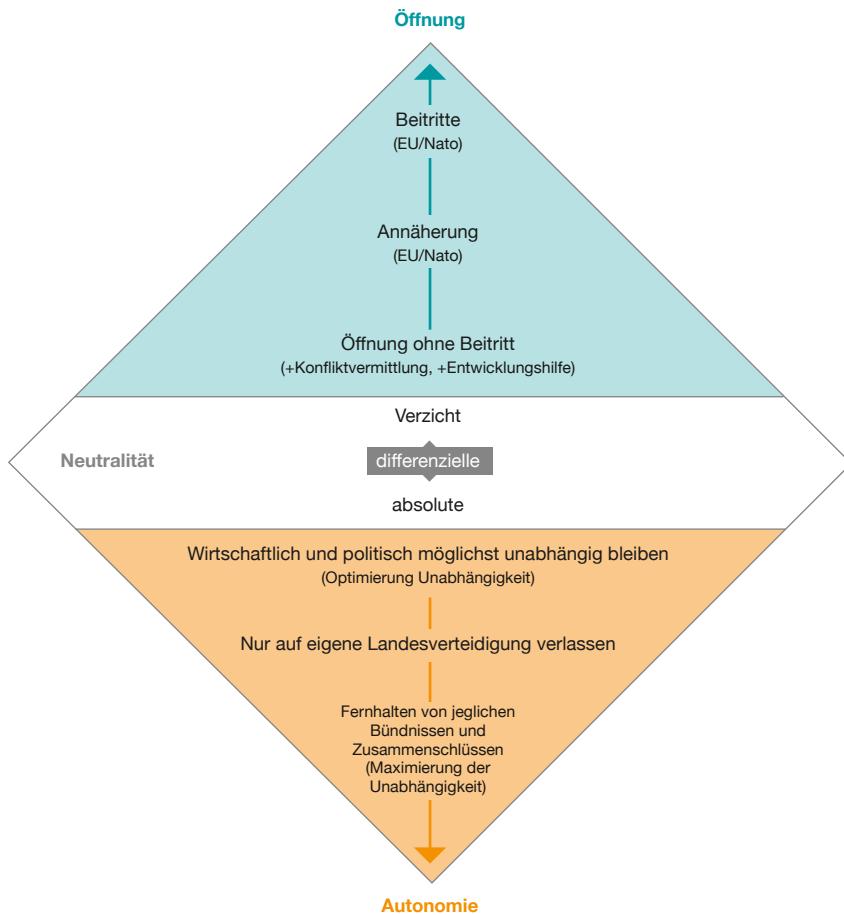
*Tabelle 6.2
Erhebung der verschiedenen Auffassungen und Funktionen der Neutralität*

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Allgemeine Einstellung zur Neutralität	Neutralitätsprinzip	«Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»
	Differenzielle Neutralität	«Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»
	De-facto-Aufgabe der Neutralität	«Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»
Neutralitätsfunktionen	Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle	«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
	Identitätsfunktion	«Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»
Sicherheits-politische Funktionen der Neutralität	Schutz vor Konflikten	«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.»
	Sicherheit und Stabilität	«Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»
	Bewaffnete Neutralität	«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»
	Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses	«Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität.»
Kritische Betrachtungen der Neutralität	Interdependenz verunmöglicht Neutralität	«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»
	Neutralität als Kooperationshindernis	«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»
	Neutralität als finaler Wert	«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

Abbildung 6.1 zeigt die verschiedenen Stufen einer möglichen Kooperationsbereitschaft der Schweiz mit Akteuren der internationalen Politik. Die Kooperationsbereitschaft hängt dabei wesentlich von der Auslegung der Neutralität ab. Die Anwendung des differenziellen Neutralitätsverständnisses (militärisch neutral bleiben, aber Wirtschaftssanktionen mittragen) ermöglicht es der Schweiz, einen Mittelweg zwischen Öffnung und Autonomie zu wählen. Wobei die maximale Öffnungsbereitschaft der Schweiz einer de-facto-Aufgabe der Neutralität (bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen) entspricht; während die maximale Autonomie auf einem absoluten/integralen Neutralitätsverständnis (politisch und militärisch neutral bleiben) basiert.

Abbildung 6.1

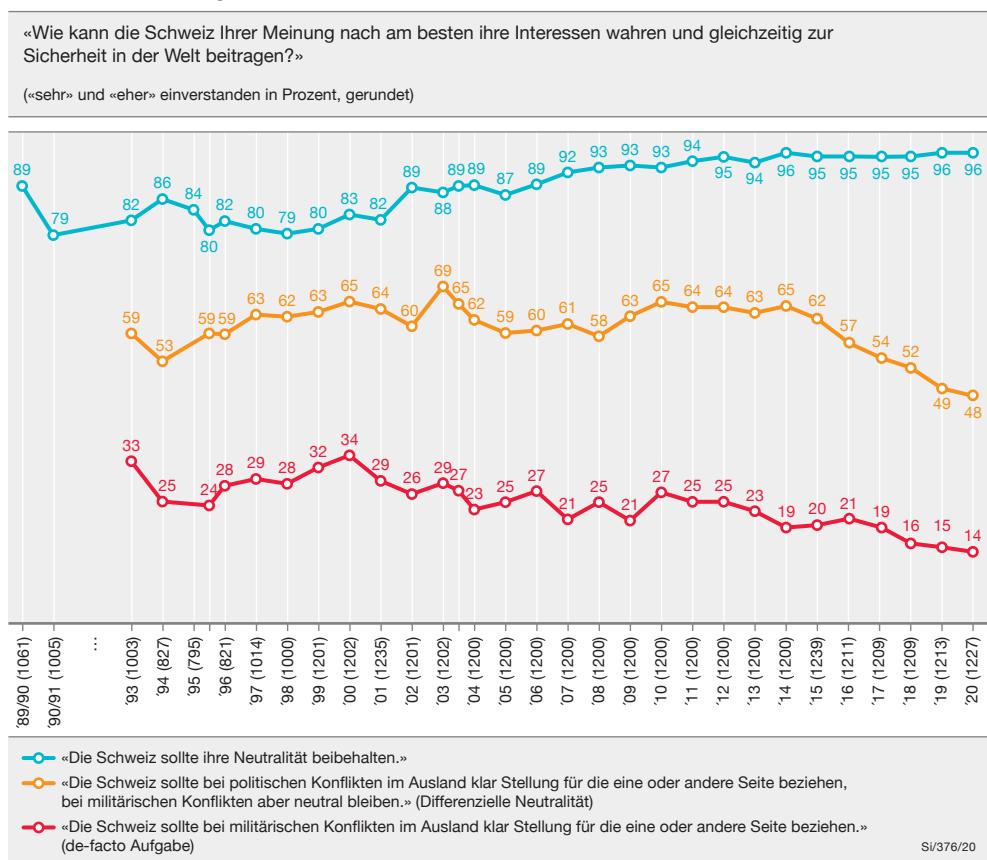
Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximaler Autonomie. Darstellung anhand des Fragenkatalogs der Studienreihenreihe «Sicherheit».



6.2 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

Die Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) als ein wichtiger aussenpolitischer Grundsatz der Schweiz geniesst seit Messbeginn eine äusserst hohe Zustimmung in der Stimmbevölkerung. Die langjährige durchschnittliche Zustimmung zu Neutralität zwischen 1989 bis 2020 liegt bei 89%. Veränderte sich die Zustimmung zwischen 1989 bis 1997 noch sprunghaft, zeigt sich seit 1998 ein klarer Trend: Die Zustimmungswerte für die Beibehaltung der Schweizer Neutralität wachsen langsam aber konstant (siehe Abbildung 6.2, blaue Linie). Wie bereits im Vorjahr, sprechen sich aktuell 96% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen dafür aus, dass die Neutralität beizubehalten sei. Am Festhalten des Neutralitätsgrundsatzes sind 70% «sehr» und 26% «eher» einverstanden. Dieser Wert liegt deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 89% und der im Vorjahr gemessene Höchstwert wird 2020 erneut bestätigt.

*Abbildung 6.2
Verschiedene Einstellungen zur Neutralität*



Soziodemografische Einflüsse: Die sehr hohe Zustimmung des Neutralitätsprinzips ist unabhängig von der Sprachregion, dem Geschlecht, dem Alter, dem Bildungsniveau sowie dem Einkommen der Befragten. Die Einstellung zur Beibehaltung der Neutralität unterscheidet sich leicht bezüglich der politischen Selbsteinstufung. Politisch links eingestellte Schweizer*innen unterscheiden sich bezüglich der Neutralitätszustimmung signifikant von jenen, welche sich politisch rechts und in der Mitte positionieren. Während 77% der sich rechts und 71% der sich in der Mitte Positionierenden die Antwortkategorie «sehr einverstanden» wählten, liegt dieser Anteil bei den sich links einstufenden Personen bei vergleichsweise niedrigen 60%. Rechts Eingestellte befürworten die Beibehaltung der Neutralität damit stärker. Betrachtet man die kumulierten Zustimmungsanteile («sehr» und «eher» einverstanden zusammengenommen) bleiben die Unterschiede abhängig von der politischen Orientierung bestehen, nähern sich jedoch stark an (links: 94%; Mitte: 98%, rechts: 97%; $\gamma=0.27$).³

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellungen der Schweizer*innen gegenüber der EU, der Nato, der Uno sowie gegenüber dem individuellen Verlangen nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit korrelieren zudem stark mit der Zustimmung zur Neutralität. Je stärker eine Person einen EU- oder Nato-Beitritt befürwortet, respektive für eine noch stärkere Zusammenarbeit mit der Uno einsteht, desto stärker lehnt sie die Neutralität ab (EU: $\gamma=-0.55$; Nato: $\gamma=-0.36$; Uno-Anliegen: $\gamma=-0.17$). Mit zunehmendem Verlangen nach politischer und wirtschaftlicher Autonomie steigt die Zustimmung zur Neutralität stark an ($\gamma=0.51$).

Die Einstellung zur Schweizer Armee übt auch einen Einfluss auf die Zustimmung zur Neutralität aus. Je stärker die Armee für notwendig gehalten wird, desto stärker sprechen sich Schweizer*innen für die Beibehaltung der Neutralität aus ($\gamma=0.40$). Mit steigendem Vertrauen ($\gamma=0.28$) und steigender Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee ($\gamma=0.32$) wächst ebenfalls die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip.

Differenzielle Neutralität

Mit der Beteiligung an den Wirtschaftssanktionen der Uno gegen den Irak begann die Schweiz im Jahr 1990 die Neutralität wieder differenziell zu interpretieren, ohne jedoch diesen Ausdruck explizit in der öffentlichen Wahrnehmung aktiv zu benutzen (Schwei-

³ In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

zerische Eidgenossenschaft 2004; vgl. Tabelle 6.1). Dieses Neutralitätsverständnis erlaubt eine politische Positionierung der Schweiz zu ausländischen Konflikten und strikter Einhaltung der militärischen Neutralität.

Während die Zustimmung zur differenziellen Neutralität 2015, 2016 und 2017 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr jedes Jahr signifikant gesunken ist, unterscheidet sich die weitergehende Verminderung der Zustimmungsrate in den letzten drei Jahren nicht mehr signifikant gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (siehe Abbildung 6.2, orange Linie). Aktuell sind sich Schweizer*innen bezüglich der differenziellen Betrachtungsweise der Neutralität uneinig (48%, –1 Pp). Seit dem Erhebungsbeginn 1993 fiel die Befürwortung der differenziellen Neutralität noch nie so tief aus wie in der aktuellen Umfragewelle.

Soziodemografische Einflüsse: Die differenzielle Auslegung der Neutralität divergiert nach Alter und Sprachregion. 18–29-Jährige stimmen der differenziellen Neutralität signifikant weniger oft zu als ab 60-Jährige. 52% der ab 60-Jährigen sprechen sich für die differenzielle Neutralität aus («sehr» oder «eher» einverstanden). Bei den 30–59-jährigen Stimmbürger*innen liegt dieser Anteil bei 48% und bei den 18–29-Jährigen bei 41% ($\gamma=0.14$).

Regional hebt sich insbesondere die Westschweiz von den Zustimmungswerten der Deutschschweiz und dem Tessin ab. Westschweizer*innen weisen mit 39% die tiefsten kumulierten Zustimmungswerte («sehr» oder «eher» einverstanden) aus und lehnen eine differenziell ausgelegte Neutralität damit ab. Deutschschweizer*innen (51%) sowie Tessiner*innen (53%) stehen dem differenziellen Neutralitätsverständnis dagegen uneinig gegenüber (CC=0.16).

De-facto Aufgabe der Neutralität

Würde die Schweiz auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen, käme dies im Vergleich zur differenziellen Neutralität einer de-facto-Aufgabe der Neutralität gleich (vgl. Tabelle 6.1). Bei der Zustimmung zur de-facto-Aufgabe der Neutralität wird 2020 der tiefste je gemessene Wert festgestellt. Damit setzt sich der seit 2010 eingeleitete Sinkflug aktuell weiter fort (siehe Abbildung 6.2, rote Linie). Nur eine Minderheit von 14% (–1 Pp) der Schweizer*innen spricht sich für die de-facto-Aufgabe der Schweizer Neutralität aus. Die aktuelle Zustimmungsrate liegt 10% unter dem langjährigen Durchschnitt von 24%. Eine Aufgabe der Neutralität ist für das Schweizer Stimmvolk aktuell kein Thema.

Soziodemografische Einflüsse: Westschweizer*innen stehen einer expliziten Positionierung der Schweiz in militärischen Konflikten im Ausland signifikant kritischer gegenüber als die Deutschschweizer*innen oder Tessiner*innen (F-CH: 10%, D-CH: 14%, Tessin:

20%; CC=0.13). Trotz der Unterschiede in den drei Sprachregionen wird eine de-facto Aufgabe der Neutralität deutlich in allen drei Landesteilen abgelehnt.

Weitere signifikante Unterschiede: Wie schon bereits bei der Frage nach der Beibehaltung der Neutralität ist auch die Einstellung zur de-facto Aufgabe der Neutralität stark davon abhängig, welche Einstellungen die Befragten gegenüber der EU, der Nato und der Uno haben. Je stärker eine Person einen EU- oder Nato-Beitritt ablehnt, respektive gegen eine noch stärkere Zusammenarbeit mit der Uno ist, desto weniger möchte diese die Neutralität de-facto aufgeben (EU-Beitritt: $\gamma=-0.38$; Nato-Beitritt: $\gamma=-0.30$; Uno-Anliegen: $\gamma=-0.22$).

Das allgemeine Prinzip der Neutralität geniesst seit Messbeginn eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung, welche seit der Jahrhundertwende tendenziell sogar noch zugenommen hat. Die Datenreihe zeigt allerdings, dass sich das Neutralitätsverständnis in den letzten Jahren zunehmend verändert hat. Die Akzeptanz für die differenzielle Auslegung der Neutralität hat zum dritten Mal in Folge den Tiefstwert von 1994 unterschritten. Die Daten weisen auf eine gewisse Unsicherheit hin, wie heute die differenzielle Neutralität ausgelegt werden soll. Aktuell sind für die Zustimmung oder Ablehnung der differenziellen Neutralität die Zugehörigkeit zu einer der drei Sprachregionen sowie das Alter der Befragten zwei wichtige Indikatoren. Allerdings ist sich die Stimmbevölkerung dahingehend einig, dass eine de-facto-Abschaffung der Neutralität nicht in Frage kommt.

6.3 Neutralitätsfunktionen

Da die Schweizer Neutralität historisch betrachtet verschiedene Ziele verfolgte (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004, 21), sind im Schweizer Staatsrecht unterschiedliche Neutralitätsfunktionen definiert. Seit 1993 gilt eines der Interessen der Studienreihe «Sicherheit» der Bevölkerungswahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität: *der Solidaritätsfunktion, der Identitätsfunktion und der sicherheitspolitischen Funktion*.⁴ Mit der äusserst hohen Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zur Beibehaltung der Neutralität gehen grundsätzlich auch hohe Befürwortungen der verschiedenen Neutralitätsfunktionen einher.

4 Für eine ausführliche Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner & Spillmann 1994.

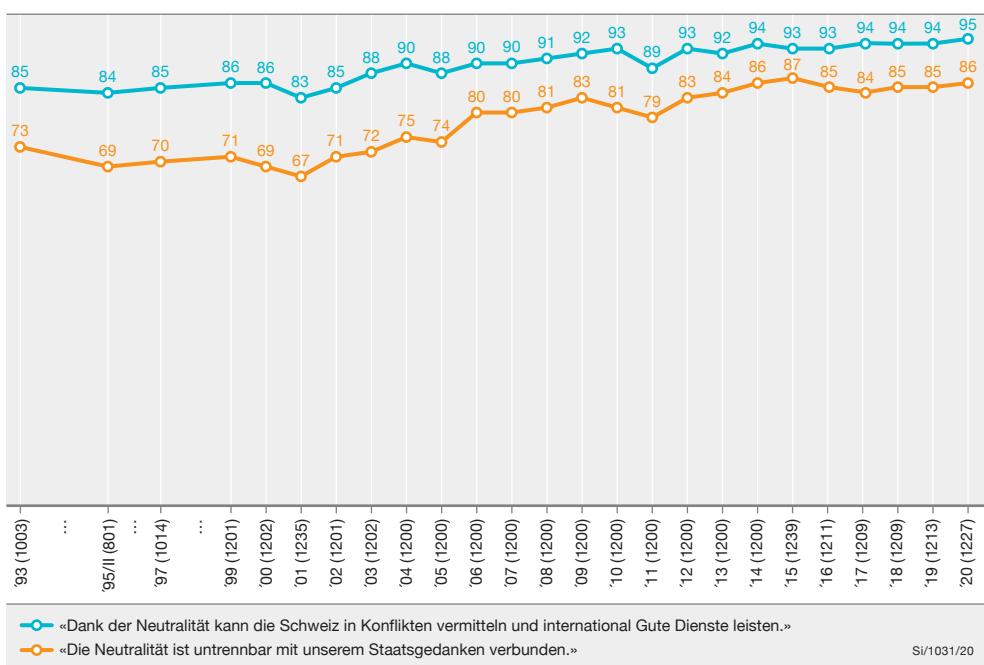
Solidaritäts- und Identitätsfunktion

Die Solidaritätsfunktion – die Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und Gute Dienste leisten kann – erhält mit 95% zwar den höchsten je erhobenen Wert, bleibt aber statistisch betrachtet unverändert (+1 Pp, siehe Abbildung 6.3, blaue Linie). Die Zustimmung zur Identitätsfunktion – die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden – bleibt im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls statistisch unverändert und liegt aktuell bei 86% (+1 Pp) (Abbildung 6.3, orange Linie). Nur 2015 wurde ein höherer Wert für die Zustimmung zur Identitätsfunktion gemessen. Mit dem aktuellen Erhebungsjahr setzt sich der Trend des parallelen Verlaufs der beiden Zustimmungslinien weiter fort. Beide Werte liegen deutlich über ihrem langjährigen Jahresdurchschnitt von 90% Zustimmung zur Solidaritätsfunktion respektive 78% Zuspruch für die Identitätsfunktion der Neutralität.

*Abbildung 6.3
Solidaritäts- und Identitätsfunktion*

«Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Insgesamt sind 96% der Männer «sehr» oder «eher» einverstanden damit, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität einen Beitrag zur internationalen Solidarität leistet. Frauen unterscheiden sich von den Männern zwar nur geringfügig, aber statistisch signifikant (94%; CC=0.13). Die Geschlechterunterschiede zeigen sich deutlicher bei der Betrachtung der Zustimmungsstärke. 60% der männlichen Befragten sind «sehr» damit einverstanden, während bei den weiblichen Befragten nur 47% «sehr» einverstanden sind. Das gegenteilige Muster zeigt sich bei der Antwortkategorie «eher» einverstanden (Männer: 36%, Frauen: 47%). Männer polarisieren bei der Zustimmung zur Solidaritätsfunktion damit stärker als Frauen, auch wenn beide Geschlechtergruppen auf einem ähnlich hohen Niveau zustimmen.

Des Weiteren stimmen, wie bereits im letzten Jahr, Schweizer*innen mit einem tiefen Bildungsniveau der Solidaritätsfunktion der Neutralität signifikant weniger stark zu als Schweizer*innen mit hoher Bildung (tief: 91%, mittel: 94%, hoch: 96%; $\gamma=-0.17$).

Von den jeweils untersuchten soziodemografischen Einflüssen, hat nur die politische Selbsteinschätzung einen Zusammenhang auf die Zustimmung zur Identitätsfunktion der Neutralität – die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden. Die tiefste Zustimmung stammt von Personen des politisch linken Spektrums, welche sich signifikant von Personen der politischen Mitte und rechts davon unterscheiden (links: 82%, Mitte: 88%, rechts: 89%; $\gamma=-0.14$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zustimmung zur Neutralität korreliert stark mit der Zustimmung zu den verschiedenen Funktionen der Neutralität. Schweizer*innen, welche die Neutralität befürworten, stimmen auch der Identitätsfunktion ($\gamma=0.54$) und der Solidaritätsfunktion der Neutralität ($\gamma=0.54$) eher zu. Die starke Korrelation zwischen der Zustimmung zum Neutralitätsprinzip und der Identitätsfunktion der Neutralität lässt darauf schliessen, dass die Neutralität als ein zentraler Teil der Schweizer Identität betrachtet wird. Befürworter*innen der Identitätsfunktion sind eher nicht bereit, die Neutralität aufzugeben, auch wenn sie keine Vorteile mehr für die Schweiz bringen sollte ($\gamma=-0.42$).

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität

Im klassischen Diskurs galt die Neutralität primär als ein sicherheitspolitisches Instrument. Die Einstellung gegenüber den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität hat sich in diesem Jahr im Vergleich zu 2019 nicht signifikant verändert (siehe Abbildung 6.4). Deren Zustimmungswerte sind über die letzten Jahre relativ stabil und deutlich tiefer als die der Identitäts- und Solidaritätsfunktion.

*Abbildung 6.4
Sicherheitspolitische Funktion*

«Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)

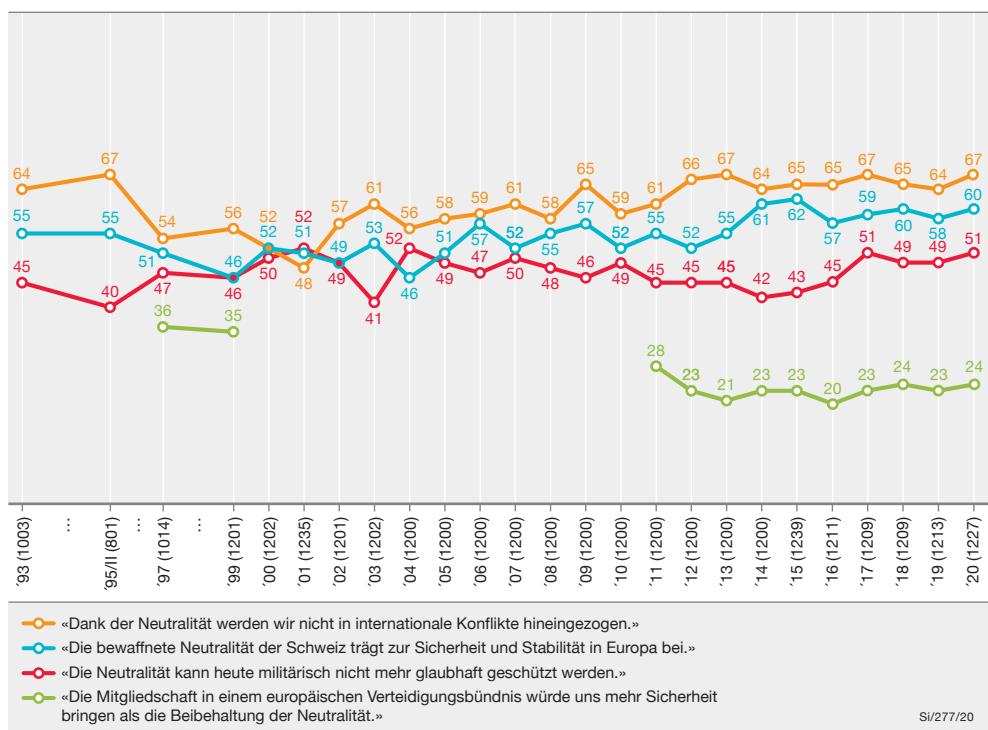


Abbildung 6.4 zeigt die prozentuale Zustimmung zu den vier verschiedenen sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität über den gesamten Erhebungszeitraum. Alle aktuellen Zustimmungswerte der verschiedenen sicherheitspolitischen Funktionen liegen statistisch unverändert, aber über denen des Vorjahres.

Über zwei Drittel (67%, +3 Pp) der Schweizer Stimmbürger*innen sind der Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (orange Linie). Diese Zustimmungsrate liegt klar über dem langjährigen Schnitt von 61% und wurde nur noch 1995, 2013 und 2017 erreicht. 60% (+2 Pp) der Befragten sehen in der Neutralität einen Beitrag der Schweiz für die Sicherheit und Stabilität Europas (blaue Linie, langjähriger Schnitt: 54%). Die Zustimmungswerte zu den Ansichten, dass Neutralität als Schutz vor internationalen Konflikten wirkt respektive einen Beitrag

zur Stabilität Europas leistet, erfahren im Trend damit seit der Jahrhundertwende einen leichten, wenn auch wechselhaften Zuwachs.

Ein weiterer integraler Bestandteil des schweizerischen Neutralitätskonzepts ist die Auffassung, wonach die Schweiz im Ernstfall fähig sein muss, ihre Neutralität militärisch glaubhaft verteidigen zu können. Über alle Erhebungswellen hinweggesehen sind sich Schweizer*innen uneins, ob die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann (langjähriger Schnitt: 47% Zustimmung). In der aktuellen Erhebungswelle liegt die Zustimmung mit 51% leicht über dem langjährigen Schnitt von 47% und bewegt sich auf ähnlichem Niveau wie in den vergangenen drei Jahren. Nichtsdestotrotz wird die sicherheitspolitische Alternative – in der Form einer Kooperation in einem europäischen Verteidigungsbündnis – weiterhin nur von einer Minderheit bevorzugt (24%, +1 Pp). Dies entspricht dem Trend der letzten Jahre: Ein Beitritt zu einem europäischen Verteidigungsbündnis wird grossmehrheitlich abgelehnt (Durchschnitt 2011 bis 2020: 25% Zustimmung).

Soziodemografische Einflüsse: Für die vier gestellten Items der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität gilt, dass es keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Alter, dem Bildungsniveau oder dem Einkommen der Befragten gibt und damit die Antworten unabhängig von diesen drei soziodemografischen Einflüssen variieren.

Die Ansicht, dass wir dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte verwickelt werden, wird in den drei Sprachregionen signifikant unterschiedlich stark unterstützt (D-CH: 68%, F-CH: 60%, Tessin: 82%; CC=0.15).

Die politische Selbsteinstufung korreliert mit allen vier Ansichten der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität. Stimmbürger*innen, die sich politisch rechts einordnen, sind signifikant häufiger der Meinung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen werden würde, als Personen, die sich links oder in der Mitte positionieren (links: 64%, Mitte: 66%, rechts: 72%; $\gamma=0.12$). Politisch links orientierte Schweizer*innen sind nur zu 49% der Ansicht, dass die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherheit in Europa beiträgt. Die sich politisch in der Mitte und rechts davon Orientierten stimmen der bewaffneten Neutralität mehrheitlich zu (links: 49%, Mitte: 64%, rechts: 66%; $\gamma=-0.24$). Politisch links eingestellte Schweizer*innen (56%) sind signifikant skeptischer, wenn es um die Machbarkeit der militärischen Verteidigung der Neutralität geht, als politisch rechts orientierte Schweizer*innen (links: 56%, Mitte: 50%, rechts: 48%; $\gamma=-0.16$). Aber beide politischen Lager (Mitte und rechts) sind statistisch betrachtet derselben Meinung und nicht einig, ob die Schweiz diese Aufgabe wirklich wahrnehmen kann. Die politische Mitte und politisch rechts orientierte Schweizer*innen lehnen ein europäisches Verteidigungsbündnis signifikant stärker ab als die politisch links orientierten Befragten. (links: 27%, Mitte: 26%, rechts: 19%; $\gamma=0.19$).

Über alle soziodemografischen Merkmale hinweg ist die Zustimmung zu einem europäischen Verteidigungsbündnis jedoch sehr tief. Jeweils nur eine Minderheit zieht ein Verteidigungsbündnis für die Schweiz der eigenen Landesverteidigung vor.

Weitere signifikante Unterschiede: Die Aussagen, dass die Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt sowie dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, stehen in Zusammenhang mit der Stärke der Armeebefürwortung. Schweizer*innen, welche die Armee für notwendig halten ($\gamma=0.48$), zufriedener mit der Leistung der Schweizer Armee sind ($\gamma=0.36$), der Armee stärker vertrauen ($\gamma=0.40$) sowie sich für eine «vollständig ausgerüstete» Armee aussprechen ($\gamma=0.48$) sind auch verstärkt mit der Aussage einverstanden, dass die Schweizer Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt. Ein sehr ähnliches wenn auch etwas schwächeres Bild ergibt sich für die Aussage, dass die Neutralität noch immer glaubhaft geschützt werden kann. Befürworter*innen dieser Ansicht halten die Armee für notwendig ($\gamma=0.28$), sind mit der Leistung der Armee zufrieden ($\gamma=0.21$), vertrauen der Armee stärker ($\gamma=0.23$) und unterstützen eine «vollständig ausgerüstete» Armee ($\gamma=0.26$). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Armeebefürworter*innen die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität als gegeben ansehen, wohingegen Armeegegner*innen an der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zweifeln. Allerdings kann anhand der Daten deren Kausalität nicht vollends geklärt werden.

Die Zustimmung einer Person zu einem europäischen Verteidigungsbündnis steht in engem Zusammenhang mit ihrer Befürwortung eines Beitritts der Schweiz zur EU (vgl. Abschnitt 7.2). Wer einen EU- oder Nato-Beitritt der Schweiz befürwortet, stimmt auch deutlich häufiger einem europäischen Verteidigungsbündnis zu (EU-Beitritt: $\gamma=0.55$; Nato-Beitritt: $\gamma=0.39$). Je stärker die Neutralität abgelehnt wird, desto stärker findet ein europäisches Verteidigungsbündnis Unterstützung ($\gamma=-0.58$).

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch im langfristigen Trend. Seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1993 verlaufen die Entwicklungen der Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion beinahe parallel zu jener der allgemeinen Neutralität. Die Unterstützung beider Dimensionen war in den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts stabil, jedoch weniger breit abgestützt als nach 2002. Auch die Zustimmung zu den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität scheint sich nach 2002 tendenziell erhöht zu haben. Es scheint, dass mit der veränderten Bedrohungswahrnehmung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York die früheren Zweifel an der schweizerischen Sicherheitspolitik abgenommen haben. Die Zunahme ist jedoch verglichen mit der Solidaritäts- und Identitätsfunktion weniger

deutlich ausgeprägt und auf einem tieferen Niveau. Die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Dimension der Neutralität spaltet sich hauptsächlich entlang der politischen Zugehörigkeit der Schweizer*innen. Der Trend der Vergangenheit bestätigt sich auch 2020: Schweizer Stimmbürger*innen sind sich uneins, ob die Schweiz im Ernstfall fähig wäre, ihre Neutralität militärisch glaubhaft verteidigen zu können.

6.4 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?

Neben der Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Neutralität im Allgemeinen sowie zu deren spezifischen Ausgestaltungsformen wird in der Studienreihe «Sicherheit» auch erhoben, inwieweit die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik angesichts der heutigen internationalen Verflechtungen (Interdependenzen) noch umgesetzt werden kann, und ob ihr Schweizer*innen einen Wert an sich zuschreiben. Wie in Kapitel 7 (Abschnitt 7.1) noch besprochen wird, stellt sich die Frage, in welchem Umfang die zunehmenden Interdependenzen in der heutigen Zeit zu einem Hindernis für die Umsetzung der Neutralität werden könnten.

2017 wurde die faktische Realisierbarkeit der Schweizer Neutralität, in Abhängigkeit der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, so stark in Frage gestellt wie noch nie seit Messbeginn (siehe Abbildung 6.5, orange Linie). Seither hat sich das Ausmass an Zustimmung statistisch nicht mehr signifikant verändert und liegt aktuell unverändert bei 36% (+0 Pp). Dieser Wert ist im Vergleich zum langjährigen Schnitt (30%) hoch.

Die Ansicht, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität nicht mehr mit den europäischen Nachbarn handeln kann (blaue Linie), wird aktuell von 34% (-2 Pp) der Schweizer*innen unterstützt. Der Wert liegt damit knapp unter dem langjährigen Schnitt (36%) und ist seit 2015 relativ konstant. Zustimmungen über 40% wurden seit 2006 nicht mehr erreicht.

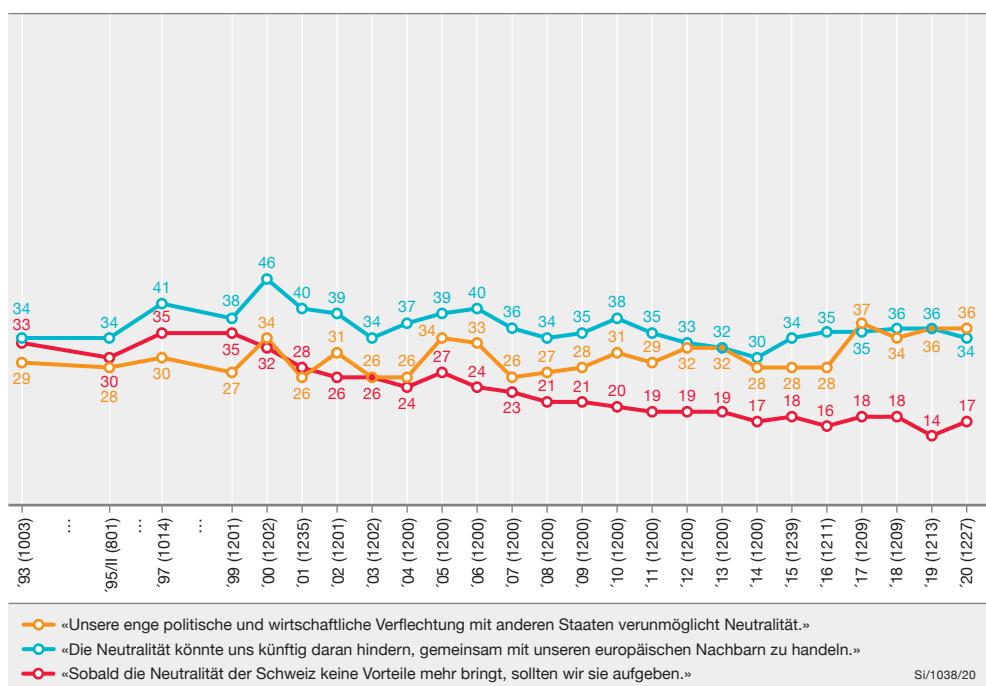
Nachdem 2019 der historische Tiefstwert für die Ansicht, die Neutralität sei aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt (rote Linie), erreicht wurde, klettert die Zustimmung zu diesem Item wieder leicht auf 17% (+3%), bleibt aber auch statistisch unverändert. Die sehr grosse Mehrheit der Befragten scheint damit in der Neutralität einen Wert an sich zu sehen, welcher, unabhängig von der Bewertung des möglichen Nutzens, aufrechterhalten werden soll.

Abbildung 6.5

Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

«Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Männer (32%) empfinden die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten weniger stark als Hindernis für die Neutralität als Frauen (40%, CC=0.13). Frauen sind auch zu 36% der Ansicht, dass die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität an Handlungsspielraum mit dem europäischen Umfeld verliert, während Männer dem nur zu 31% zustimmen (CC=0.10). Interessant ist, dass sich die Gruppe der 18–29-Jährigen (45%) signifikant skeptischer in der Frage über politische und wirtschaftliche Verflechtung äussert als die älteren Schweizer*innen (30–59-Jährige sowie ab 60-Jährige: 34%; γ=0.13). Politisch rechts Stehende unterscheiden sich mit 33% signifikant von den politisch links Stehenden (rechts: 33%, links: 39%; γ=-0.11). In beiden politischen Lagern ist jedoch die klare Mehrheit der Ansicht, dass Verflechtungen mit anderen Staaten kein Hindernis für das Ausleben der Neutralität darstellen (rechts: 57%, links: 65%).

Eine ähnliche Verteilungstendenz der politischen Lagerzugehörigkeit zeigt sich in der Aussage, dass die Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit unseren europäischen Nachbarn darstellt. Politisch rechts Eingestellte sehen dies mit 30% am unproblematischsten, während links Eingestellte mit 37% höhere Bedenken äussern (rechts: 30%, links: 37%; $\gamma=0.13$).

Weiter wird die Zustimmung zur Frage der Verflechtung und der Handlungsfrage vom Bildungsgrad beeinflusst. Schweizer*innen mit hoher Bildung sehen im Vergleich zu Personen mit mittlerer oder tieferer Bildung die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen deutlich weniger problematisch für die Neutralität (hoch: 31%; mittel: 40%; tief: 47%; $\gamma=-0.15$). Die gleiche Tendenz zeigt sich in der Handlungsfrage (hoch: 28%; mittel: 38%; tief: 42%; $\gamma=-0.17$). Letztlich übt auch das Einkommen einen signifikanten Einfluss darüber aus, ob die Verflechtungen mit anderen Staaten als problematisch angesehen werden. Befragte mit hohem Einkommen sehen mit 31% signifikant weniger Probleme als die anderen beiden Einkommensklassen (hoch: 31% versus mittel: 38% und tief: 39%; $\gamma=-0.10$). Bei den übrigen soziodemografischen Variablen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung, ob die Neutralität ein Hindernis für die Schweiz darstellt respektive uns daran hindert, mit den europäischen Nachbarn zu handeln. Für rund zwei Drittel (65%) der Gesamtbevölkerung stellt die Neutralität somit kein Hindernis dar, wenn es um die internationale Zusammenarbeit und Kooperation mit den europäischen Nachbarn geht.

Bezüglich der soziodemografischen Variablen zeigt sich, dass Tessiner*innen der Abschaffung der Neutralität, wenn diese keine Vorteile mehr bringt, signifikant häufiger zustimmen als die West- und Deutschschweizer*innen (Tessin: 33% versus F-CH: 17% und D-CH: 16%; CC=0.10). Insgesamt sind aber alle drei Sprachregionen klar und deutlich gegen eine Aufgabe der Neutralität, sollte diese keine Vorteile mehr bringen. Auch rechts Positionierte (14%) sind eher bereit am Prinzip der Neutralität ohne Vorteile festzuhalten als links Positionierte (rechts: 14%, links: 19%; $\gamma=0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede: Vor allem Schweizer*innen, die nicht an der Neutralität der Schweiz festhalten möchten, betrachten die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen der Schweiz mit anderen Staaten als Hindernis für die Neutralität ($\gamma=-0.31$). Schweizer*innen, welche nicht an der Neutralität festhalten möchten, sind häufig der Auffassung, die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln ($\gamma=-0.36$). Interessant ist die starke Korrelation zwischen der Ansicht, die Neutralität aufzugeben, wenn diese keine Vorteile mehr bringt und der Zustimmung zu den verschiedenen Konzepten, welche im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» abgefragt werden. So korrelieren die Solidaritäts- ($\gamma=0.35$) und Identitätsfunktion ($\gamma=0.42$) deutlich stärker mit der Einschätzung der Neutralität

als finalen Wert als die sicherheitspolitische Funktion, dass die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Stabilität und Sicherheit in Europa beiträgt ($\gamma=0.19$). Die Berechnungen zeigen, dass der finale Wert, welcher der Neutralität zugeschrieben wird, stark von der Beurteilung der Identitäts- und der Solidaritätsfunktion abhängig ist. Befragte, welche bereit sind die Neutralität aufzugeben, könnten sich zudem eher einen EU ($\gamma=0.35$) oder Nato ($\gamma=0.25$) Beitritt vorstellen.

Wie bereits in den Jahren zuvor kann abschliessend festgehalten werden, dass trotz der zunehmenden internationalen Verflechtung der Schweiz die Mehrheit der Stimmbevölkerung in der Umsetzung der Neutralität weder ein Hindernis noch eine Einschränkung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit sieht. Vielmehr scheinen die Vorteile, wie das Vermitteln in Konflikten, das Leisten Guter Dienste, der empfundene Beitrag der Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa und der Schutz vor der Einmischung in internationalen Konflikten die hohe Zustimmung zur Neutralität zu erklären. Neben diesen Vorteilen wird die Neutralität aber auch als stark identitätsstiftendes Element betrachtet. Allerdings bleibt die Sorge um die Beibehaltung der Neutralität in einer globalisierten Welt verbreitet. Jede*r dritte Schweizer*in beurteilt die Neutralität kritisch: 36% sehen durch die wirtschaftliche und politische Verflechtung ein Problem für die Neutralität und 34% der Befragten erachten sie als ein zukünftiges Handelshindernis mit europäischen Staaten. Der kritischen Beurteilung zum Trotz unterstützt auch 2020 die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Neutralität deutlich und weist ihr auch weiterhin einen finalen Wert zu, welchen es unabhängig von wahrgenommenen Vor- oder Nachteilen zu erhalten gilt.

6.5 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Mit Hilfe einer Cluster-Analyse (siehe Anhang I) können die verschiedenen Auffassungen der Neutralität besser differenziert und im Trendverlauf analysiert werden (siehe Abbildung B in Anhang II). Dabei werden die Befragten anhand ihrer Antworten zu acht Fragen zur Neutralität in verschiedene Gruppen (Cluster) eingeteilt. Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Gruppen-Einteilung. Es lassen sich von den 1227 Befragten 1059 in eine der vier Gruppen zuordnen (siehe Abbildung 6.6).⁵ Die vorhandene Auffassung der Neutralität ist in den Gruppen jeweils verschieden. Im weiteren Verlauf werden die vier Gruppierungen mit ihren unterschiedlichen Einstellungen gegenüber der Neutralität beschrieben, sowie jeweils auf die demografische Zusammensetzung der Gruppen in Bezug auf die Gesamtstichprobe von N=1227 eingegangen.

⁵ 168 (14%) Befragte lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

Eine rein zufällige Verteilung der Befragten innerhalb der gebildeten vier Gruppen würde bedeuten, dass auch die soziodemografischen Merkmale der Befragten zufällig in den vier Gruppen verteilt sind. Die Folge wäre, dass alle Verteilungen aller soziodemografischen Merkmale in den Clustern der Verteilung in der Stichprobe entsprechen würden.

Konkret heisst dies zum Beispiel, dass von allen «Neutralitätsdissonanten», zu welchen 32% der Antwortenden gezählt werden, 48% Männer und 52% Frauen sein müssten (vgl. Kapitel 3, Tabelle 3.1) um die natürliche Verteilung in der Bevölkerung widerzuspiegeln. Prozentuale Abweichungen der Verteilung soziodemografischer Merkmale einer Gruppe gegenüber der Verteilung in der Stichprobe weist auf eine spezielle Zusammensetzung der Gruppe hin. Zwischen den vier Neutralitätsclustern bestehen signifikante Abweichungen bezüglich des Geschlechts ($CC=0.13$) und der politischen Einstellung ($CC=0.20$) der befragten Personen. Die Verteilungen dieser zwei soziodemografischen Merkmale wird pro Neutralitätsgruppe in Bezug zur Verteilung in der Gesamtstichprobe ($N=1227$) im Absatz «soziodemografische Zusammensetzung» jeweils beschrieben.

«Neutralitätsdissonante» (32% der Antwortenden, +3 Pp, siehe Abbildung 6.6): Befragte, die sich diesem Typus zuordnen lassen, zeichnen sich durch eine widersprüchliche Haltung gegenüber Neutralitätsfragen aus. «Neutralitätsdissonante» stimmen allen drei Funktionen der Neutralität – der sicherheitspolitischen Funktion, der Solidaritäts- und Identitätsfunktion – grossmehrheitlich zu. Dabei erhalten besonders die Solidaritäts- (99%) und die Identitätsfunktion (98%) hohe Zustimmungswerte. Auch die Aussage, dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone (89%) und eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe (90%), wird von einer sehr deutlichen Mehrheit der «Neutralitätsdissonanten» befürwortet.

Gleichzeitig beurteilen sie die Umsetzbarkeit der Neutralität jedoch kritischer. 55% der «Neutralitätsdissonanten» stimmen der Aussage zu, dass die Neutralität aktuell nicht mehr militärisch glaubhaft verteidigt werden könne. «Neutralitätsdissonante» spalten sich bei der Ansicht, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität der Schweiz verunmöglich (51%). 59% sind der Ansicht, dass die Neutralität die internationale Zusammenarbeit verunmögliche und die Schweiz künftig vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten könne. Trotz dieser Uneinigkeiten sind «Neutralitätsdissonante» nicht bereit, auf die Neutralität zu verzichten, selbst wenn diese der Schweiz eindeutig keine Vorteile mehr brächte (21%).

Dieser Widerspruch legt ein gewisses Mass an Verunsicherung zu Tage. Personen dieses Clusters sehen einerseits mögliche Schwierigkeiten bezüglich der Schweizer Neutralität, möchten aber trotzdem an ihr festhalten. «Neutralitätsdissonante» scheinen die sicherheitspolitischen Vorteile der Neutralität den aussenpolitischen Nachteilen gegenüberzustellen. Anteilmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1997 bis

2019 zwischen 24% und 33% aus. 2020 umfasst die Gruppe 32% (+3 Pp) der Befragten und ist damit leicht grösser im Vergleich mit dem langjährigen Durchschnitt (29%).

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätsdissonanten»: Die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» besteht aus signifikant mehr Frauen als Männer. Diese Gruppe tendiert politisch zur Mitte oder leicht nach rechts. Die links Ausgerichteten sind untervertreten bei den «Neutralitätsdissonanten».

«Neutralitätspragmatiker» (28%, –1 Pp): «Neutralitätspragmatiker» stimmen der Solidaritäts- (99%) und der Identitätsfunktion (95%) fast geschlossen zu, spalten sich aber etwas bei den Fragen zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität. 67% der «Neutralitätspragmatiker» sind der Ansicht, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann. Gleichzeitig glauben nur 35% der «Neutralitätspragmatiker», dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Sie sind sich uneinig, ob die Schweiz dank der Neutralität weniger in internationale Konflikte hineingezogen wird (53%). Gleichzeitig sind sie jedoch skeptisch, ob die Interdependenzen die Neutralität zunehmend verunmöglichten (29%) und ob die Neutralität gemeinsames Handeln mit Nachbarstaaten beeinträchtigen würde (10%). Einigkeit herrscht darüber, dass «Neutralitätspragmatiker» die Neutralität nicht aufgeben wollen (1%), auch wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr brächte.

«Neutralitätspragmatiker» scheinen in der Neutralität einen eher symbolischen Nutzen zu sehen. Obwohl sie sich über mögliche Nachteile durchaus bewusst sind, halten sie lieber an der Neutralität fest, als sie abzuschaffen. Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern» hat sich seit 2018 wieder normalisiert, nachdem er 2017 eingebrochen war. Mit 28% (–1 Pp) der Befragten liegt dieser Anteil 2020 genau im langjährigen Schnitt von 28%.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätspragmatiker»: Die Geschlechterverteilung sowie die politischen Ausrichtungen der «Neutralitätspragmatiker» weichen schwach jedoch signifikant von den jeweiligen Verteilungen in der gesamten Stichprobe ab. «Neutralitätspragmatiker» sind vorwiegend weiblich und politisch links eingestellt.

«Neutralitätstraditionalisten» (22%, –4 Pp): Befragte mit einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung stimmen der Solidaritäts- (99%) und Identitätsfunktion (93%) wie auch den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität – dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone (79%) und eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe (92%) – überaus deutlich zu. Außerdem sprechen sie sich sehr klar gegen jegliche kritische Beurteilung der Neutralität aus. Sowohl die Auffassung, die Schweizer Neutralität stelle ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten dar (4%), als auch die Idee, dass die zunehmende internationale Verflechtung Neutralität verunmöglichte, lehnen sie deutlich ab (5%). Nur 9% der «Neutralitätstraditionalisten» befürchten, dass die militärische Verteidigung

der Neutralität nicht mehr realisierbar sei. Sie würden die Neutralität auch dann nicht aufgeben wollen, wenn diese keine Vorteile mehr bringen würde (3%).

Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie kann als normativer Selbstzweck bezeichnet werden. Aus Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» ist die Neutralität eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden und vermag somit die politischen Beziehungen zum Ausland nicht zu beeinträchtigen. Seit 1997 liegt der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» zwischen 21% und 34%. Seit 2007 liegt der Anteil konstant unter 30%. Im Jahr 2020 werden 22% (+4 Pp) der Schweizer*innen den «Neutralitätstraditionalisten» zugeordnet. Dieser Wert liegt unter dem langjährigen Schnitt von 26%.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätstraditionalisten»: «Neutralitätstraditionalisten» sind vorwiegend männlich und politisch rechts eingestellt.

«Neutralitätskritiker» (18%, +2 Pp): Befragte mit dieser Auffassung haben die entgegengesetzte Einstellung zur Neutralität als die «Neutralitätstraditionalisten». Auch sie stimmen der Solidaritätsfunktion (82%) zu; die Zustimmung dazu ist jedoch deutlich geringer als bei den anderen Typen. Die Identitätsfunktion wird von den «Neutralitätskritikern» mit 54% knapp bejaht. Sie anerkennen die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität (79%), sehen jedoch darin keinen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität für Europa (19%). Sie sind auch skeptisch, ob die Neutralität die Verwicklung der Schweiz in internationale Konflikte verhindern kann (43%). Die Mehrheit der «Neutralitätskritiker» vertritt zudem die Ansicht, dass die enge internationale Verflechtung der Schweiz die Neutralität zunehmend verunmöglicht (61%) und die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit anderen europäischen Staaten hindert (59%). Die Frage nach der Abschaffung der Neutralität, insofern diese keine Vorteile mehr bringen würde, findet unter den «Neutralitätskritikern» mit Abstand am meisten Zuspruch und wird von einer knappen Minderheit von 49% gefordert.

Daraus lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere den zunehmenden Interdependenzen, zwar nicht mehr entspricht, aber nichtsdestotrotz ein wichtiger Teil des Schweizer Selbstverständnisses ausmacht. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2020 anteilmässig zwischen 14% und 26%. Der Anteil der «Neutralitätskritiker» beträgt 2020 18% (+2 Pp) und liegt damit im langjährigen Durchschnitt von 17%.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätskritiker»: Politisch links Eingestellte sind bei den «Neutralitätskritikern» stark übervertreten. Folglich sind Anhänger*innen der politischen Mitte und die Rechten stark unvertreten.

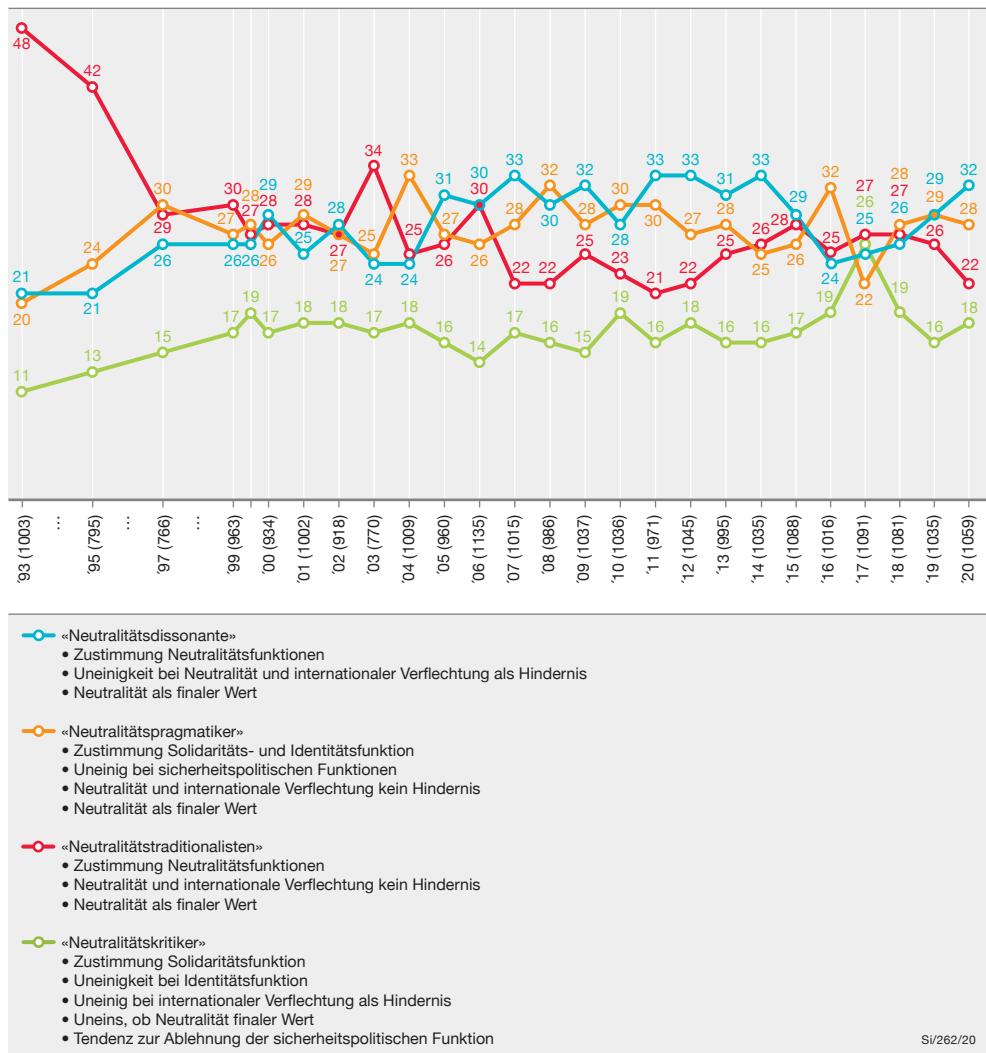
Abbildung 6.6

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2020 (in Prozent)

Neutralitätstypen

Die ausgewiesenen Zahlen in den Klammern der untenstehenden Zeitreihe entsprechen den Fällen, die den vier Clustern «Neutralitätsdissonante», «Neutralitätspragmatiker», «Neutralitätstraditionalisten» und «Neutralitätskritiker» zugeordnet werden können.

(Angaben in Prozent, gerundet)



Im Vergleich zum Ausnahmejahr 2017, in dem sich die Clustergrössen aller vier Neutralitätstypen auf einem sehr ähnlichen Niveau befunden haben, unterscheiden sich die Clustergrössen 2020 wieder stärker voneinander. Die eher angespannte und volatile weltpolitische Sicherheitslage der letzten Jahre hat wohl dazu geführt, dass die verschiedenen Auslegungen der Neutralität zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet wurden.

Fazit: Schweizer Stimmbürger*innen halten wie seit Messbeginn auch im Jahr 2020 klar an der Neutralität fest und eine Aufgabe der Neutralität kommt für die Mehrheit nicht in Frage. Über die differenzielle Auslegung der Neutralität (politisch Stellung beziehen, aber militärisch neutral bleiben) herrscht jedoch weiterhin Uneinigkeit. Die Zugehörigkeit in eine der drei Sprachregionen der Schweiz, sowie das Alter der Befragten sind wichtige Indikatoren für die Zustimmung oder Ablehnung der differenziellen Neutralität.

Bezüglich der Funktionen der Neutralität bleibt die Zustimmung zu der Solidaritäts- und Identitätsfunktion weiterhin sehr hoch, während die Befürwortung der verschiedenen sicherheitspolitischen Funktionen auf einem etwas tieferen Niveau einen leichten Zuwachs erfährt. Die Zustimmung zur Neutralität als geeignetes Instrument für die Schweiz, um international glaubwürdig als Vermittlerin und Friedensförderin in Konflikten auftreten zu können, bleibt weiterhin auf sehr hohem Niveau stabil. Eine grosse Mehrheit der Schweizer*innen betrachtet die Neutralität konstant als festen Bestandteil der Schweizer Identität. Die Zustimmungen zu den sicherheitspolitischen Dimensionen der Neutralität spalten sich hauptsächlich entlang der politischen Zugehörigkeit der Schweizer*innen.

Zwei Drittel der Stimmbürger*innen sehen in der Neutralität einen wirksamen Schutz davor, dass die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Ob eine militärische Verteidigung der Neutralität überhaupt realisierbar wäre, darüber sind sich Schweizer*innen jedoch über alle politischen Lager hinweg nicht einig. Auch wenn diese sicherheitspolitische (Kern-) Funktion der Neutralität in der Bevölkerung zunehmend kritisch hinterfragt wird und die möglichen negativen Auswirkungen auf die Aussenpolitik der Schweiz im Bewusstsein der Schweizer Stimmbevölkerung einen Platz gefunden haben, verfügt die Neutralität weiterhin über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Die Neutralität ist längst Teil der kulturellen Identität der Schweizer Bevölkerung geworden und ist nicht mehr wegzudenken. Dies zeigt sich auch darin, dass nur eine Minderheit der Aussage zustimmt, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis uns mehr Vorteile bringen würde als die Neutralität. Es scheint, dass das Gegenteil im Bewusstsein der Bevölkerung vorhanden ist: Neutralität bringt uns viele Vorteile, jedoch fast keine Nachteile.

Es wurden vier Gruppen von Neutralitätstypen gebildet. Neben der ersten Gruppe der «Neutralitätsdissonanten», welche die sicherheitspolitischen Vorteile der Neutralität den aussenpolitischen Nachteilen gegenüberstellen, jedoch insgesamt dennoch an der

Neutralität festhalten, gibt es noch drei weitere Gruppen in der Schweizer Bevölkerung mit klar unterscheidbaren Einstellungen bezüglich der Neutralität. Die zweite Gruppe («Neutralitätspragmatiker») sieht in der Neutralität einen eher symbolischen Nutzen. Die dritte Gruppe, die «Neutralitätstraditionalisten», sieht die Neutralität eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden und sieht keine Gefahr, dass die Neutralität die politischen Beziehungen zum Ausland beeinträchtigen könnte. Die letzte Gruppe sind die «Neutralitätskritiker», welche die Neutralität vor allem kritisch betrachten. Insgesamt wollen aber auch «Neutralitätskritiker» an der Neutralität festhalten. Insgesamt sehen Schweizer*innen auch 2020 deutlich mehr Vor- als Nachteile in der Neutralität für die Schweiz und wollen klar an der Neutralität der Schweiz festhalten.

7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen¹

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz nach Ansicht ihrer Stimmbevölkerung? Sind Schweizer*innen für eine umfassende Autonomie oder möchten sie eine Schweiz, die sich verstärkt international engagiert und sich politisch öffnet? Nachdem in Kapitel 6 die verschiedenen Ansichten zur Neutralität beschrieben wurden, befasst sich dieses Kapitel mit der Kooperationsbereitschaft der Schweizer*innen in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. Es werden die Einstellungen der Schweizer*innen zur Europäischen Union (EU), ihre Haltung gegenüber internationalen Kooperationen ohne institutionelle Bindung (weiche Kooperation), das gewünschte Engagement innerhalb der Vereinten Nationen (Uno), ihr Verhältnis zu sicherheitspolitischen Allianzen und das allgemeine Bestreben nach nationaler Autonomie erfragt. Am Ende des Kapitels wird eine Typologie zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen vorgestellt und deren Trend von 1993 bis 2020 nachgezeichnet.

7.1 Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Wahrnehmungen der Bevölkerung zur Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz ist im Hinblick auf mögliche Kooperationsformen, welche im Laufe des 20. Jahrhunderts aufkamen, für einen Kleinstaat wie die Schweiz von grosser Bedeutung. Dies auch, weil die (halb-)direkte Konkordanzdemokratie in der Schweiz stark ausgebaut ist (EDA 2011, 36). Aus diesem Grund werden Fragen zu möglichen Kooperationsformen und zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft bereits seit den Neunzigerjahren regelmässig abgefragt. In den Internationalen Beziehungen gibt es verschiedene theoretische Erklärungsansätze, welche das Zusammenspiel von Nationalstaaten beschreiben und erklären. Der Neorealismus negiert grösstenteils die Relevanz von innerstaatlichen Akteuren und nimmt an, dass Staaten als einheitliche Akteure gegen aussen auftreten («unitary actors»). Dabei wird vom Überlebensinteresse jedes einzelnen Staates ausgegangen, welches sämtlichen anderen Zielen übergeordnet wird. Im Liberalismus hingegen wird die Sicherheit, bzw. das Überleben jedes Staates nicht zur Maxime erklärt, sondern ist lediglich noch als untergeordnetes Ziel der Nationalstaaten vorhanden. Wichtiger ist die Wohlstandsmaximie-

1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

rung eines Landes, wobei die Aussenpolitik die Aggregation der Präferenzen sämtlicher Akteure eines Landes darstellt (Schimmelfennig 2015).

In Bezug zur Schweiz ist vor allem die Neutralität als Strategie für Kleinstaaten von Bedeutung (vgl. Kapitel 6). Deren Bedeutung variiert je nach theoretischer Perspektive: Der Neorealismus sieht die Neutralität als rationales Kalkül eines Kleinstaates, sich international zwischen unfreundlichen und sich rivalisierenden Staaten die eigene Autonomie und das Überleben zu garantieren (Jesse 2006). Anders sieht es im Liberalismus aus: Hier wird angenommen, dass die Maxime der Selbsterhaltung spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges zweitrangig ist. Es ist also nicht mehr das Überleben der Staaten, sondern die wirtschaftliche Prosperität und die internationale Kooperation, bzw. die Vertiefung von wirtschaftlichen Interdependenzen, welche für Staaten relevant sind (Joenniemi 1993). Die Schweizer Neutralität steht jedoch in Konflikt mit der als erstrebenswert angesehenen internationalen Verflechtung, welche der Liberalismus in der vermehrten Integration der Nationalstaaten in internationalen Organisationen sieht (Morris & White 2011). Aus diesem Grund eignet sich die neorealistische Sichtweise wohl besser, um die Schweizer Aussenpolitik zu analysieren (Andrey 2010).

Die Analyse der Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik kann aus drei Blickwinkeln betrachtet werden: aus jener der Akteure, der Interaktionen und der Institutionen. Akteure können Staaten, Organisationen oder Einzelpersonen sein und variieren je nach Fragestellung. Mit Interaktionen ist die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Akteuren gemeint (Schimmelfenning 2015). Interaktionen finden auf verschiedenen Ebenen des Staatengefüges statt und formen gemeinsam die Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik. Nach Krasner (1983) sind Institutionen als Sets von Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsabläufen, nach denen sich Akteure in einem gewissen Umfeld richten, definiert. Die Neutralität kann demzufolge als Institution betrachtet werden, da sie den aussenpolitischen Spielraum der Schweiz beeinflusst (Havel 2000).

Die Akteure, welche an der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik beteiligt sind, sind einerseits andere Staaten, aber andererseits auch supranationale Organisationen, wie die EU, die Uno oder das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (Nato). Mit der verstärkten Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen (Abhängigkeiten) weltweit angestiegen. Im Falle der Schweiz ist spezifisch die EU zu nennen, welche die Schweiz mittlerweile, mit der Ausnahme von Liechtenstein, komplett umschliesst und einen grossen Einfluss auf die Schweizer Aussenpolitik hat (Hirschi et al. 1999). Aber auch Normen, welche sich in institutionellen Gefügen wie der Uno oder deren Suborganisationen, oder in nicht-institutionellen Rahmen entwickelt haben, beeinflussen Schweizer Interessen und Handlungsoptionen im internationalen Kontext. Die «Aussenpolitische Strategie 2016–2019»

des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) definiert die Schwerpunkte der Schweizer Aussenpolitik (Schweizerische Eidgenossenschaft 2016a). Diese sehen eine Vertiefung der Beziehungen zu den EU-/EFTA²-Staaten und zu globalen Partner*innen, sowie den Ausbau des Engagements für Frieden und Sicherheit und die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Wohlstand bis 2030 vor. Auf der individuellen Ebene können unzählige Akteure Einfluss auf die Ausgestaltung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz haben (Allison 1969).

Interaktionen auf der anderen Seite sind abhängig von den Präferenzen und Strukturkonstellationen der einzelnen Staaten im internationalen Kontext (Schimmelfennig 2015). Als mögliche Interaktionen werden die Koordination, Kooperationen und Verhandlungen in verschiedenen Politikfeldern verstanden, welche von Akteuren situationsgerecht angewendet werden, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Globalisierung und die zunehmende Verflechtung der Nationalstaaten, aber auch das vermehrte Aufkommen von globalen Problemen, wie z.B. Klimawandel oder Terrorismus, führen dazu, dass viele Probleme nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten alleine gelöst werden können (Schimmelfennig 2015). Dies lässt sich auch auf die Sicherheitspolitik übertragen. So wird Sicherheit heute nicht mehr alleine als militärische Sicherheit begriffen, sondern mit den Dimensionen Gesellschaft, Ökonomie, Ökologie und Kultur erweitert und die Unterscheidung zwischen innerer und äusserer Sicherheit aufgehoben («erweiterter Sicherheitsbegriff»; Daase & Rülig 2016, 15). Kooperationen bergen aber auch gewisse Risiken, da man nicht weiß, ob sich die anderen beteiligten Akteure ebenfalls kooperativ zeigen. Unter Umständen kann Kooperation deshalb mit hohen Kosten verbunden sein (Schimmelfennig 2015).

Um das Risiko und die Unsicherheit der Kooperation zu verkleinern, kann es nützlich sein, Institutionen zu etablieren. Institutionen sind Regelwerke, welche von allen beteiligten Akteuren befolgt werden müssen, falls sie mit den restlichen beteiligten Staaten kooperieren wollen (Krasner 1983). Diese Funktion wird häufig an internationale Organisationen übertragen, welche diese Regelwerke umsetzen: Durch ihren zentralisierten Aufbau und ihre Unabhängigkeit von den einzelnen Staaten eignen sich diese besonders, um die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten (Abbott & Snidal 1998). Beispiele dafür sind die Uno und die EU. Dabei dürfte die EU die supranationale Organisation mit der grössten Autonomie in der Geschichte sein.

Die Schweizer Aussenpolitik wird von zwei gegensätzlichen Interessen geprägt: Dem Interesse an internationalem Handel und dem Ziel der politischen Autonomie. Der internationale Handel und die daraus resultierenden Interdependenzen haben gesteigerten Wohlstand zum Ziel, welcher mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Frieden zwischen den beteiligten Ländern einhergeht (Gilpin 2001, 67–68). Dies ist jedoch auch auf die

2 Europäische Freihandelsassoziation.

geografische Nähe und eine Teilung von demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien zurückzuführen. Die Schweizer Neutralität fördert aber das Interesse, politische Autonomie zu wahren (Christin & Trechsel 2002). Diese teils gegensätzliche Interessenlage bietet eine Vielzahl von aussen- und sicherheitspolitischen Optionen für die Schweiz. Wenn man argumentiert, dass vielfältige Interdependenzen das Staatsensystem überlagern und diese zur Kooperation zwingen, kann die absolute Autonomie (vgl. Abbildung 6.1) der Schweiz als «Trittbrettfahrertum» in der internationalen Politik interpretiert werden. Dabei gibt es eine zunehmende Anzahl von Problemen, welche nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden können. Dies bedeutet also auch, dass die Schweiz Einfluss bei der Lösung dieser Probleme preisgibt. Demgegenüber steht die maximale Öffnung der Schweiz, welche jedoch Probleme mit dem heutigen Neutralitätsverständnis mit sich bringen würde und die Autonomie der Schweiz zu einem gewissen Grad beschneiden würde (Fanzun & Lehmann 2000). Diese Option würde der Schweiz jedoch ein verstärktes Mitspracherecht geben.

Die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik ist facettenreich. In der Studienreihe «Sicherheit» werden aussen- und sicherheitspolitische Aspekte in verschiedene Dimensionen eingeteilt, zu deren Erfassung zehn Items herangezogen werden (vgl. Tabelle 7.1).

*Tabelle 7.1
Erhebung der unterschiedlichen Dimensionen der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik.*

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Beziehungen zur EU	Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt	«Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» Vor 2004: «Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.»
	Politische Annäherung an die EU	«Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.»
	Vorbehaltloser Beitritt zur EU	«Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» Vor 2020: «Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.»
Weiche Kooperation	Aktivere Rolle an internationalen Konferenzen	«Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen.»
	Vermehrte Vermittlung in Konflikten	«Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.»
	Vermehrte Entwicklungshilfe	«Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.»
Kooperation mit der Uno	Verstärktes Engagement für Anliegen der Uno	«Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.» Vor 2002: «Die Schweiz sollte der Uno beitreten.»
Sicherheits-politische Kooperationen	Friedentruppen für die Uno	«Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedentruppen zur Verfügung stellen.»
	Annäherung an die Nato	«Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.»
	Beitritt zur Nato	«Die Schweiz sollte der Nato beitreten.»

Am Ende dieses Kapitels wird anhand dieser Indikatoren eine Typologie zur aussen- und sicherheitspolitischen Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen vorgestellt und diskutiert.

7.2 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Die Zustimmung zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt (siehe Abbildung 7.1, blaue Linie) bleibt signifikant unverändert auf konstant hohem Niveau (81%, –1 Prozentpunkt) bestehen. Die Zustimmung zum bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU liegt aktuell über dem langjährigen Schnitt von 76%. Bereits seit der Einführung dieser Frage im Jahr 2004 findet der bilaterale Weg eine grosse Befürwortung in der Stimmbevölkerung, welche sich bis 2012 kontinuierlich erhöht hat und seither konstant ist.

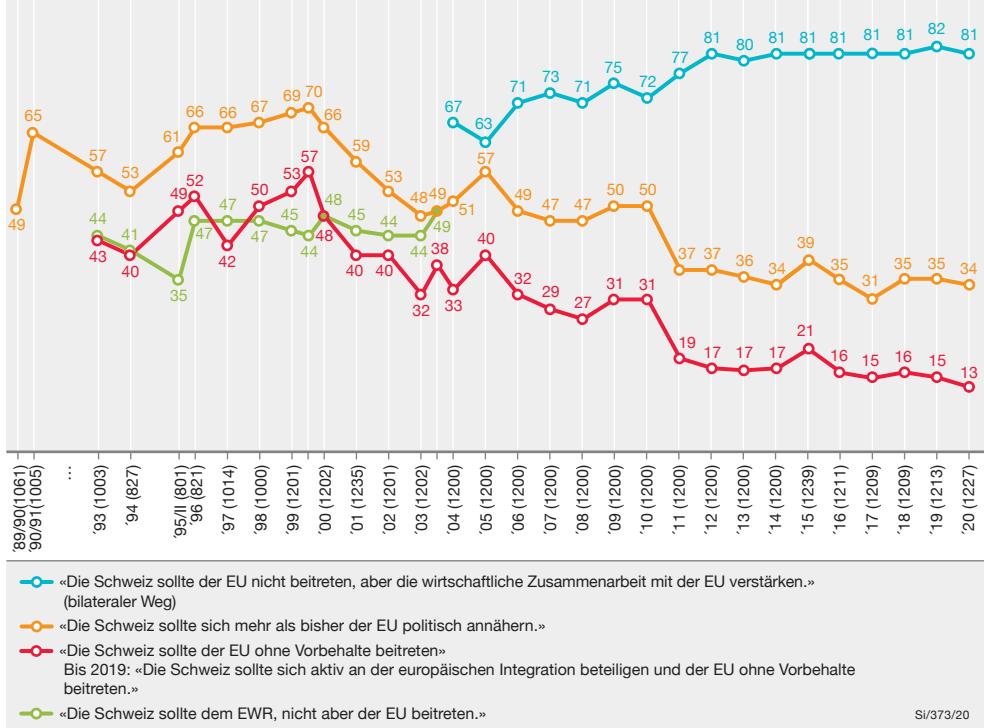
Insgesamt ist die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zu einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung an die EU (orange Linie) über die letzten Jahre stabil geblieben. Das Jahr 2011 stellt, hinsichtlich der Bereitschaft zur politischen Annäherung an die EU, einen nachhaltigen Wendepunkt im Meinungsbild der Schweizer Stimmbevölkerung dar. Während sich Schweizer*innen vor 2011 uneinig darüber waren, ob die Schweiz sich der EU politisch annähern soll, befürwortet seit 2011 nur noch eine Minderheit der Befragten eine Annäherung. Seit 2011 ist die Zustimmung dazu relativ konstant. So erklären sich aktuell 34% (–1 Pp) der Befragten damit einverstanden, dass sich die Schweiz politisch mehr als bisher an die EU annähern soll (8% sind «sehr» und 26% sind «eher» einverstanden). Diese Einstellung bleibt gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert. 2017 wurde mit 31% Zustimmung zu dieser Aussage ein historischer Tiefstwert gemessen. Aktuell setzt sich der zwischen 2015 und 2017 gemessene Abwärtstrend nicht weiter fort.

Auch die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt (rote Linie; langjähriger Schnitt: 32%) verliert ab 2011 an Bedeutung. So sprechen sich 2020 13% (–2 Pp) für einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU aus. 3% der Befragten geben an «sehr» und 10% «eher» mit dieser Aussage einverstanden zu sein. Gegenüber 2019 ist diese Einstellung statistisch signifikant gesunken. Der Wert befindet sich 2020 somit auf einem historischen Tiefpunkt. Ein möglicher Erklärungsansatz für den Tiefstwert liefert der definitive EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit). Am 24. Januar 2020 wurde das Austrittsabkommen unterzeichnet und am 31. Januar 2020 der Austritt vollzogen (SRG SSR 2020). Die finale Phase der Brexit-Verhandlungen fällt damit in die Phase der Datenerhebung (06.01.2020 bis 24.01.2020) der Studie «Sicherheit 2020».

*Abbildung 7.1
Europäische Integration*

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



SI/373/20

Über den gesamten Erhebungszeitraum der Studienreihe «Sicherheit» lässt sich ein markanter Bruch im Meinungsbild der Schweizer Stimmbürger*innen bezüglich der Europapolitik ausmachen. In den Neunzigerjahren befürwortete eine klare Mehrheit eine politische Annäherung an die EU und selbst ein Beitritt war stellenweise denkbar oder erreichte nur ganz knapp keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung. Auch ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wurde über die Jahre durchschnittlich von ungefähr 45% der Stimmbürger*innen unterstützt. Ab den 2000er Jahren setzte ein Abwärtstrend bei der Zustimmung zur politischen Annäherung und zu einem Beitritt zur EU ein. In den Jahren 2003 bis 2005 gab es eine kurzfristige Umkehrung dieses Trends, spätestens aber ab 2006 nahm die Zustimmung zu einer politischen Annäherung und

einem EU-Beitritt wieder ab. Ein weiterer spürbarer Rückgang wurde 2011 verzeichnet, als die Zustimmungswerte sanken. Zeitlich fällt dies mit der Finanz- und Eurokrise und dem darauffolgenden Erstarken verschiedensten euroskeptischen Parteien zusammen. In derselben Zeit, in der die Zustimmung zu einer politischen Annäherung und einem vorbehaltlosen EU-Beitritt abnahm, stieg die Zustimmung für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU bis 2012 und befindet sich seitdem auf dem heutigen Niveau.

Soziodemografische Einflüsse: Die politische Selbsteinschätzung hat die stärkste Erklärungskraft zur Beschreibung der Variationen bei der Einstellung der Schweizer*innen gegenüber der EU. Die sich politisch links einstufenden Befragten verzeichnen eine signifikant höhere Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt als die politische Mitte und die rechts Ausgerichteten (links: 22%, Mitte: 9%, rechts: 7%; $\gamma=0.34$).³ Die drei politischen Lager lehnen somit einen EU-Beitritt deutlich ab. Während sich links orientierte Schweizer*innen bei der politischen Annäherung der Schweiz an die EU mit 50% uneinig sind, wird diese Vorgabe von der politischen Mitte mit 27% und den politisch rechts Orientierten mit 25% vergleichsweise deutlich abgelehnt ($\gamma=0.35$).

In den drei Sprachregionen wird eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU befürwortet und ein EU-Beitritt deutlich abgelehnt. Deutschschweizer*innen befürworten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (ohne Beitritt) signifikant stärker als Westschweizer*innen (D-CH: 82%, F-CH: 77%; CC=0.10). Westschweizer*innen (19%) stimmen signifikant häufiger einem vorbehaltlosen EU-Beitritt zu, als Deutschschweizer*innen (11%; CC=0.11).

Die Diversität in der Einstellung betreffend eines EU-Beitrittes zeigt sich auch beim Alter der Befragten: Während 10% der 18–29-Jährigen einen EU-Beitritt befürworten, wird diese Vorgabe von den ab 60-Jährigen mit 17% signifikant stärker unterstützt ($\gamma=0.10$).

Die Zustimmungsrate einer politischen Annäherung der Schweiz an die EU hängt auch mit der Wohnumgebung der Befragten zusammen. Städter*innen stimmen einer politischen Annäherung an die EU signifikant stärker zu als Bewohner*innen in Agglomerationen und auf dem Land (Stadt: 39%, Agglomeration: 30%, Land: 27%; CC=0.16).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung zur EU stehen in negativem Zusammenhang mit der Zustimmung zu verschiede-

3 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

nen Funktionen der Neutralität. So besteht ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen der Beibehaltung der Neutralität und der Zustimmung zu einem EU-Beitritt oder einer EU-Annäherung ($\gamma=-0.55$ bzw. $\gamma=-0.41$). Personen, welche einem EU-Beitritt oder einer EU-Annäherung zustimmen, halten die Schweizer Armee für signifikant weniger notwendig ($\gamma=-0.36$ bzw. $\gamma=-0.34$). Diese sind auch der Meinung, dass uns die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität ($\gamma=0.55$ bzw. $\gamma=0.46$). Damit geht einher, dass die EU-Befürworter*innen signifikant öfters der Meinung sind, das Militär könnte ruhig abgeschafft werden ($\gamma=-0.30$ bzw. $\gamma=-0.27$) und dass die Schweiz zu viel Geld für die Verteidigung ausgibt ($\gamma=-0.33$ bzw. $\gamma=-0.27$). Diese Befunde zeigen, dass EU-Befürworter*innen der Schweizer Armee gegenüber negativer eingestellt sind, als jene Schweizer*innen, welche die EU ablehnen.

Der European Social Survey 2018

Der European Social Survey (ESS) ist eine grosse, wissenschaftsorientierte Erhebung, die seit 2002 alle zwei Jahre in rund 30 europäischen Ländern durchgeführt wird. Verschiedene Fragemodule messen die Werte, Einstellungen und das soziale Verhalten der Bevölkerung in Europa. Die 9. Befragungsrounde fand in der Schweiz vom 01. September 2018 bis zum 11. Februar 2019 statt. Die Daten wurden mittels Computer Assisted Personal Interview (CAPI-)Verfahren erhoben und beziehen sich auf die gesamte Bevölkerung der Schweiz ab dem 15. Lebensjahr. In der folgenden Auswertung sind jedoch nur die in der Schweiz stimm- und wahlberechtigten Personen berücksichtigt (N=1183) (European Social Survey 2020). Hätten die Schweizer Stimmberchtigten 2018 über die Mitgliedschaft in der EU abstimmen können, wären 12% für und 81% gegen einen EU-Beitritt gewesen. Außerdem ist die bisherige europäische Integration für 39% der Schweizer*innen 2018 bereits zu weit gegangen. 25% halten den Grad der europäischen Integration für gerade richtig und 32% könnten sich eine stärkere Integration vorstellen (European Social Survey Round 9 Data 2018).

European Social Survey (2020). *ESS-9 2018 Documentation Report. Edition 1.3.* Bergen, European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC. 24.03.2020. doi:10.21338/NSD-ESS9-2018.

European Social Survey Round 9 Data (2018). *Data file edition 1.2.* NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. 24.03.2020. doi:10.21338/NSD-ESS9-2018.

Die Trendstudie: «CS Sorgenbarometer 2019» und der «Europa Barometer 2019» der Credit Suisse

Seit 1977 untersucht der «Credit Suisse Sorgenbarometer» jedes Jahr die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung. Für den «Sorgenbarometer 2019» wurden 2495 Stimmberchtigte über verschiedene Kanäle (Mixed-Mode-Ansatz)

befragt: 500 Personen Face-to-Face, 534 aus dem gfs-Panell und 1461 durch freie Online-Rekrutierung über Social Media. Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 10. Juli 2019 und dem 05. August 2019 in der ganzen Schweiz. Die Daten wurden nach soziodemografischen (Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) und methodischen Kriterien gewichtet (gfs.bern 2019b, 4). Die Schweizer Beziehungen zur EU werden von 21% der Befragten als eines der fünf wichtigsten Problemfelder benannt. Damit rangiert das Thema auf Rang 8 der drängendsten Probleme der Schweiz (gfs.bern 2019b, 6). Auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 «kein Vertrauen» und 7 «grosses Vertrauen» bedeuten, wird das Vertrauen in zwölf verschiedene Institutionen gemessen. Dabei ist das Vertrauen in die EU in den letzten drei Jahren stark gesunken. 2019 belegt die EU mit einem Mittelwert von 3.1 den letzten Platz des Vertrauens-Indexes. Somit bringen Schweizer*innen der EU nur ein geringes Vertrauen der EU entgegen (gfs.bern 2019b, 14–15).

Im Oktober 2019 publizierte die Credit Suisse zusätzlich den «Europa Barometer 2019». Das Ziel des Europa Barometers ist es, Erkenntnisse über die Schweiz und ihr Verhältnis zu Europa aus Sicht der Stimmberechtigten zu gewinnen. Dabei sind die Daten des «CS Sorgenbarometers 2019» und des «Europa Barometers 2019» identisch (gfs.bern 2019c, 5). 78% der Befragten halten stabile Beziehungen zur EU für «sehr» oder «eher» wichtig (gfs.bern 2019c, 15). 73% empfinden die bilateralen Verträge mit der EU als wichtig. Die Stimmberechtigten wurden auch gefragt, wie sie sich die Beziehungen zur EU in Zukunft wünschen. 63% der Schweizer*innen favorisieren in erster Priorität die Fortsetzung der bilateralen Verträge, 8% würden dem EWR beitreten wollen und nur 7% unterstützen einen EU-Beitritt (gfs.bern 2019c, 8–9).

gfs.bern (2019b). *Aufgabe nicht erfüllt? Reformstau, Führungslosigkeit und die Erwartung einer Wirtschaftskrise hinterlassen Spuren.* Credit Suisse Sorgenbarometer 2019. Bern.

gfs.bern (2019c). *Offenheit gegenüber Weiterentwicklung Beziehung Schweiz-Europa. Bevölkerung für Rahmenabkommen offen, für Konzessionen dagegen weniger.* Credit Suisse Europa Barometer 2019. Bern.

«Standort Schweiz 2019 – Europafragen»

Das gfs.bern publizierte den sechsten Bericht der Projektreihe «Standort Schweiz 2019 – Europafragen» am 26. März 2019. Das Ziel der Projektreihe «Standort Schweiz – Europafragen» ist es, das europapolitische Meinungsbild in Bezug auf die bilateralen Verträge der Schweizer Stimmbevölkerung zu erfassen. Für die repräsentative Erhebung wurden 2000 Stimmberechtigte in der Schweiz mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) befragt. Die Erhebung wurde zwischen dem 04. Februar und dem 09. März 2019 durchgeführt. Der Bericht zeigt, dass 59% der Stimmberechtigten «nur» oder «eher» Vorteile in den bilateralen Verträgen sehen und 19% sehen «nur» oder «eher» Nachteile. 17% sind ambivalent und sehen Vor- und Nachteile und 5% können sich keine Meinung bilden. Zusätzlich wurde auch gefragt, ob die Stimmberechtigten das aktuell in der Konsultation befindliche institutionelle Rahmenabkommen mit der EU unterstützen. 60% der Stimmbevölkerung ist insgesamt dafür. 17% sind «bestimmt» und 43% «eher» dafür. 35% sind dagegen (15% «bestimmt» und 20% «eher» dagegen). 5% haben keine Meinung (gfs.bern 2019d).

gfs.bern (2019d). *Zähneknirschendes Ja. Standort Schweiz 2019 – Europafragen.* Bern.

Der European Social Survey 2018, der «CS-Sorgenbarometer 2019», der «Europa Barometer 2019», «Standort Schweiz 2019 – Europafragen» und die Studie «Sicherheit 2020» im Vergleich

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2020» zeigen erneut, dass sich eine klare Mehrheit (81%) der Schweizer*innen lediglich eine wirtschaftliche Kooperation mit der EU wünscht. Eine politische Annäherung (34%) und ein EU-Beitritt (13%) werden, wie in den Jahren zuvor, deutlich abgelehnt.

Die oben beschriebenen Studien zeigen ein sehr ähnliches Bild davon, wie die Schweizer*innen gegenüber der europäischen Integration eingestellt sind. Die Zustimmung zur EU-Annäherung liegt zwischen 32% und 34%. Sowohl im «European Social Survey 2018» wie auch in der Studie «Sicherheit 2020» zeigen sich hierbei mit 32% (stärkere Integration gewünscht) und 34% (Annäherung an die EU) gleiche Zustimmungswerte. Demgegenüber wird ein EU-Beitritt der Schweiz nur von einer kleinen Minderheit gefordert, wobei deren Zustimmung deutlich tiefer zwischen 7% und 13% liegt. Sowohl im «European Social Survey 2018» als auch im «Europa Barometer 2019» finden sich ähnlich tiefe Zustimmungswerte wie in der Studie «Sicherheit 2020». Die Zustimmung zu einer ausschliesslich wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU findet hingegen sowohl in der Studie «Sicherheit 2020» eine grosse Mehrheit von 81% als auch im «Europa Barometer 2019» der Credit Suisse, bei dem sich 73% der Befragten für die Wichtigkeit der bilateralen Verträge aussprechen. Gemäss dem Bericht «Standort Schweiz 2019 – Europafragen» sehen 59% Vorteile in den Bilateralen und 17% neben den Vorteilen auch Nachteile. Im «Europa Barometer 2019» sind 76% der Befragten der Auffassung, dass die bilateralen Verträge beibehalten werden sollen. Der Bericht «Standort Schweiz 2019 – Europafragen» zeigt, dass 60% der Stimmbevölkerung das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU unterstützt. Dies ist etwas tiefer als die Zustimmung zu den bilateralen Verträgen in den anderen Untersuchungen.

Die fünf oben beschriebenen Untersuchungen zeichnen dasselbe Bild: Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU von einer Bevölkerungsmehrheit begrüsst wird, wird eine Annäherung oder ein Beitritt zur EU nur von der Minderheit gefordert. Die starke Ablehnung gegenüber einer EU-Annäherung und eines Beitritts begründet sich mit der starken Befürwortung der Neutralität.

Die Abweichungen zwischen den hier beschriebenen fünf Untersuchungen können unter anderem auf die unterschiedliche Erhebungsart und Zeitpunkte, die Erhebungsskalen, Frageformulierungen und auf die Anzahl erhobener Institutionen zurückgeführt werden. Generell zeigt sich in den fünf verschiedenen Befragungen ein relativ konsistentes Bild, wie Schweizer*innen gegenüber der EU eingestellt sind.

7.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

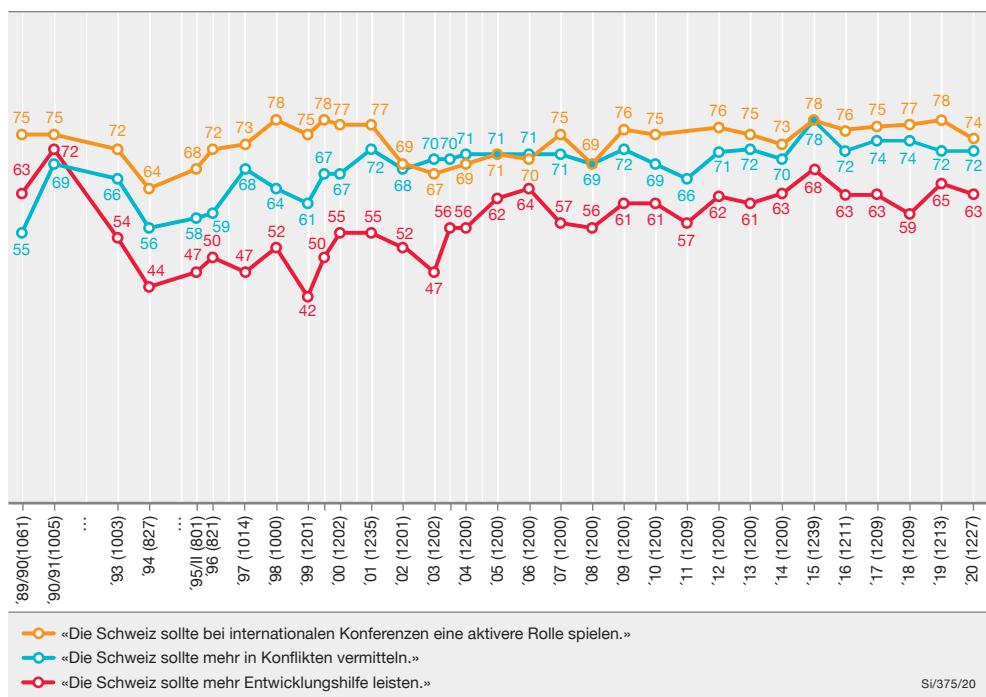
Die Zustimmung zu nicht-institutionellen («weichen») Kooperationsformen mit anderen Staaten ist über die letzten Jahre relativ stabil geblieben. Dieser Trend setzt sich auch 2020 fort (siehe Abbildung 7.2). 74% (–4 Pp) der Befragten sind der Auffassung, dass die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktiver Rolle spielen soll (orange Linie). Der aktuelle Wert entspricht genau dem langjährigen Durchschnitt von 74%. Davon sind 22% «sehr» und 52% «eher» einverstanden. 72% (± 0 Pp) befürworten eine verstärkte Vermittlungsrolle der Schweiz in Konflikten (langjähriger Schnitt 68%, blaue Linie). Diese beiden Einstellungen sind über den ganzen Erhebungszeitraum auf hohem Niveau. Während 2019 die Zustimmung für eine Verstärkung der Entwicklungshilfe im Vergleich zu 2018 signifikant gestiegen ist, verharrt sie 2020 statistisch unverändert (63%, –2 Pp). Die Zustimmung zur Entwicklungshilfe (rote Linie) nähert sich damit dem Niveau der Vorjahre an und liegt aktuell über dem langjährigen Schnitt von 57%.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Schweizer Stimmbevölkerung seit Erhebungsbeginn der Studienreihe «Sicherheit» grossmehrheitlich hinter einem starken nicht-institutionellen Engagement der Schweiz in der internationalen Konfliktvermittlung und an internationalen Konferenzen steht. Die Zustimmung zu verstärkter Entwicklungshilfe hat die Stimmbevölkerung zwischen 1993 und 2003 geteilt, danach steht jedoch eine deutliche Mehrheit hinter der Erhöhung des Budgets für Entwicklungshilfe. 2015 wurden bei allen drei Kooperationsformen Höchstwerte gemessen. Es ist naheliegend, dass diese Werte des Jahres 2015 in einem Zusammenhang mit dem Schweizer Vorsitz bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch den damaligen Bundespräsidenten Didier Burkhalter im Jahr 2014 stehen. Offenbar wurde dieses verstärkte internationale Engagement positiv wahrgenommen.

Abbildung 7.2

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft
ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»
 («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Von den soziodemografischen Einflüssen erklärt insgesamt die politische Selbsteinschätzung am stärksten die Zustimmung zu den nicht-institutionellen internationalen Kooperationsformen, welche bis auf eine Ausnahme von allen politischen Lagern befürwortet werden. Bei allen drei Items lassen sich jedoch bezüglich der Höhe der Zustimmung markante Unterschiede bei der politischen Einstellung beobachten. Die Unterstützung für eine aktiver Rolle an internationalen Konferenzen ist bei politisch rechts orientierten Personen (66%) signifikant tiefer als bei der politischen Mitte (77%) und den Linken (80%; $\gamma=-0.19$). Auch in Bezug auf die Vermittlung in Konflikten sind Schweizer*innen, die sich politisch links orientieren, signifikant stärker einverstanden. Je stärker sich eine Person rechts einstuft, desto geringer die Zustimmungswerte (links: 81%, Mitte: 74%, rechts: 64%; $\gamma=-0.22$). Bei der Frage, ob die Schweiz mehr Geld für die Entwicklungshilfe aufwenden soll, zeigen sich die unterschiedlichen Einstellungen in

Bezug auf die politische Selbsteinschätzung am stärksten. Die politisch rechts Orientierten sprechen sich nur mit 44% für mehr Geld für die Entwicklungshilfe aus. Schweizer*innen der politischen Mitte und links davon stimmen hingegen mehrheitlich für mehr Geld für die Entwicklungshilfe (links: 81%, Mitte: 64%; $\gamma=0.46$). Dabei fällt der Zustimmungsunterschied von 37% zwischen den Linken und Rechten auf und unterstreicht die stark voneinander abweichende Position der beiden politischen Lager bei der Geldvergabe für Entwicklungshilfe.

Regionale Unterschiede zeigen sich bei allen drei erfragten Items, wenngleich alle Sprachregionen den drei Items zustimmen. Die in der Deutschschweiz lebenden Befragten stimmen einer aktiveren Rolle an internationalen Konferenzen (72%; CC=0.16) und der Vermittlung in Konflikten (70%; CC=0.13) weniger stark zu als Westschweizer*innen mit 82% respektive 79%. Geht es um die Bereitstellung von Entwicklungshilfegeldern, zeigen sich Tessiner*innen (81%) und die Westschweizer*innen (78%) deutlich solidarischer als Deutschschweizer*innen (56%; CC=0.24).

Genauso spielen Altersunterschiede eine Rolle für die Stärke der Befürwortung «weicher» internationaler Kooperationsformen. Auffällig dabei sind insbesondere die Unterschiede zwischen der jüngsten und der ältesten Altersgruppe. Die ab 60-Jährigen wünschen sich stärker eine aktiver Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (74%) sowie bei der Konfliktvermittlung (75%) als die 18–29-Jährigen (66% bzw. 67%; $\gamma=0.13$ bzw. $\gamma=0.12$). Die jüngste Altersgruppe (84%) dagegen ist signifikant stärker für das Leisten von mehr Entwicklungshilfe. Dagegen liegt bei den 30–59-Jährigen die Zustimmungsrate bei 61% und bei den ab 60-Jährigen bei 55% ($\gamma=0.25$). Ab 60-Jährige unterstützen demnach vor allem die Guten Dienste der Schweiz als Vermittlerin in internationalen Konflikten (75%) und als Vorreiterin der internationalen Kooperation (75%), wohingegen die 18–29-Jährigen sich stark für zusätzliche Entwicklungshilfe aussprechen.

Das Bildungsniveau und die Höhe des Einkommens weisen bei der Einstellung zur vermehrten Konfliktvermittlung signifikante Erklärungspotentiale auf. Befragte mit hoher Bildung sind signifikant häufiger der Meinung, dass die Schweiz vermehrt in Konflikten vermitteln soll (tief: 63%, mittel: 67%, hoch: 78%; $\gamma=0.19$). Schweizer*innen mit einem hohen Einkommen stimmen der Aussage signifikant stärker zu als die mittlere und tiefste Einkommensgruppe (hoch: 81%, mittel: 73%, tief: 65%; $\gamma=0.16$)

Städter*innen zeigen sich kooperationsbereiter als die Schweizer Bevölkerung auf dem Lande. 74% der Stadtbewohner*innen stimmen zu, dass die Schweiz mehr in Konflikten vermittelt und mehr Entwicklungshilfe leisten soll (68%). Auf dem Land sind es 67%, welche für mehr Konfliktvermittlung (CC=0.12) sind und 55%, welche sich für mehr Schweizer Entwicklungshilfe (CC=0.17) aussprechen.

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, die der Meinung sind, die Schweiz solle mehr Entwicklungshilfe leisten, sind kritischer gegenüber der Schweizer Armee eingestellt. Sie sind signifikant häufiger der Meinung, die Armee sei nicht notwendig ($\gamma=0.37$), die allgemeine Wehrpflicht solle aufgehoben ($\gamma=0.35$) und das Militär könnte ruhig abgeschafft werden ($\gamma=0.40$). Zudem gebe die Schweiz zu viel für die Verteidigung aus ($\gamma=0.37$) und mit der Leistung der Armee sind Befürworter*innen von mehr Entwicklungshilfe ebenso signifikant weniger zufrieden ($\gamma=-0.25$)

7.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Zu Beginn der Neunzigerjahre unterstützte nur eine Minderheit der Schweizer*innen eine institutionelle Kooperation in Form eines Schweizer Beitritts zur Uno (vgl. Abbildung 7.3). Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, dass die Schweizer Stimmbevölkerung am 16. März 1986 den Beitritt zur Uno mit 75.7% Nein-Anteil ablehnte (Schweizerische Eidgenossenschaft 1986). Zwischen 1997 und 2001 zeigen die Daten der Studienreihe «Sicherheit», dass durchschnittlich eine Mehrheit von 60% einem Schweizer Uno-Beitritt zustimmt. Im Januar 2002 sprachen sich 58% der Befragten der Studie «Sicherheit 2002» für einen Uno-Beitritt der Schweiz aus (Haltiner et al. 2002, 89). Die eidgenössische Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno)» wurde am 3. März 2002 von einer Mehrheit von 54.6% angenommen (Schweizerische Eidgenossenschaft 2002). Bei der Uno-Abstimmung 2020 wurde das Ständemehr mit dem kleinsten möglichen Mehr von 13 Ständen (Kantonen) erreicht. Die 2002 durchgeführte Abstimmungsnachbefragung (Vox-Analyse) zeigte, dass es einen Konflikt zwischen den Westschweizer Kantonen und den städtischen Deutschschweizer Kantonen auf der einen Seite und den ländlichen Deutschschweizer Kantonen und dem Kanton Tessin auf der anderen Seite gab (gfs.bern 2002). So stimmten sämtliche Westschweizer Kantone zusammen mit den Deutschschweizer Kantonen Bern, Solothurn, beider Basel, Luzern, Zug und Zürich für den Beitritt. Der beschriebene Konflikt hatte sich bei der 1986 durchgeführten Abstimmung noch nicht gezeigt. Zusätzlich zeigte die Nachabstimmungs-Analyse, dass 2002 von den Bundesratsparteien lediglich die Anhänger*innen der SVP die Vorlage ablehnten und als einzige soziodemografische Gruppe eine geringere Zustimmung zum Uno-Beitritt als in der Abstimmung von 1986 aufwiesen (gfs.bern 2002).

Im Zuge des Beitritts der Schweiz zur Uno 2002 wurden in der Studienreihe «Sicherheit» 2003 zwei neue Indikatoren, welche das vermehrte Engagement der Schweiz in der Uno messen, eingeführt. Seit 2003 stimmt jeweils eine Bevölkerungsmehrheit beiden Indikatoren zu (siehe Abbildung 7.3). Im Vergleich zum Vorjahr befürworten 60% (+1 Pp) eine Schweiz, die sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzt

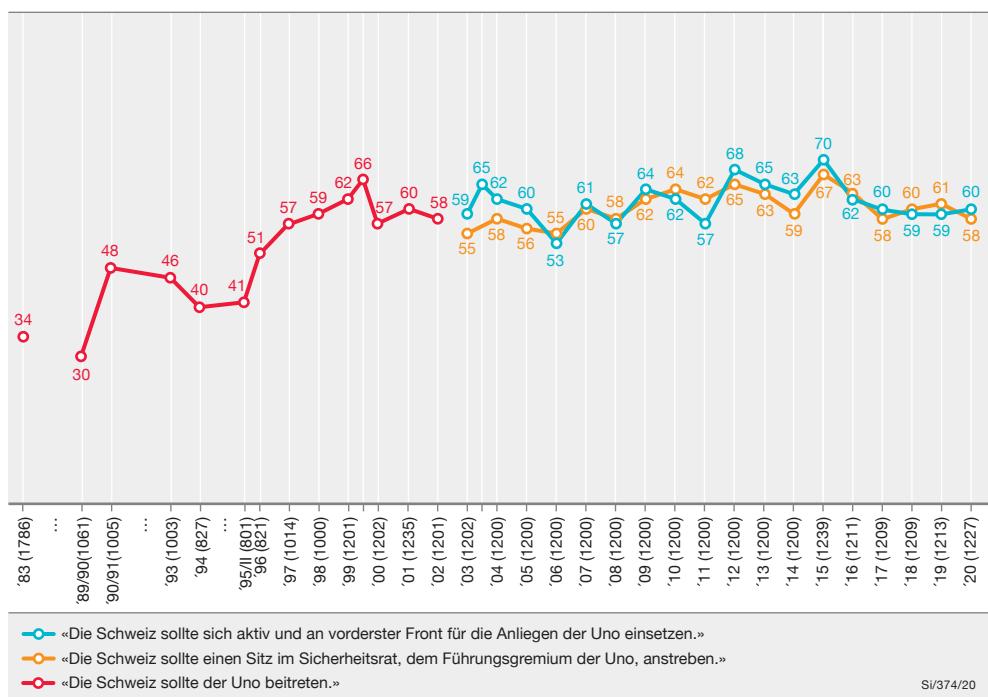
(blaue Linie, langjähriger Schnitt: 61%). 15% erklären sich damit «sehr» einverstanden und 45% «eher» einverstanden. Die Zustimmung zu der Aussage, die Schweiz solle einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben (orange Linie, langjähriger Schnitt: 60%), unterstützen bei der diesjährigen Erhebung 58% (–3 Pp), wovon 19% «sehr» und 39% «eher» damit einverstanden sind. Die Zustimmungswerte für diese beiden Aussagen schwankten in den letzten Jahren zwischen 53% und 70%. Somit unterstützt eine solide Mehrheit der Schweizer*innen ein verstärktes Engagement der Schweiz im Rahmen der Uno.

Der langjährige Verlauf der aktuellen Fragen ist relativ konstant, unterliegt jedoch jährlichen Schwankungen. Diese dürften auf jeweils aktuelle Themen in der Weltpolitik zurückzuführen sein, welche in der jeweiligen Ausgabe der Studie «Sicherheit» im Kapitel «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse» aufgeführt sind. 2015 wurden beispielsweise, wie bei der Bereitschaft zur internationalen Kooperation ohne institutionelle Anbindungen (vgl. Abschnitt 7.3), Höchstwerte für die Bereitschaft für ein erhöhtes Engagement in der Uno gemessen. Dies dürfte ebenfalls auf den Schweizer Vorsitz bei der OSZE im Jahr 2014 zurückzuführen sein. Seit 2015 sind die Zustimmungswerte wieder etwas zurückgegangen und befinden sich jetzt im langjährigen Durchschnitt.

*Abbildung 7.3
Einstellungen zur Uno*

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Während sich die politisch links Eingestellten und die Mitte relativ einig in Bezug auf die zwei Ansichten über das Engagement in der Uno sind, spaltet sich die politische Rechte hier (für die Anliegen der Uno einsetzen: links: 72%, Mitte: 57%, rechts: 52%; $\gamma=0.26$; Sitz im Sicherheitsrat anstreben: links: 66%, Mitte: 62%, rechts: 49%; $\gamma=0.23$). Die politisch links eingestellten Schweizer*innen unterstützen ein vermehrtes Engagement im Rahmen der Uno klar und deutlich. Die Mitte bekundet ebenso ihre Unterstützung, wenn auch nicht mehr ganz in der Deutlichkeit wie die Linke. Bei den politisch rechts Eingestellten kommt weder eine klare Mehrheit noch eine klare Minderheit zustande.

Frauen (62%) stimmen dem Anstreben eines Sitzes im Sicherheitsrat der Uno signifikant stärker zu als Männer mit einer knappen Mehrheit von 54% ($CC=0.14$). Ab 60-Jährige sind mehr einverstanden als jüngere Befragte, dass sich die Schweiz aktiv und an

vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen (ab 60-Jährige: 64%, 30–59-Jährige: 58%, 18–29-Jährige: 54%; $\gamma=0.13$) sowie einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben soll (ab 60-Jährige: 63%, 30–59-Jährige: 55%, 18–29-Jährige: 57%; $\gamma=0.10$).

Schweizer*innen welcher der höchsten Einkommensgruppe angehören (66%), befürworten eine aktive Zusammenarbeit mit der Uno signifikant stärker als die Einkommensschwächsten (53%, $\gamma=0.13$), die bei dieser Frage gespalten sind.

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, die der Meinung sind, dass uns ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität, sind signifikant stärker damit einverstanden, dass die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat der Uno anstreben solle ($\gamma=0.27$).

7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

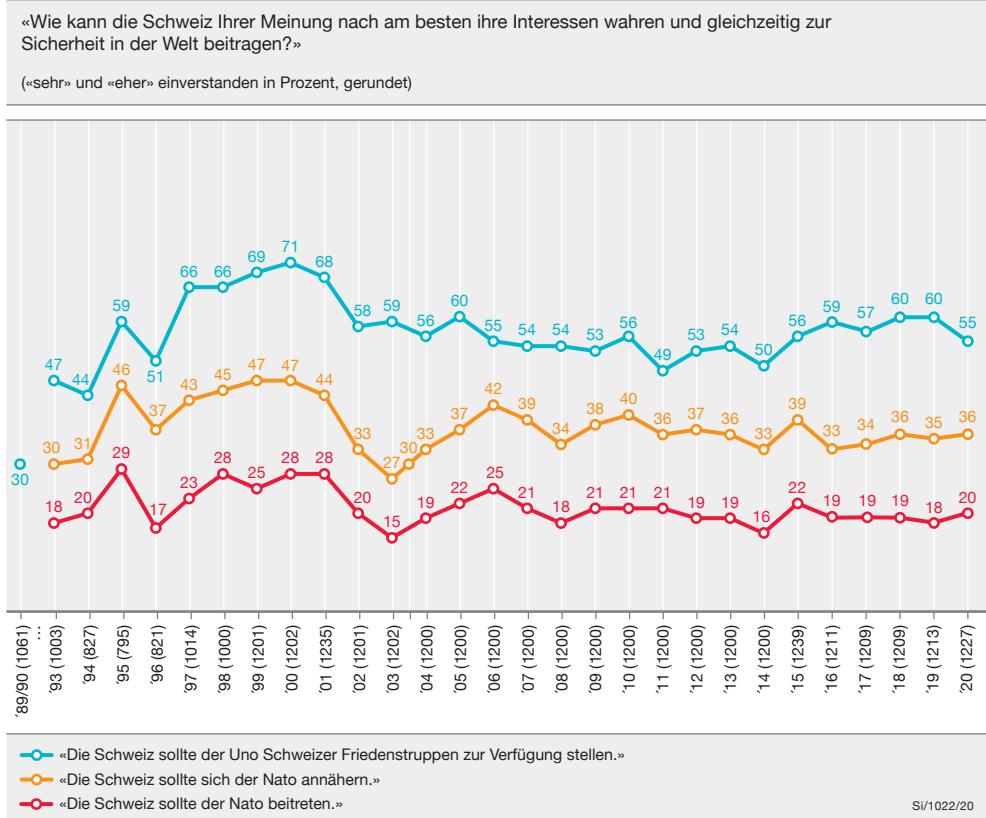
Es gibt verschiedene Formen der institutionalisierten sicherheitspolitischen Kooperation. Drei von den für die Schweiz in Frage kommenden sicherheitspolitischen Kooperationsformen werden seit 1993 im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» regelmässig erhoben. Dies ist erstens die Bereitstellung von Friedenstruppen für Uno-Missionen, zweitens eine Annäherung und drittens ein Beitritt zum Nato-Verteidigungsbündnis. Über den gesamten Erhebungszeitraum zeigt die Zustimmung zu allen drei Kooperationsformen einen ähnlichen Trendverlauf (siehe Abbildung 7.4).

Die Zustimmung zur Aussage, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zu Verfügung stellen soll, ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant um -5 Pp auf 55% gesunken. 10% der Befragten sind «sehr» und 45% «eher» einverstanden mit dieser Aussage. Die Einstellung zur politischen Annäherung an die Nato ist gegenüber dem Vorjahr statistisch betrachtet unverändert und liegt aktuell bei 36% (+1 Pp). Von den 36% antworten 4% der Befragten mit «sehr» und 32% mit «eher» einverstanden. Einen Beitritt zur Nato befürworten lediglich 20% (+2 Pp), wobei 4% «sehr» und 16% «eher» einverstanden sind. Auch diese Einstellung bleibt im Vergleich zum Vorjahr statistisch unverändert.

Im langjährigen Vergleich ist die Rangfolge der Zustimmung zu diesen drei verschiedenen sicherheitspolitischen Kooperationsformen gleichgeblieben. Das Entsenden von Friedenstruppen für Uno-Missionen findet seit 1997 grundsätzlich eine Mehrheit in der Schweizer Stimmbevölkerung. Lediglich in den Jahren 2011 und 2014 fand sich keine Mehrheit für diese Kooperationsform. Der sich seit 2015 abzeichnende leichte Aufwärtstrend endet jedoch im aktuellen Jahr. Die Zustimmungswerte zu dieser Frage liegen damit fast wieder auf dem langjährigen Durchschnitt. Mit 55% Zustimmung wird die Teilnahme an den bestehenden Uno-Missionen aktuell dennoch von einer Mehrheit

unterstützt. Momentan leisten 27 Schweizer*innen als Militärbeobachter*innen und Stabsoffiziere einen unbewaffneten Einsatz in verschiedenen Uno-Missionen (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020f). Einer Annäherung an die Nato wird über den ganzen Erhebungszeitraum (langjähriger Schnitt: 37%) weniger zugestimmt als der Bereitstellung von Friedenstruppen (Schnitt: 56%) und ein allfälliger Beitritt zur Nato (Schnitt: 21%) erreichte stets die kleinste Zustimmung in der Stimmbevölkerung. Dies dürfte auf die Intensität der Kooperation zurückzuführen sein: Je bindender ein Engagement ist, desto eher wird es abgelehnt. Die Schweiz kooperiert seit 1996 im Rahmen der Partnerschaft für Frieden (PfP) als Partnerland mit der Nato (Schweizerische Eidgenossenschaft 2004).

*Abbildung 7.4
Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen*



Soziodemografische Einflüsse: Befragte des politisch linken Lagers unterstützen eine Schweizer Beteiligung an Uno Friedensmissionen in der Form der Entsendung von Schweizer Truppen. Befragte, die sich dem politisch rechten Lager zuordnen, zeigen sich gespalten und sind sich unschlüssig, ob die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte (links: 60%, Mitte: 57%, rechts: 49%; $\gamma=-0.14$). Die drei politischen Lager sind sich jedoch dahingehend einig, dass für sie ein Nato-Beitritt nicht in Frage kommt. Die politische Rechte lehnt dabei mit 77% einen Nato-Betritt signifikant stärker ab als Linke (66%; $\gamma=-0.16$).

Sowohl Männer als auch Frauen verneinen eine Annäherung an die Nato, wobei Frauen (38%) eine Annäherung stärker ablehnen als Männer (34%; CC=0.13). 78% der befragten Stimmbürger und 65% der befragten Stimmbürgerinnen sind mit einem Beitritt zur Nato «eher nicht» oder «gar nicht» einverstanden (CC=0.15). Ein Nato-Beitritt wird damit von beiden Geschlechtern deutlich abgelehnt. Schweizer*innen mit hoher Bildung stimmen zusätzlich signifikant seltener einem Nato-Beitritt zu als Schweizer*innen mit einer tiefen Bildung (hoch: 18%, mittel: 20%, tief: 32%; $\gamma=-0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede: Befürworter*innen einer Annäherung an die Nato stimmen auch verstärkt einem Nato-Beitritt zu ($\gamma=0.82$). Schweizer*innen, die gegenüber einer Kooperation mit der Nato positiv eingestellt sind, sind auch signifikant eher bereit, die Neutralität aufzugeben, wenn sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt (Nato-Annäherung: $\gamma=0.29$; Nato-Beitritt: $\gamma=0.25$). Damit geht einher, dass Nato-Befürworter*innen sich eher dafür aussprechen, dass die Schweiz in militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen sollte (Nato-Annäherung: $\gamma=0.30$; Nato-Beitritt: $\gamma=0.30$) und ein europäisches Verteidigungsbündnis der Schweiz mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität (Nato-Annäherung: $\gamma=0.38$; Nato-Beitritt: $\gamma=0.39$).

7.6 Betonung nationaler Autonomie

Die letzten drei Indikatoren des Kapitels Öffnung versus Autonomie geben über die gewünschte Autonomie der Befragten Auskunft. Dabei wird einerseits die Zustimmung zu der politischen/wirtschaftlichen, der militärischen und der absoluten Autonomie der Schweiz gemessen. Seit Messbeginn 1993 erreicht die Frage zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit die grösste Zustimmung der drei Fragen (siehe Abbildung 7.5). Stets an zweiter Stelle steht die militärische Autonomie, gefolgt von der absoluten Autonomie, nach der sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten soll.

77% (+3 Pp) der Befragten befürworten, dass die Schweiz wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben soll. Davon sind 39% «sehr» und 38%

«eher» einverstanden. Eine Minderheit von 44% (–2 Pp) ist der Ansicht, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll. Mit dieser Vorgabe sind 16% «sehr» und 28% «eher» einverstanden. Eine noch kleinere Gruppe der Befragten (35%; +1 Pp) ist der Auffassung, dass sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten und somit eine absolute Form der Autonomie vertreten soll. 9% der Stimmbürger*innen sind damit «sehr» und 26% «eher» einverstanden.

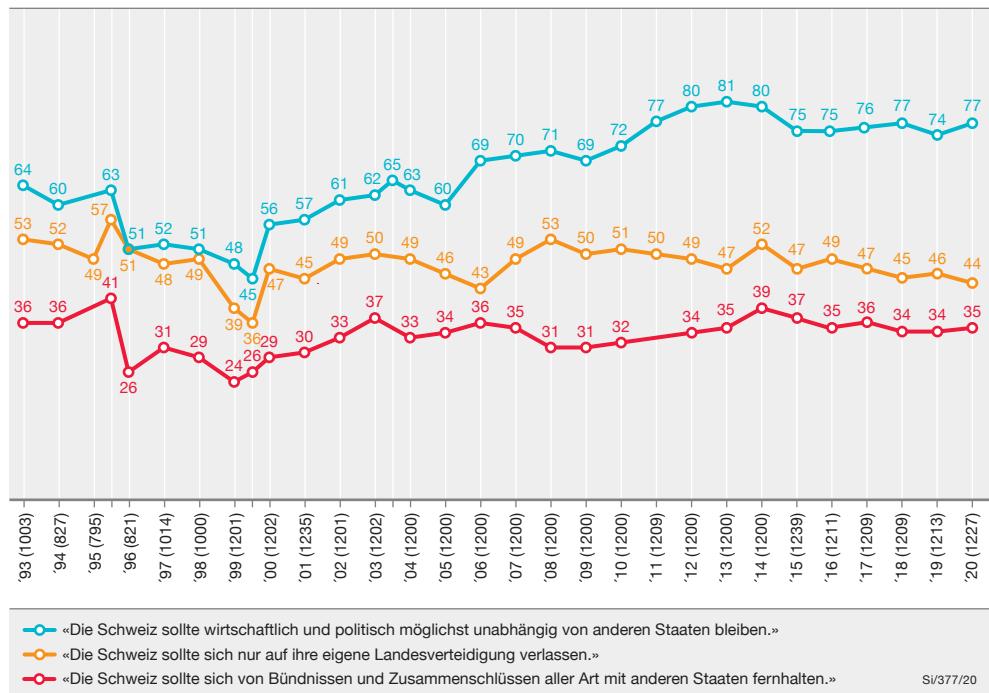
Die drei Indikatoren haben in den Neunzigerjahren beträchtliche Fluktuationen durchlaufen. Zu Beginn der 1990er Jahre wiesen sie zuerst relativ hohe Werte auf, dann Mitte der Dekade erreichten sie Tiefstwerte. Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts stiegen die Werte dann wieder an und erreichten das Niveau der frühen Neunzigerjahre. Die Zustimmung zur absoluten Autonomie ist seit Anfang der Nullerjahre relativ konstant und aktuell mit 35% leicht über dem langjährigen Schnitt von 33%. Ähnlich sieht es bei der militärischen Autonomie aus. Wenn auch in den letzten zehn Jahren tendenziell leicht sinkend, ist sie im Vergleich zum Vorjahr auf einem ähnlichen Niveau und liegt momentan mit 44% unter dem langjährigen Schnitt von 48%. Der dritte Indikator, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von anderen Staaten, kletterte zu Beginn des Jahrtausends kontinuierlich und erreichte 2013 einen Höchstwert von 81%. Wurde 2019 ein Rückgang festgestellt, so zeigt sich aktuell, dass die wirtschaftliche und politische Autonomie der Schweiz signifikant stärker unterstützt wird. Auch dieses Jahr liegt sie mit 77% deutlich über dem langjährigen Schnitt von 66%.

Abbildung 7.5

Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



— «Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.»

— «Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»

— «Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

SI/377/20

Soziodemografische Einflüsse: Einmal mehr ist die politische Selbstverortung die wichtigste soziodemografische Variable, welche die Zustimmung zu den verschiedenen aussenpolitischen Autonomieformen erklärt. So sind bei allen drei Indikatoren zur aussenpolitischen Autonomie Befragte, die sich dem linken politischen Lager zuordnen, signifikant weniger der Meinung, dass sich die Schweiz isolieren sollte. Bei der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit stimmen 67% der Linken, 80% der Mitte und 83% der Rechten zu ($\gamma=0.26$). Die militärische Autonomie wird von lediglich 29% der politisch links Orientierten, von 42% der politischen Mitte und von 56% der politisch rechts Orientierten unterstützt ($\gamma=-0.30$). Bei der absoluten Autonomie, welche jedoch von keinem der drei politischen Lager insgesamt befürwortet wird, zeigt sich ein ähnliches Bild (links: 27%, Mitte: 38%, rechts: 41%; $\gamma=-0.17$).

Die zweite soziodemografische Variable mit grossem Erklärungspotential hinsichtlich der drei Indikatoren zur aussenpolitischen Autonomie ist das Bildungsniveau. Hier sind es Befragte mit hoher Bildung, welche signifikant autonomiekritischer sind als der Rest der Befragten. 80% der Schweizer*innen mit tiefer und 83% mit mittlerer Bildung stimmen der wirtschaftlichen und politischen Autonomie zu, währenddessen die Zustimmung von Befragten mit hohem Bildungsniveau bei vergleichsweise tiefen 69% liegt ($\gamma=-0.24$). Dass sich die Schweiz lediglich auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll, wird von 57% der Befragten mit tiefer Bildung, 49% mit mittlerer und 36% mit hoher Bildung befürwortet ($\gamma=0.23$). Mit einer absoluten Autonomie der Schweiz sind 44% der Befragten mit tiefer Bildung, bzw. 41% der Befragten mit mittlerer Bildung einverstanden. Lediglich 28% der Schweizer*innen mit hoher Bildung stimmen dem zu ($\gamma=0.22$).

Geht es nach dem Kanton Tessin, so soll sich die Schweiz einzig und alleine auf die eigene Landesverteidigung verlassen und absolut autonom sein. West- und Deutschschweizer*innen sind dagegen der gegenteiligen Auffassung. In diesen zwei Sprachregionen findet sich nur eine Minderheit, welche der Ansicht ist, die Schweiz solle sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen (D-CH: 43%, F-CH: 42%, Tessin: 57%; CC=0.14) und auf Bündnisse jeglicher Art zu verzichten (D-CH: 37%, F-CH: 26%, Tessin: 59%; CC=0.21).

Für die Begründung der militärischen Autonomie lässt sich zusätzlich das Alter als erklärende Variable hinziehen (18–29-Jährige: 38%, 30–59-Jährige: 44%, ab 60-Jährige: 51%; $\gamma=0.14$). Während die jüngeren Altersgruppen eine klare Ablehnung der militärischen Autonomie entgegenbringen, sind sich ab 60-Jährige bei dieser Frage uneinig.

Alle Einkommensklassen sind sich dahingehend einig, dass die Schweiz offen gegenüber Bündnissen oder Zusammenschlüssen jeglicher Art sein soll. Die Frage, sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art fernzuhalten, erfährt damit tiefe Zustimmungswerte in Bezug auf alle drei Einkommensniveaus (tief: 37%, mittel: 37%, hoch: 28%; $\gamma=0.11$). Schweizer*innen mit einem hohen Einkommen sind jedoch signifikant stärker dafür, dass die Schweiz Bündnisse und Zusammenschlüsse eingeht.

Bewohner*innen aus ländlichen Gebieten sprechen sich signifikant stärker für eine wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängige Schweiz aus als Städter*innen (Stadt: 71%, Agglomeration: 80%, Land: 83%; CC=0.12).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Frage zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz sowie jener, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen solle, korreliert mit der Einstellung gegenüber der Schweizer Armee. Befragte, welche sich für eine wirtschaftlich und politisch unabhängige Schweiz mit eigener Landesverteidigung aussprechen, halten die Schweizer Armee häufiger für notwendig (Unabhängigkeit: $\gamma=0.29$; Landesverteidigung: $\gamma=0.30$), sind zufriedener

mit deren Leistung (Unabhängigkeit: $\gamma=0.26$; Landesverteidigung: $\gamma=0.24$), finden die Schweiz solle eine «vollständig ausgerüstete» (Unabhängigkeit: $\gamma=0.34$; Landesverteidigung: $\gamma=0.32$) und eine «sehr gut ausgebildete» (Unabhängigkeit: $\gamma=0.35$; Landesverteidigung: $\gamma=0.28$) Armee unterhalten und möchten nicht, dass das Militär abgeschafft wird (Unabhängigkeit: $\gamma=0.29$; Landesverteidigung: $\gamma=0.34$).

Die VOTO-Studien

Seit 1977 werden jeweils direkt nach jeder eidgenössischen Volksabstimmung die Motive der Stimmbürger*innen für die Annahme oder Ablehnung der einzelnen politischen Abstimmungsvorlagen durch bevölkerungsrepräsentative Befragungen erhoben. Neben den Abstimmungsmotiven wird auch die Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen eruiert. Die Befragten werden deshalb regelmässig gefragt, ob sie sich eine Schweiz wünschen, die sich nach aussen öffnet oder eine Schweiz, die sich vor äusseren Einflüssen verschliesst. Diese Wahl- und Abstimmungsnachbefragungen waren in der Vergangenheit als Vox-Analysen bekannt. Seit 2016 wird dieses Projekt unter dem Namen VOTO geführt und veröffentlicht. Es werden jeweils knapp 1500 Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz telefonisch befragt. Für die hier dargestellte Übersicht wurden die Daten zu den zwei Abstimmungsterminen ausgewertet, die 2019 stattgefunden haben. Dies sind die Abstimmungen vom 10. Februar 2019 (N=1517) und 19. Mai 2019 (N=1519). Anhand der Daten der beiden Befragungen wurden hierfür die durchschnittlichen Werte der Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen berechnet.

Befragte können ihre Öffnungsbereitschaft auf einer Skala von 1 («Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet») bis 6 («Schweiz, die sich vermehrt verschliesst») angeben. Im Durchschnitt über die beiden VOTO-Studien vom 10. Februar 2019 und 19. Mai 2019 sprechen sich 72% der Befragten für eine sich vermehrt öffnende Schweiz aus. 23% der Befragten bevorzugen eher eine Schweiz, die sich vor äusseren Einflüssen verschliesst.

Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 19. Mai 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Bernhard, L., Lauener, L. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Die VOTO-Studien und die Studie «Sicherheit 2020» im Vergleich

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2020» zeigen, dass sich eine klare Mehrheit von 81% lediglich eine wirtschaftliche Kooperation mit der EU wünscht. Eine Minderheit von 13% befürwortet einen vorbehaltlosen EU-Beitritt. Auch ein Beitritt (20%) und eine Annäherung an die Nato (36%) wird nur von Minderheiten unterstützt. Ausserdem sind 35% der Schweizer Stimmbevölkerung der Auffassung, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeglicher Art fernhalten sollte. 77% befürworten hingegen eine möglichst grosse politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Schweiz.

In den VOTO-Studien befürworteten 72% der Stimmbevölkerung eher eine aussenpolitische Öffnung als eine aussenpolitische Isolation. Dieser Befund zeigt ein ähnliches Bild wie die Studie «Sicherheit 2020», in der fast zwei Drittel (63%) eine aussenpolitische Isolation ablehnen. Auch die Resultate aus der VOTO-Studie zeigen, dass sich Schweizer*innen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU wünschen, jedoch ohne der EU beizutreten.

7.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend von 1993 bis 2020

Auch 2020 wurde die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen anhand von 14 verschiedenen Items ermittelt. Davon werden seit 1993 neun Fragen für die Bildung einer Kooperationstypologie⁴ verwendet. Dies sind sieben Fragen zu sämtlichen Kooperationsarten, zudem zwei Fragen zur Neutralität (Beibehaltung der Neutralität und der Zustimmung zur differenziellen Neutralität) (siehe Anhang II). Daraus lassen sich drei charakteristische Haltungen bezüglich der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten.

«**Harte Öffnungswillige» (24% der Antwortenden, –7 Pp, siehe Abbildung 7.6): Befragte dieser Kategorie befürworten eine aussenpolitische Öffnung und somit einen gewissen Souveränitätsverlust stärker als der Rest der Befragten. Über die Frage eines vorbehaltlosen Beitrittes zur EU sind sich die «harten Öffnungswilligen» uneinig (50%). Sie stimmen jedoch mehrheitlich für eine politische Annäherung an die EU (72%) und eine grosse Mehrheit unterstützt eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, ohne der EU beizutreten (67%). Diese Gruppe unterstützt alle nicht-institutionellen internationalen Kooperationsformen vehement. Eine aktiver Rolle bei internationalen Konferenzen befürworten 89% der «Harten Öffnungswilligen», eine vermehrte Konfliktvermittlung wird von 86% und ein grösseres Engagement in der Entwicklungshilfe wird von 88% unterstützt. Das gleiche Bild zeigt sich beim Engagement in der Uno: 87% sind für eine aktive Schweiz, die sich an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzt und 77% möchten, dass die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt. 76% befürworten die Bereitstellung von Friedenstruppen für die Uno. In Bezug zu sicherheitspolitischen Kooperationen sind sie deutlich skeptischer: Es herrscht Uneinigkeit, ob sich die Schweiz der Nato annähern soll (53%) und nur eine Minderheit von 39% befürwortet einen Beitritt zur Nato. Die «harten Öffnungswilligen» sind gegenüber aussenpolitischer Öffnung und Kooperation positiv eingestellt, sie stehen Beitritten zur EU und Nato jedoch skeptisch gegenüber.**

Soziodemografische Zusammensetzung der «harten Öffnungswilligen»:⁵ Diese Gruppe beherbergt überdurchschnittlich viele Westschweizer*innen, wogegen Deutschschweizer*innen untervertreten sind. Das Tessin ist dabei durchschnittlich vertre-

4 Die Typologie wurde anhand der Cluster-Methode gebildet (vgl. Anhang I und Anhang II). 2020 lassen sich 191 (16%) der Befragten keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationsarten beziehen sich deshalb nur auf 1036 (84%) und nicht auf die Gesamtstichprobe von 1227 Personen.

5 Eine rein zufällige Verteilung der Befragten in drei Gruppen würde bedeuten, dass auch die soziodemografischen Merkmale der Befragten zufällig in den drei Gruppen verteilt sind. Die Folge wäre, dass alle Verteilungen aller soziodemografischen Merkmale in den Clustern der Verteilung in der Stichprobe entsprechen würden. Konkret heisst dies zum Beispiel, dass von allen «harten Öffnungswilligen», zu welchen 24% der Antwortenden gezählt werden, 48% Männer und 52% Frauen sein müssten (vgl. Kapitel 3, Tabelle 3.1), um die natürliche Verteilung in der Bevölkerung wiederzuspiegeln. Prozentuale Abweichungen der Verteilung soziodemografischer Merkmale einer Gruppe gegenüber der Verteilung in der Stichprobe weist auf eine spezielle Zusammensetzung der Gruppe hin.

ten. Die Westschweiz zeigt sich offener und ist eher bereit, internationale Kooperationen einzugehen. Insgesamt wird jedoch auch eine «harte Öffnung» in der Westschweiz nicht von einer Mehrheit befürwortet. Politisch ist die Gruppe links einzuordnen, da überdurchschnittlich viele politisch links orientierte Personen sich hier zusammenfinden, wogegen die politische Mitte und die politische Rechte untervertreten sind. «Harte Öffnungswillige» haben überdurchschnittlich oft ein hohes Bildungsniveau. «Harte Öffnungswillige» leben vor allem in Städten und weniger in Agglomerationen und auf dem Land.

«Autonomisten» (33%, -1 Pp): Diese Gruppe ist das Gegenstück zu den «harten Öffnungswilligen». Sie lehnen einen Beitritt zur EU klar ab (2% Zustimmung). Einer politischen Annäherung sind sie ebenfalls stark abgeneigt (12%), sie treten jedoch grossmehrheitlich für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Staatenbund ein, ohne diesem beizutreten (72%). Auch gegenüber der nicht-institutionellen internationalen Kooperation sind sie kritisch eingestellt: Nur eine aktiver Rolle bei internationalen Konferenzen wird von einer knappen Mehrheit (57%) befürwortet. Während bei der Frage der vermehrten Konfliktvermittlung ebenso nur eine knappe Mehrheit (54%) zustande kommt, lehnen sie vermehrte Entwicklungshilfe deutlich ab (34%). «Autonomisten» lehnen ebenfalls ein verstärktes Engagement der Schweiz in der Uno ab (Sitz im Sicherheitsrat: 37%; aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno: 24%; Friedenstruppen zur Verfügung stellen: 39%). Auch gegenüber sicherheitspolitischen Bündnissen ist dieser Cluster negativer als die anderen Typen eingestellt (Nato-Beitritt: 6%; Nato-Annäherung: 15%). «Autonomisten» lehnen institutionell bindende aussenpolitische Kooperationsformen grundsätzlich ab und sind auch gegenüber nicht-institutionellen Kooperationen kritisch eingestellt.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Autonomisten»: «Autonomisten» sind seltener in der Westschweiz anzutreffen, jedoch überdurchschnittlich häufig in der deutschsprachigen Schweiz beheimatet. Sie sind deutlich öfters politisch rechts zu verorten als politisch links. Das Bildungsniveau der Befragten, welche sich in diesem Kooperationscluster befinden, ist tiefer als jenes der «harten Öffnungswilligen». Die «Autonomisten» leben überdurchschnittlich oft auf dem Land und wohnen seltener in der Stadt und in der Agglomeration.

«Weiche Öffnungswillige» (43%, +8 Pp): Die dritte öffnungspolitisch unterscheidbare Gruppe ist zwischen den «Autonomisten» und den «harten Öffnungswilligen» anzusiedeln. Sie stehen aussenpolitischer Kooperation grundsätzlich positiv gegenüber, festen institutionellen Bindungen gegenüber sind sie jedoch skeptisch eingestellt. Betreffend einem EU-Beitritt sind sie so skeptisch wie die «Autonomisten» (1%), und auch eine politische Annäherung an die Organisation lehnen sie ab (30%). Sie unterstützen eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt am stärksten (96%). Nicht-institutionelle internationale Kooperation wird von dieser Gruppe klar befürwortet (aktivere Rolle an Konferenzen: 83%; mehr in Konflikten vermitteln: 82%; mehr Entwick-

lungshilfe leisten: 72%). Die «weichen Öffnungswilligen» treten auch für ein verstärktes Engagement in der Uno ein (Sitz im Sicherheitsrat: 69%; aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen: 78%; Friedenstruppen zur Verfügung stellen: 61%). Einen Beitritt zur Nato lehnen sie klar ab (25%), eine Annäherung zum Verteidigungsbündnis kann sich aber fast die Hälfte der «weichen Öffnungswilligen» vorstellen (49%). Die «weichen Öffnungswilligen» lehnen institutionelle Kooperationen in Organisationen deutlich ab, befürworten nicht-institutionelle Kooperationsformen jedoch klar.

Soziodemografische Zusammensetzung der «weichen Öffnungswilligen»: In diesem Cluster gibt es vergleichsweise wenig Westschweizer*innen. Deutschschweizer*innen sind übervertreten. Die politische Zusammensetzung ist gleichmässig über alle Lager verteilt. Deutlich weniger Personen mit tiefem Bildungsniveau gehören den «weichen Öffnungswilligen» an. Sie leben überdurchschnittlich oft in der Agglomeration und weniger in der Stadt oder auf dem Land.

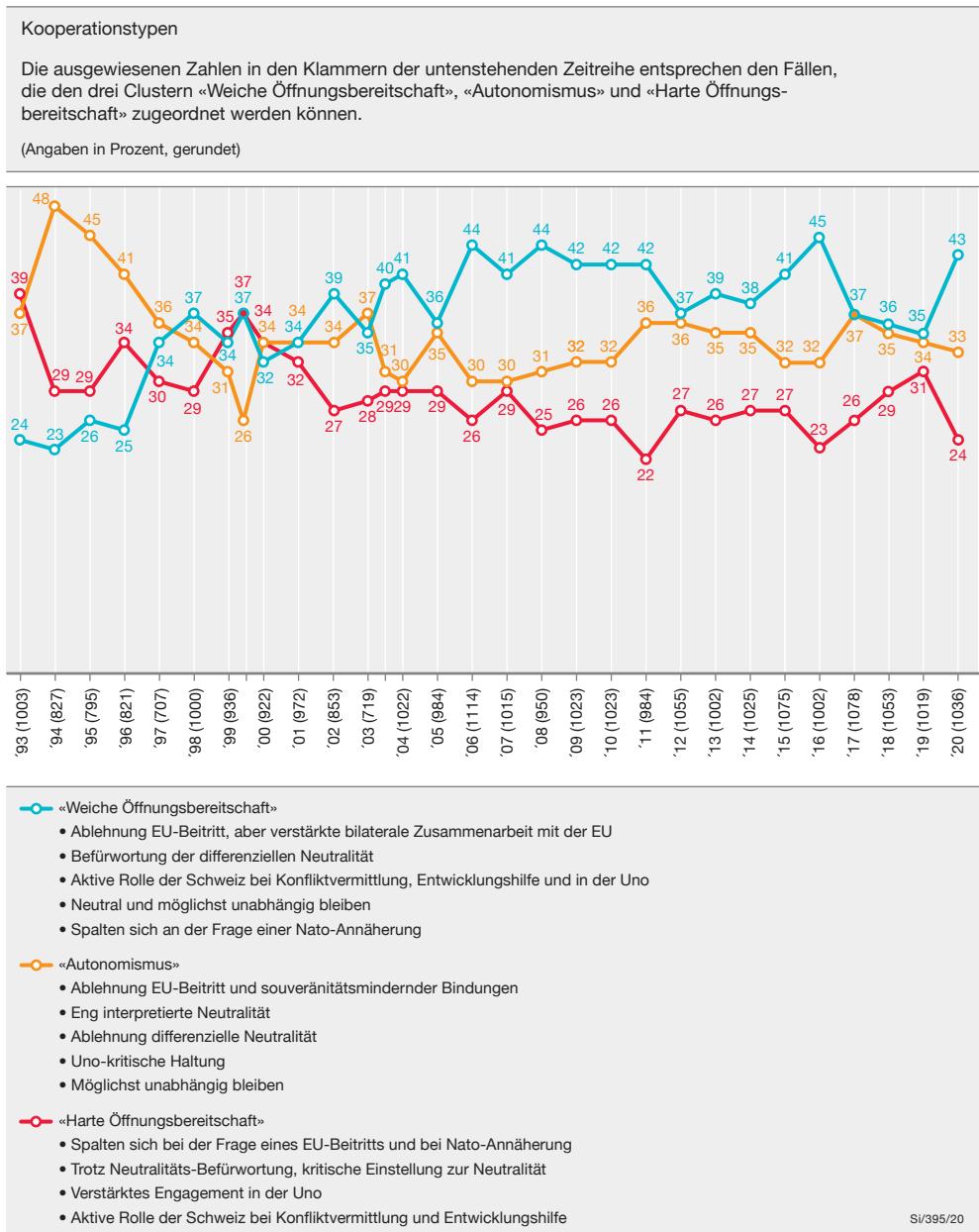
Zwischen den drei Kooperationstypen bestehen signifikante Abweichungen bezüglich der Sprachregion ($CC=0.10$), der politischen Einstellung ($CC=0.30$), des höchsten Bildungsabschlusses ($CC=0.10$) und ob die Befragten auf dem Land, in der Agglomeration oder in der Stadt wohnen ($CC=0.14$). Waren die Anteile der einzelnen Gruppe 2018 und 2019 relativ stabil, haben sich 2020 im Vergleich zum Vorjahr die Anteile der «harten Öffnungswilligen» und «weichen Öffnungswilligen» signifikant verändert (siehe Abbildung 7.6). Während die «weichen Öffnungswilligen» signifikant zugenommen haben, ist bei den «harten Öffnungswilligen» ein statistisch signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Aktuell lassen sich 43% (+8 Pp) der Befragten den «weichen Öffnungsbereiten» zuordnen, 33% (-1 Pp) den «Autonomisten» und 24% (-7 Pp) den «harten Öffnungswilligen». War der Anteil der «harten Öffnungswilligen» 2019 so hoch wie seit 2001 nicht mehr, ist dieser Anteil gesunken und befindet sich 2020 unter dem langjährigen Schnitt (28%). Seit 2002 befindet sich der Anteil derjenigen, welche eine aussenpolitische Öffnung unterstützen, im Bereich von 22% und 31% der Befragten. Noch in den Neunzigerjahren war der Anteil der «harten Öffnungswilligen» grösseren Schwankungen unterlegen und durchschnittlich auf einem höheren Niveau. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts hat sich der Anteil jedoch stabilisiert.

Der Anteil der «weichen Öffnungsbereiten» war zu Beginn der Neunzigerjahre auf relativ tiefem Niveau, stieg dann gegen Ende des Jahrzehnts auf einen Drittelpunkt an. Mitte der Nullerjahre stieg der Anteil der «weichen Öffnungsbereiten» auf einen Höchststand und blieb auf diesem hohen Niveau bis 2016. Nachdem in den vergangenen drei Jahren etwa ein Drittel der Befragten dieser Gruppe angehörte, steigt 2020 die Anzahl der «weichen Öffnungswilligen» wieder auf das Niveau vor 2016.

Die «Autonomisten» waren nach der wegweisenden EWR-Abstimmung 1992 die klar grösste Gruppe, verloren anteilmässig bis zum Ende des Jahrzehnts jedoch beträchtlich und entsprechen seitdem circa einem Drittelpunkt der Schweizer Stimm- und Wahlberechtig-

ten. Detailliertere Darstellungen der unterschiedlichen Ausprägungen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationstypen finden sich in Anhang II.

*Abbildung 7.6
Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2020*



Fazit: Die Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung zu den verschiedenen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsformen hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert. Die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt, sowie die Bereitschaft der Uno Friedenstruppen zur Verfügung zu stellen, sind signifikant gesunken. Schweizer*innen sprechen sich 2020 zusätzlich signifikant stärker für eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber anderen Staaten aus.

Ein vorbehaltloser Beitritt zur EU ist immer noch eine Minderheitsmeinung in der Schweiz, dagegen wird eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen ohne EU-Beitritt nach wie vor grossmehrheitlich unterstützt. Kooperationsformen ohne institutionelle Bindungen finden in der Schweiz die grösste Zustimmung und werden von 63% bis 74% der Schweizer*innen unterstützt. Namentlich soll die Schweiz an internationalen Konferenzen eine aktiver Rolle spielen, mehr in Konflikten vermitteln und mehr Entwicklungshilfe leisten. Auch ein verstärktes Engagement im Rahmen der Uno wird von einer soliden Mehrheit unterstützt. So soll laut einer Mehrheit der Schweizer*innen ein Sitz im Sicherheitsrat angestrebt werden, die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen und der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen. Eine Annäherung oder ein Beitritt zur Nato wird klar abgelehnt. Auf einer abstrakteren Ebene ist eine grosse Mehrheit der Befragten der Auffassung, dass eine möglichst grosse politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert werden soll. Eine militärische und eine absolute Autonomie wird jedoch nur von einer Minderheit unterstützt.

Bei den Kooperationstypen zeigen sich drei unterschiedlich grosse Lager, die sich bezüglich der Kooperationsbereitschaft klar voneinander unterscheiden. Die grösste Gruppe, die «weichen Öffnungswilligen», stimmt weichen Kooperationen zu, lehnt institutionelle Kooperationen aber ab. Die «Autonomisten» sind die zweitgrösste Gruppe und lehnen fast alle Kooperationsformen ab. Die kleinste Gruppe bilden die «harten Öffnungswilligen». Sie sind aussenpolitischer Kooperationen positiv gesinnt, lehnen Beitreitte zur EU und Nato aber auch ab. Gegenüber dem Vorjahr haben die «weichen Öffnungswilligen» auf Kosten der «harten Öffnungswilligen» signifikant zugelegt.

8 Das Verhältnis Armee und Gesellschaft¹

Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 des Bundesrates definiert neben Aussenpolitik, Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienst, Polizei, Wirtschaftspolitik, Zollverwaltung und Zivildienst auch die Schweizer Armee zu den sicherheitspolitischen Instrumenten der Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft 2016b, 81f.). Aufgrund dessen und weil in der Schweiz die Wehrpflicht und das Milizsystem eine grosse historische und gesellschaftliche Rolle spielen, erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» grosse Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (civil-militärische Beziehungen) wird traditionellerweise anhand mehrerer Dimensionen gemessen. Dabei ist als erste Dimension die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen. Wie bereits in der Studie «Sicherheit 2009» (Szvircsev Tresch et al. 2009, 139ff.) wurde im Rahmen der aktuellen Studie «Sicherheit 2020» mittels einer offenen Frage nach den Gründen der Notwendigkeit und der Nicht-Notwendigkeit gefragt. Als Zweites wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee erfragt. Zudem werden die Einstellungen zur Rekrutierungs- und Mobilisierungsform (4), zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee (5) und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben.

8.1 Notwendigkeit der Armee

Für die Beschreibung der civil-militärischen Beziehungen zwischen der Schweizer Stimmbevölkerung und ihrem Militär ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ein wichtiges Merkmal. Dabei ist die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee ein allgemeiner Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz misst. Zwischen 1983 und 1990 wurde die Notwendigkeit in unregelmässigen und seit 1991 in jährlichen und regelmässigen Abständen erhoben.

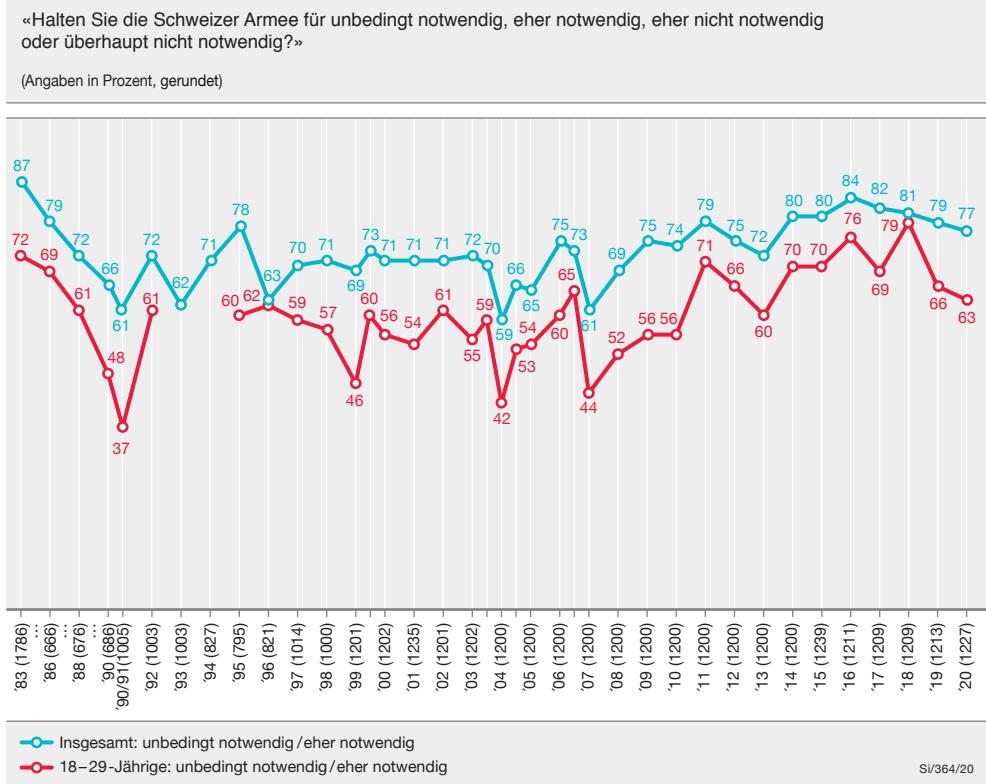
Der Blick auf die vergangenen Erhebungen zeigt, dass Schweizer*innen seit 2014 gegenüber der Armee markant positiver eingestellt sind und der Notwendigkeit des Militärs überdurchschnittlich stark zustimmen (siehe Abbildung 8.1). Dieser Trend setzt sich auch 2020 fort. Insgesamt erachten 2020 77% (–2 Prozentpunkte) der Befragten das Schweizer Militär als notwendig. Diese Einstellung ist gegenüber dem Vorjahr statistisch

1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

betrachtet unverändert. 2020 geben 29% (-1 Pp) der Befragten an, dass die Schweizer Armee «unbedingt notwendig» sei. 48% (-1 Pp) der befragten Schweizer*innen halten sie für «eher notwendig». 23% (+2 Pp) der Schweizer*innen erachten aktuell die Schweizer Armee als nicht notwendig und stellen damit die Legitimation der Armee in Frage. Für 17% (+1 Pp) ist das Militär «eher nicht» notwendig und 6% (+1 Pp) der Befragten halten die Armee als «überhaupt nicht» notwendig.

Zwischen 1983 und 2020 liegt die durchschnittliche Zustimmungsrate zur Notwendigkeit der Schweizer Armee bei 74%. Der für 2020 gemessene Wert von 77% ist somit überdurchschnittlich hoch.

*Abbildung 8.1
Notwendigkeit der Armee*



Die Betrachtung der Zustimmungswerte zur Notwendigkeit der Armee (Summe der Antwortkategorien «unbedingt notwendig» und «eher notwendig») über die vergangenen 37 Jahre zeigt, dass die Legitimation der Armee keinem klaren Trend folgt. Zwischen 1983

bis 1990 sank die Akzeptanz kontinuierlich und erreichte im Jahr 1991 mit 61% einen im Vergleich sehr tiefen Wert. Seit 1992 ist ein volatiler Aufwärtstrend zu beobachten, ohne jedoch dabei auf die hohen Zustimmungswerte zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurückzukehren. In den Jahren 2004 und 2007 sank die Zustimmung stark, was wahrscheinlich mit der zu dieser Zeit eingeführten Reform *Armee XXI* zusammenhängen dürfte (für eine detaillierte Analyse der Zustimmungswerte über die Zeit vgl. Szvircsev Tresch et al. 2011, 142f.). Das Jahr 2014 stellt einen Wendepunkt dar. Zwischen 2014 und 2020 beurteilen durchschnittlich 80% der Befragten das Militär als notwendig.

Soziodemografische Einflüsse: Ausserdem zeigt sich, dass seit 2014 die Notwendigkeit der Armee über alle soziodemografischen Gruppen hinweg mehrheitlich befürwortet wird, wie im Folgenden dargelegt wird.

Seit 2014 stimmen auch die ansonsten militärikritisch eingestellten politisch links orientierten Befragten der Notwendigkeit der Armee mehrheitlich zu. Deren Zustimmung liegt aktuell bei 56%. Nur 1992 (61%) und 2016 (63%) waren die Werte höher.² 2014 (58%), 2015 (57%), 2017 (58%), 2018 (57%) und 2019 (55%) lagen sie statistisch auf demselben Niveau wie 2020 (56%).

Nach wie vor wird die Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Armee am stärksten durch die politische Einstellung beeinflusst: Je stärker rechts eine Person eingestellt ist, desto notwendiger empfindet sie die Armee (rechts: 90%, Mitte: 83%, links: 56%; $\gamma=0.53$).³ Schweizer*innen, die ausschliesslich im Militär eingeteilt waren, erachten mit 84% Zustimmung die Armee als signifikant notwendiger als der Rest der Bevölkerung ($CC=0.24$). Auch dieses Jahr zeigt sich beim Geschlecht, in den drei Sprachregionen, bei allen Altersklassen und Bildungsgruppen, dass die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee jeweils deutlich im Mehrheitsbereich liegt.

Das 2018 festgestellte Ergebnis, dass sich die 18–29-Jährigen, die Kohorte der Wehrpflichtigen, die üblicherweise gegenüber der Schweizer Armee kritischer eingestellt sind als die älteren Altersgruppen, an die Zustimmung der Gesamtbevölkerung angenähert haben, zeigt sich weder 2019 noch 2020. Aktuell erachten 63% (–3 Pp) der 18–29-Jährigen das Militär für notwendig. Gegenüber dem Vorjahr bleibt diese Einstellung statistisch betrachtet unverändert. Der aktuelle Werte von 63% liegt über dem langjährigen Durchschnitt von 59%. Die 18–29-Jährigen stimmen somit der Notwendigkeit signifikant

2 Die Variable «politische Einstellung» wird in der Studienreihe «Sicherheit» erst seit 1992 erfragt.

3 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinalskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Ein positiver Korrelationskoeffizient ist demzufolge stets als eine «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» Aussage zu interpretieren. Eine negative Korrelation weist auf einen «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» Zusammenhang hin.

weniger stark zu als 30–59-Jährige und ab 60-Jährige (18–29-Jährige: 63%, 30–59-Jährige: 78%, ab 60-Jährige: 84%; $\gamma=-0.21$). Männer nennen bei der Notwendigkeit der Armee signifikant häufiger die Kategorie «unbedingt notwendig» (Männer: 34% versus Frauen: 25%; CC=0.11).

8.2 Gründe für die Notwendigkeit der Armee

Wie bereits in der Erhebungswelle 2009 (Szvircsev Tresch et al., 139–143), gilt in diesem Jahr das spezielle Interesse den Gründen, weshalb Schweizer*innen die Armee für notwendig oder für nicht notwendig halten. Diese Gründe wurden mittels einer offenen Frage⁴ erhoben und anschliessend in verschiedene Topics und Unterkategorien eingeteilt. Um die Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2009 zu gewährleisten, kam 2020 (mit einigen kleinen inhaltlichen Anpassungen ergänzt) das gleiche Einteilungsraster zur Anwendung.

Ein/e Forscher*in kodierte in einem ersten Schritt 10% der Antworten aus dem Jahr 2009, um den Umgang mit dem dort erstellten Einteilungsraster zu erlernen. Die Erkenntnisse dieser Lernphase wurden im Auswertungsteam besprochen. In einem zweiten Schritt kodierte dieselbe Person alle Antworten für das Jahr 2020.

Bei der Zuweisung einzelner Antworten in Topics und Unterkategorien kann eine subjektive Interpretation des/der Forscher*in nie ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde wurden die Zuordnungen der ersten Person zusätzlich durch eine zweite Person überprüft. Unstimmigkeiten wurden unter Bezug einer dritten Person diskutiert und bereinigt. Um den kontinuierlichen Prozess des Zuweisens zu dokumentieren, wurde zur Ergänzung zum Einteilungssystem die Topics und Unterkategorien genauer präzisiert und mit Beispielen ergänzt sowie im Codebuch⁵ schriftlich festgehalten. Die Autoren möchten an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, dass die Datenerhebung der Studie «Sicherheit 2020» (06.01.2020 bis 24.01.2020) vor dem Ausbruch der Corona (COVID-19) Pandemie in Europa und der Schweiz durchgeführt wurde. Die damit verbundenen Einsätze der Schweizer Armee fand erst ab dem 16.03.2020 statt. Inwiefern sich das Meinungsbild der Bevölkerung gegenüber der Schweizer Armee seit dem Ausbruch des COVID-19-Virus verändert hat, kann erst in der Studie «Sicherheit 2021» festgestellt werden.

- 4 Es wurden keine Antworten vorgegeben, aus denen die Befragten Gründe auswählen konnten, sondern die Befragten wurden aufgefordert frei ihre Gründe zu nennen. Die hierfür verwendete Frageformulierung der Frage Q11 lautet: «Nennen Sie mir bitte spontan die Gründe, warum Sie die Schweizer Armee für (unbedingt / eher / eher nicht / überhaupt nicht) notwendig halten». Die offene Frage wurde nach der geschlossenen Frage zur Notwendigkeit (Q10) gestellt. Dabei wurden bei der offenen Frage Q11 auf die Antwortkategorie der geschlossenen Frage Q10 «unbedingt notwendig», «eher notwendig», «eher nicht notwendig» und «überhaupt nicht notwendig» referenziert.
- 5 Für Einsicht in das vollständige Codebuch kontaktieren Sie bitte den Hauptherausgeber der Studienreihe «Sicherheit», Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch an der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich.

2020 geben insgesamt 944 Befragte an, dass sie die Armee als «sehr» oder «eher» notwendig erachteten würden. Dies entspricht 77% der Gesamtstichprobe (N=1227). Insgesamt wurden 2004 Notwendigkeitsgründe kodiert. Dabei wurden im Durchschnitt pro Befürworter*in 2.1 Gründe genannt. Tabelle 8.1 gibt die Antworten der Gründe für die Notwendigkeit, eingeteilt in Topics und Unterkategorien, wieder.

Die absoluten [n] bzw. prozentualen [%] Häufigkeiten sind jeweils auf der Ebene der Topics (grau hinterlegte Schlagwörter), wie auch auf der Ebene der Unterkategorien angegeben. Jede zutreffende Unterkategorie wurde dabei maximal einmal pro Antwort vergeben. Aus diesem Grunde kann somit die kumulierte Anzahl der Nennungen der Unterkategorien grösser sein als die Anzahl Nennung der Topics. Dies trifft vor allem zu in der in Anhang III wiedergegebenen vollständigen Auflistung der Gründe in Tabelle 1. Die Häufigkeiten der Unterkategorien zeigen an, wie viele Schweizer*innen diese Unterkategorie selber angesprochen haben.

Den Topics wurden die Antworten zugewiesen, bei welchen mindestens eine ihrer Unterkategorien genannt wurde. Doppelnennungen sind ausgeschlossen; die Topics wurden maximal einmal pro befragte Person vergeben, auch wenn diese mehrere verschiedene Unterkategorien genannt hat. Die Häufigkeiten der Topics entsprechen damit wiederum der Anzahl Befürworter*innen, welche diese Topics selber genannt haben. Die prozentualen Häufigkeiten auf der Topicebene respektive auf der Ebene der Unterkategorien sind immer als Anzahl Nennungen pro 944 Befürworter*innen zu lesen.

*Tabelle 8.1**Gründe für die Notwendigkeit der Armee (gekürzt, vollständige Tabelle 1 in Anhang III)***«Weshalb halten Sie die Armee für «unbedingt» oder «eher» notwendig?»**

(N=944)

Befürworter*innen

	2020		
	[n]	[%]	
Topic 1: Sicherheit des Landes gegen aussen	419	44%	
Verteidigung, Selbstverteidigung, Landesverteidigung	266	28%	
Für äussere Sicherheit, äussere Bedrohungen	77	8%	
Abschreckung	55	6%	
Topic 2: Sicherheit im Land	409	43%	
Katastrophenhilfe	284	30%	
Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	74	8%	
Sport- und Grossanlässe	50	5%	
Topic 3: Notwendigkeit allgemein	202	21%	
Vorkehrung, man weiss nie, Zukunft ungewiss	133	14%	
Alle haben eine Armee, die anderen Länder haben auch eine	52	6%	
Topic 4: Sicherheit und Bedrohung allgemein	196	21%	
Sicherheit allgemein, Schutz allgemein	143	15%	
Gibt Sicherheit, Sicherheitsgefühl	59	6%	
Topic 5: Latente Aufgabe	182	19%	
Lebensschule, Erziehung, gut für junge Leute	84	9%	
Zusammenhalt, Identität	48	5%	
Wirtschaftsfaktor, schafft Arbeitsplätze	34	4%	
Topic 6: Aussenpolitik	172	18%	
Wahrung der Unabhängigkeit, für Unabhängigkeit	61	6%	
Um Neutralität zu schützen	54	6%	
Weil wir ein neutrales Land sind	24	3%	
Topic 7: Effektivität	29	3%	
Topic 8: Friedens- und humanitäre Einsätze	25	3%	
Topic 9: Anderes	21	2%	

[n] absolute Häufigkeiten

[%] prozentuale Häufigkeiten

Von den 944 Notwendigkeitsbefürworter*innen begründen 44% die Notwendigkeit der Armee mit der Sicherheit des Landes gegen aussen (Topic 1). Am häufigsten – 28% aller Befürworter*innen – wird dabei die Unterkategorie Verteidigung, Selbstverteidigung bzw. Landesverteidigung als Begründung erwähnt. Die Armee sei notwendig, weil sie für äussere Sicherheit garantieren, respektive gegen äussere Bedrohungen reagieren kann. Allerdings wird dies von deutlich weniger Befürworter*innen genannt (8%), gefolgt vom Argument, die Armee übe eine gewisse Abschreckung (6%) auf potentiell gefährliche äussere Akteure aus. Weiter werden in der Kategorie «Sicherheit des Landes» der Grenzschutz, die Luftverteidigung inklusive die Lufthoheit sowie der Schutz vor Cyberattacken und hybriden Bedrohungen als Gründe für die Notwendigkeit der Armee aufgezählt (für eine detaillierte Analyse siehe die Tabelle 1 in Anhang III)

Direkt nach der Sicherheit des Landes wird die Armeenotwendigkeit mit der Sicherheit im Land begründet (Topic 2: 43%). Die Katastrophenhilfe wird von 30% der Armeebefürworter*innen genannt. Unter dem Topic Sicherheit im Land findet auch der Schutz der Bevölkerung (8%) oder die Mithilfe bei Sport- und Grossanlässen (5%) Zuspruch.

Jede*r Fünfte begründet die eigene Haltung zur Armeenotwendigkeit sehr unspezifisch mit einer allgemeinen Notwendigkeit (Topic 3: 21%). 14% aller Befürworter*innen sehen in der Armee eine Vorkehrung für die Ungewissheiten der Zukunft. Schliesslich begründen weitere 6% die Notwendigkeit über eine eigene Armee zu verfügen damit, dass andere Länder auch Streitkräfte unterhalten.

Ebenfalls 21% Zuspruch erhält das Topic 4 (Sicherheit und Bedrohung allgemein). Es beziehen sich 15% aller Befürworter*innen auf die allgemeine Sicherheit und 6% auf das subjektive Sicherheitsgefühl, dass ihnen durch die Armee vermittelt wird.

Die Schweizer Armee erfüllt neben ihren gesetzlich geregelten Aufgaben (siehe Art. 1 Abs. 1–5 MG⁶) latente, nicht gesetzlich festgeschriebene, gesellschaftliche Funktionen. Von den latenten Aufgaben (Topic 5: 19%) werden mit 9% die Lebensschule, zu 5% der Zusammenhalt und die Identität der Nation sowie von 4% der Schweizer*innen die Armee als Wirtschaftsfaktor genannt.

Fast genauso stark wie mit dem gesellschaftlichen Stellenwert der Armee wird deren Notwendigkeit mit aussenpolitischen Überlegungen (Topic 6: 18%) begründet. 6% bringen die Wahrung der Unabhängigkeit ins Spiel, weitere 6% sehen den Zweck der Armee im Schutz der Schweizer Neutralität, gefolgt von 3%, welche der Meinung sind, dass die Notwendigkeit einer Armee der Tatsache geschuldet ist, dass die Schweiz ein neutrales Land ist. Eher selten wird die Notwendigkeit mit deren Effektivität (Topic 7: 3%) oder mit der Möglichkeit, die Armee für Friedens- und humanitäre Einsätze (Topic 8: 3%) aufzubieten, begründet.

Betrachtet man nur die Ebene der Unterkategorien, so sind die häufigsten fünf Argumente, mit welchen die Notwendigkeitsbefürworter*innen ihre Einstellung begründen die Unterstützungsleistung der Armee im Falle einer Katastrophe (30%), die Sicherstellung der Landesverteidigung der Schweiz gegen aussen (28%), die allgemeine Sicherheit und der Schutz (15%), das Dispositiv, welches als Vorkehrung für die ungewisse Zukunft bestehen soll (14%), sowie die Erziehungsfunktion junger Menschen, welche der Armee zugeschrieben wird (9%).

Soziodemografische Einflüsse: Signifikante Unterschiede in Bezug auf die Sprachregion der Befürworter*innen sind nur im Topic 2 «Sicherheit im Land» feststellbar. Deutschschweizer*innen verwenden dieses Argument bei der Begründung der Armeenotwendigkeit (47%) signifikant häufiger als Westschweizer*innen (35%) und Tessiner*innen (25%; CC=0.13). Unterschiedliche Häufigkeiten bei der Nennung der Aussenpolitik lassen sich unter anderem auf das Geschlecht zurückführen. Männer (23%) verwenden aussenpolitische Argumente wie z.B. die Wahrung der Unabhängigkeit signifikant häufiger als Frauen (13%; CC=0.13). 18–29-Jährige nennen signifikant seltener (35%) das Topic 1 («Sicherheit des Landes gegen aussen») als die ab 60-Jährigen, bei denen fast die Hälfte (48%) mindestens eine Unterkategorie in ihren Antworten zur Notwendigkeit der Schweizer Streitkräfte anspricht ($\gamma=0.13$). Ein möglicher Erklärungsansatz für diesen Befund liegt unter Umständen darin, dass sich die älteren Befragten aus eigener Erfahrung oder aus Erzählungen noch stärker an das Verteidigungsengagement der Schweizerischen Eidgenossenschaft während des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges erinnern können.

Die politische Selbsteinschätzung korreliert nur mit der Häufigkeit, wie oft jene Subgruppe, welche die Armee als «sehr» oder «eher» notwendig einschätzt, die Sicherheit im Land in ihren Antworten erwähnt. Bei politisch links ausgerichteten Armeebefürworter*innen ist dabei diese Haltung signifikant stärker vertreten als bei den politisch rechts eingestellten Armeebefürworter*innen (links: 53%, rechts: 40%; $\gamma=0.17$). Politisch links ausgerichtete Armeebefürworter*innen verbinden die Armeenotwendigkeit stärker mit dem Fokus auf landesinterne Einsätze wie z.B. der Katastrophenhilfe. Auch das Bildungs- sowie Einkommensniveau ist entscheidend, wie oft das Unterhalten einer eigenen Streitmacht mit der Hilfe im eigenen Land begründet wird. Personen mit hohem Bildungsniveau (tief: 31%, mittel: 38%, hoch: 51%; $\gamma=0.26$) und hohem Einkommen (tief: 38%, mittel: 38%, hoch: 54%; $\gamma=0.20$) nennen dieses Argument signifikant häufiger als die restlichen Schweizer*innen.

Interessanterweise spielt das Einkommen auch eine Rolle, wenn es darum geht, wie oft mit der Aussenpolitik und der allgemeinen Armeenotwendigkeit argumentiert wird. Schweizer*innen mit hohem Einkommen (25%) argumentieren häufiger mit aussenpolitischen Gründen als Personen mit mittlerem (19%) oder geringem Einkommen (12%;

$\gamma=0.27$). Letztere (28%) bedienen sich jedoch signifikant öfters des Argumentes der allgemeinen Notwendigkeit (Topic 3) als die mittlere (19%) oder die obere Einkommensgruppe (18%; $\gamma=0.20$).

Gründe der Notwendigkeit: Vergleich zwischen den Jahren 2009 und 2020

Auffällig ist, dass im Gegensatz zu 2009 aktuell nicht mehr «Sicherheit im Land» das am häufigsten genannte Topic ist (siehe Abbildung 8.2, die detaillierte Tabelle 2 mit den Jahresvergleichen findet sich in Anhang III). Mit einem signifikanten Zuwachs von +9 Pp rangiert 2020 die «Sicherheit des Landes gegen aussen» auf dem Spaltenplatz. Damit wird die Notwendigkeit der Armee stärker aufgrund von Gefahren von ausserhalb legitimiert als durch inländische Bedürfnisse. Dieser Befund ist durchaus konsistent mit den Erkenntnissen aus Kapitel 4 (Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt). Die weltpolitische Lage wird pessimistisch beurteilt, der näheren Zukunft der Schweiz hingegen optimistisch entgegengeschaut; zumindest war dies der Fall vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Eine pessimistische Beurteilung geht einher mit potentiellen Gefahren, welche aus Sicht der Armeebefürworter*innen in erste Linie im Ausland lauern. Zusätzlich konnte 2009 aufgezeigt werden (Szvircsev Tresch et al. 2009, 80–86), dass sich damals Befragte von kriegerischen oder gewaltinduzierten Bedrohungen nur in einem sehr geringen Ausmass subjektiv bedroht fühlten.

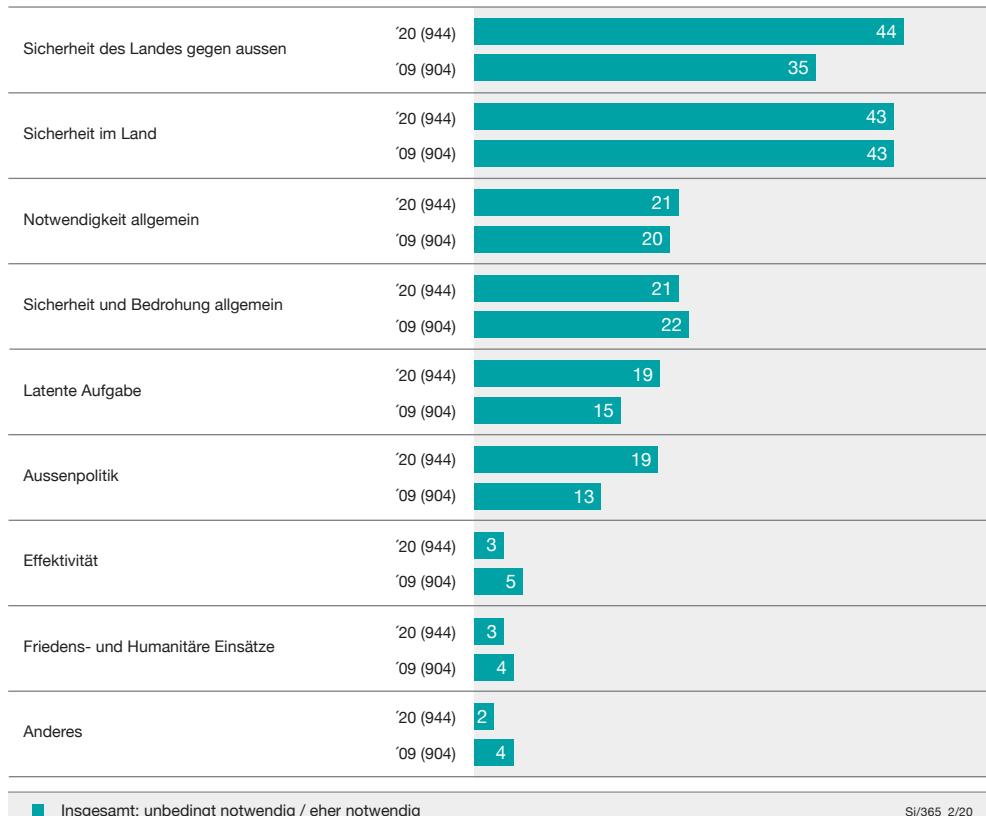
Der Unterhalt einer Armee, um die Sicherheit innerhalb des Landes zu gewährleisten, wird aktuell jedoch nicht weniger oft genannt wie vor 11 Jahren; gleich viele Armeebefürworter*innen nennen Argumente aus dieser Kategorie (± 0 Pp). Weiter sind bei den folgenden Topics keine signifikanten Unterschiede in den Häufigkeiten zwischen den Erhebungswellen 2009 und 2020 zu verzeichnen: «Notwendigkeit allgemein» (+1 Pp), «Sicherheit und Bedrohung allgemein» (−1 Pp), «Effektivität» (−2 Pp) sowie «Friedens- und humanitäre Einsätze» (−1 Pp). Signifikant zugenommen haben dagegen Argumente für die Armeenotwendigkeit, welche «latente Aufgaben der Armee» betreffen (+4 Pp) oder Bezug zur «Aussenpolitik» (+5 Pp) herstellen.

Abbildung 8.2

Vergleich der Gründe für die Notwendigkeit der Armee 2009 und 2020

«Nennen Sie mir bitte spontan die Gründe, warum Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig oder eher notwendig halten».

'09 (1200, davon gültig N=904) und '20 (1227, davon gültig N=944)
(Angaben in Prozent, gerundet)



■ Insgesamt: unbedingt notwendig / eher notwendig

Si/365_2/20

8.3 Gründe der Nicht-Notwendigkeit der Armee

Von den 23% Schweizer*innen (278 Befragte), welche die Armee für nicht notwendig halten (siehe Tabelle 8.2), werden insgesamt 570 Gründe angegeben. 45% der Armeekritiker*innen zweifeln an der Effektivität der Armee (Topic 1). Insbesondere heben jene, welche gegen die Notwendigkeit der Schweizer Armee sind, hervor, dass die Schweiz als kleines Land nicht gross was ausrichten könne und ein militärischer Alleingang sinnlos (23%) sei. Damit verbunden sind Zweifel an der Schlagkraft (17%) der Armee.

37% der Armeekritiker*innen positionieren sich insbesondere gegen die aktuelle Form der Schweizer Armee (Topic 2). Angeführt wird diese Haltung durch das Argument, die Armee sei zu teuer (24%). Einige würden die Armee durchaus als notwendig erachten, wenn andere Prioritäten gesetzt und die Armee modernisiert würde (7%). Für 5% müsse ein Wechsel von der Wehrpflicht zur professionellen Freiwilligenarmee vollzogen werden.

Über ein Drittel hält die Armee aufgrund der aktuellen Sicherheits- und Bedrohungslage für nicht notwendig (Topic 3: 33%). 23% der Armeekritiker*innen glauben nicht an eine militärische Bedrohung oder halten die Möglichkeit einer solchen für sehr gering; zumindest für zu gering, als dass eine Armee notwendig wäre. Weitere 10% glauben, dass die Armee für neuartige Bedrohungen wie Terrorismus, atomare oder nicht militärische Konflikte nicht gerüstet sei und somit eine Armee obsolet ist.

Ein weiteres Drittel (Topic 4: 30%) begründet seine Haltung mit einer generellen Ablehnung von Streitkräften, sei es, weil die Befragten die Armee ohne konkrete Grundangabe für sinnlos halten (11%), oder weil sie der Meinung sind, Konflikte sollten nicht mit Waffen gelöst werden (8%). 7% sehen wichtigere und andere Probleme als dringlicher, für die sich der Staat einsetzen sollte (7%).

18% (Topic 5) relativieren ihre Meinung zur Nicht-Notwendigkeit der Armee dahingehend, indem sie Aufgaben aufzählen, die ihrer Ansicht nach für die Notwendigkeit der Armee sprechen. Insbesondere die Einsätze der Armee bei Katastrophen (8%) werden auch von den Armeekritiker*innen als notwendig erachtet. Auch der Zivildienst (4%), welcher nur infolge des Militärdienstes existiert, wird als eine positive und notwendige Aufgabe wahrgenommen. Es zeigt sich bei den Antworten, welche in dieses Topic fallen, dass vor allem «klassische» Verteidigungsaufgaben für nicht notwendig gehalten werden.

Fast jede*r siebt Armeegegner*in (15%) begründet ihre/seine Ansicht zur Nicht-Notwendigkeit der Armee mit der Neutralität der Schweiz. Das Argument, ein neutrales Land brauche keine Armee (13%), ist dabei fest verankert.

Tabelle 8.2

Gründe gegen die Notwendigkeit der Armee (gekürzt, vollständige Tabelle 2 in Anhang III)

«Weshalb halten Sie die Armee für «eher» oder «überhaupt nicht» notwendig?»
(N=278)

	Kritiker*innen	2020
	[n]	[%]
Topic 1: Zweifel an Effektivität	124	45%
Was kann ein kleines Land schon ausrichten, Alleingang sinnlos	63	23%
Zweifel an Schlagkraft	48	17%
Topic 2: Gegen aktuelle Armee	104	37%
Zu teuer	66	24%
Armee ja, aber andere Prioritäten setzen, modernisieren*	20	7%
Für Freiwilligenarmee, Armee ohne Wehrpflicht*	14	5%
Topic 3: Sicherheit und Bedrohung	91	33%
Keine, geringe Bedrohung	64	23%
Verschiedenartige, neuartige Bedrohung	27	10%
Topic 4: Gegen Armee allgemein	84	30%
Armee ist sinnlos, nutzlos*	30	11%
Konflikte, Probleme anders lösen	21	8%
Wichtigere, andere Probleme, für die man sich einsetzen, Geld investieren sollte	20	7%
Topic 5: Armeeaufgaben, die akzeptiert werden	51	18%
Katastrophenhilfe	23	8%
Zivildienst	10	4%
Topic 6: Neutralität, Unabhängigkeit	41	15%
Ein neutrales Land braucht keine Armee	36	13%
Topic 7: Anderes	8	3%

[n] absolute Häufigkeiten

[%] prozentuale Häufigkeiten

* Kategorie ab der Erhebungswelle 2020 präzisiert.

Die fünf häufigsten genannten Argumente für die Nicht-Notwendigkeit auf der Ebene der Unterkategorien, die von Armeekritiker*innen aufgeführt werden sind die nach ihrer Meinung zu hohen Kosten (24%), gefolgt von deren Wahrnehmung, dass es keine oder nur eine geringe Bedrohung gibt (23%) und der Auffassung, dass die Schweiz zu klein ist, um etwas ausrichten zu können und damit ein militärischer Alleingang sinnlos sei (23%). An vierter Stelle folgen die Zweifel an der Schlagkraft der Schweizer Armee (17%) und an fünfter Stelle die Meinung, dass ein neutrales Land keine eigene Armee brauche (13%).

Soziodemografische Einflüsse: Im Vergleich zu den Antworten der Befürworter*innen stehen die Antworten der 278 Kritiker*innen mit weniger soziodemografischen Merkmalen in Zusammenhang.⁷ Statistisch signifikante Unterschiede können beim Geschlecht der Befragten ausgemacht werden in Bezug auf erstens, wie oft diese «Sicherheit und Bedrohung» als Argument gegen die Armee betonen und zweitens, wie oft sie sich «gegen die Armee allgemein» äussern. Männer (41%) betonen öfters die geringe Bedrohungslage als Frauen (26%; CC=0.16), wohingegen Frauen (35%) sich stärker unspezifisch gegen das Unterhalten einer Streitmacht aussprechen (Mann: 24%; CC=0.26).

Jede*r vierte Schweizer*in im Alter von 18 bis 29 Jahre begründet seine/ihre Ablehnung der Armeenotwendigkeit damit, dass ein neutrales Land keine Armee braucht. Im starken Kontrast dagegen verwenden nur 13% der 30–59-Jährigen bzw. nur 8% der ab 60-Jährigen dieses Argument, um ihre Haltung zu begründen ($\gamma=-0.39$).

Gründe der Nicht-Notwendigkeit: Vergleich zwischen den Jahren 2009 und 2020

Auf den ersten Blick fällt auf, dass fast alle Topics 2020 deutlich häufiger von den Armeekritiker*innen genannt wurden (siehe Abbildung 8.3). Systematische Verzerrungen können beim Arbeiten mit offenen Fragen nie ganz ausgeschlossen werden. Durch das oben bereits beschriebene Vorgehen der Lernphase (Kennenlernen der Einteilungsrasters 2009, Einsatz von drei Forschern), wird die Gefahr systematischer Verzerrungen jedoch als gering eingestuft. Dies führt zum Schluss, dass die Armeekritiker*innen 2020 über ein grösseres und breiteres Argumentarium gegen die Notwendigkeit der Armee verfügen als im Jahr 2009. Es kann vermutet werden, dass die nach 2009 in Europa und deren unmittelbaren Umgebung angewendete militärische Gewalt (Islamischer Staat in Syrien und Irak; Ukrainekonflikt und Krimkrise, etc.) von der Bevölkerung entsprechend stark wahrgenommen wurde.

Weiter fällt auf, dass die Rangreihenfolge der Argumentationshäufigkeiten, wenn auch auf höherem Niveau, 2020 die gleiche wie 2009 ist. Die höhere Anzahl der Argumente im 2020 ist jedoch nicht bei allen Topics signifikant. So sind die Unterschiede bei den Kategorien «Zweifel an Effektivität» (+7 Pp), «gegen aktuelle Armee» (+5 Pp), «Sicherheit und Bedrohung» (+3 Pp) sowie «Armeeaufgaben, die akzeptiert werden» (+5 Pp) nicht signifikant und beruhen damit auf zufälligen Variationen der Stichprobenzusammensetzung. Die Argumente, welche unspezifisch und allgemein «gegen die Armee» gerichtet sind (+11 Pp) sowie, dass ein «neutrales Land keine Armee braucht» (+8 Pp), haben dagegen signifikant zugenommen.

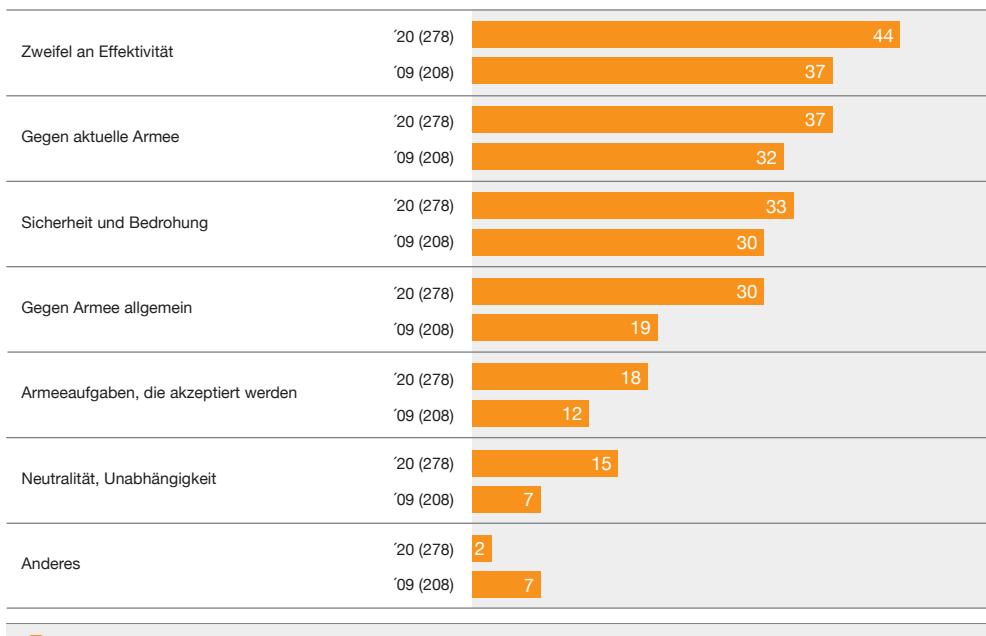
⁷ Dies ist darauf zurück zu führen, dass aufgrund der geringeren Anzahl der Armeekritiker*innen nicht immer genügend Fälle für eine Subgruppenanalyse vorhanden sind. Korrelationszusammenhänge liefern erst statistisch interpretierbare Werte, wenn die Subgruppen mindestens 30 Fälle beinhalten.

Abbildung 8.3

Vergleich der Gründe gegen die Notwendigkeit der Armee 2009 und 2020.

«Nennen Sie mir bitte spontan die Gründe, warum Sie die Schweizer Armee für eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig halten».

'09 (1200, davon gültig N=288) '20 (1227, davon gültig N=278)
(Angaben in Prozent, gerundet)



■ Insgesamt: eher nicht notwendig / überhaupt nicht notwendig

SI/366_2/20

8.4 Ausrüstung und Ausbildung der Armee

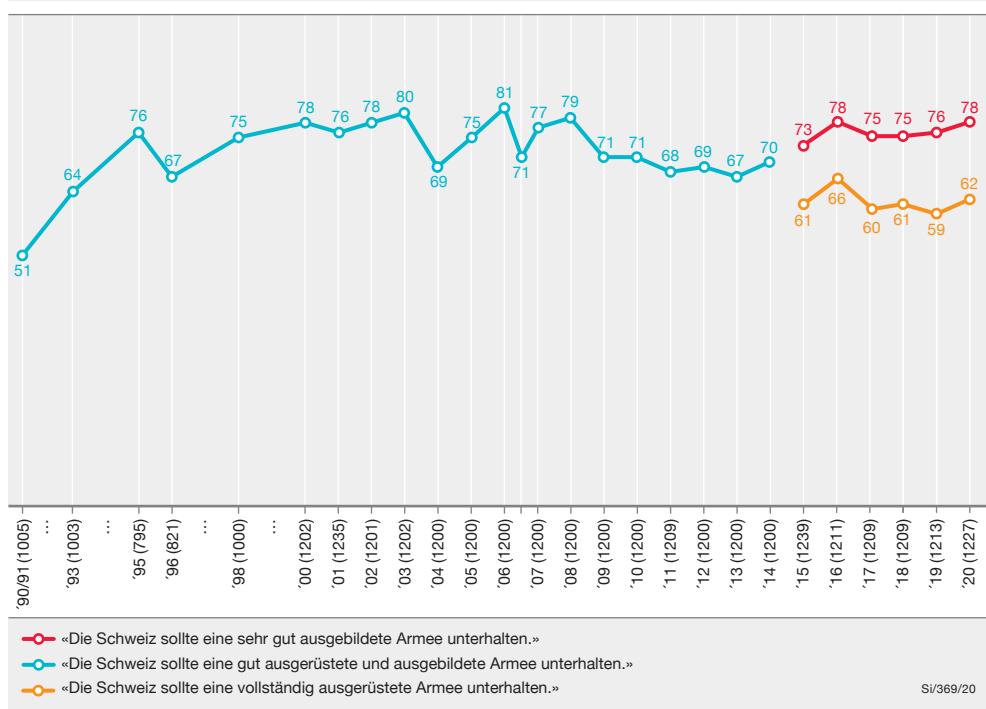
Während die Zustimmung zur Notwendigkeit Aufschluss über die allgemeine Legitimation und Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung gibt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz, welche Schweizer*innen ihrer Armee beimessen. Dabei wurde die Frage zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee in der Studienreihe «Sicherheit» bis 2014 mit einer einzelnen Vorgabe erhoben. Die bis dahin verwendete Frageformulierung lautete: «Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten». Diese Fragevorgabe ist methodisch ungünstig, da zwei Eigenschaften gleichzeitig gemessen werden: Ausbildung und Ausrüstung.

Daher wurden im Rahmen der Studie «Sicherheit 2015» die beiden Eigenschaften zum ersten Mal mit zwei eigenen Vorgaben erfragt, wobei diese eine inhaltliche Zuspitzung erhielten. Seither wird bei der Ausrüstung nicht mehr nach einer «gut ausgerüsteten» Armee gefragt, sondern eine «vollständig ausgerüstete» Armee steht im Mittelpunkt des Interesses. Bei der Ausbildung wird nicht mehr die Meinung zu einer «gut ausgebildeten» Armee erhoben, sondern es wird die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» Armee abgefragt. Aufgrund der Neuformulierung dieser beiden Vorgaben ist seit 2015 der direkte Vergleich zu den vorangegangenen Jahren methodisch unzulässig (Szvircsev Tresch et al. 2015, 138). Nichts desto trotz sind in der Abbildung 8.4 die Formulierung von 1990 bis 2014 sowie die beiden neuen Vorgaben seit dem Jahr 2015 aufgeführt, um zumindest einen visuellen Vergleich darstellen zu können.

*Abbildung 8.4
Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee*

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Wie bereits in den Vorjahren korrelieren auch 2020 die beiden 2015 eingeführten Vorgaben («sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee) sehr stark ($\gamma=0.78$): Personen, welche eine «sehr gut ausgebildete» Armee fordern, unterstützen mehrheitlich auch eine Vollausrustung der Armee. Und umgekehrt: Wer eine «vollständig ausgerüstete» Armee als wichtig erachtet, bejaht tendenziell auch die Unterhaltung einer «sehr gut ausgebildeten» Armee.

2020 bleiben beide Einstellungen gegenüber dem Vorjahr statistisch unverändert. Es zeigt sich das bekannte Bild: Nach wie vor wird eine «sehr gut ausgebildete» Armee gegenüber einer «vollständig ausgerüsteten» Armee als wichtiger erachtet. 78% (+2 Pp) der Schweizer*innen stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten sollte. 34% der Befragten sind damit «sehr einverstanden» und 44%, «eher einverstanden». Hingegen stimmen nur 62% (+3 Pp) der Aussage zu, dass die Schweiz eine «vollständig ausgerüstete» Armee benötige («sehr einverstanden»: 26%, «eher einverstanden»: 36%).

Soziodemografische Einflüsse: Während sich nach Alter, Bildung, politischer Einstellung und Region signifikante Unterschiede zeigen, gibt es beim Geschlecht und beim Einkommen diese nicht. Am stärksten differiert das Merkmal politische Einstellung: Je stärker sich Befragte politisch rechts verorten, desto stärker unterstützen sie eine «sehr gut ausgebildete» Armee (rechts: 87%; Mitte: 83%, links: 62%; $\gamma=0.40$). Befragte mit tiefer Bildung stimmen einer «sehr gut ausgebildeten» Armee signifikant stärker zu als Personen mit mittlerer und hoher Bildung (tief: 94%, mittel: 78%, hoch: 75%; $\gamma=0.20$). Zudem wird diese Forderung in der Westschweiz deutlich häufiger gestellt als in der Deutschschweiz (F-CH: 85% versus D-CH: 75%, Tessin: 84%; CC=0.16). Ab 60-Jährige stimmen einer «sehr gut ausgebildeten» Armee signifikant stärker zu als 30–59-Jährige und 18–29-Jährige (60-Jährige: 82%, 30–59-Jährige: 76%, 18–29-Jährige: 72%; $\gamma=0.15$).

Statistisch betrachtet ist die Einstellung der Vollausrustung der Schweizer Armee gegenüber 2019 unverändert. Bei dieser Vorgabe bestehen deutliche soziodemografische Unterschiede. Auch hier ist die politische Orientierung jenes Merkmal, welches am meisten abstuft. Von links über die politische Mitte bis rechts steigt die Befürwortung einer vollausgerüsteten Armee deutlich und signifikant an (links: 42%, Mitte: 66%, rechts: 77%; $\gamma=0.44$). Schweizer*innen mit tiefer Bildung stimmen der Vollausrustung des Schweizer Militärs signifikant stärker zu als Personen mit mittlerer und hoher Bildung (tief: 81%, mittel: 65%, hoch: 57%; $\gamma=0.19$). Männer (65%) stimmen einer «vollständig ausgerüsteten» Armee signifikant stärker zu als Frauen (Männer: 70% versus Frauen: 55%; CC=0.17).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee hat einen starken Einfluss auf die Vorgaben zu einer «sehr gut ausgebildeten» und einer

«vollständig ausgerüsteten» Armee. Schweizer*innen, die ihr Militär als notwendig erachten, befürworten tendenziell auch eine vollausgerüstete ($\gamma=0.75$) und eine sehr gut ausgebildete Armee ($\gamma=0.75$).

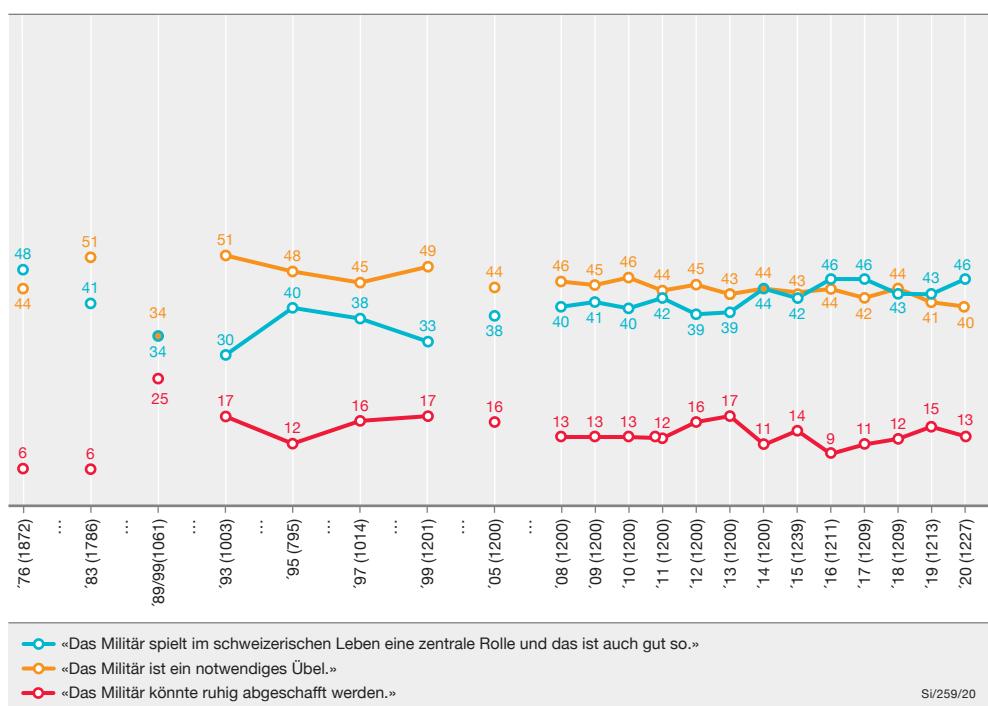
8.5 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Armee ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft 2016b, 81f.) und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt (Würmli 2015, 68). Diese Doppelfunktion des Militärs kann zu einer höheren Legitimität der Institution führen. Gleichzeitig zeigt aber diese Doppelfunktion auch den Stellenwert auf, welchen Schweizer*innen dem Militär für die Gesellschaft zuschreiben. Die gesellschaftliche Bedeutung des Militärs, das heisst die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz, wird seit 1976 in unregelmässigen Abständen, seit 2008 in regelmässigem Abstand anhand einer Frage mit drei Antwortvorgaben erhoben (Abbildung 8.5).

*Abbildung 8.5
Die gesellschaftliche Rolle der Armee*

«Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

(Angaben in Prozent, gerundet)



S/259/20

Mit den drei Vorgaben, dass das Militär eine «zentrale Rolle in der Gesellschaft spiele», ein «notwendiges Übel» oder eine «abschaffungswürdige Institution» sei, wird seit 1976 die gesellschaftliche Relevanz der Schweizer Armee gemessen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Für 46% (+3 Pp) der Schweizer*innen nimmt das Militär nach wie vor eine zentrale Rolle im schweizerischen Leben ein. Gleichzeitig bezeichnen 40% (-1 Pp) der Befragten die Armee als ein notwendiges Übel und für 13% (-2 Pp) der Schweizer*innen ist die Armee eine abschaffungswürdige Institution. Der Zentralitätsgedanke ist prozentual gegenüber 2019 unverändert geblieben. Für 2020 wird ein überdurchschnittlich hoher Wert gemessen. Seit der ersten Datenerhebung 1976 hat sich die soziale Einbettung der Armee in die Schweizer Gesellschaft über die Zeit abgeschwächt. Aber Schweizer*innen messen seit 2014 ihrer Armee wieder mehr Bedeutung zu. Im Zeitverlauf unterliegt demzufolge die positive Betrachtungsweise der

Armee Schwankungen, welche mit den geostrategischen Veränderungen Europas und der Welt in Verbindung gebracht werden können. Das Militär als nationales Identifikationssymbol wurde insbesondere mit dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 verstärkt hinterfragt (Szvircsev Tresch 2011, 6). Im Jahr 1989 bewerteten nur 34% der Bevölkerung die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution und ein Viertel (25%) sah in ihr eine abschaffungswürdige Institution. Allerdings wurde auch die Notwendigkeit der Armee mit 61% während dieser Zeit kritischer beurteilt. Vom Ende der Achtzigerjahre bis Anfang der Neunzigerjahre beurteilten Schweizer*innen das zivil-militärische Verhältnis in der Schweiz vergleichsweise kritisch (Würmli 2015, 166). Seit Mitte der Neunzigerjahre erlebt die Armee eine deutliche Aufwertung ihrer gesellschaftlichen Rolle. 2020 liegt die Zustimmung zum Zentralitätsgedanken der Schweizer Armee mit 46% über dem langjährigen Durchschnitt von 41% (1976 bis 2020).

Soziodemografische Einflüsse: Die politische Orientierung einer Person schlägt sich auch in der Einstellung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee nieder. Je weiter rechts sich Befragte politisch einstufen, desto grösser ist die Zustimmung zur zentralen Rolle der Armee (rechts: 61%, Mitte: 51%, links: 24%). Schweizer*innen des politisch linken Spektrums betrachten das Militär überwiegend als ein notwendiges Übel (links: 47%, Mitte: 40%, rechts: 34%). Etwas mehr als ein Viertel (28%) der links Positionierten stimmt der Armeeabschaffung zu. Diese Ansicht wird bei den Rechten von 5% und jenen der politischen Mitte von 8% geteilt ($CC=0.35$). Ab 60-Jährige (50%, $CC=0.14$) und Befragte mit tiefer Bildung (67%, $CC=0.19$) unterstützen den Zentralitätscharakter der Armee am stärksten. Befragte mit hoher Bildung (47%, $CC=0.18$) bewerten das Militär überdurchschnittlich oft als ein notwendiges Übel. 18–29-Jährige (21%, $CC=0.14$) und Schweizer*innen mit hoher Bildung (16%, $CC=0.18$) stimmen der Armeeabschaffung überdurchschnittlich stark zu. Dabei ist der Anteil Befürworter*innen der Armeeabschaffung unter den 18–29-Jährigen gegenüber dem Vorjahr gesunken (−6 Pp). Hinsichtlich den Regionen zeigen sich die Westschweizer*innen signifikant seltener mit der zentralen gesellschaftlichen Rolle der Armee einverstanden (F-CH: 36%, D-CH: 49%, Tessin: 59%; $CC=0.13$) und unterstützen am stärksten die Aussage, dass die Armee ein notwendiges Übel sei (F-CH: 50%, D-CH: 38%, Tessin: 24%; $CC=0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellung, dass das Militär in der Schweizer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt, steht in Verbindung mit weiteren Einstellungen zur Armee: Befragte, welche die Notwendigkeit der Armee bejahen ($CC=0.63$), im Allgemeinen mit der Leistung der Armee zufrieden sind ($CC=0.54$), eine «sehr gut ausgebildete» ($CC=0.52$) und «vollständig ausgerüstete» ($CC=0.52$) Armee fordern, befürworten die zentrale Rolle des Schweizer Militärs überdurchschnittlich stark.

8.6 Wehr- und Rekrutierungsform

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee seit Erhebungsbeginn stets von einer Mehrheit bejaht wurde, war die Mehrheit der Stimmbevölkerung nicht immer mit der Miliz als Wehrform einverstanden. Mit dem Begriff «Wehrform» wird die Art und Weise verstanden, wie Personal für die Armee rekrutiert wird und der Organisation über die gesamte Dienstzeit erhalten bleibt. Die Rekrutierung von Angehörigen der Armee kann auf zwei verschiedene Arten erfolgen: Erstens, die Rekrutierung kann durch eine gesetzlich geregelte Wehrpflicht als Zwang erfolgen. Oder zweitens durch einen Vertrag und somit auf Freiwilligkeit beruhen. Im letzteren Fall müsste die Rekrutierung über den zivilen Arbeitsmarkt erfolgen. Ein zweiter wesentlicher Faktor der Wehrform ist neben der Personalgewinnung die Art der Verfügbarkeit des Personals. Dabei wird zwischen stehenden Armeen bzw. Berufsarmeen und Milizarmeen unterschieden (Szvircsev Tresch 2010, 6). Die Merkmale einer Milizarmee sind die fehlende Präsenz und die gestaffelte Dienstplicht. Es ist eine Armee, welche «in Friedenszeiten nur zu einer kurzfristigen Ausbildung in zeitlich sich wiederholenden Übungen zusammentritt und nur über ein kleines Berufskader verfügt» (Szvircsev Tresch 2010, 7).

Im Zentrum dieses Abschnitts steht die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – Wehrpflicht in Form einer Zwangsrekrutierung oder Freiwilligkeit – und auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleistet. Dabei geht es um die Einstellung gegenüber einer Miliz- oder Berufsarmee. Seit 1976 wird in der Studienreihe «Sicherheit» die Meinung bezüglich der beiden Wehrmodelle erfragt (siehe Abbildung 8.6). Dabei zeigt der Zeitreihenverlauf, dass die Schweizer Bevölkerung seit 2013 wieder deutlicher die Milizarmee und die Wehrpflicht präferiert. Folglich hat die Zustimmung zu einer Berufsarmee, welche mit Freiwilligen alimentiert wird, abgenommen. In der Bevölkerungsmeinung zeigten sich in den Jahren zuvor teilweise grosse Schwankungen hinsichtlich der präferierten Wehrstruktur der Schweizer Armee.

Während die Siebzigerjahre und Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts von einem breiten Konsens in Bezug auf die Milizarmee als die richtige Wehrstruktur geprägt waren, nahm in den Neunzigerjahren die Unterstützung einer Berufsarmee zu. Seit der Jahrtausendwende des 21. Jahrhunderts hielten sich die Befürworter*innen einer Milizarmee und jene einer Berufsarmee mit kleinen Schwankungen die Waage. Das Jahr 2013 stellt bis anhin einen historischen Wendepunkt dar. Seit 2013 manifestiert sich eine breitere Unterstützung der Bevölkerung für eine Milizarmee mit einem Höhepunkt im Jahr 2014 mit einer Zustimmung von 61%. Auch 2020 hat sich die Einstellung gegenüber der Wehrform signifikant verändert. Während sich 2019 eine signifikante Zunahme bei der Unterstützung der Milizarmee zeigte, ist 2020 der Anteil der Befürworter*innen einer

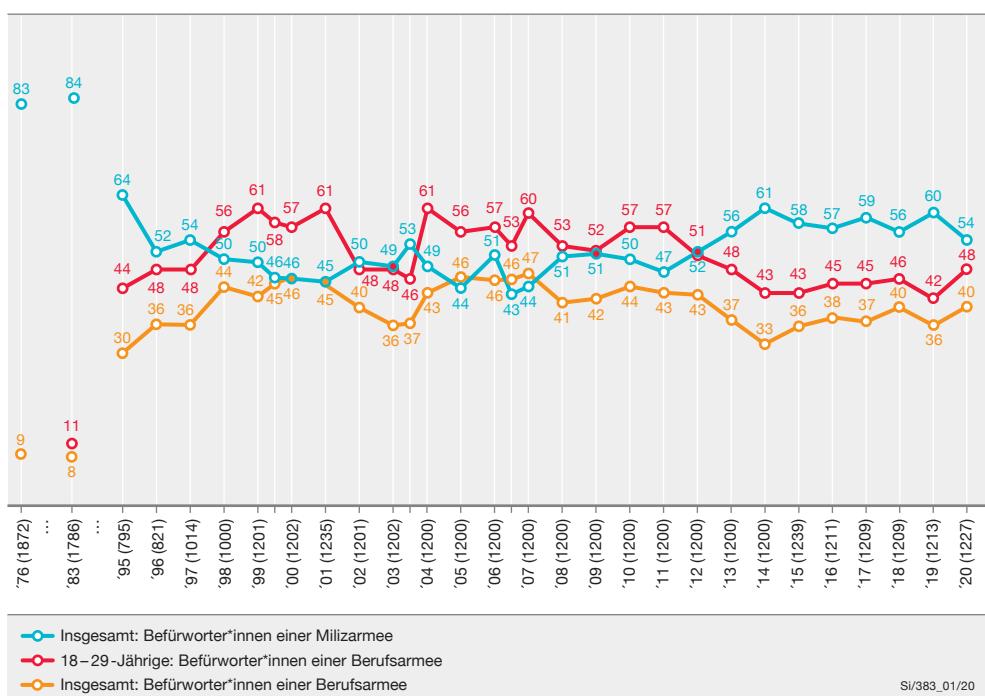
Milizarmee gegenüber dem Vorjahr signifikant gesunken. Die aktuelle Zustimmung beträgt 54% (-6 Pp) und liegt damit im langjährigen Durchschnitt von ebenfalls 54%. Signifikant mehr Schweizer*innen als im vergangenen Jahr befürworten aktuell eine Berufsarmee. Ihr Anteil ist von 36% auf 40% um 4 Pp gestiegen. Außerdem zeigt sich, dass der Anteil von Befragten, welche zu dieser Einstellung keine Meinung abgeben konnten, auf 6% (+2 Pp) gestiegen ist.

Abbildung 8.6

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Die durchschnittliche Zustimmung der 18–29-Jährigen zu einer Berufsarmee liegt im langjährigen Mittel zwischen 1976 und 2020 bei 50%. 2020 zeigt sich erneut, dass 18–29-Jährige einer Berufsarmee mit 48% (+6 Pp) unterdurchschnittlich stark zustimmen. Mit kleinen Unterbrüchen in der Mitte der Neunzigerjahre und zu Beginn des 21. Jahrtausends favorisierte diese Altersgruppe bis 2011 jeweils eine Berufsarmee. Wahrschein-

lich infolge der Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Diskussion zur Wehrpflichtabschaffungs-Initiative im Jahr 2013 sinkt seit 2013 die Befürwortung der Berufsarmee deutlich unter die 50% Marke bei der Alterskohorte der Wehrpflichtigen.

Soziodemografische Einflüsse: Politisch rechts Eingestellte stimmen der Milizarmee signifikant stärker zu als Personen der politischen Mitte und links davon (rechts: 68%, Mitte: 51%, links: 42%; CC=0.21). Eine Berufsarmee findet in keinem der drei politischen Lager eine Mehrheit. Die Zustimmung der politisch links Eingestellten ist am höchsten und spaltet sie in zwei gleich grosse Lager (50% Zustimmung versus 50% Ablehnung). Aktuell sind 30% der ab 60-Jährigen der Meinung, dass durch eine Berufsarmee die Landesverteidigung heute besser gewährleistet werden könne. Gleichzeitig unterstützen sie mit 64% das Milizmodell überdurchschnittlich und signifikant stärker (CC=0.15). In der Deutschschweiz (57%) ist die Zustimmung für eine Milizarmee überdurchschnittlich und signifikant stärker ausgeprägt als in der Westschweiz (44%). Bei der Zustimmung zu einer Berufsarmee zeigt sich das umgekehrte Bild: Westschweizer*innen (47%) unterstützen die Berufsarmee signifikant stärker als Deutschschweizer*innen (37%; CC=0.11). Schweizer*innen, die in ländlichen Gemeinden wohnen, unterstützen die Milizarmee signifikant stärker als Befragte in Städten und Agglomerationen (Land: 67%, Stadt: 54%, Agglomeration: 57%; CC=0.11).

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, die ausschliesslich Militärdienst geleistet haben, unterstützen mit 67% Zustimmung die Milizarmee überdurchschnittlich stark (CC=0.20). Befragte, die eine Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee favorisieren, sind zufriedener mit der Leistung (CC=0.32), erachten die Armee als notwendiger (CC=0.29), vertrauen der Armee stärker (CC=0.24) und unterstützen verstärkt eine «vollständig ausgerüstete» (CC=0.21) und «sehr gut ausgebildete» Armee (CC=0.19). Die Befürwortung des Milizsystems steht mit den Neutralitätstypen (vgl. Abschnitt 6.5) in Zusammenhang. «Neutralitätstraditionalisten» (72%) bejahren die Milizarmee signifikant stärker als «Neutralitätskritiker» (38%). «Neutralitätskritiker» (62%) sprechen sich überdurchschnittlich und stärker für eine Berufsarmee aus als «Neutralitätstraditionalisten» (28%, CC=0.22).

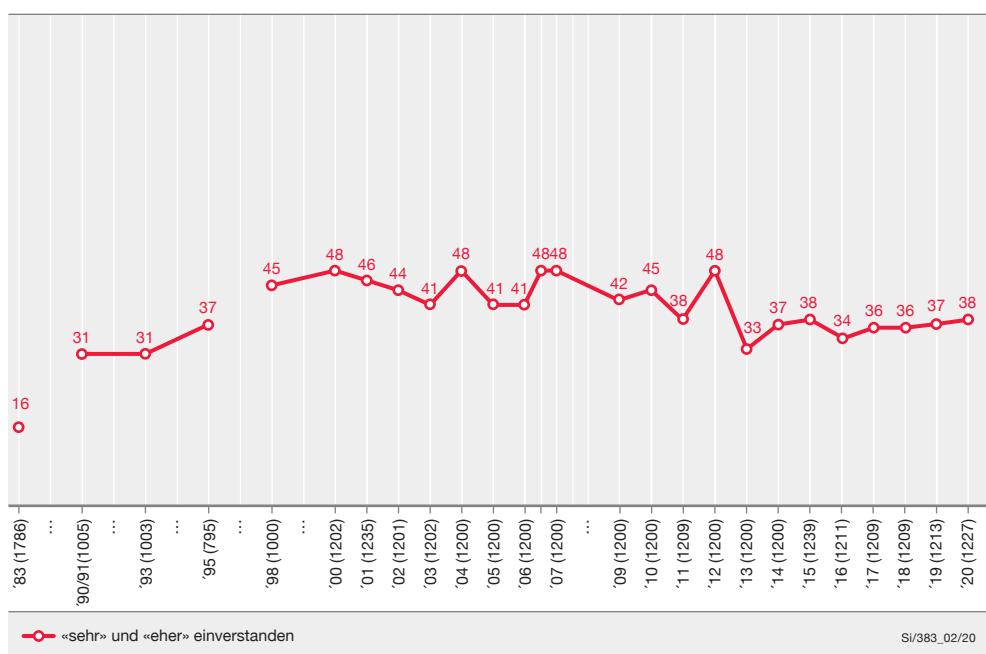
Wehrform

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht unverändert. 38% (+1 Pp) der Schweizer*innen befürworten 2020 eine Abschaffung der Wehrpflicht (siehe Abbildung 8.7). Der aktuelle Wert liegt im langjährigen Mittelwert von 39%.

*Abbildung 8.7
Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht*

«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»

(Angaben in Prozent, gerundet)



61% (–1 Pp) der Befragten lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht ab und sprechen sich somit für deren Erhaltung aus. Seit 2013 zeigt sich eine deutliche Ablehnung der Abschaffung der Wehrpflicht. Inwiefern diese hohe Zustimmung zur Wehrpflicht mit der im Jahr 2013 durchgeführten und mit 73.2% abgelehnten Abstimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht zusammenhängt, kann mit den Daten nicht eruiert werden, doch es scheint plausibel, dass die Bevölkerung bezüglich der Frage der Wehrform während des Abstimmungskampfes stärker sensibilisiert wurde. Möglich ist auch, dass die auf den 1. Januar 2018 implementierte und in Teilschritten umgesetzte Armeereform *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020g) ebenfalls einen Einfluss auf die starke Befürwortung der Wehrpflicht hatte und hat.

Soziodemografische Einflüsse: Bezuglich der Einstellung zur Wehrpflicht zeigen sich zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen teilweise grosse Unterschiede. Es ist abermals die politische Einstellung, welche am meistens differenziert. Politisch links

positionierte Schweizer*innen stimmen der Wehrpflichtabschaffung überdurchschnittlich und signifikant stärker zu (56%). Jeweils eine Minderheit der politischen Mitte und rechts davon teilt diese Auffassung (Mitte: 36%, rechts: 22%; $\gamma=0.43$). Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung zur Wehrpflichtabschaffung signifikant (18–29-Jährige: 57%, 30–59-Jährige: 40%, ab 60-Jährige: 27%; $\gamma=-0.28$). Befragte, die ausschliesslich Militärdienst geleistet haben, lehnen die Wehrpflichtabschaffung mit 77% überdurchschnittlich stark ab ($CC=0.27$). Deutschschweizer*innen stimmen der Wehrpflichtabschaffung signifikant weniger und unterdurchschnittlich stark zu (D-CH: 35%, F-CH: 47%, Tessin: 51%; $CC=0.14$). Schweizer*innen, die ihren Wohnort als «eher städtisch» beschreiben, unterstützen die Wehrpflichtabschaffung stärker als jene, die «eher ländlich» wohnen («eher ländlich»: 35%, «eher städtisch»: 45%; $CC=0.11$). Männer unterstützen die Abschaffung der Wehrpflicht signifikant weniger stark als Frauen (Männer: 35% versus Frauen: 41%; $CC=0.12$).

Bei den Antworten nach der Art der Rekrutierungsform (Freiwilligkeit versus Zwang) und der Struktur (Miliz- versus Berufsarmee) lässt sich die Schweizer Bevölkerung generell wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite stehen jüngere Personen und die politisch links Eingestellten, welche die Wehrpflicht und das Milizsystem kritischer beurteilen und weniger stark unterstützen. Auf der anderen Seite finden sich ältere Befragte und sich politisch rechts Positionierende, welche sich mit der auf der Wehrpflicht basierenden Milizarmee stärker identifizieren.

Wie bereits in den Jahren zuvor stellen wir wiederum dieselben Fragen:

- Wie gefestigt sind die Einstellungen der Schweizer*innen zur Beibehaltung bzw. zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee?
- Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Unterschiede in der Meinungsbildung finden?

Anhand einer Kreuztabellierung der beiden Einstellungsfragen zur Wehrpflicht und Wehrstruktur können die Präferenzen der Befragten analysiert werden (siehe Tabelle 8.3). 42% (–5 Pp) der Schweizer*innen stehen hinter dem heute bestehenden Schweizer System: Sie sprechen sich für die Milizarmee aus und stimmen gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. Der aktuelle Wert liegt statistisch betrachtet im langjährigen Durchschnittswert von 43%. Somit wird die bestehende Wehrform durchschnittlich stark unterstützt. 24% der Befragten (+1 Pp) präferieren eine professionalisierte Armee und wünschen sich das Ende der Wehrpflicht herbei. Somit sprechen sie sich für das heutige europäische Standardmodell aus.

*Tabelle 8.3**Zustimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht und zur Wehrstruktur*

Kreuztabellierung aus den Items «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen» und «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» (Angaben in Prozent, gerundet)

System	Antwortverhalten	'95	'98	'01	'04	'07	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20
Heutiges Schweizer System	Für Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	53	39	37	38	35	39	38	38	48	50	46	46	46	45	47	42
Freiwillige Miliz (US National Guard)	Für Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	13	13	11	14	12	13	9	14	8	11	12	10	12	10	12	12
Diskrepantes Antwortverhalten	Für Berufsarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	10	17	14	14	17	15	18	10	15	9	12	15	15	16	13	16
Heutiges europäisches Standardmodell	Für Berufsarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	18	26	29	26	28	27	24	32	22	23	23	22	22	24	23	24
	Weiss nicht / keine Antwort	6	5	9	8	8	6	11	6	7	7	7	7	5	5	5	6
Total		100															

12% (± 0 Pp) der Schweizer*innen unterstützen das Milizsystem bei gleichzeitiger Beendigung der Wehrpflicht, was dem Modell der freiwilligen Miliz (US Nationalgarde) entsprechen würde. 16% (+3 Pp) der Befragten geben eine widersprüchliche Antwort: Sie ziehen die Berufsarmee dem Milizmodell vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht, was zu einem diskrepanten Antwortverhalten führt. Es kann sein, dass diese Personen in der Frage des Wehrmodells indifferent eingestellt sind oder die Unterschiede zwischen Miliz- und Berufsarmee nicht kennen. Zwischen 2017 bis und mit 2019 liegt der Anteil, der keine Präferenz diesbezüglich hat, konstant bei 5% (± 0 Pp). 2020 liegt der Anteil «weiss nicht / keine Antwort» bei 6% (+1 Pp). Seit 2013 ist die Verteilung zu den verschiedenen Varianten vergleichsweise recht stabil.

8.7 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee aus der Sicht der Stimmbürger*innen ist für das ganzheitliche Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen wichtig. Aufgrund dessen wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbevölkerung mit der Leistung der Armee ist. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee bleibt 2020 statistisch unverändert. Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.5 (± 0.0). Dieser Wert

liegt, wie bereits 2019, leicht über dem Durchschnittswert der Jahre 2011 bis 2020 (6.3, siehe Tabelle 8.4).

Es bestehen starke Zusammenhänge zwischen der Zufriedenheit mit der Leistung und der Notwendigkeit der Armee ($\gamma=0.64$) sowie dem Vertrauen in die Armee ($\gamma=0.56$). Schweizer*innen, die zufrieden mit der Leistung der Armee sind, erachten sie als notwendig und haben ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in die Armee. Zudem spielt die Armee für Personen, welche eine höhere Zufriedenheit mit der Armee bekunden, häufiger eine zentrale gesellschaftliche Rolle ($CC=0.56$). Eine höhere Zufriedenheit mit der Leistung der Armee steht auch in Bezug mit einer stärkeren Befürwortung des Milizsystems ($CC=0.32$). Diese Zusammenhänge werden auch bei der Berechnung einer multiplen linearen Regression mit weiteren soziodemografischen Variablen, wie beispielsweise der politischen Einstellung oder dem Alter einer Person, bestätigt (adjusted $r^2=0.52$).

*Tabelle 8.4
Zufriedenheit mit der Leistung der Armee*

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	SD	Δ	Ø
Zufriedenheit mit Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	1.9	±0.0	6.3

SD Standardabweichung

Δ Differenz

Ø Durchschnitt

Soziodemografische Einflüsse: Schweizer*innen, die sich politisch links einstufen, beurteilen die Leistung der Armee im Mittel signifikant kritischer als Befragte der politischen Mitte und als politisch rechts Eingestellte. Dabei weicht der Mittelwert der politisch links Eingestellten mit 5.8 um -1.2 am stärksten vom Gesamtmittelwert (6.5) ab. Die Mittelwerte der Anhänger*innen der politischen Mitte (6.6) und Rechten (7.1) liegen dabei über der durchschnittlichen Zufriedenheit der Gesamtbevölkerung (6.5; $\gamma=0.32$). Befragte mit hoher Bildung (6.2) sind signifikant weniger zufrieden mit der Leistung der Armee als Schweizer*innen mit mittlerer Bildung (6.7) und tiefer Bildung (7.1; $\gamma=0.19$). Befragte, welche ihren Wohnort als «eher ländlich» bezeichnen (6.8) sind signifikant zufriedener mit der Leistung der Armee als Schweizer*innen, die angeben «eher städtisch» (6.2) zu leben ($CC=0.16$). 18–29-Jährige (6.2) beurteilen die Leistung unterdurchschnittlich und signifikant kritischer als 30–59-Jährige (6.4) und ab 60-Jährige (6.8; $\gamma=-0.12$).

Zusammengefasst nach soziodemografischen Merkmalen zeigt sich folgendes Bild: Politisch links eingestellte Schweizer*innen, Personen mit hoher Bildung und die 18–29-Jährigen bewerten den Leistungsausweis der Armee kritischer. Politisch rechts Stehende und ältere Personen sind am zufriedensten mit der Leistung der Armee.

8.8 Verteidigungsausgaben

Ein weiterer wichtiger und aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, welche aufzeigt, inwieweit Schweizer Stimmürger*innen bereit sind, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz im weitesten Sinne bereitzustellen. Insbesondere in Friedenszeiten sind die finanziellen Aufwendungen für das Schweizer Militär ein kontrovers diskutiertes Politikfeld, welches Politiker*innen als auch die Stimmbevölkerung gleichermaßen spaltet.

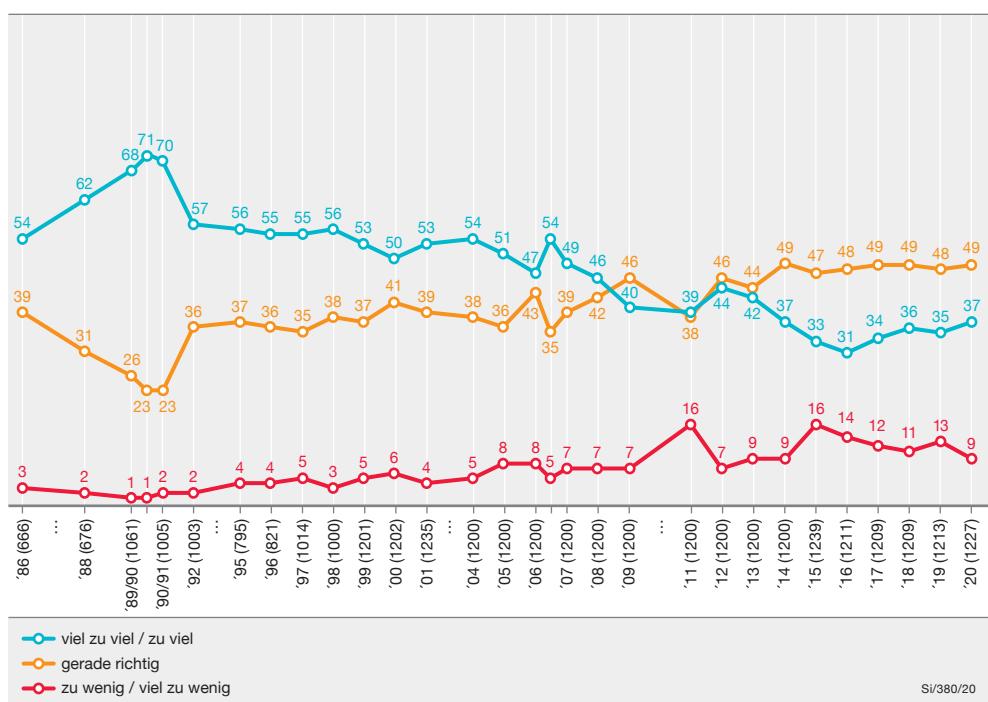
Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Beurteilung der Verteidigungsausgaben der Schweizer*innen statistisch signifikant verändert. Dabei ist die Veränderung darauf zurück zu führen, dass der Anteil «zu wenig / viel zu wenig» von 13% auf 9% gesunken ist (siehe Abbildung 8.8). Nach wie vor verharrt die Zustimmung der kumulativen Bejahung gleicher (49%, +1 Pp; «gerade richtig») oder höherer Ausgaben (9%, -4 Pp; «zu wenig») mit 58% (-3 Pp) auf sehr hohem Niveau. 37% (+2 Pp) der Befragten geben an, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» für die Verteidigung ausgebe.

Abbildung 8.8

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Seit 2009 ist der Anteil, welcher die Verteidigungsausgaben für «gerade richtig» hält oder diese erhöhen will, stärker in der Bevölkerung vertreten als der Anteil, welcher sich weniger Finanzen für die Armee wünscht. Aktuell wird mit 37% Zustimmung für eine Budgetkürzung ein unterdurchschnittlich tiefer Wert gemessen. Die durchschnittliche Zustimmung liegt bei 49%. Da sich durchschnittlich 7% über die Jahre für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprechen («zu wenig / viel zu wenig») wird mit 9% 2020 ein überdurchschnittlich hoher Wert erreicht. Es kann durchaus sein, dass die Diskussion über die Finanzierung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* bei der Mehrheit der Bevölkerung dazu geführt hat, dass Befragte die Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren als angemessen beurteilen.

Bei der deskriptiven Betrachtung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben über die Zeit zeigt sich, dass seit 2011 ein deutlicher Meinungsumschwung in der Bevölkerung

stattgefunden hat. Bis zum Jahr 2011 waren Schweizer*innen gegenüber der Höhe des Budgets kritischer eingestellt. Zwischen 1986 bis 1991 steigt der Anteil der Befragten, die glaubten, es würde «viel zu viel» und «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, rasch an. 1991 hielten 70% der Schweizer*innen die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 ist zu beobachten, dass die Einstellung bei Schweizer*innen, das Verteidigungsbudget sei «gerade richtig» bemessen, kontinuierlich zunimmt und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «viel zu viel» und «zu viel» ausgegeben, sinkt. Dieser Mechanismus beschleunigt sich seit 2011. 2020 weist die Schweizer Stimmbevölkerung im langjährigen Vergleich eine positive Einstellung gegenüber den Verteidigungsausgaben zu Gunsten der Schweizer Armee auf.

Soziodemografische Einflüsse: Zwischen den drei politischen Lagern zeigen sich auch 2020 signifikante Unterschiede. Von links über die Mitte bis nach rechts nimmt die Einstellung signifikant ab, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt (links: 57%, Mitte: 35%, rechts: 21%; $\gamma=-0.50$). Bei der Auffassung, dass «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgegeben werde, zeigt sich der gegenteilige Trend. 16% der politisch rechts Eingestellten vertreten diese Ansicht, hingegen aber nur 6% der politischen Mitte und 2% der politisch links Eingestellten ($\gamma=0.50$). Schweizer*innen, welche Militärdienst geleistet haben, sind überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben wird (CC=0.28). Zudem sprechen sich Männer signifikant öfter für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben als Frauen aus (Männer: 12% versus Frauen: 6%; CC=0.16). Während eine Mehrheit der Jungen (55%) der Auffassung ist, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt, wird diese Einstellung nur von einer Minderheit der 30–59-Jährigen (37%) und von 28% der ab 60-Jährigen geteilt ($\gamma=0.24$). Befragte, welche ihren Wohnort als «eher ländlich» beschreiben, geben weniger häufig an, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für die Armee ausgebe als Schweizer*innen, die angeben «eher städtisch» zu leben («eher ländlich»: 36%, «eher städtisch»: 45%; CC=0.14).

Weitere signifikante Unterschiede: Mit der Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee ($\gamma=0.78$), mit der Forderung nach einer «vollständig ausgerüsteten» ($\gamma=0.64$) und «sehr gut ausgebildeten» ($\gamma=0.61$) Armee, mit steigender Zufriedenheit mit der Leistung ($\gamma=0.51$) und steigendem Vertrauen in die Armee ($\gamma=0.44$) nimmt auch die Befürwortung nach höheren Verteidigungsausgaben zu. Auch bei der Berechnung einer multiplen linearen Regression werden diese Zusammenhänge bestätigt (adjusted $r^2=0.43$).

Traditionellerweise wird die Abbildung 8.6 (allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben) durch eine Grafik mit den Militärausgaben in Prozent der Gesamtausgaben des Bundes ergänzt (siehe Abbildung 8.9). 1990 betrugen die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung 17.8% der Gesamtausgaben des Bundes. Seit 1990 sind

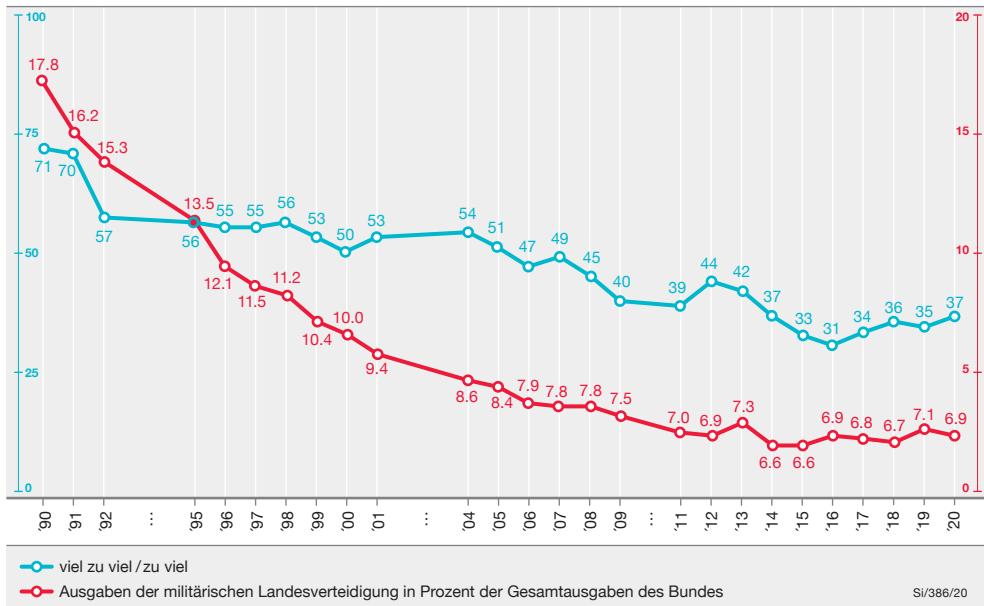
die Militärausgaben im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Bundes gesunken und stabilisieren sich seit 2014 auf einem Niveau von 6.6% bis 6.9%. 2020 sind 6.9% des Gesamtbudgets für die Verteidigung eingeplant. Die Auffassung der Schweizer*innen, dass der Bund «viel zu viel / zu viel» Geld für die Verteidigung ausgibt, sank – analog zu den realen Ausgaben – von 1990 bis 2005 von 71% auf 51%. Seit 2006 findet sich in der Schweizer Bevölkerung keine Mehrheit mehr, welche die Verteidigungsausgaben als zu hoch betrachtet. Während dieser Zeit sind auch die realen Ausgaben für die Verteidigung auf unter 8% der Gesamtausgaben des Bundes gesunken. Vor allem seit 2014 sind immer weniger Schweizer*innen der Meinung, dass der Bund «viel zu viel / zu viel» Geld für die Verteidigung ausgibt. Dementgegen hat die Unterstützung für die Auffassung, dass die Schweiz «gerade richtig» viel Geld in die Landesverteidigung investiert, seit 1990 kontinuierlich zugenommen. Seit 2009 unterstützt mehr als die Hälfte der Befragten die Aussage, dass der Bund «gerade richtig» oder «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgibt.

Abbildung 8.9

Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und Ausgaben für die militärische Landesverteidigung

Blaue Linie: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Studien Sicherheit 1990 bis 2020)
 Rote Linie: Ausgaben für die militärische Landesverteidigung in Prozent der Gesamtausgaben des Bundes seit 1990 bis 2020
 (1990–2017: Eidgenössische Finanzverwaltung, Ausgaben nach Aufgabengebieten; 2017–2018: Finanzplan 2016–2019;
 2020: Voranschläge des Bundes: Ausgaben nach Aufgabengebieten)

(Angaben in Prozent, gerundet)



Der Vergleich zwischen der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Summe «viel zu viel / zu viel») und den Militärausgaben in Prozent der Gesamtausgaben des Bundes zeigt, dass deren Verläufe sehr ähnlich sind. Im Zuge der Senkung der relativen Militärausgaben sind auch immer weniger Schweizer*innen der Auffassung, dass «viel zu viel / zu viel» Geld für die Verteidigung ausgegeben wird. Bei der Berechnung einer linearen Regression zwischen der allgemeinen Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und den relativen Militärausgaben in Prozent der Gesamtausgaben des Bundes zeigt sich Folgendes: Je weniger Geld für die Armee aufgewendet wird, desto weniger oft wird die Einstellung geäußert, dass «zu viel» Geld für die Landesverteidigung ausgegeben wird (adjusted $r^2=0.81$). Mit sinkenden Armeeausgaben nimmt die Auffassung zu, dass die Ausgaben für die Armee «gerade richtig» sind (adjusted $r^2=0.76$), bzw. dass in der Schweiz für die Armee «zu wenig» Geld ausgegeben wird (adjusted $r^2=0.62$). Die drei beschriebenen Zusammenhänge sind hochsignifikant und gleich stark wie im Vorjahr 2019.

Fazit: 2020 bewerten Schweizer*innen ihre Armee als überdurchschnittlich notwendig. Begründet wird die Notwendigkeit vor allem durch die Generierung von Sicherheit gegen aussen sowie im Innern, wobei die Befragten in erster Linie spontan an die Landesverteidigung und an die Katastrophenhilfe denken. Wurden 2009 noch Gründe der Sicherheit im Land am häufigsten genannt, hat das Argument der Sicherheit des Landes gegen aussen signifikant zugenommen und übernimmt 2020 den Spaltenplatz. Die Notwendigkeit der Armee wird äußerst selten spontan mit der gesetzlich festgelegten Friedenssicherung sowie mit humanitären Einsätzen begründet.

Im aktuellen Jahr wurden von jenen, welche die Armee als nicht notwendig ansehen, deutlich mehr Gründe für die fehlende Notwendigkeit der Armee zusammengetragen, als dies noch im Jahr 2009 der Fall war. Es sind Zweifel an der Effektivität, bedingt durch die geringe Landes- und Armeegrösse, die wahrgenommenen hohen Kosten einer Armee sowie der persönlichen Einschätzung von nicht vorhandener oder geringer Bedrohung, welche die Armee für nicht notwendig erscheinen lassen.

Bei der gesellschaftlichen Rolle wird vor allem der zentralen Rolle des Militärs für die Gesellschaft zugestimmt. Jeweils eine klare Mehrheit fordert eine «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee. Obwohl dem Milizsystem als Wehrform signifikant weniger stark als im Vorjahr zugestimmt wird, steht auch 2020 die Mehrheit der Stimm-bürger*innen hinter dem Milizprinzip des Schweizer Militärs. Die Bevölkerung ist mit der Leistung der Schweizer Armee gleich zufrieden wie 2019. Gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben sind die Befragten leicht kritischer eingestellt als 2019. Im langjährigen Vergleich haben Schweizer*innen ein sehr positives Bild gegenüber der Armee.

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland

Bevölkerungsbefragung 2019

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) führt seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der deutschen Bundesbürger*innen durch. Die Daten der Bevölkerungsbefragung 2019 wurden zwischen dem 25. Mai 2019 und dem 30. Juni 2019 mittels computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) bei 2295 Bundesbürger*innen erhoben. Die Bundeswehr geniesst bei deutschen Bundesbürger*innen ein hohes gesellschaftliches Ansehen. 76% der Befragten sind gegenüber der Bundeswehr positiv eingestellt. Das Vertrauen in die Bundeswehr ist ebenfalls hoch: 80% vertrauen der Bundeswehr. 45% der Befragten sind der Auffassung, dass die Verteidigungsausgaben erhöht werden sollten. Für gleichbleibende Verteidigungsausgaben sprechen sich 38% der Befragten aus. Eine starke Verringerung der Ausgaben für die Bundeswehr wird von 12% der Befragten gefordert.

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) (2019). *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019*. Potsdam, Dezember 2019.

Trend Radar: Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Bundesheer im Jahr 2019. Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage

Trend Radar 1/2019

Das Zentrum für menschenorientierte Führung und Wehrpolitik (ZMFW) veröffentlicht mit der Publikationsreihe «Trend Radar» empirische sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über die innere und soziale Lage des Österreichischen Bundesheeres, basierend auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen. Für den Trend Radar 2019 wurden zwischen dem 04. Juli 2019 und dem 22. Juli 2019 insgesamt 1434 Österreicher*innen ab 15 Jahren befragt (Mixed-Mode-Ansatz: Online-Interviews: 728, Computer-Assisted Personal Interviews: 706). 72% der Befragten zeigt gegenüber dem Österreichischen Bundesheer eine positive Grundhaltung und 85% der Österreicher*innen vertrauen ihrem Bundesheer. 61% sprechen sich für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus und 26% der Befragten stimmen gleichbleibenden Ausgaben zu. 9% der Befragten fordern eine starke Verringerung der Ausgaben für das Österreichische Bundesheer. Die Milizarmee wird von 62% der Befragten unterstützt.

Prinz, W. H., Rakowsky, S., Lackinger, S., Heisig, S. (2019). *Trend Radar: Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu Bundesheer und Bedrohungsszenarien. 2019 Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage*. Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung.

Die deutsche Bevölkerungsbefragung 2019, der österreichische Trend Radar 1/2019 und die Studie «Sicherheit 2020» im Vergleich

Die Ergebnisse der Studie «Sicherheit 2020» zeigen, dass 77% der Schweizer*innen ihre Armee als notwendig erachten und die Bevölkerung insgesamt positiv gegenüber ihrer Armee eingestellt ist. Das Vertrauen der Schweizer*innen gegenüber dem Militär ist überdurchschnittlich hoch. In der Schweiz fällt ebenfalls die Beurteilung der Verteidigungsausgaben positiv aus. 49% der Schweizer Stimmbürger*innen bewerten die Verteidigungsausgaben der Schweizer Armee als «gerade richtig» und 37% findet die Ausgaben zu hoch und 9% der Schweizer*innen sind der Ansicht, dass zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben werde. Die Milizarmee wird von 54% der Befragten unterstützt.

Sowohl die deutsche, österreichische wie auch die Schweizer Bevölkerung bewerten ihre jeweilige Armee positiv. In allen drei Ländern ist das Vertrauen in die Streitkräfte hoch. Die kumulative Forderung nach gleichbleibenden oder höheren Verteidigungsausgaben ist in Österreich (87%) am grössten und zeigt sich etwas abgeschwächt in Deutschland (83%). In der Schweiz zeigt sich die Forderung am schwächsten ausgeprägt und wird von 58% der Befragten unterstützt. In Österreich wird die Milizarmee stärker als in der Schweiz befürwortet. Aufgrund der ausgesetzten Wehrpflicht in Deutschland wurde diese Frage in Deutschland nicht gestellt. Die drei beschriebenen Befragungen zeigen, dass sowohl das Österreichische Bundesheer, die Deutsche Bundeswehr als auch die Schweizer Armee von der jeweiligen Bevölkerung positiv wahrgenommen werden.

9 Sicherheitspolitisches Interesse und Abstimmungsabsicht¹

9.1 Sicherheitspolitisches Interesse

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen können und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für die Sicherheitspolitik der Schweiz, mit ihren direktdemokratischen Institutionen, die auf ein hohes Mass an Bürger*innenengagement angewiesen sind, ist die öffentliche Beteiligung der Bürger*innen am sicherheitspolitischen Geschehen von zentraler und grosser politischer Bedeutung. Durch die Medien gelangen immer wieder sicherheitspolitisch relevante Themen in den Fokus der Öffentlichkeit und beschäftigen dadurch die Bevölkerung. Ereignisse wie die militärische Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und dem Iran im Januar 2020, der anhaltende Krisenherd in Syrien oder die extremistisch motivierten Attentate in Europa werden in den Medien prominent erwähnt. Es kann vermutet werden, dass diese häufige Präsenz in den Medien (Medialisierung) sicherheitsrelevanter Ereignisse zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung für sicherheitspolitische Belange führt. Auch auf nationaler Ebene werden in der Schweiz sicherheitspolitische Themen medial diskutiert. Sei dies die öffentliche Debatte über die Zukunft der Luftwaffe und der zukünftigen Bodenluftverteidigung (BODLUV), die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge oder Berichte über den verstärkten Ausbau von Cyberspezialist*innen in der Schweizer Armee. Aber auch die Alimentierungsprobleme der Armee und die Abgänge in den Zivildienst wurden medial kontrovers und häufig diskutiert. Zudem wurde wiederholt über die parlamentarische Diskussion zur Erhöhung des Armeebudgets berichtet (siehe Kapitel 1 «Chronologie potentiell meinungsbildender Ereignisse 2019»).

Aktuell zeigt sich knapp die Hälfte (47%) der Schweizer Bevölkerung im Allgemeinen an der Schweizer Sicherheitspolitik interessiert (siehe Abbildung 9.1). Damit ist der Anteil an Personen, die sich für sicherheitspolitische Fragen interessieren, im Vergleich zu 2018 deutlich und statistisch signifikant gesunken (–13 Prozentpunkte, vgl. Szvircsev Tresch et al. 2018, 98). Insgesamt bekunden 12% (–1 Pp) ein «sehr starkes» Interesse und 35% (–12 Pp) ein «eher starkes» Interesse. Weitere 48% (+11 Pp) sagen, dass sie «ein biss-

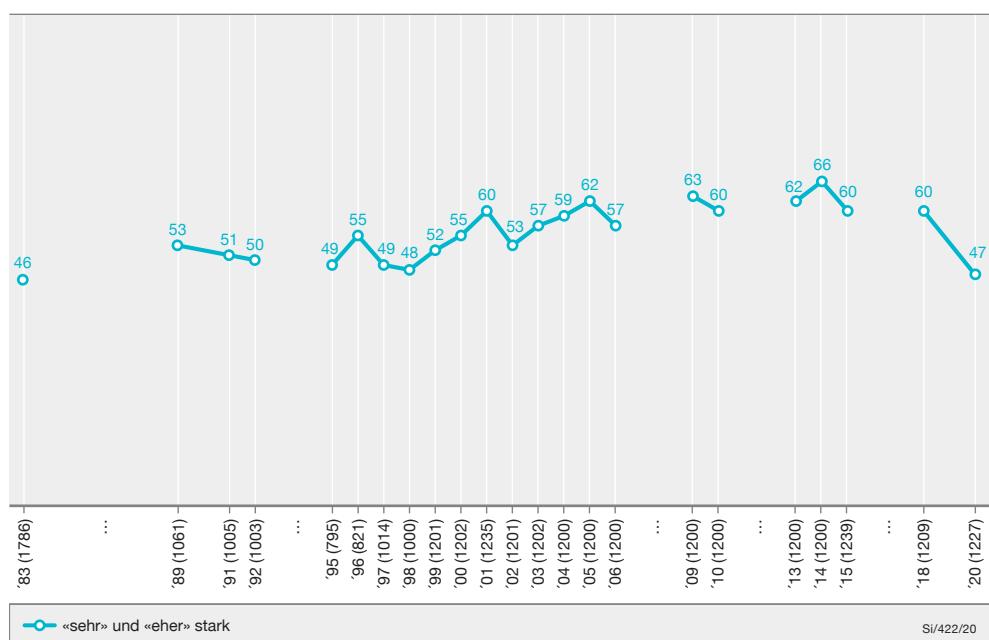
1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.

chen» an Sicherheitspolitik interessiert sind, während 5% (+2 Pp) angeben «überhaupt nicht» interessiert zu sein. Der Rückgang des sicherheitspolitischen Interesses ist statistisch betrachtet in erster Line auf die Verschiebung der «eher» Interessierten zu den «ein bisschen» Interessierten zurückzuführen. Gesamthaft wird für das sicherheitspolitische Interesse 2020 ein historischer Tiefstwert² seit Messbeginn im Jahr 1983 festgestellt. Der bis anhin höchste gemessene Wert von 66% wurde im Jahr 2014 verzeichnet. Es kann vermutet werden, dass die kontroverse Diskussion der Beschaffung des Kampfflugzeugs Saab JAS 39 Gripen anfangs 2014 – während der Zeit der Datenerhebung 2014 – das sicherheitspolitische Interesse der Schweizer Bevölkerung kurzfristig ansteigen liess (Szvircsev Tresch et al. 2015, 157). Insbesondere fällt aber auf, dass die Aufmerksamkeit bezüglich sicherheitspolitisch relevanter Themen seit der Jahrtausendwende deutlich höher liegt als in den 1980er und 1990er Jahren des vergangenen Jahrhunderts (Szvircsev Tresch et al. 2018, 97). Die aktuellen Daten bilden hier allerdings eine Ausnahme.

*Abbildung 9.1
Sicherheitspolitisches Interesse*

«Sie haben in unserer Umfrage einige Fragen zur Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Wie bereits in den vergangenen Jahren zeigt sich auch 2020, dass die politische Einstellung einen starken Einfluss auf das sicherheitspolitische Interesse ausübt. Je weiter rechts eine Person positioniert ist, desto stärker interessiert sie sich für sicherheitspolitische Themen (rechts: 67%, Mitte: 45%, links: 36%; $\gamma=0.29$).³ Das Interesse an Sicherheitspolitik steigt zudem mit zunehmendem Alter (18–29-Jährige: 30%, 30–59-Jährige: 45%, ab 60-Jährige: 56%; $\gamma=0.26$). Darüber hinaus ist das Interesse an Sicherheitspolitik bei Schweizer*innen mit hohem Einkommen besonders stark ausgeprägt (tief: 39%, mittel: 45%, hoch: 56%; $\gamma=0.19$). Verglichen mit den Vorjahren zeigt sich, dass das sicherheitspolitische Interesse besonders deutlich bei den 18–29-Jährigen

3 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

(–22 Pp) und den politisch links orientierten Personen (–16 Pp) zurückgegangen ist. Über die gesamte Messreihe hinweg zeigt sich zudem, dass Frauen weniger stark an Sicherheitspolitik interessiert sind als Männer (Frauen: 39%, Männer: 55%; CC=0.17). Deutschschweizer*innen interessieren sich signifikant stärker für Sicherheitspolitik als Westschweizer*innen (D-CH: 49%, F-CH: 39%, Tessin: 41%; CC=0.11).

Vergleicht man das aktuelle Interesse an Sicherheitspolitik der Schweizer Stimmbevölkerung mit dem allgemeinen Politikinteresse, zeigen verschiedene Studien, dass Schweizer*innen ein stärkeres Interesse an Politik im Allgemeinen als an Sicherheitspolitik im Speziellen haben. In der «VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Mai 2019»⁴ zum Beispiel sind 71% der Befragten «sehr» oder «eher» an Politik im Allgemeinen interessiert. Aus den Daten des «European Social Survey»⁵ aus dem Jahr 2018 geht wiederum hervor, dass 58% der stimmberechtigten Schweizer*innen ein Interesse für Politik äussern.

Aufschlussreich ist nicht nur der Vergleich zwischen dem Interesse an Sicherheitspolitik und dem generellen Politikinteresse im absoluten Ausmass, sondern auch in Bezug auf die soziodemografischen Einflüsse. Frauen und jüngere Personen zeigen sich nicht nur weniger an Sicherheitspolitik, sondern auch generell weniger an Politik im Allgemeinen interessiert (vgl. VOTO-Studie 2019, European Social Survey 2018). Hingegen zeigen sich beim Bildungsniveau und bei der politischen Einstellung unterschiedliche Effekte auf das Interesse an Politik im Allgemeinen und beim sicherheitspolitischen Interesse. Mit steigendem Bildungsniveau steigt das generelle Politikinteresse. Spezifisch gefragt nach dem Interesse für Sicherheitspolitik zeigen sich jedoch keine Unterschiede aufgrund des Bildungsniveaus, wie die Daten der Studie «Sicherheit 2020» zeigen. Dieser Befund weist darauf hin, dass sich Befragte mit tiefem Bildungsniveau eher für Sicherheitspolitik als für Politik im Allgemeinen interessieren, während Personen mit hoher Bildung sich etwas weniger stark für sicherheitspolitische Themen interessieren als für Politik im Allgemeinen. Bei der politischen Orientierung zeigt sich, dass Personen, die sich in der politischen Mitte einstufen, ein geringeres Interesse an Politik im Allgemeinen haben als Personen des politisch linken und rechten Spektrums. Allerdings zeigt sich beim Interesse an Sicherheitspolitik, dass politisch rechts Eingestellte ein grösseres Interesse haben.

9.2 Abstimmungsabsicht und weitere Einflüsse

Das sicherheitspolitische Interesse der Stimmberechtigten steht in Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Armee ($\gamma=0.27$), in die Polizei ($\gamma=0.11$) und in die Schweizer Wirtschaft ($\gamma=0.14$). Je stärker sich jemand für Sicherheitspolitik interessiert, desto höher ist das Vertrauen in die drei genannten Institutionen. Zudem zeigt sich, dass Schweizer*innen, die sich für Sicherheitspolitik interessieren, die Zukunft der Schweiz optimistischer

bewerten ($\gamma=0.15$). Hingegen gibt es keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem sicherheitspolitischen Interesse und den drei Fragen zum Sicherheitsempfinden (allgemein, im öffentlichen Raum und Kriminalitätsfurcht; siehe Kapitel 4).

Das sicherheitspolitische Interesse korreliert zudem deutlich mit der Häufigkeit, mit der eine Person beabsichtigt, an Eidgenössischen Abstimmungen teilzunehmen.⁶ Personen, die bekunden, dass sie besonders häufig an Abstimmung teilnehmen wollen, sind auch stärker an Sicherheitspolitik interessiert (Personen mit geringer Abstimmungsabsicht: 29% «sehr/eher starkes Interesse», Personen mit mittlerer Abstimmungsabsicht: 36% «sehr/eher starkes Interesse», Personen mit hoher Abstimmungsabsicht: 60% «sehr/eher starkes Interesse»; $\gamma=0.39$). Daraus lässt sich schliessen, dass Schweizer*innen, welche regelmässig Abstimmen gehen, ein überdurchschnittlich grosses Interesse an Sicherheitspolitik aufweisen.

Fazit: Das Interesse an der nationalen Sicherheitspolitik ist in diesem Jahr gegenüber 2018 deutlich und statistisch signifikant gesunken. Unverändert zeigt sich jedoch, dass sich Männer, politisch rechts Orientierte, Befragte ab 60 Jahren sowie Schweizer*innen mit einem hohen Einkommen am stärksten für sicherheitspolitische Belange interessieren. Vergleichsweise tief ist das Interesse an Sicherheitspolitik bei den 18–29-Jährigen. Ein Vergleich mit den «VOTO» und «ESS»-Daten für das allgemeine Interesse an Politik zeigt, dass in diesem Jahr das allgemeine Interesse an Politik höher ist als das sicherheitspolitische Interesse. Zudem zeigt sich, dass Schweizer*innen mit grossem sicherheitspolitischen Interesse der Armee, der Schweizer Wirtschaft und der Polizei stärker vertrauen. Darüber hinaus bekunden Schweizer*innen, die sich besonders stark für Sicherheitspolitik interessieren, eine stärkere Absicht, an Eidgenössischen Abstimmungen teilzunehmen.

6 Die Absicht, an Eidgenössischen Abstimmungen teilzunehmen, wurde mit der Frage «Nehmen wir an, im Laufe von einem Jahr würden 10 Eidgenössische Abstimmungen stattfinden. An wie vielen von diesen 10 Abstimmungen würden Sie teilnehmen?» erhoben. 50% der Befragten geben an, bei allen Abstimmungen teilzunehmen. Für die Einteilung in tiefe, mittlere und hohe Abstimmungsabsicht wurden die Antwortkategorien wie folgt eingeteilt: 0–4: geringe Abstimmungsabsicht (14%), 5–9: mittlere Abstimmungsabsicht (36%), 10: hohe Abstimmungsabsicht (50%). Die Absicht, an Eidgenössischen Abstimmungen teilzunehmen, steigt insbesondere mit dem Alter und dem Bildungsniveau.

10 Verteidigungspolitisches Wissen der Schweizer*innen¹

In Kapitel 8 wurde die Einstellung der Schweizer*innen gegenüber ihrem Militär beschrieben und gezeigt, dass eine Mehrheit der Befragten gegenüber der Schweizer Armee positiv eingestellt ist. 2020 ist das Vertrauen in die Armee, die Unterstützung der allgemeinen Wehrpflicht und des Milizsystems als Rekrutierungsform als auch die Notwendigkeit der Armee überdurchschnittlich hoch. Auf welche Faktoren ist diese positive Sichtweise zurückzuführen? Auf effektives Wissen über die Armee oder auf freundliches Desinteresse der Schweizer*innen an ihrem Militär?

Was wissen Schweizer*innen eigentlich über die Schweizer Armee? Haben Schweizer*innen schon einmal etwas über die Armeereform *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* gehört, gelesen oder gesehen?

Wissen sie, wie hoch das jährliche Verteidigungsbudget ist? Kennen die Befragten die/den aktuelle/n Verteidigungsminister*in der Schweiz? Kennen sie Organisationen, die einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag haben? Im Rahmen dieses Kapitels werden die genannten Fragen beantwortet und ausgewertet.

10.1 Gedankliche Auseinandersetzung mit der Schweizer Armee

Um sich dem Wissensstand der Schweizer*innen zur Armee annähern zu können, interessiert in einem ersten Schritt, wie stark sich Befragte gedanklich mit der Schweizer Armee auseinandersetzen. Auf die Frage², wie oft sich die befragte Person überhaupt Gedanken über die Schweizer Armee macht, antworten im Januar 2020³ 2% mit täglich. 3% der Schweizer*innen geben an, dies mehrmals pro Woche zu tun und 15% der Befragten denken einmal pro Woche über die Schweizer Armee nach. 42% machen sich einmal im Monat derartige Gedanken. 29% sinnieren einmal pro Jahr über die Armee, 8% geben

- 1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.
- 2 Wortlaut der Frage: «Jetzt kommen wir zur letzten Frage. Wie oft machen Sie sich überhaupt Gedanken über die Schweizer Armee: Kommt dies jeden Tag, mehrmals pro Woche, einmal pro Woche, einmal im Monat, einmal im Jahr oder nie vor?»
- 3 Mit dem Einsatz der Schweizer Armee zur Bekämpfung der Krise infolge der COVID-19 Pandemie ab Mitte März 2020 ist zu vermuten, dass die Schweizer Bevölkerung sich öfters Gedanken über die Armee macht, da sie in dieser Zeit stärker in den Medien präsent war als sonst.

an, sich nie Gedanken über die Armee zu machen und 1% beantwortet die Frage nicht. Es zeigt sich somit, dass die gedankliche Auseinandersetzung mit der Schweizer Armee in der Bevölkerung nicht stark verbreitet ist. 80% äussern sich dahingehend, dass sie sich höchstens einmal pro Monat über die Schweizer Armee Gedanken machen.

Soziodemografische Einflüsse: Deutschschweizer*innen denken öfters an die Armee als Personen aus der französischsprachigen Schweiz (maximal einmal pro Monat: D-CH: 77%, F-CH: 88%, Tessin: 73%; CC=0.22). Ebenfalls beschäftigen sich Männer (maximal einmal pro Monat: Männer: 74%, Frauen: 84%; CC=0.18) signifikant regelmässiger mit der Schweizer Armee als Frauen. Schweizer*innen mit einer politisch rechten Einstellung machen sich mehr Gedanken über die Armee als Personen der politischen Mitte und links davon (maximal einmal pro Monat: links: 83%, Mitte: 79%, rechts: 75%; $\gamma=0.16$).⁴ Hingegen denken Personen mit tiefer Bildung weniger an die Armee als die beiden anderen Bildungsgruppen (maximal einmal pro Monat: tief: 86%, mittel: 80%, hoch: 78%; $\gamma=-0.16$).

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, die sich verstärkt mit der Schweizer Armee gedanklich auseinandersetzen, erachten sie als notwendiger ($\gamma=0.21$), unterstützen die Milizarmee stärker (CC=0.13), sind vermehrt der Ansicht, dass zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben wird ($\gamma=0.20$), betrachten die Armee als einen zentralen Bestandteil der Gesellschaft (CC=0.19) und sind zufriedener mit der Leistung der Schweizer Armee ($\gamma=0.13$).

10.2 Kenntnis Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Die Armeereform *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* wird seit dem 1. Januar 2018 in Teilschritten umgesetzt (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020oh). Daher wurde der Kenntnisstand zur *WEA* bereits im Rahmen der Studie «Sicherheit 2018» erfragt. 2018 gaben 48% der Befragten an, noch nie etwas über die *WEA* gehört zu haben. 39% der Schweizer*innen hatten zumindest davon gehört. 10% wussten im Grossen und Ganzen, um was es bei der *WEA* gehen würde und 2% der Schweizer*innen kannten sich sehr gut mit der *WEA* aus (Szvircsev Tresch 2018, 163). In der diesjährigen Studie wurde die Frage in leicht geänderter Form erneut gestellt (siehe Tabelle 10.1).

*Tabelle 10.1**Kenntnisstand der WEA*

«Im Moment ist eine Armeereform, die sogenannte Weiterentwicklung der Armee im Gang. Haben Sie davon schon gehört, gesehen oder gelesen?»

Items	'18 (1209)	'20 (1227)
Nein, gar nicht	48%	-
Ja, ich habe davon gehört.	39%	-
ja, ich weiss im Grossen und Ganzen, um was es geht.	10%	-
Ja, ich kenne mich sehr gut damit aus.	2%	-
Ja, ich habe davon gehört, gesehen oder gelesen.	-	47%
Nein, nie davon gehört, gesehen oder gelesen	-	53%
Weiss nicht / keine Angabe	1%	-
Total	100%	100%

2020 geben 47% der Befragten an, von der *WEA* etwas «gehört, gesehen oder gelesen» zu haben und bei 53% der Schweizer*innen ist dies nicht der Fall. Aufgrund der unterschiedlichen Antwortkategorien sind die Resultate der beiden Erhebungswellen (2018 und 2020) nicht direkt miteinander vergleichbar. Dennoch, obwohl es nicht die identischen Antwortkategorien sind, gibt es sinngemäss Überschneidungen. Die Summe der Kategorien aus dem Jahr 2018 «ja, ich habe davon gehört» (39%) «ja, ich weiss im Grossen und Ganzen, um was es geht» (10%) und «ja, ich kenne mich sehr gut damit aus» (2%, insgesamt 51%) bildet in etwa die Kategorie des Jahres 2020 «ja, ich habe davon gehört, gesehen oder gelesen» (47%) ab. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Wissen über das Reformprojekt *WEA* nicht gewachsen ist.

Soziodemografische Einflüsse: Während sich 2018 Unterschiede zwischen Sprachregionen, Bildung und Geschlecht zeigten, gibt es aktuell signifikante Unterschiede beim Alter, der Sprachregion, der politischen Einstellung, der Bildung und dem Geschlecht. Ab 60-Jährige kennen die *WEA* signifikant besser als 30–59-Jährige und 18–29-Jährige (18–29-Jährige: 36%, 30–59-Jährige: 46%, ab 60-Jährige: 55%; CC=0.14). Deutschschweizer*innen geben signifikant häufiger als Westschweizer*innen und Tessiner*innen an, die *WEA* zu kennen (D-CH: 54%, F-CH: 26% Tessin: 31%; CC=0.23). Schweizer*innen mit tiefer Bildung kennen die *WEA* signifikant weniger als Personen mit mittlerer und hoher Bildung (tief: 20%, mittel: 44%, hoch: 54%; CC=0.17). Politisch rechts Eingestellte haben signifikant öfters von der *WEA* gehört, gesehen oder gelesen als Personen der politischen Mitte oder links davon (links: 44%, Mitte: 43%, rechts: 56%; CC= 0.12). Männer wissen signifikant mehr über die *WEA* als Frauen (Männer: 54%, Frauen: 40%; CC= 0.13).

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, welche sich öfters Gedanken über die Schweizer Armee machen, kennen sich besser mit der *WEA* aus als andere

(CC=0.27). Schweizer*innen, die angeben die *WEA* zu kennen, geben an, an mehr politischen Abstimmungen⁵ teilzunehmen als andere (CC=0.19). Auch dieses Jahr zeigt sich, dass Befragte, welche sich sehr stark für die Sicherheitspolitik interessieren, besser über die *WEA* informiert sind als Personen, welche kein Interesse an sicherheitspolitischen Fragen haben (CC=0.19). Schweizer*innen, die die *WEA* kennen, sind weniger der Ansicht, dass die Schweiz «viel zu viel» und «zu viel» für die Armee ausgibt (CC=0.15). Befragte mit Kenntnissen über die *WEA* erachten die Armee als notwendiger als jene, die noch nie etwas von der *WEA* gehört haben (CC=0.14).

10.3 Kenntnisstand Verteidigungsbudget

Für die Schweizer Armee werden jedes Jahr CHF 5 Milliarden Schweizer Franken ausgegeben (Schweizerische Eidgenossenschaft 2020h). Dieser Betrag entspricht ungefähr 0.7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schweiz und liegt damit unter dem von der Nato geforderten Ausgabenniveau von 2% des BIPs (Surber, 2018). Die 0.7% des BIP entsprechen 6.9% der Gesamtausgaben des Bundes (siehe Abbildung 8.9 in Kapitel 8). Mit dem Wortlaut «*Was meinen Sie, wie viele Milliarden Franken gibt die Schweiz für ihre Armee pro Jahr aus? Sind dies 1 Milliarde, 3 Milliarden, 5, 7, 9 oder 11 Milliarden?*» wurde der Kenntnisstand der Schweizer*innen bzgl. des jährlichen Verteidigungsbudgets erfragt (siehe Tabelle 10.2).

*Tabelle 10.2
Kenntnisstand der Verteidigungsbudgets*

«*Was meinen Sie, wie viele Milliarden Franken gibt die Schweiz für ihre Armee pro Jahr aus?
Sind dies 1 Milliarde, 3 Milliarden, 5, 7, 9 oder 11 Milliarden?*»

Antwortmöglichkeiten	in %	in % ungewichtet	Gruppierung	in % gewichtet
1 Mrd.	2%	18%	unterschätzt	23%
3 Mrd.	16%			
5 Mrd.	30%	30%	korrekte Antwort	30%
7 Mrd.	22%			
9 Mrd.	15%	45%	überschätzt	39%
11 Mrd.	8%			
weiss nicht / keine Angabe	7%	7%	weiss nicht / keine Angabe	8%
Total	100%	100%		100%

30% der Befragten antworten korrekt und geben CHF 5 Mrd. Franken als Antwort an. Insgesamt unterschätzen 18% (davon geben 2% 1 Mrd. und 16% 3 Mrd. als Antwort) das Verteidigungsbudget. Hingegen schlagen 45% der Befragten (davon geben 22% 7 Mrd., 15% 9 Mrd. und 8% 11 Mrd. als Antwort an) das Verteidigungsbudget zu hoch an. 7% der Befragten geben an, die Antwort nicht zu wissen oder geben keine Antwort.

Aus inhaltlichen Gründen wird eine Gewichtung vorgenommen. Dabei bleibt der Prozentwert der korrekten Antwort 5 Mrd. (30%) unverändert. Die übrigen 70% werden auf die beiden Items, die das Budget unterschätzen (1 Mrd. und 3 Mrd.) und die drei Items (7 Mrd., 9 Mrd., 11 Mrd.), welche das Budget überschätzen, gewichtet aufgeteilt. Die Wahrscheinlichkeit einer Unterschätzung der Verteidigungsausgaben beträgt aufgrund der zwei Auswahlchancen (1 Mrd. und 3 Mrd.) zwei. Die Überschätzungswahrscheinlichkeit beträgt drei und ist somit grösser, da drei Auswahlchancen (7 Mrd., 9 Mrd., 11 Mrd.) zur Verfügung stehen. Auch mit der Gewichtung bleibt der obenstehende Befund bestehen. Während jede*r vierte Schweizer*in die Armeeausgaben unterschätzt (23%), werden die Ausgaben von vier von zehn Schweizer*innen (39%) als zu hoch angegeben.

Soziodemografische Einflüsse: Für die soziodemografische Untersuchung wird die abhängige Variable (Kenntnisstand Verteidigungsbudget) umkodiert.⁶ Anhand dieser Umkodierung lässt sich feststellen, dass Männer signifikant öfters als Frauen die korrekte Antwort von CHF 5 Mrd. geben (Männer: 36%, Frauen: 25%, CC=0.11). Personen mit tiefer Bildung geben weniger oft eine korrekte Antwort an als Befragte aus den beiden anderen Bildungsniveaus (tief: 22%, mittel: 27%, hoch: 35%; CC=0.10).

Weitere signifikante Unterschiede: Während Schweizer*innen, die das Verteidigungsbudget überschätzen, häufiger der Meinung sind, dass zu viel Geld für die Armee ausgegeben wird, verhält es sich gerade umgekehrt bei Personen, welche das Verteidigungsbudget unterschätzen. Diese sind tendenziell eher der Meinung, es werde zu wenig für die Verteidigung ausgegeben (CC=0.13).

10.4 Kenntnisstand über sicherheitspolitische Akteure

Gemäss dem Sicherheitspolitischen Bericht 2016 des Bundesrates zählen die Aussenpolitik, die Armee, der Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienst, die Polizei, die Wirtschaftspolitik, die Zollverwaltung und der Zivildienst zu den sicherheitspolitischen Instrumenten der Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft 2016b, 81f.). Der Zivilschutz ist im Bereich Bevölkerungsschutz aufgeführt. In der Studie «Sicherheit 2020» interessiert nun, inwiefern die Befragten über sicherheitspolitisches Wissen verfügen. Aus diesem Grunde wurde mittels einer geschlossenen Frage dieses Wissen bei den Schweizer*innen erfragt. Dabei wurden drei Institutionen mit einem offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag (Zivildienst, Zivilschutz, Zoll) und drei Institutionen ohne offiziellen sicherheitspoli-

⁶ Recodierung des Kenntnisstands Verteidigungsausgaben in eine Dummy Variable: 1= falsche Antwort, unterschätzt oder überschätzt, keine Antwort und weiss nicht (70%); 2= korrekte Antwort (30%).

tischen Auftrag (Rega, Rotes Kreuz, Securitas) zur Auswahl gegeben. Die Schweizerische Rettungsflugwacht Rega ist eine selbstständige, private und gemeinnützige Stiftung, welche sich durch Gönnerbeiträge finanziert und keine Subventionen der öffentlichen Hand erhält. Die Rega agiert politisch unabhängig (Rega 2020). Das Rote Kreuz ist eine Nichtregierungsorganisation (Red Cross 2020). Die Securitas ist die grösste und bekannteste private Sicherheitsfirma der Schweiz (Human Rights 2017; Szvircsev Tresch et al 2015: 88⁷). Obwohl private Sicherheitsfirmen immer mehr eingesetzt werden, werden sie nicht zu den sicherheitspolitischen Instrumenten der Schweiz gezählt (Schweizerische Eidgenossenschaft 2016b, 81f.).

Bei der Haupterhebung im Januar 2020 wurden die Polizei und die Armee nicht abgefragt, da beide Institutionen bei dem im November 2019 (05. bis 11. November 2019) durchgeföhrten Pretest in der Deutschschweiz (N=100) weit über 90% Zustimmung erhielten (Armee: 99%, Polizei: 92%) und damit eine geringe Varianz (Streuung) aufwiesen. Bei der Haupterhebung konnten die Interviewten aus den sechs bereits erwähnten Organisationen auswählen (siehe Tabelle 10.3).

*Tabelle 10.3
Kenntnisstand Sicherheitspolitische Akteure*

«Verschiedene Organisationen haben den Auftrag, für unsere Landessicherheit zu sorgen. Bitte sagen Sie mir zu jeder von den folgenden Organisationen, ob diese Ihrer Meinung nach einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag hat. Antworten Sie bitte mit Ja oder Nein.»

Items/N=1227	Ja	
Zoll	92%	Korrekte Antworten
Zivilschutz	86%	
Zivildienst	65%	
Rotes Kreuz	45%	Falsche Antworten
Rega	39%	
Securitas	33%	

92% der Schweizer*innen nennen als korrekte Antwort den Zoll, 86% den Zivilschutz und 65% den Zivildienst. Somit schätzen bei den drei offiziellen sicherheitspolitischen Instrumenten des Bundes jeweils eine klare Mehrheit der Befragten die Situation als korrekt ein. 45% der Schweizer*innen identifizieren zudem auch das Rote Kreuz, 39% die Rega und 33% die Securitas als offizielle Instrumente der schweizerischen Sicherheitspolitik. Somit gibt jeweils eine Minderheit eine falsche Antwort. Vor allem bereitete den Befragten die richtige Einordnung des Roten Kreuzes Schwierigkeiten, was sich in der hohen Falschantwort von 45% zeigt.

Soziodemografische Einflüsse: Geringe soziodemografische Einflüsse lassen sich bei der Einordnung des Zolles als sicherheitspolitisches Instrument feststellen (siehe Tabelle 10.4).

Hier zeigen die ab 60-Jährigen gegenüber der mittleren Altersgruppe weniger Kenntnisse (18–29-Jährige: 93%, 30–59-Jährige: 94%, ab 60-Jährige: 88%; $\gamma=0.26$).

Tabelle 10.4

Korrelationen zwischen soziodemografischen Variablen und Kenntnisstand sicherheitspolitischer Akteure

	Koeffizient	Zoll	Zivilschutz	Zivildienst	Rotes Kreuz	Rega	Securitas
Weiblich	CC			+	-		+
Deutschschweiz	CC					++	+
Je älter	CC	-		+		--	
Je höher gebildet	CC			-	++	++	++
Je politisch rechter	CC						
Je höher das Einkommen	CC				+	++	+

+ und - schwache, positive oder negative Korrelation: $|\gamma|$ oder $|CC|=0.1- <0.2$

++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: $|\gamma|$ oder $|CC|=0.2- <0.3$

+++ und --- mittlere, positive oder negative Korrelation: $|\gamma|$ oder $|CC|=0.3-0.45$

In Bezug auf den Zivilschutz zeigen sich keine soziodemografischen Unterschiede bezüglich des Wissenstandes.

Befragte mit tiefer Bildung ordnen den Zivildienst signifikant richtiger ein als Schweizer*innen mit hoher Bildung (tief: 79%, mittel: 68%, hoch: 60%; CC=0.11). Die mittlere Bildungskategorie unterscheidet sich nicht von den zwei anderen Bildungsgruppen. Ab 60-Jährige geben beim Zivildienst überdurchschnittlich und signifikant häufiger die korrekte Antwort als Personen der beiden anderen Alterskategorien (18–29-Jährige: 55%, 30–59-Jährige: 63%, ab 60-Jährige: 73%; CC=0.13). Dass der Zivildienst ein offizielles sicherheitspolitisches Instrument des Bundes ist, wird von Frauen häufiger erwähnt als von Männern (Männer: 60%, Frauen: 70%; CC=0.10).

Schweizer*innen mit hohem Einkommen (hoch: 27%, mittel: 47%, tief: 51%; CC=0.19) und hoher Bildung (hoch: 33%, mittel: 53%, tief: 65%; CC=0.23) nennen signifikant seltener das Rote Kreuz als ein Teil des offiziellen sicherheitspolitischen Verbundes der Schweiz und weisen somit ein besseres Wissen aus. Während Frauen den Zivildienst besser einordnen konnten, ist dies beim Roten Kreuz nicht der Fall, denn sie geben mit 50% gegenüber 38% bei den Männern öfters eine falsche Antwort (CC=0.12).

Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Zustimmung, dass die Rega einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag hat (tief: 67%, mittel: 45%, hoch: 29%; CC=0.22). Der selbe Effekt zeigt sich beim Einkommen (tief: 49%, mittel: 39%, hoch: 22%; CC=0.21). Junge nennen häufiger die Rega als Befragte der mittleren und oberen Alterskohorten als Bestandteil der offiziellen schweizerischen Sicherheitspolitik (18–29-Jährige: 67%, 30–59-Jährige: 32%, ab 60-Jährige: 37%; CC=0.25). Deutschschweizer*innen nennen weniger oft die Rega als Tessiner*innen und Westschweizer*innen (D-CH: 34%, F-CH: 56%, Tessin: 51%; CC=0.20).

Die Securitas wurde von den Befragten am deutlichsten als kein offizielles sicherheitspolitisches Instrument eingeordnet. Dennoch bestehen auch hier soziodemografische Unterschiede: Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Auffassung, dass die Securitas einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag hat (tief: 63%, mittel: 38%, hoch: 23%; CC=0.23). Derselbe Effekt zeigt sich beim Einkommen: Mit steigendem Einkommen reduziert sich die Zustimmung zu dieser Ansicht (tief: 42%, mittel: 33%, hoch: 18%; CC=0.19). Westschweizer*innen nennen die Securitas am häufigsten (F-CH: 48%, D-CH: 28%, Tessin: 29; CC=0.18). Ebenfalls ist dies bei Frauen der Fall (Männer: 25%, Frauen: 40%; CC=0.16).

10.5 Offene Frage: Verteidigungsminister*in der Schweiz

Mit einer offenen Frage wurden die Interviewten aufgefordert, den Namen des/der aktuellen Verteidigungsminister*in/s der Schweiz zu nennen (siehe Tabelle 10.5). Mit dieser Frage wurde das aktive Wissen im sicherheitspolitischen Bereich gemessen. Die Autoren der Studie «Sicherheit 2020» entschlossen sich bewusst für eine offene Frageformulierung und verzichteten auf das Abrufen des passiven Wissens, indem mehrere geschlossene Auswahlmöglichkeiten vorgegeben werden. Generell fallen Resultate von geschlossenen Fragen besser aus (Mondak 1999, Mondak 2001). 2016 wurde das verteidigungspolitische Wissen der deutschen Bundesbürger*innen erhoben und die Kenntnis zur damaligen Verteidigungsministerin Deutschlands mit einer geschlossenen Frage mit vier Antwortmöglichkeiten erhoben. Dabei antworteten 93.5% korrekt (Ursula von der Leyen), 3.3% falsch und 3.2% konnten die Frage nicht beantworten (Steinbrecher & Biehl 2019, 156).

*Tabelle 10.5**Kenntnisstand aktuelle Verteidigungsministerin der Schweiz (offene Frage)*

«Wie heisst die/der aktuelle Verteidigungsminister*in der Schweiz?»

Jahr/N	Korrekte Antwort ⁸	Falsche Antwort	weiss nicht / keine Angabe
2020/1227	45%	12%	43%

Die Auswertung zeigt, dass 45% der Befragten über aktives Wissen verfügen, das heisst, 45% der Befragten wissen, dass Bundesrätin Viola Amherd die amtierende Verteidigungsministerin der Schweiz ist und können sie namentlich nennen. 12% geben eine falsche Antwort und 43% machen keine Angabe

Soziodemografische Einflüsse: Für die Auswertung der offenen Nennung zum Wissensstand der amtierenden Verteidigungsminister*in wurden die Antworten in zwei Gruppen eingeteilt. Einerseits die 45% der Schweizer*innen, welche korrekt antworteten, andererseits die 55%, welche entweder eine falsche Antwort oder gar keine Antwort gaben. Je älter eine Person ist, desto eher beantwortet sie diese Wissensfrage korrekt (18–29-Jährige: 18%, 30–59-Jährige: 43%, ab 60-Jährige: 62%; CC=0.29). Je höher das Einkommen (tief: 32%, mittel: 43%, hoch: 66%; CC=0.24) und das Bildungsniveau (tief: 25%; mittel: 40%, hoch: 54%; CC=0.17) der Befragten ist, desto eher wird Bundesrätin Viola Amherd als aktuelle Verteidigungsministerin namentlich genannt. Männer (Männer: 52%, Frauen: 39%, CC=0.14) und Deutschschweizer*innen (D-CH: 52%, F-CH: 27%, Tessin: 24%; CC=0.12) geben gegenüber Frauen, Westschweizer*innen und Tessiner*innen signifikant häufiger die korrekte Antwort.

Weitere signifikante Unterschiede: Es zeigt sich, dass je grösser die Abstimmungsabsicht einer befragten Person ist, desto eher kennt sie die aktuelle Verteidigungsministerin namentlich (gering: 14%, mittel: 36%, hoch: 61%; CC=0.33). Schweizer*innen, die die aktuelle Verteidigungsministerin namentlich kennen, interessieren sich überdurchschnittlich stark für Sicherheitspolitik (CC=0.25) und machen sich mehr und regelmässiger Gedanken über die Schweizer Armee (CC=0.27), erachten die Armee notwendiger als andere ($\gamma=0.18$) und sind öfters der Meinung, dass die Schweiz zu wenig Geld für das Militär ausgibt ($\gamma=0.20$).

8 Die Interviewer*innen erhielten folgende Anweisung für die richtige Einordnung der Antworten der Befragten: Korrekte Antwort ist Bundesrätin Viola Amherd, Viola Amherd, Frau Amherd, Amherd oder Viola gelten auch als korrekte Antworten. Nicht korrekt wäre nur CVP-Bundesrätin, oder «die Walliserin». Es musste also konkret ihr Vor- oder Nachname genannt werden.

10.6 Index Verteidigungspolitisches Wissen

Anhand der vier Wissensfragen zur Schweizer Verteidigungspolitik «Kenntnisstand WEA»⁹, «Kenntnisstand Verteidigungsbudget», «Kenntnis aktuelle Verteidigungsministerin» und «Kenntnis sicherheitspolitische Akteure» wird ein Mittelwert-Index gebildet. Für jede korrekte Antwort erhalten die Befragten einen Punkt. Da Befragte bei der Frage «Kenntnis sicherheitspolitische Akteure» sechs verschiedene Institutionen bewerten konnten, wird diese Frage mit einem Sechstel gewichtet. Der Index variiert zwischen 0 (kein Wissen) und 4 (maximales Wissen). Je höher die erreichte Punktzahl ist, desto grösser ist das Wissen der Schweizer*innen über Verteidigungspolitik (siehe Tabelle 10.6).

*Tabelle 10.6
Index Verteidigungspolitisches Wissen*

Kategorie	Angaben in %
0–1 Punkt (maximal ein Fragekomplex richtig)	27%
1,1–2 Punkte (maximal zwei Fragekomplexe richtig)	36%
2,1–3 Punkte (maximal drei Fragekomplexe richtig)	25%
3,1–4 Punkte (drei und mehr Fragekomplexe richtig)	12%
Total	100%

27% der Befragten haben beim Wissensindex mindestens eine der vier Fragekomplexe richtig beantwortet. Etwas mehr als ein Drittel (36%) der Befragten beantwortet maximal zwei Fragekomplexe korrekt. Weitere 25% beantworten maximal deren drei richtig und 12% beantworten drei und mehr Fragekomplexe richtig. Es kann also davon ausgegangen werden, dass zumindest 12% der Schweizer Bevölkerung gut informiert sind über die Sicherheitspolitik unseres Landes.

Soziodemografische Einflüsse: Deutschschweizer*innen und Männer haben einen signifikant höheren Wissens-Index Score als Frauen, Westschweizer*innen und Tessiner*innen (Region: CC=0.27, Geschlecht: CC=0.19). Mit steigendem Bildungsniveau, Alter und Einkommen nimmt auch der Score des Wissens-Indexes zu (Bildungsniveau: $\gamma=0.29$; Alter: $\gamma=0.29$; Einkommen: $\gamma=0.30$).

9 Mit der Frage zum Kenntnisstand der WEA («Im Moment ist eine Armeereform, die sogenannte Weiterentwicklung von der Armee im Gang. Haben Sie davon schon gehört, gesehen oder gelesen?») wird einerseits das Interesse als auch das Wissen über die WEA der Befragten abgefragt. Dies zeigt die Befragung aus dem Jahr 2018, als 12% die Antwortkategorien «ja, ich weiss im Grossen und Ganzen, um was es geht» und «Ja, ich kenne mich sehr gut damit aus» genannt haben. Diese Antworten deuten auf eine Wissensdimension hin. Die anderen zwei Antwortkategorien «ja, ich habe davon gehört» und «Nein, gar nicht» verweisen eher auf ein geringes Interesse. Aufgrund dessen wird dieses Item sowohl im Index des verteidigungspolitischen Wissens als auch im Interessen-Index verwendet. Die Korrelation mit beiden Indices ist genügend hoch und rechtfertigt dieses Vorgehen (Wissens-Index: CC=0.57; Interessen-Index: CC=0.56).

Weitere signifikante Unterschiede: Je öfter sich eine Person gedanklich mit der Armee auseinandersetzt, desto höher fällt der Wissens-Index aus ($\gamma=0.39$). Befragte, die einen hohen Wert beim Wissens-Index erreichen, nehmen sich überdurchschnittlich oft vor, an politischen Abstimmungen teilzunehmen ($\gamma=0.40$). Die Einteilung und das Leisten des ganzen Militärdienstes steht in Zusammenhang mit dem Wissens-Index ($CC=0.29$). Berücksichtigt man den Militärdienst in einer Regression, so zeigt sich, dass der oben erwähnte Geschlechterunterschied beim sicherheitspolitischen Wissen verschwindet. Der tiefere Wissenstand bei den Frauen ist somit darauf zurückzuführen, dass sie keinen Militärdienst leisten müssen. Mit steigendem Wissens-Index sinkt die Auffassung, dass die Schweiz «viel zu viel» und «zu viel» Geld für die Armee ausgibt ($\gamma=-0.21$). Mit steigendem Wissen sinkt die Zustimmung zu einer Berufsarmee ($CC=0.11$). Je weniger Befragte über die Verteidigungspolitik wissen, desto weniger erachten sie die Armee als notwendig ($\gamma=0.15$).

10.7 Interessensindex

Interesse führt zu Wissen. Aufgrund dessen wird ein Interessensindex mit den drei Interessenfragen «Kenntnisstand WEA», «Interesse an Sicherheitspolitik» und «gedankliche Auseinandersetzung mit der Armee» gebildet. Für Interesse wird jeweils ein Punkt vergeben. Der Index variiert zwischen 0 (kein Interesse) und 3 (grosses Interesse). Je mehr Punkte eine Person erreicht, desto grösser ist somit ihr Interesse (siehe Tabelle 10.7).

*Tabelle 10.7
Interessens-Index (MW 1.74)*

Kategorie	Angaben in %
0–1 Punkt (geringes Interesse)	48%
1.1–2 Punkte (mittleres Interesse)	29%
2.1–3 Punkte (grosses Interesse)	23%
Total	100%

Während 12% der Schweizer*innen über grosse Kenntnisse der Sicherheitspolitik verfügen (siehe Abschnitt 10.6), ist das Interesse mit 23% hingegen fast doppelt so hoch. 48% der Befragten zeigen gegenüber der Schweizer Armee und der Sicherheitspolitik geringeres und 29% mittleres Interesse.

Soziodemografische Einflüsse: Politisch rechts Stehende haben einen signifikant höheren Score beim Interessen-Index als Schweizer*innen der politischen Mitte und links davon ($\gamma=0.27$). Mit zunehmendem Alter steigt auch der Interessen-Index-Score (Alter: $\gamma=0.27$). Männer interessieren sich signifikant stärker für die Armee als Frauen ($CC=0.21$).

Deutschschweizer*innen interessieren sich signifikant stärker für die Armee als Tessiner*innen und Westschweizer*innen ($CC=0.21$). Schweizer*innen mit tiefer Bildung haben geringeres Interesse als Befragte mit mittlerer und hoher Bildung ($\gamma=-0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede: Zwischen dem Wissens- und Interessen-Index zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang. Schweizer*innen, welche viel über die Verteidigungspolitik wissen, interessieren sich auch für die Armee und umgekehrt ($\gamma=0.72$). Die allgemein bekannte These, dass Interesse zu Wissen führt, wird auch im Kontext der Schweizer Armee bestätigt. Schweizer*innen, die sich überdurchschnittlich stark für die Armee interessieren, geben auch öfter an, an politischen Abstimmungen teilnehmen zu wollen ($\gamma=0.40$). Schweizer*innen mit geringem Interesse erachten die Armee auch als weniger notwendig ($\gamma=0.34$). Schweizer*innen, die Armeedienst leisten, haben die höchsten Scores des Interessen-Index ($\gamma=0.31$). Grosses Interesse führt dazu, dass bei der gesellschaftlichen Rolle vor allem die zentrale Rolle der Armee in der Gesellschaft unterstützt wird ($CC=0.19$). Hohes Interesse geht mit einer verstärkten Unterstützung der Milizarmee einher ($CC=0.14$). Mit steigendem Interesse sinkt die Auffassung, dass zu viel Geld für die Armee ausgegeben wird ($\gamma=0.33$).

Fazit: Der verteidigungspolitische Wissensstand der Schweizer*innen wurde mit vier Fragen gemessen und kann folgendermassen charakterisiert werden: 47% der Befragten geben an, etwas von der Weiterentwicklung der Armee (WEA) «gehört, gesehen oder gelesen» zu haben und 53% verneinen diese Frage. 30% der Befragten kennen die aktuellen Verteidigungsausgaben (CHF 5 Mrd.). 18% unterschätzen (1 Mrd., 3 Mrd.) und 45% (7 Mrd., 9 Mrd. 11 Mrd.) überschätzen die Verteidigungsausgaben. Auch nach der Gewichtung in Unter- und Überschätzung der Verteidigungsausgaben unterschätzen 23% der Schweizer*innen die aktuellen Ausgaben für die Schweizer Armee und 39% überschätzen diese. Die Mehrheit der Befragten kennt die Organisationen, die einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag (Zoll, Zivilschutz, Zivildienst) haben. Die Auswertung der offenen Frage zur aktuellen Verteidigungsministerin zeigt, dass 45% der Befragten Bundesrätin Viola Amherd namentlich nennen können.

Hinsichtlich des sicherheitspolitischen Wissens zeigen sich Unterschiede bei allen soziodemografischen Variablen ausser der politischen Orientierung, wobei die Einflüsse des Alters und der Sprachregion am grössten sind. Berücksichtigt man den Dienst im Militär zeigt sich, dass Frauen nicht über ein tieferes Wissen bezüglich Sicherheitspolitik verfügen. Mit steigendem Wissen (mit steigendem Wert auf dem Wissens-Index) sinkt die Auffassung, dass die Schweiz «viel zu viel» und «zu viel» Geld für die Armee ausgibt und dass die Schweiz eine Berufsarmee unterhalten sollte. Je weniger Befragte über Verteidigungspolitik wissen, desto weniger oft erachten sie die Armee als notwendig.

Schweizer*innen mit geringem Interesse (tiefer Wert beim Interessen-Index) erachten die Armee auch als weniger notwendig, unterstützen die Milizarmee als Rekrutierungsform weniger stark und sind häufiger der Auffassung, dass zu viel Geld für die Armee ausgegeben wird. Befragte mit grossem verteidigungspolitischen Wissen zeigen auch verstärktes Interesse an Sicherheitspolitik.

11 Vereinbarkeit ehrenamtliche Tätigkeit und Berufsleben¹

Die Studienreihe «Sicherheit» untersucht in unregelmässigen Abständen auch die Frage nach dem Prestige einer milizmilitärischen Karriere,² da das Schweizer Milizsystem nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich genügend Freiwillige für eine Kaderposition finden lassen. 2012 und 2013 wurde nicht nur das Prestige betrachtet, sondern ein stärkerer Fokus lag explizit auf der Vereinbarkeit des Militärdienstes und des Berufslebens, und dies sowohl bei der Beurteilung des allgemeinen Militärdienstes wie auch bei der Beurteilung des sogenannten «Weitermachens», dem Einschlagen einer militärischen Kaderlaufbahn. Nach längerem Unterbruch wurde im Januar 2020 erneut die Einstellung der Schweizer*innen zur generellen Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben sowie spezifisch die Meinung zu einer milizmilitärischen Kaderposition erfasst. Zudem interessierte 2020 weiter, wie die Bevölkerung generell die Kompatibilität eines Milizamtes bzw. Ehrenamtes mit der Berufswelt oder der zivilen Ausbildung sieht. Einzuschätzen galt, ob ein politisches Amt, der Dienst in der Armee, im Zivilschutz oder im Zivildienst, das Ausüben eines Amtes in einem Verein und eine Tätigkeit in der Feuerwehr vereinbar mit dem Berufsleben und/oder der Ausbildung seien.

In diesem Kapitel werden zu Beginn die Antworten zu dieser allgemeinen Vereinbarkeit analysiert (Abschnitt II.1). Im zweiten Teil (Abschnitt II.2) richtet sich der Fokus auf die grundsätzliche Vereinbarkeit des Militärdienstes und Abschnitt II.3 betrachtet das Verhältnis von Milizkarriere und Beruf und die gesellschaftliche Bewertung der Kaderlaufbahn. Für die Beantwortung der Kompatibilität eines Ehrenamtes mit dem Privatleben standen die Kategorien «sehr gut», «eher gut», «eher schlecht» sowie «sehr schlecht» zur Verfügung. Zur Beantwortung der erhobenen Auffassungen zum Militärdienst konnten die Befragten zwischen den Kategorien stimme «sehr», «eher», «teils zu, teils nicht» sowie stimme «eher nicht» und «überhaupt nicht» zu wählen.

- 1 Die Daten der Studie «Sicherheit 2020» wurden zwischen dem 06. und 24. Januar 2020 erhoben. Somit können mögliche Effekte des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa sowie der öffentlichen und medialen Diskussion der Crypto-Affäre auf die aktuellen Daten ausgeschlossen werden, bzw. diese Ereignisse haben auf diese Umfrage keinen Einfluss.
- 2 Mit dem Begriff milizmilitärische Karriere sind sowohl die Grade der Unteroffiziere wie auch alle Grade der Offiziere gemeint.

11.1 Vereinbarkeit Berufsleben und Ehrenamt / Miliztätigkeit

In der Schweiz gibt es verschiedene institutionelle Formen, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. In der klassischen Vereins-Freiwilligenarbeit engagieren sich die meisten Personen. Typische Beispiele sind dabei eine Aufgabenübernahme in einem Sportverein, einer Jugendorganisation oder in einem sozialen oder kulturellen Verein. Gemäss dem Freiwilligen-Monitor der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) (2016) engagierte sich im Jahr 2014 rund ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren innerhalb von Vereins- und Organisationsstrukturen freiwillig.³ In der Schweiz ist aber ein Rückgang des klassischen Ehrenamts zu beobachten. Gemäss BfS (2016) leisteten noch 19,5% der Bevölkerung 2016 Freiwilligenarbeit. Eine besondere Form der Freiwilligenarbeit ist das Milizamt, welches charakterisiert ist durch eine nebenberufliche Übernahme eines öffentlichen Amtes. Rund 100'000 Menschen leisten in der Schweiz eine solche Miliztätigkeit (Wirth 2019). Intensiv mit der Milizarbeit in der Schweiz haben sich Freitag, Bundi & Flick Witzig (2019) auseinandergesetzt und kommen zum Schluss, dass das freiwillige Ehrenamt in den letzten Jahren unter starken Druck geraten ist. Neben diesem freiwilligen Engagement existieren Dienstpflichtformen bei der Armee, bei der Feuerwehr, im Zivildienst und im Zivilschutz. In der Studie «Sicherheit 2020» wurde die Einschätzung der Schweizer Bevölkerung erhoben, ob ein Ehrenamt, ein (obligatorischer) Dienst für die Gesellschaft (Armee, Zivildienst, Zivilschutz) oder die Arbeit in einem Vereinsvorstand sich noch mit dem Beruf oder der Ausbildung vereinbaren lässt. Da die Interviewer*innen bei der Erhebung in der Deutschschweiz die telefonischen Interviews vor allem auf Schweizerdeutsch durchführen, wurde bewusst die helvetistische Formulierung unter «einen Hut bringen» gewählt.

Die sechs abgefragten Engagements für das Gemeinwesen werden als vereinbar mit einer Berufstätigkeit oder Ausbildung eingeschätzt, da ihnen Schweizer*innen mehrheitlich, wenn auch mit unterschiedlich hoher Intensität zustimmen. 90% der Befragten geben an, dass ein Vereinsamt neben Arbeit oder Ausbildung gut «unter einen Hut» gebracht werden kann («sehr gut»: 38%, «eher gut»: 52%; siehe Abbildung 11.1). Ebenfalls ein hoher Anteil von 87% der Befragten («sehr gut»: 33%, «eher gut»: 54%) sieht diese Vereinbarkeit mit dem Berufsleben und einem Engagement bei der Feuerwehr als gegeben. Kompatibel mit dem Beruf oder der Ausbildung wird auch ein Einsatz im Zivilschutz (85%; «sehr gut»: 25%, «eher gut»: 60%) und im Zivildienst (82%; «sehr gut»: 21%, «eher gut»: 61%) erachtet. Weniger stark überzeugt sind die Schweizer*innen beim Armeedienst und bei

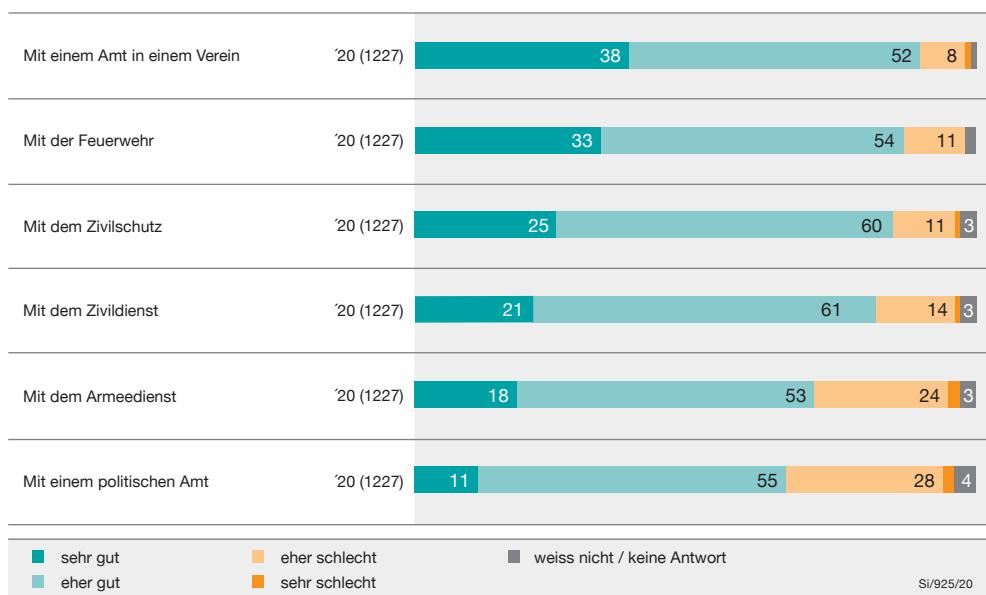
³ Bislang wurde der Freiwilligen-Barometer der SGG 2006, 2009, 2010 und 2014 durchgeführt. Die letztmalige Datenerhebung fand zwischen dem 15. September 2014 und dem 20. Dezember 2014 statt. Hierfür wurden 5721 Personen telefonisch und online (Mixed-Mode-Ansatz: CATI N=3770, CAWI N=1951) befragt (Freitag et al. 2016, 270).

der Übernahme eines öffentlichen Amtes. 71% der Befragten sehen die Vereinbarkeit von Berufsleben und Militärdienst als «sehr gut» (18%) oder «eher gut» (53%) an. Die Vereinbarkeit des Arbeitslebens oder der Ausbildung mit einem politischen Amt wird am tiefsten bewertet. 66% der Schweizer*innen («sehr gut»: 11%, «eher gut»: 55%) geben an, dass diese «unter einen Hut» gebracht werden könnten.

*Abbildung 11.1
Vereinbarkeit Ehrenamt
Milizdienst mit Berufsleben oder Ausbildung*

«Es gibt Schweizer*innen, wo neben ihrem Beruf oder ihrer Ausbildung noch ein Ehrenamt machen, einen Dienst machen oder in einem Vereinsvorstand sind. Was denken Sie, wie gut lassen sich diese Tätigkeiten mit dem Beruf oder der Ausbildung unter einen Hut bringen? Antworten Sie bitte mit sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht.»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Unterschiede: Bei der Bewertung der verschiedenen Formen eines Ehrenamtes oder eines Milizamtes existieren nur wenige soziodemografische Unterschiede. Am stärksten divergieren die Meinungen hinsichtlich des Militärdienstes. Sich politisch links einstufende Personen sehen die Vereinbarkeit kritischer als Befragte der politischen Mitte und politisch rechts Orientierte (links: 61%, Mitte: 72%, rechts: 78%;

$\gamma=-0.20$).⁴ Auch die jüngste Altersgruppe ist dazu skeptischer eingestellt als die beiden anderen Alterskategorien (18–29-Jährige: 59%, 30–59-Jährige: 72%, ab 60-Jährige: 74%; $\gamma=-0.10$). Weiter unterscheiden sich die Befragten mit tiefer und hoher Bildung. Letztere sind kritischer eingestellt (tief: 80%, hoch: 66%; $\gamma=-0.17$). Auch das Engagement in der Feuerwehr spaltet die Tiefergebildeten von den Höhergebildeten. Höhere Bildung geht einher mit einer kritischeren Sichtweise (tief: 90%, hoch: 84%; $\gamma=-0.16$). Ebenfalls gleich wie beim Militärdienst sehen die politisch links positionierten Befragten die Vereinbarkeit eines Amtes in der Feuerwehr mit dem Berufsleben oder der Ausbildung als weniger gegeben an (links: 81%, Mitte: 89%, rechts: 89%; $\gamma=-0.13$). Bei der Beurteilung des Zivilschutzes stehen sich die politischen Pole «Rechts versus Links» gegenüber, wobei politisch rechts eingestellte Schweizer*innen die Vereinbarkeit deutlicher sehen (rechts: 87%, links: 82%; $\gamma=0.12$). Dasselbe zeigt sich bei Schweizer*innen mit tiefer und hoher Bildung (tief: 92%, hoch: 83%; $\gamma=0.15$). Männer betrachten die Vereinbarkeit von Beruf oder Ausbildung hinsichtlich eines politischen Amtes positiver als Frauen (Männer: 70%, Frauen: 62%; CC=0.09). Ein Amt in einem Verein scheint im Tessin kritischer betrachtet zu werden als in der Deutschschweiz (88%, D-CH: 91%; CC=0.13). Der signifikante Unterschied zeichnet sich dadurch aus, dass wesentlich mehr Tessiner*innen die Vereinbarkeit mit «eher gut» als mit «sehr gut» beurteilen (71%) als Deutschschweizer*innen (50%).

Zwischenfazit: Schweizer*innen sind der Auffassung, dass die Vereinbarkeit zwischen einem Ehrenamt oder einem Milizdienst mit dem Beruf oder der Ausbildung gegeben ist. Vor allem scheint, dass die örtliche Nähe einen Einfluss haben könnte. So ist die Zustimmung insbesondere für Vereine und die Feuerwehr aber auch für den Zivilschutz sehr hoch, welche meistens auf lokaler Ebene angesiedelt sind. Einsätze im Zivildienst und Armeedienst können weniger oft auf der lokalen Ebene geleistet werden. Unter Umständen führt die politische Exponiertheit eines politischen Amtes und das Leisten eines Dienstes an der Gesellschaft ausserhalb der Wohngemeinde dazu, dass sie weniger mit dem beruflichen Alltag vereinbar betrachtet werden.

Weitere signifikante Unterschiede: Generell zeigt sich aus der Datenanalyse, dass alle sechs erhobenen Tätigkeiten miteinander positiv korrelieren. Dies bedeutet, dass wenn eine befragte Person die Vereinbarkeit einer Tätigkeit, z.B. die Ausübung eines politischen Amtes als vorhanden betrachtet, diese Person ebenfalls alle anderen Ehrenämter und Milizdienste als kompatibel mit dem Beruf oder der Ausbildung wahrnimmt. Dabei

⁴ In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

zeigen sich graduelle Unterschiede. So korrelieren das Paar Zivildienst und Zivilschutz am stärksten ($\gamma=0.82$), während der Armeedienst und ein Engagement in einem Verein den geringsten Zusammenhang aufweisen ($\gamma=0.33$). Diese graduellen Unterschiede lassen sich anhand der Daten nicht erklären.

Betreffend eine Tätigkeit in der Armee zeigen sich weitere signifikante Unterschiede zu inhaltlichen Items. Bei den anderen fünf Ehrenämtern oder Diensten ist dies nicht der Fall. Dies ist sicher auch dem Design des Fragebogens geschuldet, welcher insbesondere die Einstellung zur Schweizer Armee und zur Sicherheitspolitik im Allgemeinen thematisiert. Es zeigt sich deutlich, dass eine Zustimmung zur Vereinbarkeit mit dem Militärdienst und Berufsleben oder der Ausbildung einhergeht mit der Bejahung der Notwendigkeit der Armee ($\gamma=0.49$) und der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ($\gamma=0.45$). Personen, welche die Schweizer Armee als zentral für die Gesellschaft betrachten (CC=0.31), die Milizarmee gegenüber der Berufsarmee bevorzugen (CC=0.16) und die Verteidigungsausgaben als «gerade richtig» oder gar als zu gering einschätzen ($\gamma=0.33$), glauben verstärkt an die Vereinbarkeit zwischen Armeedienst und Berufsleben, respektive Ausbildung.

11.2 Vereinbarkeit Militärdienst mit Berufsleben

Ein weiterer Schwerpunkt der Studie «Sicherheit 2020» ist wie oben bereits erwähnt die Vereinbarkeit des Militärdienstes mit dem Berufsleben. In den Jahren 2012 und 2013 wurde diese Einstellung zur Vereinbarkeit das letzte Mal erfragt. Im Grossen und Ganzen hat sich dazu die Meinung der Schweizer Bevölkerung nicht geändert. Einzig die Auswirkungen der Abwesenheit durch den Militärdienst auf die berufliche Karriere werden signifikant kritischer eingeschätzt als noch 2013.

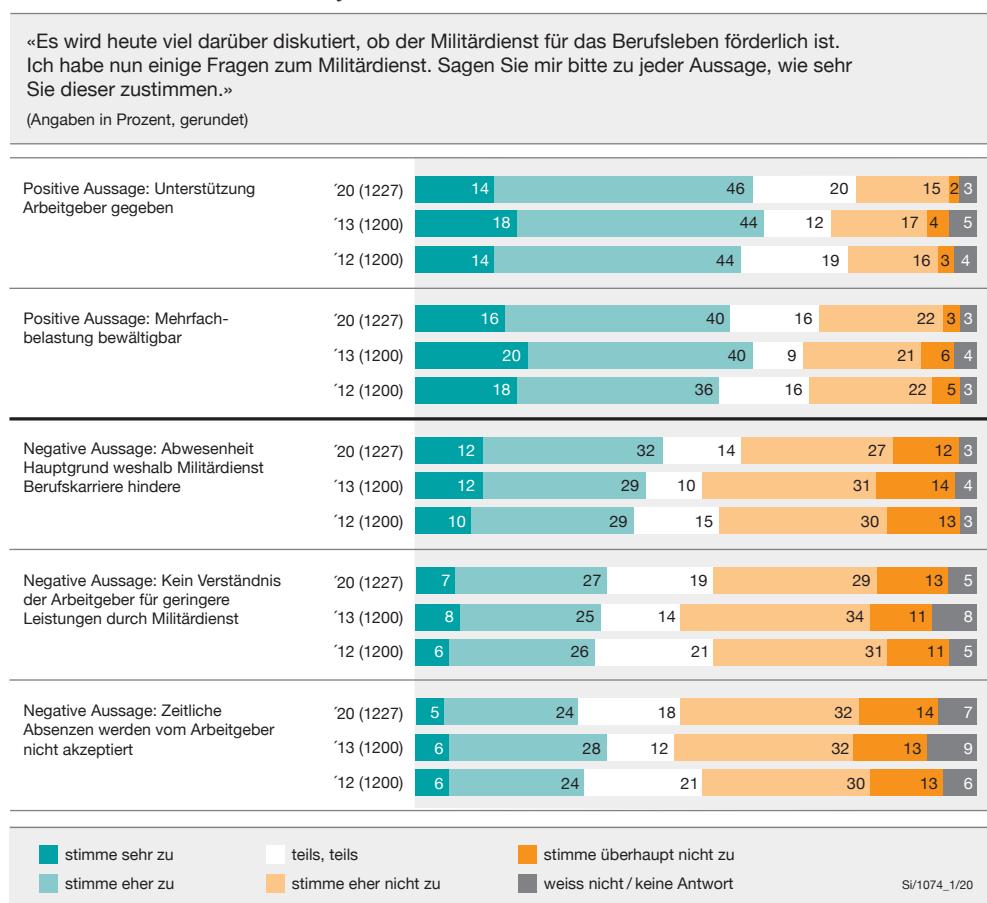
Den Befragten wurden fünf Aussagen gemäss Abbildung 11.2. vorgelegt, wobei die ersten zwei Items positiv konnotiert sind und die unteren drei Vorgaben eine kritische Einstellung gegenüber der Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben ausdrücken.

Bei den positiven Vorgaben stimmen 60% (-2 Prozentpunkte gegenüber 2013) der Befragten der Auffassung zu, dass im Allgemeinen eine Person, die Militärdienst leistet, auf die Unterstützung des Arbeitgebers zählen kann. Nur teilweise mit dieser Aussage einverstanden zeigen sich 20% und für 17% der Schweizer*innen trifft dies nicht zu. Nach Meinung von 56% (-2 Pp) der Befragten lässt sich die durch den Militärdienst verursachte Mehrfachbelastung bewältigen, ohne dass dadurch die Berufskarriere Schaden nimmt. 16% sehen dies teilweise so. Ein Viertel (25%) der Befragten ist hingegen der Meinung, dass die berufliche Karriere infolge des Absolvierens des Militärdienstes leidet.

Negative Auswirkungen des Militärdienstes (siehe Abbildung 11.2, untere drei Items) werden weder mehrheitlich dementiert noch bejaht. Die Schweizer Bevölkerung ist in

der Auffassung gespalten, wonach die Abwesenheit am Arbeitsplatz der Hauptgrund sei, weshalb der Militärdienst der Berufskarriere hinderlich sei. 44% (+3 Pp) der Befragten stimmen der Aussage zu und 39% (-2 Pp) lehnen sie ab. Gegenüber 2013 sind signifikant mehr Schweizer*innen der Auffassung, dass die Abwesenheit am Arbeitsplatz die berufliche Karriere einschränke. Wie bereits 2013 ist auch 2020 rund ein Drittel (34%, +1 Pp) der Befragten der Ansicht, dass Arbeitnehmer*innen nicht mit dem Verständnis des Arbeitgebers rechnen können, wenn sie infolge des Militärdienstes ihre Leistung nicht erbringen können. Für 19% (+5 Pp) ist dies teilweise der Fall. 42% der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu (-3 Pp). Trotz des erheblichen prozentualen Unterschieds der Zustimmung (-5 Pp), dass die militärbedingten zeitlichen Abwesenheiten von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert werden, bleibt diese Einstellung gegenüber 2013 statistisch betrachtet unverändert. 29% der Schweizer*innen (-5 Pp) sehen bei den zeitlichen Abwesenheiten ein Problem und 18% (+6 Pp) empfinden dies zumindest teilweise so. Für 46% (+1 Pp) der Befragten stellt dies aber kein Problem dar.

*Abbildung 11.2
Vereinbarkeit Militärdienst mit Berufsleben*



Soziodemografische Unterschiede: Wiederum lassen sich nur wenige signifikante Unterschiede innerhalb der verschiedenen soziodemografischen Gruppen feststellen. In Bezug auf die Rolle des Arbeitgebers, die zeitlichen Absenzen bedingt durch die Abwesenheit des Militärdienstes nicht mehr zu akzeptieren, haben 18–29-Jährige gegenüber den 30–59-Jährigen und ab 60-Jährigen eine optimistischere Einstellung. So sind sie weniger oft der Meinung, dass die Arbeitgeber die zeitlichen Absenzen nicht mehr tolerieren (18–29-Jährige: 19%, 30–59-Jährige: 31%, ab 60-Jährige: 32%; $\gamma=-0.11$). Zudem schätzen 18–29-Jährige das Verständnis der Arbeitgeber bei einer möglichen Leistungsminderung am Arbeitsplatz infolge des Militärdienstes höher ein als die ab 60-Jährigen (18–29-Jährige: 49%, ab 60-Jährige: 38%; $\gamma=0.11$). Schweizer*innen mit tiefem Bildungsniveau schätzen

die Unterstützung des Arbeitgebers beim Leisten des Militärdienstes signifikant höher ein als Befragte mit hoher Bildung (tief: 70%, hoch: 55%; $\gamma=0.16$). Denselben Effekt kann zwischen Schweizer*innen mit tiefem Einkommen und Personen mit hohem Einkommen festgestellt werden (tief: 63%, hoch: 54%; $\gamma=0.10$). Auch Schweizer*innen mit Migrationshintergrund, bzw. jene Befragte, die bei der Geburt das Schweizer Bürgerrecht noch nicht hatten, schätzen die Unterstützung der Arbeitgeber als höher ein als Personen ohne Migrationshintergrund (68% versus 59%; CC=0.15). Weiter sind politisch links positionierte Befragte skeptischer bei der Beurteilung, ob der Militärdienst infolge der zusätzlichen Belastung noch bewältigt werden kann als Personen mit einer politisch rechten Ansicht (links: 49%, rechts: 62%; $\gamma=-0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede: Auch bei der Vereinbarkeit des Militärdienstes und des Berufslebens lässt sich anhand der Datenanalyse feststellen, dass alle fünf Vorgaben miteinander korrelieren. Tendenziell kann ebenfalls konstatiert werden, dass die allgemeine Bejahung der Vereinbarkeit eines ehrenamtlichen Dienstes einhergeht mit einer positiveren Beurteilung der Kompatibilität von Militärdienst und Beruf.

Vor allem Zusammenhänge zwischen der Vereinbarkeit und den verschiedenen Einstellungen und Meinungen zur Schweizer Armee lassen sich feststellen (siehe Tabelle II.1). Je zufriedener die Befragten mit der Leistung der Armee sind, desto seltener sehen sie Schwierigkeiten zwischen dem Berufsleben und dem Absolvieren des Militärdienstes und sind vor allem überzeugt, dass die Unterstützung der Arbeitgeber vorhanden ($\gamma=0.22$) und die durch den Dienst entstehende Mehrfachbelastung gut bewältigbar sei ($\gamma=0.25$). Auch die Auffassung, dass die Schweizer Armee zentral für die Gesellschaft sei, beeinflusst die Einstellung zur Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Militärdienst insofern, dass auch hier weniger Schwierigkeiten gesehen werden. Wiederum am stärksten ausgeprägt ist hier die Bewältigung der Mehrfachbelastung ($\gamma=0.25$).

Tabelle 11.1

Vereinbarkeit Militärdienst und Berufsleben in Bezug auf armeerelevante Items (alle Items zur Vereinbarkeit zur vereinfachten Lesbarkeit positiv in der Tabelle formuliert)

Zufrieden mit Leistung der Armee	Armee zentral für Gesellschaft	Milizarmee bevorzugt	Wehrpflicht beibehalten	Armee notwendig	Ausgaben «gerade richtig» oder zu gering
Unterstützung Arbeitgeber vorhanden	$\gamma=0.22$	CC=0.18	CC=0.14	$\gamma=0.19$	$\gamma=0.18$
Mehrfachbelastung bewältigbar	$\gamma=0.25$	CC=0.25	CC=0.20	$\gamma=0.26$	$\gamma=0.30$
Abwesenheit hindert nicht Berufskarriere	$\gamma=0.18$	CC=0.17	CC=0.13	$\gamma=0.15$	$\gamma=0.15$
Verständnis der Arbeitgeber bei verminderter Leistung	$\gamma=0.11$	n. sig.	n. sig.	n. sig.	n. sig.
Zeitliche Abwesenheiten werden akzeptiert	$\gamma=0.10$	CC=0.14	CC=0.11	$\gamma=0.10$	n. sig.

n. sig. nicht signifikant, es besteht kein Unterschied in den Ausprägungen

Die Zustimmung zur Milizarmee und die Befürwortung der Wehrpflicht bestärken ebenfalls die Ansicht, dass das Berufsleben mit dem Militärdienst kompatibel ist. Auch die Bejahung der Notwendigkeit der Armee wirkt sich positiv auf die Meinung aus, dass eine Vereinbarkeit besteht. Hierbei sticht vor allem der starke und positive Zusammenhang ($\gamma=0.30$) zwischen der Notwendigkeit und der Aussage, dass die Mehrfachbelastung bewältigbar sei, hervor. Ebenfalls korreliert eine als vorhanden wahrgenommene Vereinbarkeit mit der Akzeptanz der Verteidigungsausgaben, d.h., man empfindet die jetzigen Ausgaben gerade als richtig oder sogar als zu tief.

Dass Arbeitgeber Verständnis für eine verminderte Leistungsfähigkeit haben, wird am wenigsten als differenzierende Variable bei den armeerelevanten Items wahrgenommen.

11.3 Gesellschaftliche Bewertung einer militärischen Milizkarriere («Weitermachen»)

Wie beurteilt nun aber die Schweizer Stimmbevölkerung die gesellschaftliche Bewertung einer militärischen Milizkarriere («Weitermachen») mit dem Berufsleben? Dazu wurden insgesamt acht Items, welche 2012 das letzte Mal erhoben wurden, den Befragten vorgelegt. Die 2012 festgestellte leicht positive Wahrnehmung bestätigt sich mit kleinen Abweichungen auch im Jahr 2020. Abbildung 11.3 zeigt im oberen Teil die vier positiv konnotierten Aussagen (Zusammenarbeit Wirtschaft und Militär steigert Attraktivität; «Weitermachen» soll unterstützt werden; «Weitermachen» erhöht Chance in der Berufswelt; «Weitermachen» hat nach wie vor hohes Ansehen in der Gesellschaft) und im unteren Teil die vier negativ formulierten Vorgaben (Ungewissheit betreffend zivilem

Nutzen mindert Attraktivität des «Weitermachens»; Nachteile auf dem Arbeitsmarkt; Mehrfachbelastung mindert zivile Karrierechancen; «Weitermachen» führt zur Leistungsminderung am Arbeitsplatz).

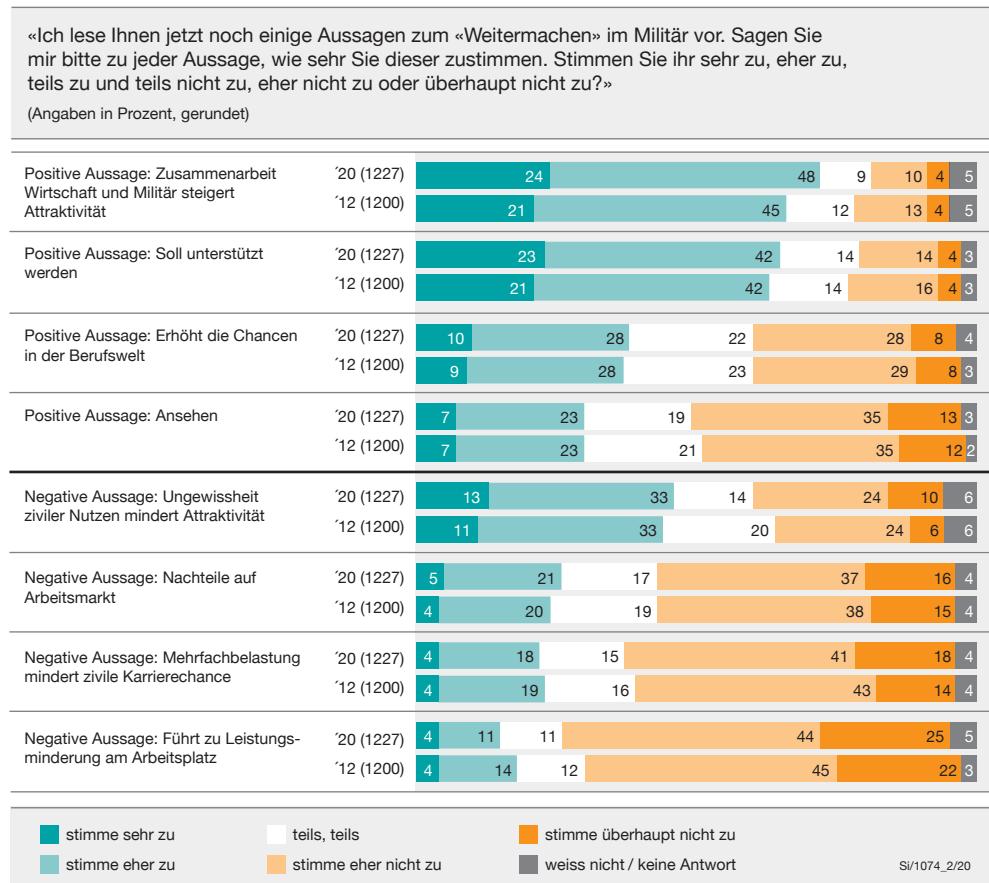
Die Attraktivität einer militärischen Milizkarriere steht und fällt mit den Rahmenbedingungen. Einigkeit herrscht bei der Aussage, dass nur in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schweizer Armee die Attraktivität einer militärischen Milizkarriere gesteigert werden könne (siehe Abbildung 11.3, oberstes Item). Signifikant mehr Schweizer*innen stimmen 2020 dieser Aussage zu (72%, +6 Pp gegenüber 2012). In der Wahrnehmung der Bevölkerung bleibt eine militärische Milizkarriere unterstützungswürdig. So finden 65% (+2 Pp) der Befragten, dass Arbeitnehmer*innen, die eine Milizkarriere anstreben, von ihrem Arbeitgeber unterstützt und bestärkt werden sollten. 14% teilen diese Meinung nur teilweise und für 18% der Schweizer*innen sollte keine Unterstützung seitens der Wirtschaft angeboten werden. Die Aussage «wer im Militär weitermacht, erhöht seine Chancen in der Berufswelt» wird von einer Minderheit von 38% (+1 Pp) der Befragten geteilt. 36% (-1 Pp) verneinen dies. An die Aussage, dass das «Weitermachen» im Militär hohes gesellschaftliches Ansehen geniesse, glaubt lediglich ein Drittel (30%) der Schweizer Stimmbürger*innen. Für knapp die Hälfte der Befragten (48%; +1 Pp) führt eine miliz-militärische Karriere nicht automatisch zu einem höheren Ansehen in der Gesellschaft.

Von Interesse war weiter, wie die Bevölkerung negativ formulierte Aussagen zur gesellschaftlichen Bewertung des «Weitermachens» und der Vereinbarkeit einer militärischen Milizkarriere und dem Berufsleben beurteilt (siehe Abbildung 11.3, die vier untersten Aussagen). Eine grosse Minderheit von 46% (-2 Pp) stimmt der Aussage zu «weil man nicht weiss, ob das «Weitermachen» im Militär im Beruf Vorteile bringt, ist es nicht attraktiv weiterzumachen». 14% (-6 Pp) sind sich unschlüssig und geben «teils, teils» als Antwort. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (34%, +4 Pp) sieht dies nicht so.

Ein Viertel (26%, +2 Pp) votiert für die Vorgabe, wonach bei einer Milizkarriere mit Nachteilen im Berufsleben zu rechnen sei. 53% (±0 Pp) teilen diese Auffassung nicht und 17% (-2 Pp) nur teilweise. Dass die militärische Milizkarriere zu einer Mehrfachbelastung führe und so auch die beruflichen Karrierechancen mindern könne, glauben 22% (-1 Pp) der Befragten. 59% (+2 Pp) verneinen dies und sind demzufolge nach wie vor der Meinung, dass es entweder zu keiner Mehrbelastung führt oder aber diese keinen negativen Einfluss auf das Arbeitsleben ausübt. 15% (-1 Pp) zeigen sich in dieser Frage unschlüssig. Signifikant weniger Schweizer*innen sind 2020 der Überzeugung, dass eine militärische Milizkarriere zu geringeren Leistungen am Arbeitsplatz führt (15%, -3 Pp). Die grosse Mehrheit von 69% (+2 Pp) widerspricht dieser Aussage und 11% (-1 Pp) stimmen dieser Vorgabe teilweise zu.

Abbildung 11.3

Gesellschaftliche Bewertung des «Weitermachens» und Vereinbarkeit Milizkarriere mit Berufsleben



Soziodemografische Unterschiede: Am wichtigsten für die Attraktivität des «Weitermachen» wurde die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Armee beurteilt (siehe Abbildung 11.3 erstes Item). Je älter die Befragten sind, desto wichtiger wird diese Zusammenarbeit eingestuft (ab 60-Jährige: 79%, 30–59-Jährige: 73%, 18–29-Jährige: 58%; $\gamma=0.26$). Politisch links eingestellte Schweizer*innen unterstützen diese Aussage signifikant weniger stark als die beiden anderen politischen Ausrichtungen (links: 65%, Mitte: 74%, rechts: 80%; $\gamma=-0.21$). Konsequenterweise teilen auch die politisch links Eingestellten weniger stark die Auffassung, dass die Arbeitgeber eine Person beim «Weitermachen» unterstützen und bestärken sollten (links: 49%, Mitte: 68%, rechts: 75%; $\gamma=-0.31$). Auch Schweizer*innen mit hoher Bildung sind diesbezüglich skeptischer (tief:

85%, mittel: 71%, hoch: 56%; $\gamma=-0.30$). Ebenfalls existiert ein signifikanter Unterschied zwischen den 18–29-Jährigen und den ab 60-Jährigen betreffend Unterstützungsleistung der Arbeitgeber (18–29-Jährige: 58%, ab 60-Jährige: 70%; $\gamma=-0.11$). Politisch rechts eingestellte Befragte und jene in der politischen Mitte sowie Schweizer*innen mit tiefer Bildung sind stärker davon überzeugt, dass das «Weitermachen» die Chancen in der Berufswelt erhöht als die anderen soziodemografischen Gruppen (links: 24%, Mitte: 40%, rechts: 47%; $\gamma=0.23$; tief: 57%; mittel: 43%, hoch: 30%; $\gamma=0.22$). Erstaunlicherweise sind es aber ebenfalls die Tiefergebildeten, welche signifikant stärker die Auffassung teilen als Personen mit einer hohen Bildung, dass durch die Mehrbelastung infolge des Militärdienstes die Chance auf eine berufliche Karriere erheblich sinkt (tief: 29%, hoch: 18%; $\gamma=0.13$). Besonders stark ist diese Meinung im Tessin verbreitet (Tessin: 53%, D-CH: 19%, F-CH: 28%; CC=0.22) und in geringerem Masse auch bei Frauen (24%, Männer: 21%; CC=0.17). Hingegen sind Schweizer*innen mit hohem Einkommen signifikant weniger oft der Meinung, dass das «Weitermachen» ein Karrierekiller sei als die beiden anderen Einkommensgruppen (tief: 27%, mittel: 24%, hoch: 15%; $\gamma=-0.16$).

Auch bei der Frage, ob durch das «Weitermachen» die Leistung am Arbeitsplatz sinkt, unterscheiden sich verschiedene soziodemografische Gruppen. Signifikant weniger damit einverstanden sind wieder die Besserverdienenden (tief: 17%, mittel: 17%, hoch: 9%; $\gamma=-0.12$), politisch rechts Stehende (links: 19%, Mitte: 14%, rechts: 12%; $\gamma=-0.20$) und Schweizer*innen ohne Migrationshintergrund (14%, mit Migrationshintergrund: 24%; CC=0.12).

Ob eine Kaderlaufbahn in der Schweizer Armee immer noch mit hohem Ansehen in der Gesellschaft verbunden ist, wird ebenfalls unterschiedlich bewertet. Eine Mehrheit der Tessiner*innen teilt diese Auffassung (Tessin: 63%, D-CH: 29%, F-CH: 26%; CC=0.20). Je tiefer der Bildungsgrad, desto mehr Ansehen hat das «Weitermachen» (tief: 51%, mittel: 34%, hoch: 23%; $\gamma=0.22$). Auch Personen, welche nicht von Geburt an Schweizer*innen sind, schätzen das Ansehen in der Gesellschaft als deutlich höher ein als Schweizer*innen ohne Migrationshintergrund (mit Migrationshintergrund: 46%, ohne Migrationshintergrund: 29%; CC=0.17). Hingegen sind vor allem politisch links Eingestellte gegenüber der Mitte und der Rechten skeptischer (links: 21%, Mitte: 33%, rechts: 35%; $\gamma=-0.20$) und die Jungen unterscheiden sich signifikant von den Alten (18–29-Jährige: 27%, ab 60-Jährige: 33%; $\gamma=-0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede: Wiederum existieren signifikante Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bewertung einer militärischen Milizkarriere und den verschiedenen Einstellungen und Meinungen zur Schweizer Armee (siehe Tabelle 11.2). Alle vorgegebenen Auffassungen korrelieren mit dem jeweiligen armeebezogenen Item. Den insgesamt grössten Zusammenhang zeigt sich bei der Frage,

ob man die Armee als notwendig oder als nicht notwendig erachtet. Schweizer*innen, welche die Armee als notwendig ansehen, stehen dem «Weitermachen» positiver gegenüber als andere. Sie wollen überdurchschnittlich stark, dass die Arbeitgeber Personen bei der milizmilitärischen Laufbahn unterstützen. Zudem sehen sie viel weniger Nachteile und umso mehr Vorteile des «Weitermachens» als Personen, welche die Armee als nicht notwendig einschätzen. Auch sind sie der Meinung, dass das Milizkader hohes Ansehen in der Gesellschaft geniesst. Fast die gleich hohen Effekte zeigen sich bei der Frage zur Akzeptanz der Wehrpflicht und der Höhe der Verteidigungsausgaben. Befürworter*innen der Wehrpflicht und Personen, welche das Budget als angemessen oder zu klein betrachten, stimmen allen positiven Aspekten des «Weitermachens» signifikant stärker zu als Anhänger*innen eines freiwilligen Militärdienstes und Schweizer*innen, welche das Verteidigungsbudget als zu hoch betrachten.

Tabelle 11.2

Gesellschaftliche Bewertung einer militärischen Milizkarriere («Weitermachen») in Bezug auf armeerelevante Items (alle Items zur gesellschaftlichen Bewertung zur vereinfachten Lesbarkeit positiv in der Tabelle formuliert)

	Armee notwendig	Wehrpflicht beibehalten	Ausgaben «gerade richtig» oder zu gering	Armee zentral für Gesellschaft	Zufrieden mit Leistung der Armee	Milizarmee bevorzugt
Zusammenarbeit Wirtschaft und Militär steigert Attraktivität	$\gamma=0.36$	$\gamma=0.34$	$\gamma=0.38$	CC=0.26	$\gamma=0.23$	CC=0.16
Sollte durch Arbeitge- ber unterstützt werden	$\gamma=0.55$	$\gamma=0.36$	$\gamma=0.44$	CC=0.42	$\gamma=0.42$	CC=0.15
Attraktivität wird nicht vermindert	$\gamma=0.16$	$\gamma=0.14$	$\gamma=0.17$	CC=0.16	$\gamma=0.12$	CC=0.11
Erhöht die Chance in der Berufswelt	$\gamma=0.32$	$\gamma=0.29$	$\gamma=0.30$	CC=0.30	$\gamma=0.31$	CC=0.12
Höheres Ansehen in der Gesellschaft	$\gamma=0.29$	$\gamma=0.23$	$\gamma=0.23$	CC=0.30	$\gamma=0.32$	CC=0.12
Kein Nachteil im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt	$\gamma=0.10$	$\gamma=0.14$	$\gamma=0.11$	CC=0.17	$\gamma=0.15$	CC=0.11
Mehrachbelastung kein Nachteil für berufliche Karriere	$\gamma=0.16$	$\gamma=0.22$	$\gamma=0.15$	CC=0.16	$\gamma=0.15$	CC=0.12
Keine Leistungsminde- rung am Arbeitsplatz	$\gamma=0.30$	$\gamma=0.34$	$\gamma=0.28$	CC=0.22	$\gamma=0.27$	CC=0.13

Ähnlich starke Zusammenhänge lassen sich bei der Zentralitätsfrage der Armee, bei der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee und der Bevorzugung des Milizsystems konstatieren. Auch hier gilt, dass Schweizer*innen, die zufrieden mit der Leistung der Armee sind, das Militär als zentralen Bestandteil unsere Gesellschaft betrachten und hinter dem Milizsystem stehen, eine milizmilitärische Kaderlaufbahn in allen Belangen positiver beurteilen. Auf die einzelnen Vorgaben zur gesellschaftlichen Bewertung des «Weiter-

machens» bezogen kristallisiert sich die geforderte Unterstützung durch die Arbeitgeber als besonders stark differenzierendes Item heraus. Ebenfalls weist auch die Aussage, dass das Militär und die Wirtschaft zusammenspannen müssen, damit das «Weitermachen» wieder attraktiv wird, eine hohe Differenz zwischen den Befürworter*innen und Gegner*innen des «Weitermachens» aus. Dies bedeutet, dass wirtschaftliche Aspekte als sehr wichtig erachtet werden in Bezug auf das «Weitermachen».

Fazit: Die Vereinbarkeit eines Ehrenamtes oder Milizdienstes mit dem Berufs- und Privatleben wird positiv betrachtet. Es kann festgehalten werden, dass die Schweizer Stimmbevölkerung die Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben mehrheitlich als gegeben beurteilt. Dies gilt sowohl für reguläre Dienstleistungen im Rahmen des Militärdienstes wie auch bei einem Engagement als Milizkader. Gleichzeitig wird allerdings hervorgehoben, dass dies nur bei einem koordinierten Zusammenwirken von Wirtschaft und Armee möglich sei. Weiter beurteilen Schweizer*innen die gesellschaftliche Bewertung des «Weitermachens» nach wie vor als relativ hoch, obwohl nur für eine Minderheit eine milizmilitärische Karriere noch hohes Ansehen in der Gesellschaft geniesst. Generell gilt, wer der Armee positiv gegenübersteht, schätzt auch die Vereinbarkeit des Dienstes mit dem Berufsleben und die gesellschaftliche Akzeptanz des «Weitermachens» höher ein als Personen, die eine kritischere Einstellung gegenüber der Schweizer Armee haben.

Literaturhinweise

Verwendete Literatur

- Abbott, K.W., Snidal, D. (1998). Why states act through formal international organizations. *Journal of conflict resolution*, 42(1), 3–32.
- Allison, G.T. (1969). Conceptual models and the Cuban missile crisis. *American political science review*, 63(3), 689–718.
- Andrey, M. (2010). Security Implications of Neutrality: Switzerland in the Partnership for Peace Framework. *Connections: The Quarterly Journal*, 9(4), 83.
- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Bacher, J. (1994). *Clusteranalyse*. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (2011). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 13., überarb. Aufl. Berlin: Springer.
- Baier, D. (2019). *Kriminalitätsopfererfahrungen und Kriminalitätswahrnehmungen in der Schweiz Ergebnisse einer Befragung*. Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, August 2019.
- Bauer, P.C., Barberá, P., Ackermann, K., Venetz, A. (2017). Is the Left-Right Scale a Valid Measure of Ideology? *Political Behavior*, 39(3), 553–583.
- Bennett, J. (2005). *Fitting Security into the Swiss Value Landscape. Personal and Social Security Concerns in Switzerland*. Bern: Peter Lang.
- Bentele, G. (1994). Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In: Armbrecht, W., Zabel, U. J. (Hrsg.). *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, 131–158.
- Bernhard, L., Lauener, L. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>
- Bortz, J. (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung*. Berlin: Springer.

- Bortz, J., Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. 4., überarb. Auflage. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Schuster, C. (2010). *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 7., vollst. überarb. und aktual. Aufl. Berlin: Springer.
- Budnik, C. (2018). Trust, Reliance, Democracy. *International Journal of Philosophical Studies*, 26 (2), 221–239.
- Bundesamt für Statistik (2016). *Freiwilligenarbeit. Beteiligung an institutionalisierter Freiwilligenarbeit*. 5.3.2020: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit/freiwilligenarbeit.html>
- Buri, C., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Christin, T., Trechsel, A. H. (2002). Joining the EU? Explaining public opinion in Switzerland. *European Union Politics*, 3(4), 415–443.
- Daase, C., Rühlig, N. T. (2016). Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11. In: Fischer, S., Masala, C. (Hrsg.). *Innere Sicherheit nach 9/11. Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, 13–33.
- Das Magazin (2018). *Was ist das eigentlich: Vertrauen?* 13. Oktober 2018. www.dasmagazin.ch/2018/10/12/was-ist-das-eigentlich-vertrauen
- Decker, F., Best, V., Fischer, S., Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- EDA (2011). *Das politische System der Schweiz*. Präsenz Schweiz, Bern.
- Eifler, S., Pollich, D. (2014). *Empirische Forschung über Kriminalität. Methodologische und methodische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- European Social Survey (2018). *Runde 9. Daten für die Schweiz*. 29.01.2020. https://www.europeansocialsurvey.org/data/country_index.html
- European Social Survey (2020). *ESS-9 2018 Documentation Report. Edition 1.3*. Bergen, European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC. 24.03.2020. doi:10.21338/NSD-ESS9-2018

- European Social Survey Round 9 Data (2018). *Data file edition 1.2.* NSD – Norwegian Centre for Research Data, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC. 24.03.2020. doi:10.21338/NSD-ESS9-2018.
- Fanzun, J.A., Lehmann, P. (2000). *Die Schweiz und die Welt.* Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.
- Ferst, T. (2016). *Kriminalitätsfurcht- Standardindikator des Schweizer Elektorats. «Inwiefern beeinflussen Geschlecht, Alter, politische Einstellung, Bildung und Einkommen die Kriminalitätsfurcht?» Eine Untersuchung basierend auf den Daten der Studienreihe «Sicherheit 2016».* Unveröffentlichte MAS-Abschlussarbeit an der Universität Bern.
- Ferst, T., Szvircsev Tresch, T. (2018). Wie die Schweizer Bevölkerung den Terrorismus wahrnimmt. *SKP Info* 2/2018, 3–7.
- Ferst, T. (2019a). Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit in der Schweiz. Was Schweizerinnen und Schweizer unter «Freiheit» und «Sicherheit» verstehen und wie sie deren Verhältnis beurteilen. *SIAK-Journal* 3–19, 18–30.
- Ferst, T. (2019b). *Einstellungen zu Extremismus und Terrorismus in der Schweiz.* Unveröffentlicht. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich, Birmensdorf.
- Freitag, M., Manatschal, A., Ackermann, K., Ackermann, M. (2016). *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2016.* Seismo: Reihe Freiwilligkeit.
- Freitag, M., Bundi, P., Flick Witzig, M. (2019). *Milizarbeit in der Schweiz. Zahlen und Fakten zum politischen Leben in der Gemeinde.* Neue Zürcher Zeitung, NZZ, Libro.
- Gallarotti, E. (2019). *Militärische Führungserfahrung ist in der Unternehmenswelt kaum mehr gefragt.* Neue Zürcher Zeitung, 5.3.2019. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/militaerische-fuehrungserfahrung-in-unternehmen-kaum-mehr-gefragt-ld.1464624>
- Geser, H. (2008). The limits of ideological globalization. Current patterns of «left and right» in different geographical regions. *Sociology in Switzerland: World Society and International Relations* 5, University of Zurich.
- gfs-bern (2002). *Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.* Vox-Analyse. Hauptergebnisse. Bern, April 2002.
- gfs-bern (2016). *Links-Rechts-Einschätzung.* 26.02.18. <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Trend>
- gfs.bern (2019a). *Credit Suisse Sorgenbarometer 2019. Altersvorsorge weiterhin Top-Sorge, Vertrauen in Institutionen ist deutlich gesunken.* Bern, Dezember 2019.

- gfs.bern (2019b). *Aufgabe nicht erfüllt? Reformstau, Führungslosigkeit und die Erwartung einer Wirtschaftskrise hinterlassen Spuren.* Credit Suisse Sorgenbarometer 2019. Bern.
- gfs.bern (2019c). *Offenheit gegenüber Weiterentwicklung Beziehung Schweiz-Europa. Bevölkerung für Rahmenabkommen offen, für Konzessionen dagegen weniger.* Credit Suisse Europa Barometer 2019. Bern.
- gfs.bern (2019d). *Zähneknirschendes Ja. Standort Schweiz 2019 – Europafragen.* Bern, März 2019.
- Gilpin, R. (2001). *Global Political Economy. Understanding the International Economic Order.* New Jersey: Princeton University Press.
- Goetschel, L. (2007). Neutralität: Handicap oder Branding der Schweizer Aussenpolitik. In: Kreis, G. (Hrsg.). *Die Schweizer Neutralität. Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen?* Zürich: Werd Verlag, 81–94.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Havel, B. F. (2000). An international law institution in crisis: rethinking permanent neutrality. *Ohio St. LJ*, 61–167.
- Häfele, J. (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität.* Wiesbaden: Springer VS.

- Hirschi, C., Serdült, U., Widmer, T. (1999). Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung. *Swiss Political Science Review*, 5(1), 31–56.
- Human Rights (2017). Die Grenzen der Privatisierung von Sicherheitsaufgaben in der Schweiz. 19.02.2020. <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/strafen/polizei/grenzen-privatisierung-sicherheitsaufgaben-schweiz>
- Jesse, N. G. (2006). Choosing to go it alone: Irish neutrality in theoretical and comparative perspective. *International Political Science Review*, 27(1), 7–28.
- Joenniemi, P. (1993). Neutrality beyond the Cold War. *Review of International Studies*, 19(3), 289–304.
- Kormann, J. (2019). *Frankreichs schwieriger Kampf gegen den Terrorismus*. NZZ Online. 24.02.2020. <https://www.nzz.ch/international/frankreich-terrorimus-bekaempfung-gestaltet-sich-schwierig-ld.1516074?reduced=true>
- Kury, H., Lichtblau, A., Neumaier A., Obergfell-Fuchs, J. (2004). Zur Validität der Erfassung von Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme* 15(2), 141–165.
- Krasner, S. D. (Ed.). (1983). *Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables*. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Lange, H.-J. (2006). *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, H.-J., Ohly, H.-P., Reichertz, J. (2009). *Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lottaz, P. (2019). *Pascal Lottaz über die verschiedenen neutralen Staaten. Die neutralen Staaten bilden einen speziellen Club: Die Schweiz ist also nicht allein*. Eine Analyse von Historiker Pascal Lottaz. 12.02.2020. <https://www.nau.ch/news/stimmen-der-schweiz/pascal-lottaz-uber-die-verschiedenen-neutralen-staaten-65547898>
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Lutz, G. (2016). *Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: Selects-FORS.
- Mondak, J. J. (1999). Reconsidering the measurement of political knowledge. *Political Analysis*, 8, 57–82.
- Mondak, J. J. (2001). Developing valid knowledge scales. *American Journal of Political Science*, 45, 224–238.

- Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2019). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 19. Mai 2019*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern.
- Morris, K., White, T. J. (2011). Neutrality and the European Union: The case of Switzerland. *Journal of Law and Conflict Resolution*, 3(7), 104–111.
- NATO (1949). *Der Nordatlantikvertrag*. Washington DC, 4. April 1949. 23.03.2020. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de
- Neue Zürcher Zeitung (2018a). *Terroranschläge in Europa seit 2015*. 16.02.2018. <https://www.nzz.ch/international/chronik-terrorismus-anschlaege-gegen-europaeer-seit-charlie-hebdo-ld.9262>
- Neue Zürcher Zeitung (2018b). *Alle Terroranschläge in Frankreich seit 2015*. 26.02.2019. <https://www.nzz.ch/international/europa/chronologie-der-juengsten-anschlaege-frankreich-im-zeichen-des-terrors-ld.88754>
- Neue Zürcher Zeitung (2018c). *Was ist Vertrauen überhaupt? Eine Annäherung in 32 Fakten und Anekdoten*. 05.04.2019. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-was-ist-das-32-episoden-ld.1421094>
- Neue Zürcher Zeitung (2018d). *Fünf Fotojournalisten erzählen, wie sie das Vertrauen ihrer Protagonisten gewonnen haben*. 05.04.2019. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-gewinnen-fotojournalisten-erzaehlen-wie-es-gelingt-ld.1422797>
- Neue Zürcher Zeitung (2018e). *Wie es ein Pilot schaffte, nach einem Absturz trotzdem wieder zu fliegen*. 19.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/wie-ein-pilot-nach-einem-absturz-das-vertrauen-wieder-fand-ld.1425584>
- Neue Zürcher Zeitung (2018f). *Wie funktioniert ein Land ohne funktionierende Wahlung? Ein Erfahrungsbericht aus Venezuela*. 12.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/venezuela-wenn-vertrauen-in-waehrung-und-institutionen-zerbricht-ld.1426671>
- Neue Zürcher Zeitung (2018g). *Wo Vertrauen zunimmt und wo es schwindet – wir haben Personen auf der ganzen Welt gefragt, wem sie vertrauen*. 05.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-wo-es-zunimmt-und-wo-es-schwindet-ld.1414872>
- Prinz, W. H.; Rakowsky, S., Lackinger, S., Heisig, S. (2019). *Trend Radar: Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu Bundesherr und Bedrohungsszenarien. 2019 Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage*. Wien, Juli 2019.
- Red Cross (2020). *Über uns. Das Rote Kreuz*. 19.02.2020. <https://www.redcross.ch/de/geschichte/das-rote-kreuz>

- Rega (2020). *Gemeinnützige Stiftung*. 19.02.2020. <https://www.rega.ch/ueber-uns/unser-organisation#gemeinnuetzige-stiftung>
- Reuters (2020). *Lyon bomb blast suspect pledged allegiance to Islamic State – French judicial source*. 24.02.2020. <https://af.reuters.com/article/worldNews/idAFKCN1T01OG>
- Schimmelfennig, F. (2015). *Internationale Politik*. Paderborn: UTB.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2002). *Vorlage Nr. 485 Übersicht, Volksabstimmung vom 03.03.2002*. 18.03.2020. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20020303/det485.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (1986). *Vorlage Nr. 338 Übersicht, Volksabstimmung vom 16.03.1986*. 18.03.2020. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/19860316/det338.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2004). *Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Die Neutralität der Schweiz*. 04.03.2020. <https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/voelkerrecht/Die%20Neutralitaet%20oder%20Schweiz.pdf>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2009). *Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). ABC des Völkerrechts*. 04.03.2020. https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/Voelkerrecht/ABC-des-Voelkerrechts_de.pdf
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2016a). *Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Aussenpolitische Strategie 2016–2019*. 04.03.2020. https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/Aussenpolitische-Strategie_DE.pdf
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2016b). *Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Neuer sicherheitspolitischer Bericht der Schweiz*. 10.02.2020. <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/45068.pdf>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2018). *Bundesamt für Statistik. Räumliche Typologien*. 05.03.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/raeumliche-analysen/raeumliche-gliederungen/raeumliche-typologien.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020a). *Bundesamt für Statistik. Strukturerhebung 2019. Strukturerhebung der Schweiz, Übersetzungshilfe*. 07.02.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/grundlagen/volkszaehlung/vier-kernelemente/strukturerhebung.assetdetail.10527219.html>

- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020b). *Bundesamt für Statistik. Einkommensverteilung.* 07.02.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/ungleichheit-der-einkommensverteilung/einkommensverteilung.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020c). *Bundesamt für Statistik. Strukturerhebung 2018.* 07.02.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/se.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020d). *Bundesamt für Statistik. Publikationen und Ergebnisse. Ergebnisse der SAKE. Ständige Wohnbevölkerung.* 07.02.2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erhebungen/sake/publikationen-ergebnisse.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020e). *Kompetenzzentrum SWISSINT. Armeeauftrag Friedensförderung.* 23.03.2020. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/einsaetze-und-operationen/militaerische-friedensfoerderung.html#downloads>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020f). *UN Military Experts on Mission & Stabs-offiziere. Factsheet.* 16.03.2020. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/einsaetze-und-operationen/militaerische-friedensfoerderung/missionen/militaerbeobachter-und-stabsoffiziere.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020g). *Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung,* 510.10, Militärgesetz (MG) vom 3. Februar 1995 (Stand am 1. Januar 2020), 10.03.2020, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19950010/index.html>
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2020h). *Schweizer Armee. Weiterentwicklung der Armee.* 10.02.2020. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/themen/wea.html>
- Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) (2016). *Freiwilligen Monitor. Freiwilligkeit und Ehrenamt in der Schweiz.* 5.3.2020: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/chronisches-problem-zehn-fragen-und-antworten-zum-schweizer-milizsystem-134505081>
- SRG SSR (2020). *Um Mitternacht schlug's Brexit. Ärger und Wehmut nach 47 Jahren.* 27.03.2020. <https://www.srf.ch/news/international/um-mitternacht-schlug-s-brexit-aeriger-und-wehmut-nach-47-jahren>.
- Schweizerischer Versicherungsverband (SVV, 2018). *SVV Sicherheitsmonitor 2018. Die Schweiz zwischen Sicherheit, Risiko und Freiheit.* 20.02.2020. <https://www.svv.ch/der-svv/svv-publikationen/weitere-publikationen/svv-sicherheitsmonitor>

- Schwind, H.-D. (2013). *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen.* Heidelberg: Kriminalistik.
- Schwok, R. (2014). *Die Schweizer Aussenpolitik nach Ende des Kalten Kriegs.* Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Steinbrecher, M, Biehl, H. (2019). Nur „freundliches Desinteresse?“ Ausmass der Determinanten verteidigungspolitischen Wissens in Deutschland. In: Weste, B., Tausenpfund, M. (2019). *Politisches Wissen, Relevanz, Messung und Befunde.* Wiesbaden: Springer VS, 145–175.
- Spiegel Online (2017). *Chronologie Attacken auf Europas Metropolen.* 04.04.2019. www.spiegel.de/politik/ausland/terrorismus-in-europa-eine-chronologie-a-1150645.html
- Surber, M. (2018). *Mehr Geld für die Landesverteidigung: Die Schweiz folgt dem europäischen Trend.* NZZ Online 10.02.2018. <https://www.nzz.ch/schweiz/bei-der-armee-zeichnet-sich-eine-trendwende-bei-den-ruestungsausgaben-ab-ld.1404593>
- Szvircsev Tresch, T. (2010). *Gibt es das «ideale» Wehrmodell? Wehrmodelle im Vergleich.* Jahresschrift 2010 der AOG. Allgemeine Offiziersgesellschaft von Zürich und Umgebung. Dübendorf, 6–11.
- Szvircsev Tresch, T. (2011). The Transformation of Switzerland's Militia Armed Forces and the Role of the Citizen in Uniform. *Armed Forces & Society*, Volume 37, Number 2, 239–260.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrell, J.V. (2018). *Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrell, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Vereinte Nationen (1945). *United Nations Charter*. Chapter Seven, Action with Respect to Threats to the Peace, Breaches of the Peace and Acts of Aggression. 20.01.2018. <https://treaties.un.org/doc/publication/ctc/uncharter.pdf>
- Welt (2018). *Wir würden noch viel mehr Terror aushalten können*. 19.02.2018. <https://www.welt.de/wirtschaft/article167871130/Wir-wuerden-noch-viel-mehr-Terror-aushalten-koennen.html>
- Wirth, D. (2019). *Chronisches Problem: Zehn Fragen und Antworten zum Schweizer Milizsystem*. Aargauer Zeitung. 5.3.2020. <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/chronisches-problem-zehn-fragen-und-antworten-zum-schweizer-milizsystem-134505081>
- Wissenschaft im Dialog / Kantar Emnid (2019). *Wissenschaftsbarometer 2019*. 26.03.2020. https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_19/Broschuere_Wissenschaftsbarometer2019.pdf
- Wissenschaft im Dialog / TNS Emnid (2016). *Wissenschaftsbarometer 2016*. 5.3.2018. https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_16/Wissenschaftsbarometer2016_web.pdf
- WissensCHAftsbarometer Schweiz (2019). *WissensCHAftbarometer Schweiz 2019 – Tabellenband*. 05.03.2020. https://wissenschaftsbarometer.ch/wp-content/uploads/2019/10/Tabellenband_Wissenschaftsbarometer_2019_DE-1.pdf
- Wolter, S.C. (2017). *Der Bildungsmittelstand steigt auf*. 07.02.2020. https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2017/11/DV_12-2017_DE.pdf
- Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983–2013*. Zürich: Buchbinderei Bommer GmbH.
- Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) (2019). *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019*. Potsdam, Dezember 2019.

Ziegleder, D., Kudlacek, D., Fischer, T. A. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. *Forschungsforum Öffentliche Sicherheit Schriftenreihe Sicherheit* Nr. 5, 1–92.

Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit 2020» (siehe Tabelle 3.3)

- Meyer, R. (1976). *Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung*. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). *Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz*. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). *Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung*. Unterbözberg: Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabsteil 360.I.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.

- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). *Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircsev T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2000). *Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2001). *Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2003). *Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2005). *Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2006). *Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). *Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). *Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). *Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). *Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E. (2012). *Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Krämer, E., Sokoli, E. (2013). *Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Graf, T., Pfister, S., Rinaldo, A., (2016). *Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrell, J.V. (2017). *Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrell, J.V. (2018). *Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.

Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrell, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Anhang I Methode

I Die Qualität der Variablen¹

Variablen unterscheiden sich voneinander bezüglich ihrer Eigenschaften, der Zulässigkeit der Aussagen sowie der Transformationen, die mithilfe von ihnen getroffen und durchgeführt werden können. Die verschiedenen Ausprägungen der Variablen können durch Zahlen dargestellt werden, welche die gemessenen Beziehungen wiederspiegeln. Skalenniveaus definieren, welche Eigenschaften und Beziehungen die Variablen an sich aufweisen. Die zugelassenen Berechnungen und Aussagen variieren somit nach Skalenniveau und nehmen mit der Zunahme des Skalenniveaus zu.

Eine Skala, die nur Zuordnungen zu verschiedenen Merkmalsausprägungen beinhaltet, heisst *Nominalskala* (z. B. Staatszugehörigkeit, Religion, Beruf, Geschlecht, Haarfarbe); eine, deren Werte Rangordnungen zulässt, die Abstände dazwischen aber nicht quantifiziert, d.h. nicht sinnvoll interpretiert werden können, wird *Ordinalskala* genannt (z.B. militärische Grade, Bildungsabschlüsse, Ranglisten im Fussball). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, welche somit quantifiziert werden können, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Temperatur in Grad Celsius/Fahrenheit, IQ-Skala, Kalendersysteme). Zuletzt gibt es noch die *Ratio-* bzw. *Verhältnisskala*, die zusätzlich einen natürlichen Nullpunkt aufweist, womit auch Aussagen über Verhältnisse zwischen Merkmalsausprägungen getroffen werden können (z. B. Temperatur in Grad Kelvin, metrische Einheiten, Körpergrösse). In den Sozialwissenschaften liegen die empirischen Daten jedoch sehr selten in Form einer Verhältnisskala vor.

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der deskriptiven (beschreibenden) Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, welche ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen darstellen. Die Koeffizienten können Werte zwischen 0 und +1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei +1 auf einen starken Zusammenhang hinweisen.

1 Vgl. Atteslander (2010), Bortz & Döring (2006).

2 Vgl. Bortz (1984), Bortz & Döring (2006), Atteslander (2010), Diekmann (2007).

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Dies ist durch das Skalenniveau bedingt. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmen, auch der Frage B zu und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen würde und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen und ordinalskalierte Variablen (vgl. Abschnitt I) der sogenannte *Kontingenzkoeffizient* (CC), der *Gamma-Koeffizient* (γ) und der *Spearmans-Koeffizient* (ρ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient* (CC) nach Karl Pearson erfasst den Zusammenhang zweier nominalskalierter Variablen (z.B. Geschlecht, Region). Der Wertebereich des CC variiert zwischen 0 und +1. Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und +1 einen perfekten Zusammenhang zwischen den Merkmalen. Der *Gamma-Koeffizient* (γ) nach Goodman und Kruskal und der *Spearmans-Koeffizient* (ρ) gelangen zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen ordinalskaliert (z.B. Alterskategorien, Bildung, Einkommenskategorien, politische Einstellung) sind. Der Wertebereich der beiden Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1. Ein negativer Wert zeigt einen negativen Zusammenhang und umgekehrt. Je näher er bei 0 ist, desto schwächer ist der Zusammenhang.

Die *Produkt-Moment-Korrelation* (r), auch *Pearson'scher-Koeffizient* genannt, wird für Korrelationen intervallskalierter Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und +1.

Signifikanz: In der Sozialforschung wird meistens mit Stichproben gearbeitet, da Vollerhebungen der untersuchten Grundgesamtheit (Population) meist nicht verfügbar oder sehr kostenintensiv und nicht praktikabel sind. Deshalb beziehen sich die Korrelationskoeffizienten in den allermeisten Fällen, und so auch die der Studienreihe «Sicherheit», auf die gezogene Stichprobe (N) und haben deshalb teilweise einen zufälligen Charakter. Es kann sein, dass in diesen Stichproben eine Korrelation auftritt, die es in der Gesamt-population nicht gibt. Anders ausgedrückt: Die statistische Inferenz ist nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1227-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der Schweizer Stimmbevölkerung (Grundgesamtheit) einen gewissen Fehlerbereich aufweist, da die Stichprobe zufällig gezogen wurde. Die Grösse dieses Fehlerbereichs wird durch die Grösse der Stichprobe und der Varianz innerhalb der Stichprobe beeinflusst. Um zu bestimmen, ob eine Korrelation in einer Stichprobe

auch in der Gesamtpopulation auftritt, wird jeweils ein p-Wert (Signifikanzwert) ausgerechnet und ausgewiesen. Dieser Wert drückt die Wahrscheinlichkeit aus, dass die Korrelation zufällig zustande kam und nicht in der Gesamtpopulation vorhanden ist (dass wir beispielsweise einen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Augenfarbe in unserer Stichprobe finden, den es in der Wirklichkeit nicht gibt). Deshalb wird sie auch Irrtumswahrscheinlichkeit genannt. Normalerweise wird in den Sozialwissenschaften der Grenzwert von 0.05 verwendet. Das heisst, dass das Risiko der Schlussfolgerung, dass eine Korrelation vorhanden ist, wenn tatsächlich keine Korrelation vorhanden ist, 5% beträgt.

Bei Zusammenhängen mit einem p-Wert von unter 0.05 (5%) wird deshalb von einem signifikanten Zusammenhang gesprochen. Ist dies gegeben, wird davon ausgegangen, dass der gemessene Zusammenhang auch für die Grundgesamtheit zutrifft.

III Cronbachs Alpha³

Cronbachs Alpha α ist ein Reliabilitätsmaß, welches die interne Konsistenz von verschiedenen intervallskalierten Items (z.B. Vertrauensindex 10er Skala) wiedergibt. Es ist ein Maß für die Konstanz des Zusammenhangs zwischen den gemessenen und den tatsächlichen Werten. Cronbachs Alpha gibt dabei den Anteil der beobachteten Item-Varianz aus, die als wahrheitsgetreu gilt. Der sinnvoll interpretierbare Wertebereich liegt zwischen 0 und +1.

IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l \cdot \chi^2$ -Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnen (Atteslander 2010, 285f.). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

³ Vgl. Diekmann (2007, 254), Bortz & Döring (2006).

V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests⁴

Anhand des t-Tests wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig zu Stande gekommen ist oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen. Ist die zu untersuchende Variable nicht normalverteilt und damit die Voraussetzung dieses Mittelwerttests nicht gegeben, eignet sich das auf der Rangierung der Daten basierende, nicht-parametrische Unterschiedsmass des U-Test von Mann-Whitney. Eine Untersuchung der Mittelwerte von drei und mehr Stichproben erlaubt die einfaktorielle Varianzanalyse. Wie dem t-Test liegt ihr die Annahme der Normalverteilung zugrunde. Ist diese nicht gegeben, so wird auf den nicht-parametrischen Kruskal-Wallis-Test zurückgegriffen.

VI Clusteranalyse⁵

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster intern möglichst homogen und extern möglichst heterogen sein sollten. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, das heisst, das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

4 Vgl. Bortz & Schuster (2010).

5 Vgl. Bortz (1984), Bacher (1994).

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugewiesen. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt. In der Studienreihe «Sicherheit» wird das QUICK CLUSTER- Verfahren für die Typologien der Neutralitätsauffassung («Neutralitätsdissonante», «Neutralitätspragmatiker», «Neutralitätstraditionalisten», «Neutralitätskritiker») und Kooperationstypen («Harte Öffnungswillige», «Autonomisten», «Weiche Öffnungswillige») angewendet.

VII Faktorenanalyse⁶

Die Faktorenanalyse dient dazu, systematisch eine Variablenstruktur innerhalb eines Datensatzes zu entdecken oder zu überprüfen. Die zugrundeliegende Annahme, die hinter dieser multivariaten Analyse steckt, ist folgende: Je grösser der Datensatz ist, desto eher bilden einzelne Variablen ähnliche Konzepte ab. Mit Hilfe der Faktorenanalyse können ähnliche Variablen zusammengeführt und zu einem Faktor zusammengefasst werden. Dabei ist entscheidend, dass die Variablen innerhalb eines Faktors möglichst homogen sein sollen, während die Variablen von verschiedenen Faktoren möglichst heterogen sein sollen. Um zu entscheiden, ob bzw. welche Variablen zusammenhängen, wird untersucht, wie stark die Variablen miteinander korrelieren.

Die Faktorenanalyse kann einerseits als strukturentdeckendes Verfahren (explorative Faktorenanalyse) eingesetzt werden. Das heisst, vor der Analyse besteht keine Vermutung darüber, wie die Variablen untereinander zusammenhängen und wie viele Faktoren entstehen werden. Die entstandenen Faktoren müssen inhaltlich interpretiert werden können. Die Faktorenanalyse kann andererseits als strukturprüfendes Verfahren (konfirmatorische Faktorenanalyse) eingesetzt werden. Dabei wird eine Einteilung der Variablen auf bestimmte Faktoren vorgängig angenommen und mit der Faktorenanalyse wird dieser Beziehungszusammenhang überprüft. Die Faktorenanalyse kann somit zur Datenstruk-

6 Vgl. Backhaus et al. (2011).

turierung, zur Datenreduktion, zur Gruppierung von Daten und zur Überprüfung von Beziehungszusammenhängen eingesetzt werden. Für die Berechnungen in dieser Studie wird eine explorative Faktorenanalyse verwendet, um die entstandenen Faktoren inhaltlich zu interpretieren.

VIII Einfache (bivariate) und multivariate Regressionsanalyse⁷

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklären (abhängigen) Variable durch erklärende (unabhängige) Variablen angewandt. Bei der Regressionsanalyse geht man in der Regel von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

So werden anhand der Regressionsgleichung die theoretisch begründeten Ursache-Wirkung-Beziehungen (Kausalitäten) untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden Variablen beobachten lässt, das heisst, welche Varianz (erklärte Veränderung der abhängigen durch die unabhängige Variable) durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Es können auch Aussagen über die Stärke der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable getroffen werden. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

Es wird zwischen einfachen, bzw. bivariaten, und multivariaten Regressionen unterschieden. Bei ersterer wird lediglich eine erklärende (unabhängige) Variable in das Modell genommen. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple oder multivariate Regression. Im Text wird jeweils das korrigierte R-Quadrat (adjusted r^2) ausgewiesen. Dieses gibt den Anteil der erklärten Varianz der abhängigen Variable im Verhältnis zur gesamten Varianz an.

Die abhängige Variable der Regressionsgleichung muss mindestens intervallskaliert sein. Ist sie nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische oder Probit-Regressionsanalyse durchgeführt. Hierbei wird im Text das Nagelkerke- r^2 ausgewiesen.

⁷ Vgl. Backhaus et al. (2011).

Anhang II Typologien

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Die Cluster-Analyse ist ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften. Sie erlaubt es, in weiten Teilen ähnliche Einstellungsprofile zu Mustern zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei möglichst wenig Ähnlichkeit mit den anderen Mustern aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt VI).

Die hier vorgelegten Cluster-Bildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Basis für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster bezüglich der internationalen Kooperationsbereitschaft und der Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Stimmbevölkerung.¹

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2020 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und in den Abbildungen A und B grafisch dargestellt. Für Vergleichszwecke sind ebenfalls die numerischen Cluster-Zentren der Daten 2019 abgebildet (Tabellen II und IV).

*Tabelle I
Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2020 (Mittelwerte)*

	Zentrum Cluster 1 (<i>«Harte Öffnung»</i>)	Zentrum Cluster 2 (<i>«Weiche Öffnung»</i>)	Zentrum Cluster 3 (<i>«Autonomisten»</i>)
Harte Kooperation mit EU: «Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» (EU-Beitritt)	2.56	3.62	3.75
Sicherheitspolitische Allianz mit Nato: «Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.» (Nato-Annäherung)	2.51	2.59	3.15
Weiche Kooperation mit Uno: «Die Schweiz sollte sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.» (Engagement für Uno-Anliegen)	1.95	1.98	3.02
Weiche Kooperation durch Konfliktvermittlung: «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.» (Konfliktvermittlung)	1.93	1.69	2.54
Weiche Kooperation durch Entwicklungshilfe: «Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.» (Entwicklungshilfe)	1.72	2.08	2.85

Bilateraler Weg mit EU: «Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» (Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU)	2.07	1.51	1.93
Differenzielle Neutralität: «Die Schweiz sollte politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.» (Militärisch neutral — politisch aktiv)	2.48	2.16	3.05
Neutralitätsprinzip: «Die Schweiz sollte die Neutralität beibehalten.» (Beibehaltung der Neutralität)	1.67	1.14	1.24
Wirtschaftliche und politische Autonomie: «Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.» (Wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit)	2.66	1.50	1.69

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2019 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 (<i>«Harte Öffnung»</i>)	Zentrum Cluster 2 (<i>«Weiche Öffnung»</i>)	Zentrum Cluster 3 (<i>«Autonomisten»</i>)
Harte Kooperation mit EU: «Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» (EU-Beitritt)	2.56	3.62	3.75
Sicherheitspolitische Allianz mit Nato: «Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.» (Nato-Annäherung)	2.51	2.59	3.15
Weiche Kooperation mit Uno: «Die Schweiz sollte sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.» (Engagement für Uno-Anliegen)	1.95	1.98	3.02
Weiche Kooperation durch Konfliktvermittlung: «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.» (Konfliktvermittlung)	1.93	1.69	2.54
Weiche Kooperation durch Entwicklungshilfe: «Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.» (Entwicklungshilfe)	1.72	2.08	2.85
Bilateraler Weg mit EU: «Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» (Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU)	2.07	1.51	1.93
Differenzielle Neutralität: «Die Schweiz sollte politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.» (Militärisch neutral — politisch aktiv)	2.48	2.16	3.05
Neutralitätsprinzip: «Die Schweiz sollte die Neutralität beibehalten.» (Beibehaltung der Neutralität)	1.67	1.14	1.24
Wirtschaftliche und politische Autonomie: «Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.» (Wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit)	2.66	1.50	1.69

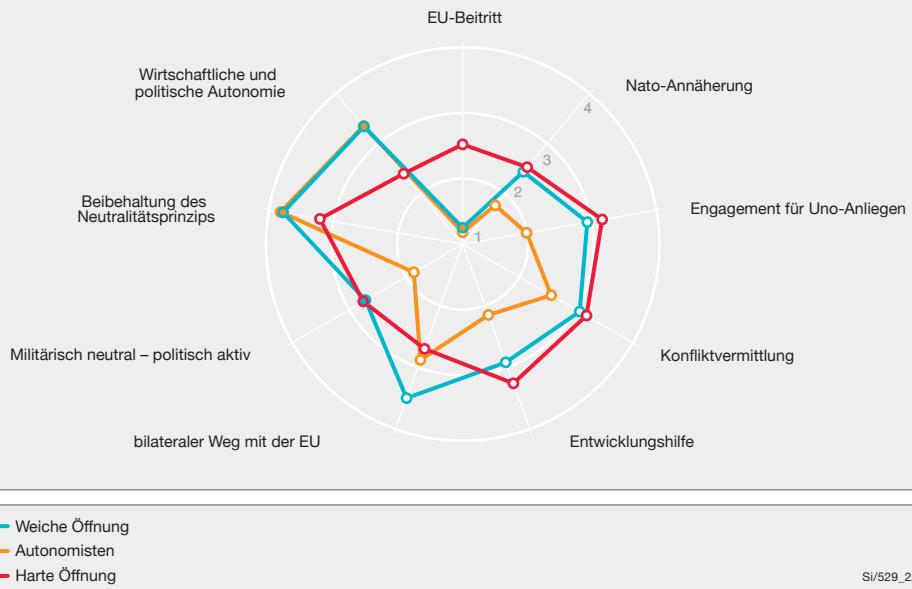
1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2020 (Mittelwerte)

Kooperationstypologien

(Mittelwerte der Skala 1 = «gar nicht einverstanden» bis 4 = «sehr einverstanden»)



- Weiche Öffnung
— Autonomisten
— Harte Öffnung

Tabelle III
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2020 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 (<i>«Kritiker»</i>)	Zentrum Cluster 2 (<i>«Pragmatiker»</i>)	Zentrum Cluster 3 (<i>«Dissonante»</i>)	Zentrum Cluster 4 (<i>«Traditiona- listen»</i>)
Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle: «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.» (Gute Dienste leisten)	3.00	3.57	3.49	3.83
Identitätsfunktion: «Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.» (Neutralität als Staatsgedanken)	2.47	3.35	3.41	3.63
Sicherheitspolitische Funktion I: «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.» (Dank Neutralität keine Konflikte)	2.31	2.55	3.20	3.08
Sicherheitspolitische Funktion II: «Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.» (Neutralität stabilisiert Sicherheitslage in Europa)	1.94	2.23	3.12	3.42
Bewaffnete Neutralität: «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.» (Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft)	3.01	2.79	2.56	1.54
Neutralität als Instrument: «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.» (Neutralität aufgeben, wenn keine Vorteile mehr)	2.54	1.34	1.93	1.25
Kritische Beurteilung der Neutralität und Interdependenz: «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.» (Interdependenz verunmöglicht Neutralität)	2.67	2.11	2.55	1.43
Kritische Beurteilung: Neutralität als Handlungshindernis: «Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.» (Neutralität als Handlungshindernis)	2.65	1.75	2.63	1.36

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle IV
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2019 (Mittelwerte)

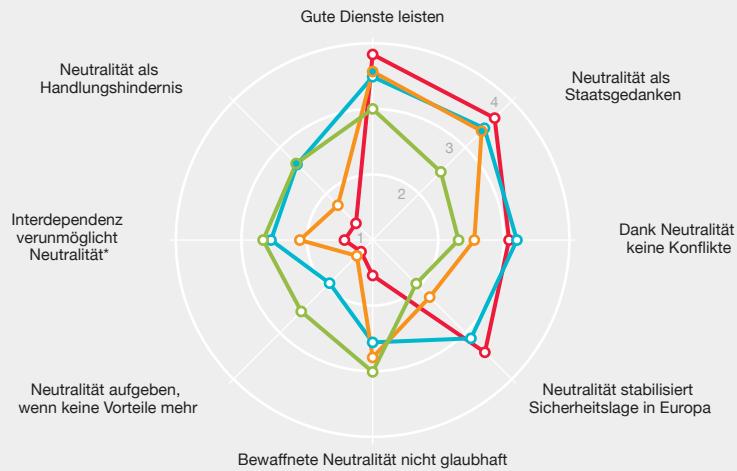
	Zentrum Cluster 1 (<i>«Kritiker»</i>)	Zentrum Cluster 2 (<i>«Pragmatiker»</i>)	Zentrum Cluster 3 (<i>«Dissonante»</i>)	Zentrum Cluster 4 (<i>«Traditiona- listen»</i>)
Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle: «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.» (Gute Dienste leisten)	1.99	1.60	1.46	1.25
Identitätsfunktion: «Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.» (Neutralität als Staatsgedanken)	2.43	1.79	1.63	1.29
Sicherheitspolitische Funktion I: «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.» (Dank Neutralität keine Konflikte)	2.89	2.73	1.82	1.65
Sicherheitspolitische Funktion II: «Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.» (Neutralität stabilisiert Sicherheitslage in Europa)	2.95	2.83	2.05	1.64
Bewaffnete Neutralität: «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.» (Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft)	1.79	2.44	2.26	3.13
Neutralität als Instrument: «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.» (Neutralität aufgeben, wenn keine Vorteile mehr)	2.57	3.55	3.13	3.76
Kritische Beurteilung der Neutralität und Interdependenz: «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.» (Interdependenz verunmöglicht Neutralität)	2.05	3.00	2.41	3.49
Kritische Beurteilung: Neutralität als Handlungshindernis: «Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.» (Neutralität als Handlungshindernis)	2.14	3.27	2.24	3.42

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung B
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2020 (Mittelwerte)

Neutralitätstypologien

(Mittelwerte der Skala 1 = «gar nicht einverstanden» bis 4 = «sehr einverstanden»)



- Kritiker
- Pragmatiker
- Dissonante
- Traditionalisten

*Interdependenz= gegenseitige Abhängigkeit

Si/294_2/20

Anhang III Erhebung 2020

I Häufigkeiten der Gründe für und gegen die Notwendigkeit der Armee

Tabelle 1

Gründe für die Notwendigkeit der Armee: Vergleich 2009 zu 2020 (vollständige Angaben)

«Weshalb halten Sie die Armee für «unbedingt» oder «eher» notwendig?»
(N=944)

	Befürworter*innen			
	2009		2020	
	[n]	[%]	[n]	[%]
Topic 1: Sicherheit des Landes gegen aussen	312	35%	419	44%
Verteidigung, Selbstverteidigung, Landesverteidigung	190	21%	266	28%
Für äussere Sicherheit, äussere Bedrohungen	55	6%	77	8%
Abschreckung	66	7%	55	6%
Grenzschutz	19	2%	39	4%
Luftverteidigung, Lufthoheit, Luftpolizei*	-		29	3%
Cyberattacken (explizite Nennung)*	-		21	2%
Hybride Bedrohung (Medienpropaganda, Special Forces, ...)*	-		3	0%
Anderes, Sicherheit gegen aussen	9	1%	0	0%
Topic 2: Sicherheit im Land	393	43%	409	43%
Katastrophenhilfe	272	30%	284	30%
Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	62	7%	74	8%
Sport- und Grossanlässe	36	4%	50	5%
Für Innere Sicherheit (explizite Nennung)	35	4%	49	5%
Terrorismusbekämpfung, wegen Terrorismus	31	3%	37	4%
Unterstützung Polizei, Subsidiare Einsätze	39	4%	33	3%
Botschaften, Konferenzen, WEF	18	2%	29	3%
Ordnung im Land, innere Unruhen	48	5%	25	3%
Anderes, Sicherheit im Inland	37	4%	12	1%
Topic 3: Notwendigkeit allgemein	179	20%	202	21%
Vorkehrung, man weiss nie, Zukunft ungewiss...	117	13%	133	14%
Alle haben eine Armee, die anderen Länder haben auch eine	26	3%	52	6%
War schon immer so, Gewohnheit	18	2%	24	3%
Anderes, Notwendigkeit	23	3%	0	0%

Topic 4: Sicherheit und Bedrohung allgemein	199	22%	196	21%
Sicherheit allgemein, Schutz allgemein	143	16%	143	15%
Gibt Sicherheit, Sicherheitsgefühl	50	6%	59	6%
Anderes, Sicherheit und Bedrohung	11	1%	2	0%
Topic 5: Latente Aufgabe				
Lebensschule, Erziehung, gut für junge Leute	47	5%	84	9%
Zusammenhalt, Identität	20	2%	48	5%
Wirtschaftsfaktor, schafft Arbeitsplätze	33	4%	34	4%
Ausbildung	6	1%	28	3%
Verantwortung für unser Land	11	1%	19	2%
Habe selbst Dienst geleistet, eigene Erfahrung	8	1%	7	1%
Wehrpflicht als Kontrollinstrument	3	0%	3	0%
Anderes, Latente Aufgaben	35	4%	3	0%
Topic 6: Aussenpolitik				
Wahrung der Unabhängigkeit, für Unabhängigkeit	61	7%	61	6%
Um Neutralität zu schützen	29	3%	54	6%
Weil wir ein neutrales Land sind	7	1%	24	3%
Man kann sich nicht auf andere verlassen	9	1%	20	2%
Beitrag in einer internationalen Kooperation	23	3%	15	2%
Image, Glaubwürdigkeit, Prestige (gegen aussen)*	-		14	1%
Staatsschutz, Demokratie schützen	4	0%	9	1%
Anderes, Aussenpolitik	3	0%	9	1%
Topic 7: Effektivität				
Armee bewährt sich	18	2%	19	2%
Funktionstüchtigkeit in Notfällen	22	2%	11	1%
Anderes, Effektivität	1	0%	0	0%
Topic 8: Friedens- und humanitäre Einsätze				
Humanitäre Einsätze, In- und Ausland	14	2%	14	1%
Friedenssicherung	19	2%	10	1%
Anderes	2	0%	1	0%
Topic 9: Anderes				
Keine Antwort	9	1%	9	1%
Nicht kodierbar*	-		7	1%
Anderes	25	3%	5	1%

[n] absolute Häufigkeiten

[%] prozentuale Häufigkeiten

* Kategorie ab der Erhebungswelle 2020

Tabelle 2

Gründe gegen die Notwendigkeit der Armee: Vergleich 2009 zu 2020 (vollständige Angaben)

«Weshalb halten Sie die Armee für «eher» oder «überhaupt nicht» notwendig?»
(N=278)

	Kritiker*innen			
	2009		2020	
	[n]	[%]	[n]	[%]
Topic 1: Zweifel an Effektivität	108	38%	124	45%
Was kann ein kleines Land schon ausrichten, Alleingang sinnlos	43	15%	63	23%
Zweifel an Schlagkraft	40	14%	48	17%
Generelle Zweifel an Effektivität, Effizienz*	0	0%	10	4%
Qualität der Ausbildung	9	3%	7	3%
Qualität der Ausrüstung	3	1%	5	2%
Qualität der Führung	6	2%	4	1%
Motivation der SoldatInnen	5	2%	3	1%
Anderes, Effektivität	19	7%	0	0%
Topic 2: Gegen aktuelle Armee	91	32%	104	37%
Zu teuer	49	17%	66	24%
Armee ja aber andere Prioritäten setzen, modernisieren*	-		20	7%
Für Freiwilligenarmee, Armee ohne Wehrpflicht*	-		14	5%
Für Berufsarmee	11	4%	9	3%
Armee ist zu gross	7	2%	4	1%
Anderes, Gegen aktuelle Armee	36	13%	3	1%
Topic 3: Sicherheit und Bedrohung	86	30%	91	33%
Keine, geringe Bedrohung	68	24%	64	23%
Verschiedenartige, neuartige Bedrohung	16	6%	27	10%
Cyberattacken*	-		8	3%
Anderes, Sicherheit und Bedrohung	2	1%	1	0%
Topic 4: Gegen Armee allgemein	54	19%	84	30%
Armee ist sinnlos, nutzlos*	-		30	11%
Konflikte, Probleme anders lösen	17	6%	21	8%
Wichtigere, andere Probleme, für die man sich einsetzen, Geld investieren sollte	23	8%	20	7%
Krieg ist schlecht	7	2%	10	4%
Waffen sind schlecht, Pazifismus	5	2%	9	3%
Andere, Gegen Armee allgemein	5	2%	5	2%
Gewalt ist schlecht	6	2%	4	1%
Topic 5: Armeeaufgaben, die akzeptiert werden	36	13%	51	18%
Katastrophenhilfe	24	8%	23	8%
Zivildienst	4	1%	10	4%

Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	6	2%	8	3%
Latente Aufgaben*	-		7	3%
Friedenseinsätze	2	1%	6	2%
Innere Sicherheit	2	1%	5	2%
Sport- und Grossanlässe	1	0%	3	1%
Anderes, Armeeaufgaben	6	2%	2	1%
Terrorismus	3	1%	1	0%

Topic 6: Neutralität, Unabhängigkeit	20	7%	41	15%
Ein neutrales Land braucht keine Armee	11	4%	36	13%
Eine Armee steht im Widerspruch zur Neutralität	2	1%	6	2%
Andere, Neutralität, Unabhängigkeit, Staatsschutz	7	2%	0	0%

Topic 7: Anderes	19	7%	8	3%
Anderes	9	3%	3	1%
Keine Antwort	10	3%	3	1%
Nicht kodierbar*	-		2	1%

[n] absolute Häufigkeiten

[%] prozentuale Häufigkeiten

* Kategorie ab der Erhebungswelle 2020

II Sicherheit 2020 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen

Befragungszeitraum: 06.– 24. Januar 2020

Stichprobenziehung: Random-Quota-Verfahren, N=1227; Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin

Befragungsinstitut: LINK, Luzern

Die helvetischen Frageformulierungen wurden bewusst gewählt, da die Interviews in der Deutschschweiz prinzipiell auf Schweizerdeutsch (Mundart) durchgeführt wurden.

Guten Tag, hier ist ... Ich läute Ihnen im Auftrag vom Bund an.

Wir vom Forschungsinstitut LINK sind mit der Durchführung von einer Befragung von Stimmberchtigten zum Thema Sicherheit beauftragt worden. Wären Sie bereit, dazu ein paar Fragen zu beantworten?

Das Interview dauert ungefähr 25 bis 30 Minuten.

Zunächst einige Einstiegsfragen.

S1.

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja..... 1

nein 2

--> bei «nein»: Abbruch!

S2.

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S3.

[INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).]

Mann..... 1

Frau 2

Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

Q 1

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniesst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

überhaupt kein Vertrauen

volles Vertrauen

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	99
keine Antwort	99

[Reihenfolge A – I zufallsvariieren]

Inwiefern geniesst/geniessen ... Ihr Vertrauen?

- A der Bundesrat
- B das Parlament in Bern
- C die Gerichte
- D die Polizei
- E die Armee
- F die Medien
- G die Schweizer Wirtschaft
- H die politischen Parteien
- I die Wissenschaft

Q 2

**Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?
Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?**

sehr sicher	1
eher sicher.....	2
eher unsicher.....	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q 3

Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?

sehr sicher	1
eher sicher.....	2
eher unsicher.....	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9
Nach Einbruch der Dunkelheit bin ich nie alleine unterwegs.	97

Q 4

Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat. Zum Beispiel an Sportanlässen, Konzerten und Bahnhöfen. Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?

sehr sicher	1
eher sicher.....	2
eher unsicher.....	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9
Ich bin nie an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat.....	97

Q5

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	1
eher optimistisch.....	2
eher pessimistisch.....	3
sehr pessimistisch	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q6

Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	1
eher optimistisch.....	2
eher pessimistisch.....	3
sehr pessimistisch	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur weltpolitischen Lage an Sie.

Q7

Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- | | |
|--------------------------------|---|
| sehr einverstanden..... | 1 |
| eher einverstanden | 2 |
| eher nicht einverstanden | 3 |
| gar nicht einverstanden | 4 |

[INT. nicht vorlesen]

- | | |
|---------------------|---|
| weiss nicht..... | 8 |
| keine Antwort | 9 |

[Reihenfolge A – I zufallsvariieren]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
- I Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

Q8

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

[Reihenfolge A–J zufallsvariieren]

- A Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- E Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- F Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- G Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- H Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- I Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.
- J Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.

[INT. nicht vorlesen]

Definition EU = Europäische Union.]

Q9

Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

[Reihenfolge A–J zufallsvariieren]

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.
- C Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.
- D Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- E Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.
- F Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- G Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- H Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktive Rolle spielen.
- I Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- J Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

Nun kommen wir zu einem neuen Thema, der Schweizer Armee.

Q10

Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

unbedingt notwendig	1
eher notwendig	2
eher nicht notwendig	3
überhaupt nicht notwendig	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

[INT. nicht vorlesen]

Bei der Frage Q11 wird auf die Antwort der Frage Q10 referenziert [unbedingt notwendig / eher notwendig, eher nicht notwendig oder eher gar nicht notwendig. Personen mit «weiss nicht» / «keine Antwort» überspringen Q11 und gelangen direkt zu Q12]

Q11

Nennen Sie mir bitte spontan die Gründe, warum Sie die Schweizer Armee für [unbedingt notwendig / eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig] halten.

[INT. offene Frage, Nachfragen, wenn gar nichts kommt. Nennungen möglichst genau und ausführlich notieren. Wenn etwas nicht verstanden wurde, bitten es zu wiederholen, damit man es gut aufschreiben kann.]

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	98
keine Antwort	99

Q12

Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

[INT. vorlesen]

Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so	1
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	2
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	3

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q13

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend	1
Wir würden eine Berufsarmee brauchen.....	2

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q14

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel	1
zu viel	2
gerade richtig	3
zu wenig.....	4
viel zu wenig	5

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q15

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee?

Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» sind, 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

überhaupt nicht zufrieden

sehr zufrieden

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht..... 98

keine Antwort 99

Wir kommen jetzt zu einem anderen Thema

Q16

Es gibt Schweizerinnen und Schweizer, wo neben ihrem Beruf oder ihrer Ausbildung noch ein Ehrenamt machen, einen Dienst machen oder in einem Vereinsvorstand sind. Was denken Sie, wie gut lassen sich diese Tätigkeiten mit dem Beruf oder der Ausbildung unter einen Hut bringen? Antworten Sie bitte mit sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht.

sehr gut	1
eher gut.....	2
eher schlecht.....	3
sehr schlecht.....	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

[Reihenfolge A – F zufallsvariieren]

- A Mit einem politischen Amt
- B Mit dem Zivildienst
- C Mit dem Zivilschutz
- D Mit dem Armeedienst
- E Mit der Feuerwehr
- F Mit einem Amt in einem Verein

[INT. nicht vorlesen: Falls Verständigungsschwierigkeiten beim Einleitungstext]

- Ehrenamt: ein öffentliches Amt, dass man freiwillig und unentgeltlich macht.
- Dienst: zum Beispiel Militärdienst oder Zivildienst/Zivilschutz.
- Vereinsvorstand: Aktive Beteiligung in der Führung eines Vereins wie PräsidentIn oder Kassier.
- Falls Verständigungsschwierigkeiten bei Items A bis F:
- Politisches Amt: z.B. Kantonsrat, Gemeinderat, Schulpflege.
- Amt in einem Verein: z.B. Präsident*in, Kassier, Vorstandsmitglied
- Armeedienst: als Soldat aber auch als Unteroffizier oder Offizier.

Q17

Es wird heute auch viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Militärdienst vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

stimme sehr zu 1

stimme eher zu 2

stimme teils zu, teils nicht 3

stimme eher nicht zu 4

stimme überhaupt nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 8

keine Angabe 9

[Aussagen A bis E zufallsvariieren]

[Unterstrichene Stellen beim Vorlesen betonen]

- A Die zeitlichen Absenzen, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert.
- B Im Allgemeinen kann eine Person, die Militärdienst leistet, auf die Unterstützung von Ihrem Arbeitgeber zählen.
- C Kann ein Mitarbeiter wegen dem Militärdienst seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit Verständnis von seinem Arbeitgeber rechnen.
- D Die Abwesenheit am Arbeitsplatz ist ein Hauptgrund, warum der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.
- E Die zusätzliche Belastung durch den Militärdienst kann bewältigt werden, ohne dass die berufliche Karriere darunter leidet.

Q18

Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen zum «Weitermachen» im Militär vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

stimme sehr zu 1

stimme eher zu 2

stimme teils zu teils nicht 3

stimme eher nicht zu 4

stimme überhaupt nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 8

keine Angabe 9

[Aussagen A bis H zufallsvariieren]

[Unterstrichene Stellen beim Vorlesen betonen]

- A Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.
- B Wer im Militär weitermacht, erhöht seine Chancen in der Berufswelt.
- C Wer im Militär weitermacht, ist mehrfach belastet, darum sinkt seine Chance auf eine berufliche Karriere erheblich.
- D Wenn jemand im Militär weitermacht, sinkt seine Leistung am Arbeitsplatz.
- E Eine Person, welche im Militär weitermacht, sollte von seinem Arbeitgeber darin unterstützt und bestärkt werden.
- F Wer im Militär weitermacht, hat auch heute noch ein hohes Ansehen in der Gesellschaft.
- G Weil man nicht weiss, ob das Weitermachen im Militär im Beruf Vorteile bringt, ist es nicht attraktiv weiterzumachen.
- H Nur wenn das Militär und die Wirtschaft zusammenspannen, wird das Weitermachen wieder attraktiv.

[Int: Bei Nachfragen, was «Weitermachen» bedeutet: Offiziers- oder Unteroffiziersschulung im Militär machen, d.h. eine militärische Karriere anstreben.]

Mit dieser Befragung möchten wir auch herausfinden, wie gross das Wissen in der Bevölkerung zu sicherheitspolitischen Themen ist. Darum folgen jetzt einige Fragen dazu. Bitte beantworten Sie diese Fragen spontan und ohne lange darüber nachzudenken. Es ist völlig normal, wenn Sie nicht alle von den folgenden Fragen exakt beantworten können.

Q19

Im Moment ist eine Armeereform, die sogenannte Weiterentwicklung von der Armee im Gang. Haben Sie davon schon gehört, gesehen oder gelesen?

[INT. vorlesen]

Ja, ich habe davon gehört, gesehen oder gelesen.....	1
Nein, nie davon gehört, gesehen oder gelesen	2
[INT. nicht vorlesen]	
weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

Q20

Wie heisst die aktuelle Verteidigungsminister*in oder der aktuelle Verteidigungsminister der Schweiz?

[INT: Kategorien NICHT vorlesen, selber ausfüllen. Korrekte Antwort ist Bundesrätin Viola Amherd, Viola Amherd, Frau Amherd, Amherd oder Viola gelten auch als korrekte Antworten. Nicht korrekt wäre nur CVP-Bundesrätin, oder «die Walliserin». Es muss also konkret ein Name genannt werden. KEINE Hilfestellungen geben.]

Antwort spontan, korrekt und ohne Hilfe selber gewusst	1
Antwort falsch	2
Weiss Antwort nicht	8

[INT: Auf explizites Nachfragen darf die richtige Antwort dem Interviewten mitgeteilt werden.]

Q21

Was meinen Sie, wie viele Milliarden Franken gibt die Schweiz für ihre Armee pro Jahr aus? Sind dies 1 Milliarde, 3 Milliarden, 5, 7, 9 oder 11 Milliarden?

[INT: genanntes ausfüllen. Eine Schätzantwort ist besser wie keine Antwort]

1 Milliarde	1
3 Milliarden	2
5 Milliarden	3
7 Milliarden	4
9 Milliarden	5
11 Milliarden	6

[INT: nicht vorlesen]

weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

Q22

Verschiedene Organisationen haben den Auftrag, für unsere Landessicherheit zu sorgen. Bitte sagen Sie mir zu jeder von den folgenden Organisationen, ob diese Ihrer Meinung nach einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag hat. Antworten Sie bitte mit Ja oder Nein.

Ja 1

Nein 2

[INT: nicht vorlesen]

weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

[Reihenfolge A – F zufallsvariieren]

- A der Zivildienst
- B der Zivilschutz
- C das Rote Kreuz
- D der Zoll
- E die Rega (Schweizerische Rettungsflugwacht)
- F die Securitas

[INT: Bei Verständnisproblemen: Zivildienst ist der Ersatzdienst für Menschen, die aus Gewissensgründen kein Militär machen wollen. Zivilschutz wird von jenen gemacht, welche als untauglich für den regulären Militärdienst eingestuft wurden]

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

Q23

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

[INT. vorlesen]

sehr stark.....	1
eher stark.....	2
ein bisschen.....	3
überhaupt nicht.....	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

Q24

Sind Sie in der Schweizer Armee, im Zivildienst oder im Zivilschutz eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

[INT. vorlesen]

Ja, im Militär	1
Ja, im Zivildienst.....	2
Ja, im Zivilschutz	3
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	4
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivilschutz.....	5
Nein, ich bin nirgends eingeteilt	6
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q25

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

deutsch	1
französisch	2
italienisch.....	3
rätoromanisch	4
andere Sprache	5
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q 26

Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

ja.....	1
nein	2
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
keine Antwort	9

Q27

Wie würden Sie Ihren Wohnort beschreiben? Ist dieser eher ländlich oder eher städtisch?

[INT. vorlesen]

*[INT: Die Befragten sollen sich entscheiden. Haben sie Mühe damit, können Interviewer*innen als Entscheidungshilfe den Hinweis geben, dass Wohnorte mit mehr als 10'000 Einwohner*innen als Städte gelten]*

Eher ländlich	1
Eher städtisch	2
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

Q 28

Welches ist die höchste Ausbildung, wo Sie abgeschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?

[INT. nicht vorlesen, sondern den untenstehenden Items zuordnen.

Bei Unklarheiten nachfragen]

Keine Ausbildung.....	1
Bis maximal 7 Jahre obligatorische Schule.....	2
Obligatorische Schule (Real-, Sekundar-, Bezirks-, Orientierungsschule, Pro-, Untergymnasium, Sonderschule)	3
1-jährige Vorlehre, 1-jährige allgemeinbildende Schule, 10. Schuljahr, 1-jährige Berufswahlschule, Haushaltslehrjahr, Sprachschule (mindestens 1 Jahr) mit Schlusszertifikat, Sozialjahr, Brückenangebote oder ähnliche Ausbildung.....	4
2- bis 3-jährige Diplommittelschule, Verkehrsschule, Fachmittelschule FMS oder ähnliche Ausbildung.....	5
Berufliche Grundbildung (Anlehre, 2- bis 4-jährige Berufslehre oder Vollzeitberufsschule, Handelsdiplom, Lehrwerkstätte oder ähnliche Ausbildung)	6
Gymnasiale Maturität, Lehrkräfte-Seminar (vorbereitende Ausbildung für Lehrkräfte von Kindergarten, Primarschule, Handarbeit, Hauswirtschaft) ...	7
Berufs- oder Fachmaturität.....	8
Höhere Fach- und Berufsausbildung mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom oder Meisterdiplom, Höhere Fachschule für Technik (Technikerschule TS), für Wirtschaft (HKG) oder ähnliche höhere Fachschule (2 Jahre Voll- oder 3 Jahre Teilzeitstudium)	9
Höhere Fachschule (Vorgänger von Fachhochschulen, z.B. HTL, HWV, HFG, HFS) inklusive Nachdiplome (3 Jahre Voll- oder 4 Jahre Teilzeitstudium)	10
Bachelor (Universität, ETH, Fachhochschule, pädagogische Hochschule)	11
Master, Lizentiat, Diplom, Staatsexamen, Nachdiplom (Universität, ETH, Fachhochschule, pädagogische Hochschule).....	12
Doktorat, Habilitation	13
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	98
keine Antwort	99

Q 29

«Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?



[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort 99

Q30

Nehmen wir an, im Laufe von einem Jahr würden 10 Eidgenössische Abstimmungen stattfinden. An wie vielen von diesen 10 Abstimmungen würden Sie teilnehmen?

[INT. Zahl aufschreiben]

Anzahl Abstimmungen:.....

[INT. nicht vorlesen]

Nie 0

weiss nicht / keine Angabe 99

Q 31

Wie viel verdienen Sie etwa («öppé») im Monat? Denken Sie dabei an das effektive Netto-Einkommen, also das, was Sie aus allen Einkünften zusammen pro Monat ausbezahlt bekommen.

[INT. offene Frage, nachfragen und Nennungen notieren]

Verdienst pro Monat:

[INT: wenn Bedenken kommen darauf reagieren und HERVORHEBEN, dass die Angabe komplett anonym ist]

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 98

keine Antwort 99

Q32

Jetzt kommen wir zur letzten Frage. Wie oft machen Sie sich überhaupt Gedanken über die Schweizer Armee: Kommt dies jeden Tag, mehrmals pro Woche, einmal pro Woche, einmal im Monat, einmal im Jahr oder nie vor?

<i>[INT: Wenn nötig Skala bei den Items nochmals wiederholen, wenn nicht mehr präsent]</i>	
jeden Tag.....	1
mehrmals pro Woche	2
einmal pro Woche	3
einmal im Monat	4
einmal im Jahr.....	5
nie.....	6
<i>[INT: nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

Besten Dank für das Interview!

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE RECHTS	TIEF	MITTEL	HÖCH
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)
BASIS ungewichtet	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437	79*
BASIS gew. (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437	79*
ja	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437	79*
nein, nicht stimmberechtigt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU								
			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	TIEF	Mittel	Hoch					
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS angewendet	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562		
BASIS angew. (100 %)	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562		
18-29 Jahre	209	151	50	8	105	104	209	-	-	56	47	58	14	96	90		
	17.0%	18.7%	18.5%	15.7%	17.9%	16.3%	10.0%*	GH	-	23.0%*	13.9%	13.3%	17.7%	16.4%	17.7%		
30-59 Jahre	591	438	129	24	202	269	-	501	-	202	155	209	20	260	309		
	46.2%	40.3%	47.8%	47.1%	49.7%	46.8%	-	100.0%*	FH	-	50.9%	45.7%	47.8%	25.3%*	44.5%	55.0%*	
60+ Jahre	427	317	91	19	191	236	-	-	427	100	137	170	45	228	154		
	34.8%	30.0%	33.7%	37.3%	32.5%	36.8%	-	-	100.0%*	FH	25.2%	40.4%*	38.9%	57.0%*	30.0%*	27.4%	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HÖCH
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS ungewichtet	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
BASIS gew. (100 %)	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
Mann	598	408	128	24	58	-	105	202	191	160	266	22	262	213	213	
47.9%	46.1%	47.4%	47.1%	100.0%*	E	50.2%	49.4%	44.7%	40.3%*	41.3%*	60.0%*	43.2%*	55.7%*	L	LN	
Frau	629	407	142	27	59	-	639	104	236	237	190	171	57	332	249	
52.1%	51.9%	52.6%	52.9%	--	D	100.0%*	49.8%	50.6%	55.3%	59.7%*	58.7%*	39.1%*	72.2%*	MN	N	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
BASIS zw. (100 %)	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
D-CH	96	68	-	-	446	470	151	468	317	303	235
	73.8%	100.0%*	74.1%	73.6%	72.2%	74.1%	74.2%	69.3%	76.9%
F-CH	270	-	270	-	128	142	50	129	91	82	83
	22.0%	..	100.0%*	..	21.8%	22.2%	23.9%	21.8%	21.3%	20.7%	24.5%
I-CH	51	42%	-	-	51	24	27	8	24	19	12
	100.0%*	AB	4.1%	4.1%	3.8%	4.1%	4.4%	3.0%

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Anhang III Erhebung 2020

	BUNDESAT	PARLAMENT IN BERN	GERICHTE	POLIZEI	ARMEE	MEDIEN	SCHWEIZER WIRTSCHAFT	POLITISCHE PARTEIEN	WISSEN- SCHAFT
(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	
BASIS angezweifelt	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
BASIS gew. (100%)	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
viele's Vertrauen	(10)	58	108	95	88	14	66	9	78
		FH	ABFGH	ABFGH	ABFH	1,1%	6,1%	0,7%	ABFGH
		86	176	269	15	26	87	11	22
	(98)	141	11,1%	7,0%	ABFGH	0,4%	2,1%	7,9%	18,1%
		FH	ABFGH	ABFGH	ABFGH	H	FH		ABCEFGH
		305	395	437	268	136	205	111	305
	(08)	28,9%	31,1%	36,6%	ABCEFGH	21,8%	11,1%	24,0%	32,2%
		FH	BEFGH	ABCEFGH	FH		FH	9,0%	BEFGH
	(07)	311	304	239	186	256	194	200	242
		25,3%	24,8%	19,5%	15,2%	20,9%	15,3%	20,3%	19,3%
		CDEFH	CDEFH	DFH	DFH		CDEFH	D FH	
	(08)	162	221	118	100	136	211	188	98
		13,2%	18,0%	9,6%	8,1%	11,1%	17,2%	20,0%	8,0%
		CDI	ACDEI	ADIE	DI		CDI	ACDEFGI	
	(05)	103	153	104	45	172	292	143	90
		8,4%	12,5%	8,5%	3,7%	14,0%	23,8%	11,7%	7,3%
		D	ACD	D	ACD		ACD	ACDEGI	D
	(04)	31	49	28	18	78	134	56	147
		2,5%	4,0%	2,3%	1,5%	6,3%	13,9%	4,6%	1,6%
		ACD	ACD	ACD	ACD		ACD	ACDEGI	
	(03)	28	71	21	15	44	167	80	10
		2,9%	1,1%	1,1%	1,1%	3,5%	8,7%	6,8%	0,8%
		DI	I	I	D		DI	ABCDEFI	
	(02)	16	13	12	4	34	61	11	37
		1,3%	1,1%	1,0%	0,3%	2,5%	5,0%	0,9%	3,0%
		DI	DI	DI	ABCDFG		ABCDFG	ABCDFGI	
	(01)	15	14	13	10	23	44	12	39
		1,2%	1,1%	1,1%	0,8%	1,9%	3,6%	1,0%	0,5%
		I	I	I	DI		ABCDEGI		
	(98)	6	14	19	-	13	6	7	11
		0,5%	1,1%	1,5%	ADFG	0,5%	0,6%	1,3%	0,9%
		D	D	D	D	D	D	D	D
	(99)	1	2	3	-	3	2	3	3
		0,1%	0,2%	0,2%	-	0,2%	0,2%	0,3%	0,2%
								D	
überhaupt kein Vertrauen									
weiss nicht									
keine Antwort									
Top-Three-Boxes	564	498	670	851	477	176	468	131	748
	45,5%	35,5%	54,3%	69,4%	ABFGH	38,7%	14,3%	37,3%	60,6%
	BEFGH	FH	ABFGH	ABCEFGH	FH	H	FH	ABCEFGH	
Bottom-Three-Boxes	59	48	46	27	90	212	43	159	20
	4,1%	3,9%	3,7%	2,2%	ABCDG	17,3%	3,5%	13,0%	16,8%
	DI	DI	DI	ABCDFGHI				ABCDEFI	
ANTW	1220	1211	1205	1227	1211	1219	1217	1205	1213
MINNE	7,06	6,75	ABEFGH	785	6,65	5,39	6,87	5,41	7,65
STAV	1,74	1,68	1,76	1,59	FH	1,54	1,75	1,77	1,75

Proportions/Mean: All Columns Tested (5%) risk level)

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU							
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITT	HOC
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
vollst. Vertreten	(10)	58	36	18	51	27	9	43%	42%	24	11	31	10%*	8	28	22
	4.7%	3.9%	6.7%	9.8%	4.6%	4.9%	4.3%	4.3%	5.6%	3.2%	7.1%*	11	10.1%*	4.8%	3.9%	
(08)	141	104	27	10	73	68	28	68	45	46	38	55	10.4%	8	66	67
	11.5%	11.5%	10.0%	19.6%	12.4%	10.6%	13.4%	11.5%	10.5%	11.6%	11.2%	12.6%	10.4%	11.3%	11.9%	
(08)	355	256	82	17	173	182	60	168	127	130	97	116	17	162	176	
	28.9%	26.3%	33.3%	28.4%	28.5%	28.7%	28.4%	28.4%	29.7%	32.7%	28.6%	28.5%	21.5%	27.7%	31.3%	
(07)	311	243	60	8	145	166	51	148	112	99	95	105	17	137	157	
	25.3%	26.8%	22.2%	15.7%	24.7%	26.0%	24.9%	25.0%	26.2%	24.9%	28.0%	24.0%	21.5%	23.5%	27.7%	
(06)	162	126	31	5	73	89	22	93	47	55	44	57	9	80	73	
	13.2%	13.9%	11.5%	9.8%	12.4%	13.9%	10.5%	10.5%	11.0%	13.9%	13.0%	13.0%	11.1%	13.7%	13.0%	
(05)	103	78	24	1	50	53	19	47	37	27	28	43	7	60	36	
	8.4%	8.9%	8.9%	2.0%	8.5%	8.5%	9.1%	8.9%	8.7%	6.8%	8.3%	8.9%	8.9%	10.3%	6.6%	
(04)	31	24	6	1	17	14	7	15	10	8	13	3	3	12	16	
	2.5%	2.6%	2.2%	2.0%	2.9%	2.2%	3.3%	2.5%	2.1%	2.5%	2.4%	3.0%	3.0%	2.1%	2.8%	
(03)	28	17	10	1	14	14	6	10	12	8	12	4	5	15	9	
	2.3%	1.9%	3.7%	2.0%	2.4%	2.2%	2.9%	1.7%	2.8%	2.0%	3.5%	2.6%	2.6%	1.6%	1.6%	
(02)	16	11	4	1	7	9	5	6	5	3	2	6	2	10	3	
	1.3%	1.2%	1.5%	2.0%	1.2%	1.4%	2.4%	1.0%	1.2%	0.8%	0.8%	1.4%	2.5%	1.7%	0.5%	
überlaufen kein Vertrauen	(01)	15	8	5	2	6	9	1	8	6	4	3	5	3	9	3
	1.2%	0.9%	1.9%	3.9%	1.0%	1.4%	0.5%	1.4%	1.4%	1.0%	0.9%	1.1%	3.8%*	1.5%	0.5%	
wiss. nicht	(98)	6	4	2	-	2	4	1	3	2	4	-	-	1	4	-
	0.5%	0.4%	0.7%	-	0.3%	0.6%	0.5%	0.5%	0.5%	1.0%	K	-	1.5%	0.7%	-	
keine Antwort	(98)	1	-	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-	N	N	
	0.1%	-	0.4%	-	0.2%	-	-	-	-	0.2%	-	-	-	0.2%	-	
Top-Three-Boxes	554	305	127	32	273	281	97	261	196	187	146	202	33	256	285	
	46.2%	40.6%	47.0%	62.7%	AB	46.4%	44.0%	48.4%	44.2%	45.9%	47.1%	43.1%	46.2%	41.8%	43.8%	47.2%
Bottom-Three-Boxes	59	36	19	4	27	32	12	24	23	15	17	17	9	34	15	
	4.8%	4.0%	7.0%	7.8%	4.6%	5.0%	5.7%	4.1%	5.4%	3.8%	5.0%	3.9%	11.4%	5.8%	27%	
ANTW	1220	902	267	51	585	635	208	588	424	393	338	437	78	579	562	
MIWIE	706	705	701	741	708	703	705	708	711	702	712	676	636	720	741	
STAW	174	166	191	212	173	175	180	169	177	160	166	178	2.29	1.82	1.53	

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GHI - JKLMN

* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU					
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITT	HOC		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)		
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562			
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562			
völliges Vertrauen	(10)	44	25	14	5	34%	34%	20	24	5%	40%	17	8%	13	8%	23	13		
	(10)	3.6%	2.3%	9.8%*	A													2.3%	
(08)	56	57	21	8	48	38	21	47	48%	42%	26	21	35	7	40	39			
	7.0%	8.3%	7.8%	15.7%*	A													6.9%	
(08)	306	220	77	9	147	159	66	142	98%	24.0%	23.0%	111	103	18	140	148			
	24.9%	28.3%	28.5%	17.6%														26.3%	
(07)	304	228	60	16	135	169	45	150	109	107%	92%	92	92	15	145	144			
	24.8%	25.2%	22.2%	31.4%														25.6%	
(06)	221	183	33	5	114	107	35	98	88%	21.5%	25.4%	25.5%	27.0%	K	21.1%	19.0%	24.8%		
	16.0%	20.2%	12.2%	9.8%														19.1%	
(05)	153	115	34	4	69	84	23	73	57	42%	13.3%	11.3%	144	61	13	78	62		
	12.5%	12.7%	12.6%	12.6%														11.0%	
(04)	49	40	9	-	28	21	4	27	16%	4.6%	4.2%	4.0%	5.0%	17	12	2	16	20	
	4.0%	4.4%	3.3%	-														5.0%	
(03)	21	13	7	1	10	11	6	11	4%	0.9%	0.8%	0.6%	1.5%	5	6	2	12	7	
	1.7%	1.4%	2.6%	2.0%														1.2%	
(02)	13	8	3	2	8	5	1	5	7	3	3	3	6	1	1	7	5		
	1.1%	0.9%	1.1%	3.9%*	A													0.9%	
überwiegend kein Vertrauen	(01)	14	8	5	1	5	9	9	-	9%	5%	4%	5%	17	12	2	16	20	
	1.1%	0.9%	1.9%	2.0%														3.1%	
wiss. nicht	(08)	14	8	6	-	3	11	2	7	5%	1.2%	1.2%	1.0%	1.5%	N	N	1	9	3
	1.1%	0.9%	2.2%	-														0.5%	
keine Antwort	(08)	2	1	1	-	1	1	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	1.5%	1	1	-	-	
	0.2%	0.1%	0.4%	-														0.0%	
Top-Three-Boxes	458	302	112	22	215	221	92	211	133	145	115	158	33.9%	36.2%	33	203	200		
	35.5%	33.3%	41.5%	43.1%	A													35.6%	
Bottom-Three-Boxes	48	29	15	4	23	25	7	25	16	15	13	14	3.8%	3.2%	6	28	14		
	3.9%	3.2%	5.6%	7.8%														2.3%	
AN/IV	1211	897	263	51	584	627	206	584	421	394	332	435	77	574	559				
MIWE	675	671	685	714	676	675	700	675	664	678	672	680	681	679					
STAW	168	160	1.85	2.04	159	1.67	153	1.73	1.67	1.60	1.71	1.64	2.17	1.74	1.54				

* small base

ProportionsMeasures: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - FGHI - JKLMN

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	58*	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	552	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	58*	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	552	
völliges Vertrauen		(10)	108	84	19	5	62	46	20	55	33	29	34	10	52	46	
		(10)	8.8%	13.3%	7.0%	9.8%	10.5%	7.2%	9.6%	9.3%	7.7%	10.3%	9.2%	12.7%	8.9%	8.3%	
(09)	176	145	25	6	94	82	42	97	37	65	43	64	5	72	63%	12.3% ⁺	
		14.3%	16.0%	9.3%	11.8%	16.0%	12.8%	20.1%*	16.4%	16.4%	14.6%	12.7%	12.3%	17.6%*	LM		
(08)	386	262	86	18	185	201	63	194	129	146	106	122	25	164	196		
		31.5%	32.1%	31.9%	35.3%	31.5%	30.1%	32.8%	30.2%	36.8%*	31.3%	27.9%	31.6%	28.1%	34.6%	M	
(07)	239	170	56	13	102	137	43	114	82	72	68	83	14	116	109		
		19.5%	18.6%	20.7%	25.5%	17.3%	21.4%	20.6%	19.3%	19.2%	18.1%	20.1%	19.0%	17.7%	19.9%	19.4%	
(06)	118	83	32	3	58	60	12	53	53	39	34	39	7	62	49		
		9.6%	9.2%	11.9%	5.9%	9.9%	9.1%	5.7%	9.0%	12.4%	9.8%	10.3%	8.9%	8.9%	10.6%	8.7%	
(05)	104	76	25	3	45	59	15	41	48	23	31	46	7	67	30		
		8.5%	8.4%	9.3%	5.9%	7.7%	6.9%	7.2%	6.5%	11.2%*	9.6%	10.6%	8.7%	11.5%*	5.3%	N	
(04)	28	18	10	-	10	16	4	14	10	8	6	12	3	16	9		
		2.3%	2.0%	3.7%	-	1.7%	2.6%	1.9%	2.4%	2.3%	2.0%	1.8%	2.7%	3.6%	2.7%	1.6%	
(03)	21	16	4	1	12	9	3	14	1.2%	11	6	2	12	2	8	11	
		1.7%	1.8%	1.5%	2.0%	1.4%	2.6%	2.0%	1.4%	2.6%	1.5%	0.8%	2.7%	1.4%	2.0%		
(02)	12	7	5	-	7	5	2	4	6	1	4	7	3	5	4		
		1.0%	0.8%	1.9%	-	1.2%	0.8%	1.0%	0.7%	1.4%	0.3%	1.2%	1.6%	0.9%	0.7%		
überlaufen kein Vertrauen		01)	13	5	6	2	8	5	2	6	5	4	1	6	2	7	3
		1.1%	0.6%	2.2%	3.9%	A	1.4%	0.8%	1.0%	1.2%	1.0%	0.3%	1.4%	2.5%	1.2%	0.5%	
wiss. nicht		(98)	19	17	19	2	4	15	2	5	12	4	7	1	13	5	
		1.5%	1.9%	0.7%	-	0.7%	2.5%	1.0%	0.8%	2.8%*	1.0%	2.1%	1.4%	2.2%	0.9%		
keine Antwort		(98)	3	3	-	1	2	0.5	0.5	1	1	-	3	-	2	1	
		0.2%	0.3%	-	0.2%	0.2%	0.5%	0.5%	0.2%	0.2%	-	0.9%*	-	0.3%	0.2%		
Top-Three-Boxes		670	511	130	29	341	329	125	346	180	240	183	226	40	288	341	
		54.6%	54.4%	48.1%	56.9%	51.5%	59.8%	50.5%	46.6%*	60.5%*	K	54.0%	51.7%	5.7%*	M		
Bottom-Three-Boxes		46	28	15	3	27	19	7	17	22	11	7	25	7	20	18	
		3.7%	3.3%	5.6%	5.9%	4.6%	3.0%	3.3%	2.9%	5.2%	2.8%	2.1%	5.7%*	8.9%*	3.4%	3.2%	
ANTW		1205	886	268	51	583	622	206	585	414	393	329	431	78	569	556	
MIWIE		736	746	701	7.39	743	729	738	730	705	751	744	719	700	721	556	
STAW		178	171	1.92	1.91	185	170	174	171	185	162	166	185	2.21	1.82	1.62	

* smart base

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GHI - IJK - LMN

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewendet		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
völliges Vertrauen	(10)	155	126	121	23	11	76	70	24	55	37	12.4%	14.6%	16	81	57	
		12.6%	12.4%	6.5%	12.6%	12.8%	12.4%	11.5%	12.8%	12.9%	9.3%	12.4%	14.6%	20.3%*	13.9%	10.1%	
(98)	259	198	53	8	117	142	41	139	79	77	69	103	14	128	128	116	
	21.1%	21.9%	19.6%	15.7%	19.9%	22.2%	19.6%	23.5%	18.5%	19.4%	20.4%	23.6%	17.7%	21.9%	21.9%	20.6%	
(98)	437	325	99	13	201	236	66	201	170	143	128	149	23	202	212	212	
	36.6%	39.9%	36.7%	25.5%	34.2%	36.8%	31.6%	34.0%	39.8%	36.0%	37.8%	34.1%	26.9%	34.6%	37.7%	37.7%	
(07)	186	134	39	13	92	94	28	96	62	67	54	61	8	92	92	86	
	15.2%	14.8%	14.4%	25.5%	15.6%	14.7%	13.4%	16.2%	14.5%	16.9%	15.9%	14.0%	10.1%	15.8%	15.8%	15.5%	
(06)	100	73	24	3	58	42	23	42	35	42	20	35	10	30	60	60	
	8.1%	8.7%	8.5%	5.9%	9.1%	6.6%	11.0%	7.1%	8.2%	10.6%	5.9%	8.0%	12.7%	5.7%	10.7%*	11	
(05)	45	25	18	2	16	29	5	23	17	15	16	12	3	27	27	15	
	3.7%	2.6%	3.9%	2.7%	4.8%	2.4%	3.9%	4.0%	3.8%	4.7%	3.8%	4.7%	3.8%	4.6%	4.6%	2.7%	
(04)	18	13	5	-	11	7	6*	6	4	5	6	5	2	9	9	7	
	1.5%	1.4%	1.4%	-	1.9%	1.1%	3.8%*	1.0%	0.9%	1.3%	1.8%	1.1%	2.5%	1.5%	1.5%	1.2%	
(03)	13	8	4	1	9	4	10	2	1	7	3	2	1	8	4	4	
	1.1%	0.9%	1.5%	2.0%	1.5%	0.6%	4.8%*	0.3%	0.2%	1.8%	0.9%	0.5%	1.3%	1.4%	0.7%	0.7%	
(02)	4	3	1	-	3	1	-	3	1	1	1	1	1	1	1	2	
	0.3%	0.3%	0.4%	-	0.5%	0.2%	-	0.5%	0.2%	0.3%	-	0.5%	1.3%	0.2%	0.4%	0.4%	
überwieglich kein Vertrauen	(01)	10	6	4	5	5	4	3	3	1	4	1	1	6	3	3	
wiss. nicht	(98)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
keine Antwort	(98)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Three-Boxes	851	644	175	32	394	457	131	416	304	267	239	316	53	411	385		
Botton-Three-Boxes	694	711	64.8%	62.7%	67.0%	71.5%	62.7%	71.4%	71.2%	64.7%	70.5%	72.3%	1	67.4%	70.4%	68.5%	
ANTW	1227	906	270	51	588	659	209	591	427	397	339	437	79	584	562		
MIWIE	745	739	757	8.00	778	792	747	795	780	768	790	799	778	769	762		
STAW	159	154	173	1.55	166	1.52	198	1.49	1.47	1.58	1.47	1.56	1.93	1.64	1.47		

*proportional Means; Columns Tested (5% risk level) = ABC - DEF - GH - IJK - LMN

* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562		
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562		
völliges Vertrauen	(10)	88	61	19	8	50	58	36	14	35	30	9	26	40	11	48	29	
		7.2%	6.7%	7.0%	15.7%*	AB	8.5%	5.5%	6.7%	5.9%	9.1%	2.3%*	7.3%	11.2%*	8.1%	5.2%		
(09)	115	82	22	11	48	67	16	53	46	7.7%	9.0%	10.8%	5.3%	10.0%	12.1%*	13.9%*	5.6%	
	9.4%	9.1%	8.1%	21.6%*	AB	8.2%	10.5%	7.7%	7.7%	10.8%	12.1%	15.2%	9.4%	8.5%				
(08)	288	213	47	8	133	135	39	129	100	56	77	123	16	138	114			
	21.8%	23.5%	17.5%	15.7%	22.6%	21.1%	18.7%	20.6%	23.4%	14.1%	22.7%	28.1%*	20.3%	23.6%	20.3%			
(07)	256	195	52	9	118	118	45	129	82	82	82	79	87	12	119	125		
	20.9%	21.5%	19.3%	17.6%	20.1%	21.6%	21.5%	21.8%	19.2%	20.7%	23.3%	19.9%	15.2%	20.4%	22.2%			
(06)	136	99	33	4	60	76	21	74	41	47	42	41	8	53	75			
	11.1%	10.9%	12.2%	7.8%	10.2%	11.5%	10.0%	12.5%	9.6%	11.8%	12.4%	9.4%	10.1%	9.1%	13.3%			
(05)	172	120	47	5	84	88	30	84	58	58	58	47	40	7	67	77		
	14.0%	13.2%	17.4%	14.3%	13.5%	14.4%	11.2%	13.6%	13.6%	13.6%	13.6%	13.6%	13.6%	8.3%	14.9%	13.7%		
(04)	78	58	19	1	37	46	14	55	29	42	11	25	6	38	34			
	6.4%	6.4%	7.0%	2.0%	6.3%	6.3%	6.7%	5.9%	6.8%	10.3%*	10.3%*	3.2%	5.7%	7.6%	6.5%	6.0%		
(03)	44	34	9	1	26	15	15	19	10	2.3%	2.3%	11	5	3	16	25		
	3.6%	3.8%	3.3%	2.0%	4.4%	2.8%	7.2%*	GH	7.2%*	7.2%*	6.3%*	3.2%	3.8%	2.7%	4.4%			
(02)	31	20	10	1	15	16	8	15	8	1.3%	1.3%	1.3%	0.9%	-	7	5		
	2.5%	2.2%	3.7%	2.0%	2.6%	2.5%	3.8%	2.5%	1.9%	4.3%*	JK	5	4	1	15	15		
überlaufen kein Vertrauen	(01)	23	13	8	2	15	8	6	9	10	7	12	5	3	6	14		
	1.9%	1.4%	3.0%	3.9%	2.6%	1.3%	2.9%	1.7%	1.6%	3.0%	1.5%	1.1%	3.8%	1.0%	2.5%			
wiss. nicht	(00)	13	9	4	-	-	13	1	6	6	5	2	4	-	7	5		
	1.1%	1.0%	1.5%	-	0.5%	D	0.5%	1.0%	1.4%	1.3%	0.6%	0.9%	-	1.2%	0.9%			
keine Antwort	(00)	3	2	-	1	2	1	-	1	0.2%	0.2%	-	1	-	2	1		
	0.2%	0.2%	-	2.0%*	AB	0.3%	0.2%	-	0.3%	-	-	0.2%	-	0.3%	0.2%			
Top-Three-Boxes	471	365	88	27	231	240	69	217	185	86	134%	225	39	241	191			
	38.4%	36.3%	32.6%	52.2%*	B	39.3%	37.6%	33.0%	36.7%	43.3%*	21.7%*	40.1%	51.3%*	49.4%*	41.3%	34.0%		
Bottom-Three-Boxes	98	67	27	4	56	42	29	44	25	54	21	14	7	37	54			
	8.0%	7.4%	10.0%	7.8%	9.5%	6.8%	13.9%*	GH	7.4%	5.9%	13.6%*	6.2%	3.2%	8.3%	6.3%	9.6%	M	
ANTW	1211	895	266	50	586	625	208	583	420	390	337	432	79	575	556			
MIWIE	665	670	63.6	7.32	681	66.9	63.0	66.3	64.6	58.1	68.7	7.25	6.97	6.78	64.7			
STAW	207	201	219	2.33	217	1.99	225	2.00	2.06	2.07	1.93	1.89	2.36	2.02	2.07			

* smart base

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GH - JK - LMN

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(K)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
völliges Vertrauen	(10)	66	45	18	3	42	24	13	33	23	9
	5,4%	5,0%	6,7%	5,9%	7,1%	3,8%	6,2%	5,6%	4,7%	3,3%	4,1%
				E						1	5,7%
(98)	97	68	23	6	52	45	22	40	35	22	48
	7,9%	7,5%	8,5%	11,8%	8,8%	7,0%	10,5%	6,8%	8,2%	6,2%	11,0%*
(98)	205	212	67	16	157	138	43	144	108	78	91
	24,0%	24,4%	24,8%	31,4%	26,7%	21,6%	20,6%	24,4%	25,3%	19,8%	21,5%
(07)	329	257	60	12	153	176	52	168	109	109	117
	26,8%	26,4%	22,2%	23,5%	26,0%	27,5%	24,9%	28,4%	25,5%	27,5%	26,8%
(06)	188	138	42	8	85	103	37	97	54	74	47
	15,3%	15,2%	15,6%	15,7%	14,5%	16,1%	17,7%	16,4%	12,6%	18,6%	13,9%
(05)	143	103	37	3	53	50	23	57	49	49	47
	11,7%	11,4%	13,7%	9,9%	9,0%*	4,1%	11,0%	9,6%	14,8%*	12,3%	13,9%
(04)	56	45	9	2	23	33	13	21	22	10	14
	4,6%	5,0%	3,3%	3,9%	3,9%	5,2%	6,2%	3,6%	5,2%	7,0%*	3,2%
(03)	20	15	5	-	7	13	3	10	7	5	57
	1,6%	1,7%	1,9%	-	2,0%	1,4%	1,7%	1,6%	2,0%	1,1%	1,5%
(02)	11	9	2	-	6	5	2	8	1	-	1
	0,9%	1,0%	0,7%	-	1,0%	0,8%	1,0%	1,4%	0,2%	0,3%	0,7%
überwacht kein Vertrauen	(01)	12	9	2	1	8	4	-	9	3	1
	1,0%	1,0%	0,7%	2,0%	1,4%	0,6%	-	1,5%	0,7%	1,0%	0,5%
wiss. nicht	(98)	7	3	4	-	1	6	1	3	1	3
	0,6%	0,3%	1,5%*	-	0,2%	0,5%	0,5%	0,5%	0,8%	0,3%	0,7%
Keine Antwort	(98)	3	2	1	-	1	2	-	1	1	-
	0,2%	0,2%	0,4%	-	0,2%	0,5%	0,2%	0,5%	0,3%	0,2%	0,4%
Top-Three-Boxes	458	325	108	25	251	327	78	217	163	113	135
	37,3%	35,9%	40,0%	49,0%	42,7%*	32,4%*	37,3%	36,7%	38,2%	39,8%	43,2%*
Bottom-Three-Boxes	43	33	9	1	21	22	5	27	11	20	9
	3,5%	3,6%	3,3%	2,0%	3,6%	3,8%	2,4%	4,6%	2,6%	5,0%	2,3%
AntW	1217	901	265	51	566	631	208	587	422	393	337
MIWE	687	683	693	722	714	671	631	636	636	651	698
STAW	171	170	173	167	175	165	189	175	167	174	162

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GHI - IJK - LMN

* small base

Anhang III Erhebung 2020

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS angewandt		1227	666	270	51*	58	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	666	270	51*	58	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
völliges Vertrauen	(10)	9	5	4	-	6	3	1	5	3	-	3	5	1	5	3	
	(09)	11	8	3	-	6	5	4	6	1	4	1	5	2	5	4	
	(08)	9,0%	0,9%	1,1%	-	1,0%	0,8%	1,9%	1,0%	0,2%	1,0%	0,3%	1,1%	2,5%	0,9%	0,7%	
	(07)	200	162	31	7	53	58	19	47	45	35	33	40	9	56	46	
	(06)	16,3%	11,9%	11,5%	13,7%	16,0%	16,6%	20,1%	16,9%	13,6%	16,9%	15,3%	16,5%	11,4%	14,9%	18,8%	
	(05)	253	194	47	12	118	135	47	118	88	88	62	97	16	110	127	
	(04)	20,6%	21,4%	17,7%	23,5%	20,1%	21,1%	22,5%	20,0%	20,6%	20,6%	22,2%	18,3%	22,2%	20,0%	18,8%	22,2%
	(03)	83	52	26	5	40	43	10	47	26	27	24	27	7	38	38	
	(02)	37	22	15	-	22	15	6	16	15	8	12	14	2	16	19	
überläuft kein Vertrauen	(01)	39	21	14	4	15	24	2,9%	2,7%	3,5%	2,0%	3,5%	3,2%	2,5%	2,7%	3,4%	
wiss. nicht	(98)	16	11	5	-	6	10	4	8	4	4	5	2	2	9	4	
keine Antwort	(98)	6	4	2	-	2	4	1,0%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	
Top-Three-Boxes		131	97	27	7	65	66	24	58	49	30	37	50	12	66	53	
Bottom-Three-Boxes		159	95	55	9	77	82	20	84	55	47	54	46	13	75	70	
AntW		1205	891	263	51	580	625	203	581	421	388	334	434	77	574	553	
MIWIE		5,41	5,62	5,05	5,31	5,41	5,42	5,65	5,38	5,34	5,42	5,30	5,54	5,36	5,37	5,46	
STAW		175	166	195	193	176	174	168	177	175	167	183	168	199	177	169	

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GHI - IJK - LMN

* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS angewandt		1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
BASIS mit (100 %)		1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
völliges Vertrauen	(10)	176	82	34	10	67	59	31	57	38	43	36	40	8	55	63	
	10,3%	8,1%	12,6%	10,4%	9,2%	14,8%*	GH	9,6%	8,9%	10,8%	10,6%	9,2%	10,1%	9,4%	11,1%		
(98)	222	159	52	11	115	107	44	106	72	85	58	60	14	76	23	32	
	18,1%	17,5%	19,3%	21,6%	19,6%	16,7%	21,1%	17,9%	16,9%	21,4%	17,1%	15,8%	17,7%	13,0%	23,5%*	M	
(98)	395	309	75	11	191	204	66	182	147	128	124	129	14	196	185		
	32,2%	31,1%	27,8%	21,6%	32,5%	31,9%	31,6%	30,8%	34,4%	32,2%	36,6%	29,5%	17,7%	33,6%	32,6%	L	
(07)	242	180	49	13	109	133	28	134	80	78	56	105	13	126	103		
	18,7%	18,9%	18,1%	25,5%	18,5%	20,8%	13,4%*	22,7%	18,7%	19,6%	16,5%	24,0%*	J	16,5%	21,6%	18,3%	
(68)	98	76	20	2	47	51	13	49	36	22	25	42	10	48	40		
	8,0%	7,4%	7,4%	3,9%	8,0%	8,0%	6,2%	8,3%	8,4%	5,5%	7,4%	9,6%	12,7%	8,2%	7,1%		
(05)	99	59	29	2	34	56	19	41	50	26	27	32	14	55	20		
	7,3%	6,5%	10,7%	3,9%	5,8%	5,8%	9,1%	6,5%	7,0%	6,5%	7,3%	17,7%	N	9%	36%		
(94)	20	17	2	1	11	9	4	9	7	4	4	11	-	10	10		
	1,6%	1,9%	0,7%	2,0%	1,9%	1,4%	1,9%	1,5%	1,6%	1,0%	1,2%	2,5%	-	1,7%	1,8%		
(03)	10	7	3	-	4	6	1	4	5	4	3	1	2	5	3		
	0,8%	0,9%	1,1%	-	0,7%	0,8%	0,5%	0,7%	1,2%	1,0%	0,9%	0,2%	2,5%	0,9%	0,9%		
(92)	4	3	1	-	2	2	1	2	1	2	0,5%	-	-	1	3	-	
	0,3%	0,3%	0,4%	-	0,3%	0,3%	0,5%	0,3%	0,2%	0,5%	-	-	-	1,3%	0,5%	-	
überwacht kein Vertrauen	(01)	6	2	3	1	4	1	3	1	3	2	2	2	1	2	3	
	0,5%	0,2%	1,1%	2,0%	0,7%	0,3%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,6%	0,5%	1,3%	0,3%	0,5%		
wiss. nicht	(98)	11	10	1	-	2	1	1	1	9	2	4	5	2	7	2	
	0,9%	1,1%	0,4%	-	0,3%	1,4%	0,5%	0,2%	2,1%*	0,5%	1,2%	1,1%	2,5%	1,2%	0,4%		
keine Antwort	(98)	3	2	0,4%	-	0,3%	0,2%	-	0,5%	-	0,3%	-	1	-	1	1	
	0,2%	0,2%	0,4%	-	0,3%	0,2%	-	0,5%	-	0,3%	-	0,2%	-	0,2%	0,2%		
Top-Three-Boxes	743	550	161	32	373	370	141	345	257	256	218	258	36	327	380		
	60,6%	60,7%	59,6%	62,7%	63,4%	57,8%	67,5%*	64,5%	60,2%	64,5%	64,3%	54,5%	45,6%	56,0%	67,6%*		
Bottom-Three-Boxes	20	12	7	1	10	10	3	9	8	5	3	4	1	10	6		
	1,6%	1,3%	2,6%	2,0%	1,7%	1,8%	1,4%	1,5%	1,9%	2,0%	1,5%	0,7%	5,1%*	1,7%	1,1%		
ANTW	1213	894	268	51	584	629	208	587	418	394	335	431	77	576	559		
MIWIE	745	764	760	794	773	757	781	762	760	777	770	754	712	748	739		
STAV	158	151	176	176	180	156	168	155	157	155	152	199	159	147			

* small base

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GH - IJK - LMN

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU							
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	(L)	(M)			
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)					
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437	79*	584	562	
sehr sicher	(01)	465	347	91	17	261	194	77	227	151	123	165	27	103	1234	
	37.1%	38.3%	33.7%	33.3%	44.4%*	50.5%	36.8%	36.4%	35.4%	30.0%	36.3%	37.8%	34.2%	31.0%*	41.6%*	
etwas sicher	(02)	709	534	167	28	305	404	121	333	245	223	198	254	46	360	302
	57.8%	58.7%	61.9%	54.9%	51.9%	63.2%*	57.9%	56.3%	59.7%	56.2%	58.4%	58.1%	58.2%	61.6%	53.7%	
etwas unsicher	(03)	56	41	10	5	18	38	11	27	18	21	18	14	3	29	24
	4.6%	3.7%	9.8%	3.1%	5.8%	5.3%	4.6%	4.2%	5.3%	5.3%	5.3%	5.3%	3.2%	3.8%	5.0%	
ganz unsicher	(04)	7	4	2	1	4	3	*	*	4	3	2	*	4	3	2
	0.6%	0.4%	0.7%	2.0%	0.7%	0.5%	*	0.7%	0.7%	0.5%	0.5%	0.5%	*	0.9%	0.3%	0.4%
weiss nicht	(05)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	(06)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Top-Two-Boxes	1164	861	258	45	566	598	198	560	406	374	321	419	73	563	536	
	94.9%	93.0%	95.6%	88.2%	96.3%	93.6%	94.7%	94.8%	95.1%	94.2%	94.7%	95.9%	92.4%	94.7%	95.4%	
Bottom-Two-Boxes	63	45	12	6	22	41	11	31	21	23	18	18	6	31	26	
	5.1%	5.0%	4.4%	11.8%*	AB	D	5.3%	5.2%	4.9%	5.8%	5.3%	4.1%	7.6%	5.3%	4.6%	

* Proportion/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/BC - DE - F/GHI - IJK - LMN

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(K)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
sehr sicher	(01)	577	408	128	23	371	203	100	318	169	142
		47.0%	41.7%	45.1%	63.1%*	45.8%	32.2%	47.8%	53.8%*	41.9%	49.4%
eher sicher	(02)	527	388	119	20	205	322	91	234	202	175
		43.0%	43.8%	44.1%	36.2%	34.9%	43.5%	30.6%	47.3%	44.1%	47.2%
ehler unsicher	(03)	91	70	16	5	9	82	16	31	44	20
		7.4%	5.7%	5.9%	9.8%	1.5%	12.8%*	7.7%	5.2%	10.3%*	5.0%
ganz2 unsicher	(04)	19	12	5	2	3	16	2	6	11	3
		1.5%	1.3%	3.9%	0.5%	2.8%	1.0%	1.0%	2.6%	0.8%	2.1%
weiss nicht	(05)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	(06)	2	1	1	1	1	2	1	2	1	1
nach Einbruch der Dunkelheit bin ich die schlechteste unterwegs	(97)	11	9	1	1	1	11	1	9	1	1
Top-Two-Boxes	1104	814	247	43	576	528	191	552	361	373	302
	90.0%	89.8%	91.5%	84.3%	98.0%*	82.6%	91.4%	93.3%*	84.5%	94.0%*	86.1%
Bottom-Two-Boxes	110	82	21	7	12	98	18	37	55	23	49
	9.0%	9.1%	7.8%	13.7%	2.0%	15.3%*	8.6%	6.3%	12.9%*	5.8%	11.2%
ANTV	1214	686	268	50	588	1026	209	889	1416	986	134
MWIE	1033	163	162	172	139	165	162	153	178	157	144
STAV	069	0.69	0.68	0.81	0.55	0.74	0.67	0.64	0.74	0.63	0.71

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - FGHI - IJK - LMN

* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	MITTEL	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewandt		1227	666	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	666	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
sehr sicher	(01)	280	222	46	12	169	111	63	154	63	29,1%	14,8%*	29,3%*	13	118	146	
															16,5%	20,2%	26,5%*
gerade sicher	(02)	741	546	166	20	351	300	120	356	265	225	284	51	346	342		
															60,4%	59,2%	60,9%
ehrer unsicher	(03)	160	115	39	6	56	104	23	67	70	49	36	65	7	90	63	
															8,9%	15,4%	11,2%
gerade unsicher	(04)	28	15	10	3	21	7	3	9	16	4	10	11	7	16	5	
															8,9%*	2,7%	0,9%
weiss nicht	(05)	1	-	1	-	1	-	1	-	1	-	1	-	-	1	-	
															0,2%	-	-
keine Antwort	(06)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ich bin nie an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat	(97)	17	6,9%	8	3,0%*	A	2,0%	5	12	-	4	13	2	2	1	13	3
												0,5%	0,5%	2,3%	1,3%	2,2%	0,5%
Top-Two-Boxes	1021	768	212	41	520	501	183	510	328	342	290	351	64	484	491		
		63,2%	8,8%	78,5%	80,4%	88,0%*	78,4%	87,6%	86,3%*	86,1%	85,5%	80,3%	81,0%	79,5%	87,4%*		
Bottom-Two-Boxes	188	130	49	9	63	125	26	76	86	53	46	76	14	106	68		
		15,3%	13,3%	18,1%	17,6%	10,7%*	19,6%*	12,4%	12,9%	13,4%	13,6%	17,4%	17,7%	18,2%	12,1%		
ANTV	1209	696	261	50	53	626	209	586	144	395	336	427	78	570	559		
MWIE	1395	191	23,5	2,03	193	23,6	184	1,08	20,9	1,05	1,97	2,03	2,14	2,16	1,86	2,03	
STAV	0,67	0,66	0,69	0,78	0,64	0,69	0,67	0,65	0,68	0,66	0,65	0,68	0,78	0,69	0,63	0,63	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/F/H - I/L/K - M/N

* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewendet		1227	666	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	666	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
sehr optimistisch	(01)	117	80	22	5	79	38	20	59	38	40	28	43	9	59	40	
		9.5%	8.9%	8.1%	8.1%	13.4%*	9.8%	9.6%	10.0%	8.9%	10.1%	8.3%	9.8%	11.4%	10.1%	8.7%	
eher optimistisch	(02)	940	701	203	36	433	507	158	448	334	315	262	328	55	439	446	
		76.6%	76.4%	75.2%	70.6%	73.6%	79	75.6%	78.6%	78.2%	70.3%	77.3%	75.1%	69.6%	75.2%	79.4%	
eher pessimistisch	(03)	151	103	39	9	69	82	24	76	51	37	44	59	12	76	62	
		12.3%	11.4%	14.4%	17.6%	11.7%	12.8%	11.5%	12.9%	11.9%	13.0%	13.5%	13.5%	15.2%	13.0%	11.0%	
sehr pessimistisch	(04)	9	5	3	1	2	7	2	5	2	2	2	4	2	5	2	
		0.7%	0.6%	1.1%	2.0%	1.1%	1.1%	1.0%	0.8%	0.5%	0.5%	0.6%	0.9%	2.5%	0.9%	0.4%	
weiss nicht	(05)	6	3	3	1	-	3	3	1	2	2	3	-	3	-	2	
		0.5%	0.3%	1.1%	-	0.5%	0.5%	1.4%*	0.7%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	-	0.5%	0.4%	
keine Antwort	(06)	4	4	4	-	-	2	2	2	2	1	-	-	3	1	2	
		0.3%	0.4%	0.4%	-	0.3%	0.3%	1.6%*	1.6%	0.3%	-	0.3%	-	0.7%	1.3%	0.2%	
Top-Two-Boxes		1057	791	225	41	512	545	178	507	372	355	290	371	64	498	496	
		86.4%	87.3%	83.3%	80.4%	87.1%	85.3%	85.2%	86.8%	87.1%	86.4%	86.5%	84.9%	81.0%	85.3%	88.1%	
Bottom-Two-Boxes		160	108	42	10	71	89	26	81	53	39	46	63	14	81	64	
		13.0%	11.9%	15.6%	19.6%	12.1%	13.9%	12.4%	13.7%	12.4%	9.8%	13.6%	14.4%	17.7%	13.9%	11.4%	
ANTV		1217	899	267	51	583	634	204	588	425	394	336	434	78	579	559	
MIWIE		204	203	209	212	159	209	204	205	204	200	206	206	209	205	203	
STAV		0.50	0.49	0.52	0.59	0.52	0.47	0.50	0.51	0.48	0.47	0.49	0.52	0.61	0.52	0.46	

* Proportions/Mean; Columns Tested (5% risk level) = A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K - L/M/N
 * small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER	POLITISCHE EINSTELLUNG	BILDUNGSNIVEAU								
		TOTAL		D-CH	F-CH			18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts			
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
BASIS angewendet		1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	564	
BASIS gew. (100 %)		1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	564	
sehr optimistisch	(01)	17	12	4	1	10	2	9	6	1.4%	0.8%	3	10	3	7	
eher optimistisch	(02)	313	205	65	13	175	138	59	159	96	86	90	144	14	146	
eher pessimistisch	(03)	764	570	166	28	34	420	123	365	276	252	211	275	48	367	
sehr pessimistisch	(04)	123	83	31	9	55	68	23	54	46	42	35	34	13	58	
weiss nicht	(05)	10	6	4	-	A	9,4%	10,6%	11,0%	9,1%	10,8%	10,6%	10,3%	7,8%	9,9%	
keine Antwort	(06)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Two-Boxes		390	247	69	14	105	81	167	192	89	93	124	17	153	160	
Bottom-Two-Boxes		887	683	197	37	369	485	146	419	322	294	246	309	61	425	400
ANTIV		1217	900	266	51	584	633	207	586	424	393	339	433	78	578	560
MWIE		2.82	2.80	2.84	2.88	2.76	2.87	2.81	2.79	2.85	2.85	2.82	2.77	2.91	2.82	2.79
STAN		0.62	0.61	0.63	0.71	0.64	0.59	0.63	0.62	0.61	0.60	0.61	0.62	0.71	0.61	0.61

Prozent der Wertscore; Columns Tested (5% risk level) → ABC - DEF - FGHIJ - JKLMN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q7: Ich sehe keinen Vertrag seit länger Zeit eine Politik der Neutralität. Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.
Ich sehe unten vierzehn Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
Basis eingeschlossen	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
Basis Sgw. (10 %)	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
sehr einverstanden	(01) 67, 5,5%	50,5% ACFEFGHI	78, 6,3% HI	651, 53,1% ABCDFGH	225, 18,3% ACGHI	144, 20,5% ACGHI	54, 11,7% ACGHI	55, 4,4% ACGHI	4,5%
eher einverstanden	(02) 345, 28,1%	545, 44,4% ACGHI	364, 29,7% HI	512, 41,7% ACGHI	506, 41,2% ACGHI	569, 46,8% ACGHI	151, 38,8% ACGHI	237, 19,3% ACGHI	12,3%
ehrer nicht einverstanden	(03) 469, 38,2%	485, 8,6% BDEFG	106, 39,9% D	334, 3,3% BDEFH	299, 27,2% BD	344, 24,4% BD	424, 29,8% BD	501, 40,8% BD	40,8%
gar nicht einverstanden	(04) 323, 26,3%	42, 3,4% BCDEFG	259, 22,1% D	11, 0,9% BDEF	112, 9,1% BD	88, 7,2% BD	178, 14,6% BD	539, 17,3% BD	17,3%
weiss nicht	(08) 18, 1,5%	23, 1% D	11, 2,1% AFH	11, 0,9% ABDFH	40, 3,1% ABDFH	14, 1,1% ABDFH	17, 1,6% ABDFH	63, 0,8% ABDFH	0,8%
keine Antwort	(09) 5, 0,4%	6, 0,5% ACDFH	5, 0,4% D	4, 0,1% D	10, 0,8% D	5, 0,4% D	6, 1,3% D	10, 1,0% D	1,0%
Top-Two-Bowes	412, 33,6% HI	1050, 85,6% ACFEFGHI	442, 36,0% HI	1163, 94,8% ABCDFGH	731, 59,6% ACGHI	821, 66,9% ACGHI	620, 50,5% ACGHI	205, 16,7% ACGHI	292, 16,7% ACGHI
Bottom-Two-Bowes	792, 64,5% BCDEFG	148, 12,1% D	744, 60,6% BDEF	52, 4,2% BDEF	446, 36,3% BDF	387, 31,5% BDF	544, 44,3% BDF	997, 81,3% BDF	860, 70,1% BDF
ANTW MINW STAW	1204 247 0,87	1188 174 0,76	1086 213 0,96	1215 1,02 0,61	1177 2,20 0,88	1208 2,16 0,85	1164 2,50 0,90	1162 2,50 0,85	1,01 0,84
Legende:									

A: Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

B: Die Neutralität ist eine wichtige Voraussetzung für eine stabile und verlässliche Wirtschaft.

C: Die Neutralität kann die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten verhindern.

D: Dank der Neutralität kann der Schweiz Konflikte vermieden und international auf seine Füße gesetzt werden.

E: Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

F: Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

G: Die bewaffnete Neutralität ist für die Schweiz eine wichtige Verteidigungslinie, die sie schützt.

H: Die bewaffnete Neutralität ist für die Schweiz eine wichtige Verteidigungslinie, die sie schützt.

I: Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsverbund würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität.

Proportion of Means: All Columns Tested (5% significance level)

Q7A: Die Schweiz verfolgt seit längerer Zeit eine Politik der Neutralität. Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.
Ich sehe Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden,
oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)		
BASIS ungewichtet	1227	906	270	51*	58*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562		
BASIS gew. (100 %)	1227	906	270	51*	58*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562		
sehr einverstanden	(01)	67	44	21	2	33	34	4.8%	4.8%	4.7%	28	25	21	17	6	37	24	
eher einverstanden	(02)	345	253	74	18	147	198	63	155	127	121	95	116	27	183	135		
eher nicht einverstanden	(03)	469	362	92	15	223	246	92	230	147	165	130	160	24	213	232		
gar nicht einverstanden	(04)	388	400	34	29.4%	15	37.9%	44%	38.5%	44%	34.4%	41.6%	38.3%	38.6%	30.3%	38.5%	41.3%	
wie ist nicht	(05)	18	1.5%	0.3%	8	7	3	15	1	0.5%	1.4%	9	1.3%	5	6	3	13	2
keine Antwort	(06)	5	0.4%	0.3%	3	2	-	1	4	-	0.5%	0.5%	1	0.3%	-	1	3	-
Top-Two-Boxes	412	297	95	20	180	232	73	183	156	146	116	133	33	220	159			
Bottom-Two-Boxes	792	598	186	28	404	388	135	397	260	245	216	301	42	348	401			
ANTV MWIE STAW	1204	805	261	48	54	620	208	580	416	60.9%	61.7%	63.3%	68.9%	53.2%	59.7%	71.4%		

* Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F - G/H - I/J/K - L/M/N

simil. base

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	
BASIS ungewichtet	1227	906	270	51*	58*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562		
BASIS gew. (100 %)	1227	906	270	51*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562			
sehr einverstanden	(01)	505	382	100	23	253	252	58*	184	145	141	204	25	239	241			
eher einverstanden	(02)	545	404	119	22	253	252	123	242	180	181	157	186	39	269	226		
etwa nicht einverstanden	(03)	106	71	32	3	50	56	19	49	38	38	24	37	5	43	58		
nicht einverstanden	(04)	42	34	7	1	24	16	5*	9*	6*	9	7	6	6	14	22		
wie nicht	(05)	23	11	10	2	7	16	2*	14	7	8	4	6	76%*	3%			
keine Antwort	(06)	6	4	2	-	1	5	2	2	2	2	2	2	2	2	4		
Top-Two-Boxes	1050	786	219	45	506	544	181	505	364	326	288	390	64	508	477			
Bottom-Two-Boxes	148	105	39	4	74	74	24	70	54	62	31	43	11	57	80			
ANTV MWIE STAW	1198	891	268	49	580	616	205	575	418	329	433	75	505	457				
Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/F/G/H - J/K/L/M/N																		

* Simultaneous

Unsere einge politische und wirtschaftliche Verfechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	REGION												GESCHLECHT						ALTER						POLITISCHE EINSTELLUNG						BILDUNGSNIVEAU																		
	TOTAL			D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			REchts			(I)			(J)			(K)			(L)			(M)			(N)		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																																		
BASIS ungewichtet	1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	BASIS gew. (100 %)																																	
sehr einverstanden	(01)	78	49	28	1	36	42	16	43	23	23	24	14	40	24	eher einverstanden																																	
eher nicht einverstanden	(02)	364	260	88	16	152	212	79	157	128	131	102	119	23	148	eher nicht einverstanden																																	
gar nicht einverstanden	(03)	485	376	86	23	224	251	87	222	156	164	137	170	19	256	gar nicht einverstanden																																	
wie nicht	(04)	259	167	62	10	164	105	21	102	106	164	68	113	18	117	wie nicht																																	
keine Antwort	(05)	36	20	6	1	26	6	6	15	15	14	9	10	4	8	keine Antwort																																	
Top-Two-Boxes	(06)	5	5	-	-	2	3	-	3	2	3	2	1	1	3	Top-Two-Boxes																																	
Bottom-Two-Boxes	(07)	442	309	116	17	188	254	95	200	147	153	125	143	37	172	Bottom-Two-Boxes																																	
ANTW. MW/E	(08)	744	563	148	33	388	556	108	374	262	228	205	233	37	327	ANTW. MW/E																																	
STAW	(09)	60,6%	60,6%	B	A	64,7%	66,0%	E	F	G	H	D	C	I	J	STAW																																	

* Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/F/G/H - I/J/K/L/M/N

* simili

	REGION	GESCHLECHT						ALTER						POLITISCHE EINSTELLUNG						BILDUNGSNIVEAU																																			
		TOTAL			D-CH			F-CH			I-CH			MANN			FRAU			18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			REchts			(I)			(J)			(K)			(L)			(M)			(N)		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																																								
BASIS ungewichtet		1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562																																							
BASIS gew. (100 %)		1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562																																							
sehr einverstanden	(01)	651	496	127	28	352	299	94	317	240	207	179	240	33	291	326																																							
eher einverstanden	(02)	512	388	125	19	213	269	102	167	173	144	175	175	39	258	216																																							
eher nicht einverstanden	(03)	41	31	8	2	14	27	9	18	14	12	7	18	3	23	21																																							
ganz nicht einverstanden	(04)	11	5	5	5	1	6	5	1	7	3	5	3	1	6	1	4																																						
wenig nicht	(05)	11	5	5	5	1	3	8	3	5	2	4	4	1	6	5	2																																						
keine Antwort	(06)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0																																						
Top-Two-Boxes		1163	884	252	47	565	598	196	550	407	380	323	415	72	549	541																																							
Bottom-Two-Boxes		52	36	13	3	20	32	10	25	17	15	12	21	4	29	19																																							
ANTV MWIE		1215	900	265	50	585	630	206	585	424	395	335	436	76	578	560																																							
SIAW		0.61	0.59	1.49	1.59	1.52	1.44	1.58	1.60	1.51	1.48	1.52	1.50	0.61	0.60	0.60	0.61																																						

*Proportions/Mean/Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/F/G/H - I/J/K/L/M/N

- Simultaneous

Anhang III Erhebung 2020

27. Jan 2020
Studien-Nr.: 19_0856 // fi

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»
Die Schweiz verfügt seit längerer Zeit eine Politik der Neutralität, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.
Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(A)	(B)	(C)
BASIS ungewichtet	1227	906	270	51*	58*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS gew. (100 %)	1227	906	270	51*	58*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
sehr einverstanden	(01)	18.3%	164	49	12	132	93	34	118	77	43	65	104	21	108	95	
eher einverstanden	(02)	506	382	105	19	222	284	96	229	181	151	152	185	31	252	223	
eher nicht einverstanden	(03)	334	253	68	13	153	181	60	154	120	138	81	103	20	148	168	
gar nicht einverstanden	(04)	112	78	29	5	64	48	15	65	52	34.1%*	23.9%	23.9%	25.3%	25.3%	25.3%	
wie ist nicht	(05)	40	23	16	1	14	26	8	20	12	11	15	1	17	21	21	
keine Antwort	(06)	10	6	3	1	3	7	-	5	5	2	4	1	4	5	5	
Top-Two-Boxes	731	546	154	31	364	377	126	347	258	194	217	289	52	360	318		
Bottom-Two-Boxes	446	331	97	18	217	220	75	219	152	169	109	129	25	203	218		
ANTV MWIE	1177	877	251	49	571	606	201	568	410	383	326	418	77	563	536		
SFAW	0.88	0.67	0.92	0.94	0.94	0.82	0.81	0.92	0.85	0.86	0.85	0.89	0.89	0.87	0.87		

* Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K/L/M/N

simil. base

Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
BASIS ungewichtet		1227	906	270	51*	58*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS gew. (100 %)		1227	906	270	51*	58*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
sehr einverstanden	(01)	252	188	45	19	130	121	130	122	38	134	80	66	68	106	18	140	94
eher einverstanden	(02)	559	428	118	23	283	286	110	270	189	187	155	201	243%	228%	240%	167%	N
eher nicht einverstanden	(03)	244%	224%	43.7%	45.1%	48.1%	44.8%	52.6%	45.7%	44.3%	47.1%	45.7%	47.4%	41.8%	45.2%	48.4%	272%	
gar nicht einverstanden	(04)	78%	51%	13.0%	3.9%	2%	3%	49	46	12	40	36	28	27	26	10	37	41
wie ist nicht	(05)	14%	10%	3%	1%	4%	10%	-	-	7	7	1	5	4	1	1	8	4
keine Antwort	(06)	5%	3%	2%	-	3%	2%	0.5%	0.5%	-	1%	4%	1	1	1	1	1	3
Top-Two-Boxes		82.1	61.6	163	42	413	408	148	404	269	253	223	313	51	404	266		
Bottom-Two-Boxes		38.7	27.7	102	8	168	219	61	179	147	142	110	120	28	171	189		
ANTV MWIE STAW		1208	803	26.5	50	581	627	209	583	416	34.4%	32.4%	32.4%	32.4%	27.5%	28.3%	33.6%	

*Simultaneous Column Test (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K - L/M/N

Anhang III Erhebung 2020

	REGION	GESCHLECHT						ALTER						POLITISCHE EINSTELLUNG						BILDUNGSNIVEAU																	
		TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		REchts		(I)		(J)		(K)		(L)		(M)		(N)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																						
BASIS ungewichtet																																					
BASIS gew. (100 %)		1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562																					
sehr einverstanden	(01)	144	106	33	5	74	12.6%	11.0%	12.9%	13.1%	56	64	38	11.2%*	7.1%	10	63	71																			
eher einverstanden	(02)	476	355	100	21	221	255	76	216	184	158	130	177	28	234	23																					
eher nicht einverstanden	(03)	38.8%	39.2%	37.0%	41.2%	37.6%	39.9%	36.4%	35.5%	43.1%	39.8%	38.3%	40.5%	35.4%	46.1%	37.9%																					
ganz nicht einverstanden	(04)	118	123	48	7	113	65	23	94	61	39	47	82	18	85	80																					
wenig nicht	(05)	47	26	18	3	14	39	8	26	14	16	15	14	5	28	14																					
keine Antwort	(06)	16	10	6	-	6	10	6	6	4	5	7	2	-	7	9																					
Top-Two-Boxes		620	481	133	26	295	325	103	277	240	222	168	208	38	297	284																					
Bottom-Two-Boxes		544	409	113	22	273	92	238	169	154	149	123	136	45.0%	42.2%	255																					
ANTIV MWIE		1164	870	246	48	568	596	195	560	409	376	317	421	74	549	539																					
SFAW		0.90	0.88	0.95	0.88	0.95	0.84	0.87	0.89	0.90	0.88	0.89	0.88	1.01	0.88	0.90																					

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/G/H - I/J/K/L/M/N

* simili

Q7H: Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zu Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, aber nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

www.econometricsjournal.org | Econometrics Journal | Volume 21 Number 1 March 2019

Email bases

Q71: Die Schweiz verfügt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.
Ich lese Ihnen vierzehn Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbundes würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
			D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
	TOTAL	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS ungewichtet	1227	506	270	51*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562			
BASIS gew. (100 %)	1227	506	270	51*	58*	639	209	591	427	397	339	437	79*	584	562			
sehr einverstanden	(01)	4.5%	34	19	34	21	8	23	24	20	5.0%	3.7%	7	23	25			
eher einverstanden	(02)	237	174	49	14	122	115	34	114	89	22.2%	71	67	19	110	108		
eher nicht einverstanden	(03)	501	393	98	20	225	276	94	250	157	174	140	179	21	240	239		
gar nicht einverstanden	(04)	359	262	85	12	166	175	55	176	128	83	66	158	26	173	160		
wie ist nicht	(05)	63	45	15	3	17	46	17	21	25	30	12	12	6	34	22		
keine Antwort	(06)	12	8	4	-	4	8	1	7	4	2	5	-	4	8	8		
Top-Two-Boxes	292	208	68	16	156	136	42	137	113	108	89	83	26	133	133			
Bottom-Two-Boxes	860	645	183	32	411	449	149	428	245	257	236	337	47	413	359			
ANTV MWIE	1152	863	251	48	567	585	191	563	398	325	420	73	546	332	332			
SFAW	0.84	0.62	0.92	0.84	0.89	0.80	0.80	0.82	0.89	0.82	0.86	0.82	1.00	0.83	0.83			

* Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/G/H - I/J/K/L/M/N

* Simultaneous

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	
BASIS angewandt	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
BASIS (100 %)	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
sehr einverstanden	(01) 37	100 81,0%	438 35,7%	279 22,7%	157 12,8%	36 2,9%	269 21,9%	470 38,3%	222 18,9%	163 14,9%
etwas einverstanden	(02) 120	31,2 9,8%	551 34,4%	601 49,0%	436 35,5%	133 10,8%	500 40,7%	469 38,2%	480 39,1%	549 44,7%
etwas einverstanden	(03) 305	504 41,1%	140 11,1%	273 22,2%	356 20,0%	470 38,5%	313 25,5%	201 16,1%	331 27,0%	323 26,3%
gar nicht einverstanden	(04) 742	278 22,7%	79 6,1%	56 4,6%	240 19,5%	ACDEGHU 46,5%	570 10,3%	62 5,1%	104 8,5%	124 10,1%
CDGHU	60,5% [n=742]	0	0	0	CDGHU	CDGHU	CDH	CDH	CDH	CDH
weiss nicht	(05) 16	21 1,3%	13 1,1%	13 1,1%	25 2,0%	14 1,1%	7 0,6%	10 0,6%	62 5,1%	39 3,2%
keine Antwort	(06) 7	12 0,6%	6 0,5%	5 0,4%	13 1,1%	4 0,3%	12 1,1%	15 1,2%	18 1,5%	9 0,7%
Top-Two-Botless	157 12,8%	412 33,6%	989 80,3%	880 71,7%	593 40,3%	169 13,8%	769 62,7%	939 76,5%	712 58,0%	732 59,7%
Bottom-Two-Botless	1047 85,3%	762 63,7%	219 17,8%	329 26,8%	596 48,6%	1040 84,8%	439 35,8%	263 21,1%	425 35,5%	447 36,4%
ANTV	1204	1194	1208	1209	1189	1209	1208	1202	1147	1179
MIVW	346	340	388	209	157	CDDEGHU	CDH	225	188	227
STAV	0,0	0,0	0,05	0,80	0,96	0,78	0,92	0,87	0,98	0,86

Legende:

- A: Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalt beitreten.
 B: Die Schweiz sollte sich mehr als bisher politisch annehmen, also die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstetigen.
 C: Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland für die eine oder andere Seite befehlen.
 D: Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland für die eine oder andere Seite befehlen.
 E: Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland eine Stellung für die eine oder andere Seite befehlen.
 G: Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
 H: Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten und gleichzeitig mehr militärische Hilfe leisten.
 I: Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einnehmen.
 J: Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für Sie eingesetzen.

Proportion/Mean: All Columns Tested (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q8A: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)		
BASIS einverstanden	1227	906	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	542	662	652	584		
Basis gewichtet	1227	906	270	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	542	662	652	584	
sehr einverstanden	(01)	37	22	14	1	18	19	3	12	22	17	8	4	19	14	2,1%	5,1%	3,3%	
eher einverstanden	(02)	120	78	5	137*	5	66	54	17	54	69	23	23	9	49	62	5,1%	8,4%	11,0%
eher nicht einverstanden	(03)	305	220	61	14	138	167	49	155	101	116	97	85	14	148	143	5,1%	8,4%	11,0%
gar nicht einverstanden	(04)	742	565	149	28	381	381	133	352	247	186	28,6%	19,5%	17,7%	23,3%	25,5%	25,5%	25,5%	25,5%
weiss nicht	(05)	16	6	7	5	3	18	5	5	3	8	6	2	4	6	8	2	0,4%	
keine Antwort	(06)	7	5	2	-	2	5	2	5	-	3	2	-	-	-	3	4	0,7%	
Top-Two-Boxes	157	100	51	6	84	73	20	66	71	86	31	32	13	68	76	13,5%	13,5%	13,5%	
Bottom-Two-Boxes	1047	795	210	42	499	548	182	517	348	302	304	401	60	505	480	85,5%	85,5%	85,5%	
ANTW	1284	865	261	48	533	621	202	583	419	388	325	433	73	573	556	347	344	344	
MINIE	348	348	332	344	344	347	344	347	337	321	355	344	1	340	344	344	344	344	
STAV	0,80	0	0,76	0,91	0,77	0,81	0,78	0,71	0,75	0,89	0,88	0,73	0,68	0,91	0,79	0,79	0,79	0,79	

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q8B: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS einverstanden	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
Basis gdw. (10%)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
sehr einverstanden	(01)	100	66	31	54	46	14	42	44	51	47%	24
		8.1%	7.3%	11.5%*	5.9%	9.2%	7.2%	6.7%	7.1%	10.3%	5.5%	6.3%
eher einverstanden	(02)	25.4%	25.1%	27.1	14	155	157	51	138	123	146	75
		26.3%	26.4%	27.5%	26.4%	24.8%	24.4%	28.4%	28.8%	36.8%*	22.1%	19.2%
eher nicht einverstanden	(03)	504	380	104	20	230	274	103	246	155	146	167
		41.1%	41.9%	38.5%	36.2%	36.1%	42.8%	49.3%*	41.6%	36.3%	36.8%	49.3%*
gar nicht einverstanden	(04)	278	210	56	12	141	137	35	147	96	43	70
		22.7%	20.2%	20.7%	23.5%	24.0%	21.9%	16.7%*	20.9%	22.5%	10.8%	33.8%*
weiss nicht	(05)	21	14	5	2	6	15	4	9	8	8	4
		1.7%	1.5%	3.9%	1.0%	2.8%	1.9%	1.5%	1.9%	1.5%	2.4%	0.9%
keine Antwort	(06)	12	0	3	-	2	10	2	0	5	3	5
		1.0%	1.0%	1.1%	-	0.3%	1.6%	0.2%	1.5%	1.3%	0.9%	0.2%
Top-Two-Boxes	412	293	102	17	209	203	65	180	167	197	91	108
		33.6%	33.2%	37.8%	33.3%	36.5%	31.8%	31.1%	30.5%	36.1%*	26.8%	24.7%
Bottom-Two-Boxes	782	590	160	32	371	411	138	393	251	189	237	324
		63.7%	65.1%	59.3%	62.7%	63.1%	64.3%	66.0%	65.5%	47.6%*	69.9%*	74.1%*
ANTW	1184	883	262	49	580	614	203	573	418	386	328	432
MINIE	286	283	271	264	279	282	278	287	272	247	313	286
STAV	0.89	0.88	0.94	0.87	0.92	0.86	0.81	0.88	0.93	0.86	0.79	0.87

Proportions(Means: Columns Titled (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS einverstanden	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS gern/w. (10%)	1227	508	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
sehr einverstanden	(01)	438	330	83	16	228	210	61	207	170	124	114
	36.7%	30.7%	30.7%	31.4%	38.8%	32.8%	26.2%	35.0%	39.8%	31.2%	33.6%	40.3%*
eher einverstanden	(02)	551	401	125	25	254	207	104	209	181	171	184
	44.9%	43.3%	46.3%	49.0%	43.2%	46.5%	49.8%	45.5%	41.7%	45.6%	50.4%*	42.1%
eher nicht einverstanden	(03)	140	108	28	4	66	74	26	66	48	57	31
	11.4%	11.9%	10.4%	7.8%	11.2%	11.6%	12.4%	11.2%	11.2%	14.4%	9.1%	10.1%
gar nicht einverstanden	(04)	79	47	27	5	40	39	14	39	26	24	20
	6.4%	5.2%	10.0%*	9.8%	6.8%	6.1%	6.7%	6.6%	6.1%	5.9%	6.9%	10.1%
weiss nicht	(05)	13	8	7	5	1	-	13	3	5	2	1
	1.1%	0.8%	1.9%	2.0%	-	2.0%	1.4%	0.5%	1.2%	2.0%	0.6%	0.2%
keine Antwort	(06)	6	4	2	-	-	6	5	5	3	1	1
	0.5%	0.4%	0.7%	-	-	0.8%	0.5%	-	0.8%	0.3%	-	0.2%
Top-Two-Boxes	\$89	740	208	41	482	507	165	476	348	305	285	361
	80.6%	81.7%	77.0%	80.4%	82.0%	79.3%	78.9%	80.5%	81.5%	76.8%	84.1%	82.6%
Bottom-Two-Boxes	219	155	55	9	106	113	40	105	74	81	51	74
	17.8%	17.1%	20.4%	17.6%	18.0%	17.7%	19.1%	17.8%	17.3%	20.4%	15.0%	16.9%
ANTW	1288	605	263	50	58	620	205	581	422	306	336	435
MINIE	1388	106	200	1.98	198	1.91	1.97	1.89	1.83	1.05	1.87	1.03
STAV	0.85	0.83	0.91	0.90	0.87	0.84	0.84	0.85	0.86	0.81	0.87	0.82

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Q3D: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitte

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS einverstanden	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	339	437
BASIS gzw. (10 %)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	339	437
sehr einverstanden	(01)	279	189	80	10	150	129	35	115	112	77*
		22.7%	26.9%	8.0%	19.6%	25.5%	20.2%	17.6%*	28.2%*	27.8%	19.2%*
eher einverstanden	(02)	601	444	134	23	294	307	104	203	204	172
		48.0%	49.6%	45.1%	50.0%	48.0%	49.8%	46.9%	47.8%	52.6%	36.4%*
eher nicht einverstanden	(03)	273	221	37	15	116	157	59	128	88	59
		22.2%	24.4%	13.7%	20.4%	19.7%	24.6%	28.2%*	21.3%	20.6%	14.3%*
gar nicht einverstanden	(04)	55	40	14	2	25	31	8	33	15	12
		4.6%	4.4%	5.2%	3.9%	4.3%	4.5%	3.8%	5.6%	3.0%	4.7%
weiss nicht	(05)	13	9	3	1	2	11	2	7	4	3
		1.1%	1.0%	1.1%	2.0%	0.3%	1.7%	1.0%	1.2%	0.9%	0.6%
keine Antwort	(06)	5	3	2	1	4	4	1	2	-	-
		0.4%	0.3%	0.7%	-	0.2%	0.6%	0.5%	0.2%	0.5%	-
Top-Two-Boxes	880	633	214	33	444	436	139	422	319	321	249
	71.7%	69.9%	79.3%*	AC	E	68.2%	66.5%	71.4%	74.7%	80.0%*	73.5%
Bottom-Two-Boxes	329	281	51	17	141	188	67	159	103	71	88
	26.8%	28.6%	18.9%*	33.3%	24.0%	29.8%	32.1%	28.9%	24.1%	17.3%*	34.0%
ANTW	1209	864	265	50	535	624	206	581	422	302	337
MINIE	2039	213	194	218	233	214	219	211	231	193	423
STAV	0.80	0.79	0.81	0.80	0.79	0.80	0.76	0.81	0.79	0.74	0.79

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q8E: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für eine oder andere Seite beziehen, bei neutralen Konflikten aber neutral bleiben.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
Basis einverstanden	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	397	339	437
Basis gdw. (10 %)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	387	339	437
sehr einverstanden	(01)	157	121	27	9	79	78	16	71	42	48	55
		12.8%	13.4%	10.0%	17.6%	13.4%	12.2%	77%-	12.0%	16.4%*	14.2%	16
eher einverstanden	(02)	436	339	79	18	212	224	69	215	152	124	143
		35.5%	34%	29.3%	36.3%	36.1%	35.1%	33.0%	36.4%	35.6%	38.5%	32.7%
ehrer nicht einverstanden	(03)	356	271	71	14	183	173	72	168	116	124	90
		28.0%	29.9%	26.3%	27.5%	31.1%	27.1%	34.4%	28.4%	27.2%	31.2%	26.5%
gar nicht einverstanden	(04)	240	148	84	8	103	137	47	124	69	63	69
		16.6%	16.3%	31.1%	15.7%	21.4%	22.5%	21.0%	16.2%	15.9%	20.4%	21.3%
weiss nicht	(05)	25	17	7	1	7	18	4	10	11	9	7
		2.5%	1.9%	2.6%	1.2%	2.6%	1.9%	1.7%	2.6%	2.3%	2.1%	2.1%
keine Antwort	(06)	13	10	2	1	0	1	0	0	6	1	1
		1.1%	1.1%	0.7%	2.0%	0.7%	1.4%	0.5%	0.5%	1.5%	0.3%	1.2%
Top-Two-Boxers	593	460	106	27	291	302	85	286	222	195	172	188
		46.3%	50.8%	38.3%	52.9%	49.5%	47.3%	40.7%-	48.4%	52.0%	49.1%	45.3%
Bottom-Two-Boxers	596	419	155	22	286	310	119	292	185	187	159	227
		46.6%	48.2%	57.4%	43.1%	48.6%	48.5%	56.9%*	49.4%	43.3%	47.1%	46.9%
ANTW	1189	879	261	49	577	612	204	578	407	382	331	425
MINIE	257	251	281	24.8	254	263	274	263	245	254	254	243
STAV	0.96	0.93	1.00	0.98	0.94	0.97	0.90	0.96	0.97	0.98	0.97	1.07

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION	GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
BASIS einverstanden		1227	906	51*	588	639	209	591	427	307	339	437	70*	584
BASIS gzw. (10 %)		1227	906	51*	588	639	209	591	427	307	339	437	70*	584
sehr einverstanden	(01)	36	20	6	1	15	21	7	18	11	6	12	4	25
eher einverstanden	(02)	10.8%	13.3%	8.1%	2.2%	2.0%	2.6%	3.3%	3.0%	3.3%	1.5%	3.7%	5.1%	4.3%
ehrer nicht einverstanden	(03)	470	362	91	27	240	230	75	209	186	184	122	172	29
ganz nicht einverstanden	(04)	570	410	148	12	201	309	101	230	179	173	163	206	35
gar nicht einverstanden	(05)	46.5%	43.5%	54.8%*	52.9%*	44.4%	48.5%	48.3%	49.1%	41.9%	48.6%	48.1%	47.1%	44.3%
weiss nicht	(06)	14	10	2	2	6	6	2	7	5	3	1	1	9
keine Antwort	(09)	4	3	1	-	5	3	-	5	0.7%	-	1	1	0
		0.3%	0.3%	0.4%	-	0.2%	0.5%	-	0.2%	0.7%	-	0.3%	-	0.2%
Top-Two-Boxes	169	131	28	10	80	89	31	84	54	57	48	56	13	94
Bottom-Two-Boxes	1040	762	239	39	501	539	176	499	365	337	285	378	64	62
ANTW	1209	863	267	49	551	626	207	583	419	333	333	434	77	574
MINIE	333	328	34.3	3.02	329	332	3.0	3.32	3.27	3.28	3.31	3.31	3.23	3.35
STAV	078	079	0.74	0.72	0.76	0.80	0.81	0.79	0.75	0.74	0.80	0.79	0.86	0.83

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

OBG: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt befragt?
 Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(M)	(N)	(O)	(P)	
BASIS einverstanden	1227	906	51*	58*	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	70*	662	
Basis gdw. (100 %)	1227	906	270	51*	58*	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	70*	662
sehr einverstanden	(01)	269	164	90	15	129	140	76	112	81	139	71	21	123	24	21	24
33,3%*		21,9%	18%	33,3%*	A	A	GH	19,0%	35,0%*	JK	K	43%	26,6%	21,1%	22,1%		
eher einverstanden	(02)	407	345	130	25	225	275	100	248	152	187	145	150	27	216	257	257
38,1%*		40,7%	38,1%	45,1%*	A	49,0%	38,3%	43,0%	47,8%*	42,0%	36,6%*	47,1%*	42,8%	34,3%	37,0%	45,7%*	M
ehler nicht einverstanden	(03)	313	277	28	8	171	142	27	149	137	55	87	166	18	166	129	
25,5%		30,5%*	10,4%*	15,7%	28,1%*	E	22,2%	12,9%*	F	32,1%*	13,9%*	25,7%	38,0%*	22,8%	24,4%	23,0%	
ganz nicht einverstanden	(04)	126	107	17	2	56	70	4	52	52	12	30	71	11	70	44	
10,3%		11,8%	6,3%*	3,9%	9,5%	11,1%	1,9%*	11,8%	12,2%*	F	3,0%*	1	1	13,9%	N	7,0%	
weiss nicht	(05)	7	6	-	1	2	2	5	4	F	1	3	2	-	5	2	
0,6%		0,7%	0,7%	2,0%*	B	0,3%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,3%	0,9%	0,5%	-	0,9%	0,6%	
keine Antwort	(06)	12	7	5	-	6	7	4	8	3	3	5	2	4	1	6	
1,0%		0,8%	1,3%	-	0,9%	1,1%	0,5%	1,4%	0,7%	0,8%	0,8%	1,1%	2,5%	0,7%	1,1%		
Top-Two-Boxes	769	569	220	40	354	415	176	360	233	326	216	193	48	339	381		
62,7%		56,2%*	8,1%*	78,3%*	A	A	GH	60,9%	54,6%*	JK	K	44,2%*	60,8%	58,0%*	67,8%*	M	
Bottom-Two-Boxes	439	384	45	10	227	212	31	219	189	67	117	237	29	236	30,8%		
35,8%		42,4%*	16,7%*	19,8%*	E	38,6%	33,2%	14,8%*	43,3%*	16,9%*	34,5%	54,1%	36,7%	40,8%*			
ANTW	1268	933	265	50	51	627	207	579	422	383	333	430	77	575	554		
MINE	228	237	139	1,94	227	150	2,23	150	233	185	223	262	2,25	2,22	N	2,17	
STAV	0,92	0,92	0,83	0,79	0,91	0,92	0,73	0,92	0,93	0,77	0,89	0,88	1,02	0,94	0,86		

Proportions of Males: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GH - JK - LMN

* small base

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	TIEF	MITTEL	HÖCH
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(L)	(M)	(N)
BASIS einverstanden	1227	906	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	70*	584	662	
Basis gzw. (10%)	1227	906	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	70*	584	662	
sehr einverstanden	(01)	470	327	119	24	225	80	226	154	102	136	205	40	249	180	N	N	N
eher einverstanden	(02)	469	363	97	19	200	269	82	214	173	136	156	23	238	208	L	L	L
ehler nicht einverstanden	(03)	201	168	26	7	103	98	34	98	69	94	46	56	11	63	127	127	127
16.4% 16.5%	16.4% 16.5%	9.6%* 13.7%	17.5% 15.5%	15.5% 15.5%	16.3% 16.3%	16.6% 16.6%	16.2% 16.2%	12.8%* 12.8%*	13.6% 13.6%	12.8%* 12.8%*	13.9% 13.9%	10.8% 10.8%	22.6%*	22.6%*	22.6%*	M	M	M
ganz nicht einverstanden	(04)	62	42	20	-	22	10	31	21	27	15	15	3	24	35	K	K	K
5.1% 6.6%	5.1% 6.6%	7.4% 7.4%	- 6.8%	3.6% 4.8%	5.2% 4.8%	4.8% 5.2%	4.9% 4.9%	4.1% 4.1%	6.8% 6.8%	4.1% 4.1%	3.4% 3.4%	3.4% 3.4%	3.8% 3.8%	4.1% 4.1%	6.2% 6.2%	K	K	K
weiss nicht	(05)	10	8	2	1	5	5	2	4	4	3	3	1	1	4	4	4	5
0.8% 0.8%	0.8% 0.8%	2.0% 2.0%	0.9% 0.9%	0.8% 0.8%	1.0% 1.0%	0.7% 0.7%	0.9% 0.9%	0.9% 0.9%	0.9% 0.9%	0.9% 0.9%	0.9% 0.9%	1.3% 1.3%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	
keine Antwort	(06)	15	6	6	5	10	4	8	6	7	3	3	1	1	6	7	1.0% 1.0%	1.2% 1.2%
1.2% 1.0%	1.2% 1.0%	2.2% 2.2%	- 0.9%	1.6% 1.6%	0.5% 0.5%	1.4% 1.4%	1.4% 1.4%	1.4% 1.4%	0.9% 0.9%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	0.7% 0.7%	1.3% 1.3%	1.3% 1.3%	1.3% 1.3%	1.3% 1.3%	1.3% 1.3%	1.3% 1.3%
Top-Two-Boxes	\$99	680	216	43	435	504	162	450	327	266	272	361	63	487	388	JK	JK	JK
76.5% 75.1%	76.5% 75.1%	80.0% 80.0%	84.3% 74.0%	78.8% 77.5%	77.5% 76.1%	78.8% 76.6%	77.5% 76.6%	67.0%* 67.0%*	80.2% 80.2%	82.8%* 82.8%*	80.2% 80.2%	82.8%* 82.8%*	79.7% 79.7%	83.4%* 83.4%*	69.0%* 69.0%*	N	N	N
Bottom-Two-Boxes	283	210	46	7	143	120	44	129	90	121	61	71	14	87	162	JK	JK	JK
21.4% 20.2%	21.4% 20.2%	17.0% 13.7%	24.3% 21.1%	18.8% 21.8%	18.8% 21.1%	18.8% 21.1%	18.8% 21.1%	18.2% 18.2%	18.0% 18.0%	16.2%* 16.2%*	17.7% 17.7%	14.9%* 14.9%	17.7% 17.7%	14.9%* 14.9%	28.8%* 28.8%*	LM	LM	LM
ANTW	122	880	262	50	578	624	206	579	417	387	333	432	77	574	550	JK	JK	JK
MINIE	138	132	130	1.08	151	1.85	1.97	1.97	1.93	2.12	1.72	1.72	1.70	1.76	2.03	LM	LM	LM
STAV	0.87	0.86	0.91	0.72	0.92	0.81	0.86	0.88	0.85	0.88	0.83	0.82	0.86	0.81	0.90			

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS einverstanden	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS geweckt	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
sehr einverstanden	(01)	222	158	62%	12	112	120	28	103	101	87	73
A	18.9%	15.4%	23.0%	23.5%	19.0%	18.8%	13.4%*	27.1%	21.9%	21.5%	13.5%	17
eher einverstanden	(02)	480	361	98	21	207	273	92	219	169	173	157
	38.1%	38.6%	41.2%	36.3%	41.9%	36.2%	42.7%	44.0%	37.1%	36.6%	40.7%	35.9%
eher nicht einverstanden	(03)	331	260	61	10	196	135	63	171	97	92	80
	27.0%	28.7%	22.6%	19.6%	33.3%*	21.1%	30.1%	28.9%	22.7%	23.2%	23.6%	33.3%*
gar nicht einverstanden	(04)	104	75	25	4	57	47	12	56	36	17	26
	8.5%	7.3%	9.3%	7.8%	9.7%	7.4%	5.7%	9.5%	8.4%	4.3%	7.7%	12.6%
weiss nicht	(05)	62	41	17	4	12	10	10	32	20	19	15
	5.2%	4.3%	6.3%	7.8%	2.0%*	7.8%	4.8%	5.4%	4.7%	5.0%	5.6%	3.4%
keine Antwort	(06)	18	11	7	-	4	14	4	10	4	3	1
	1.5%	1.2%	2.6%	-	0.7%	2.2%	1.9%	1.7%	0.9%	2.0%	0.9%	1.3%
Top-Two-Boxes	712	519	160	33	319	393	120	322	270	260	211	216
	56.0%	57.3%	59.3%	64.7%	54.3%	61.5%	57.4%	54.5%	63.2%*	65.5%*	62.2%	49.9%
Bottom-Two-Boxes	435	335	319	86	14	253	182	75	227	133	109	106
	35.5%	37.0%	31.9%	27.5%	43.3%*	28.5%	35.9%	38.4%	31.1%	27.5%*	31.3%	46.3%*
ANTW	1147	654	246	47	572	575	195	549	463	369	317	419
MINIE	227	234	220	213	235	219	230	233	217	211	219	217
STAV	0.88	0.87	0.93	0.90	0.90	0.86	0.79	0.90	0.91	0.88	0.89	0.86

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - LM/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
			MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
	TOTAL	DACH	F-CH	I-CH	(D)	(E)	18-29	30-59	60+	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	
BASIS einverstanden	1227	906	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	
Basis gdw. (10%)	1227	908	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	
sehr einverstanden	(01)	183	133	46	4	100	83	21	84	78	82	49	40	96	
EINVERSTANDEN	(02)	549	404	125	20	265	284	92	400	461%	203	144	186	114%	
eher einverstanden	(03)	323	235	55	15	152	171	72	163	88	77	103	132	14	
ehler nicht einverstanden	(04)	263	26	29%	20	45%	25	29%	26	34.4%*	27.6%	20.6%	19.4%	30.4%	
ganz nicht einverstanden	(05)	124	88	28	8	58	66	20	60	44	22	33	61	14	
Weiss nicht	(06)	39	23	12	4	10	29	4	19	16	13	6	15	1	
Keine Antwort	(09)	0	5	4	3	6	6	5	4	3	3	5	1	5	
	0.7%	0.6%	1.5%	-	0.5%	0.9%	-	0.8%	0.9%	-	1	1.2%	0.7%	0.9%	
Top-Two-Boxes	732	537	171	24	365	367	113	344	275	285	193	226	46	324	361
Bottom-Two-Boxes	597	597	59	3%	C	63.3%	47.1%	62.1%	57.4%	54.1%	64.4%*	71.8%*	56.9%	51.7%*	64.2%*
ANTW	1170	878	254	47	575	634	205	587	407	384	329	419	74	552	551
MINIE	233	234	226	257	239	236	244	235	234	210	236	245	241	243	243
STAV	0.86	0.85	0.88	0.88	0.87	0.85	0.81	0.86	0.89	0.80	0.86	0.94	0.89	0.81	0.81

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Q8: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	
BASIS angewandt	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
BASIS (100 %)	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
sehr einverstanden	(01) 125, 10,2%	314, 25,6%	421, 34,3%	864, 69,6%	54, 4,4%	45, 3,7%	104, 15,8%	269, 21,9%	112, 9,1%	102, 11,6%
etwas einverstanden	(02) 545, 44,4%	447, 36,4%	533, 43,3%	325, 26,5%	387, 31,5%	199, 16,2%	340, 27,7%	638, 52,0%	320, 26,1%	274, 22,3%
etwas nicht einverstanden	(03) 335, 27,3%	308, 25,1%	181, 14,8%	29, 2,4%	456, 37,2%	448, 36,5%	468, 38,1%	251, 20,5%	490, 39,9%	329, 26,8%
nicht einverstanden	(04) 177, 14,4%	132, 10,8%	74, 6,0%	14, 1,1%	223, 18,2%	426, 34,7%	187, 15,2%	27, 2,2%	417, 20,9%	
BCDH	CDH	CDH	DH	ABCDH	ABCDGH	BCDH	BCDH	D	ABCDEGH	
weiss nicht	(05) 39, 3,2%	15, 1,2%	6, 0,5%	4, 0,5%	89, 7,3%	90, 7,3%	29, 2,4%	33, 2,7%	38, 3,1%	11, 0,9%
BCDJ	CD	D	ABCDH	ABCDGH	BCDJ	BCDJ	BCDJ	BCDJ		
keine Antwort	(06) 6, 0,5%	11, 1,2%	1, 0,1%	1, 0,1%	18, 1,5%	19, 1,5%	9, 0,9%	10, 1,0%	4, 0,5%	
	D	DJ	AD	AD	D	D	D	D	D	
Top-Two-Boxes:	670, 54,6%	761, 62,0%	954, 77,3%	1179, 96,1%	441, 35,9%	244, 19,9%	534, 43,5%	907, 73,9%	432, 35,2%	466, 38,0%
EFGU	ABEGHU	ABCDFHU	F	EFU	EFU	EFU	EFU	F	F	F
Bottom-Two-Boxes	512, 41,7%	440, 35,9%	255, 20,9%	43, 3,5%	679, 55,3%	874, 53,4%	655, 53,4%	278, 22,7%	747, 60,9%	746, 60,8%
BCDH	CDH	D	ABCDH	ABCOGH	ABCDH	ABCOGH	ABCDH	D	ABCDEGH	
ANTV	1162, 2,46	1201, 2,17	1209, 1,92	1120, 1,35	1118, 0,94	1189, 0,94	1179, 0,94	112, 0,90	1212, 0,80	
MIVW	BCDH	CDH	D	ABCDH	ABCOGH	BCDH	BCDH	CD	ABCDGH	
STAV	0,67	0,96	0,98	0,59	0,82	0,84	0,94	0,73	0,90	1,08

Legende:

A+ Die Schweiz sollte eine vollständig übereinstimmende Armee unterhalten.
B+ Die Schweiz sollte eine vollständig übereinstimmende Armee unterhalten.

C+ Die Schweiz sollte eine vollständig übereinstimmende Armee unterhalten.

D+ Die Schweiz sollte sich der NATO anschließen.

E+ Die Schweiz sollte sich der NATO anschließen.

F+ Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

G+ Die Schweiz sollte mit anderen Staaten zusammenarbeiten.

H+ Die Schweiz sollte sich von Blockadeschiffen und Zerstörern schützen lassen oder Armeen mit anderen Staaten fernhalten.

I+ Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und dem Militärdienst Freiwilligen überlassen.

J+ Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und dem Militärdienst Freiwilligen überlassen.

ProportionsMatrix: All Columns Tested (SW risk level)

Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstufen zur Verfügung stellen. Sagen Sie mir bitte weiter zu jedem Vorschlag, ob Sie damit einverstanden sind.

Measures

	REGION										GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNAHME											
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		REchts		(I)		(J)		(K)		(L)		(M)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(BB)	(CC)	(DD)			
BASIS eingeschlossen	1227	906	51*	588	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662																				
Basis gdw. (10%)	1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662																			
sehr einverstanden	(01)	314	240	68	16	187	127	45	145	124	43	87	164	35	152																			
eher einverstanden	(02)	447	352	98	17	223	224	71	222	154	122	135	173	29	225	192																		
eher nicht einverstanden	(03)	368	229	57	12	110	198	63	143	102	146	80	74	9	141																			
gar nicht einverstanden	(04)	132	94	32	6	58	74	25	118	37	81	26	20	5	77																			
weiss nicht	(05)	15	7	0%	8	-	3	12	4	8	3	4	6	3	-	10																		
keine Antwort	(06)	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*	1*																		
	0.9%	0.4%	2.6%	-	-	1.2%	0.6%	0.5%	0.5%	0.5%	1.6%	0.3%	1.5%	0.7%	1.3%	0.7%																		
Top-Two-Boxes	761	562	166	33	410	351	116	367	278	165	222	337	64	377	316																			
Bottom-Two-Boxes	62.0%	63.0%	61.5%	64.7%	69.7%	E	55.5%	62.1%	F	65.1%	41.6%	65.5%	77.1%	81.0%	N	64.6%	56.6%																	
ANTW	1281	985	255	51	578	623	204	550	417	302	328	431	78	568																				
MINIE	221	222	221	216	207	235	D	224	212	205	214	198	17.7%	191	235																			
STAV	0.96	0.95	0.98	1.01	0.96	0.94	0.96	0.94	0.92	0.90	0.85	0.89	0.92	0.98																				

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level)) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

QBC: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, die Sie Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Weltbeitragen könnte.
Sagen Sie mir bitte wieder zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	DACH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS einverstanden	1227	906	51*	51*	548	639	209	591	427	307	339
Basis gdw. (10%)	1227	906	270	51*	548	639	209	591	427	307	339
sehr einverstanden	(01)	421	307	27	220	201	56	109	166	123	201
		34.3%	39.6%	52.9%*	31.5%	26.8%*	37.4%	31.5%	46.0%*	36.3%	46.0%*
eher einverstanden	(02)	53.3	394	123	16	255	95	252	186	159	180
		43.4%	45.5%	45.6%	31.4%	43.4%	45.5%	42.6%	43.6%	44.1%	46.9%
eher nicht einverstanden	(03)	181	159	19	3	70	111	37	93	51	39
		14.8%	17.5%*	7.0%*	-	5.9%	11.9%	17.7%	15.7%	11.9%	13%
gar nicht einverstanden	(04)	74	56	13	5	35	39	17	39	51	14
		6.0%	6.2%	4.8%	9.8%	6.0%	6.1%	8.1%	6.6%	4.2%	1.4%
weiss nicht	(05)	6	5	1	-	1	5	2	0	1	2
		0.5%	0.6%	0.4%	-	0.2%	0.8%	1.0%	0.5%	0.3%	0.5%
keine Antwort	(06)	12	5	7	-	7	5	2	6	2	1
		1.0%	0.6%	2.6%*	-	1.2%	0.8%	1.0%	0.9%	1.5%	0.2%
Top-Two-Bones	964	681	230	43	475	479	151	451	352	246	282
		77.8%	76.2%	85.2%*	84.3%	80.8%	75.0%	72.2%	76.3%	82.4%*	83.2%*
Bottom-Two-Bones	255	215	32	8	105	150	54	132	69	144	53
		20.8%	23.7%*	11.9%*	15.7%	17.9%	23.5%	25.8%	22.3%	36.3%*	16.6%*
ANTW	1209	906	262	51	530	620	205	533	421	300	335
MINIE	132	108	176	173	136	166	207	195	181	232	183
STAV	0.86	0.87	0.79	0.96	0.85	0.86	0.89	0.88	0.81	0.92	0.79

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Studie "Sicherheit 2020" (SCHIETZ) untersucht die Sicherheitsvorstellungen der Bevölkerung in der Schweiz. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Bevölkerung eine hohe Sicherheitswertigkeit hat und dass die Sicherheit in der Welt von Bedeutung ist.

BILDUNGSNEU														
REGION	GESCHLECHT						ALTER					POLITISCHE EINSTELLUNG		
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		LINKS			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)			
TOTAL							18-29	30-59	60+					
BASISumgrenzschicht BASIS gew. 100 %														
sehr einverstanden	1227	906	270	51*	58*	630	209	501	427	339	437	584		
(01)	69,6%	72,0%	59,6%	80,4%	58,8	63,9	50,9	58,1	42,7	36,7	33,9	58,4		
gerne einverstanden	854	682	161	41	419	435	144	403	307	238	240	426		
(02)	26,5%	22,1%	94,0%	10,0%	142	183	59	163	103	93	70,1%	72,9%		
eher einverstanden	325	24,9%	34,8%	19,6%	24,1%	28,6%	28,2%	27,6%	24,1%	34,3%	27,1%	35,6%		
(03)	29	22	7	-	17	12	5	17	7	18	1	10		
eher nicht einverstanden	14	9	5	-	9	5	2,4%	2,9%	1,6%	4,5%*	1,3%	2,5%		
(04)	1,1%	1,0%	1,8%	-	1,5%	0,8%	0,5%	1,0%	0,6%	4,0%	0,4%	1,7%		
gar nicht einverstanden	4	1	3	-	1	3	-	1	3	1,0%	0,9%	1,0%		
(05)	0,3%	0,1%	1,1%*	-	0,2%	0,5%	-	0,2%	0,7%	0,3%	-	0,5%		
weiss nicht	1	1	A	-	-	1	-	1	-	-	-	-		
(06)	0,1%	0,1%	-	-	-	0,2%	-	0,2%	-	-	-	-		
keine Antwort														
Top-Two-Boxes	1179	873	256	51	561	618	203	566	410	374	333	422		
	96,1%	96,4%	94,4%	100,0%	95,4%	96,7%	97,1%	95,8%	96,0%	94,2%	98,2%*	96,6%		
Bottom-Two-Boxes	43	31	12	-	26	17	6	23	14	22	6	13		
	3,5%	3,4%	4,4%	-	4,4%	2,7%	2,5%	3,9%	3,3%	5,5%*	1,8%	3,0%		
ANTW	1222	904	287	51	587	635	209	589	424	366	339	435		
MWMW	135	132	145	120	135	135	134	137	133	146	132	126		
STAW	0,59	0,57	0,64	0,40	0,61	0,56	0,55	0,59	0,59	0,63	0,56	0,54		

Proportions/Mc

Q8E: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
Sagen Sie mir bitte wieder zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte sich der NATO annehmen.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS einverstanden	1227	906	51*	58*	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	584	582	582	
Basis gdw. (10%)	1227	598	270	51*	58*	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	584	582	582
sehr einverstanden	(01)	54	34	17	3	33	21	5	28	21	20	17	12	7	35	12	
eher einverstanden	(02)	387	295	78	14	168	71	71	127	137	98	139	26	176	N	N	
eher nicht einverstanden	(03)	456	385	74	17	241	215	75	221	160	149	127	184	19	208	229	
gar nicht einverstanden	(04)	223	152	60	11	133	90	39	108	76	59	62	93	15	109	99	
weiss nicht	(05)	79	52	32	5	10	79	16	38	55	27	31	22	11	48	26	
keine Antwort	(06)	18	8	0	0	15	2	2	7	8	5	9	53%	13%	8%	5%	
Top-Two-Boxes	441	329	95	17	201	240	76	217	148	157	115	151	33	211	196		
Bottom-Two-Boxes	35.9%	36.3%	35.2%	33.3%	34.2%	37.6%	36.4%	36.7%	34.7%	36.5%	33.9%	34.6%	41.8%	36.1%	34.9%		
ANTW	1120	646	229	45	575	545	190	546	384	365	304	408	67	558	524		
MINIE	278	277	268	262	269	269	278	275	278	277	268	263	277	274	279		
STAV	0.82	0	0.79	0.92	0.89	0.85	0.79	0.80	0.83	0.81	0.84	0.81	0.95	0.86	0.77		

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

QBF: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
Sagen Sie mir bitte wieder zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte der NATO beitreten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschlossen	1227	506	51*	51*	548	539	209	591	427	339	437
Basis zw. (10%)	1227	508	51*	51*	548	539	209	591	427	339	437
sehr einverstanden	(01)	45	26	17*	2	24	3	23	19	9	13
eher einverstanden	(02)	199	152	35	12	94	105	44	97	58	80
eher nicht einverstanden	(03)	448	356	78	14	200	248	76	228	144	147
gar nicht einverstanden	(04)	365	303	289*	27*	54	34*	38	8%	33	7%
weiss nicht	(05)	90	52	32	6	11	11	79	19	36	55
keine Antwort	(06)	10	0	0	1	5	5	0	0	5	5
Top-Two-Boxes	244	178	52	14	118	126	47	120	77	97	60
Bottom-Two-Boxes	874	687	177	30	458	416	138	428	310	244	336
ANTW	1118	465	229	44	576	542	195	546	387	369	304
MINIE	312	313	313	308	320	304	308	310	318	314	312
STAV	0.84	0.81	0.93	0.91	0.86	0.81	0.80	0.84	0.86	0.80	0.81

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen. Sie mit Sagen, die sie nicht verstanden, eher nicht einverstanden sind.

BILDUNGSNEUEN																			
REGION						GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG							
TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS* ungewichtet Basis Sgw. (100 %)	1227	906	270	51*	588	639	209	591	427	397	339	437	79*	594	562	594	562	594	562
sehr einverstanden	194	141	35	18	100	94	22	84	14.2%	20.9%	9.1%	46%	97	20	109	11.6%	65	65	65
etwas einverstanden	340	277	251	78	11	164	176	153	30	81	97	148	25	177	136	30.3%	24.6%	23.6%	23.6%
neutrales Urteil	381	368	94	13	216	252	86	245	13.7	41.5%	32.1%	138	135	21	208	35.6%	42.8%	39.6%	39.6%
gar nicht einverstanden	187	127	53	7	98	89	34	94	16.3%	15.9%	15.8%	86	47	9	116	18.5%	12.2%	12.2%	12.2%
keine Antwort	9	0.7%	2%	1%	8	1	1	7	1.3%	2.7%	2.7%	9.3%	10	4	13	11	6	3	3
Top-Two-Boxes	534	392	113	29	264	270	79	237	51.8%	40.4%	51.8%	117	143	245	45	286	303	345	345
Bottom-Two-Boxes	655	488	147	20	314	341	120	339	57.4%	57.4%	45.9%	56.1%	182	11	57.4%	49.0%	36.4%	36.4%	36.4%
ANTIV MIWE STAV	1189	880	260	49	578	611	199	576	41.4%	28.6%	28.6%	385	27	75	565	548	520	520	520

Portions/Mc
and have

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	548	639	209	591	427	307	339	437
Basis gew. (100 %)	1227	506	270	51*	548	639	209	591	427	307	339	437
sehr einverstanden	(01)	269	172	79	18	146	123	36	110	24.9%	78	74
35.3%+				A	E				F	K		
eher einverstanden	(02)	638	479	142	17	292	102	308	208	183	216	34
52.0%				33.3%	49.7%	54.1%	48.8%	55.5%	48.7%	54.0%	54.0%	43.0%
eher nicht einverstanden	(03)	251	209	32	10	125	126	58	111	82	62	64
20.5%				21.3%	19.6%	19.7%	21.3%	18.8%	19.2%	15.6%	18.3%	20.4%
gar nicht einverstanden	(04)	27	18	7	2	14	13	7	13	6	4	16
2.2%				2.6%	3.9%	2.0%	3.3%	2.2%	1.6%	1.5%	1.2%	3.7%
weiss nicht	(05)	33	22	8	3	10	26	4	11	18	9	17
2.7%				1.7%	5.9%	1.7%	4.7%	1.9%	4.3%	1.3%	2.7%	3.6%
keine Antwort	(06)	0	6	2	1	5	0	2	5	1	1	1
0.7%				0.7%	0.7%	0.2%	1.3%	1.0%	0.8%	0.5%	1.3%	0.2%
Top-Two-Boxes	907	651	221	35	438	469	138	451	318	319	261	290
73.9%				AC	AC				F	F	K	
Bottom-Two-Boxes	278	227	39	12	139	139	65	124	89	68	129	22
22.7%				14.4%	23.5%	23.6%	21.8%	31.1%*	21.0%	20.8%	17.1%*	20.1%
ANTW	1185	678	260	47	577	668	203	575	407	307	329	419
MINIE	233	208	187	181	201	205	218	202	197	198	217	211
STAV	073	071	072	0.88	0.75	0.70	0.76	0.71	0.74	0.69	0.69	0.76

* Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

Options/Meals

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q8J: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, die die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt befragt hätte, Sagen Sie mir bitte wieder zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
Basis gsw. (10%)	1227	508	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
sehr einverstanden	(01)	192	124	56	12	86	106	57	89	112	42
		15.6%	13.7%	20.7%*	23.5%	14.6%	16.6%	27.3%*	10.8%	12.1%	6.2%
ehrer einverstanden	(02)	274	189	71	14	117	117	62	145	145	71
		22.3%	26.3%	27.5%	19.9%	24.6%	24.6%	28.7%*	15.7%	28.0%*	16.2%
ehrer nicht einverstanden	(03)	329	284	58	7	145	184	46	160	123	103
		26.8%	29.1%	21.5%*	13.7%	24.7%	28.8%	22.0%	27.1%	25.9%	24.1%
gar nicht einverstanden	(04)	417	321	78	18	235	182	43	190	184	67
		34.0%	34.4%	28.9%	35.3%	40.7%	20.9%*	32.7%	43.1%*	50.8%*	32.1%
weiss nicht	(05)	11	6	5	-	4	7	1	6	4	3
		0.8%	0.7%	1.9%	-	0.7%	1.1%	0.5%	1.0%	0.6%	0.7%
keine Antwort	(06)	4	2	2	-	1	5	1	3	1	1
		0.3%	0.2%	0.7%	-	0.2%	0.5%	-	0.2%	0.3%	0.2%
Top-Two-Boxes	466	313	127	26	203	263	119	234	113	223	123
		38.0%	34.5%	47.0%*	51.0%	34.5%	41.2%	56.9%*	26.5%	56.2%*	36.3%
Bottom-Two-Boxes	746	585	136	A	25	380	366	89	350	307	170
		60.8%	64.8%*	50.4%	49.0%	64.6%	57.3%	42.6%*	59.2%	71.9%*	42.8%*
ANTW	1212	698	263	51	53	629	208	584	420	393	336
MINIE	285	287	250	2.61	2.21	2.70	2.98	2.77	2.06	2.32	2.84
STAV	108	105	1	1.12	1.20	1.09	1.06	1.09	1.02	1.02	0.94

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION	GESCHLECHT				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU							
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOC
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
unbedingt notwendig	(01)	367	201	95	57	19	108	35	179	143	45	93	201	24	176	156	
		201	31.0%	21.1%	*	33.7%	24.0%	16.7%	30.3%	35.5%	27.3%	46.6%	46.6%	26.6%	30.1%	28.1%	
eher notwendig	(02)	587	46	150	21	268	319	96	262	209	176	187	194	47	288	252	
		47	8%	4.6%	4.9%	41.2%	48.6%	49.9%	45.9%	47.7%	48.9%	44.3%	44.4%	50.5%	49.3%	44.4%	
eher nicht notwendig	(03)	16.9%	107	43	7	84	123	60	96	51	46	31	7	86	114	114	
		16.9%	13.3%	15.9%	13.7%	14.3%	19.2%	28.7%	16.2%	11.9%	31.7%	13.6%	7.1%	8.9%	14.7%	20.3%	
überhaupt nicht notwendig	(04)	71	50	17	4	37	34	17	32	22	46	13	10	3	32	36	
		5.6%	5.6%	6.3%	7.8%	6.3%	5.3%	8.1%	5.4%	5.2%	11.6%	3.8%	2.3%	3.8%	5.5%	6.4%	
weiss nicht	(05)	2	0.2%	1	1	*	*	0.5%	1	*	0.2%	0.5%	*	*	1	1	-
		0.2%	0.1%	0.4%	-	-	-	0.5%	-	0.2%	0.5%	-	-	1.3%	0.2%	-	
keine Antwort	(06)	3	0.2%	1	2	*	*	1	*	2	*	2	*	*	1	2	
		0.2%	0.1%	0.1%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	-	0.3%	0.2%	-	0.2%	-	0.2%	0.4%	
Top-Two-Boxes		944	607	207	40	466	478	131	461	352	221	280	305	68	464	410	
		76.9%	76.9%	76.4%	78.4%	79.3%	74.8%	62.7%	78.0%	82.4%	55.7%	82.6%	90.1%	86.1%	79.5%	73.0%	
Bottom-Two-Boxes		278	207	60	11	121	157	77	128	73	172	59	41	10	118	150	
		22.7%	22.8%	22.2%	21.6%	20.6%	24.6%	30.8%	21.7%	43.3%	17.4%	9.4%	12.7%	20.2%	26.7%	LM	
ANTV		1222	904	267	51	587	635	208	589	425	393	339	436	78	582	560	
MIWE		139	137	132	133	130	134	125	128	139	134	136	136	136	136	205	
STAW		0.83	0.84	0.79	0.91	0.95	0.81	0.84	0.83	0.81	0.84	0.75	0.71	0.71	0.82	0.86	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - F/G/H - IJK - LMN

* small base

Q11: Nennen Sie mir bitte spontan die Gründe, wum Sie die Schweizer Armee für (unbedingt/eher/eher nicht/überhaupt nicht) notwendig halten.

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU						
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOC
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	
BASIS angezählt		1222	904	267	51*	587	635	208	589	425	383	339	436	78*	78*	78*	78*	562	560	
BASIS gew. (100 %)		1222	904	267	51*	587	635	208	589	425	383	339	436	78*	78*	78*	78*	562	560	
Antworten		1210	868	264	51	582	628	205	584	421	390	333	433	76	77	77	77	555	555	
		98%	98%	98%	98%	98%	98%	98%	98%	99%	99%	98%	98%	97%	98%	98%	98%	99%	99%	
weiss nicht		6	7	1	-	3	5	2	3	3	2	4	2	2	2	3	3	3	3	
keine Antwort		4	2	2	-	2	2	1	2	1	1	2	1	1	2	2	2	2	2	
		0.3%	0.2%	0.7%	-	0.3%	0.3%	0.5%	0.5%	0.3%	0.2%	0.3%	0.6%	0.2%	0.3%	0.3%	0.3%	0.4%	0.4%	

* small base
Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DE - FGHIJK - LMN

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(K)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
BASIS angewandt (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	555	420	96	30	264	301	76	274	215	95	174
46,0%	40,5%	56,0%	44,9%	47,1%	36,4%	40,4%	40,4%	50,4%	23,9%	51,3%	60,0%*
B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	490	342	136	12	245	245	86	229	175	185	135
39,9%	37,7%	50,4%	23,8%	41,7%	38,3%	41,1%	38,7%	41,0%	46,0%	34,3%	26,6%
C	AC	AC	AC	AC	AC	AC	AC	AC	AC	AC	AC
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	161	117	35	9	76	85	43	82	36	110	28
13,1%	12,9%	13,0%	17,6%	12,9%	13,3%	20,9%	13,9%	8,4%	27,7%	8,3%	5
12,9%	12,9%	13,0%	17,6%	12,9%	13,3%	20,9%	13,9%	8,4%	27,7%	8,3%	5
13,0%	12,9%	13,0%	17,6%	12,9%	13,3%	20,9%	13,9%	8,4%	27,7%	8,3%	5
weiss nicht	4	2	2	-	1	3	1	2	1	-	-
0,3%	0,2%	0,7%	-	0,2%	0,5%	0,5%	0,3%	0,2%	0,5%	0,3%	-
0,2%	0,2%	0,7%	-	0,3%	0,5%	0,5%	0,3%	0,2%	0,5%	0,3%	-
keine Antwort	7	6	1	-	2	5	3	4	-	1	1
0,6%	0,7%	0,4%	-	0,3%	0,5%	1,4%	0,7%	-	1,3%	0,3%	1
					H	H	H	H	H	H	H

* spalten-Means, Columns-Tested (5% risk level) - ABC - DEF - FGH - IJK - LMN

small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
Milizarmee auch in Zukunft genügend	693	520	118	25	344	319	100	290	273	165	174
	54,0%	57,4%	43,7%*	49,0%	58,5%*	49,5%*	47,8%	49,1%	63,9%*	41,0%*	51,3%
Wir würden eine Berufsarmee brauchen	488	335	128	25	217	271	95	264	129	107	142
	30,8%	31,0%	47,4%*	49,0%	36,9%	42,1%	45,5%	44,7%*	30,2%*	49,0%*	41,0%*
weiss nicht	49	34	14	1	16	33	9	23	17	20	17
	4,0%	3,9%	5,2%	2,0%	2,0%	5,2%	4,3%	3,9%	4,0%	5,0%	5,0%
keine Antwort	27	17	10	-	11	16	5	14	8	15	6
	2,2%	1,9%	3,7%	-	1,9%	2,5%	2,4%	1,9%	3,8%*	1,8%	0,7%

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DE - FGHI - IJK - LMN
* small base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITT	HOC
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS angewendet		1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	552	
BASIS angew. (100 %)		1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	552	
viel zu viel	(01)	150	104	42	4	69	81	42	72	549	81	87	32	24	6	68	76
		12.2%	11.5%	15.6%	7.8%	11.7%	12.7%	20.1%*	GH	11.8%	8.9%*	21.9%*	9.4%	5.7%*	7.0%	11.6%	13.3%
zu viel	(02)	302	208	74	20	115	167	72	549	81	141	87	66	17	141	144	
		24.6%	27.4%	39.2%	0%	19.8%*	20.2%	34.9%*	GH	26.2%	19.0%*	35.6%*	15.1%*	21.5%	24.1%	25.6%	
gerade richtig	(03)	602	461	124	17	319	283	78	281	243	137	175	269	46	286	270	
		48.1%	50.9%	45.5%	33.3%	54.3%*	44.3%*	37.3%*	GH	47.5%	56.9%*	34.5%*	51.6%	61.6%*	58.2%	49.0%	48.6%
zu wenig	(04)	97	85	7	5	62	35	9	50	38	8	19	62	3	52	41	
		7.9%	9.4%	2.6%	9.8%	10.5%*	5.5%	4.3%	GH	8.5%	2.0%*	5.6%	14.2%*	3.8%	8.9%	7.3%	
viel zu wenig	(05)	12	6	5	1	9	3	0.5%	0.5%	1.2%	0.5%	1	2	9	-	4	8
		1.0%	0.7%	1.9%	2.0%	1.5%	0.5%	0.5%	GH	0.5%	0.3%	0.3%	2.1%*	0.7%	1.4%		
weiss nicht	(06)	62	42	16	4	13	49	7	32	23	22	24	6	7	53	21	
		5.5%	4.6%	5.9%	7.8%	2.2%*	0.5%	0.5%	GH	5.4%	5.4%	5.5%	7.1%*	8.3%	5.7%	3.1%	
Keine Antwort	(09)	2	-	2	-	1	1	-	2	0.3%	-	1	-	1	-	2	
		0.2%	-	0.7%*	-	0.2%	0.2%	-	GH	0.3%	-	0.3%	0.2%	-	0.2%	0.1%	
Top-Two-Boxes		452	312	116	24	184	268	114	219	119	228	119	90	23	209	220	
		36.8%	34.4%	43.0%*	47.1%	31.3%*	41.9%*	54.5%*	GH	37.1%	27.9%*	57.3%*	42	20.6%	35.8%	39.1%	
Bottom-Two-Boxes		109	91	12	6	71	38	10	57	42	9	21	71	3	56	49	
		8.9%	10.0%	4.4%	11.8%	12.1%*	5.9%*	4.8%*	GH	9.6%	9.8%	2.3%*	6.2%	16.2%*	3.8%	9.6%	8.7%
ANTV		1163	664	252	47	574	589	202	557	404	374	315	430	72	551	539	
MWIE		239	130	24.4	2.5	2.48	2.48	2.38	2.38	2.18	2.13	2.53	2.02	2.64	2.61	2.56	
STAV		0.85	0.84	0.87	0.88	0.87	0.82	0.86	0.87	0.80	0.82	0.78	0.77	0.70	0.85	0.88	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GH - IJK - LMN

* small base

Q15. Allein, wenn Sie mit der Lösung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind.
 || bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung ausdrücken.

	REGION	GESCHLECHT				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU								
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS angewendet		1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562		
BASIS (100 %)		1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562		
sehr zufrieden	(10)	52	34	15	3	25	43%	42%	41%	44%	19	8	15	25	7	35	10	
	(09)	73	60	8	5	33	40	10	36	27	18	22	31	7	41	25	8,8%	
	(08)	273	207	50	16	143	130	35	135	103	53	79	129	18	144	111	4,4%	
	(07)	273	213	52	8	125	148	48	122	103	71	61	126	16	125	130	23,1%	
	(06)	177	128	42	7	84	93	31	87	59	63	58	49	14	85	78	13,6%	
	(05)	164	114	46	4	70	58	31	81	52	66	58	38	3	78	83	14,8%	
	(04)	64	46	14	5	41	23	16	13	12	16	17,1%	17,1%	1	1	1	1	1
	(03)	48	37	11	-	23	25	9	20	10	54	16	11	5	30	30	6,8%	
	(02)	24	16	7	1	13	11	7	10	7	10	7	5	-	11	13	2,3%	
überhaupt nicht zufrieden	(01)	2,0%	1,8%	2,6%	2,0%	2,2%	1,7%	3,3%	1,7%	1,6%	2,5%	2,1%	1,1%	-	1,9%	1,0%	1,3%	
wenn nicht	(98)	4,2	2,9	13	-	10	32	6	17	19	17	10	11	5	16	21	2,3%	
keine Antwort	(98)	1,1%	0,9%	1,5%	-	5	8	-	0,8%	1,9%	0,8	0,8	0,5%	2	1	10	10	
Top-Three-Boxes		308	205	73	27	47	24	201	197	54	149	19,7%	11,6%	185	32	220	246	
Bottom-Three-Boxes		96	68	25	3	52	44	21	54	33,0%	34,9%	42,3%	1	1	N	N	37,7%*	
ANIV	1172	689	252	51	573	598	400	372	326	424	73	566	6,3%	6,3%	6,3%	531		
MIWIE	6,51	6,56	6,26	6,76	6,45	6,56	6,18	6,44	6,76	5,77	7,08	7,05	6,73	6,19	6,19	6,19		
STAV	194	1,89	2,03	2,12	2,02	1,85	2,03	1,99	1,77	2,06	1,85	1,64	1,86	1,91	1,93	1,93		

ProportionsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - FGHI - JKLMN

* small base

	Politisches Amt		Zivildienst	Zivilschutz	Armeedienst	Feuerwehr	Amt in einem Verein
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	
BASIS angewandt BASIS gew. (100 %)			1227 1227	1227 1227	1227 1227	1227 1227	1227 1227
sehr gut	(01)	130 103 %	254 203 %	304 243 %	223 181 %	403 328 %	465 379 %
eher gut	(02)	681 55.5 %	747 60.3 %	742 60.5 %	643 52.4 %	656 53.5 %	645 52.6 %
eher schlecht	(03)	342 27.9 %	171 13.3 %	135 11.0 %	209 14.4 %	138 11.2 %	94 7.7 %
sehr schlecht	(04)	26 2.1 %	13 1.1 %	11 0.9 %	28 2.3 %	4 0.3 %	10 0.8 %
weiss nicht	(05)	36 2.9 %	37 3.0 %	30 2.7 %	29 2.4 %	24 2.0 %	11 0.9 %
keine Antwort	(06)	12 1.0 %	5 0.4 %	5 0.4 %	6 0.5 %	2 0.2 %	2 0.2 %
Top-Two-Bonus							
	811 66.1 %	1001 81.6 %	1046 85.2 %	865 70.5 %	1059 86.3 %	1110 90.5 %	
Bottom-Two-Bonus							
	368 30.0 %	184 15.0 %	146 11.5 %	327 26.7 %	142 11.6 %	104 8.5 %	
Antw MW STAV							
	1179 0.66	1185 0.62	1192 0.63	1192 0.62	1201 0.65	1214 0.64	

Proportions/Mean: All Columns Tested (5% risk level)

REGION

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	DACH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HÖCH
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
BASIS eingeschleift	1227	906	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	
BASIS gdw. (10%)	1227	906	270	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662
sehr gut	(01)	130	93	35	2	64	66	16	69	45	42	41	5	69	56
eher gut	(02)	681	505	144	32	360	331	118	330	233	206	183	267	46	316
eher schlecht	(03)	342	261	67	14	143	199	67	153	122	122	107	22	162	158
sehr schlecht	(04)	2%	2%	14	11	1	14	12	3	17	6	9	3	11	12
weiss nicht	(05)	3%	2%	20	20	8	2	11	25	1,4%	2,9%	2,5%	0,9%	2,5%	2,1%
keine Antwort	(06)	1%	0,8%	2%	3,9%	1,9%	3%	1,4%	2%	17	16	11	8	25	9
Top-Two-Bones	811	598	179	34	414	397	134	399	278	248	224	308	51	385	374
Bottom-Two-Bones	368	275	78	15	157	211	70	170	128	131	102	118	24	173	170
ANTW	1170	873	257	49	571	688	204	559	406	379	326	426	75	558	544
MINNE	222	222	221	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
STAV	0,66	0,65	0,73	0,58	0,65	0,67	0,62	0,68	0,65	0,68	0,66	0,64	0,63	0,67	0,65

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschleift	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS gdw. (10%)	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
sehr gut	(01)	254	181	66	125	129	40	126	88	80	72	87
eher gut	(02)	747	539	167	41	365	122	351	274	240	210	268
eher schlecht	(03)	171	144	26	1	79	92	43	83	45	56	44
sehr schlecht	(04)	13	9	3	1	8	5	2	9	5	4	4
weiss nicht	(08)	37	31	5	1	8	29	2	20	15	13	8
keine Antwort	(09)	5	2	3	-	2	2	-	3	1	1	2
	0.4%	0.2%	1.1%	-	0.5%	0.3%	-	0.3%	0.7%	0.8%	0.3%	0.1%
Top-Two-Bones	1001	720	233	48	490	511	162	477	362	320	282	355
Bottom-Two-Bones	81.6%	70.5%	88.3%*	A	83.3%	80.0%	77.5%	80.7%	F	80.6%	83.2%	81.2%
ANTW	1185	673	262	50	577	688	207	559	479	330	424	76
MINIE	1195	688	187	1.02	195	1.06	203	1.06	190	1.04	1.07	1.04
STAV	0.63	0.64	0.62	0.49	0.64	0.63	0.66	0.66	0.58	0.63	0.63	0.61

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschleift	1227	906	51*	51*	58	639	209	591	427	397	339
BASIS grw. (10%)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	397	437
sehr gut	(01)	304	235	76	13	156	148	47	159	98	87*
eher gut	(02)	742	544	163	35	359	383	121	345	276	122
eher schlecht	(03)	135	114	18	3	58	77	34	64	48	27%
sehr schlecht	(04)	11	6	5	-	5	5	-	5	6	1%
weiss nicht	(05)	30	26	4	-	12%	7	28	6	16	1%
keine Antwort	(06)	5	4	1	-	2	3	4	2	4	1%
Top-Two-Boxes	1046	759	239	48	515	531	168	504	374	326	295
Bottom-Two-Boxes	852	838	88.5%	88.5%	94.1%	87.6%	83.1%	80.4%	88.3%	82.1%	87.0%
ANTW	1192	870	262	51	579	613	202	573	417	380	320
MINIE	1388	1190	182	180	195	193	184	185	188	185	185
STAV	0.62	0.63	0.63	0.53	0.62	0.62	0.63	0.61	0.62	0.61	0.62

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	TOTAL	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU				
		DACH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	TIEF	MITTEL	HÖCH
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)
BASIS eingeschlossen	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	662	662	
Basis grw. (10 %)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	662	662	
sehr gut	(01)	222	166	50	6	118	104	33	117	72	56	57	54	16	117	88	88	
eher gut	(02)	643	470	143	30	307	336	90	309	244	184	188	245	47	314	281	281	
eher schlecht	(03)	299	224	63	12	143	156	71	133	95	130	73	88	13	123	163	163	
sehr schlecht	(04)	238	20	6	2	15	13	8	17	3	13	6	6	-	13	15	15	
weiss nicht	(05)	29	23	5	1	4	25	6	13	10	11	13	3	1	14	14	14	
keine Antwort	(06)	6	3	1	-	5	5	2	3	3	2	2	1	2	3	1	1	
	0.5%	0.3%	1.1%	-	0.2%	0.8%	0.5%	0.3%	0.7%	0.8%	0.8%	0.8%	0.2%	2.5%	0.5%	0.2%	0.2%	
Top-Two-Boxes	865	636	193	36	425	440	123	426	316	240	245	339	63	431	369	369	369	
Bottom-Two-Boxes	327	244	69	14	158	169	79	150	98	143	79	94	13	136	178	178	178	
ANTW	1192	880	262	50	53	659	202	576	1414	383	324	433	76	587	547	547	547	
MINIE	211	211	210	220	239	213	227	209	207	230	209	201	196	205	249	249	249	
STAV	072	072	072	070	074	070	078	074	065	074	069	069	062	072	073	073	073	

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschleift	1227	906	51*	51*	58	639	209	591	427	307	339
BASIS gtw. (10%)	1227	270	51*	51*	58	639	209	591	427	307	339
sehr gut	(01)	403	283	104	16	208	195	65	104	144	103
	32.8%	32.2%	30.5%*	31.4%	36.4%	30.3%	31.1%	32.8%	33.7%	25.9%*	34.8%*
eher gut	(02)	656	487	140	29	306	103	311	242	217	171
	53.5%	58.5%	51.9%	56.9%	52.0%	54.8%	49.3%	52.6%	56.7%	50.4%	54.5%
eher schlecht	(03)	138	115	18	5	62	76	32	72	34	60
	11.2%	13.7%	6.7%*	9.8%	10.5%	11.8%	15.3%	12.2%	8.0%*	15.1%*	8.8%
sehr schlecht	(04)	4	2	2	-	0.3%	2%	-	0.5%	1%	1%
	0.3%	0.2%	0.7%	-	0.3%	0.5%	-	0.2%	0.5%	0.3%	0.5%
weiss nicht	(05)	24	18	5	1	8	16	8	10	6	3
	2.0%	2.3%	1.9%	2.0%	1.4%	2.3%	3.8%	1.7%	1.4%	3.4%*	1.6%
keine Antwort	(06)	2	1	1	-	0.3%	2	-	0.5%	0.2%	-
	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	0.5%	-	0.2%	0.3%	-	-
Top-Two-Boxes	1059	770	244	45	514	545	168	505	386	320	301
	86.3%	88.0%	90.5%	88.2%	87.4%	85.3%	80.4%*	85.4%	90.4%*	80.6%*	88.5%
Bottom-Two-Boxes	142	117	20	5	64	78	32	75	35	62	31
	11.6%	13.9%	7.4%*	9.8%	10.9%	12.2%	15.3%	12.7%	8.2%	15.6%*	9.1%
ANTW	1201	807	264	50	578	623	200	550	121	302	322
MINIE	1170	812	159	175	182	182	154	188	174	150	170
STAV	0.65	0.65	0.63	0.62	0.65	0.64	0.68	0.66	0.61	0.64	0.63

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	548	639	209	591	427	307	339
Basis gdw. (10%)	1227	508	270	51*	548	639	209	591	427	307	339
sehr gut	(01)	465	207	86	220	226	80	237	148	127	167
		37.9%	31.9%	17.6%	36.1%	38.3%	40.1%	34.7%	15.6	39.3%	30.3%
eher gut	(02)	645	450	159	36	305	112	208	235	199	187
		52.6%	49.7%	58.9%	51.9%	53.2%	53.6%	50.4%	55.0%	52.4%	58.2%
eher schlecht	(03)	94	74	17	3	43	51	14	45	34	19
		7.7%	8.2%	6.3%	7.3%	8.0%	6.7%	7.6%	8.2%	8.6%	8.0%
sehr schlecht	(04)	10	5	4	1	5	5	-	4	6	3
		0.8%	0.6%	1.5%	2.0%	0.9%	0.5%	0.7%	1.4%	0.8%	0.3%
weiss nicht	(05)	11	6	3	2	3	1	2	6	3	1
		0.9%	1.1%	1.7%	3.6%	0.5%	1.3%	1.0%	1.3%	1.1%	0.3%
keine Antwort	(06)	2	1	1	A	-	-	1	1	-	-
		0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.5%	0.2%	-	-
Top-Two-Boxes	1110	620	245	45	535	575	192	535	383	345	396
		90.5%	90.5%	90.7%	88.2%	91.0%	90.0%	91.9%	90.5%	89.4%	92.6%
Bottom-Two-Boxes	104	79	21	4	48	56	14	49	41	37	20
		8.5%	8.7%	7.8%	8.7%	8.2%	8.8%	6.7%	8.3%	9.6%	5.9%
ANTW	1214	609	267	49	533	631	206	584	124	322	334
MINIE	171	168	177	152	170	172	158	168	176	170	168
STAV	0.64	0	0.64	0.63	0.57	0.64	0.60	0.64	0.66	0.65	0.66

Proportions(Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	A	B	C	D	E
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
BASIS angewendet BASIS (100 %)					
stimme sehr zu (01)	1227 54%	1227 133%	1227 65%	1227 124%	1227 1227
stimme eher zu (02)	204 24.0%	596 46.1%	330 26.9%	398 31.5%	486 36.6%
stimme teils zu, teils nicht (03)	222 18.1%	248 20.2%	234 19.1%	171 13.9%	191 15.6%
stimme eher nicht zu (04)	386 31.5%	184 15.0%	354 28.5%	334 27.2%	275 22.4%
stimme überhaupt nicht zu (05)	170 13.9%	24 2.0%	160 13.0%	148 11.9%	44 3.6%
weiss nicht (06)	84 6.0%	30 2.4%	56 4.6%	3 2.3%	30 2.4%
Keine Antwort (09)	7 0.6%	5 0.4%	6 0.7%	7 0.6%	6 0.5%
Top-Two-Boxes	358 29.2%	736 60.0%	415 33.3%	536 43.8%	681 55.5%
Bottom-Two-Boxes	556 45.3%	208 17.0%	514 41.9%	480 39.3%	319 26.0%
ANTW NWE STAV	1136 1227 1116	1192 243 098	1163 115 119	1189 215 112	1191 237 112
Legende:					

A: Die zeitlichen Abenszenen, welche durch den Mitteldienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert.

B: In den Abenszenen kann eine Person des Mitteldienstes auf die Untersuchung eines Arbeitgebers verzichten.

C: Der Abenszenen ist ein Mitteldienst, der auf dem Arbeitsplatz ist.

D: Die Abenszenen ist am Arbeitsplatz ist ein Hauptberuf und, wenn der Mitteldienst für einen beruflichen Karriere hindern ist.

E: Die zusätzliche Beauftragung durch den Mitteldienst kann bewilligt werden, ohne dass die berufliche Karriere darunter leidet.

Proportionale: All Columns Tested (5% risk - level)

Q1TA: Es wird heute auch viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Bierleben (förderlich ist, ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Militärdienst vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr seit zu, eher zu, bis zu und nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?)*
Die zeitlichen Abseiten, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Anteilsgehemn nicht mehr akzeptiert.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
Basis gsw. (10%)	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
stimme sehr zu	(01)	64	42	19	3	33	31	4	35	21	20
stimme eher zu	(02)	294	241	60	13	162	132	35	146	94	76
stimme teils zu, teils nicht	(03)	222	168	52	2	101	121	39	108	77	64
stimme eher nicht zu	(04)	386	309	60	17	189	172	84	102	129	95
stimme überhaupt nicht zu	(05)	170	106	51	13	81	79	75	63	42	53
weiss nicht	(06)	84	57	24	3	10	76	12	14	10	10
keine Antwort	(09)	7	3	4	-	3	4	2	3	5	-
Top-Two-Boxes	358	285	79	16	195	163	39	181	138	112	96
Bottom-Two-Boxes	556	415	111	30	33	116	267	173	171	148	105
ANTV	1136	846	242	48	576	560	104	554	369	308	421
MWIE	327	326	326	350	325	329	344	323	319	327	324
STAW	1.16	1.12	1.26	1.32	1.19	1.14	1.03	1.16	1.20	1.11	1.15

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

small base

Anhang III Erhebung 2020

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlossen	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS gew. (100 %)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
stimme sehr zu	(01)	170	115	48	7	81	89	23	93	54	44	52
stimme eher zu	(02)	566	434	104	28	268	99	47,4%	47,7%	197	171	154
stimme teils zu, teils nicht	(03)	248	192	54	2	117	131	46	117	85	95	62
stimme eher nicht zu	(04)	184	133	40	111	97	87*	33	82	69	63	50
stimme überhaupt nicht zu	(05)	24	9	13	2	16	13%	15,8%	13,9%	16,2%	15,9%	14,7%
weiss nicht	(06)	30	24	7	6	5	5*	5	12	13	14*	4
keine Antwort	(08)	5	2	3	-	4	1	1	2	4	3	0%
Top-Two-Boxes	736	546	152	35	349	387	122	363	251	215	206	280
Bottom-Two-Boxes	208	142	53	13	113	95	35	97	76	70	60	71
ANTV	1192	892	259	50	579	613	203	577	412	340	328	433
MWIE	243	242	24,8	2,46	248	238	247	240	246	243	240	240
STAW	0,98	0,93	1,11	1,11	1,02	0,94	0,93	1,00	0,97	0,96	1,03	0,94

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Q17C: Es wird heute auch viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Bündnisleben bedeckt ist. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Militärdienst vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie diese zusammen stimmen Sie ihr sehr zu, bis zu, eher zu, eher nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

Kann ein Mitarbeiter wegen dem Militärdienst seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit Verständnis von seinem Arbeitgeber rechnen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU									
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS eingeschlossen	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	584	662	662
BASIS zw. (10%)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	584	662	662
stimme sehr zu	(01)	85	52	29	4	43	42	10	42	33	21	28	7	41	8.9%	7.0%	6.6%	37
stimme eher zu	(02)	310	250	58	22	175	155	47	153	130	108	90	23	161	146	26.0%	27.6%	26.0%
stimme teils zu, teils nicht	(03)	234	182	49	3	109	125	39	115	80	83	58	17	116	100	19.9%	17.7%	17.7%
stimme eher nicht zu	(04)	354	282	57	15	160	194	68	175	111	114	95	14	155	185	4.5%	32.0%	32.0%
stimme überhaupt nicht zu	(05)	160	159	55	6	79	81	34	76	50	28.7%	28.7%	31.8%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%
weiss nicht	(06)	56	39	17	6	44	51	1*	24	21	23	10	1	5.1%	4.5%	4.5%	4.5%	4.5%
keine Antwort	(08)	8	3	5	-	7	1	-	6	2	1	1	-	3	4	0.5%	0.5%	0.5%
Top-Two-Boxes	415	302	87	26	218	197	57	195	163	129	118	152	30	202	183	32.6%	32.6%	32.6%
Bottom-Two-Boxes	514	381	112	21	239	275	102	251	161	160	143	183	28	237	249	40.6%	40.6%	40.6%
ANTV	1163	885	248	50	56	597	108	561	404	372	319	426	76	555	532	317	317	
MWIE	315	315	321	234	310	320	35	316	304	315	314	315	3.07	3.14	3.14	3.14	3.14	
SFAW	119	114	134	125	120	117	116	118	119	114	123	117	1.28	1.20	1.16	1.16	1.16	

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q17D: Es wird heute auch wieder darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Bündnisleben bedeutsam ist. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Militärdienst vor.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie diese zusammen stimmen Sie ihr sehr zu, bis zu, teilweise nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

Die Abwesenheit am Arbeitsplatz ist ein Hauptgrund, warum der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS abweichen	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS gewichen	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
stimme sehr zu	(01)	152	108	38	6	80	72	38	72	42	47	49
stimme eher zu	(02)	386	294	75	17	185	201	76	178	134	133	102
stimme teils zu, teils nicht	(03)	171	128	42	3	75	96	34	71	66	63	44
stimme eher nicht zu	(04)	334	251	67	16	156	178	41	177	116	102	90
stimme überhaupt nicht zu	(05)	146	102	37	13	77	79	17	80	49	36	41
weiß nicht	(06)	24	24	5	2	8	23	2	15	15	12	14
keine Antwort	(09)	7	1	6	-	5	1	-	2	1	-	1
Top-Two-Boxes	538	402	113	23	265	273	114	248	176	180	151	184
Bottom-Two-Boxes	480	353	104	23	235	245	58	257	165	138	131	191
ANTV	1189	881	269	49	575	614	206	407	381	326	433	304
MWIE	295	294	302	295	295	295	243	303	259	286	291	309
STAW	127	125	131	133	130	123	129	123	123	121	130	128

* small base

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

Q17E: Es wird heute auch viel darüber diskutiert, ob der Milliardär fordert, das Bierleben für das Bierleben fordert. Ich sehe Ihnen jetzt einige Aussagen zum Milliardärs vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, ist es zu, ist es zu, eher nicht zu, eher nicht zu, eher überhaupt nicht zu?

Die zusätzliche Belastung durch den Milliardärs kann bewältigt werden, ohne dass die berufliche Karriere darunter leidet.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
Basis zw. (10%)	1227	508	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
stimme sehr zu	(01)	195	15.9%	41	8	112	83	29	105	61	37	54
stimme eher zu	(02)	486	374	91	21	222	254	244	160	157	131	181
stimme teils zu, teils nicht	(03)	191	140	50	1	84	107	31	82	78	66	51
stimme eher nicht zu	(04)	275	201	60	14	121	154	48	131	96	108	79
stimme überhaupt nicht zu	(05)	44	25	15	4	29	15	13	17	14	16	14
weiss nicht	(06)	30	10	6	3	5	26	6	10	14	14	14
keine Antwort	(09)	6	2.4%	1	5	-	5	1	-	2	4	1
Top-Two-Boxers	681	520	132	29	344	337	111	349	221	194	185	272
Bottom-Two-Boxers	319	226	75	18	150	169	61	148	110	122	93	110
ANTV	1191	886	257	48	578	613	203	579	409	302	329	429
MWIE	257	253	26.8	2.69	232	262	247	261	261	276	260	239
STAW	1.12	1.10	1.17	1.29	1.17	1.08	1.17	1.12	1.10	1.09	1.14	1.13

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H
(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	
BASIS angewidert	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
BASIS angewidert BASIS sehr zu	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227	1227
stimme sehr zu	(01) 62	118 91%	54 44%	45 37%	298 23.3%	86 7.0%	158 12.9%	268 24.3%
stimme eher zu	(02) 256 20.9%	343 28.0%	223 18.3%	440 11.4%	510 41.6%	283 23.1%	404 32.9%	503 48.3%
stimme teilzuletzte nicht	(03) 205 16.1%	269 21.9%	180 14.7%	131 10.7%	169 13.8%	233 19.0%	179 14.6%	107 8.7%
stimme eher nicht zu	(04) 452 36.8%	348 28.1%	502 40.3%	542 44.2%	173 14.1%	433 35.3%	294 24.0%	123 10.0%
stimme überhaupt nicht zu	(05) 203 16.5%	102 8.3%	220 17.7%	303 24.7%	53 4.3%	157 22.5%	122 19.9%	45 3.7%
weiss nicht	(06) 42 3.6%	37 3.0%	38 3.1%	56 4.7%	23 1.9%	28 2.3%	60 4.6%	50 4.4%
keine Antwort	(09) 7 0.6%	10 0.8%	10 0.8%	10 0.8%	13 1.1%	7 0.6%	10 0.8%	11 0.9%
Top-Two-Boxes	318 25.9%	461 37.6%	277 22.8%	185 15.1%	796 64.9%	369 30.1%	562 45.8%	891 72.6%
Bottom-Two-Boxes	655 53.4%	450 36.7%	722 58.8%	845 68.9%	226 18.4%	590 48.1%	416 33.9%	168 13.7%
ANTW NIWE STAV	1178 1.41	1180 1.38	1179 1.52	1161 1.19	1191 2.3	1192 1.24	1167 2.16	1166 2.14
Legende:								

A> Wer heute im Militär wehrmacht, muss im Berufseinsatz und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.

B> Wer im Militär wehrmacht, erhält keine Chancen in der Berufswelt, auf die berufliche Karriere entbehrt.

C> Wer im Militär wehrmacht, erhält eine Chance in der Berufswelt, auf die berufliche Karriere entbehrt.

D> Wer im Militär wehrmacht, sieht seine eigene Karriere darin unterstützt und bestärkt werden.

E> Eine Person welche im Militär wehrmacht, sollte von seinem Arbeitsplatz in der Gesellschaft unterstützt werden.

F> Wer heute im Militär wehrmacht, hat durch heute noch ein hohes Ansehen in der Gesellschaft.

G> Wer man noch weiß, ob das Wehrmacht in Militär in Berufseinsatz, ist es nicht attraktiv weiterzutun.

H> Nur wenn das Militär und die Wehrmacht zusammengehen, wird das Wehrmachten wieder attraktiv.

Proportion/Mean: All Columns Tabled (5% risk level)

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL			DACH			F-CH			LINKS			MITTE RECHTS			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS eingeschlechtet	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	662
BASIS graw. (10%)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	662
stimme sehr zu	(01)	62	41	13	8	36	26	16	26	20	11	19	25	4	37	21
stimme eher zu	(02)	256	188	48	20	118	138	42	132	82	84	74	91	20	119	117
stimme eher zu, teils nicht	(03)	205	154	51	-	95	110	31	101	73	74	53	72	12	81	112
stimme teils zu, teils nicht	(04)	452	352	82	18	213	239	76	220	156	159	119	164	20	213	218
stimme eher nicht zu	(05)	263	140	60	5	114	86	39	93	71	47	60	79	10	108	70
stimme überhaupt nicht zu	(06)	42	26	14	2	9	20	4	16	12	12	17	11	-	241%	188%
weiss nicht	(08)	0.6%	0.8%	0.7%	-	3	4	1	3	3	4	1	-	-	5	2
keine Antwort	(09)	7	5	2	-	0.5%	0.6%	0.5%	0.5%	0.7%	1.0%	0.3%	-	-	0.9%	0.4%
Top-Two-Boxes	318	229	61	28	154	164	58	158	102	95	93	116	24	156	138	138
Bottom-Two-Boxes	655	402	142	21	327	328	115	313	227	206	179	243	39	321	294	294
ANTV	1178	875	254	49	576	602	204	572	402	375	325	431	76	558	544	544
MWIE	341	341	350	276	344	339	339	344	339	339	339	342	340	342	339	339
STAW	1.16	1.13	1.19	1.28	1.20	1.12	1.23	1.14	1.14	1.06	1.19	1.18	1.27	1.21	1.09	1.09

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Anhang III Erhebung 2020

	REGION		GESCHLECHT				ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU						
			TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	(F)	(G)	(H)	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)											
BASIS eingeschlechtet			1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	662	662
BASIS gew. (100 %)			1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	662	662
stimme sehr zu	(01)	118	81	34	3	69	49	12	63	43	10.1%	3.3%	42	54	14	60	61	36	36
stimme eher zu	(02)	28.0%	251	70	22	164	179	61	156	126	21.2%	12.4%	12.1%	17.7%+	1	1	N	N	6.2%
stimme teils zu, teils nicht	(03)	28.9%	208	56	5	118	151	42	129	98	29.5%	28.0%	21.2%	34.3%*	1	1	31	181	131
stimme eher nicht zu	(04)	34.8%	280	53	15	168	180	66	165	117	21.8%	20.1%	19.8%	24.4%	67	94	14	115	139
stimme überhaupt nicht zu	(05)	10.2%	83	13	36	5	55	47	24	56	22	41	41	28	28	2	51	49	
weiss nicht	(06)	3.7%	18	17	2	8	20	4	4	17	16	13	13	6	6	3	10	14	
keine Antwort	(08)	3.0%	2.0%	6.3%*	3.9%	1.4%	4.5%*	1.9%	4.5%	2.9%	3.7%	3.3%	3.3%	1.4%	3.8%	3.8%	3.3%	2.9%	
Top-Two-Boxers			461	332	104	25	233	228	73	219	169	97	137	204	45	45	250	166	166
Bottom-Two-Boxers			450	343	89	18	223	227	90	221	139	165	121	131	17	17	195	238	238
ANTV			1180	883	249	48	574	606	205	569	406	370	325	429	76	76	560	549	549
MWIE			1980	298	2.95	2.85	2.95	3.00	3.14	2.59	2.67	3.31	2.91	2.77	2.47	2.47	2.87	1.16	1.16
STAW			1.15	1.12	1.27	1.13	1.20	1.11	1.14	1.18	1.11	1.04	1.20	1.14	1.09	1.09	1.09	1.09	

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Q1bC: Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen im Militär zu «Weiternachrichten» im Militär vor. Sagten Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
 Summen Sie Ihr sehn zu einer zu, teils zu und teils nicht zu einer nicht zu oder überhaupt nicht zu.

Wer im Militär weitermacht, ist mehrfach belastet, darum sinkt seine Chance auf eine berufliche Karriere erheblich.

	REGION		GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU						
			TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	
				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)
BASIS eingeschlecht			1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	662
BASIS gsw. (10%)			1227	598	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	79*	584	662
stimme sehr zu	(01)	54	4.4%	26	18	10	31	23	4	32	18	10	22%	16	4	34	16	
stimme eher zu	(02)	223	149	57	17	95	128	36	103	84	76	65	78	19	117	87		
stimme teils zu, teils nicht	(03)	180	135	42	3	58	122	38	74	68	73	54	48	17	83	79		
stimme eher nicht zu	(04)	502	401	82	19	258	244	90	248	164	171	136	188	23	226	253		
stimme überhaupt nicht zu	(05)	220	167	51	17	113	89	34	12	74	50	54	101	14	101	105		
weiss nicht	(06)	38	27	17	-	5	14	27	5	17	16	15	23	6	17	17.7%	16.7%	
keine Antwort	(08)	10	7	3	-	4	6	2	5	3	4	0.7%	-	-	6	4		
Top-Two-Boxers			277	175	75	27	126	151	40	135	102	86	78	94	23	151	103	
Bottom-Two-Boxers			722	568	133	21	389	333	124	360	238	221	190	289	37	327	358	
			58.8%	62.7%	49.3%	41.2%	68.7%	52.1%	59.3%	60.9%	55.7%	56.0%	66.7%	46.8%	56.0%	63.7%		
ANTV			1179	870	260	51	573	606	262	569	409	380	322	431	77	561	540	
MWIE			352	3161	33.6	2.73	363	346	3.54	3.47	3.46	3.45	3.65	3.31	3.43	3.64		
SFAW			1.13	1.07	1.24	1.27	1.16	1.09	1.03	1.16	1.14	1.04	1.16	1.13	1.18	1.18	1.06	

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2020»

Q1B: Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen zum Weiternachrichten im Militär vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
Summen Sie Ihr sehr zu, eher zu, teils zu und nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?
Wenn jemand im Militär weilt, sinkt seine Leistung am Arbeitsplatz.

TOTAL	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU				
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS eingeschleift	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662		
BASIS gew. (10%)	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	662		
stimme sehr zu	(01)	45	31	9	5	23	22	8	24	13	15	14	5	21	19		
stimme eher zu	(02)	140	93	35	12	66	74	32	66	42	57	36	37	8	65	67	
stimme eher zu, teils nicht	(03)	131	83	47	1	57	74	31	57	43	42	47	40	14	63	54	
stimme nicht zu	(04)	542	432	84	26	254	288	85	234	193	187	149	183	N	10,8%	9,6%	
stimme eher nicht zu	(05)	393	227	69	7	170	133	45	153	115	65	78	145	17	150	136	
weiss nicht	(06)	56	35	24	-	53	45	6	22	27	16	16	8	3	23	22	
keine Antwort	(08)	10	5	5	-	5	5	2	4	4	5	2	-	6	4	4	
Top-Two-Boxes	185	124	44	17	89	96	40	90	55	72	47	51	13	86	86		
Bottom-Two-Boxes	845	659	153	33	424	421	130	417	288	K	K	K	47%	3,9%	5,2%		
ANTV	1161	866	244	51	570	591	201	564	396	321	429	397	76	555	529		
MWIE	379	364	3,35	3,35	3,35	3,35	3,34	3,34	3,81	3,63	3,63	3,63	3,63	3,63	3,63	3,63	
SFAW	1,08	1,04	1,14	1,26	1,10	1,06	1,12	1,09	1,04	1,07	1,05	1,04	1,14	1,08	1,07		

* Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K/L/M/N

* small base

Q1BE: Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen im Militär vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.

Stimmen Sie in sehr zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu.
Eine Person welche im Militär waffentäglich, sollte von seinem Arbeitgeber dann unterstützt und bestärkt werden.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS eingeschlechtet	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
BASIS gew. (100 %)	1227	508	270	51*	58	639	209	591	427	307	339
stimme sehr zu	(01)	286	196	73	17	144	142	51	127	108	44
stimme eher zu	(02)	510	383	106	21	225	285	71	248	191	140
stimme eher nicht zu	(03)	169	127	39	3	81	88	33	42*	40%	44,7%
stimme teils zu, teils nicht zu	(04)	173	142	25	6	92	81	40	81	92	92
stimme eher nicht zu	(05)	53	39	13	1	31	22	10	30	13	29
stimme überhaupt nicht zu	(06)	23	14	3	0	6	17	2	10	7	10
weiss nicht	(08)	19	12	3	0	3	1	1	1	1	1
keine Antwort	(09)	13	8	5	-	9	4	1	5	7	4
Top-Two-Boxes	796	579	179	38	369	427	122	375	299	196	232
Bottom-Two-Boxes	226	181	38	7	123	103	50	111	65	49*	68,4%
ANTV	1191	897	266	48	573	818	205	570	410	307	324
MWIE	233	237	221	202	237	228	245	237	220	277	219
STAW	1,12	1,12	1,12	1,06	1,18	1,07	1,20	1,13	1,06	1,16	1,09

*small base

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

MII AK/CSS ETH · Studie «Sicherheit 2020»

Q18F: Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen zum «Weitermachen» im Militär vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

Wer im Militär weitermacht, hat auch heute noch ein hohes Ansehen in der Gesellschaft.

卷之三

Proportions/Meas

Q1B.G. Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen zum «Weltmaischen» im Militär vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser Zustimmungsummen. Stimmen Sie in sehr zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

Weil man nicht weiß, ob das Weltmaischen im Militär im Beuf/Vorteile bringt; ist es nicht attraktiv weiterzumachen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlechtet	1227	506	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
BASIS gew. (10%)	1227	508	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437
stimme sehr zu	(01)	158	119	35	4	83	75	32	78	62	46	44
stimme eher zu	(02)	404	312	69	23	201	67	202	135	106	149	101%
stimme teils zu, teils nicht	(03)	179	133	44	2	73	106	28	75	55	53	65
stimme eher nicht zu	(04)	294	227	53	14	147	57	138	99	95	78	113
stimme überhaupt nicht zu	(05)	122	201	19	66%	27.5%	23.0%	27.3%	23.4%	23.2%	23.0%	23.9%
weiss nicht	(06)	60	34	22	4	14	45	4	24	7.5%	28	52
keine Antwort	(08)	10	5	4	1	6	4	-	5	3	2	-
Top-Two-Boxes	562	431	104	27	284	278	99	280	183	197	152	193
Bottom-Two-Boxes	416	303	96	52	59%	48.3%	43.5%	47.4%	47.4%	49.6%	44.8%	44.2%
ANTV	1157	887	244	46	56	589	205	562	390	375	31.0%	31.0%
MWIE	1157	884	300	276	284	285	244	285	283	271	422	422
STAW	124	122	134	118	127	122	127	128	118	122	124	123

* small base

Proportions/Means: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - IJK - LM/N

Q1B: Ich lese Ihnen jetzt noch einige Aussagen im Militär vor. Sagten Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
Summen Sie Ihr sehn zu, eher zu, teils zu und teils nicht zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

Nur wenn das Militär und die Wirtschaft zusammenpassen, wird das Weltgemach wieder attraktiv.

	REGION		GESCHLECHT				ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)								
BASIS eingeschlechtet	1227	906	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	544	662	662	
BASIS gew. (100 %)	1227	906	270	51*	58	639	209	591	427	307	339	437	70*	584	544	662	
stimme sehr zu	(01)	208	222	63	13	150	148	34	134	130	64	96*	129	19	157	121	
stimme eher zu	(02)	593	455	111	27	265	232%	163%*	227%	FG	161%	1	1	-	N	24%	26%
stimme eher zu, teils nicht	(03)	107	74	30	3	38	69	30	48	29	39	36	27	10	45	52	
stimme teils zu, teils nicht	(04)	123	96	22	5	71	52	32	65	26	56	26	36	6	48	71	
stimme eher nicht zu	(05)	10,0%	10,6%	8,1%	9,8%	12%	8,1%	15,3%	11%	H	14,1%	14,1%	17,7%	8,2%	7,6%	7,6%	12,6%*
stimme überhaupt nicht zu	(06)	45	31	14	-	21	24	16	21	8	20	9	12	1	25	19	
weiss nicht	(08)	50	23	24	3	14	36	0	24	22	12	14	4	2%	4,3%	3,8%	
keine Antwort	(09)	11	5	6	-	7	4	1	4	6	3	4	1	-	4	6	
Top-Two-Boxes	891	677	174	40	437	454	121	432	338	257	252	350	58	438	394		
Bottom-Two-Boxes	168	127	36	5	92	76	48	66	34	76	35	48	7	71	90		
ANTV	1166	878	240	48	967	569	199	566	401	372	323	425	76	554	536		
MWIE	216	222	2,00	2,16	2,16	2,16	2,16	2,16	2,19	1,94	2,40	2,07	2,01	2,08	2,10	2,24	
STAW	104	103	1,11	0,88	1,07	1,02	1,18	1,04	0,91	1,10	0,98	0,91	1,05	1,06	M		

*Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - DE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

*small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS angewidert	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437
Ja, ich habe davon gehört, gesehen oder gelesen	574	468	70	16	316	268	75	264	235	174	244
	46.8%	53.0%	25.9%	31.4%*	53.7%*	40.4%*	35.9%*	41.7%*	50.0%*	42.8%	55.8%*
Nen, nie davon gehört, gesehen oder gelesen	650	415	200	35	271	379	133	326	191	221	195
	53.0%	45.8%	74.1%*	46.1%*	59.3%*	63.6%*	55.2%	44.7%*	55.7%	57.5%	44.2%*
weiss nicht	2	2	-	-	1	1	1	1	-	2	1
	0.2%	0.2%	-	-	0.2%	0.2%	0.5%	0.2%	-	0.5%	0.2%
keine Antwort	1	1	-	-	1	-	-	-	-	1	-
	0.1%	0.1%	-	-	0.2%	-	-	-	-	1	-

Proportions/Mitens: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DE - FGHI - IJKL - MN
* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	TIEF
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(L)
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437	79*
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339	437	79*
Antwort korrekt, korrekt und ohne Hilfe selber gewusst	554	468	74	42	307	347	37	251	206	131	226	20
	45,2%	51,7%*	59,2%	52,3%*	52,3%*	58,7%*	17,7%	42,5%	62,3%*	46,9%	51,1%*	30,7%*
Antwort falsch	143	104	34	5	76	67	28	74	41	47	50	6
	11,7%	11,5%	12,6%	9,8%	12,9%	10,5%	13,4%	12,5%	9,6%	11,8%	11,4%	7,6%
Weiss Antwort nicht	530	334	162	34	205	325	144	266	120	164	163	161
	43,2%	36,9%*	34,9%*	34,9%*	34,9%*	34,9%*	68,9%*	45,0%	41,3%	48,1%	36,8%	47,1%*
Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N												
* small base												

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU					
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	(I)	(J)	(K)
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)			
BASIS angewandt	1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	387	339	437	79*	584
BASIS (100 %)	1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	387	339	437	79*	584
1 Milliarde	30	20	6	4	11	19	3,4%	12	15	6	16	2	21	7
	2,4%	2,2%	2,2%	AB	1,9%	3,0%	1,4%	2,0%	3,5%	1,5%	1,8%	2,5%	3,6%	1,2%
3 Milliarden	189	131	47	11	99	90	32	84	73	58	62	17	95	77
	15,4%	14,5%	17,4%	21,6%	16,8%	14,1%	15,3%	14,2%	17,1%	14,6%	18,3%	14,2%	21,5%	13,7%
5 Milliarden	372	267	64	11	210	162	65	180	127	118	96	145	17	156
	30,3%	32,9%	23,7%	21,6%	35,7%*	26,4%	31,1%	30,5%	29,7%	28,3%	33,2%	21,5%	28,7%	35,4%
7 Milliarden	270	196	64	10	125	145	60	131	79	84	65	110	12	134
	22,0%	21,6%	23,7%	19,6%	21,3%	22,7%	28,7%*	22,2%	18,5%	21,2%	19,2%	25,2%	15,2%	22,1%
9 Milliarden	185	147	32	6	70	115	30	101	54	76	45	56	13	92
	15,1%	16,2%	11,9%	11,8%	11,9%*	18,0%*	14,4%	17,1%	12,6%	19,1%*	13,3%	12,8%	16,5%	14,4%
11 Milliarden	101	76	21	4	48	53	14	54	53	35	35	28	7	44
	8,2%	8,4%	7,8%	8,2%	8,3%	6,7%	9,6%	7,7%	8,8%	10,8%	6,4%	8,9%	7,5%	8,6%
weiss nicht	77	47	35	5	24	53	4	29	45	20	28	19	11	40
	6,3%	4,1%	13,0%*	9,8%	4,1%	8,3%*	1,9%	4,1%	10,5%*	5,0%	8,3%	4,3%	13,9%*	4,3%
keine Antwort	3	2	1	-	1	2	1	1	0,2%	0,2%	0,2%	1	-	2
	0,2%	0,2%	0,4%	-	0,2%	0,5%	0,5%	0,5%	0,2%	-	0,6%	0,2%	-	0,2%

Proportions of Means: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GH - IJK - LMN

* small base

ÜBERSICHT

	Zivildienst	Zivilschutz	Rotes Kreuz	Zoll	REGA	Securitas
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)
BASIS ungewichtet						
BASIS gew. (100 %)						
Ja	1227	1227	1227	1227	1227	1227
	1227	1227	1227	1227	1227	1227
	66.0%	86.1%	44.7%	91.6%	39.1%	40.0%
	CEF	ACEF	EF	ABCEF	F	32.6%
Nein	418	156	664	91	724	803
	34.1%	12.9%	54.1%	7.4%	50.0%	63.4%
	BD	D	ABD	ABCD	ABCDE	
weiss nicht	9	10	14	10	21	22
	0.7%	0.8%	1.1%	0.8%	1.7%	1.8%
				ABD	ABD	
Keine Antwort	2	2	1	2	2	2
	0.2%	0.2%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%

Proportions/Mean: All Columns Tested (5% risk level)

REGION	GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNEU							
	MANN		FRAU	18-29		30-59	60+		LINKS		MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH		
	D-CH	F-CH	I-CH	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
TOTAL																	
Basis ungesichtet (Basis Gew. 100 %)																	
1227	906	270	51*	568	639	209	501	427	307	339	437	70*	584	582	562	562	
1227	906	270	51*	558	639	209	501	427	307	339	437	70*	584	582	562	562	
Ja	708	503	174	31	352	446	115	373	310	250	322	275	62	396	67,8%	60,3%	
Nein	418	339	93	18	230	188	93	211	114	146	104	158	17	180	22,1%	20,8%	
weiss nicht	9	6	1	2	5	4	1	6	2	1	3	3	-	6	1,0%	0,4%	
keine Antwort	2	-	2	3,9%*	0,9%	0,6%	0,5%	1,0%	0,5%	0,3%	0,9%	0,7%	-	1	0,2%	0,3%	
0,2%	0,2%	-	0,7%*	-	0,2%	0,2%	-	0,2%	-	0,2%	-	-	-	-	-	-	

Proportions/Mean: Column's Test (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION	GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
BASIS eingeschlossen		1227	906	270	51*	51*	58	620	209	591	427	307	339	437
Basis zw. (10%)		1227	906	270	51*	51*	58	620	209	591	427	307	339	437
Ja		1060	790	226	44*	404	566	185	505	370	347	292	375	71*
		86.4%	87.2%	83.7%	86.3%	84.0%	88.0%	88.5%	85.4%	86.7%	87.4%	86.1%	85.8%	71*
Nein		155	110	40	5	89	66	24	78	53	50	46	56	8
		12.6%	12.1%	14.8%	9.8%	15.1%	10.3%	11.5%	13.2%	12.4%	12.6%	13.6%	12.8%	10.1%
weiss nicht		10	6	2	2	4	6	-	7	3	-	1	5	-
		0.8%	0.7%	0.7%	3.9%*	A	0.7%	0.9%	-	1.2%	0.7%	-	0.3%	-
keine Antwort		2	-	2	-	1	1	-	1	1	-	1	2	-
		0.2%	-	0.7%*	-	0.2%	0.2%	-	0.2%	0.2%	-	0.2%	0.3%	-

* Prozentsatz/Mittels: Columns Tested (5% risk level) → ABC - DEF - FGH - IJK - LMN

** sum base

	REGION										GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNAHME													
	TOTAL		DACH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		(I)		(J)		(K)		(L)		(M)		(N)	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(BB)	(CC)	(DD)						
Basis eingeschlossen	1227	506	270	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584				
Basis zw. (10 %)	1227	506	270	51*	58	620	209	591	427	307	339	437	70*	584	662	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584	584				
Ja	548	391	127	30	38%	322	117	234	197	167	185	49,3%	42,3%	51	312	32,18%	64,6%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%	53,4%		
Nein	684	506	141	17	A	346	91	348	225	227	167	249	27	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N			
weiss nicht	14	9	1	4	5	9	1	9	4	3	5	3	1	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
keine Antwort	1	-	1	-	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
	0,1%	-	0,4%	-	0,9%	-	0,9%	-	0,5%	-	0,9%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	-	0,5%	

Prozentuale Werte; Columns Tested (5% risk level) → ABC → FGH → IJK → LMN

* sum base

MII AK/CSS ETH · Studie «Sicherheit 2020»

Frage 222D: Verschiedene Organisationen haben den Auftrag, für unsere Landes Sicherheit zu sorgen. Bitte sagen Sie mir zu jeder von den folgenden Organisationen, ob diese in Ihrer Meinung nach einen offiziellen sicherheitspolitischen Auftrag haben. Antworten Sie bitte mit Ja oder Nein.

concentrationsMeans: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - EGH - IJMN

small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	548	620	209	591	427	307	339	437
Basis Sgw. (100 %)	1227	506	270	51*	588	639	209	591	427	307	339	437
Ja	480	304	150	26	213	267	139	196	155	140	151	158
	38.1%	33.8%	55.6%	51.0%	36.2%	41.8%	60.5%+	31.5%	36.3%	35.3%	44.5%+	67.1%+
Nein	724	587	114	23	366	358	69	393	262	254	181	272
	59.0%	64.8%	42.2%	45.1%	62.2%	56.0%	33.0%+	66.5%	61.4%	64.0%+	53.4%-	63.2%
weiss nicht	21	15	4	2	8	13	1	11	9	3	7	4
	1.7%	1.7%	1.5%	1.5%	3.9%	1.4%	0.5%	1.9%	2.1%	0.8%	2.1%	1.4%
keine Antwort	2	-	2	-	1	1	-	1	-	-	1	-
	0.2%	-	0.7%	-	0.2%	0.2%	-	0.2%	-	-	0.2%	-

Prozentuale Werte; Columns Tested (5% risk level) → ABC - DEF - GH - IJK - LMN

* sum base

	TOTAL	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
		DACH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS eingeschlossen	1227	506	270	51*	548	620	209	591	427	307	339	437
Basis zw. (100 %)	1227	506	270	51*	588	639	209	591	427	307	339	437
Ja	400	205	130	15	147	263	82	172	146	123	127	134
	32.6%	28.1%	29.4%	25.0%*	39.6%*	30.2%*	D	G	34.2%	31.0%	37.5%	30.7%
Nein	803	637	133	33	431	372	123	410	270	267	206	298
	65.4%	70.3%*	49.3%*	73.3%*	58.2%*	58.9%*	FH	63.2%	67.3%	60.8%	68.2%	36.4%*
weiss nicht	22	14	5	3	8	14	4	9	9	7	6	4
	1.8%	1.5%	5.9%*	A	1.4%	2.2%	1.9%	1.5%	2.1%	1.8%	1.8%	1.3%
keine Antwort	2	-	2	-	0.3%	-	-	-	0.5%	-	1	-
	0.2%	-	0.7%*	A	-	-	-	-	0.2%	-	2	-

Prozent der Meins; Columns Tested (5% risk level) -> ABC - DE - FG/H - IJK - LM/N

* sum base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
sehr stark	(01)	114	108	26	6	50	50	10	73	57	25	37	70	8	72	60	
eher stark	(02)	431	337	79	15	23	198	53	105	183	116	116	180	31	107	101 %	
ein bisschen	(03)	592	417	151	24	244	348	125	291	176	222	167	183	34	284	123 %	
überhaupt nicht	(04)	63	43	14	6	21	42	21	31	11	31	19	4	6	30	26	
weiss nicht	(88)	1	1	*	*	*	*	1	*	1	*	*	*	1	*	*	
Keine Antwort	(98)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Two-Boxes		571	445	105	21	323	248	63	288	240	143	153	250	39	269	262	
Bottom-Two-Boxes		655	460	165	30	54.9%*	58.8%	30.9%	45.3%	56.2%*	36.0%	45.1%	57.2%*	1	49.4%	46.1%	
Antiv		1226	605	270	51	588	638	209	590	427	396	339	437	79	583	562	
Miive		247	244	25	2.9	233	260	215	247	233	215	215	228	248	2.47	2.47	
STAV		076	076	0.74	0.85	0.78	0.73	0.70	0.78	0.74	0.71	0.71	0.73	0.78	0.77	0.75	

* Proportions/Mean; Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - FGHIJKLMN

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(K)
BASIS angewichtet	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
BASIS gew. (100 %)	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
Ja, im Militär	342	276	58	8	355	11	47	176	119	86	173
	27.9%	30.2%	21.5%	15.7%	57.0%*	11.5%	22.5%	20.8%	18.9%	25.3%	38.0%*
	BC	BC	BC	BC	E	F	F	F	I	I	I
Ja, im Zivildienst	17	12	5	-	16	1	10	6	1	5	-
	1.4%	1.3%	1.3%	-	2.7%*	E	4.8%*	GH	0.2%*	2.8%*	K
Ja, im Zivilschutz	67	47	15	5	63	4	12	31	24	21	13
	5.5%	5.2%	5.6%	5.6%	10.7%*	E	5.7%	5.2%	5.6%	3.8%	5.3%
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	10	7	2	1	10	-	2	4	4	2	1
	0.8%	0.8%	0.7%	0.7%	2.0%*	E	1.0%	0.7%	0.9%	0.6%	0.2%
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivilschutz	70	54	11	5	70	-	2	26	42	20	16
	5.7%	6.0%	4.1%	4.1%	9.8%*	E	11.9%*	1.0%*	4.4%	9.8%*	5.0%
Nein, ich bin nirgends eingetellt	721	510	179	52	627	134	156	348	237	217	203
	58.8%	59.3%	60.3%	60.3%	62.7%*	A	60.8%*	D	60.8%*	55.5%	64.0%*
Keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU							
			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE RECHTS	TIEF	MITTEL	HÖCHST				
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
BASIS angewendet	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	397	339	437	79*	79*	534	562
BASIS gew. (100 %)	1227	606	270	51*	568	659	209	591	427	397	339	437	79*	79*	534	562
deutsch	846	508	10	-	403	443	137	409	309	279	223	318	36	401	108	108
	65.9%	52.3%*	3.7%	-	68.5%	69.3%	65.6%	67.7%	72.4%	70.3%	65.8%	72.8%	J	45.6%*	68.7%	72.6%
französisch	284	21	242	1	128	136	51	128	85	87	78	80	30	126	L	108
	21.5%	2.3%	83.6%*	2.0%	21.8%	21.3%	24.4%	21.7%	19.9%	21.9%	23.0%	18.3%	36.0%*	21.6%	19.2%	
italienisch	60	12	3	45	27	33	10	30	20	18	22	18	6	31	31	23
	4.9%	1.3%	1.1%	88.2%*	AB	4.6%	5.2%	4.8%	5.1%	4.7%	4.5%	6.5%	4.1%	7.8%	5.3%	4.1%
rätoromanisch	3	3	-	-	1	2	1	-	2	1	2	-	-	-	3	-
	0.2%	0.3%	-	-	0.2%	0.3%	0.5%	-	0.5%	0.3%	0.5%	-	-	-	0.5%	-
andere Sprache	54	34	15	5	29	25	10	33	11	12	14	21	7	23	23	23
	4.4%	3.8%	5.6%	9.8%	A	4.9%	3.9%	4.8%	5.6%	2.6%	3.0%	4.1%	4.8%	8.8%	3.9%	4.1%
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	MITTEL	HOC
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS angewandt	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
Ja	1054	505	209	40	505	540	179	465	300	245	363	59	509	545	545	
	85.9%	88.0%*	77.4%	78.4%	85.9%	85.9%	85.6%	82.1%	91.3%	87.2%	84.1%	87.6%	87.2%	86.3%	86.3%	
BC									FG					L		
Nein	172	101	60	11	83	89	29	106	37	51	53	54	20	74	77	
	14.0%	11.1%	22.2%*	A	A	A	H	13.9%	17.9%*	12.8%	15.6%	12.4%	25.3%*	12.7%	13.7%	
keine Antwort	1	-	1	-	1	-	1	-	-	1	-	0.3%	-	1	-	
	0.1%	-	0.5%	-	0.2%	-	0.5%*	-	-	-	-	-	-	0.2%	-	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU	
			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	TIEF
	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)
BASIS angewendet	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339
BASIS angewendet (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	339
Eher ländlich	792	604	149	39	301	401	154	372	208	220
Eher ländlich	63,7%	69,7%	55,2%	56,9%	64,8%	62,8%	59,3%	62,8%	67,0%	55,2%*
Eher städtisch	442	300	121	21	206	226	85	218	130	117
Eher städtisch	36,0%	33,1%	41,2%	44,8%	41,2%	36,0%	40,7%	36,9%	32,6%	44,8%*
Weiss nicht	2	0,2%	1	-	1	0,2%	-	1	-	1
Weiss nicht	0,2%	0,1%	-	2,0%*	AB	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%	0,3%
Keine Antwort	1	0,1%	-	-	1	-	-	1	-	1
Keine Antwort	0,1%	0,1%	-	-	0,2%	-	-	0,3%	-	0,2%

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DEF - GHJK - LMN
* small base

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU			
			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE REchts	TIEF	Mittel	Hoch
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)
BASIS angewendet	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437
BASIS (100 %)	1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	387	339	437
tief	70	39	35	5*	22	57	14	20	45	27	24	70
6,4%	4,3%	13,0%*	A	9,8%	3,7%*	8,9%*	6,7%	3,4%	10,5%*	8,0%	5,5%	10,0%*
mittel	584	420	125	30	252	332	96	260	228	162	178	1
47,6%	41,4%	46,3%	46,3%	58,8%	42,9%	52,0%*	45,9%	44,0%	53,4%*	40,8%	52,5%	49,7%
hoch	562	437	109	16	313	249	99	309	154	217	134	196
45,8%	48,2%	40,4%	31,4%	53,2%*	36,0%*	47,4%	52,3%*	36,1%	54,7%*	39,5%	44,9%	56,2%
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	2	0,2%	0,1%	0,4%	1	1	1	1	0,2%	2	0,3%	-

* top 5 items. Columns Total (5% risk level) - ABC - DEF - FGH - JK - LM/N

sum base

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITT	HÖCH
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewandt		1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
BASIS mit gew. (100 %)		1227	606	270	51*	58	659	209	591	427	397	339	437	79*	534	562	
links		307	303	82	12	160	237	95	202	100	307	-	-	18	162	217	
		32.4%	33.4%	30.4%	27.2%	37.1%*	45.5%*	34.2%	23.4%*	34.2%	100.0%*	-	-	22.8%	27.7%	38.6%*	
mitte		339	265	83	21	140	199	47	155	137	-	339	-	27	178	34	
		27.6%	26.9%	30.7%	41.2%*	23.8%*	16	22.5%	26.2%	30.1%*	100.0%*	IK	-	34.2%	30.5%	23.8%	
rechts		437	338	85	16	266	171	58	209	170	-	-	437	24	217	196	
		36.6%	31.1%	31.5%	31.4%	45.2%*	27.8%*	38.4%	39.8%	-	100.0%*	UJ	-	30.8%	37.2%	34.6%	
keine Antwort		54	32	20	2	22	32	9	25	20	-	-	-	10	27	15	
		4.4%	3.9%	7.4%*	3.9%	3.7%	5.0%	4.3%	4.2%	4.7%	-	-	-	12.7%*	4.6%	2.7%	

Proportions/Mitens: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN

small base

Anhang III Erhebung 2020

	REGION	GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	TIEF	Mittel	Hoch
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)
BASIS angewendet		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	584	562	
0		48	26	18	4	14	34	13	21	14	13	24	17	6	35	7	
		3.9%	2.9%	6.7%	8.9%	2.4%	5.3%	6.2%	3.6%	3.3%	3.3%	7.1%*	1.8%	7.0%	6.0%	1.2%	
1		19	15	4	-	4	15	5	24	13	9	2	4	2	8	9	
		1.5%	1.7%	1.5%	-	0.7%	2.2%	0.7%	2.4%	0.2%	2.3%	0.6%	0.9%	2.5%	1.4%	1.6%	
2		33	19	11	3	16	17	6	23	4	8	16	6	3	34%	10	
		2.7%	2.1%	4.1%	5.9%	2.7%	2.7%	2.9%	3.9%	0.9%	2.0%	4.7%	1.4%	3.8%	3.4%	1.8%	
3		40	31	8	1	17	23	10	18	12	10	14	12	3	25	12	
		3.3%	3.4%	3.0%	2.0%	2.9%	3.6%	4.8%	3.0%	2.8%	2.5%	4.1%	2.7%	3.8%	4.3%	2.1%	
4		36	29	5	2	21	15	10	19	7	9	12	13	2	20	14	
		2.9%	3.2%	1.9%	3.9%	3.6%	2.5%	4.8%	3.2%	1.6%	2.3%	3.5%	3.0%	2.5%	3.4%	2.5%	
5		79	59	18	2	31	48	17	38	24	19	33	25	3	49	27	
		6.4%	6.5%	6.1%	5.3%	5.3%	7.5%	8.1%	6.4%	5.6%	4.8%	9.7%	5.7%	3.8%	8.5%	4.8%	
6		46	34	12	2	27	21	11	28	9	16	12	18	3	23	22	
		3.9%	3.8%	4.4%	3.8%	4.6%	3.3%	5.3%	4.7%	2.1%	4.0%	3.5%	4.1%	3.8%	3.9%	3.6%	
7		74	59	14	1	30	35	18	36	20	23	26	4	39	31	5.5%	
		6.0%	6.5%	5.2%	2.0%	6.6%	5.5%	8.6%	6.1%	4.7%	5.8%	6.8%	5.4%	6.7%	6.7%	5.5%	
8		148	117	23	8	65	83	29	69	50	61	30	52	7	70	71	
		12.1%	13.9%	8.5%	15.7%	11.1%	13.0%	13.9%	11.7%	11.7%	15.3%*	8.8%	11.9%	8.9%	12.0%	12.6%	
9		86	69	14	3	40	46	14	52	32	30	34	3	38	45	-	
		7.0%	7.6%	5.2%	5.9%	6.8%	7.2%	6.7%	8.8%	4.7%	8.1%	5.5%	7.8%	6.5%	8.0%	-	
10		607	444	138	25	312	295	76	271	260	196	151	237	39	253	34	
		49.5%	49.0%	51.1%	49.0%	53.1%	46.2%	36.4%	45.9%	60.9%*	49.4%	44.5%	54.2%*	49.4%	43.3%	55.5%*	
wenn nicht / keine Angabe		9	4	5	-	2	1	-	3	6	1	2	3	4	0.5%	-	
		0.7%	0.4%	1.9%	A	0.3%	1.1%	-	0.5%	1.4%	0.3%	0.6%	0.7%	0.5%	0.5%	-	
ANTV		1218	802	265	51	586	632	209	588	421	386	337	434	75	580	562	
MINWE		786	785	762	759	812	762	709	770	847	803	728	832	745	740	840	
STFAW		290	277	324	329	266	309	315	296	255	277	326	246	344	314	244	

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/F/G/H - I/J/K - L/M/N

Small base

	REGION		GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU				
			TOTAL		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	REchts	(I)	(K)	TIEF	Mittel
			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	
BASIS angewichtet		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	79*	594	552	552	
BASIS (100 %)		1227	606	270	51*	588	659	209	591	427	397	339	437	79*	79*	594	552	552	
0 bis 2000 Franken	21*	163	50	58	49	172	75	81	65	81	81	60	64	26	154	128	72	72	
	15.0%	18.5%	18.5%	35.6%	8.3%	35.6%	35.9%	13.7%	21.2%	20.4%	20.4%	14.6%	31.6%	21.2%	12.8%	N	N	N	
2001 bis 4000 Franken	25*	170	66	10	69	166	47	116	92	83	78	73	21	154	79	79	79	79	
	20.8%	24.4%	19.6%	11.7%	-	20.1%	22.5%	19.6%	21.5%	20.9%	20.9%	16.7%	26.8%	26.4%	14.1%	N	N	N	
4001 bis 6000 Franken	33*	249	73	11	194	139	65	167	101	109	93	119	12	173	12	148	148	148	
	27.1%	27.0%	27.0%	21.6%	33.6%	21.8%	31.1%	28.3%	23.7%	27.5%	27.5%	27.2%	15.2%	28.6%	28.6%	26.3%	L	L	L
6001 bis 8000 Franken	173	146	23	4	125	48	11	100	62	62	41	69	-	54	119	-	-	-	
	14.1%	16.5%	8.5%	7.8%	2.1%	7.5%	5.3%	16.9%	14.5%	15.6%	12.1%	15.8%	-	9.2%	21.2%	L	L	L	
8001 bis 10'000 Franken	70*	49	21	*	53	17	2	44	24	23	11	34	2	16	52	-	-	-	
	5.7%	5.4%	7.8%	-	9.6%	2.7%	1.0%	7.4%	5.6%	5.8%	3.2%	7.8%	2.5%	2.7%	9.5%	-	-	-	
10'001 bis 12'000 Franken	38	28	7	1	31	5	1	27	8	6	12	18	-	4	32	-	-	-	
	2.9%	3.3%	2.6%	2.0%	5.5%	0.8%	0.5%	4.8%	1.9%	1.5%	3.5%	4.6%	-	0.7%	5.3%	L	L	L	
12'001 bis 14'000 Franken	8	7	1	-	6	6	-	3	5	2	1	4	-	1	7	-	-	-	
	0.7%	0.8%	0.4%	-	1.4%	0%	-	0.5%	1.2%	0.5%	0.3%	0.9%	-	0.2%	1.2%	M	M	M	
14'001 bis 16'000 Franken	12	7	5	5	9	3	1	10	1	3	3	6	-	3	9	-	-	-	
	1.0%	0.9%	1.9%	-	1.5%	0.5%	0.5%	1.7%	0.2%	0.8%	0.9%	1.4%	-	0.5%	1.6%	-	-	-	
mehr als 16'000 Franken	6	5	1	-	4	2	-	4	2	3	1	2	-	1	5	-	-	-	
	0.5%	0.6%	0.4%	-	0.7%	0.3%	-	0.7%	0.5%	0.8%	0.3%	0.5%	-	0.2%	0.9%	-	-	-	
weiss nicht	2.0%	17	5	3	5.9%	6	19	2	9	14	7	6	12	5	12	8	-	-	
	2.0%	1.9%	1.9%	1.0%	3.0%	1.0%	3.0%	1.5%	3.3%	1.8%	1.8%	2.7%	6.3%	2.1%	1.4%	-	-	-	
Keine Antwort	88	66	18	4	40	48	5	30	53	18	24	36	14	42	31	-	-	-	
	7.2%	7.3%	6.7%	7.8%	6.8%	7.5%	2.4%	5.1%	12.4%	4.3%	7.1%	8.2%	17.7%	7.2%	5.5%	-	-	-	
ANTW	1114	603	247	44	542	572	202	552	572	509	509	509	59	59	59	59	59	59	
MWIE	4918.33	5035.29	4894.06	5372.27	6242.15	5881.00	3215.09	5477.83	4895.84	5466.55	5466.55	5466.55	276.08	4193.81	5985.00	5985.00	L	L	
STAW	3234.70	3205.21	33.53	63.63	2689.04	3220.84	2723.12	2457.72	3394.20	3070.48	3211.61	3208.88	3209.76	2069.59	2865.59	3576.58	-	-	-

* Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E/F/G/H - I/J/K/L/M/N

* small base

Anhang III Erhebung 2020

033: Wie oft machen Sie sich überhaupt Gedanken über die Schweizer Armee: Kommt dies jeden Tag, mehrmals pro Woche, einmal pro Woche, einmal im Monat, einmal im Jahr oder nie vor?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG		BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE RECHTS
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)
BASIS angewendet	1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
BASIS (100 %)	1227	666	270	51*	568	659	209	591	427	339	437
jeden Tag	24	18	3	3	17	24*	2.0%	1.1%	2.4%	2.0%	1.6%
mehrmais pro Woche	36	20	4	3	21	15	6	16	14	10	8
einemal pro Woche	185	157	20	8	106	79	36	72	77	55	77
einmal im Monat	513	401	101	11	267	246	82	244	187	168	130
einmal im Jahr	354	234	105	15	139	215	63	194	97	132	100
nie	104	60	33	11	32	17	16	49	59	32	38
weiss nicht	5	3	2	-	2	3	-	0.3%	0.3%	1	1
keine Antwort	6	4	2	-	4	2	1	2	3	2	1

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Center for Security Studies der ETH Zürich

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Studienreihe «Sicherheit»

Die Jahresstudien «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.